

**Proletarier aller Länder, vereinigt euch!**

**Texte internationaler  
revolutionärer Erfahrungen**

VKS GmbH  
Postfach 10 20 51  
63020 Offenbach

1. Auflage 1997

ISBN 3-932636-32-5

**Dokumente zum Studium  
der Palästina-Frage  
(1922 – 1948)**

**Verlag Olga Benario und Herbert Baum**





## Vorwort

Die jüngsten Ereignisse in Israel bzw. in den von Israel besetzten Gebieten haben deutlich gemacht, daß die Palästina-Frage nach wie vor ungelöst ist. So hat die Einrichtung der sog. palästinensischen Selbstverwaltung in Gaza und Jericho sicher keine dauerhafte und gerechte Grundlage für eine Beseitigung der nationalen Konflikte geschaffen. Es geht aber nicht nur um die Frage eines palästinensischen Staates, sondern ebenso um die Frage des Existenzrechts eines jüdischen Staates in Palästina. So wird ein Recht auf einen solchen Staat von bestimmten palästinensischen Führern und Kräften der arabischen Reaktion wie den Regierungen Iraks oder Libyens keineswegs anerkannt. Die verschiedenen Kräfte der Reaktion und des Imperialismus sabotieren eine Lösung der Palästina-Frage seit Jahrzehnten. Und bei allen Unterschieden und entgegengesetzten Zielen ist die Gemeinsamkeit gegeben, die herrschenden Verhältnisse imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung nicht zu gefährden. Das macht klar, daß eine revolutionäre Herangehensweise nicht nur den nationalen Konflikt im Auge haben darf, sondern ihn auf dem Boden der sozialen Verhältnisse und Klassenverhältnisse analysieren muß.

Die Palästina-Frage umfaßt ein ganzes Knäuel von Problemen, in dem sich zurechtzufinden, alles andere als einfach ist. Es ist dafür - wie bei allen nationalen Konflikten - eine genaue Kenntnis aller Zusammenhänge, der Geschichte der Frage und der konkreten Verhältnisse erforderlich.

Insbesondere kommt es auch darauf an, die Positionen und Auseinandersetzungen innerhalb der Kommunistischen Partei in Palästina bzw. der Kommunistischen Weltbewegung zu studieren.

Diesem Zweck dient der vorliegende Reader, der eine Zusammenstellung von Dokumenten der KP Palästinas bzw. von Vertretern dieser Partei und anderen Korrespondenten aus der Zeit von 1922-1942 enthält. Für die Zeitspanne nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Gründung des Staates Israel 1948 wurden vor allem Dokumente aus der Sowjetunion herangezogen, da uns aus dieser Phase keine Beiträge von kommunistischen Kräften aus Palästina selbst zugänglich waren.<sup>1</sup>

Die Informationen, die uns heute über die damalige Lage und die damaligen Kämpfe aus den vorliegenden Dokumenten und anderen Quellen zur Verfügung stehen, sind beschränkt. So weist die Sammlung einige Zeitabschnitte auf, für die uns keine oder nur sporadische Beiträge zugänglich waren. Dies hat seinen Grund auch darin, daß sich die leitenden Gremien der Kommunistischen Internationale nach unseren Kenntnissen mit der Palästina-Frage nicht eingehender beschäftigt haben. So gibt es keine offiziellen Resolutionen der Weltkongresse oder des EKKI zu den Aufgaben in Palästina. Folgende Dokumente des EKKI sind in den Materialien erwähnt, liegen uns aber bis auf zwei Ausnahmen nicht im Original vor:

---

<sup>1</sup> *Die Veröffentlichung der vorliegenden Materialien in der Form eines Readers ist auch Ausdruck davon, daß wir über eine eigene fundierte Einschätzung der Entwicklung in Palästina und der Positionen der KP Palästinas dazu noch nicht verfügen.*

- Auszug "Aus dem Protokoll der Sitzung der Exekutive der Kommunistischen Internationale vom 26. März 1922" (siehe "Bericht über die Tätigkeit des Präsidiums und der Exekutive der KI für die Zeit vom 6. März bis 11. Oktober, Hamburg 1922, S.10-13)
- Beschluß über die Anerkennung der KP Palästinas als Sektion der KI (erwähnt in J.B.<sup>2</sup> "Die dritte Konferenz der Kommunistischen Partei Palästinas", Inprekorr Nr. 24/1924, S.1212)
- Brief des EKKI vom Dezember 1928 an die KP Palästinas zur Losung der Arbeiter- und Bauernregierung (erwähnt in Bob, "Der Kampf gegen die rechte Abweichung in der KP Palästinas", Inprekorr Nr. 48/1929, S.1159)
- Brief des Ostsekretariats des EKKI vom 13.8.1929 an das ZK der KP Palästinas zur rechten Abweichung innerhalb der KP Palästinas (erwähnt in Bob, "Die KP Palästinas und der arabische Aufstand", Inprekorr Nr. 98/1929, S.2348)
- Resolution des EKKI über die arabische Aufstandsbewegung vom 16.10.1929 (erwähnt in Bob, "Die KP Palästinas und die arabischen Massen", Inprekorr Nr. 29/1930, S.116)
- Offener Brief des EKKI an alle Mitglieder der KP Palästinas vom 26.10.1930 zur Frage der Arabisierung der Partei (erwähnt in Bob, "Der VII. Parteitag der Kommunistischen Partei Palästinas", Inprekorr Nr. 2/1031, S.71)
- "Materialien über die Tätigkeit der Sektionen der Komintern - Palästina" (siehe "Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß, Moskau-Leningrad 1935, S.597)

Auch die Dokumente aus der kommunistischen Bewegung Palästinas sowie aus der KI sind - was die Darstellung der Lage und der Kämpfe betrifft - nur bis zu einem gewissen Grad ergiebig und nicht unbedingt zuverlässig. Eine ganze Reihe von Beiträgen stammt von einzelnen Vertretern der KP Palästinas, die in der ideologischen Auseinandersetzung um die Linie des revolutionären Kampfes in Palästina durchaus fragwürdige Positionen vertraten (Näheres dazu siehe unten). Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß eine einseitige Auswahl und Darstellung der Ereignisse, Fakten etc. vorgenommen wurde.

Für die Erarbeitung einer eigenen Einschätzung kommt es aber nicht allein auf konkrete Kenntnisse der Lage an. Wesentlich ist, daß die ideologisch-politischen Ausgangspunkte richtig bestimmt werden, unter denen die Kämpfe und die Entwicklung der Lage betrachtet werden.

So ist die Propagierung des proletarischen Internationalismus ein entscheidender Prüfstein für die Einschätzung der Linie und Praxis der KP Palästina, da national bzw. nationalistisch motivierte Konflikte zwischen Teilen der arabisch-palästinensischen Bevölkerung und Teilen der jüdischen Bevölkerung für die Entwicklung in Palästina eine große Rolle gespielt haben. Wesentliche Kriterien dabei sind, ob die KP es einerseits verstanden hat, sich auf die proletarisch-internationalistische Zusammenarbeit als Perspektive zu stützen, und anderer-

---

<sup>2</sup> Bei J.B. handelt es sich nach Offenberg ("Kommunismus in Palästina", Dissertation, Berlin 1975) um Joseph Berger, der bis 1931 der Parteileitung der KP Palästinas angehörte und von 1932-1934 als Sekretär der Liga gegen den Imperialismus tätig war. Nach gleicher Quelle veröffentlichte Joseph Berger auch unter dem Kürzel Bob.

seits die nationalistischen Ideologien sowie ihre Träger und Nutznießer konsequent zu entlarven.

Dies hieß für die Lage in Palästina, die Propagierung der internationalistischen Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung der jüdischen und der arabischen Werktätigen zu verbinden mit dem Kampf gegen den jüdischen Nationalismus auf der einen Seite und gegen den arabischen Nationalismus auf der anderen Seite, als den entscheidenden Hindernissen für den gemeinsamen revolutionären Kampf.

Eine grundlegende Voraussetzung dafür war, die unterschiedlichen beteiligten Klassenkräfte richtig zu analysieren, die antagonistischen Interessen der reaktionären Klassen von denen der ausgebeuteten und unterdrückten Massen zu unterscheiden. Dies bedeutete für Palästina vor 1945 insbesondere, die Kräfte des englischen Imperialismus als der politisch herrschenden ausländischen Macht sowie die reaktionären Kräfte im Innern, die arabischen Großgrundbesitzer, feudalen Stammesfürsten und religiösen Machthaber und die jüdischen Kapitalisten und Grundherren auf der einen Seite zu trennen von den Interessen der jüdischen und arabischen Arbeiter und Bauern auf der anderen Seite.

Dies mußte auch der Ausgangspunkt für die Bestimmung der Aufgaben der antiimperialistisch-demokratischen Revolution sein - nach außen als nationale Befreiungsbewegung gegen den ausländischen Imperialismus und seine Kompradoren und ihre Aufgaben; im Innern gegen die feudalen Kräfte als soziale Befreiungsbewegung, die vor allem die Lösung der Agrarfrage beinhalten mußte. Aufgabe der KP war es nicht nur, die Linie für die antiimperialistisch-demokratische Etappe der Revolution zu bestimmen, sondern auch die Bedingungen des Übergangs zur sozialistischen Revolution als der nachfolgenden Etappe.

Unter diesen Gesichtspunkten ergeben sich aus den Dokumenten eine Reihe von kritischen Fragen an die Linie der KP Palästinas. Ein, wenn nicht das zentrale Problem der Linie der KP Palästinas ist dabei nach unserer Einschätzung der ideologische Kampf gegen das Gift des - arabischen, aber auch des jüdischen - Nationalismus und der Kampf für die Verwirklichung des proletarischen Internationalismus.

### **Zur Gründung der KP Palästinas**

Die Wurzeln der KP Palästinas gehen vor allem auf jüdische Einwanderer aus Osteuropa zurück, die dort meist schon in der Arbeiterbewegung tätig gewesen waren. Viele dieser Kräfte standen dabei unter dem Einfluß von Organisationen wie dem "Bund" in Rußland und des Verbandes "Paole Zion", die für eine separate Organisierung der jüdischen Arbeiter eintraten.

Die 1919 gegründete Vorläuferorganisation der KP Palästinas, die "Partei der sozialistischen Arbeiter", blieb auch nach der ein Jahr später erfolgten Namensänderung in "Jüdische Kommunistische Partei" Mitglied des Verbandes "Paole Zion" und wurde deshalb nicht in die Kommunistische Internationale aufgenommen. 1922 kam es wegen dieser Frage zur Spaltung der Partei, wobei der Flügel, der für die Anerkennung der Aufnahmebedingungen der KI eintrat, den Kern der KP Palästinas bildete, die 1924 als Sektion der KI anerkannt wurde (vergl. "Aus dem Protokoll der Sitzung des EKKI vom 26. März 1922", Hamburg 1922, S.10-13, "Gründung einer einheitlichen Kommunistischen Partei in Palästina", Inprekorr Nr. 136/1923, S.1187 sowie "Die dritte Konferenz der Kommunistischen Partei Palästinas", Inprekorr Nr. 94/1924, S.1212).

Bereits bei der Gründung der KP Palästinas zeigt sich somit die zentrale Bedeutung des Kampfes gegen jede nationalistische Abweichung. In dem Artikel "Die Lage in Palästina" von Abusjam<sup>3</sup> heißt es dazu:

"Nationale Gegensätze, nationalistische Bestrebungen drücken der ganzen Arbeiterbewegung des Landes ihren Stempel auf." (KI Nr. 34/1924, S.166)

Arabische Arbeiter waren in der Partei zuerst kaum vertreten. Auf der dritten Parteikonferenz 1924 nahm nur ein einziger arabischer Delegierter teil. Eine wichtige Rolle spielte daher der so bezeichnete "Kampf um die Arabisierung der Partei". Dies darf allerdings nicht so verstanden werden, daß eine "Arabisierung" im Sinne eines besonderen arabischen Charakters der Partei das Ziel war. Die verstärkte Aufnahme von arabischen Kommunisten in die Partei diente der Verbindung mit den arabischen Arbeitern und Bauern in Palästina. Diese Aufgabe wurde auch vom EKKI an die KP Palästinas gestellt, wie aus einem Bericht von Bob über den VII. Parteitag der KP Palästinas hervorgeht (siehe "Der VII. Parteitag der KP Palästinas", Inprekorr Nr. 2/1931, S.71).

### **Die Formel "Kampf dem Zionismus" leistet dem Antisemitismus Vorschub**

Die KP Palästinas hat, wie aus den Dokumenten hervorgeht, immer wieder die Notwendigkeit der Verbrüderung und den gemeinsamen Kampf zwischen jüdischen und arabischen Werktätigen hervorgehoben und auch praktische Solidaritätsaktionen organisiert. Der Umfang dieser Aktionen blieb begrenzt, wobei gesehen werden muß, daß die KP Palästinas eine relativ kleine Partei war und auch während der verschiedenen Aufstandsbewegungen keinen wesentlichen Masseneinfluß erlangen konnte. Sie war auch von Anfang an gezwungen, unter illegalen Bedingungen und strenger Verfolgung durch die Mandatsmacht des englischen Imperialismus zu arbeiten.

An verschiedenen Stellen werden die Manöver der Imperialisten und Reaktionäre entlarvt, den nationalen Hader auf beiden Seiten aufzustacheln und auszunutzen. Dem wurde die Notwendigkeit der internationalistischen Zusammenarbeit entgegengestellt.

Als ein Beispiel für die Herstellung einer praktischen Solidarität zwischen jüdischen und arabischen Werktätigen wird die Unterstützungsaktion für die arabischen Bauern von Afuleh genannt. Diese wurden von ihren Gehöften vertrieben, nachdem der Boden von den arabischen Grundbesitzern an "amerikanische Zionisten" verkauft worden war. Bob führt dazu aus:

"Die Kommunistische Partei Palästinas durchschaut das Komplott, mit dem der englische Imperialismus, die jüdische zionistische Bourgeoisie und die arabischen Großgrundbesitzer die arbeitenden Massen des palästinensischen Volkes umgarnen. Dem nationalistischen Wahnsinn, der zur Bereicherung der arabischen Großgrundbesitzer, zur Machtvergrößerung der jüdischen Kapitalisten und Institutionen, vor allem aber zur Festigung der imperialistischen Herrschaft in Palästina führt, stellt sie die Losungen entgegen: Verbrüderung der jüdischen Arbeiter mit den arabischen Bauern; der Boden für die, die ihn bearbeiten; kein Arbeiter gibt sich zur Vertreibung arabischer Bauern her; kein arabischer Bauern verläßt den Boden, der durch seine Arbeit ihm gehört." (Bob, "Zionistischer Terror in Palästina", Inprekorr Nr. 4/1925, S.53)

---

<sup>3</sup> Bei Abusjam handelt es sich nach Offenberg um den langjährigen Parteivorsitzenden der KP Palästinas. Er wurde auf dem VII. Parteitag im Dezember 1930 von der Parteiführung abgelöst. Nach gleicher Quelle veröffentlichte Abusjam auch unter dem Kürzel A.M.

Trotz dieser richtigen Betonung des Internationalismus und der immer wieder gestellten Aufgabe, sowohl gegen den jüdischen Nationalismus - von der KP Palästinas allerdings in der Regel unter die problematische Formel "Zionismus" gefaßt - als auch gegen den arabischen Nationalismus ideologisch zu kämpfen, sind hier gravierende Schwächen der KP Palästinas auszumachen.

Die in den meisten Beiträgen vorrangig propagierte Formel vom "Kampf gegen den Zionismus" ist bereits fragwürdig. Der "Zionismus" erscheint hier als besonders gefährlich, demgegenüber die arabische Reaktion und der arabische Nationalismus als der harmloseste Gegner.

Die Parole vom "Kampf gegen den Zionismus" vermengt die klassenmäßige Bestimmung der Feinde und ideologische Aufgaben miteinander. Einerseits müssen die Kräfte des Imperialismus, wie die englische Mandatsmacht bzw. ihre Stützen im Land, zu denen neben Kompradoren, die unter der Flagge des Zionismus auftraten, auch arabische Großgrundbesitzer und andere reaktionäre Kräfte zählten, analysiert werden. Andererseits müssen die Aufgaben zur Entlarvung der feindlichen nationalistischen Ideologien bestimmt werden, welche den Kampf der Unterdrückten gegen ihre gemeinsamen Feinde verhindern.

Der Begriff "Zionismus" trennt diese Aufgaben nicht voneinander, da unter ihn - wie er verwandt wird und auch von der KP Palästinas verwandt wurde - nicht nur die jüdischen Kapitalisten in Palästina fallen, sondern auch bestimmte Institutionen wie die exklusive jüdische Gewerkschaft Histadruth und die nationalistische zionistische Ideologie. Zudem umfaßt "Zionismus" auch die zu dieser Zeit aktiven internationalen zionistischen Organisationen, den jüdischen Bodenfonds usw. Die Aufgabe einer kommunistischen Linie hätte hier sein müssen, zwischen dem Kampf gegen den Klassengegner und dem Kampf gegen feindliche Ideologien zu unterscheiden.

Ein extremes Beispiel dafür, daß die Formel vom "Kampf gegen den Zionismus" nicht nur untauglich ist, sondern den arabischen Nationalismus unterstützt, liefert Mustafa Sadi:

"Die Hauptstütze des Imperialismus ist der Zionismus, der die jüdische nationale Minderheit beeinflußt und sie zu einem imperialistischen Werkzeug gegen die Befreiungsbewegung der eingeborenen arabischen Massen verwandelt." (Mustafa Sadi, "Die nationale Frage auf dem VII. Parteitag der KP Palästinas", Inprekorr Nr. 3/1931, S.93)

Hier wird faktisch unter der Losung des "Kampfes gegen den Zionismus" die gesamte jüdische Bevölkerung Palästinas zum Feind erklärt, da sie mehr oder weniger nur ein "Werkzeug" des Imperialismus sei. Die jüdische Bevölkerung erscheint als Volk von Kolonisatoren gegenüber den "eingeborenen" arabischen Massen, so als hätte es keine "eingeborene" jüdische Bevölkerung in Palästina gegeben. Der Kampf für die internationalistische Verbrüderung von jüdischen und arabischen Werktätigen hat hier keinen Platz mehr. Außerdem lenkt die These vom Zionismus als der "Hauptstütze des Imperialismus" von der Rolle der arabischen Großgrundbesitzer und Reaktionäre ab.

Der Position von Sadi stehen andere Stellungnahmen aus der KP Palästinas entgegen, in denen die Aufgabe der ideologischen Arbeit unter der jüdischen Bevölkerung gestellt wird, wie z.B. von Jussuf auf dem VII. Weltkongreß der KI:

"Die Arabisierung bedeutet keineswegs auch nur die geringste Vernachlässigung der Arbeit unter den jüdischen Volksmassen, deren Befreiung vom zionistischen Einfluß nach wie vor eine der Hauptaufgaben der Kommunistischen Partei Palästinas bildet." (Rundschau Nr. 38/1935, S.1722)

Allerdings bewegte sich auch diese Aufgabenstellung im Rahmen der These vom Zionismus als der "Hauptstütze des Imperialismus", wie aus dem Beitrag von Hadschar, ebenfalls Delegierter auf dem VII. Weltkongreß der KI, hervorgeht (siehe Rundschau Nr. 38/1935, S.1805).

Im Zusammenhang mit dem "Kampf gegen den Zionismus" wird insbesondere in den Dokumenten aus den 20er Jahren häufiger auf die "Balfour-Deklaration" verwiesen. In dieser Erklärung sprachen sich die englischen Imperialisten 1917 für die Errichtung einer "jüdischen nationalen Heimstätte" in Palästina aus. Diese Deklaration wurde während der von 1922-1947 dauernden Mandats Herrschaft des englischen Imperialismus nicht verwirklicht und blieb somit eine Absichtserklärung.

Die englischen Imperialisten waren zweifelsohne bemüht, sich für die Sicherung ihrer Macht in Palästina bei den Reaktionären und Kompradorenkräften innerhalb der jüdischen Bevölkerung Palästinas eine Basis zu schaffen und setzten die zionistische Ideologie bzw. deren Anhänger gezielt in ihrem Interesse ein. Ebenso gab es aber auch Verbindungen zu den reaktionären arabischen Klassen. Die englischen Imperialisten hatten zwar das Mandat über Palästina, aber sie waren nicht die einzigen imperialistischen Mächte, die in Palästina ihren Einfluß ausbauen wollten. Insbesondere der deutsche Faschismus stützte sich dabei vor allem auf die reaktionären arabischen Klassen.

Die These vom "Zionismus als der Hauptstütze des Imperialismus" ist schon deshalb falsch, weil sie die Rolle beider reaktionärer Klassen, der jüdischen Bourgeoisie und der arabischen Großgrundbesitzer, im System der imperialistischen Herrschaft und Konkurrenz einseitig darstellt.

Jedoch abgesehen davon ist die Frage der Klassenbasis des Imperialismus in Palästina bzw. der besonderen Rolle der verschiedenen einheimischen reaktionären Klassen für diese oder jene imperialistische Macht zu trennen von der Frage der Schaffung eines jüdischen Staates und seiner Voraussetzungen. Diese Frage wird mit der Losung vom "Kampf gegen den Zionismus" ja gleich unter der Hand mit "erledigt" und als unter allen Umständen zu bekämpfendes imperialistisches Projekt hingestellt.

Die KP Palästinas war sich offenbar des Problems nicht bewußt, daß die Parole vom "Kampf dem Zionismus" keine Abgrenzung vom Antisemitismus beinhaltet, sondern im Gegenteil auch von erklärtermaßen antisemitischen Kräften benutzt wurde.

Dieser Zusammenhang wurde aber um so brisanter, als die Zusammenarbeit einiger reaktionärer arabischer Führer wie der Mufti von Jerusalem, Husseini, mit den deutschen Faschisten offensichtlich wurde (Husseini nahm 1935 als Gast auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP teil). Ausdrückliche Stellungnahmen der KP Palästinas zur Notwendigkeit des Kampfes gegen den Antisemitismus sind jedoch aus den vorliegenden Materialien nicht zu entnehmen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es mehr als problematisch, wenn auf dem VII. Parteitag 1931 ausdrücklich der "zionistische Chauvinismus" als Hauptgefahr innerhalb der KP eingeschätzt wird (Bob, "Der VII. Parteitag der Kommunistischen Partei Palästinas", Inprekorr Nr. 2/1931, S.71). Diese Betonung mag gegen die Gegner der Arabisierung der Partei gerichtet und insofern berechtigt gewesen sein. Jedoch angesichts der falschen Formel vom "Kampf gegen den Zionismus" und der weitreichenden Zugeständnisse, welche die KP Palästinas an die arabisch-nationalistische Ideologie und Politik während der vor-

angegangenen Aufstandsbewegung von 1929 (und auch später) gemacht hat, wirkt diese Orientierung insgesamt verfehlt.

### **Zugeständnisse an den arabischen Nationalismus während der Aufstandsbewegungen von 1929 und 1935**

Die mangelnde Festigkeit der KP Palästinas im Kampf gegen den Nationalismus zeigte sich massiv im Zusammenhang mit den Aufstandsbewegungen gegen die englische Mandatsmacht 1929 und 1935, die in erster Linie von den arabischen Bauernmassen getragen wurden.

1929 kam es nach dem sog. "Zwischenfall an der Klagemauer" in Jerusalem - einer Auseinandersetzung zwischen religiösen Juden und Arabern darum, die Klagemauer als Gebetsstätte zu nutzen - zu antisemitischen Pogromen, denen mehrere hundert Juden zum Opfer fielen (siehe z.B. J.B., "Das Blutbad im 'Heiligen Lande'", Inprekorr Nr. 86/1929, S.2092). In der Folge weiteten sich die Ereignisse zu einer landesweiten Aufstandsbewegung gegen die englische Mandats Herrschaft aus.

Das ZK der KP Palästinas analysiert in seinem Kommuniqué "Der Aufstand in Palästina" von 1929 (Inprekorr Nr. 90/1929, S.2167) ganz richtig, daß alle reaktionären Kräfte, von den englischen Imperialisten über die jüdische Kompradorenbourgeoisie bis zu den arabischen Großgrundbesitzern, durch das Schüren des "religiös-nationalen Kampfes" versuchten, ihre eigene Stellung zu stärken und die Entstehung einer wirklich antiimperialistischen Bewegung zu verhindern.

Es wird jedoch die angesichts des massiven antisemitischen Einflusses und der führenden Rolle der reaktionären Muftis und Effendis mehr als fragwürdige These von einem praktischen Umschlagen der Pogrome in einen antiimperialistischen Aufstand vertreten:

"Aus einer lokalen Jerusalemer Bewegung wurde in wenigen Tagen eine allarabische Aufstandsbewegung, deren Ziele über Judenschlächtereien weit hinausgingen." (ebenda)

Zu den Ereignissen, die zu den ersten Pogromen führten, heißt es weiter:

"Mit elementarer Gewalt brach nach einer Versammlung von 10000 meist der Kleinbauernschaft angehörenden Mohammedanern in der 'Omar-Moschee' zu Jerusalem eine mächtige anti-jüdische Bewegung im ganzen Land aus. Dabei zeigten sich die 'segensreichen' Folgen des Zionismus für die Judenschaft - besonders für die armen werktätigen Juden - Palästinas selbst; der Zionismus hatte dazu geführt, daß das Volk in Palästina die Begriffe 'Zionist' und 'Jude' identifizierte." (ebenda)

Auch wenn das ZK der KP Palästinas an anderer Stelle im "Kommuniqué" darauf hinweist, daß auch die arabischen Feudalherren und die arabischen Nationalreformisten versuchten, den nationalen Haß aufzustacheln, so wird hier im Grunde die gängige antisemitische Schutzbehauptung unterstützt, daß die "Juden selbst schuld" seien. Denn es werden nicht die reaktionären Ideologien und ihre Propagandisten angeprangert, welche die Aufstachelung von Teilen der arabischen Bevölkerung zu Pogromen und Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung ermöglichten, sondern es wird im Ton der Rechtfertigung festgestellt, daß die Handlungen bestimmter jüdischer Kapitalisten, Reaktionäre etc. eben auf die Gesamtheit der Juden zurückgefallen seien. Verantwortlich dafür werden nicht die antisemitischen Provokateure gemacht, sondern der "Zionismus". Der von den reaktionären arabischen Klassen verbreitete Antisemitismus gerät so unversehens aus der Schußlinie,

abgesehen davon, daß die ca. 150000 Juden, die zu dieser Zeit in Palästina lebten, vom ZK der KP Palästinas offenbar nicht zum "Volk" gerechnet werden.

Hier werden die Pogrome und Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung in einem merkwürdig objektivistischen, fast verständnisvollen Ton geschildert. Diese Art der Darstellung transportiert natürlich auch eine entsprechende Wertung der Ereignisse, obwohl die KP Palästinas gegen die Pogrome Stellung bezog.

In einem Artikel von J.B. wird herausgestellt, daß in der Nacht nach dem Pogrom in der Folge des Klagemauer-Zwischenfalls in ganz Jerusalem Parolen gegen die Pogrome gemalt wurden. Er weist auch darauf hin, daß

"die Kommunisten ... die einzige Gruppe (waren), die unermüdlich für die Verbrüderung der jüdischen und arabischen Werktätigen gegen den britischen Imperialismus mahnte" ("Das Blutbad im 'Heiligen Lande'", Inprekorr Nr. 86/1929, S.2092).

Allerdings bleibt auch die Stellungnahme von J.B., einem führenden Mitglied der KP Palästinas, im Rahmen einer mehr oder weniger unterschweligen Rechtfertigung des antisemitischen 'Volkszorns':

"So mußte denn der Hexenkessel zur Explosion kommen - die Volksbewegung wurde entfesselt und eine blutige Flut ergoß sich über das 'Heilige Land'. Die Zionisten büßten, angesichts der entfesselten Massenbewegung, schwer dafür, daß sie sich durch die Balfour-Deklaration an den britischen Imperialismus gekettet, objektiv in dessen vorgeschobenste Position in den arabischen Ländern verwandeln ließen. Besser gesagt: die gewissenlosen zionistischen Führer ließen für ihre pro-imperialistischen Dienste die arme jüdische Bevölkerung büßen." (ebenda)

In einem anderen Artikel von J.B. ist ausdrücklich von "antiimperialistischen Kämpfen" die Rede; es wird allerdings auch auf die Aufgabenstellung für die KP Palästinas hingewiesen, die Bewegung erst noch in einen "antiimperialistischen Aufstand umzuwandeln" ("Partisanen- und Massenkämpfe in Palästina", Inprekorr Nr. 115/1929, S.2701).

Aus den Berichten über die Ereignisse vor und während der Aufstandsbewegung 1929 geht hervor, daß es insbesondere von Seiten verschiedener reaktionärer zionistischer Organisationen zu zahlreichen Übergriffen gegen Araber kam, die zu Toten und Verletzten führten. Dieses Bild ergibt sich mehr oder weniger auch für die vorangegangene Entwicklung, so daß die Situation nicht nur einseitig von Ausschreitungen gegen Juden gekennzeichnet war. Es herrschte eine Atmosphäre der nationalen Zwietracht mit gegenseitigen gewalttätigen Ausbrüchen. Regelrechte Pogrome gegen Araber, wie sie im Zusammenhang mit dem Beginn der Aufstandsbewegungen insbesondere 1929 gegen Juden stattfanden, gab es - soweit dies anhand der Dokumente beurteilt werden kann - jedoch nicht. Die Beschreibung "Pogrome und Gegenpogrome", die in einigen Dokumenten vorgenommen wird, nivelliert dagegen unzulässig.

Worauf es für die Einschätzung der Haltung der KP Palästinas in diesem Zusammenhang vor allem ankommt, ist ihre Wertung der Vorfälle. Die objektivierenden und rechtfertigenden Darstellungen der Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung, die sich schon in der Wortwahl deutlich von den Berichten über Ausschreitungen gegen die arabische Bevölkerung abheben, sind nicht zu akzeptieren. Die KP Palästinas legte sich damit für ihre Propaganda der internationalistischen Zusammenarbeit selbst ein großes Hindernis in den Weg.

Die Aufstandsbewegung von 1936, die bis 1939 andauerte, begann - vergleichbar mit den auflösenden Vorfällen für den Aufstand von 1929 - mit Pogromen gegen Juden in Jaffa (vergl. Max Zimmering, "Palästina in Aufruhr", Rundschau Nr. 31/1936, S.1246). Dort war es bereits



ein Jahr zuvor während eines Generalstreiks zu ähnlichen Vorfällen gekommen (vergl. "Brief aus Jaffa", Rundschau Nr. 26/1935, S.1030).

In dem Aufruf der KP Palästinas "Aufstand in Palästina" (Rundschau Nr. 29/1936, S.1169) ist von dieser Ausgangssituation gar nicht mehr die Rede, sie wird einfach verschwiegen. Fast zynisch wirkt die Feststellung, daß "dem großen arabischen Volk Rassenhaß fremd" (ebenda) sei. Ebenso spielt der nach wie vor bestimmende Einflußreaktionärer arabischer Führer innerhalb der Aufstandsbewegung gar keine Rolle, es wird nur noch von der "arabischen Freiheitsbewegung" (ebenda) gesprochen.

Der hier zitierte Aufruf der KP Palästinas ist das einzige Parteidokument aus der Zeit der Aufstandsbewegung von 1936-1939. Von den anderen Dokumenten aus dieser Zeitspanne ist uns nicht bekannt, ob es sich bei den Verfassern um Mitglieder der KP Palästinas handelt. Außerdem deutet vieles darauf hin, daß die meisten Beiträge nicht in Palästina selbst entstanden sind, sondern z.B. in London verfaßt wurden. Dies ist zu erwähnen, da die im folgenden zitierten Positionen somit nicht definitiv der KP Palästinas zugeordnet werden können. Allerdings spricht einiges dafür, daß sie mit ihren Auffassungen übereinstimmen.

So heißt es bei Max Zimmering, die antisemitischen Pogrome verharmlosend, ja rechtfertigend:

"Der erste Schlag der Araber richtete sich begreiflicherweise gegen die Juden, denn für den politisch ungeschulten, meist noch analphabetischen Araber ist der Zionismus der sichtbarste Ausdruck der englischen Unterdrückung ..." ("Aufruhr in Palästina", Rundschau Nr. 31/1936, S.1244)

Ähnlich argumentiert Ernst Brauner, wobei seine Schilderung der Ereignisse vor allem auch deshalb von Interesse ist, weil sie auf eine Zunahme der antisemitischen Übergriffe im Verlauf der Aufstandsbewegung schließen läßt:

"Während aber in der ersten Zeit der Widerstand der Araber sich in Aktionen hauptsächlich gegen die Engländer äußerte, nehmen sie letzthin immer mehr auch einen antijüdischen Charakter an, was die neuerlichen Beschießungen jüdischer Siedlungen und Überfälle auf jüdische Passanten zeigen. Das eine wie das andere wird verständlich, wenn man sich die Haltung der Engländer und die Zustimmung zur englischen Politik seitens der offiziellen zionistischen Kreise vergegenwärtigt." ("Zur Lage", Rundschau Nr.51/1937, S.1947)

Diese Positionen können zwar, wie bereits erwähnt, nicht direkt der KP Palästinas zugeschrieben werden, jedoch widersprechen die Stellungnahmen der Partei solchen Auffassungen nicht, noch hätte z.B. mit dem "Aufruf" von 1936 der Kampf gegen sie geführt werden können.

Vielmehr gibt es schon frühe Äußerungen aus den Reihen der Partei, die in eine ähnliche Richtung gehen, wenn J.B. Mitte der 20er Jahre über Pogrome von Teilen der arabischen Bevölkerung gegen die Einwanderung und Ansiedlung von Juden schreibt:

"Da die Araber aber in Palästina bedeutend zahlreicher sind als die Juden kommt es immer wieder, als Reaktion auf die zionistische Raubpolitik gegen die Araber, zu elementaren Ausbrüchen der Araber gegen die Juden ... Die Pogrome, die unverantwortliche Elemente jüdischer Nationalität gegen arabische Dörfer veranstalten, um den zionistisch-kapitalistischen Ambitionen zu entsprechen, werden also in der Folge für die Juden selbst verhängnisvoll; sie sind der Anstoß zu den Judenpogromen." (J.B., "Zionistischer Terror in Palästina", Inprekorr Nr. 4/1925, S.53)

Bereits hier ist die oben kritisierte objektivistische Sichtweise festzustellen, die unter der Hand parteiisch ist für eine Pogrompartei, antisemitische Pogrome als verständliche Ausbrüche, wenn nicht sogar berechtigte Proteste darstellt.

### **Abkehr vom proletarischen Internationalismus in der Frage der jüdischen Einwanderung nach Palästina**

Die Unterschätzung des arabischen Nationalismus einerseits und die weitgehende Ignorierung des Antisemitismus mit der Formel "Kampf dem Zionismus" andererseits zeigen sich ebenfalls deutlich in der Haltung der KP Palästinas zur Einwanderung von Juden nach Palästina.

So heißt es bei A.M. in seinem Artikel "Die revolutionären Perspektiven in Palästina" (1929):

"Mit Hilfe der Zionisten hat das britische Imperium eine europäische Basis in Arabien geschaffen. Die jüdische Immigration treibt einen europäischen Keil in das arabische Herz." (KI, 1929, S.1884)

In dieser Position ist jede notwendige Klassendifferenzierung ausgelöscht, die nationale Frage wird über die Klassenfrage gestellt, ja es liegt nahe, den "jüdischen Immigranten" schlechthin als Feind und Agenten des englischen Imperialismus anzusehen und umgekehrt jeden, der gegen die "jüdische Immigration" auftritt - gleich welche Klasseninteressen er vertritt - als potentiellen Verbündeten.

Es handelt sich bei dem eben zitierten Artikel von A.M. um eine offen antisemitische Position (was auch nochmals deutlich auf die Fragwürdigkeit der Einschätzung des "zionistischen Chauvinismus als Hauptgefahr in der Partei" gegenüber der Abweichung des arabischen Nationalismus auf dem VII. Parteitag 1931 hinweist).

In anderen Stellungnahmen zu diesem Zeitpunkt, Ende der 20er Jahre, hat die KP Palästinas zumindest richtig auf das Zusammenspiel der reaktionären Klassen und die Bereicherung der arabischen Großgrundbesitzer auf Kosten der arabischen Bauern hingewiesen:

"Diese - seit Jahrhunderten das Land beherrschenden - Klassen beteiligten sich auf das lebhafteste an den imperialistisch-zionistischen Räubereien: Die Großgrundbesitzer ... sind es, die von 'ihren' Fellachen als Pachtgut bearbeiteten Boden an zionistische Kolonisationsgesellschaften verkaufen und dadurch tatsächlich an der Expropriation durch die Kolonisatoren mitwirken." ("Der Aufstand in Palästina", Communiqué des ZK der KP Palästinas, Inprekorr Nr. 90/1929, S.2167)

Die Position der Partei basierte jedoch im wesentlichen auf dem Schema Einwanderung gleich Zionismus. In diesem Zusammenhang steht auch die These vom Umschlagen der Pogrome in den antiimperialistischen Aufstand im gleichen Communiqué (siehe oben).

In späteren Stellungnahmen wurden Proteste von Teilen der arabischen Bevölkerung gegen die Einwanderung, die immer wieder stattfanden, einfach zu "revolutionären Massendemonstrationen" (B.R. "Die blutigen Ereignisse in Palästina", Rundschau Nr. 41/1923, S.1578) erklärt.

In dem bereits erwähnten Aufruf der KP Palästinas von 1936 - also bereits nach den sog. Nürnberger Rassegesetzen - heißt es noch deutlicher:

"Der Zionismus strebt danach, das seit fünfzehnhundert Jahren von Arabern bewohnte Land in ein jüdisches umzuwandeln, dort einen Judenstaat zu errichten. Er will die arabische Bevölke-

rung zu einer Minderheit machen. Aber kein Volk läßt sich das gefallen, ohne bis zum äußersten Widerstand zu leisten. ...

Darum stellt die arabische Freiheitsbewegung an die Spitze ihrer Forderungen die Einstellung der jüdischen Einwanderung, weil sie eine zionistische ist." (Rundschau Nr. 29/1936, S.1169)

Als Begründung für diese Parole ganz im Sinne der 'Pogromhelden', die in der noch andauernden Aufstandsbewegung führend waren, wird die Frage des Bodenkaufs durch jüdische Einwanderer bzw. durch die sich zum Zionismus bekennenden Grundstücksgesellschaften angeführt. Die Forderungen der KP Palästinas entsprachen dieser falschen Haltung:

"1. Einstellung der zionistischen Einwanderung 2. Verbot des Bodenverkaufs an Juden 3. Selbständige nationale Regierung." (ebenda)

Hatte die KP Palästinas in früheren Stellungnahmen noch das Zusammenspiel von (alten) arabischen Großgrundbesitzern, die meist den Boden zu verkaufen hatten, und (neuen) jüdischen Großgrundbesitzern auf Kosten der arabischen Bauern entlarvt, wird hier zur alleinigen Frage gemacht, welcher Nationalität der Grundbesitzer angehört. Die soziale Lösung der Agrarfrage als Programmpunkt der antiimperialistisch-demokratischen Revolution wird hier vollkommen ausgeblendet. Und es ist auch ganz gewiß kein Zufall, daß die früher von der KP Palästinas propagierte Agrarrevolution als Programmpunkt der Diktatur der Arbeiter und Bauern in dieser Zeitspanne verschwunden ist. Es bleibt lediglich ein nationales arabisches Programm der "selbständigen nationalen Regierung".

Aus späteren Stellungnahmen - wobei wir oben bereits darauf hingewiesen haben, daß die Dokumentenlage in diesem Zeitraum sehr dürftig ist - ergibt sich, daß diese Haltung gegenüber der jüdischen Einwanderung korrigiert, aber nicht grundlegend geändert wurde. So stellte die KP Palästinas im September 1937 ein "Programm zur Verständigung" (siehe Ernst Brauner, "Zur Lage", Rundschau Nr. 51/1937, S.1947) vor, in dem zumindest eine Art "Quotenregelung" für die Einwanderung zugestanden wird, bei der das gegenwärtige zahlenmäßige Verhältnis der Bevölkerung erhalten bleiben sollte. Dies hätte aber faktisch ein Einwanderungsverbot für die meisten Flüchtlinge bedeutet.

Auch sollte der jüdischen Minderheit das Recht eingeräumt werden, "Boden zu erwerben, unter der Bedingung, daß die Interessen des arabischen Volkes nicht verletzt werden" (ebenda). Diese Bedingung ist so vage gehalten, daß sie auch als generelles Argument gegen einen Erwerb von Boden durch Käufer jüdischer Nationalität hätte angeführt werden können. Das nationalistische klassenunspezifische Schema: "Entscheidend ist, ob Araber oder Juden den Boden besitzen", war damit nicht durchbrochen.

Eine zwei Jahre später von der KP Palästinas vertretene Position beschränkte sich auf die Forderung, den Anteil der jüdischen Bevölkerung auf 40 Prozent der Gesamtbevölkerung zu begrenzen. Dabei wurde ausdrücklich die Gleichberechtigung zwischen Juden und Arabern betont. (Renap, "Die revisionistische Gefahr", Rundschau Nr. 41/1939, S.1190 - Mit "revisionistischer Gefahr" sind die Provokationen der reaktionären zionistischen Organisation Jabotinskys gemeint.)

Diese Quote von 40 Prozent hätte zumindest für eine gewisse Zeit eine weitere Einwanderung zugelassen, da zu diesem Zeitpunkt etwa ein Drittel der Bevölkerung jüdisch war. (Durch die verstärkte Einwanderung nach 1933 war deren Anteil an der Gesamtbevölkerung von etwa einem Sechstel Ende der 20er Jahre auf ein Drittel gestiegen.) Der Anteil

des Bodens in jüdischem Besitz in Palästina betrug 1939 im übrigen nur 12 Prozent, lag also deutlich niedriger als der jüdische Bevölkerungsanteil (nach dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Band 2, S.259; nicht bekannt ist uns, wie sich die landwirtschaftlich nutzbaren Böden bzw. die besseren und schlechteren Böden verteilten).

Mit der Absicht, die Aufstandsbewegung weiter einzudämmen und die Reaktionäre an sich zu binden, gaben die englischen Imperialisten 1939 den Forderungen der nationalistischen arabischen Führer teilweise nach. Die sog. White-Paper-Politik schränkte die Einwanderung von Juden nach Palästina drastisch ein und erschwerte auch den Bodenerwerb durch jüdische Käufer. Diese Maßnahmen fielen in eine Zeit, als Tausende von Juden die letzten "legalen" Möglichkeiten nutzten, um aus Deutschland zu fliehen. Der Bericht "Gegen die Schande der Judenverfolgungen" schildert den Fall des Dampfers "Astir" mit 700 jüdischen Flüchtlingen an Bord, dem die Behörden in Palästina die Landung verweigerten (Rundschau Nr. 34/1939, S.970).

### **Zu programmatischen Fragen der Revolution in Palästina**

Eine Überprüfung des Zusammenhangs der oben aufgezeigten Probleme in der Linie der KP Palästinas mit ihren programmatischen Grundlagen stößt auf Schwierigkeiten, da sich programmatische Aussagen zu den Aufgaben der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in Palästina in den Dokumenten nur vereinzelt finden. Einige Hinweise können jedoch gegeben werden.

Aus einem Bericht über ein ZK-Plenum Anfang 1929, also vor der ersten Aufstandsbewegung in Palästina, geht hervor, daß nach Auseinandersetzungen die vom EKKI empfohlene Losung der Arbeiter- und Bauernregierung gegen die von der rechten Abweichung vertretene Losung einer "demokratischen Republik" angenommen wurde. Weiter wird dazu ausgeführt:

"Vor allem aber verstehen die opportunistischen Gegner der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung nicht, daß im gegenwärtigen Moment der Verschärfung des Klassenkampfes im Lande und in den Nachbarländern die Losungen der Kommunistischen Partei nicht allgemeine bekannte Phrasen über Befreiung des Landes, nationale Unabhängigkeit und dergleichen sein können, sondern daß der konkrete Inhalt des Befreiungskampfes formuliert werden muß. Eine breite Volksbewegung kann sich nur auf maximale Aktivität der werktätigen Schichten der Bevölkerung, vor allem der Arbeiter und Bauern, stützen. Eine solche ist aber nur zu erreichen, wenn der Arbeiter die Perspektive der sozialen Befreiung, der Bauer die Perspektive der Agrarrevolution, d.h. der Verteilung des Bodens der Großgrundbesitzer, Annulierung seiner Wucherschulden usw. hat." (Bob, "Der Kampf gegen die rechte Abweichung in der KP Palästinas", Inprekorr Nr. 48/1929, S.1159)

Die Orientierung auf die Arbeiter- und Bauernregierung und die Orientierung darauf, daß der nationale Befreiungskampf gegen den Imperialismus mit der Perspektive der sozialen Befreiung der Arbeiter und Bauern verbunden werden muß, war sicherlich ein Fortschritt, blieb aber doch recht allgemein und unpräzise.

So wird die weitergehende Perspektive der sozialistischen Revolution nicht erörtert, die Frage des Übergangs von der antiimperialistisch-demokratischen Revolution und dem Staat der Diktatur der Arbeiter und Bauern zur Erkämpfung der Diktatur des Proletariats wird nicht erwähnt. Die von Bob aufgeworfene Frage nach der "Perspektive der sozialen Befreiung" der Arbeiterklasse wird somit nicht beantwortet.

Stellungnahmen zu dieser Frage finden sich auch in keinem der anderen Dokumente; sie wurde offenbar in der (öffentlichen) ideologischen Debatte ausgeklammert.

In der Anwendung auf die konkreten brennenden Fragen Palästinas zeigte sich, daß diese Programmatik beiseite geschoben bzw. mit falschen Positionen vereinbart wurde. So heißt es in einem Bericht über den VII. Parteitag im Dezember 1930:

"Im Zentrum der Aufgaben steht der Kampf gegen den britischen Imperialismus und die Mobilisierung der Arbeiter- und Bauernmassen zu diesem Kampf. Die Hauptstütze des Imperialismus ist der Zionismus, der die jüdische nationale Minderheit beeinflußt und sie zu einem imperialistischen Werkzeug gegen die Befreiungsbewegung der eingeborenen Massen verwandelt. Neben dem rücksichtslosen Kampf gegen die imperialistische Hauptstütze, den Zionismus, muß die Kommunistische Partei ihr Augenmerk auch auf die Demaskierung der arabischen nationalen Bourgeoisie und ihrer verräterischen Rolle richten und den Klassenkampf zwischen arabischen Arbeitern und Bourgeoisie, wie auch den Prozeß der Agrarrevolution auf dem Dorf in jeder Weise fördern, um ihren konkreten politischen Aufgaben gerecht zu werden." (Mustafa Sadi, "Die nationale Frage auf dem VII. Parteitag der KP Palästinas", Inprekorr Nr. 3/1931, S.93)

Die Lösung der antiimperialistischen Aufgaben der Revolution wird hier verknüpft mit der These vom Zionismus als der "Hauptstütze des Imperialismus". Die reaktionären arabischen Klassen erscheinen nicht vor allem als Kompradoren und Feudalherren, sondern nur als "Verräter an der nationalen Sache". Die demokratischen Aufgaben der Revolution werden auf die arabischen Arbeiter und Bauern in Palästina beschränkt, wogegen die jüdische Minderheit, einschließlich der jüdischen Arbeiter und Bauern, ausgeschlossen bleibt, da sie in ihrer Gesamtheit angeblich ein "imperialistisches Werkzeug" sei. Damit erhielten die programmatischen Aufgabenstellungen der antiimperialistisch-demokratischen Revolution eine eindeutig arabisch-nationalistische Wendung.

Bei A.M. wird in dem bereits zitierten Artikel "Die revolutionären Perspektiven in Palästina" die Auseinandersetzung um das Programm eines "Palästina der Arbeiter und Bauern" mit folgender Ausrichtung des ideologischen Kampfes verknüpft:

"Revolutionäre Einheitsfront aller Werktätigen ohne Unterschied der Nationalität und Religion gegen den Imperialismus, gegen den Zionismus und die arabisch feudal-bürgerliche Reaktion - das ist die Generallosung, die die Kommunistische Partei Palästinas in die breiten arabischen und jüdischen werktätigen Massen werfen muß. Die Partei muß einen entschlossenen Kampf gegen die rechten Elemente führen, die sich gegen die Losung eines Palästinas der Arbeiter und Bauern wenden, gegen die Losung einer Agrarrevolution. Gleichzeitig ist ein nicht minder entschlossener Kampf gegen die ultralinken Tendenzen zu eröffnen, die in der ganz un-kommunistischen Losung einer Vertreibung aller Juden aus Palästina zum Ausdruck kommt." (KI 1929, S.1891, Hervorhebungen im Original)

Ganz richtig betont A.M. die proletarische Einheitsfront zwischen jüdischen und arabischen Werktätigen als Grundlage des revolutionären Kampfes. Auch seine Stellungnahme gegen die rechte Abweichung, welche die Losung eines Palästinas der Arbeiter und Bauern (der Arbeiter- und Bauernregierung) und die Losung der Agrarrevolution ablehnt, verteidigt die vom EKKI der KP Palästinas empfohlene Linie.

Ausgesprochen befremdlich ist jedoch A.M.s Polemik gegen die "ultralinke Tendenz". Die schockierende Tatsache zu benennen, daß es innerhalb der Partei offenbar Kräfte gab, welche die jüdische Bevölkerung aus Palästina vertreiben wollten und dies auch noch als Aufgabe der revolutionären Bewegung ansahen, ist A.M. nicht zum Vorwurf zu machen. Solche in der Tat ganz unkommunistischen Auffassungen jedoch als "ultralinke Tendenz" zu charakterisieren, lenkt von ihrer ideologischen Herkunft ab.

Basis solcher Positionen war - dies können wir mit ziemlicher Sicherheit annehmen - der starke Einfluß des arabischen Nationalismus in der Partei, ihre Zugeständnisse an die chauvinistische und antisemitische Ideologie der reaktionären arabischen Kräfte. Über diesen Zusammenhang fällt bei A.M. kein Wort, statt dessen werden diese objektiv als Sprachrohr der "Pogromhelden" auftretenden Leute als "übertrieben radikal" dargestellt. Dies wird auch unterstützt durch die Betonung, sie seien für die "Vertreibung aller Juden aus Palästina", so als wäre die Beschränkung der Vertreibung auf einen Teil der jüdischen Bevölkerung eine möglicherweise akzeptable Auffassung. Leider spricht einiges dafür, daß dies in der KP Palästinas für längere Zeit der Fall war, zumal A.M. in demselben Artikel die jüdische Einwanderung als "europäischen Keil im arabischen Herz" bezeichnet, worauf oben bereits eingegangen wurde.

Ein positives Beispiel für die Darlegung der Aufgaben der Agrarrevolution gegen die arabischen Großgrundbesitzer und ihre Verbindung mit der antiimperialistischen Revolution stellt die gemeinsame Stellungnahme der KP Palästinas mit der KP Syriens dar. (Kritisch zu diskutieren ist hier das Konzept einer allarabischen antiimperialistischen Befreiung, das mit Verweis auf die durch imperialistische und dynastische Interessen geschaffenen Grenzen die Unterschiede der reaktionären Staatsapparate in den jeweiligen Ländern vernachlässigte.)

"In Syrien, Palästina und Ägypten, wo die Klassenbewegung der Arbeiterschaft schon mehr oder weniger bestimmte Formen angenommen hat, wo sich kommunistische Parteien gebildet haben, und wo die Bauernbewegung eine gewisse Reife erlangt hat, wo eine weitere Entwicklung des antiimperialistischen Kampfes ohne einen konsequenten Kampf gegen den Nationalreformismus undenkbar ist, besteht die direkte und unaufschiebbare Aufgabe der kommunistischen Partei darin, ihre gesamte Arbeit auf die antiimperialistische und antifeudale, Agrar- und Bauernrevolution einzustellen. ...

Die Losung der Allarabischen Arbeiter- und Bauern-Föderation der arabischen Völker kann und darf nicht in dem Sinne aufgestellt werden, daß die Arbeiterklasse ihre Beteiligung am antiimperialistischen nationalen Befreiungskampf von dem unmittelbaren Sieg der Arbeiterklasse und der Hauptmassen der Bauernschaft abhängig macht. Sie muß in dem Sinne verstanden werden, daß das Proletariat, indem es für die nationale Befreiung unter allen Umständen mit der größten Festigkeit und Konsequenz kämpft, gleichzeitig den Massen klarmacht, daß die nationale und staatliche Unabhängigkeit ohne eine Agrar- und Bauernrevolution und die Aufrichtung der Arbeiter- und Bauernregierung wenigstens in den fortgeschrittenen Ländern (Syrien, Ägypten, Palästina, Algier) nicht endgültig erobert werden kann. ...

Die Hegemonie der Arbeiterklasse kann nicht verwirklicht werden ohne hartnäckigen Kampf für die arabische Unabhängigkeit und Freiheit." ("über die Aufgaben der Kommunisten in der allarabischen Bewegung", Inprekorr Nr. 1/1933, S.23-26)

In der zweiten Hälfte der 30er Jahre gibt es Hinweise, daß die KP Palästinas von der Arbeiter- und Bauernregierung als nächstem Etappenziel wieder abgerückt ist. Auch die Agrarrevolution wurde später nicht mehr als Aufgabe propagiert. So heißt es bei Renap in dem Artikel "Die revisionistische Gefahr":

"Die KP bleibt ihrem Höchstprogramm einer immer demokratischeren Selbstverwaltung, von Agrarreformen, Sozialgesetzgebung usw. treu." (Rundschau Nr. 41/1939, S.1190)

Diese Aufgabenstellungen tatsächlich als "Höchstprogramm" verstanden, würden bedeuten, daß die KP Palästinas ihr revolutionäres Programm durch ein reformistisches ersetzt hat. Über mögliche Gründe für eine solche Umorientierung geben die Dokumente wenig

Aufschluß. Auch bleibt unklar, ob es sich hier um eine taktische Variante auf der Grundlage der strategischen Losung der Arbeiter- und Bauernregierung handelt, oder um eine Ersetzung dieser programmatischen Losung.

Eine genauere Untersuchung dieser Frage müßte auf jeden Fall die Diskussionen und Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale von 1935 über die Aufgaben des internationalen Kampfes gegen den Faschismus, der antifaschistischen Einheitsfront und ihre Auswirkungen auf die Taktik der Kommunistischen Parteien entsprechend den Bedingungen in ihren Ländern einbeziehen. Über eine Debatte dieser Fragen innerhalb der KP Palästinas ist uns allerdings nichts bekannt bzw. zugänglich.

Im Rahmen der oben angerissenen Fragen wurden vor allem die kritischen Punkte bei der KP Palästinas bzw. in den verschiedenen Dokumenten diskutiert. Hieraus ergibt sich eine gewisse Einseitigkeit, was die Darstellung der Probleme einerseits und der positiven Merkmale in der Linie und Politik der KP Palästinas andererseits betrifft. Wir wollen daher nochmals ausdrücklich betonen, daß die diskutierten Fragen keine Gesamteinschätzung der KP Palästinas darstellen. Eine Wertung des Gewichts der Fehler und ihre Einordnung in den Gesamtzusammenhang der Parteilinie soll und kann hier nicht geleistet werden. Eine solche Einschätzung erfordert eine allseitige Analyse der Tätigkeit der KP Palästinas als Sektion der Kommunistischen Internationale.

### **Zur Gründung des Staates Israel**

Ein wichtiger ideologischer Prüfstein in der Debatte um die Palästina-Frage bis heute ist die Frage des Rechts auf eine selbständige staatliche Existenz für das jüdische Volk bzw. das Existenzrecht des Staates Israel.

Wir haben daher an den Schluß dieses Readers die uns bekannten Dokumente aus der sowjetischen Außenpolitik sowie zwei Beiträge aus Organen der SED aus den Jahren 1947/48 gestellt, die zu den Problemen der staatlichen Lösung der Palästina-Frage Stellung nehmen. Dokumente von revolutionären und kommunistischen Kräften aus Palästina selbst aus dieser Zeitspanne liegen uns nicht vor. (Die KP Palästinas spaltete sich nach 1941 in zwei Flügel bzw. Organisationen, wobei uns dazu keine genaueren Informationen und Originaldokumente zugänglich sind.)

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde eine staatliche Lösung der Palästina-Frage unmittelbar praktisch auf die Tagesordnung gesetzt. Der sowjetische UNO-Delegierte (Gromyko) weist in seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung vom 14.5.1947 insbesondere auf folgende Faktoren hin:

"... das Mandatssystem der Verwaltung Palästinas, 1922 eingerichtet, hat sich nicht bewährt. Es ist bankrott." (Rede des sowjetischen UNO-Delegierten vom 14.5.1947, S.1)

Der englische Imperialismus hatte Palästina in ein Polizeilager verwandelt. Es war offensichtlich, daß eine Aufrechterhaltung der kolonialistischen Mandats Herrschaft den berechtigten Interessen der arabischen wie der jüdischen Bevölkerung widersprach.

"Die Tatsache, daß kein westeuropäischer Staat in der Lage war, die Verteidigung der elementaren Rechte des jüdischen Volkes zu sichern und es vor der Gewalt der faschistischen Henker zu retten, erklärt die Bestrebungen der Juden, ihren eigenen Staat zu gründen. Es wäre ungerecht, dies nicht in Betracht zu ziehen und das Recht des jüdischen Volkes, diese Bestrebung zu realisieren, zu verneinen." (Ebenda, S.2)



Der faschistische Völkermord hatte die Berechtigung eines besonderen Schutzbedürfnisses der Juden vor Augen geführt, ein Bedürfnis, das um so weniger erfüllt war, als sie nicht über einen eigenen Staat verfügten.

Hinzu kam, daß Hunderttausende von heimatlos gewordenen Juden nach Kriegsende in verschiedenen europäischen Ländern in Sammellagern lebten und berechtigterweise eine Perspektive für ihre weitere Existenz einforderten.

Der sowjetische Delegierte machte dabei deutlich, daß eine staatliche Lösung der Palästina-Frage die Existenz zweier Völker in Palästina zu berücksichtigen hat:

"Es ist wesentlich, die unbestreitbare Tatsache im Kopf zu haben, daß die Bevölkerung Palästinas aus zwei Völkern, den Arabern und den Juden, besteht. Beide haben historische Wurzeln in Palästina. Palästina ist das Heimatland dieser beiden Völker geworden, jedes spielt eine wichtige Rolle in der Wirtschaft und im kulturellen Leben des Landes." (Ebenda, S.3)

Eine Lösung der Palästina-Frage hatte also nicht nur die Interessen jener Juden zu berücksichtigen, die nach Palästina einwandern wollten, sondern auch der Tatsache Rechnung zu tragen, daß bereits zwei Völker dort lebten, Araber und Juden, die beide historisch mit diesem Land verwurzelt waren. Dies weist nochmals darauf hin, daß eine gerechte staatliche Lösung der Palästina-Frage auch durch die Lage und Geschichte in Palästina selbst auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Was nun die konkrete Lösung anbetrifft, schlug die Sowjetunion als erste Möglichkeit vor, einen "einzig arabisch-jüdischen Staat mit gleichen Rechten für Juden und Araber" (ebenda, S.3) auf dem Gebiet des Mandats für Palästina zu bilden.

Für den Fall, daß sich dieser Plan wegen der nationalen Konflikte zwischen Juden und Arabern als nicht durchführbar erweisen sollte, beinhaltete der Vorschlag der Sowjetunion auch die Bildung zweier getrennter Staaten, wobei betont wurde:

"Ich wiederhole, daß eine solche Lösung des Palästina-Problems nur dann zu rechtfertigen wäre, wenn die Beziehung zwischen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung sich in der Tat als so schlecht herausstellten, daß es unmöglich wäre, sie zu versöhnen und eine friedliche Koexistenz von Arabern und Juden zu sichern." (Ebenda, S.3)

Der sog. UNSCOP-Sonderausschuß der UNO empfahl wenige Monate später eine Zwei-Staaten-Lösung für Palästina, der die Sowjetunion zustimmte:

"Die Erfahrung aus dem Studium der Palästina-Frage einschließlich der Erfahrung des Sonderausschusses hat gezeigt, daß die Juden und die Araber in Palästina nicht wünschen oder nicht in der Lage sind, zusammen zu leben. Der logische Schluß folgte, daß falls diese beiden Völker, die Palästina bewohnen und die beide tiefverwurzelte historische Bindungen zu diesem Land aufweisen, nicht zusammen innerhalb der Grenzen eines einzigen Staates leben können, es keine Alternative dazu gibt, anstelle eines Landes zwei Staaten - einen arabischen und einen jüdischen - zu bilden." (Rede des Repräsentanten der Sowjetunion vor der UNO (Gromyko) am 26.11.1947)

Anfang 1948 gab der englische Imperialismus das Mandat auf und zog seine Truppen ab.

Die Zwei-Staaten-Lösung wurde von den maßgeblichen Führern der Araber in Palästina, die unter dem Einfluß der Arabischen Liga (Ägypten, Jordanien, Libanon, Syrien, Irak) standen, abgelehnt. Das Gegenmodell der Arabischen Liga war ein einheitlicher Staat mit arabischer Staatsbürgerschaft und teilweiser Selbstverwaltung für die jüdische Bevölkerung. Dieses Konzept basierte somit nicht auf der Gleichberechtigung der arabischen und der jüdischen Bevölkerung, wie es die ursprünglich in der UNO diskutierte Ein-Staaten-



Lösung vorsah. Der Vorschlag der Arabischen Liga war für die Vertreter der Juden in Palästina daher verständlicherweise nicht akzeptabel.

Unterstützt insbesondere vom jordanischen König Abdullah organisierte der Ex-Mufti von Jerusalem, Husseini, der während des Zweiten Weltkrieges die deutschen Faschisten unterstützt hatte, in Palästina eine Gegenbewegung gegen den Teilungsplan. In den ersten Monaten des Jahres 1948 kam es bereits zu schweren bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Haganah, der zu diesem Zeitpunkt wichtigsten jüdischen militärischen Organisation.

Die amerikanischen und britischen Imperialisten drängten, teils wegen innerimperialistischen Rivalitäten teils besorgt um ihren Einfluß auf die Arabische Liga, nicht auf die Realisierung des von der UNO beschlossenen Teilungsplans. Die USA schlugen Anfang März statt dessen eine vorläufige Treuhänderschaft der UNO für ganz Palästina vor. Die UNO billigte zwar diesen Antrag nicht, vertagte aber die Lösung der Frage durch die Einsetzung eines weiteren Untersuchungsausschusses.

Durch diese Entwicklung ermutigt, drang die Arabische Legion des Königs Abdullah im April 1948 in Palästina ein, konnte jedoch die von der Haganah kontrollierten Gebiete, die zu diesem Zeitpunkt noch etwa dem im UNO-Teilungsplan für den jüdischen Staat vorgesehenen Areal (ohne den Negev) entsprachen, nicht erobern.

Am 14. Mai 1948 erfolgte die Proklamation des Staates Israel. Daraufhin begann die Arabische Liga unter Beteiligung von Truppen Ägyptens, Syriens, des Irak und des Libanon - neben der Arabischen Legion Jordaniens - den Krieg gegen Israel. Die Sowjetunion und andere Staaten des sozialistischen Lagers unterstützten zunächst den neugegründeten Staat Israel und betrachteten das Vorgehen der Arabischen Liga als Angriffskrieg.

In dem bis 1949 dauernden "1. Nahost-Krieg" behielt Israel die Oberhand und eroberte größere Anteile des im UNO-Teilungsplan für den arabischen Staat vorgesehenen Gebiets. Dem israelischen Staatsgebiet wurden Galiläa im Norden, Teile des Negev im Westen und Teile des Westjordanlands sowie die Westhälfte Jerusalems einverleibt. (Nach dem UNO-Teilungsplan sollte Jerusalem als Enklave im arabischen Teilstaat unter internationale Verwaltung gestellt werden.)

Jedoch nicht nur Israel vergrößerte sein Staatsgebiet auf Kosten des arabischen Palästina. Der größte Teil des Westjordanlands, das Kernstücks des geplanten arabischen Teilstaats, wurde von Jordanien annektiert, der Gaza-Streifen, ursprünglich ebenfalls als Teil des arabischen Palästina vorgesehen, fiel an Ägypten.

Aus dieser unmittelbaren Vorgeschichte des Staates Israel erscheinen uns folgende Gesichtspunkte besonders wichtig:

Mit dem Zwei-Staaten-Plan der UNO, an dem die sozialistische Sowjetunion maßgeblich mitgewirkt hatte, existierte eine realistische Möglichkeit, eine den berechtigten Interessen der Araber und Juden entsprechende Lösung der Palästina-Frage zu schaffen und den tiefsitzenden nationalen Konflikt zu entschärfen.

Die Proklamation des Staates Israel entsprach im Grundsatz dem Zwei-Staaten-Plan und war durch das mit diesem Plan anerkannte Existenzrecht eines jüdischen Staates in Palästina gedeckt.

Die politisch dominierenden Kräfte sowohl in Israel als auch auf Seiten der arabischen Palästinenser sabotierten jedoch eine gerechte, die Interessen beider Seiten berücksichtigende Lösung.

Die Araber Palästinas befanden sich unter der politischen Vormundschaft der reaktionären Staaten der arabischen Liga, welche weder die Existenz eines jüdischen Staates zulassen wollten noch an der Existenz eines arabischen Staates in Palästina interessiert waren, sondern vor allem an der Ausdehnung ihres eigenen Staatsgebiets.

Der neu gegründete Staat Israel bzw. seine dem reaktionären Zionismus verpflichtete Kompradorenregierung nutzte die Gelegenheit des "1. Nahost-Krieges", welcher als Verteidigungskrieg auf seiten Israels begonnen hatte, um das Staatsgebiet Israels auf Kosten der Araber Palästinas auszuweiten.

Eine gerechte Lösung der Palästina-Frage war somit gescheitert.

Zu dem Artikel von Paul Merker "Der Krieg in Palästina" (Neue Welt", Nr. 57, S.64 ff), dem wir einen Großteil der Informationen zu den Ereignissen 1947/1948 entnommen haben, ist noch eine Anmerkung erforderlich.

Merker, der überzeugend die Position der Sowjetunion zur Palästina-Frage verteidigt, unterschätzt den reaktionären Charakter der politischen Kräfte, die sich bereits bei der Gründung des Staates Israel durchgesetzt hatten. So findet sich bei ihm keine Warnung vor dem Umschlagen des Verteidigungskrieges in einen Annexionskrieg, das sich bereits abzeichnete. Der, vielleicht als besorgter Hinweis gedachte Appell, daß der junge Staat Israel "sich nicht in die politische oder wirtschaftliche Abhängigkeit der einen oder anderen imperialistischen Großmacht begeben dürfe" (ebenda, S.77), wirkt eher wie eine als realistisch angesehene Entwicklungsperspektive - zumal auch die Hoffnung ausgesprochen wird, daß Israel sich "in die Front ... der Kräfte des Fortschritts" (ebenda) einreihen möge. Die Abhängigkeit der israelischen Kompradorenregierung insbesondere vom US-Imperialismus war trotz dessen Manöver zur Beruhigung der reaktionären arabischen Länder jedoch auch zu diesem Zeitpunkt schon offenkundig.

### **Erste Anmerkungen zur Einschätzung und Kritik des Programms der Kommunistischen Partei Israels von 1952**

(Eigene Übersetzung nach der englischen Fassung; genaue Quelle unbekannt)

Das Programm der KP Israels von 1952 „für den Tageskampf“ stammt aus einer Zeit, als die UdSSR noch sozialistisch war und zu der die Gründung des Staates Israel bereits vier Jahre zurücklag und dessen Charakter als reaktionäres, vom Imperialismus abhängiges Regime längst offenkundig geworden war.

So schätzt die KP Israels die Ben-Gurion-Regierung als Statthalter des US-Imperialismus ein. Jedoch wird eindeutig von der Existenzberechtigung eines israelischen Staates ausgegangen, indem gleich in Punkt 1 auf die UNO-Beschlüsse zur Teilung Palästinas in einen israelischen und einen eigenen palästinensischen Staat verwiesen wird. Es wird richtig herausgestellt, daß der von den reaktionären Regimes der „Arabischen Liga“ vom Zaun gebrochene Krieg, der zugleich die Stellung der Bourgeoisie Israels stärkte, einer der wesentlichen Faktoren war, der die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates letztlich verhinderte. Auf der anderen Seite wird die Politik der Vertreibung der arabischen

Einwohner Israels - worunter vor allem die palästinensische Bevölkerung verstanden wird - durch das Ben-Gurion-Regime angeprangert.

Im Abschnitt Außenpolitik fordert das Programm der KP Israels in Bezug auf die durch den Staat Israel 1948 angeeigneten Gebiete, die im UNO-Plan für den palästinensischen Staat vorgesehen sind, unzweideutig den Verzicht auf territoriale Annexionen und die Anerkennung der Rechte der arabischen Bevölkerung in Palästina auf Schaffung eines unabhängigen demokratischen Staates, das Recht der arabischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihr Land sowie die Rückgabe von Land und Eigentum an die aus Israel vertriebenen Palästinenser.

Das Programm prangert entschieden die doppelte Unterdrückung der arabischen Werktätigen Palästinas an, die nicht nur sozial, sondern auch in nationaler Hinsicht unterdrückt werden. Es wendet sich dabei gegen den bürgerlichen Nationalismus sowohl der jüdischen als auch der arabischen Reaktion und stellt diesem den proletarischen Internationalismus und den gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus und seine Statthalter als Ausweg entgegen.

Über den Charakter des Programms heißt es im Punkt 22 der Einleitung zum eigentlichen Programm:

„Dieses Programm ist vorrangig ein Programm, welches die Forderung einer bürgerlich-demokratischen Revolution unter den neuen internationalen Bedingungen enthält... Dies ist kein Programm für die fernere Zukunft, sondern ein Programm für den Tageskampf im Lichte eines klar definierten Ziels.“

Im Grunde handelt es sich bei dem Programm um ein demokratisches Volksfront-Programm. Das Problem ist, daß diesem „Programm für den Tageskampf“ *der programmatische Rahmen fehlt*.

Zum einen ist uns nicht bekannt, daß es damals noch ein weiterreichendes Programm gegeben hätte, welches die Prinzipien der Diktatur des Proletariats und des Kommunismus darlegt. Dies ist ein großer Mangel bei uns, daß wir nicht alle wichtigen programmatischen Dokumente der Kommunistischen Partei Israels haben bzw. uns diese noch nicht besorgt haben.

Zum anderen ist das vorliegende Programm dort, wo es auf die programmatischen Eckpunkte für das propagierte nächste Ziel eines volksdemokratischen Israel eingeht, selbst nicht klar, geschweige denn, daß die *Verknüpfung* mit der Perspektive der Errichtung der Diktatur des Proletariats, des Kampfes für den Sozialismus und Kommunismus thematisiert wird.

Als nächstes Etappenziel wird die Errichtung der „Herrschaft der Volksdemokratie“ (Punkt 16) bestimmt. Dies wird damit begründet, „daß angesichts der gegenwärtigen Stufe der ökonomischen und politischen Entwicklung in Israel und im Nahen Osten“ (Punkt 14) keine direkte Möglichkeit für die Beseitigung des Kapitalismus gesehen wird, weshalb zunächst die „Niederschlagung und Beseitigung der Herrschaft des US-amerikanischen und britischen Monopolkapitals und der mit ihm verbundenen israelischen Großbourgeoisie“ anstehe (ebenda).

Ohne daß wir uns hier darauf festlegen können, ob diese Argumentation tatsächlich den Verhältnissen in Israel entsprochen hat, ist ein grundlegender Fehler des Programms, daß die zu erkämpfende Volksdemokratie nicht von ihrem Charakter her als Diktatur über die

gestürzten Ausbeuterklassen bestimmt wird. Denn in jedem Fall kann die neue Staatsmacht ihren revolutionären Aufgaben nur gerecht werden, wenn sie die reaktionären Kräfte konsequent unterdrückt.

In diesem Zusammenhang ist auch die in der Einleitung des Programms enthaltene Selbstkritik der KP Israels hervorzuheben, die sich auf die Behandlung der Frage der Staatsmacht in dem auf dem 11. Kongreß der Partei 1949 angenommenen Programm bezieht:

„Der Schwachpunkt des auf dem 11. Kongreß angenommenen Programms war, daß wir nicht vollständig den Weg zu seiner Realisierung aufgezeigt haben. Wir haben nicht die unbedingt notwendige Verbindung zwischen der Verwirklichung des Programms durch eine Volksregierung und der Volksfront auf der einen Seite und der grundlegenden Veränderung des Staatsregimes auf der anderen Seite gesehen.“ (Punkt 20)

Ob diese Selbstkritik wirklich eine Korrektur in die richtige Richtung war oder nicht doch eher eine Begradigung nach rechts, könnte nur beurteilt werden, wenn wir das Programm des XI. Parteikongresses von 1948 haben würden.

So oder so ist trotz dieser selbstkritischen Feststellung die Behandlung der politischen Grundfrage der Revolution, der Frage der Staatsmacht, in dem Programm von 1952 alles andere als klar und prinzipienfest. Auch im Programm von 1952 bleibt letztlich ungeklärt, auf welchem Weg die Herrschaft der Volksdemokratie zu erkämpfen ist. Zwar heißt es, daß die historischen Erfahrungen zeigen, daß der Imperialismus und seine Stützen „die historische Bühne nicht freiwillig verlassen“ (Punkt 17) und sie „alle Arten von Gewalt gegen die Volksmassen ins Spiel bringen“ (ebenda). Ebenso wird klargestellt, daß die Staatsorgane des bürgerlichen Staates in Israel, Polizei, Armee, Geheimdienst, Gefängnisse, nicht über den Klassen stehen, sondern in Wirklichkeit Organe zur Unterdrückung der Mehrheit des Volkes sind. Aber die Frage, was dem entgegengesetzt ist, wird recht schwammig damit beantwortet, daß „es in der Macht einer breiten Volksfront, geführt von der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei, liegt, ... den Widerstand des Imperialismus und der einheimischen Reaktion zu brechen“ (Punkt 17). Die Notwendigkeit, den alten Staatsapparat gewaltsam zu zerschlagen, damit die Macht der Volksdemokratie errichtet werden kann, wird umgangen.

\* \* \*

Zusammengenommen bleibt, daß trotz vieler richtiger Positionen der Bezug zur eigentlichen kommunistischen Programmatik fehlt bzw. umgangen wird. Obwohl selbst noch nicht direkt revisionistisch, sind die Formulierungen des Programms - ähnlich wie in Dokumenten anderer Kommunistischer Parteien dieser Zeit - mit Reformismus und Revisionismus vereinbar und so gesehen im Grunde schon revisionistisch verwässert. Zumindest konnte auf der Basis dieser Positionen einer revisionistischen Umformulierung des Programms nicht viel Widerstand entgegengesetzt werden, sofern überhaupt größere Umformulierungen erforderlich waren.

Zur Bedeutung des Programms ist dennoch festzuhalten, daß insbesondere die Ausführungen zur jüdisch-arabischen Frage ihre Stärken haben, an denen angeknüpft werden kann.

## Editorisches

Für die Zusammenstellung wurden insbesondere die deutschsprachigen Publikationen der Kommunistischen Internationale bzw. ihr nahestehende Organe ausgewertet:

- Die Kommunistische Internationale (KI), 1919-1941, Moskau
- Internationale Pressekorrespondenz (Inprekorr), 1921-1933, Moskau
- Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, (Rundschau), 1932-1939, Basel
- Die Welt, 1939-1943, Stockholm
- Für dauerhaften Frieden und Volksdemokratie, 1946-1948
- Protokolle der Weltkongresse der Kommunistischen Internationale
- Beschlüsse und Resolutionen des EKKI (soweit zugänglich)

In den Reader wurde die Mehrzahl der Beiträge aus den oben angeführten Organen zur Palästina-Frage aufgenommen. Weggelassen wurden verschiedene Meldungen über konkrete Ereignisse, die uns für das Studium heute nicht so wesentlich erschienen, sowie Beiträge, die sich inhaltlich wiederholen und deren Position an anderer Stelle dokumentiert ist.

Vollständig enthalten sind alle Dokumente der KP Palästinas, soweit sie in diesen Organen veröffentlicht worden sind. Hier sind wir allerdings nur auf einige wenige Dokumente gestoßen. Der Reader stellt somit keine Dokumentation der Linie der KP Palästinas dar.

Bei der Durchsicht der Protokolle der Weltkongresse der Kommunistischen Internationale fanden sich nur drei kurze Redebeiträge zu Palästina.

Das in den Reader aufgenommene Dokument „Während das Volk vernichtet wird“ aus Kol Haam, dem Organ der KP Palästinas, vom Dezember 1942 ist das einzige uns vorliegende Dokument aus dieser Zeitung.

Außerdem wurden Protokollauszüge der UNO-Debatten von 1947 über die Palästina-Frage aufgenommen. Ferner ist im Reader je ein Beitrag aus „Neue Zeit“ (Moskau, 1948) zu den UNO-Beschlüssen über Palästina und aus „Neue Welt“ (Berlin, 1948) über den Krieg in Palästina 1948 enthalten.

Das auf dem XII. Kongreß der KP Israels 1952 angenommene Programm wurde aus dem Englischen übersetzt (die KP Israels berücksichtigte bei der Numerierung ihrer Parteitage die Parteitage der früheren KP Palästinas). Die Quelle der uns vorliegenden englischen Fassung war nicht zu ermitteln.



## Chronologische Übersicht

- 1517-1918 Osmanische Herrschaft in Palästina
- 1917 Balfour-Deklaration: Die englischen Imperialisten sprechen sich für die Errichtung einer "jüdischen nationalen Heimstatt in Palästina" aus.
- 1917/1918 Besetzung Palästinas durch Truppen des englischen Imperialismus; ab März 1918 englische Militärherrschaft
- 1919 Gründung der "Partei der sozialistischen Arbeiter" durch jüdische Einwanderer aus Osteuropa; aus ihr ging die "Jüdische Kommunistische Partei" hervor, die Mitglied des Weltverbandes Paole Zion war.
- 1920 Konferenz von San Remo; der englische Imperialismus erhält das Mandat über Palästina.
- 1921 Erste 1. Mai Demonstration in Palästina
- 1922 Bestätigung des englischen Mandats durch den Völkerbund
- 1922 Spaltung der "Jüdischen Kommunistischen Partei" in die PKP (Palästinensische Kommunistische Partei) und die KPP (Kommunistische Partei Palästinas)
- 1923 Vereinigung der KPP und der PKP zu einer einheitlichen KP Palästinas
- 1924 Anerkennung der KP Palästinas als Sektion der KI nach dem Bruch der KP Palästinas mit dem Weltverband Paole Zion
- 1929 Erster arabischer Aufstand mit antisemitischen Pogromen in Palästina nach dem sog. "Zwischenfall an der Klagemauer"
- 1930 VII. Parteitag der KP Palästinas
- 1933 Zeitweilige Einwanderungssperre durch den englischen Imperialismus für Juden nach Palästina
- 1933 Generalstreik der arabischen Bevölkerung
- 1936-1939 Zweite Aufstandsbewegung mit antisemitischen Pogromen in Palästina
- 1937 Teilungsplan der Peel-Kommission
- 1939 "Arabisch jüdische Konferenz" unter Leitung der englischen Imperialisten in London über eine Scheinunabhängigkeit für Palästina ohne konkrete Ergebnisse
- 1939 "White Paper Politik" der englischen Imperialisten; erschwerte Einwanderung für Juden nach Palästina
- 1947 UNO-Teilungsplan für Palästina mit ökonomischer Union; für die Teilung stimmten 33 Staaten (darunter die UdSSR, die Tschechoslowakei und Polen), dagegen 13 (vor allem arabische) Staaten, 10 enthielten sich der Stimme (darunter England und Jugoslawien)
- 1948 Gründung des Staates Israel
- 1948/1949 "1. Nahost-Krieg" zwischen Israel und den Nachbarstaaten der Arabischen Liga





## **Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)**

- Erklärungen und Artikel aus der kommunistischen Bewegung Palästinas**
- Dokumente und Artikel aus der Kommunistischen Internationale**



## Aus dem Protokoll der Sitzung der Exekutive der Kommunistischen Internationale vom 26. März 1922.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Brandler, Leontjew, Sultan Sade, Schüller, Sulzbacher, Kuusinen, Walecki, Sellier, Ambrogi, Zchakaja, Wilkinson, Losowski, Wallenius, Rakosl, Popow, Landler, Gonzales, Awerbuch, Eberlein, Haywood, Schatzkin, Jansen, Kreibich, Kasparowa, Nagler, Carr, Nin, Jones, Bell, Hoors, Saar, Serpow.*

1. Poale-Zion, ihr Eintritt in die III. Internationale.
2. Vertretung der Exekutive zum russischen Parteitag.
3. Vertretung der Exekutive in der ungarischen Redaktion.

### Frage der Poale-Zion:

Über Poale-Zion berichtet *Brandler*. Diese Frage hat die Exekutive schon einigemal beschäftigt. Nach dem 3. Kongress wurden folgende Bedingungen zum Eintritt gestellt:

„Auflösung des Weltverbandes, Eintritt in die nationalen Sektionen der Komintern, bedingungslose Annahme der Thesen und Beschlüsse des II. und III. Kongresses der Komintern. Der Weltverband Poale-Zion hat in fünf Monaten einen Kongress einzuberufen, zum Zwecke der Auflösung. Zwei Monate nach dem Kongress haben die nationalen Sektionen ihre Auflösung und ihren Beitritt in die Kommunistischen Parteien durchzuführen. Zur Leitung der Propaganda unter den jüdischen Proletariern wird bei dem Exekutivkomitee der Komintern ein Propaganda-Büro eingerichtet.“

Dieser Beschluß wurde dem Poale-Zion in einem Briefe mitgeteilt. Im Oktober wurde dann eine Verbandsberatung des Poale-Zion abgehalten, die zu diesen Fragen Stellung genommen hat. Es wurde ein Antwortschreiben an die Exekutive beschlossen. Dieses Schreiben versucht den Brief der Exekutive so auszulegen, als ob damit die Tätigkeit des Poale-Zion, die im Palästinafragepunkt gipfelt, von der Exekutive gebilligt würde. Es wird demgemäß vorgeschlagen, neue Verhandlungen über die Palästinafrage anzuknüpfen. Zur Auflösung des Weltverbandes schlagen sie zwei Möglichkeiten vor:

1. Die Sektionen des Weltverbandes schließen sich den Landesparteien der Komintern als jüdische Sektionen an mit einem Aktionsprogramm, das u. a. besagt: die „aktive Beeinflussung und Regulierung der Wanderung der jüdischen arbeitenden Massen in der Richtung, deren Konzentrierung in Palästina“. Zur Durchführung dieses Aktionsprogrammes „wird bei dem E. K. der K. I. ein jüdisches Büro — jüdische Sektion — errichtet. Dieses wird auf den jeweiligen Kongressen der Komintern durch die anwesenden Vertreter der jüdischen Sektionen aller Länder gewählt.“
2. Die andere Möglichkeit wäre die Aufnahme des Weltverbandes als sympathisierende Organisation mit demselben Aktionsprogramm und mit einer Bedingung: „Die Komintern annulliert den Teil des Briefes an die Poale-Zion, der die Idee der Konzentrierung der jüdischen Wanderung in Palästina als gegenrevolutionär bezeichnet“.

Die Kommission hat während der Verhandlungen gerade bei den Ausführungen in der Palästinafrage sich davon überzeugt, wie richtig der Beschluß der Exekutive war, als sie die Palästinafrage als kleinbürgerlich, und sogar konterrevolutionär bezeichnete. Die ganze Antwort ist nach der Meinung der Kommission eine völlige Ablehnung der Hauptbedingungen, die die Exekutive für den Eintritt stellte. Die Kommission arbeitete dementsprechend eine Resolution aus, die nochmals im Sinne des ersten Beschlusses, auf alle Einwände eingehend, der Exekutive zur Bestätigung unterbreitet wird. Die Mehrheitsvertreter der Verbandsdelegation haben die darin aufgestellten Bedingungen abgelehnt. Dagegen erklärte der Vertreter der Minderheit, die Bedingungen, die die Komintern gestellt hat, ohne Vorbehalt anzunehmen.

Im Anschluß zu dieser Frage wurde auch der Beschluß mit behandelt, der sich mit dem Vertreter der Kommunistischen Partei Palästinas ergeben hat. Die K. P. P. hat in der Exekutive einen Vertreter mit beratender Stimme. Dieser Vertreter hat auf der Verbandsberatung nicht die Beschlüsse der Komintern, sondern die der Poale-Zion unterstützt. Damals wurde auf Antrag der dafür eingesetzten Kommission das Mandat des betreffenden Vertreters suspendiert. Die jetzige Kommission sieht in dem Verhalten des Ver-

reters der K. P. P., der gegen den eindeutigen Beschluß der Komintern aufgetreten ist, den schwersten Disziplinbruch, den ein Mitglied der Exekutive begehen kann, und schlägt vor, den Genossen Saar von der Ausübung seines Mandates zu entheben. Die K. P. P. hat weiter Anrecht auf eine Vertretung; sie muß aber, wenn sie weiter Mitglied der Komintern bleiben will, offiziell und förmlich den Austritt aus dem Weltverbande Poale-Zion vollziehen.

Nach der Vorlesung der Resolution der Kommission, des Antwortschreibens der Verbandstugung, der Erklärung der Delegation und der Resolution zur Vertretung der K. P. Palästinas erhielt Sarpow, Vertreter der Mehrheit in der Delegation von Poale-Zion, das Wort. Er unterstreicht die schweren und verwickelten Probleme der jüdischen Arbeiter und bestreitet, daß auf Grundlage der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution eine jüdische kommunistische Massenbewegung zu schaffen möglich sei. Das Aktionsprogramm des Weltverbandes entspricht den revolutionären Bedürfnissen des jüdischen Proletariats und hofft er, die Exekutive von der Richtigkeit seiner Auffassung durch revolutionären Kampf zu überzeugen.

Nagler, Vertreter der Minderheit in der Delegation, schildert, wie sie im alltäglichen Kampfe und in unmittelbarem Kontakt mit den Massen zu der Einsicht kamen, daß die althergebrachte Einstellung des Poale-Zion nicht mit der K. I. zu vereinbaren ist. Er spricht sich für die bedingungslose Annahme der Resolution aus, doch schlägt er kleine Änderungen vor, die den Weg der im Poale-Zion vorhandenen kommunistischen Arbeiter zu der Internationale erleichtern, und die der Majorität die Möglichkeit nehmen, die Annahme der Resolution zu hemmen.

Sinowjew ist mit den Vorschlägen Naglers einverstanden, und beantragt zur Resolution folgendes: „Nachdem das nichtkommunistische Palästinaprogramm aufgegeben und der Weltverband aufgelöst sein wird, und damit der Wunsch, zur Kommunistischen Internationale zu gehören, bewiesen ist, — wird die Exekutive allen kommunistischen Parteien die weitestehende organisatorische Toleranz den jüdischen Organisationen und Gruppen gegenüber empfehlen. Wo kompakte Massen jüdischer Arbeiter leben und wirken, können provisorisch auch selbständige Organisationen bestehen bleiben, damit die volle und dauernde Vereinigung genügend vorbereitet werde und glatt ablaufen kann. Das E. K. wird dafür sorgen, daß die kommunistische Arbeit innerhalb der werktätigen jüdischen Massen nicht vernachlässigt wird und an die konkreten Erscheinungen im Tageskampfe der jüdischen Proletarier anknüpft.“

Der Geist unseres Vorschlages geht dahin, daß wir alle möglichen Konzessionen in der Organisationsfrage machen; eben weil wir wissen, daß es sich um ein kompliziertes und altes Problem handelt, das sich nicht im Händumdrehen lösen läßt. Es ist aber für uns ganz klar, daß das Bestehen einer Weltorganisation oder die Behandlung der Emigrationsfrage im Palästinaprogramm nur mit antikommunistischen Argumenten verteidigt werden kann. Wir fordern nicht, daß man im Nu alle jüdischen Fragen löst, und wir wissen, daß man diese schweren Probleme nur allmählich lösen kann. Was wir fordern, ist aber für jeden aufrichtigen Kommunisten eine solche Selbstverständlichkeit, daß es angenommen werden muß. Wir müssen den Genossen im Poale-Zion unsere Meinung klar und offen sagen.

Saar erklärt seine Stellungnahme bei der Verbandsberatung und findet, daß die Exekutive recht hat, wenn sie ihm sein Mandat entzieht.

Die Resolution der Kommission wird mit den Vorschlägen Naglers und Sinowjews, wie auch in der Frage Saar endgültig angenommen.

*Vertreter der K. I. zum Parteitag der R. K. P.*

Zu Vertretern der Exekutive zum Parteitage der russischen kommunistischen Partei wurden die Genossen: Brandler, Souvarine, Sellier, Kreibich, Bell, Ambrogi, Walecki, Eberlein und Popow gewählt.

*Vertreter der K. I. in der ungarischen Redaktion.*

Als Vertreter der Exekutive in der ungarischen Redaktion wird Genosse Brandler bestellt.

Schluß der Sitzung.

Sekretariat der Kommunistischen Internationale (Hrsg.) 1922: Bericht über die Tätigkeit des Präsidiums und der Exekutive der Kommunistischen Internationale für die Zeit vom 6. März bis 11. Juni 1922. Verlag der Kommunistischen Internationale, Hamburg, S.10-13.

Redebeitrag von Ravestein (Holland):

Die Geschichte des Mandats über Palästina und Mesopotamien ist eine lange Leidensgeschichte, die Zustände sind noch in höchstem Maße unbestimmt.

In Palästina sind die beiden herrschenden Elemente, die Juden und die Araber, gleich unzufrieden. Und ohne die verwickelte Geschichte dieses Landes in den letzten Jahren auch nur in den Hauptzügen darzustellen, kann man das eine sagen: die englische Herrschaft ist nicht imstande gewesen, auch nur einigermaßen eine friedliche Zusammenarbeit zwischen den Nationalitäten im neuen Palästina zustande zu bringen. Das Land steht jetzt am Vorabend der Wahlen für eine Art Repräsentativkörperschaft. Die Araber jedoch haben den Boykott über diese Wahlen verhängt. Die panislamitische Bewegung, auf die wir noch zu sprechen kommen, ist auch da immer noch im Wachstum begriffen.

KI 1923: Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, Petrograd-Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922. Verlag der Kommunistischen Internationale, Hamburg, S. 581.

## Die Arbeiterbewegung in Palästina

Von Awigdor.

Die Wurzeln der palästinischen Arbeiterbewegung liegen fast vollkommen außerhalb der eingeborenen Bevölkerung. Die große wirtschaftliche und politische Rückständigkeit des Landes und die Staatsherrschaft der alten Türkei verhinderte die Entwicklung des einheimischen städtischen Proletariats, das noch unter jenen patriarchalischen Bedingungen lebte, unter denen

jede Art Volksbewegung nur schwer entwickelt kann. Wir müssen in Betracht ziehen, daß Palästina überhaupt erst nach dem Kriege in die kapitalistische Einflußsphäre hineingezogen wurde, und daß die soziale Schichtung seiner Bevölkerung sich noch in ihren Anfängen befindet. Dennoch gibt es in Palästina Arbeiterverbände und Arbeiterparteien in Miniaufmassen, aber sie spiegeln bereits alle jene Richtungen, insbesondere alle jene Leidenenschaften wider, die in der modernen Arbeiterbewegung der europäischen Länder herrschen. Die palästinische Bewegung umfaßt ausschließlich die während der letzten 15 bis 20 Jahre eingewanderten jüdischen Arbeiter. Der national-kolonisatorische Charakter dieser Emigration verhinderte natürlich die Entstehung von streng klassenmäßig ungrenzten Gewerkschaften, und die jüdischen sozialistischen Arbeiter, die nach Palästina einwanderten, befanden sich sofort im Antagonismus mit den eingeborenen Arbeitern. Die Arbeitskraft des Emigranten fand keine natürliche Nachfrage auf dem Wirtschaftsmarkt des Landes und hing vollkommen von der philanthropischen Tätigkeit der jüdischen kolonisierenden Gesellschaft und von nationalen Fonds ab. Die von diesen Gesellschaften gegründeten Agrargemeinschaften konnten auch nicht alle neu eingewanderten mit Arbeit versorgen, und es versteht sich von selbst, daß diese „im Namen der gemeinsamen Sache“ Arbeit von den durch dieselben Gesellschaften protegierten jüdischen Kolonisten forderten, während diese billigere arabische Arbeiter beschäftigten.

Die nach dem Kriege unter dem englischen Protektorat begonnenen öffentlichen Arbeiten erzeugten eine gesteigerte Nachfrage nach Arbeitskräften und ermöglichten die Zuwanderung neuer jüdischer Arbeiter. Diese brachten einen neuen Geist in die palästinische Arbeiterbewegung. Vor allem stürzte die chinesische Mauer zwischen den arabischen und jüdischen Arbeitern ein, und wenn solange noch keine enge Annäherung zwischen ihnen zustande kam, so mußte der Weg zu dieser Annäherung bald gefunden werden. Anfang 1919 wurden in Palästina zwei Arbeiterparteien gegründet: eine zionistische „Die Vereinigung der Arbeit“ aus der alten Poale-Zion-Partei und den Organisationen der Partisesen, ferner eine revolutionär-internationale: „Die Partei der Sozialistischen Arbeiter“. Wie schwach auch diese letztere Partei war, gelang es ihr doch; eine energische Agitation für die Internationalisierung der Gewerkschaften, für den Klassenstandpunkt, für den aktiven Kampf gegen den englischen Imperialismus und gegen die jüdischen Chauvinisten zu entfalten. Und das Resultat dieser Agitation ist nicht ausgeblieben. Die Partei eroberte eine ganze Reihe von lokalen Gewerkschaftsorganisationen, und es wurden fast unter ihrem ausschließlichen Einfluß die ersten Organisationen der Eisenbahn- und Chausseearbeiter Palästinas begründet. Sie ist bestrebt, auch die arabischen Arbeiter in diese Verbände hineinzuziehen, aber das gelang ihr bisher noch nicht. Der arabische Arbeiter sieht in dem jüdischen Emigranten nicht nur den Konkurrenten, sondern auch den Gendarmen. Andererseits hat die europäische nationale Bourgeoisie und die englische Administration die Agitation unserer jungen Partei richtig eingeschätzt. Der erste Versuch, die Gefahr im Keime zu ersticken, wurde im November 1920 nach der Feier vom 7. November gemacht. Einige Genossen wurden verhaftet, ihr Klub geschlossen und alle Schriften konfisziert. Dennoch konnte sich die Partei vom ersten Schläge rasch erholen. Bereits im Dezember nahm sie an der gemeinsamen Konferenz der Gewerkschaften teil und erhielt im ZK. der neu gegründeten Arbeitskonföderation zwei Sitze. Die Partei konnte natürlich nicht

lange in dieser Organisation bleiben. Infolge deren konservativen und bürokratischen Charakters wurde sie gezwungen, auszutreten. Aber auch ihre selbständige Arbeit begann auf Hindernisse zu stoßen. Die aus Rußland und Polen eingewanderten, sogenannten „Zionistischen Kommunisten“ haben bald das zahlenmäßige Übergewicht über die alten Genossen erlangt und änderten den ursprünglichen Charakter der Partei. Es gelang ihnen, den Namen der Partei in „Jüdische Kommunistische Partei“ zu ändern. Auch das Programm wurde geändert. Der infolgedessen entstandene Fraktionskampf untergrub die Kampffähigkeit der Partei, währenddessen sich die gelben Gewerkschaften ungehindert entwickeln konnten. Die neu eingewanderten Arbeiter konnten nur dann Arbeit bekommen, wenn sie den gelben Organisationen als Mitglieder beigetreten sind. Indirekt hetzten die Gelben gegen die Kommunisten, selbst die englische Administration. Am 1. Mai 1921 veranstalteten die Kommunisten eine Demonstration, die von den Mitgliedern der gelben Organisationen angegriffen wurde. Die eingeborene Bevölkerung, deren Pogromstimmung von den englischen und französischen Provokateuren und von ihren eigenen Nationalisten schon lange geschürt wurde, und die den Sinn der Demonstration nicht begriff, stürzte sich auf die Demonstranten und ging dann zu einem allgemeinen Pogrom gegen die Juden über. Es wurden ungefähr 200 Personen

ermordet und verwundet, wofür dann sowohl die Zionisten wie auch die Engländer sich beeilten, die ganze Schuld auf die Kommunisten abzuwälzen. Die aktiven Genossen wurden ausgewiesen, die anderen mußten nun illegal arbeiten. Die Arbeit hat aber nicht aufgehört. Bald gelang es unseren Genossen wieder in einige Gewerkschaften einzudringen. Aber auch die inneren Widersprüche wurden verschärft. Die kategorische Aufforderung der KI., mit dem internationalen Verband der Poale Zion, dem die Partei organisatorisch angehörte, zu brechen, trennte die bereits früher vorhandenen zwei Lager endgültig von einander. Die Spaltung fand im September vorigen Jahres statt und führte zur Gründung zweier gleich schwachen Organisationen. Die eine, die Kommunistische Partei, gewann von der Spaltung doch den Vorteil, daß sie von den kleinbürgerlichen Elementen befreit wurde und sich als Kern für die künftige revolutionäre Organisation des palästinischen Proletariats entfalten konnte.

In Palästina gibt es 15 000 organisierte Arbeiter, hiervon 4500 im Verbands der Landarbeiter, ungefähr ebensoviel im Verbands der ungelerten Arbeiter, die übrigen verteilen sich unter verschiedenen kleineren Gewerkschaften. Die Vereinigung dieser Gewerkschaften, die früher erwähnte Konföderation, ist eine Sektion der Amsterdamer Internationale. Bis unlängst war diese Organisation gegen die Aufnahme der arabischen Arbeiter. Aber einerseits die Pogrome, andererseits die revolutionäre Unzufriedenheit vieler Mitglieder mit dieser Taktik, endlich die Gefahr der Gründung selbständiger arabischer Gewerkschaften, bewog die Führer zu Zugeständnissen. Nach den im wöchentlichen Organ der Konföderation veröffentlichten Thesen sollen innerhalb der Gewerkschaften nationale Sektionen gebildet werden, die sich den Direktiven der jüdischen Zentralorganisation unterordnen müssen. Der erste Schritt zur Annäherung der europäischen und arabischen Klassenossen in Palästina ist also, wenn auch noch so schüchtern, getan. Die projektierten großen öffentlichen Arbeiten, an denen die jüdischen und arabischen Arbeiter unter gleichen Arbeitsbedingungen arbeiten, schaffen die notwendige Basis zu dieser Annäherung.

Die revolutionären Ereignisse entwickeln rasch das Klassenbewußtsein der eingeborenen Arbeiter. Das sehen wir am ägyptischen und am indischen Beispiel, wo die Arbeiter sich von ihren kleinbürgerlichen Führern lossagten und zum Klassenkampf übergingen. Palästina und das in seiner Nachbarschaft gelegene Syrien und Mesopotamien können keine Ausnahme bilden. Der Widerstand der Amsterdamer in Palästina kann und wird gebrochen werden, sobald der erste internationale Verband gegründet wird.

## Gründung einer einheitlichen Kommunistischen Partei in Palästina

\*\* Die seit der Spaltung im September vorigen Jahres in Palästina vorhandenen beiden Kommunistischen Gruppen haben, nach wiederholten Verhandlungen, am 9. Juli dieses Jahres das folgende Abkommen geschlossen, das als Grundlage dafür dient, die kommunistischen Kräfte Palästinas in eine einzige Partei zusammenzufassen.

### Abkommen

zwischen den Vertretern der PKP. (Pal. Komm. Partei)- und der  
KPP. (Kommunistische Partei Palästinas),

beschlossen am 9. Juli 1923.

Nach genauer und allseitiger Behandlung der programmatischen und organisatorischen Fragen beschließt die gemeinsame Sitzung der Vertreter der PKP. und der KPP., die kommunistischen Kräfte in Palästina auf folgender Basis zusammenzufassen.

1. Als Grundlage des Programms der Partei dienen die Beschlüsse der KI. sowie die Antworten auf folgende Fragen:
  - a) Stellung zur arabischen nationalen Bewegung.
  - b) Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung in Palästina sowie die gewerkschaftliche Taktik.
  - c) Der Kampf gegen den Zionismus.
2. Der Name der Partei lautet (auf Jiddisch): „Palästiner Kommunistische Partei“.
3. Bis zur nächsten Konferenz besteht das Zentralkomitee aus 8 Mitgliedern, hiervon 5 von der (früheren) PKP., 3 von der (früheren) KPP.
4. Sämtliche Mitglieder werden aufs neue registriert. Die Registrierung wird im Verlaufe von 7 Tagen in folgender Weise durchgeführt:
  - a) das ZK. ernannt die Registrierungskommissionen an den verschiedenen Orten des Landes;
  - b) die Entscheidung über die Aufnahme von Mitgliedern, die von einer der beiden Parteien nach der Spaltung (September 1922) ausgeschlossen wurden, wird von der Registrierungskommission an das ZK. überwiesen;
  - c) die Mitglieder, die der Partei bereits vor der Spaltung angehört haben, werden automatisch registriert;
  - d) Einwände gegen die Aufnahme einzelner Mitglieder müssen binnen 7 Tagen dem Zentralkomitee zur Kenntnis gebracht werden.
5. Die Frage der von den beiden Parteien nach der Spaltung herausgegebenen Vollmachten wird dem ZK. überwiesen.
6. Binnen 3 Monaten beruft das ZK. eine Konferenz zur Ausarbeitung eines Programmentwurfs und zur Wahl eines Vertreters zum Kongreß der KI. ein.
7. Die Erledigung der Frage des gewerkschaftlichen Organs wird dem ZK. überwiesen.

Für die PKP.

Abusjame, Elisa, Oskar, Eneke, Nahum, Sichroni, Dratwer.

Für die KPP.

Berger, Becker, Oniski.

### K. P. PALÄSTINAS

Die jüdische Arbeiterbewegung in Palästina gewinnt ein immer schärferes Klassegepräge. Die letzten Wahlen in den „Arbeiterrat“ Palästinas, wo bisher die kleinbürgerlichen und zionistischen Parteien unumschränkt herrschten, brachten der K. P. eine bedeutende Stimmenzahl.

Die kommunistischen Gruppen Palästinas schlossen sich Ende 1923 zu einer einheitlichen Kommunistischen Partei zusammen und wandten sich an die K. I. um Aufnahme.

Das EKKI setzte eine Kommission für die palästinische Frage ein, die nach der Untersuchung des gesamten Materials sich für eine Anerkennung der K. P. P. als Sektion der K. I. erklärte.

Die Kommission wies die junge K. P. auf die Notwendigkeit hin, in engere Berührung mit den breiten arabischen Massen zu treten, um die K. P. P. anstelle einer Organisation von jüdischen Arbeitern zu einer wahren territorialen Partei zu machen. Gleichzeitig hat die Kommission darauf hingewiesen, das die K. P. die nationale Befreiungsbewegung der arabischen Bevölkerung in ihrem Kampfe gegen die englisch-zionistische Okkupation unterstützen müsse.

EKKI 1924: Bericht über die Tätigkeit der Exekutive der Kommunistischen Internationale vom IV. bis V. Weltkongress. Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, S.59.



## Die dritte Konferenz der Kommunistischen Partei Palästinas.

Von J. B. (Jerusalem).

\*\* Die Kommunistische Partei Palästinas wurde im Jahre 1920 von jüdischen Emigranten gegründet und gehörte vorerst, unter dem Namen „Jüdische Kommunistische Partei“ dem Weltverbande der sogenannten linken „Poale-Zion“ an. Nachdem aber die Verhandlungen zwischen dem F.K. der Kommunistischen Internationale und dem Weltverbande bezüglich dessen Anschlusses an die K.I. gescheitert waren, trat die Partei aus dem Weltverbande aus und begann selbständig Unterhandlungen zwecks Eintritt in die K.I. zu führen. Diese Unterhandlungen endeten vor einigen Monaten mit der Anerkennung der Kommunistischen Partei Palästinas als Sektion der Kommunistischen Internationale.

Die dritte Parteikonferenz, die vor einigen Tagen unter Beteiligung eines Vertreters des F.K. stattfand, stand im Zeichen der großen Aufgaben, die der Partei aus dem Eintritt in die K.I. erwachsen. Die Partei hat in ihrem vierjährigen Bestande unter erbitterten Kämpfen gegen die opportunistischen Arbeiterparteien zionistischen Anstriches einerseits und gegen die politische Unreife und Unorganisiertheit der breiten Massen der eingeborenen Arbeiterschaft andererseits seit drei Jahren in strenge Illegalität gedrängt und seitens der englischen Mandatarmacht verfolgt und gehetzt, einen Kern klassenbewußter und kampfesudiger Parteimitglieder geschaffen, wie ihn keine der anderen Orientparteien hat. Die Hauptaufgabe der Partei ist es nun, in die Schichten der arbeitenden Bevölkerung hineinzuwachsen und deren Führung zu übernehmen.

Die Konferenz bewies, daß die Partei vollkommen auf der Höhe ihrer Aufgaben steht. In einer Reihe von Resolutionen, die sämtlich einstimmig angenommen wurden, formulierte die Konferenz die Aufgaben, die auf politischem, gewerkschaftlichem und kommunalem Gebiet unmittelbar vor den Mitglieder Massen stehen. Während einerseits gewisse boykottistisch-putschistische Stimmungen, die in der Partei geherrscht hatten, sich als völlig liquidiert erwiesen, zeigte es sich andererseits, daß in der Partei keine Spur mehr vom nationalen Chauvinismus geblieben ist, der die zionistisch-jüdischen Emigranten beherrscht.

An der Konferenz nahm zum erstenmal, als Vertreter der Gruppe arabischer Parteimitglieder, ein arabischer Genosse teil. In seiner Begrüßung der Konferenz betonte er, daß die wenigen, arabischen Arbeiter, die schon heute in den Reihen der Kommunistischen Partei Palästinas stünden, nur den Anfang bedeuten. „Hinter mir, hinter uns, stehen Tausende und Zehntausende unter-

drückter Arbeiter, die auf unseren Ruf warten, um die Fesseln der Unterdrückung zu sprengen. Und mit uns werden die Hunderttausende armer und ärmster Fellachen (hörige Kleinbauern) aufstehen, die der Last jahrhundertelanger Knechtschaft überdrüssig sind...“ Die Arbeit unter den Bauern, die in Palästina wie im ganzen Orient den wichtigsten Bestandteil der eingeborenen Bevölkerung bilden, war ebenfalls Gegenstand der Behandlung bei der Konferenz. Es wurde auch eine Begrüßung an die unlängst gegründete Moskauer Bauerninternationale abgesandt, in der deren Aufmerksamkeit auf die ausgebeuteten Bauernmassen des Orients gelenkt wird.

Besondere Aufmerksamkeit wurde ferner der Frage der kommunalen Arbeit geschenkt. In den Kolonialländern, wo die Landesverwaltung in den Händen der imperialistischen Macht liegt, kommt der städtischen Selbstverwaltung eine besondere Wichtigkeit zu. Die heutigen Stadtverwaltungen liegen, wie in den Zeiten des türkischen Despotismus, noch immer in den Händen feudaler Cliquen, die auf Kosten der armen Bevölkerung sich selbst bereichern. Die englische Regierung tut natürlich nichts, um auf diesen Gebieten Wandel zu schaffen. Die Konferenz sah auf dem Gebiete der kommunalen Arbeit die Möglichkeit eines Zusammengehens der Arbeiterschaft mit den Schichten des städtischen Kleinbürgertums, da beide Klassen an der Beseitigung des bisherigen Systems interessiert sind.

Endlich kam eine ganze Reihe kleinerer, praktischer Fragen zur Behandlung: Organisationsfragen, Arbeit unter den Frauen, der Jugend, die Rote Hilfe usw.

An der Konferenz nahmen 19 Delegierte aus verschiedenen Teilen des Landes teil. Sie fand zu einer Zeit statt, wo die Hetze der jüdischen Rechtsparteien gegen die Kommunisten, die Repressalien der Regierung, die Bolschewikihetze der arabischen Großgrundbesitzer, so intensiv geworden war, wie nie zuvor. Die Konferenz mußte, um der Wachsamkeit der englischen Spitzel zu entgehen, an drei verschiedenen Orten abgehalten werden. Es konnten keine tiefen Probleme erörtert werden, da die große Mehrzahl der Delegierten aus Arbeitern bestand, die keinen Tag verlieren konnten, wenn sie nicht — als „Linke“ ohnehin ungenügend zur Arbeit zugelassen — ihre Arbeitsstellen verlieren wollten.

Aber die Anteilnahme der arabischen Arbeiter, das Interesse, das sich trotz der Kommunistenhetze in den Kreisen der Arbeiter für die Konferenz und ihre Resultate kundgab, der Kampfes- und Opfergeist, der die versammelten Delegierten besetzte, kann keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß die dritte Konferenz der Kommunistischen Partei Palästinas tatsächlich ein wichtiger Wendepunkt war, nämlich, daß die Lösung, die das F.K. der K.I. der Partei gab, als es sie in die Reihen der proletarischen Avantgarde aufnahm: „Wendet die territoriale Massenpartei der palästinschen Arbeiterschaft!“ ihrer Verwirklichung näher- rückt.

# Die Lage in Palästina.

Die Imperialisten behaupten bekanntlich, daß in den großen humanen Zielen und dem wichtigsten imperialistischen Aufgeben des Weltimperialismus die Beseitigung des nahen Ostens von dem asiatischen Despotismus der „Hohen Pforte“ — des türkischen Despotismus — gehört. Und dem Westen demokratische Länder in Europa — England — fiel die Rolle zu, Besatz und Züchtler der unwiderstandlichen Welt zu sein. Die Palästina, Transjordanien usw. (die ehemaligen türkischen Besitzungen) zu spielen. Zu diesem Zweck stellte der Vorkriegs-England ein besonderes Mandat aus.

Die englischen Demokraten setzten auf Mesopotamien den berühmten König Emir Faisal zum Herrscher von Transjordanien bestimmten sie Hussein. Es versteht sich von selbst, daß diesen begeben wurden, d. h. Mentoren, Verteidiger der „demokratischen“ Interessen des englischen Imperialismus. Die Frucht dieser Paarung der „schwachen“ Geister, der europäischen Demokratie, mit dem neu aufstrebenden asiatischen Absolutismus war ein Regime, dessen barbarische, verbrecherische und bestialische Art in die Augen fällt. Diese englischen Marionettenkönige sind zusammen, despotisch und verdorben. Sie unterscheiden sich in keiner Weise von den großen Despoten des „alten Asiens“: fortwährende Aufstände der, stets in Gärung befindlichen unzufriedenen Massen werden mit englischen Tanks unterdrückt.

Noch eigenartiger ist das Regime in Palästina. Palästina ist eines der „Mandatländer“ der ehemaligen türkischen Gebiete, die nach dem imperialistischen Kriege unter den Sieger — Frankreich, England und Italien — verteilt wurden. Ungenachtet dessen, daß die Regierungsform in jedem dieser Gebiete gemäß den Sätzen des Völkerbundes von der Bevölkerung selbst bestimmt werden sollte, stellte der Völkerbund die Mandate — an England auf Palästina, an Frankreich auf Syrien — aus, ohne die Wünsche der Bevölkerung im geringsten zu beachten. England verhielt seine Herrschaft in Palästina mit der angeblichen Verteidigung der „historischen Rechte des alten Israel“ auf Palästina. Um dieses ganze Spiel der englischen Regierung in Palästina besser zu verstehen, wollen wir untersuchen, durch welche Interessen die englische Politik in diesem Lande bestimmt wird.

Zum Unterschied von allen Kolonien verdankt Palästina die Aufmerksamkeit der Engländer nicht seinen natürlichen Schätzen und nicht seinem Absatzmarkt. Die Armut des Landes, das Fehlen

von Rohstoffen, die verschiedenen Gebiete Arabiens an dem Zusammenschluß zu verhindern — das ist der Sinn der englischen Okkupation Palästinas, Palästina, der seiner geographischen Lage und historischen Vergangenheit nach im Zentrum der arabischen Bewegung liegt, muß nach der Ansicht der Engländer in einer Grenzschicht zwischen den arabischen arabischen Gebieten und zu einem Zentrum der Feindes werden, um ihre Verhinderung im Kampf gegen die Engländer unmöglich zu machen.

Das sind jene politischen Interessen der Engländer, durch die ihre ganze Politik in Palästina bestimmt wird.

Während England in anderen Kolonien wenigstens auf dem Papier eine gewisse Selbständigkeit der Bevölkerung auf dem Gebiet der Landesverwaltung anerkennt, wird die Bevölkerung Palästinas vollständig ignoriert. Noch im Jahre 1918 verurteilte der englische Minister Palour in seiner berühmten Deklaration der bürgerlichen Partei der Palästina, auf das sie als auf das Land des alten Israel“ angeblich ein historisches Recht zu beanspruchen hätten. Auf diese Weise wollten die Engländer zwei Fliegen mit einer Klappe treffen: die Möglichkeit einer unbedingten und unkontrollierten Herrschaft über die arabische Bevölkerung erhalten und das jüdische Kapital zur Deckung der Verwaltungskosten in Palästina verwerten. In Palästina herrscht der englische Absolutismus auf dem Hintergrund der asiatischen Unwissenheit, und hier fehlt sogar jene scheinbare Demokratie, die England in anderen Ländern einzuflößen bestrebt ist. Alle Versuche, sich der Selbstverwaltung auf dem Wege einer angeblich „gesetzgebenden Konferenz“ unter einem Statthalter (eine Karikatur auf die Bulginkar Duma) vorzuzusetzen, wurden durch den Boykott der ganzen arabischen und sogar des größten Teils der jüdischen Bevölkerung gesprengt. Ebenso erfolglos verlief auch die zweite abenteuerliche Unternehmung der englischen Imperialisten, die darauf hinauslief, dem englischen Kommissar gleichberechtigte arabische und jüdische Agenturen (Vertretungen) beizugeben. Die arabische Bevölkerung und sogar die Effendis (die Gutbesitzer) begriffen die ganze Falschheit und Verlogenheit der Politik der englischen Regierung. Der unerzogenen und undankbaren Bevölkerung von Palästina zur Strafe erklärte England die absolute Herrschaft seines Kommissars wieder als bestehend an, und jetzt gibt es in diesem Lande keinerlei Gesetze mehr. Die Verwaltung des Landes liegt in den Händen des obersten Kommissars mit unbeschränkter Vollmacht. Die Regierung wird aus einzelnen Beamten des

Kommissars und den lokalen Gouverneuren gebildet.

Die Richtung der Regierung ändert sich mit der Stimmung des Kommissars und Statthalters. In allgemeinen läuft die Politik dieses Kommissars darauf hinaus, die elementaren Rechte der arabischen Bevölkerung im Namen der „Interessen“ des jüdischen Staates zu ignorieren und die Pflichten der Engländer gegenüber den Zionisten im Namen der arabischen Interessen zu verletzen. Das Budget kann als ein angestricheltes Symptom der englischen Politik angesehen werden. Palästina ist fast die einzige Kolonie, deren Staatsbudget kein Defizit aufweist. Der Jahresetat in Höhe von 2 Millionen ägyptischen Pfund wird, durch die lokalen Einnahmen gedeckt. Die Einnahmen stammen hauptsächlich aus der Grundsteuer, d. h. „Ocher“, die sehr häufig 48 bis 50 Prozent des Ertrages der Bauern beträgt. Die Zollpolitik der Engländer in Palästina wird nicht durch die Handelsinteressen des Landes bestimmt, sondern ausschließlich durch die Interessen des Budgets; sie fördert die Verarmung des Landes und führt im besonderen zum Verfall der Landwirtschaft.

Über 300 000 Pfund werden für den Unterhalt der Gefängnisse und für die Gendarmerie verwendet, der größte Teil (8 bis 9 Prozent) dient zur Deckung der „Staatsschuld“ — das ist die Ableihe der ehemaligen türkischen Regierung in England — und zum Ausgleich des Defizits der Eisenbahn.

Die Hauptorgane der Regierung bilden der Kampf mit der nationalen Bewegung der Araber und der kommunistischen Bewegung der Arbeiter.

Obwohl die nationale Bewegung der arabischen Bevölkerung noch sehr wenig entwickelt ist, gibt es im Lande doch schon Gruppen, die die faktische Führung im Kampfe gegen den fremdländischen Imperialismus übernommen haben.

## Die nationale Bewegung.

Palästina nimmt in dieser Bewegung keineswegs den letzten Platz ein. Der einheimische Kapitalismus spürt die ganze Last des seine Entwicklung hemmenden europäischen Imperialismus. Aber trotz aller Schwierigkeiten entwickelt sich das einheimische Kapital zusehends. Es endet eine große Konzentration der Bevölkerung in den Städten statt. Die lokale Bourgeoisie stellt sich an die Spitze der nationalen Befreiungsbewegung der Araber. Diese Bewegung stößt indes auf eine ganze Reihe von Hindernissen, hauptsächlich auf den Widerstand der feudalen Effendis. Letztere bekämpfen nach Kräften die Entwicklung des Kapitalismus, da die Entfaltung des Kapitalismus den Fellachen ein neues Arbeitsgebiet erschließt, was den Effendis die Möglichkeit nimmt, sie in der bisherigen Weise auszubeuten.

net; in dieser Zahl sind 40 000 bis 50 000 arabische Arbeiter, die übrigen sind Juden.

Die arabischen Arbeiter, die ihr armes Fel- lachendörlein erst vor kurzem verlassen haben, befinden sich auf einer sehr tiefen Entwicklungs- stufe; der klembürgerliche Charakter des Fellachen kommt bei ihnen noch sehr stark zum Ausdruck. Passivität, bedingungslose Demut, Unwissenheit (etwa 98 Prozent Analphabeten) sind die hervor- stechendsten Züge des arabischen Arbeiters.

Das arabische Proletariat ist größtenteils in den Kolonien während der Bausaison, ferner beim Bau von Chausseen und anderen Straßen beschäf- tigt. Die Arbeitsbedingungen der arabischen Ar- beiter unterscheiden sich sehr von denjenigen der jüdischen Arbeiter. Der jüdische ungelernete Ar- beiter oder Knecht verdient weit mehr als der ara- bische.

Die Lage der arabischen Arbeiter ist außer- ordentlich schwer: ein langer Arbeitstag (haupt- sächlich Akkordarbeit), eine Behandlung von seiten der Arbeitgeber, die an die Zeiten der Sklaverei erinnert, äußerst unhygienische Arbeits- verhältnisse usw. Und doch haben die arabischen Arbeiter bis vor kurzem noch keine Bestrebu- gen gezeigt, sich zu organisieren.

Es ist begreiflich, daß unter solchen Umständen die sowohl von chauvinistischen Elementen der europäischen Bourgeoisie als auch von arabischen Gutseignern und zum Teil englischen Beamten geschürten nationalen Gegensätze immer mehr in Erscheinung treten. Denn dieser nationale Haß liefert den Engländern den erwünschten Anlaß zu Einmischungen „zugunsten der Unterdrückten“. Nationale Gegensätze, nationalstische Bestre- bungen drücken der ganzen Arbeiterbewegung des Landes ihren Stempel auf.

Die Araber, als die billigere und vorteilhaftere Arbeitskraft, verdrängen die jüdischen Arbeiter sogar aus den jüdischen Kolonien.

Die letzteren haben im Laufe der Konkurrenz mit den arabischen Arbeitern bekommen, „alle Mittel anzuwenden, um die Araber aus dem Ar- beitsmarkt zu verdrängen. Zu diesem Zweck haben sie sich zu besonderen Kartellen (Kwusot) ver- einigt, die statt der Klassenziele sich besondere nationalstische setzten: Eroberung der Arbeit durch die jüdischen Arbeiter. Dieser Umstand be- stimmte für lange Zeit den weiteren Entwick- lungsweg der jüdischen Arbeiterbewegung. Es ent- stand eine eigentümliche pseudomarxistische Ideo- logie, die im wesentlichen in folgendem besteht: eine Bourgeoisie gibt es im Lande nicht, folglich kann auch von einem Klassenkampfe keine Rede sein, und die Aufgabe des Proletariats besteht in der aufbauenden Klassenarbeit. Statt des Klassen- kampfes muß die Klassenkonkurrenz betrieben

1923 verlor sie über die Hälfte ihrer Mitglieder. Das Verhältnis zwischen Arabern und Juden hat sich bis aufs äußerste zugespitzt, blutige Zu- sammenstöße kommen immer häufiger vor. Die Elektrifizierung des Landes (Konkzession von Rutenberg) nimmt ein skandalöses Ende. Die Ein- wandrerung hört auf, es beginnt sogar eine Aus- wanderung. Die städtische Demokratie, die sich von der zionistischen Vormundschaft befreit hat, wächst sich zu einem Faktor aus, der gegen die anglo-zionistische Okkupation ankämpft. Die anglo-zionistische Okkupation ankämpft. Die städtische Bevölkerung bildet jetzt über 35 Pro- zent der Gesamtbevölkerung des Landes. Die Städte wachsen und gewinnen eine führende Stellung im politischen und sozialen Leben des Landes.

### Die Arbeiterbewegung.

Vor dem Kriege herrschte im Lande haupt- sächlich die Hausindustrie vor. Die imperialisti- sche Politik hat die einheimische Industrie gestört. Ausländische Waren verdrängten die Erzeugnisse der türkischen Handwerker und überschwebten die Märkte. Der von Wucherern ruinierter, von seinen Effendis und der Regierung ausgegrauten Fellach hatte keine Möglichkeit, in den Städten mit ihrer schwach entwickelten Industrie Arbeit zu finden und verwandelte sich in einen halb- wilden Nomaden.

Nach der Okkupation Palästinas durch die Engländer begann eine ziemlich starke Einwande- rung in das Land. Mit dieser Emigrationswelle setzt auch eine industrielle Entwicklung des Lan- des ein. Die Städte wachsen sowohl durch de- Zustrom der Einwanderer als auch der Fellachen aus den Dörfern. Es tauchen die ersten Anzeichen einer städtischen Industrie auf: die Salzgewinnung in Almit, eine Dampfzahnfabrik in Haifa mit einer Pro- duktion von 80 Tonnenn pro Tag, eine elektrische Station, Zementfabriken und Ziegeleien. Auch die Bilanz des Außenhandels verbessert sich.

Die Flucht der Fellachen aus den Dörfern ver- stärkt sich, das von den zionistischen Gesellschaften und Kolonisten aufgekaufte Land steigt schnell im Preise (es gibt Orte, wo der Bodenpreis auf das Hundertfache und mehr gestiegen ist). Mit der Zunahme der Bodenpreise vergrößert sich die Gier der Effendis; es beginnt ein buchstäblicher Boden- raub, den das im Boden- und Besitzrecht herr- schende Chaos sehr begünstigt. Die Konzentra- tion des Grundeigentums in den Händen der Effendis beschleunigt den Prozeß der Konzentra- tion der Bevölkerung in den Städten.

Jetzt haben wir ein recht zahlreiches Prole- tariat — etwa 60 000 bis 70 000 Arbeiter, die klein- en Handwerker und Fellachen nicht mitgerech-

blühen der bürgerlich-zionistischen Organisation, wie es 1918 bis 1920 zu verzeichnen war, nahm ein Ende. Die Internationale Zionistische Partei verwandelte sich aus einem kleinen Häuflein von nationalen Romantikern und klembürgerlichen In- tellektuellen sehr schnell in eine Mikropartei (im Jahre 1920 zählte diese Organisation über 1 Million zahlende Mitglieder).

Die Ursachen für diese schnelle Ausbreitung waren die folgenden: 1. Balfours Deklaration weckte die alten Träume der jüdischen Kleinbur- geoisie von einer Wiederherstellung des alten Is- rael, zu neuem Leben und Errichtung seines eige- nen Staates. 2. Der Krieg und später auch der Bürgerkrieg in Rußland führten zu einem ökonomischen Zusammenbruch, einer sehr zahlreichen Schicht von kleinen Händlern und Vermittlern in Westrußland. 3. Die ungeheure Welle von gegen- revolutionären Bänden, die wachsende Ausbrei- tung des nationalen Hasses und des Antisemitiz- mus, die fast auf alle Zentren Westeuropas über- griffen hat, verstärkte besonders die nationa- listische Strömung unter der jüdischen Kleinbur- geoisie. Die zionistische Bourgeoisie entfachte in allen Ländern eine wilde Agitation, es strömte in den klembürgerlichen Schichten ein unerhörtes Aufschwung ein. Aber es vergahen einige Jahre, und das Bild ändert sich. Die Judenverfolgungen in der Ukraine und in Weißrußland nehmen mit der Einsetzung der Sowjetmacht ein Ende. Die wirtschaftliche Krise in Palästina gestaltet sich viel schärfer als in anderen Ländern Europas. Die jü- dischen Kapitalisten, von nationalen Idealen und Patriotismus schnell begeistert, kühlen noch schneller ab, sobald sie sich davon überzeugen, daß dieser Patriotismus recht riskant ist und ihnen in kommerzieller Hinsicht keinerlei Gewinn ver- spricht. Palästina ist kein Ort für kurze gewinn- bringende Unternehmungen — ihre Kapitalisten aber in den Seendünen von Jaffa, in den Steinfeldern von Judäa, in den Malaria Sümpfen von Galiläa zu investieren, die bestenfalls erst nach Jahrzeh- ten einen Gewinn abwerfen werden — dazu haben die zionistischen Patrioten keine rechte Lust. Es kommt hinzu die Arbeitslosigkeit und die Geld- knappheit. Nachdem die englischen Imperialisten sich davon überzeugt haben, daß der Goldregen der jüdischen Bourgeoisie ausgeblieben ist, und daß die Zionisten sich als zahlungsunfähig er- wiesen haben, ändern sie plötzlich ihre Orientie- rung. Lord Churchill sagt sich in seinem Weiß- buch offen von der berühmten Deklaration von Balfour los. Der Zusammenbruch der Zionisten spielt sich also an allen Fronten ab. Der Ver- such, die Bedeutung ihrer Tätigkeit mit Bluffs zu heben und das Leben ihrer Organisationen künstlich zu erhalten, hilft ihnen wenig. Die zio- nistische Organisation schmilzt rasch zusammen.

Die Effendis schließen ein Bündnis mit dem englischen Imperialismus zur Bekämpfung des Jo- rkanen Kapitalismus einseitig und der werkschäftigen Massen andererseits. Es kommt allerdings vor, daß die Effendis die Führung der nationalen Be- wegung übernehmen, aber nicht um wirklich eine Beteiligung zu erlangen, sondern ausschließlich zu dem Zweck, die Bewegung im günstigen Augen- blick vorteilhaft verkaufen und verraten zu können.

Die gesamte politische soziale Tätigkeit leiten die berühmten Scheich-Effendis und zum Teil die zionistische Bourgeoisie. Das wichtigste führende Organ für alle arabischen Aktionen ist die soge- nannte arabische Delegation. Es ist den arabi- schen Nationalisten gelungen, die von der gesetz- gebenden Konkurrenz beim Kommissar projektiert- ten Wahlen zu boykottieren; trotz der intensiven Agitation der Engländer und der Repressalien und Bestrebungen gingen die Nationalisten auf diesen Befehl nicht ein, und es blieb schließlich nichts anderes übrig, als diese Idee fallen zu lassen. Die Delegation der Nationalisten betreibt eine starke Agitation im Ausland, in England und Frankreich, und zwar gegen das englische Mandat. Mussa- Kasim, der Vertreter dieser Delegation, war häu- figen Verfolgungen und Repressalien seitens der Engländer ausgesetzt.

Die Nationalisten stellen folgende Forderungen:

1. Zurücknahme der Deklaration von Balfour.
  2. Allgemeine Amnestie der politischen Ge- fangenen.
  3. Schaffung einer großen arabischen Föderation.
- In letzter Zeit ist eine neue Partei im Lande entstanden: die Nationaldemokratische. Außer allgemein nationalen Forderungen stellt sie noch eine Reihe von demokratischen auf, so z. B.: Presse- und Versammlungsfreiheit, Reform des Steuersystems usw. Die Nationalisten geben Zei- tungen in Jaffa und Haifa heraus.

### Bankrott des Zionismus.

In den letzten fünf Nachkriegsjahren emigrierte eine bedeutende Anzahl von Juden nach Palä- stina. Nach offiziellen Berichten wanderten von Juli 1919 bis Juli 1923 33 524 Juden ein, die sich in Städten und Kolonien niedergelassen und eine Reihe von neuen Siedlungen geschaffen haben. Es ist vor kurzem gelang, die gesamte Bevölke- rung in einer materiellen Abhängigkeit von der zionistischen Organisation, und die bürgerlichen Zionisten waren die dominierende Partei im Lande. Der Bankrott des Zionismus tritt in letzter Zeit immer deutlicher in Erscheinung. Das rasche Auf-

werdem; die Arbeiterklasse muß sich mit dem Aufbau ihrer eigenen wirtschaftlichen Organisationen befassen, die auf die nationale Demokratie gestützt, das Privatkapital verdrängen würden. So haben diese Ideologen ein ganzes Netz von wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen (ihrer Konstruktion nach erinnern sie an die englischen Guilden) geschaffen, die sich einerseits die Konkurrenz mit dem Privatkapital, andererseits mit den arabischen Arbeitern zur Aufgabe machen. Eben diese Organisationen sollen die künftige klassenlose Gesellschaft aufbauen. Die aufbauende Klassenarbeit soll den Klassenkampf ersetzen. Auf der Grundlage einer solchen Ideologie etwa, vollzog sich die Vereinigung aller Arbeiterorganisationen zu einer Organisation unter dem Namen „Allgemeine Organisation der arbeitenden Juden in Palästina“ (Ginatrut). Mitglieder dieser Organisation sind Arbeiter, kleine Handwerker, die keine Lohnarbeiter beschäftigen, ferner Mitglieder von Produktionsgenossenschaften, Angestellte, Beamte usw. Außer den faktischen Organisationsmitgliedern haben auch ihre Frauen das Stimmrecht bei allen Wahlen.

Allé Institute (Genossenschaften, Banken, Krankenkassen usw.) befinden sich in materieller Abhängigkeit von den bürgerlichen jüdischen Instituten. Es versteht sich von selbst, daß auch die Gewerkschaftsverbände, die Zweige dieser Organisation sind, in gleichem Abhängigkeitsverhältnis zu den Zionisten stehen. Kein Wunder also, daß man die Streiks als die größte Gefahr für die „nationale“ Aufbauarbeit betrachtet. Der Klassenkampf sei eine Phrase, die die „Moskauer Agenten“ (Kommunisten) ausgedacht hätten. Internationalismus in seiner Anwendung auf die Araber wird als nationaler Verrat betrachtet. Diese Organisation war es nun, in der die ersten Kommunisten den Kampf für die kommunistische internationale begannen mußten.

Wir mußten nicht nur für die revolutionären Prinzipien der kommunistischen Internationale, sondern auch für die elementarsten Prinzipien der Arbeiterbewegung überhaupt kämpfen. Man mußte den Chauvinismus der jüdischen Arbeiter überwinden, ihnen erklären, daß sie ein Spielzeug in der Hand ihrer kleinbürgerlichen Führer sind, die ihre nationalistischen Tendenzen für die Ausbeutung der Arbeiter ausnutzen, den nationalen Haß zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern zum Zweck der Lohnrückerei, der Zerstörung der Arbeiterorganisationen usw. schüren.

Man kann sich denken, daß unsere Genossen es in der ersten Zeit sehr schwer hatten. „Moskauer Agenten“, Provokateure, u. a. m. waren die Titel, die man, dem Beispiel der gelben Führer

folgend, unseren Genossen bei jeder Gelegenheit an den Kopf warf. Die Einwanderermasse, die in ihrer Mehrzahl aus kleinbürgerlichen Schichten, zum Teil aus Deserteuren, Flüchtlingen, politischen Emigranten aus Sowjetrußland bestand, brachte ihren ganzen wilden Haß gegen die Kommunisten mit, die ihre Ruhe in Rußland gestört hatten; unsere Genossen wurden einem öffentlichen Boykott unterworfen, man nahm ihnen jede Arbeitsmöglichkeit usw. Die Arbeiterversammlungen, in denen unsere Genossen auftraten, pflögten mit Schlägereien zu enden. Unsere illegalen Arbeiterklubs und Bibliotheken wurden zerstört und unsere harmlosesten Veröffentlichungen verboten. Aber jetzt hat sich die Lage verändert. In Palästina gibt es schon eine bedeutende Anzahl von revolutionären Arbeitern, und der Einfluß der kommunistischen Partei im Lande wächst. Wenn z. B. unsere Partei 1922 bei den Wahlen für die nationale Konferenz nur 250 Stimmen, d. h. 9 Prozent aller Abstimmenden erhielt, so fielen der kommunistischen Partei 1923 über 700 Stimmen, über 20 Prozent aller Abstimmenden zu; und im Januar 1924 erhielten wir bei den Wahlen in den Gewerkschaftsrat nur in Jaffa allein über 30 Prozent aller Stimmen — trotz aller Polizeipressalien, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Ausweisungen, trotz Beschlagnahme unserer Literatur und der Verfolgungen seitens der gelben Organisation, insbesondere trotz der Ausschüsse aus den Verbänden, der Entlassungen, der Weigerung, unsere Mitglieder in den Arbeitsnachweis aufzunehmen und trotz der Entziehung der Krankenunterstützung.

Jetzt gibt es im Lande eine ganze Reihe von Verbänden, die ganz unter unserem Einfluß stehen, so z. B. die Verbände der Eisenbahner, der Arbeiter der Holzbearbeitungsindustrie usw.

Im ganzen Lande gibt es zirka 3000 Eisenbahnarbeiter. Es ist der einzige Verband, wo die jüdischen und arabischen Arbeiter zusammen arbeiten müssen. Die gemeinsame Arbeit bei unerträglich schweren Verhältnissen hat die Arbeiter gelehrt, den Wert der Arbeitersolidarität und der Klassenorganisation zu verstehen und zu schätzen. Sie sind gezwungen, 12 bis 14 Stunden täglich zu arbeiten, Feiertage werden ihnen abgezogen, die geringsten Verfehlungen werden bestraft, so daß die Arbeiter am Wochenschluß sehr oft statt des Lohns nur eine Quittung über die gezahlten Strafgelder erhalten. Die „uniformierten“ Aufseher schallen und wallen mit den Arbeitern nach ihrer Willkür, sie verwenden sie nicht nur für die Arbeit, sondern auch zu persönlichen Dienstleistungen.

Der Eisenbahnverband in Palästina ist gegen-

wärtig der einzige Verband, der den Weg des Internationalismus betreten hat. Die revolutionäre Propaganda unserer Genossen wird hier erfolgreicher betrieben als in anderen Verbänden. Und man kann annehmen, daß es uns gelingen wird, Hoffnungen

KI 5.Jg.(1924), Nr.34, S.162-167

## Zionistischer Terror in Palästina.

Von J. B. (Jerusalem).

Seit einiger Zeit befindet sich die zionistische Organisation in Palästina in einem Zustand der „Konjunktur“: Infolge des scharfen, antiarabischen Kurses, den die englischen Imperialisten in den letzten Monaten (nach dem Scheitern des Hussein-Planes und dem Regierungsantritt der eroberungsjügerigen Konservativen) einschlugen, werden den Zionisten weitgehende Konzessionen gemacht, besonders in bezug auf die Einwanderung einer großen Zahl jüdischer Immigranten und verschiedene politische Privilegien der eingeborenen Bevölkerung gegenüber; nunmehr hält die zionistische Organisation den Moment für gekommen, den Zionismus rasch und gründlich zu verwirklichen.

Die Verwirklichung des Zionismus bedeutet aber vor allem den Übergang weiter Bodenflächen Palästinas aus arabischen in jüdische Hände. Verwirklichung des Zionismus heißt Bodenkauf — dies ist die Lösung, mit welcher zionistische Emissäre von Land zu Land fahren, Geld für die nationalen Fonds zum Bodenkauf sammeln, Bodenkaufgesellschaften gründen, und verschiedene kapitalistische Gruppen am Ankauf weiter Landflächen in Palästina zu interessieren suchen.

Nun befindet sich aber der urbare palästinensische Boden (und auf diesen kommt es den Zionisten hauptsächlich an, da sie die großen Kosten, die Entwässerung und Vorbereitung nicht bearbeiteter Böden für die Landwirtschaft erfordern, scheuen) größtenteils in den Händen reicher arabischer Großgrundbesitzer, deren Latifundien sich oft über Tausende von Quadratkilometern erstrecken. Den Boden dieser reichen „Effendis“ bearbeiten Bauern, die kleine Landflächen zur Pacht erhalten und dafür dem Grundbesitzer einen großen Teil der Ernte abgeben. Diese Bauern leben in unerhörter Armut. Da sie überdies hohe Steuerlasten tragen müssen und sich lange noch nicht von den Verwüstungen des Krieges erholt haben, sind diese Bauern immer wieder auf Aushilfe seitens reicher Wucherer angewiesen, aus deren Händen sie sich nie mehr befreien können. Wenn man aber andererseits bedenkt, daß die große Arbeitslosigkeit in den Städten dem Bauern auch dort keine besseren Aussichten verheißt, so versteht man, daß für ihn die Scholle das einzige und teuerste ist, woran er sich trotz größter Not klammert.

Die Zionisten kaufen den Boden beim Effendi ab — jedoch ohne Bauern. Auf dem Boden müssen doch die Pioniere des aufstehenden jüdischen Volkes besiedelt werden — da muß der arme, elende „Fellach“ eben Platz machen. Die Vertreibung der Araber von der Scholle, die auf jeder großen Bodenkauf folgt, ist einer der tragischsten Momente in der Geschichte der „Besiedlung des Landes“; während auf der einen Seite im Lager der jungen Immigranten in wilder nationalistischer Begeisterung Freudenlänze aufgeführt und Jubelgesänge angestimmt werden, packt ein paar Schritte weiter der vertriebene Bauer sein armseliges Hab und Gut und zieht mit Weib und Kind in die Ferne, der Stadt zu, wo ihn Hunger und Not erwartet.

Es kommt aber immer häufiger vor, daß der arabische Bauer sich nicht widerstandlos von der Scholle vertreiben läßt. Alle Überredungs- und sogar Bestechungsversuche (den Dorfältesten wird zuweilen ein Bestechungsgeld gegeben, damit sie die Bauern zum freiwilligen Verlassen des Bodens bewegen) fruchten nichts; der Bauer legt sich quer über dem Acker und verhindert den fremden Eindringling an der Besetzung des Bodens, auf den dieser kein anderes Anrecht hat, als das, das sich auf das Schachergeschäft zwischen den Kapitalisten und den Großgrundbesitzern gründet; es kommt zu Kämpfen zwischen den Bauern und Zionisten, es fallen Verwundete und Tote, die englische Polizei mischt sich ein und nimmt Verhaftungen unter den Widerstandsposten vor, der Bauer wird mit Gewalt vertrieben — und am nächsten Tage ist das Land zur Verwirklichung des hehren zionistischen Ideals im sicheren Besitz der Ansiedler.

Besonders traurig ist bei dieser kolonialisatorischen Tätigkeit der zionistischen Organisation, daß sich die jüdischen Emigranten, die doch meist selbst Arbeiter sind, zu den Henkersdiensten gegen die arabischen Bauern verwenden lassen. Da die Araber aber in Palästina bedeutend zahlreicher sind als die Juden, kommt es immer wieder, als Reaktion auf die zionistische Raubpolitik gegen die Araber, zu elementaren Ausbrüchen der Araber gegen die Juden, denen wiederum jüdische Arbeiter zum Opfer fallen — England fällt dann wieder die Rolle des Richters und Wächters der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu. Die Pogrome, die unverantwortliche Elemente jüdischer Nationalität gegen arabische Dörfer veranstalten, um den zionistisch-kapitalistischen Ambitionen zu entsprechen, werden also in der Folge für die Juden selbst verhängnisvoll; sie sind der Anstoß zu den Judenpogromen.

Die Kommunistische Partei Palästinas durchschaut das Komplott, mit dem der englische Imperialismus, die jüdische zionistische Bourgeoisie und die arabischen Großgrundbesitzer die arbeitenden Massen des palästinensischen Volkes umgarnen. Dem nationalistischen Wahnsinn, der zur Bereicherung der arabischen Großgrundbesitzer, zur Machtvergrößerung der jüdischen

Kapitalisten und ihrer Institutionen, vor allem aber zur Festigung der imperialistischen Herrschaft in Palästina führt, stellen sie die Lösung entgegen: Verbrüderung der jüdischen Arbeiter mit den arabischen Bauern; der Boden für die, die ihn bearbeiten; kein Arbeiter gibt sich zur Vertreibung arabischer Bauern her; kein arabischer Bauer verläßt den Boden, der durch seine Arbeit ihm gehört.

Diese Stellungnahme der Kommunisten wird von den Zionisten als „nationaler Verrat“ angesehen. Die Zionisten wissen sehr wohl, daß die Wahrheit über die zionistische Kolonisation Palästinas, die die Grusel der Araberverreibungen aufdeckt, für den sich immer noch hinter idealistischen Phrasen versteckenden Zionismus moralisch ein Todesurteil bedeutet. In diesem Punkte fordern sie die nationale Einheitsfront, die die Schurkereien decken soll. Die jüdischen Kommunisten, die den Mut besitzen, diese Front zu brechen und das Klassenantlitz des Zionismus aufzudecken, werden daher von der jüdischen Bourgeoisie und den zu ihren Diensten stehenden Führern der sozialverräterischen Parteien (besonders der Ahduth Haavodah) als die gefährlichsten Feinde angesehen; da es kein anderes Mittel gibt, die Kommunisten zum Schweigen zu bringen, greifen die Zionisten zum Terror.

Letzthin wurde wieder in der Nähe von Afulah (unweit von Haifa) seitens amerikanischer Zionisten Boden gekauft. Das arabische Dorf, aus armen Bauernfamilien bestehend, sollte vertrieben werden. Die Kommunisten wandten sich scharf gegen die Gewalttat der Zionisten und forderten zunächst die jüdischen Arbeiter auf, an der Vertreibung keinen Anteil zu nehmen. Es fanden sich aber doch Nationalhelden, die die Eroberung übernahmen. Ende November, als der neu erworbene Boden zum ersten Male von den neuen Ansiedlern geackert werden sollte, entspann sich zwischen diesen und den arabischen Bauern ein Kampf, der einen Toten (auf arabischer Seite), viele Verwundete auf beiden Seiten kostete. Die Polizei schritt ein und die Vertreibung der Araber wurde durchgeführt.

Die KP. wandte sich aus neue an die jüdischen und arabischen arbeitenden Massen mit einem Aufruf, in dem das frisch vergossene Blut den Zionisten und englischen Imperialisten zum Vorwurf gemacht wurde und der mit der neuerlichen Aufforderung schloß, eine einheitliche internationale Klassenfront der nationalen Verletzung entgegenzustellen.

Dieser Aufruf war das Signal zu einer unerhörten Kommunistenhetze. Die Ahduth Haavodah organisierte mit Knütteln bewaffnete Trupps, die kommunistische Arbeiter auf der Straße überfielen und blutig schlugen. In den Arbeiterküchen wurde Kommunisten der Eintritt verwehrt. Mitglieder der Ahduth Haavodah machten die Runde bei jüdischen Arbeitsgebern, die des Kommunismus verdächtige Arbeiter beschäftigten, und forderten sie an, die „Verräter“ sofort zu entlassen. Schließlich wurde auch die Hilfe der Polizei angerufen, und Polizisten durchstreiften in Begleitung von Führern der Ahduth Haavodah die Straßen und nahmen auf Grund von Angaben, die ihnen die ersten machten, Kommunisten fest.

In Tel-Aviv (bei Jaffa) wurden an einem Tage 13 Genossen verhaftet, denen im Gefängnis eine schreckliche Behandlung zuteil wurde: sie wurden von den Polizeioffizieren geschlagen und gemartert, mußten zusammen mit kriminellen Verbrechern in naßen Kellern liegen; es wurden nicht einmal Decken zugelassen. Einige Tage darauf fand vor einem zionistischen Richter die Verhandlung gegen die Verhafteten statt, in der sie — ohne daß ihnen irgendetwas anderes zur Last gelegt werden konnte, als Agitation gegen die zionistische Brutalität — zu Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu einem Jahre verurteilt wurden sowie zur Landesverweisung. Gleichzeitig wurden die Arbeiterklubs geschlossen.

Den Zionisten war aber dies auch noch nicht genug. Die sogenannten Arbeiterräte, in denen die Ahduth Haavodah und die Poale Zion die Mehrheit haben, nahmen noch spezielle Resolutionen an, in denen der Boykott gegen alle Arbeiter erklärt wurde, die mit der KP. in irgendwelcher Verbindung stehen; ferner wurde beschlossen, die Kommunisten von der Speiseverabreichung in den Arbeiterküchen, der Arbeitsvermittlung, den Arbeiterversammlungen auszuschließen, ja selbst Briefe, die für kommunistische Arbeiter an die Adresse von Arbeiterinstitutionen ankamen, nicht auszuhändigen!

Die Kommunistische Partei läßt sich weder durch den faschistischen Terror noch durch die Gewaltakte der Polizei beirren. Jüdische und arabische Parteimitglieder sind einzig im Kampfe gegen die nationalistische Verhetzung, und unter der jüdischen Arbeiterschaft selbst wächst die Zahl derjenigen, die sich mit dem Abscheu von den Terrormethoden der Zionisten abwenden und dem kommunistischen Standpunkt recht geben.

## Der 1. Mai in Palästina.

Von Abusjam (Jerusalem).

\*\* Schon seit langen Zeiten war es in Palästina eine Gewohnheit geworden, den 1. Mai festlich zu begehen. Fast alle Arbeiterparteien, sowohl die rechten wie auch die Linken, halten es für notwendig, diesen Tag durch irgendetwas auszuzeichnen. Aber die festliche Begehung des 1. Mai in unseren Lande, die sich zu einer Art Gewohnheit verwandelt hat, hat offiziellen Charakter angenommen, der statt Belebung Widerwillen hervorruft. Dies erklärt sich aus dem eigenartigen Charakter der Arbeiterbewegung im Lande.

In Palästina sind fast alle Sozialisten Dichter zum mindesten dichterisch gestimmte Romantiker, Träumer, Leute, deren Reich nicht von dieser Welt ist. Und alle diese einheimischen Dichter sind vor allem Zionisten, Nationalisten, Hebräisten.

Schon ungefähr zwei Jahrzehnte feiert man hier den 1. Mai. Aber unseren Sozialisten gelang es, diesen Tag seines proletarisch-revolutionären Inhalts zu berauben, indem sie ihn in einen allgemeinen kleinbürgerlichen Tag verwandelten. Der 1. Mai wurde zu einer Ueberlieferung, aber zu einer kleinbürgerlichen, dabei zu einer nationalistischen.

Die arabischen Arbeiter, die arabische Bevölkerung betrachtet diesen Feiertag als einen jüdisch-nationalen Feiertag, die jüdische Bevölkerung betrachtet ihn aber als ihr nationales Monopol.

Die Kommunistische Partei hat seit dem Augenblicke ihres Entstehens einen Kampf gegen den national-romantischen Charakter der Arbeiterbewegung Palästinas zu führen begonnen, und dieser Kampf fand auch bei der feierlichen Begehung des 1. Mai seinen Ausdruck.

Drei Aufgaben stellte sich die Kommunistische Partei Palästinas in bezug auf den 1. Mai:

1. Den proletarischen Feiertag zu internationalisieren;
2. ihn zu revolutionieren und ihn in den Tag der revolutionären Propaganda und Agitation durch Arbeiterkundgebungen zu verwandeln;
3. die revolutionären Losungen zu konkretisieren.

Die erste 1.-Mai-Kundgebung im Jahre 1921 endete mit einem blutigen Pogrom, der von der britischen Polizei und den arabischen Effendis organisiert worden war.

Außerdem wurde die Partei durch Verhaftungen und Ausweisungen zertrümmert, und es gelang ihr erst im Vorjahre, eine große Kundgebung in Haifa zu organisieren, an der arabische und jüdische Arbeiter teilnahmen.

Der 1. Mai 1926 erscheint als ein tatsächlicher Wendepunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung Palästinas. Zum erstenmal wurde der 1. Mai von arabischen Arbeitern feierlich begangen; in Haifa streikten 250 arabische Eisenbahnarbeiter, während die jüdischen Arbeiter an diesem Tage über-

haupt nicht arbeiteten, da es ein Sabbat war. In Jaffa, Jerusalem usw. fanden neben Festversammlungen der jüdischen Arbeiter auch Versammlungen arabischer Arbeiter mit revolutionären Reden über den 1. Mai, über den britischen Imperialismus, über den Kommunismus usw. statt.

Aber auch die Polizei mobilisierte zu diesem Tage all ihre Kräfte. In Haifa fuhren auf den Straßen Panzerwagen mit britischen Soldaten, Jerusalem war mit bewaffneter Polizei und Soldaten überfüllt. In Jaffa und Tel-Awiw waren die gesamten Polizeireserven mobilisiert, und außerdem war aus dem britischen Militärlager von Serchifend die englisch-irländische Offiziersabteilung einberufen.

In Haifa und Jerusalem fanden Verhaftungen und Haus-suchungen im Verlaufe der gesamten, dem 1. Mai vorangehenden Woche statt.

Am 1. Mai wurde vom frühen Morgen an das Arbeiter-viertel von Tel-Awiw im buchstäblichen Sinne des Wortes von der Polizei belagert. Trotzdem gelang es der Polizei nicht, zu verhindern, daß die Kommunistische Partei eine Demonstration organisierte, an der die Arbeiter massenhaft teilnahmen. Die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten strichen um die Reihen der Demonstrierenden herum und drohten erfolglos mit Ausschlüssen. Die Arbeiter marschierten unter roten Fahnen mit kommunistischen Losungen. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß mit der Polizei, die durch die englisch-irländische Offiziersabteilung verstärkt werden mußte, wobei sieben Arbeiter, darunter drei Frauen, derart mißhandelt wurden, daß sie mit hohem Fieber daniederliegen; aber auch einige Polizisten wurden schwer mitgenommen.

Die zionistischen Sozialisten aber feierten den 1. Mai durch eine Beilage in ihrer Zeitung, in der sie die Notwendigkeit betonten, den 1. Mai in einer Tag des Kampfes für — das Wieder-erstehen der althebräischen Sprache zu verwandeln!

## Der VI. Parteitag der KP. Palästinas.

Von Z. K. (Jerusalem.)

\*\* Von kurzem fand der VI. Parteitag der KP. Palästinas statt, an dem 27 Delegierte, arabische und jüdische Arbeiter, teilnahmen. Wie aus dem Berichte des Zentralkomitees hervorgeht, ist die Partei im Laufe der letzten zwei Jahre sowohl an Zahl, wie an Einfluß bedeutend gewachsen. Sie hat im Lande selbst Zugang zu verschiedenen Schichten der arbeitenden Bevölkerung gewonnen, die früher völlig apathisch waren oder unter der Führung kleinbürgerlicher Parteien standen,

und außerdem im benachbarten Syrien eine kommunistische Bewegung geschaffen, deren Entwicklung sie dauernd fördert. Durch ihren konsequenten Kampf gegen den anglo-französischen Imperialismus und ihre Verbindung mit dem linken Flügel der arabischen national-revolutionären Bewegung, ist die KP. Palästinas zu einem politischen Faktor geworden, dessen Wirkung trotz dauernder Verfolgungen seitens des englischen Imperialismus und seiner zionistischen Freunde unausgesetzt im Erstarken begriffen ist.

Die drei Fragen, die im Zentrum der Aufmerksamkeit des Parteitages standen, waren mit den konkreten Kampfaufgaben der KP. Palästinas verbunden. In der Frage der arabischen national-revolutionären Elemente, die unter den gegenwärtigen Umständen allein den entscheidenden Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung ermöglichen, ist die Schaffung der großen national-revolutionären Organisation zu bemerken, deren Mangel bisher die nationale Bewegung an der Erreichung eines ersten Erfolges verhinderte:

Eine Meinungsverschiedenheit ergab sich in der Einschätzung der revolutionären Bewegung in Syrien, da einige Delegierte diese in Anbetracht der militärischen Überlegenheit Frankreichs für aussichtslos hielten und ein Kompromiß als beste vorläufige Lösung befürworteten. Die Mehrheit der Tagung wies jedoch auf die sich in den Städten verstärkende antifranzösische Bewegung, auf die Streikwelle in Beyruth und Aleppo, die ein Eingreifen des Proletariats bedeute und auf die Gegensätze zwischen den einzelnen imperialistischen Mächten (Großbritannien, Frankreich, Italien) hin, die den syrischen Aufstand Perspektiven auf Erreichung seiner revolutionären Ziele eröffneten, wenn das französische und das internationale Proletariat den kämpfenden syrischen Arbeitern und Bauern gegenüber seine Pflichten erfüllen werden.

Eine rege Diskussion rief auch die Frage der Aufgaben der Partei in der Gewerkschaftsbewegung hervor. Während die Führer der Gewerkschaftsorganisation „Histadruth“ ihre Ausschluß- und Boykott-Taktik den Kommunisten gegenüber fortsetzen, hat sich unter der Arbeiterschaft eine immer intensiver werdende Einheitsbewegung entwickelt, die für die Wiederaufnahme der RGL-Sektion in Palästina in die Histadruth und Organisierung der arabischen Arbeiter kämpft. Gleichzeitig entsteht eine ganze Reihe von oppositionellen, aber zentralistischen Gruppierungen, die verschiedene Forderungen der RGL aufgreifen, aber in den Grundforderungen: Kampf gegen den Imperialismus und Zionismus, die Annahme der revolutionären Lösungen scheuen. Der Parteitag mußte die Stimmungen einiger Delegierten, die die Liquidierung der „Arbeiter-Fraktion“ (Sektion der RGL) zugunsten der zentralistischen Gruppierungen empfehlen, entschieden zurückweisen.

Die dritte Diskussionsfrage war das Organisationsproblem. Dieses ist in Anbetracht der Illegalität der Partei und ihrer gleichzeitig weltverzweigten Aufgaben, sehr schwer zu lösen. Während die Erfassung breiter Massen natürlich die erste Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung ist, kann nur eine Auslese von Revolutionären den Anforderungen entsprechen, die eine konspirative kommunistische Partei an ihr Mitglied stellt. Hinzu kommt, daß in den rückständigen Orientländern so gut wie keine Tradition einer Organisierung besteht. Die verschiedenen Meinungen, die einander bekämpften, fanden schließlich in einem einstimmig angenommenen Organisationsstatut gemeinsamen Ausdruck, das auf der Basis der von der letzten Orgkonferenz des EKKI ausgearbeiteten Richtlinien aufgebaut und den Landesbedingungen angepaßt ist.

Fast einhellig wurden auch von der Konferenz die Resolutionen zur Bauernfrage (Schaffung von Bauernorganisationen, Verbindung von Dorf und Stadt), zur Rolle der jüdischen arbeitenden Bevölkerung im Lande — die sich infolge der Enttäuschung an den Illusionen des Zionismus und des verstärkten imperialistischen Druckes nach und nach in einen antihperialistischen Faktor verwandelt —, zur Lage in der KI. (Verurteilung der Fraktionstätigkeit, für die Einheit der KPSU mit der KPD,\*) sowie eine Reihe von Begrüßungen beschlossen.

Der VI. Parteitag der KP. Palästinas war von intensiver praktischer Arbeit ausgefüllt und hat bewiesen, daß die Sektion der KI, die mit schwachen Kräften und unter schweren Bedingungen ihre revolutionäre Tätigkeit auf entlegenem Posten führt, auf der Höhe ihrer Aufgaben steht.

\*) Gegen die Resolution stimmten nur 2 Delegierte, die sich mit den Ultralinken solidarisierten.

## Der erste Kongreß für Arbeitereinheit in Palästina.

Von J. B. (Jerusalem).

\*\* Die Bewegung für Arbeitereinheit in Palästina, die erst seit kurzem besteht, stellt sich folgende Hauptziele: in internationalem Maßstab die Unterstützung der Ziele, die sich das Anglo-Russische Einheitskomitee gesetzt hat, die Schaffung einer einzigen Gewerkschaftsinternationale. Die „Ehud“- (Einheits-) Klubs wirken dahin, das Exekutivkomitee der an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen „Histadruth“ (jüdische Arbeiterorganisation in Palästina) für die Unterstützung des Anglo-Russischen Komitees zu gewinnen. Das Programm der Einheitsbewegung im Lande selbst besteht aus zwei Hauptpunkten: Erstens, die Histadruth, die bisher nur eine ganz geringe Zahl arabischer Arbeiter in ihre Reihen aufgenommen hat, zu internationalisieren, indem in ihr die großen Massen der arabischen Arbeiter organisiert werden. Zweitens, das System der Ausschlüsse, mit dem die bisher reformistische Mehrheit der Histadruth-Organe gegen die klassenbewußten Arbeiter vorging, zu liquidieren und alle Arbeiter ohne Unterschied der politischen Ueberzeugung in die Histadruth aufzunehmen.

Trotz der allgemeinen Hetze, die gegen die Einheitsbewegung bald nach ihrer Entstehung seitens der offiziellen Gewerkschaftsführer einsetzte und trotz der Verfolgungen, die seitens der Regierung (Sperrung der Klubs, Prozesse usw.) gegen sie gerichtet wurden, erwarb sich die Einheitsbewegung sehr rasch die Sympathie der Arbeitermassen. Tausende von Arbeitern in der Histadruth selbst, viele nichtorganisierte und ausgeschlossene Arbeiter schlossen sich ihr an. Auch unter den arabischen Arbeitern fanden die Einheitslosungen immer größeren Anklang.

Unmittelbar vor den demnächst stattfindenden Wahlen zum allgemeinen Kongreß der „Histadruth“ hat nun die Einheitsbewegung ihren allgemeinen Kongreß einberufen. Eine ganze Reihe ausländischer Arbeiterorganisationen (so der Generalrat des Britischen Gewerkschaftskongresses, das Anglo-Russische Komitee, das Vollzugsbüro der RGI, usw.) begrüßten die Tagung. Nur die Amsterdamer Internationale sandte eine — von Sassenbach unterschriebene — negative Antwort mit dem Bemerkten, die Einheitsbewegung sei wohl ebenso einzuschätzen, wie ähnliche Bewegungen „in einer ganzen Reihe von Ländern“.

Der Einheitskongreß selbst, der vom 17. bis zum 19. Dezember 1926 stattfand, war für palästinische Verhältnisse überaus imposant. Zunächst war die Tatsache allein, daß sich unter den 80 Delegierten 25 arabische Arbeiterdelegierte befanden, die mit gespanntem Interesse die Verhandlungen verfolgten und selbst einige Referate hielten, eine unwiderlegbare Demonstration gegen die von den Histadruth-Führern verbreitete Legende über die „Unreife“ und „Rückständigkeit“ der arabischen Arbeitermassen.

Gleichzeitig wurde vor den Augen der Arbeiteröffentlichkeit, die den Kongreß mit wärmsten Sympathien begleitete, unzweideutig bewiesen, daß — ungeachtet der systematischen Hetztätigkeit des britischen Imperialismus, der zionistischen Bourgeoisie und der jüdischen Sozialchauvinisten sowie gewisser arabischer Reaktionäre — die Solidarität und Brüderlichkeit der klassenbewußten Arbeiter keine leere Phrase sei. Da saßen arabische Eisenbahner in vollster Harmonie mit jüdischen Arbeitern aus den Arbeitersiedlungen in Jesreel-Tal zusammen, die noch gestern von der zionistischen Organisation in der Absicht gegründet wurden, Zwingburgen gegen die eingeborenen Araber zu sein. Es herrschte Einmütigkeit, und fast alle Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Eine besondere Bedeutung hatte der Protest gegen die Ausschluß- und Boykott-Taktik der Histadruth gegen klassenbewußte Arbeiter. Es wurde die Wiederaufnahme der „Arbeiterfraktion“ (Sektion der RGI) in die Histadruth gefordert und es wurden mit Empörung die Versuche der zionistischen Histadruth-Führer zurückgewiesen, revolutionäre Arbeiter durch Aushungerung (Vertreibung von den Arbeitsplätzen), Verweigerung medizinischer Hilfe für Schwerkranke,

gesellschaftliche Achtung zum Aufgeben des antizionistischen und antireformistischen Kampfes zu zwingen.

Mit einer Reihe von Begrüßungen an die RGI, die die palästinischen Bergarbeiter, das Anglo-Russische Komitee, sowie einen Protest gegen die Verfolgungen klassenbewußter Arbeiter durch die britische Regierung, schloß der erste Kongreß für Arbeitereinheit in Palästina, der — im Zusammenhang mit dem neuerlichen Aufstieg der Arbeiterbewegung in Arabien — den ersten Anfängen von Gewerkschaftsorganisationen in Syrien — einen Markstein in der Entwicklung der Arbeiterbewegung im Nahen Osten darstellt.



A. SCHAMI:

## DER NATIONALE UND DER KLASSENKAMPF IN PALÄSTINA

### 1. Die wirtschaftliche Lage des Landes

Ungeachtet aller Hindernisse, die der englische Imperialismus der Entwicklung des Landes in den Weg legt, macht seine kapitalistische Entwicklung dennoch Fortschritte. Wenn auch langsam, so doch unaufhaltsam ändert sich der Charakter der Landwirtschaft, wächst die Zahl der Plantagen. Eine Vorstellung davon gewährt die unaufhaltsame Zunahme der Apfelsinenausfuhr, die heute etwa 40 Prozent des Gesamtexports des Landes beträgt. Wenn in den Jahren 1919 und 1920 für 162 000 resp. 200 000 Pfund Apfelsinen exportiert worden waren, so wurden bereits in den Jahren 1924 und 1925 für 498 000 resp. 552 000 Pfund Apfelsinen ausgeführt. Die Entwicklung der Landwirtschaft führt zu einer bedeutenden Zunahme der Zahl der Landarbeiter. Parallel zur steigenden Nachfrage nach Lohnarbeitern steigt in noch höherem Maße das Angebot von Arbeitskräften. In den Dörfern vollzieht sich eine starke Klassendifferenzierung. Die oberen Schichten der Bauernschaft gehen zu intensiveren Formen der Landwirtschaft über, die niederen dagegen verarmen endgültig und sind gezwungen, in den Plantagen und den großen jüdischen und arabischen Wirtschaften Lohnarbeit anzunehmen. Tausende wandern in die Städte ab und vermehren dort die Zahl der Arbeitslosen. In den Städten steigt die Zahl der arabischen Werkstätten und Fabriken, dort vollzieht sich der Uebergang von der Manufaktur zur Fabrik.

Seit 1925 macht das Land eine langwierige wirtschaftliche Krise durch. Im Grunde ist dies eine Krise der zionistischen Spekulationsunternehmen, die nur mittelbar die wirtschaftliche Gesamtlage des Landes beeinflusst. Deshalb verspüren die jüdischen Arbeiter die Folgen der Krise mehr als die arabischen Arbeiter. Von 32 000 eingetragenen jüdischen Arbeitern sind 8000 vollständig arbeitslos, wobei für die Mehrzahl die Arbeitslosigkeit bereits über ein Jahr dauert. Die Zahl der Kurzarbeiter beträgt etwa 4000. Besonders leiden unter der Arbeitslosigkeit die Bauarbeiter; die Zahl der arbeitslosen arabischen Arbeiter beträgt über 10 000. Die Zahl der Erwerbslosen vermehrt sich seit der Niederwerfung des syrischen Aufstandes um einige Tausend syrische Flüchtlinge.

Von den großen Summen, die die Regierung der Bevölkerung Palästinas abgenommen hat, gibt sie keinen Pfennig für die Linderung der Lage der Arbeitslosen her.

Die Dauerexistenz einer immer zunehmenden Reservearmee hat zu einer katastrophalen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt. Der Lohn der jüdischen Arbeiter verringerte sich seit dem August 1925 bis zum Jahre 1926 um das 2½ und sogar um das 4fache. Der Arbeitslohn der arabischen Arbeiter sank gleichfalls um 20 bis 50 Prozent. Da die jüdischen Arbeiter früher bedeutend mehr als die arabischen verdienten, fand nun eine gewisse Nivellierung statt. Aber es ist offenkundig, daß die Nivellierung der Arbeitslöhne nicht durch eine Steigerung der Löhne der arabischen Arbeiter, sondern durch eine Herabsetzung der Löhne der jüdischen Arbeiter vollzogen wurde. In bedeutendem Maße erklärt sich diese Tatsache aus der Weigerung der in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale organisierten jüdischen Arbeiter, unter den arabischen Arbeitern zu agitieren. Der Arbeitstag des arabischen Arbeiters betrug bis zur letzten Krisis 10—14 Stunden. Heute sind die jüdischen Arbeiter in den Städten gleichfalls gezwungen, an Stelle von acht Stunden zehn und zwölf Stunden zu arbeiten.

So liegen die Dinge in der Stadt. In den Kolonien jedoch, in denen die Zionisten künftlich 10 000 jüdische Arbeiter konzentriert haben, sank der Arbeitslohn der jüdischen Arbeiter in vielen Fällen unter den Arbeitslohn der Araber (6—8—10 Piaster pro Tag). Zur Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Arbeitern und zur ferneren Herabsetzung der Arbeitslöhne beschäftigten die jüdischen Großbauern aus entlegenen Gegenden stammende Beduinen, die sich mit 3—4 Piaster pro Tag begnügen.

Die Bourgeoisie verschlechtert ununterbrochen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter; zu diesem Zwecke ist sie in den letzten Monaten zu einem Angriff auf die politischen Rechte der Arbeiterschaft übergegangen. Viele Unternehmungen entlassen die organisierten Arbeiter und stellen neue nichtorganisierte Arbeiter ein. Der Verband der Immobilienbesitzer und die Organisation der reichen Bauern sind nicht ohne Erfolg bemüht, bei den Neuwahlen zu den Organen der lokalen Selbstverwaltung den Arbeitern das Wahlrecht zu nehmen.

Es ist nichts für den sozialen Schutz der Arbeiter getan worden. Beispielsweise wurde folgendes Arbeiterschutzgesetz veröffentlicht: ein Arbeiter, der einen Betriebsunfall erlitten hat, erhält eine Unterstützung nur unter der Bedingung, daß er a) bei dem Unternehmer nicht unter 3 Jahre beschäftigt war und b) durch das Gericht festgestellt worden ist, daß der Unfall bei der Ausführung einer notwendigen Arbeit stattgefunden hat. Dieses Gesetz hat keine Geltung für die Landarbeiter, die in den Kleinbetrieben

Beschäftigten, für die Beamten und sogar für die Eisenbahnarbeiter (die zu den „zeitweiligen“ Arbeitern gerechnet werden).

Das Gesetz sieht keine Inspektion vor, und allein diese Tatsache nimmt ihm jede Bedeutung. Gleichzeitig wurde ein Gesetz veröffentlicht, das den Streikenden verbietet, Streikposten aufzustellen und die Streikbrecher zu beeinflussen, das also den Arbeitern die Durchführung eines Streiks unmöglich macht.

Es ist nicht verwunderlich, daß die katastrophale Lage der Arbeiter eine fieberhafte Zunahme besonders der jüdischen Auswanderung aus dem Lande bewirkt. Im ersten Quartal des Jahres 1925 wanderten 9000 Menschen ein bei einer Auswanderung von im ganzen 800 Menschen; im vierten Quartal dagegen kamen auf 2551 Immigranten 2570 Auswanderer. Im Zusammenhang mit den sich verschlimmernden Arbeitsbedingungen des jüdischen Arbeiters geht in der jüdischen Bevölkerung die gleiche Klassendifferenzierung vor sich wie in der arabischen. Dieser Vorgang hat folgende Gründe. An die Stelle des nationalen philantropischen Kapitals, das die Ausbeutung der Arbeiter durch nationalistiche Illusionen verhüllte, trat der Kapitalist mit seinen unverhüllten Ausbeutungsmethoden. Das Wachstum des Privatkapitals befreite die zionistische Organisation von der Notwendigkeit, die „sozialistischen“ Experimente der jüdischen Arbeiterorganisation „Histadrut“ zu unterstützen. Am deutlichsten spiegelt sich diese Tatsache in folgenden Zahlen wider: die Mitgliederzahl der städtischen Arbeiterkollektive betrug im Jahre 1923 1522 gegen 1140 im Jahre 1925, Auf dem flachen Lande befinden sich diese Kollektive in keiner besseren Lage. Im Jahre 1923 waren 43 Prozent der Landarbeiter in Kommunen und 25 Prozent in Genossenschaften organisiert. 32 Prozent der Arbeiter waren Lohnarbeiter. Im Jahre 1928 dagegen sind rund 37 Prozent in Kollektiven aller Art organisiert, während 63 Prozent der Landarbeiter gegen Lohn arbeiten.

Das durch Vermittlung der Histadrut eingeführte Akkordsystem gab den Unternehmern eine Möglichkeit, die Arbeitslöhne herabzusetzen. Die ungeheure Arbeitslosigkeit förderte den Prozeß der Lohnherabsetzung noch mehr. Dieser Prozeß wird auch durch die zunehmende Verwendung von Frauen- und Kinderarbeit gefördert (11 000 Arbeiterinnen, 6000 Jugendliche).

### 2. Die Arbeiterbewegung

Die Folge der schlechter werdenden Arbeitsbedingungen ist ein verschärfter Klassenkampf. Es wächst die Zahl und der Umfang der Streiks. Es entstehen schwere wirtschaftliche Zusammenstöße.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Streiks in den wichtigsten Städten Jaffa, Jerusalem und Haifa ist aus folgender Tabelle zu ersehen:

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Streikenden	Zahl der Streiktage
1919	1	40	560
1920	5	44	591
1921	9	253	3 775
1922	9	466	1 993
1923	27	634	6 044
1924	32	996	19 798
1925 (I. Halbjahr)	30	1334	18 873

Diese Angaben erfassen nur die Streikbewegung der jüdischen Arbeiter; über die Streikbewegung der arabischen Arbeiter sind keine genauen Angaben erhältlich, aber auch diese bewegt sich in aufsteigender Linie.

So fanden in den letzten Jahren viele Streiks statt, die ausschließlich von arabischen Arbeitern durchgeführt wurden. Erwähnt sei der Streik in der Ziegel- und Kachelfabrik von Wiedland, der Streik der Steinhauer in Nablus, der Bauarbeiter in Nazareth, der Zimmerleute in Haifa, der Hafendarbeiter in Jaffa, der Landarbeiter in Chedera. Sogar diese spärlichen Angaben bezeugen das Anwachsen der Klassengegensätze und folglich auch des Klassenbewußtseins der arabischen Arbeiter. Dementsprechend macht sich der zunehmende Drang nach Organisierung bemerkbar.

Wenn es noch in den Jahren 1921—1922 fast keine einzige Organisation der arabischen Arbeiter gab, so zählte man bereits gegen Ende des Jahres 1926 über 400 organisierte arabische Arbeiter in der jüdischen Arbeiterorganisation und über 1000 organisierte Araber in verschiedenen nationalen-arabischen Verbänden.

In der ersten Zeit verhielt sich die Regierung im wirtschaftlichen Kampfe neutral. Und zwar aus folgenden Gründen: 1. die Kämpfe waren von sehr kleiner Ausdehnung, 2. die Kämpfe selbst rührten wenig an die englischen Interessen, weil es zu jener Zeit noch keine englischen Unternehmen im Lande gab, 3. das Verhältnis der Regierung zur Histadrut war aus politischen Erwägungen ein wohlwollendes. Alles das hat sich in den letzten 2 bis 3 Jahren sehr geändert. Eine Reihe englischer Unternehmen sind bereits in Betrieb oder werden bald in Betrieb genommen (der Hafen von Haifa, die Elektrizitätsgesellschaft Rutenberg, die Konzession von Haekson, die Zementwerke usw.). Geändert hat sich auch die politische Lage des Landes. Das Ergebnis davon ist in letzter Zeit die intensive Einmischung der Regierung in alle wirtschaftlichen Konflikte.

Man ging dazu über, nicht nur revolutionäre Arbeiter, sondern sogar sehr gemäßigte Vertreter der Histadrut zu verhaften. Die Polizei leistet den Streikbrechern aktive Hilfe und zerstreut die Streikenden. Besonders fühlbar wird dieser Zustand bei der Organisierung der arabischen Arbeiter. Die Regierung weiß, daß der Aufschwung und die Organisierung der arabischen Arbeitermassen den gesamten Charakter der palästinensischen Arbeiterbewegung verändern werden. Im Zusammenhang damit steht die Veröffentlichung der obenerwähnten Streikgesetze.

Bis zum Jahre 1925 war die Histadrut der einzige wirtschaftliche Arbeiterverband im Lande (abgesehen von der kurzen Existenz des Zentralbüros der Gewerkschaften im Jahre 1925 und der Organisationskommission im Jahre 1922). Aber seit dem Jahre 1925 entsteht eine ganze Reihe von arabischen Arbeiterverbänden (in Nablus, Haifa, Jerusalem, Jaffa, Nazareth, Bethlehem).

Die arabischen Arbeiterverbände sind vorerst noch ziemlich schwach, aber sie haben große objektive Entwicklungsmöglichkeiten. Im Zusammenhang mit der beginnenden Entwicklung der Arbeiterbewegung unter den Arabern macht sich eine starke Schwenkung nach der Seite der internationalen Organisation auch in den Reihen der jüdischen Arbeiter bemerkbar, die bisher gänzlich unter dem Einfluß der zionistischen Parteien standen.

### 3. Die nationale Bewegung

Gleich nach dem Krieg verstärkte sich in Palästina die nationale Bewegung. Im Jahre 1919 wurde der erste arabische Kongreß einberufen, der die Unabhängigkeit des Landes forderte. Der Kongreß wählte ein Exekutivkomitee mit Musa-Kiasim-Pascha an der Spitze. Im ganzen Lande wurden islamistisch-christliche Klubs gegründet, deren Ziel die Organisierung einer Volksbewegung gegen die anglo-zionistische Okkupation war. Trotzdem die Bewegung breite Bevölkerungsschichten ergriff und revolutionären Charakter trug, suchten die meist aus hochfeudalen Kreisen stammenden Führer der Bewegung eine Verständigung mit den Engländern herbeizuführen und lenkten die Aufmerksamkeit der Massen statt auf die englischen Okkupanten, auf deren zionistische Agenten. Diese Bahn betraten sowohl die Delegation, die nach Europa entsandt wurde, um in englischen konservativen Kreisen Unterstützung zu suchen, als auch die Klubs und Zeitungen in Palästina selbst. Das Antichambrieren bei den englischen Lords war naturgemäß erfolglos.

Die Mehrzahl der alten Führer der palästinensischen nationalen Bewegung ist zu einem Kompromiß mit den Engländern bereit und möchte nur für sich Vorrechte erzielen. Das wissen die Engländer genau, und so zersetzen sie die nationale Bewegung, indem sie verschiedene „Konzessionen“ in Aussicht stellen und eine Gruppe gegen die andere ausspielen. Im gegenwärtigen Moment wird die Zersetzung der nationalen Bewegung seitens der Engländer durch die Durchführung der Munizipalwahlen bewirkt. Bisher wurden die Munizipalkommissionen von den Engländern eingesetzt. Die gegenwärtige Ausschreibung von Munizipalwahlen verfolgt ein zweifaches Ziel: einerseits wird die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von der Forderung nach einem parlamentarischen Regime abgelenkt, andererseits wird durch den Kampf um die Munizipalämter Zwietracht in die nationale Führungsschicht hineingetragen. Das Wahlrecht ist an einen hohen Besitzensgrad geknüpft (so daß es sogar in den größeren Städten nur wenige Hunderte Wähler gibt), die Wahlordnung sieht (religiöse) Kurten vor. Das Ziel, das sich die Engländer stellen, wird dadurch vollkommen erreicht.

Die Aufmerksamkeit der Bevölkerung konzentriert sich auf diese Wahlen, und im Zusammenhang mit ihnen spielt sich der Kampf zwischen den einzelnen Geschlechtern ab. Die wichtigsten Geschlechter: die Hussein, Naschaschib, die Dajan und einige kleinere Geschlechter kämpfen miteinander um den Einfluß und die Sitze in jedem Gemeinderat.

In diesen Kampf werden von den Engländern auch die Zionisten (zusammen mit den zionistisch-sozialistischen Parteien) verwickelt, die das Geschlecht der Naschaschib gegen das der Hussein unterstützen.

In den letzten Jahren gewinnen allmählich unter dem Einfluß der syrischen Ereignisse eine große Bedeutung in der nationalen Bewegung die linken Elemente, die sich unter dem starken Einfluß der illegalen panarabischen revolutionären Partei „Isikial“ befinden.

### 4. Die kommunistische Partei

Die Partei (die anfänglich unter dem Namen der Palästinensischen Sozialistischen Partei auftrat) besteht seit dem Jahre 1919. Nach ihrer Zer-

trümmerung im Jahre 1921 sammelt sie im Laufe der zwei letzten Jahre mit Mühe wieder ihre Kräfte. Gleichzeitig vollzieht sich die Säuberung der Partei von den Elementen und Ueberbleibseln sowohl der reformistischen als auch der jüdischnationalen (Poale Zion), der ultralinken und der anarchistischen Ideologie.

Im Jahre 1924 als Sektion der Komintern anerkannt, lenkt sie die verdoppelte Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit unter den arabischen werktätigen Massen.

Die Tätigkeit in den Gewerkschaften. Die Partei läßt seit jeher den Berufsorganisationen der Arbeiter die größte Aufmerksamkeit zuteil werden. Ende 1922 (vor dem 2. Parteitag der Allgemeinen Arbeiterorganisation „Histadrut-Hakalil“) entstand ein spezielles Gewerkschaftsorgan „Die Arbeiterfraktion in der Histadrut“. Die Arbeiterfraktion hatte ihre Vertreter auf der Konferenz und begann nach der Konferenz eine ausgedehnte Tätigkeit zur Verbreitung der Prinzipien der Gewerkschaftsinternationale; in allen Städten wurden Klubs gegründet, die eine systematische Arbeit in Angriff nahmen. Es erschien eine Reihe von Publikationen sowohl in jüdischer als auch in arabischer Sprache. Die Arbeiterfraktion gewann viele arabische Arbeiter für sich. Ihr Einfluß wuchs und wurde allmählich zu einer großen Gefahr für die Führer der Histadrut. Im Frühling 1924 wurde die Arbeiterfraktion aus der Histadrut ausgeschlossen, da sie angeblich „die Interessen des jüdischen Volkes und des palästinensischen Proletariats verrate“. Nicht nur wurden die den Bonzen der Histadrut bekannten Mitglieder der Arbeiterfraktion ausgeschlossen, sondern es wurde auch der Beschluß gefaßt, „künftig alle diejenigen auszuschließen, die die Ansichten der Arbeiterfraktion teilen und deren Tätigkeit unter einem anderen Namen fortsetzen“. (Bisher sind bereits über 200 Fraktionsmitglieder ausgeschlossen worden.)

Durch den Ausschuß der Fraktion und ihrer Mitglieder aus der Histadrut lieferten die Histadrutführer die Ausgeschlossenen an die Polizei aus. Die Klubs wurden ungesäumt geschlossen, die Fraktion für illegal erklärt; ihre Mitglieder werden verhaftet, und die Zugehörigkeit zu ihr wird ebenso bestraft wie die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei.

Trotz aller Verfolgungen besteht die Arbeiterfraktion weiter. Die von ihr veröffentlichten Schriften werden oft eingezogen.

Im Jahre 1925 entstand die Bewegung der „Einheit“. Das Ziel der Bewegung ist die Einheit der Gewerkschaftsbewegung im internationalen und palästinensischen Maßstabe.

Die „Einheit“ wurde bald zu einer Massenbewegung. So z. B. vereinigte die Petition an die Histadrutexekutive über die Wiederaufnahme der Fraktion (im September 1926) trotz der Terrorisierung durch die Gewerkschaftsbürokratie 2500 Unterschriften auf sich. Es wurden drei Konferenzen einberufen, davon zwei Bezirkskonferenzen (in Jaffa und Haifa) und eine allgemeine palästinensische (im Dezember 1926). Die letztere war von außerordentlichem Erfolg begleitet. An der Konferenz nahmen 80 Delegierte teil, darunter 20 Araber (die 200 Arbeiter vertraten).

Diese Konferenz rüttelte die gesamte palästinensische Öffentlichkeit auf. Alle palästinensischen Zeitungen brachten aus Anlaß der Konferenz viele

Aufsätze und Notizen. Sie fand einen Widerhall sowohl in der syrischen als auch in der ägyptischen Presse.

Die erfolgreiche Tätigkeit der Einheitsbewegung lenkt die Aufmerksamkeit sowohl der Histadrutführer als auch der Polizei auf sich. Den Führern der Bewegung droht bereits der Ausschluß. Die Einheitsclubs werden von der Polizei geschlossen.

Der Einheitsgedanke dringt in die rückständigsten und früher chauvinistisch gesinnten Schichten der Landarbeiter ein. Unter ihnen entsteht eine Opposition gegen die Histadrut.

Während der Wahlen zur 3. Histadrutkonferenz (im Dezember 1926) sammelten die Oppositionslisten — trotz der massenhaften Ausschaltung aller „verdächtigen“ Mitglieder der Histadrut — dennoch 1200 Stimmen auf sich, während bei den Wahlen zur 2. Konferenz (im Jahre 1922) die Liste der damals legalen Arbeiterfraktion nur 250 Stimmen erhalten hatte. Der Einfluß der Partei und der Einheitsbewegung dringt auch in die unabhängigen arabischen Gewerkschaftsverbände ein.

##### 5. Die Bedingungen der Parteitätigkeit.

Die Partei ist gezwungen, unter ungewöhnlich schweren Bedingungen zu arbeiten. Der Polizeiterror gegen die revolutionäre Bewegung wächst mehr und mehr im ganzen Lande. Seine Ausmaße werden durch folgende Zahlen charakterisiert: Im ersten Jahr, nachdem die Arbeiterfraktion für illegal erklärt worden war, wurden 70 Leute wegen der Zugehörigkeit zur Fraktion oder zur Kommunistischen Partei zur Verantwortung gezogen und insgesamt mit 20 Jahren Gefängnis bestraft.

Außer dem Terror der Engländer herrscht im Lande noch der gesellschaftliche Terror gegen die Bolschewisten. Auf diesem Boden vereinigen sich die zionistische Bourgeoisie, die Sozialisten der II. Internationale und die islamitische klerikale Reaktion.

Im Kampfe gegen die Bolschewisten ist kein Mittel zu schlecht, auch nicht die Denunziation und der Ueberfall aus dem Hinterhalt. Aber das furchtbarste Mittel des öffentlichen Kampfes ist der wirtschaftliche Boykott. Kommt irgendein Arbeiter bloß in Verdacht, ein Kommunist zu sein, so verliert er seine Arbeit und man wendet alle Druckmittel an, damit der „Verräter“ und „Gottlose“ nie mehr eine neue Arbeit findet. In der Partei sind viele Genossen, die bereits ein Jahr lang keine Arbeit mehr finden können.

Die Fraktionsmitglieder werden nicht zu den Arbeitsnachweisen zugelassen; sie erhalten im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit keinerlei Unterstützung. Es ist der Krankenkasse verboten, einem kranken Kommunisten und seiner Familie ärztliche Hilfe zu gewähren.

Schwierigkeiten anderer Art entstehen für die Parteilarbeit aus dem nationalen Zwist (noch im Jahre 1923 verging kein Monat, ohne daß eine oder zwei Personen auf Grund nationaler und religiöser Streitigkeiten getötet worden wären) und aus der Vielsprachigkeit. Jede Aktion zugunsten der Solidarität und einer gemeinsamen Organisation der jüdischen und arabischen Arbeiter wird als „Bolschewismus“ angesehen. Im Zusammenhang mit der Vielsprachigkeit erfordert jede Aktion, jede Kampagne unverhältnismäßig viele Menschen und Kräfte.

Das Land ist nicht groß, die Arbeiterzahl unbedeutend, und ein ein- oder zweimaliges oppositionelles Auftreten genügt, einen Arbeiter unmöglich zu machen, noch ehe er in die Partei eintritt.

Alle diese Schwierigkeiten schaffen eine sehr komplizierte Situation, die immer neue Methoden der Parteilarbeit erheischt.

KI 8. Jg. (1927), Nr. 9, S. 438-445

## Der 1. Mai 1928 in Palästina.

Von Abusjam (Jaffa).

\*\* Die Zeiten sind vergangen, als die imperialistischen Beherrscher Palästinas und ihre zionistische Leibgarde noch mit Geringschätzung auf die Arbeiterbewegung herabschauten. Die „rote Gefahr“ im arabischen Osten ist in greifbare Nähe gerückt und droht dem englischen und französischen Imperialismus nicht allein von einer Seite. Die „bolschewistische Epidemie“ hat auch die nationale Freiheitsbewegung der arabischen Stämme ergriffen.

Die klassenmäßige Differenzierung des patriarchalischen und feudalen Dorfes schreitet mit Riesenschritten voran. Im Dorfe ist an die Stelle der patriarchalischen Beziehungen der Klassenkampf getreten. Schon sind die Klassenorganisationen auf den arabischen Straßen keine Neuigkeiten mehr und die arabische Bevölkerung weiß bereits, was Klassenkonflikte sind. Die arabischen Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften sind im Wachsen, nach längerer Unterbrechung erscheinen zum erstenmal wieder Druckwerke in arabischer Schrift, aber diesmal sind es Werke der Arbeiterliteratur.

Aber nach Spionage, Zensur, Verhaftungen, wie überhaupt i Verfolgungen jeder Art der Arbeiterbewegung, seien es Organisationen der jüdischen oder der eingeborenen Arbeiter, haben nicht auf sich warten lassen.

Trotz der Illegalität, die die Arbeit der Kommunistischen Partei Palästinas stark behindert, war die Maifeier ein Beweis für den steigenden Einfluß der revolutionären Arbeiterbewegung. Unter dem Drucke der Massen sahen sich sogar die Reformisten genötigt, unsere Forderung auf allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai zu übernehmen. In einer Reihe von Orten verwandelten sich die Demonstrationen, deren Durchführung sich die Reformisten zugleich mit einer Hetze gegen die Sowjetunion und den Kommunismus vorstellten, in eine Demonstration der Solidarisierung mit der Sowjetunion, in ant imperialistische und antizionistische Demonstrationen, wie z. B. in Jerusalem.

Besondere Beachtung verdient der Umstand, daß in diesem Jahre zum erstenmal arabische Arbeiterorganisationen sich geschlossen an der Maidemonstration beteiligten, so z. B. in Jaffa die im vergangenen Jahre gegründeten arabischen Gewerkschaften der Graphiker sowie der Transportarbeiter.

Die KPP. hatte zum 1. Mai in arabischer, jüdischer und altjüdischer Sprache Literatur, Aufrufe und Flugblätter herausgegeben. Mit Transparenten, Plakaten und roten Flaggen wurde in Jerusalem, Jaffa und Haifa demonstriert, trotzdem

ganz Palästina zum 1. Mai unter Ausnahmezustand gestellt wurde.

Vor allem das Auftreten der arabischen Arbeiter und ihre Teilnahme an dieser Feier spricht zusammen mit vielen anderen Symptomen für ein Wiederaufleben der revolutionären arabischen Freiheitsbewegung, die nunmehr eine lange Periode innerer Desorganisation überwunden hat. Der arabischen Freiheitsbewegung fehlt es vor allem an Organisation und dieser Mangel wird nur überwunden werden können, wenn die revolutionäre proletarische Bewegung ihre organisierende und leitende Kraft geltend machen wird.

Die Arbeiterklasse in Palästina ist zahlenmäßig noch gering, hat erst eine kurze Entwicklung hinter sich und verfügt nicht über starke Organisationen, der eingeborene Bauer ist analphabetisch und versklavt; deshalb ist es uns noch nicht möglich, so wie in Europa große Massen ins Treffen zu führen.

Der 1. Mai 1928 hat gezeigt, daß die junge kommunistische Organisation in Palästina, die als verhältnismäßig geringe Avantgarde den Kampf führt, die Probe glänzend bestanden hat.

## Imperialistische Provokationen in Palästina

Von J. B. (Jerusalem)

\*\* Die Nachricht über den Ueberfall britischer Polizei auf Juden, die an ihrem höchsten Feiertag an der sogenannten „Klagemauer“ beteten, über die brutale Unterbrechung dieses Gottesdienstes, die Verprügelung und Verwundung von vielen Anwesenden — darunter auch Frauen und Greisen — durch die britische Abteilung, hat zweifellos in Europa Erstaunen erregt. Palästina ist doch das Land, in dem Großbritannien den Juden ein nationales „Heim“ baut? Eine religiöse Übung ist doch keine bolschewistische Demonstration, die man, nach alter Gepflogenheit, mit Gewalt auseinanderreiben darf? Und die Engländer sind doch in Palästina sozusagen Verbündete, Protektoren der Juden, besonders der nationalistischen und religiösen? Und doch ist die Nachricht über den kleinen „Pogrom“ den sich die britische Polizei in Jerusalem erlaubte, wahr.

Es handelt sich um eine imperialistische Provokation, die erst verständlich wird, wenn man die gesamte politische Lage Großbritanniens in Palästina im Laufe der letzten Zeit in Erwägung zieht. Die Unterdrückung der Bevölkerung ist durch das absolutistische Regime, das die Engländer mit zionistischer Zustimmung in Palästina errichtet, aufs höchste gestiegen. Die allgemeine Unzufriedenheit, die im Lande herrscht, ließ innerhalb der arabischen und jüdischen Bevölkerung die Tendenz aufkommen, die gemeinsamen, gegen den britischen Imperialismus gerichteten Interessen zu verstehen. Ja sogar unter den Zionisten trat eine Gruppe offen auf, die sich für die jüdisch-arabische Verständigung auf der Basis einer parlamentarischen Herrschaft in Palästina aussprach. Die Grundpfeiler der britischen Herrschaft in Palästina: der tiefe Haß zwischen Juden und Arabern war erschüttert.

So mußte nun die britische Politik danach streben: 1. Den nationalen und religiösen Fanatismus wieder anzufachen; 2. der arabischen Bevölkerung ein Ventil zu öffnen, ihr aufs neue die Überzeugung beizubringen, daß nicht die Briten, sondern die Juden die Feinde der Araber sind; 3. die jüdische Bevölkerung wieder in die Disziplin der zionistischen Organisation hereinanzuwängen.

Die Klagemauer-Angelegenheit bildete den günstigen Vorwand hierzu. Denn diese Mauer ist nicht nur jüdisches, sondern zugleich mohammedanisches Heiligtum. Die Juden sind dort (trotz Balfour-Deklaration, Zionismus usw.) nur geduldete Gäste. Sie dürfen nur eine bestimmte Zahl von Lampen, Bänken usw. aufstellen, sonst nichts. Einen solchen „Status quo“ haben die zionistischen Führer selbst bestätigt, er ist aber doch gebrochen worden. Dies nutzten nun die Engländer aus, um den arabischen Fanatikern einen Wink zu geben: Sehet da, die Juden wollen erst die Klagemauer, dann auch eure heilige Omar-Moschee erobern. Und nur wir, die Engländer, schützen euch davor. Also sind wir eure Feinde, wie die nationalistischen Führer euch einreden wollen?!

Daß bei diesem interessanten Schulbeispiel einer Herstellung der pax britannica zwischen zwei Völkern ein paar Induschädel eingeschlagen wurden, sind sozusagen die faux pas der geschickt eingefädelten imperialistischen Provokation. Die auf die Verprügelung von Arbeitern, Auseinandersetzungen von Arbeiterdemonstrationen, Ueberfälle auf nationalistische Demonstrationen (erst im April fand in Gaza eine ant imperialistische Demonstration von Arabern ein blutiges Ende),

dressierten britischen Offiziere und Soldaten können schon schwer zwischen Freund und Feind unterscheiden, für sie ist eben jeder „native“ (Eingeborener) ein „böser Feind“.

Dafür mußten die Engländer auch einen kleinen Familien-skandal mit ihren zionistischen Freunden mit in Kauf nehmen; die Herren Zionisten, die brutal Angriffe auf Araber mit Schmutzeln billigen, an der Anseitschuldertreibung von Arbeiterdemonstrationen (siehe 1. Mai 1927) selbst im Bunde mit der Polizei aktiv beteiligt sind, konnten doch die Anwendung derselben Methoden gegen fromme und gutzionistische Juden nicht dulden. Daher auch Massendemonstrationen und Proteste gegen Regierung und einzelne Regierungsbeamte, Demonstrationen, die übrigens stellenweise über die Köpfe der zionistischen Führer hinauszugehen drohten, was beweist, wie tief die Unzufriedenheit mit den Engländern selbst unter jenen Elementen verwurzelt ist, die den zionistischen Lösungen nachlaufen.

Aber die Welle des Antiregierungsprotestes vererbte schnell, und nun können die Engländer ihre Provokation zu Ende führen. Den Juden antworten sie, daß nur über Forderung der Araber die Gewalttaten an der Klagemauer erfolgen, den Arabern wieder sagen sie, daß die jüdischen Demonstrationen nicht gegen England, sondern gegen die Moslems gerichtet seien. Es entsteht eine Atmosphäre von Haß und Erbitterung, die den Engländern wieder die Rolle des Schiedsrichters sichert, ihnen wieder die Möglichkeit gibt, den lachenden Dritten zu spielen.

In der gegenwärtigen gespannten Atmosphäre im Nahen Osten können nämlich die Engländer eine geehrte ant imperialistische Bewegung in Palästina nicht vertragen. Soll Palästina eine gute strategische Basis sein, dann müssen sich Religionen und Völkerschichten daselbst bekämpfen und zerfleischen.

Für die Zionisten aber die, wenn sich Ähnliches in der Sowjetunion begeben hätte, wahrscheinlich ein Weggeschrei sondergleichen erhoben hätten über Unterdrückung, Religionsstörung, Barbarei und bolschewistische Unmenschlichkeit, die noch immer die Stiefel der britischen Lords lecken, die britische Zivilisation verhimmeln und in ihrem Namen an allen möglichen konterrevolutionären Verschwörungen gegen die Sowjetunion teilnehmen, für die Zionisten, die die Monopolvertretung des „jüdischen Volkes“ für sich in Anspruch nehmen, ist diese neue britische Provokation in Palästina eine gute Lehre. Sie beweist, daß auch die zionistischen „Verbündeten“ für die unersättlichen Imperialisten nichts anderes sind als eine Schachfigur, die leichten Herzens geopfert wird, wenn es höhere Kombinationen und politische Intrigen erfordern.

## Die dritte Parteiberatung der KP. Palästinas.

Von N. M. (Jaffa).

\*\* Am 1. und 2. Dezember fand unter illegalen Verhältnissen die 3. Parteiberatung der KP. Palästinas statt. Es beteiligten sich an ihr 24 Delegierte aus verschiedenen Teilen des Landes.

Die Beratung konnte zunächst feststellen, daß die verstärkten Verfolgungen der imperialistischen Polizei, die Massenverhaftungen, die brutalen Gerichtsurteile und Deportationen doch ihr Ziel: die Vernichtung der kommunistischen Bewegung in Palästina, nicht erreichen konnten. Die Partei hat wohl infolge des systematischen Terrors, der sich nicht nur gegen organisierte Kommunisten, sondern auch gegen Mitglieder der Gewerkschaftsorganisation „Arbeiter-Fraktion“, der „Roten Hilfe“, ja selbst der „Einheitsbewegung“ richtet, eine gewisse Schwächung ihrer Aktionen und ihres Einflusses zu verzeichnen; sie bietet aber der Reaktion durch um so festere Zusammenfassung der Kadern und durch systematische Propagandatätigkeit unter den Arbeitern die Stirn.

Die Frage der Herausbildung eines festen revolutionären Kerns von jüdischen und arabischen Arbeitern sowie die organisatorischen Maßnahmen zur Festigung der Partei in den kommenden Kämpfen standen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit dieser Beratung. Die Beratung verurteilte scharf die offenbar

unter Einfluß der kleinbürgerlichen Umgebung in die Partei eindringenden defätistischen Stimmungen und drückte dem Zentralkomitee einstimmig volles Vertrauen aus.

In den politischen Resolutionen stellt die Beratung fest, daß die wichtigsten politischen Prognosen der Partei gerade jetzt ihre Bestätigung erfahren: wachsende Verelendung der Arbeiterschaft und der Bauern, aggressive Haltung der zionistischen Bourgeoisie, verstärkter Kurs der Reaktion im Lande, Wachstum des Faschismus —, dies alles stellt die Arbeiterklasse vor ernste Aufgaben. Die utopische und verräterische Politik der Arbeiterführer hatte zur Folge, daß die Arbeiter der reaktionären Welle so gut wie ungerüstet gegenüberstehen. Sie besitzen nicht die internationalen Klassenorganisationen, die der imperialistischen Regierung und der Bourgeoisie wirksam Widerstand leisten könnten.

Die zionistische Gewerkschaftsorganisation „Histadruth“, deren Führer immer noch zu Klassenfrieden streben und die Arbeiterinteressen auf dem zionistischen Altare hinopfern (ihre neuestes Abenteuer: Organisierung einer neuen Einwanderung nach Palästina im Auslande, während in Tel Aviv allein noch über 600 Familien arbeitslos sind und, da sie keine Unterstützung erhalten, buchstäblich Hungers sterben), verliert einen Teil ihrer Anhängerschaft, aber die sie verlassenden Arbeiter sind zum großen Teil apathisch und keiner neuen Organisierung zugänglich. Die arabischen Arbeiterorganisationen entwickeln sich sehr langsam, wenn auch gerade hier ein erfreulicher Drang zur Organisierung zu verzeichnen ist.

Die Organisierung arabischer Arbeiter erhält besondere Bedeutung im Hinblick darauf, daß die Führung der arabischen Nationalbewegung seit dem Siebenten Arabischen Kongreß immer mehr in pro-imperialistisches Fahrwasser gerät. Die arabische Bourgeoisie und die „Notabeln“ möchten gerne auf Kosten der Bauern und der Arbeiter ein Kompromiß mit der britischen Regierung schließen und sind dafür sogar zur Anerkennung des Mandats und zur aktiven Mitarbeit an demselben bereit.

Ferner werden in den politischen Resolutionen die Kriegsvorbereitungen des britischen Imperialismus erwähnt, die vom strategischen Standpunkt aus, hauptsächlich im Bau des Hafens von Haifa Ausdruck erhalten. Die moralische Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion besorgen in Palästina die Zionisten (und zwar letztlich einschließlich des extrem-linken zionistischen Flügels „Poale Zion“), die eine gewissenlose Hetze gegen die proletarische Regierung betreiben.

Die Beratung nahm einen Bericht über den VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale entgegen. Sie solidarisierte sich mit seinen Beschlüssen und begrüßte insbesondere die Annahme des Programms der KI., das Gegenstand eingehender Studiums in allen Parteizellen bilden soll. Was die Kolonialfrage anbetrifft, so soll darüber eine eingehende Diskussion in der Parteiliteratur eröffnet werden.

Schließlich wurde ein Parteirat, der dem ZK. zur Seite stehen soll, gewählt, und die Herausgabe eines Manifestes an die Arbeiterschaft mit der Aufforderung, die Reihen der kommunistischen Partei zu stärken, beschlossen.

## Der Kampf gegen die rechte Abweichung in der KP. Palästinas.

Von Bob (Jaffa).

\*\* Das letzte Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Palästinas hat eine Resolution angenommen, in der ausführlich gegen die in der Partei entstandene rechte Abweichung Stellung genommen wird. Die Grundlage der rechten Abweichung bilden die Unterschätzung der Kraft des Proletariats in den arabischen Ländern überhaupt, in Palästina im besonderen, sowie defaitistische Stimmungen in bezug auf die Rolle der Kommunistischen Partei.

Aus dieser Einstellung heraus bekämpft eine Reihe von Genossen die Annahme der Losung einer Arbeiter- und Bauernregierung, die der Partei in einem im Dezember v. J. an sie gerichteten Briefe des EKKI empfohlen wurde. Die Genossen sind für die Losung einer „demokratischen Republik“, da nur mit Hilfe dieser Losung die kleinbürgerlichen Schichten (deren Rolle übrigens von den Vertretern der rechten Abweichung weit überschätzt wird), gewonnen werden können. Nun birgt aber diese Losung die Gefahr in sich, demokratische Illusionen bei den Massen hervorzurufen, die um so schädlicher sind, als gerade jetzt die bürgerliche Führung der nationalen Bewegung ein Kompromiß mit dem britischen Imperialismus auf der Plattform eines „Parlaments“ (das natürlich bei Beibehaltung der britischen Okkupation nur fiktiv sein kann) anstrebt.

Vor allem aber verstehen die opportunistischen Gegner der Losung Arbeiter- und Bauernregierung nicht, daß im gegenwärtigen Moment der Verschärfung des Klassenkampfes im

Lande und in den Nachbarländern die Losungen der Kommunistischen Partei nicht allgemeine Phrasen über Befreiung des Landes, nationale Unabhängigkeit und dergleichen sein können, sondern das der konkrete Inhalt des Befreiungskampfes formuliert werden muß. Eine breite Volksbewegung kann sich nur auf maximale Aktivität der werktätigen Schichten der Bevölkerung, vor allem der Arbeiter und Bauern, stützen. Eine solche ist aber nur zu erreichen, wenn der Arbeiter die Perspektive der sozialen Befreiung, der Bauer die Perspektive der Agrarrevolution, d. h. der Verteilung des Bodens der Großgrundbesitzer, Annullierung seiner Wucherschulden usw. hat.

In enger Verbindung mit der Opposition gegen den neuen vom EKKI empfohlenen und vom ZK. bestätigten Kurs der KP. Palästinas stehen die Kapitulantstimmungen mancher Parteimitglieder in bezug auf die Taktik der Partei. Den zwar langsam, aber stetig fortschreitenden Prozeß der Radikalisierung der Arbeiterschaft übersehend, das Wachstum der Parteiorganisation (insbesondere in bezug auf Heranziehung arabischer Arbeiter) und die Erfolge der Partei (Wahlerfolg bei den letzten Wahlen zu den Gewerkschaften, Organisation einer arabischen Arbeiterdemonstration beim Nebi-Mussa-Feiertag, größerer Verbreitung der illegalen arabischen und jüdischen Parteizeitungen usw.) unterschätzend, sehen die rechten Elemente nur den verstärkten Angriff der Reaktion (Verhaftungen, Deportationen usw.) und meinen, daß sich die Partei vor diesem Angriff immer nur zurückziehen, und die Arbeiter nicht zum Gegenangriff mobilisieren müsse.

Besonders gefährlich ist die rechte Abweichung in der KP. Palästinas dadurch, daß, während sich manche Vertreter der opportunistischen Richtung hinter rein „örtliche“ Motive verschancen, andere auch Motive der rechten Oppositionen in europäischen Parteien (falsche Einschätzung der „dritten Periode“, Nichtverstehen der Kriegsgefahr und dergleichen) gebrauchen und die Beschlüsse des VI. Kongresses der Komintern in brandleristischer Weise auslegen.

Die KP. Palästinas, die vor kurzem den zehnten Jahrestag der Gründung der ersten kommunistischen Gruppe in Palästina beging, hat während ihres Bestehens eine Kristallisierung ihrer Ideologie durchgemacht: Sie überwand alle Reste von zionistischen und poalezionistischen Ideologien, liquidierte den Boykottismus und Putschismus, machte den Emigrations-„Theorien“ ein Ende und bahnte sich dadurch den Weg zur Konsolidierung der besten Elemente der Arbeiter Palästinas um ihre Fahne; sie ist heute die einzige Partei im Lande, die wirklich in Wort und Tat internationalistisch, in ihrer Taktik revolutionär ist.

Es ist daher der Beschluß des ZK. voll berechtigt, der einen Frieden mit der rechten Abweichung in der Partei, die sie in einen auswegslosen opportunistisch-defaitistischen Sumpf führen würde, für ausgeschlossen erklärt und die Partei zur raschen Liquidierung der Rechten auffordert.



## Der Kampf um den Boden in Palästina.

Von J. B. (Jerusalem).

„Ein eigenartiges, hartes und erbittertes Ringen ist, als Folge der imperialistischen Herrschaftsmethoden, gegenwärtig das aktuellste, ja das zentrale Problem des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Palästina geworden: der Kampf um den Boden. Der britische Imperialismus braucht, um Palästina zu einer günstigen strategischen Basis für seine kriegsrischen Abenteuer, zu einem günstigen strategischen Schlüssel-punkt zur Eroberung des ganzen arabischen Ostens ausbauen zu können, das Hilfsmittel eines „jüdischen Nationalheims“. Dieses jüdische Nationalheim muß aber, wenn die britische Politik ihren Zweck erreichen soll, in schärfstem dauernden Konflikt mit den arabischen Massen, vor allem mit den arabischen Bauernmassen, „gebaut“ werden. Daher haben die britischen Imperialisten ihren Dienern, den Zionisten, zu verstehen gegeben, daß, wenn überhaupt eine jüdische Kolonisation geduldet werden soll, diese in landwirtschaftlicher Richtung gehen muß.

Damit ist den Zionisten das Stichwort gegeben worden, die Expropriationskampagne gegen die arabischen Bauern, die eigentlich schon seit dem Entstehen des Zionismus die Grundlage dieser „idealistischen“ Bewegung bildet, wieder einmal in den Vordergrund zu stellen. Dabei darf man allerdings nicht an primitive Mittel von Expropriation mit Gewalt denken. Die Briten sind zu vorsichtig, um dadurch, daß sie die zionistischen Forderungen nach direkter Uebertragung großer Bodenflächen, an die Zionisten erfüllen, den Zorn der Araber auf einmal heraufzubeschwören. Die Expropriation der arabischen Fellachen (Kleinbauern) wird auf subtilere, raffiniertere Weise durchgeführt.

Der Zionismus bedient sich in Ausführung seiner historischen Mission, dem britischen Imperialismus durch die Vertreibung armer arabischer Bauern vom Boden Vorscluß zu leisten, der Hilfe von zwei Faktoren. Der erste sind die arabischen Großgrundbesitzer. Diese sind es, die den zionistischen Gesellschaften den Boden „verkaufen“, Bauernboden, von dem dessen wirkliche Eigentümer und Bearbeiter infolge der eigentümlichen Registrierungsverhältnisse oft gar nicht wissen, daß er nicht ihnen, sondern dem Effendi (Großgrundbesitzer) gehört. Noch mehr: Die Großgrundbesitzer sind gleichzeitig Bodenmakler, sie bestechen die arabischen Dorfschulzen, sie machen dunkle Geschäfte mit den Regierungsbeamten und liefern auf diese Weise den arabischen Boden den zionistischen Kolonisierungsgesellschaften aus. Ist aber der erste Teil der Machination, die betrügerische Verschacherung des bäuerlichen Bodens ohne Vorwissen der Fellachen, beendet, können die Zionisten, von der juristischen Seite her „gedeckt“, zum zweiten Akt des Bodenraubes schreiten.

Hier greift die Hilfsabteilung Nummer 2: die zionistischen Arbeiterführer, die Sektion der II. Internationale, ein. Die Hauptaufgabe, die die zionistischen Sozialisten den Mitgliedern und Anhängern ihrer Partei stellen, ist, den „Kibusch“ (Besitzergreifung) des Bodens durchzuführen. In gewissenloser Weise werden die notleidenden jüdischen Arbeiter (durch Vorspiegelung von Chimären weiß man immer dafür zu sorgen, daß eine genügend große Zahl von jüdischen Immigranten als „Reserve“ im Lande zur Verfügung stelle) gegen die arabischen Kleinbauern gehetzt, um ihnen den Boden zu entreißen. Zahllose blutige Zusammenstöße resultieren aus der Durchführung dieser Aufgabe. Auf den Ruinen der arabischen Kleinwirtschaften entstehen große Orangenpflanzungen, auf denen ein paar schwarotzerhafte Kapitalisten Hunderte von jüdischen Arbeitern (die dieses Land „erobert“ haben) und Tausende von Arabern (meist vertriebene Kleinbauern) in unerhörtester Weise ausbeuten, Profite schinden, wobei das Ziel der verhetzten Plantationssklaven nicht etwa die Verbesserung der eigenen Lage, sondern die Hinausdrängung der Arbeiter von der anderen Nation ist. . . . Und das ist der Zionismus.

Die einzige Kraft, die diesem perfiden imperialistisch-zionistisch-feudal-reformistischen Spiel Widerstand entgegensetzt, ist die Kommunistische Partei. Die arabischen Nationalisten, die anfangs mit Worten gegen den unerhörten Bodenraub protestierten, haben jetzt Mittel und Wege gefunden, sozusagen „stille Partner“ der Zionisten zu werden. Offiziell können sie es natürlich nicht zugeben, daß den arabischen Fellachen der Boden zugunsten der Zionisten weggenommen wird. Aber sie scheuen sich, solch heilige und verbrieft

Rechte, wie das Recht des Grundbesitzers auf Verkauf seines Bodens, die Gültigkeit von Kaufverträgen usw. anzurühren. Daher erfüllen sie ihre nationale Pflicht dadurch, daß sie den Zionisten im Ankauf des Fellachenbodens zuvorzukommen versuchen. Die reiche Waki-Verwaltung (mohammedanische Kirchengüter), die Hochburg des arabischen feudal-bourgeois Nationalismus, wetteifert seit neuestem mit dem imperialistischen „Jüdischen Nationalfonds“ im Bodenankauf. Die Zeche bezahlt in beiden Fällen der Fellach.

Dagegen stellen die Kommunisten gerade die Interessen des arabischen Kleinbauern in den Vordergrund. Aktiver, revolutionärer Kampf gegen die Expropriation des Kleinbauernbodens durch die Zionisten ist die kommunistische Kampflosung. Kein bürokratischer Kaufvertrag, keine juristisch noch so glatten Kombinationen der levantinischen Effendis mit den zionistischen Gentlemen dürfen anerkannt werden, denn der Boden gehört jenem, der ihn bearbeitet, dies prägen die Kommunisten den arabischen Bauern, den arabischen und jüdischen Arbeitern ein. Brüderliche Vereinigung der arabischen und jüdischen Werktätigen im Kampf gegen die aufgehetzten „Kibusch“-Banden, gegen die Niedertracht der Sozialimperialisten, dies ist der konkrete Weg, zu dem die Kommunisten aufrufen.

Diese klare und eindeutige Kampfeslinie der Kommunisten konzentriert gegen sich das ganze Feuer der britischen, zionistischen und arabischen Reaktion. Am arabischen Neujahrstag (8. Juni) hatten einige nationalistische Gruppen in Jaffa eine Demonstration gegen den Bodenverkauf an die Zionisten veranstalten wollen. Die Kommunisten stellten sich sofort an die Spitze der Bewegung, wobei sie jedoch diese in der Richtung des Kampfes gegen den Imperialismus und für Verteilung des Großgrundbesitzerbodens lenkten.

Der Eindruck der kommunistischen Aufrufe in der arabischen Bevölkerung war sehr groß, und die Regierung zog aus allen Teilen des Landes Truppen und Polizei zusammen, um eine Demonstration zu verhindern. Sie ergriff aber noch eine Maßnahme: Sie lud die arabischen Notabeln (Großkaufleute, Grundbesitzer, Scheichs) ein und forderte sie auf, ihr bei der Unterdrückung der kommunistischen Demonstrationen Hilfe zu leisten. Die arabischen „Notabeln“, von denen einige sich noch vor kurzer Zeit radikal gebärdeten, ja sogar mit der Arbeiterbewegung kokettiert hatten, gaben ohne weiteres ihre Zustimmung. Und der britische Oberkommissar konnte ein paar Wochen später diesen Notabeln seinen Dank ausdrücken, daß es mit ihrer Hilfe gelungen sei, die kommunistischen Unruhen zu ersticken!

Was die Zionisten anbetrifft, so bedeutet für sie der kommunistische Kampf vor allem Entlarvung, Aufdeckung des wirklichen zionistischen Charakters. Sind doch die Zionisten noch immer auf die Sympathien verschiedener sozialistischer, pazifistischer und dergleichen Elemente angewiesen, für die der imperialistische Banditismus, den der Zionismus in Wirklichkeit darstellt, etwas schwer tragbar ist. Daher muß es oberste Devise der Zionisten bleiben: Die Wahrheit darf nicht an den Tag kommen, wenn auch neue brutale, ja verbrecherische Mittel angewendet werden sollen, um die Wahrheit zu unterdrücken. So werden Kommunisten, die gegen die Vertreibung von Arabern kämpfen, boykottiert, geschlagen, aus den Wohnungen gewiesen, in die Hände der Polizei geliefert, zu Gefängnis, Zwangsarbeit, Deportation verurteilt.

Es genügte, daß der kommunistische Delegierte in der jüdischen „Abgeordnetenversammlung“ gegen die Vertreibung arabischer Fellachen protestierte, um die ganze Versammlung — allen voran natürlich die zionistischen Sozialisten — in einen Taumel von wilden Haßausbrüchen zu versetzen; die soviel von Gerechtigkeit und Demokratie schwatzenden Zionisten ließen den im Namen von über tausend Arbeitern sprechenden Genossen nicht einmal zu Ende reden, sondern schleiften ihn unter Schlägen und Beleidigungen aus dem Saal. Ähnliches begibt sich in den Gewerkschaftsversammlungen, bei öffentlichen Versammlungen usw.

Der Kampf um den Boden ist zum Angelpunkt der Entwicklung in Palästina geworden. Er ist ein wichtiges Instrument des britischen Imperialismus, zugleich eine der Episoden in den Kriegsvorbereitungen, die gegenwärtig im Nahen Osten stattfinden. Daher verbindet die Kommunistische Partei ihre Kampagne zum „Roten Tag“ des 1. August mit ihren aktuellen Losungen im Bodenkampf mit den Kampflosungen gegen Imperialismus und Zionismus, für Arbeiter- und Bauernbündnis und Agrarrevolution.

## Der 1. August in Palästina.

Von Bob (Jaffa)

\*\* Den ganzen Monat Juli hatten die revolutionären Arbeiter in Palästina der Vorbereitung des „Roten Tages gegen den imperialistischen Krieg“ gewidmet. Angesichts der illegalen Lage der Kommunistischen Partei und der scharfen Verfolgungen, welchen jeder mit der kommunistischen Bewegung auch nur Sympathisierende ausgesetzt ist, mußten diese Vorbereitungen streng konspirativ durchgeführt werden, gleichzeitig wurde in jeder möglichen Weise — durch Flugblätter, Sonderausgaben des illegalen Parteiorgans, Aufrufe in arabischer und jüdischer Sprache usw. — die Feier des 1. August als Kampftag des internationalen Proletariats popularisiert.

Es kann ohne Uebertreibung gesagt werden, daß infolge dieser Vorbereitungstätigkeit sowohl die Tatsache des „Kontinental-Tages“ (wie ihn die sozialdemokratische Presse nannte), wie auch der Zweck desselben — Kampf gegen Kriegsgefahr, gegen Imperialismus, für Befreiung des Landes, für Errichtung von Arbeiter- und Bauernrepubliken in den arabischen Ländern, für den Schutz der Sowjetunion, gegen Zionismus und Reformismus — den breiten Schichten der Arbeiterschaft bekannt war, daß Tausende von Werktätigen, sowohl Araber als Juden, mit Spannung die Aktion der revolutionären Arbeiter an diesem Tage erwarteten.

Hatte sich also die KP. Palästinas zum Ziel gemacht, am 1. August eine Musterung der revolutionären Arbeiterbewegung im Lande, eine möglichst nachdrückliche Demonstration ihres Kampfwillens durchzuführen, so hatte auch die imperialistische Reaktion alle ihre Kräfte mobilisiert, um dieses Auftreten zu verhindern. Die gesamte Polizei war alarmbereit, aus dem ganzen Lande wurden Hilfsabteilungen nach den drei größten Städten des Landes (Jerusalem, Jaffa, Haifa) zusammengezogen, mehr als eine Woche vor dem 1. August begann man mit Haussuchungen und Verhaftungen, am Vorabend des 1. August wurde durch Befehl der Polizeikommandanten ein offizielles Verbot jeglicher Kundgebungen (Ausnahmezustand) verhängt. Die Straßen waren mit uniformierter Polizei- und Spitzeln förmlich belagert, die Arbeiter sollten durch dieses Polizeiaufgebot vor den Demonstrationen abgeschreckt werden.

Gleichwohl wurde der „Rote Tag“ in allen drei größeren Städten durch Demonstrationen gefeiert, die unter der Fahne der Kommunistischen Partei Palästinas über die Straßen marschierten. Für die Arbeiteröffentlichkeit war es besonders überraschend, daß die revolutionären Arbeiter — nach den schweren Verfolgungen und Verlusten, die die kommunistischen Reihen in den letzten zwei Jahren erlitten haben, trotz des organisierten Terrors der britischen Regierung — in den wichtigsten Städten des Landes Straßendemonstrationen veranstalteten, und daß sich daran auch eine größere Gruppe arabischer Arbeiter beteiligte, womit im Gegensatz zu der chauvinistischen und klerikalen Hetze, die jetzt wieder im Lande Wellen schlägt, die ant imperialistische, internationale Solidarität der Arbeiterschaft unterstrichen wurde.

Die imperialistische Polizei überfiel die Demonstranten, und es kam vor allem in Jerusalem und Tel Aviv (bei Jaffa) zu heftigen Zusammenstößen. Die Arbeiter verteidigten sich gegen den Polizeiüberfall, und hierbei wurden auch Polizei-offiziere, darunter ein englischer Offizier, verletzt. Die Zahl der verhafteten Arbeiter ist über 40. Die Verhafteten wurden, da die Polizei sich für den kommunistischen Erfolg rächen wollte, in bestialischer Weise mißhandelt, viele von ihnen (besonders in Tel Aviv) wurden blutig geschlagen und Tag für Tag bei den Verhören gepeinigt. Lord Passfield (früher Sydney Webb), britischer Kolonialminister, der unmittelbar für die Repressalien gegen Arbeiter die Verantwortung trägt, billigte also dieselben Maßnahmen wie sein Vorgänger, der extrem-konservative Mister Amery. Das Presseorgan der lokalen Sektion der II. Internationale, „Davar“, war in der Berichterstattung über die Demonstrationen und in der Hetze gegen die Demonstranten noch viel niederträchtiger als sogar die bürgerliche und die faschistische (!) Presse, scheinbar, um so die Gewalttaten der Schergen Lord Passfields rechtfertigen zu können.

Die Arbeiterschaft hingegen, und zwar auch diejenigen Arbeiter, die noch nicht reif genug sind, um direkt an Straßendemonstrationen und Zusammenstößen mit der Polizei teilzunehmen, standen den Kommunisten mit großer Sympathie zur Seite. Die Demonstrationen des 1. August bedeuteten zweifellos für viele Arbeiter, die sich zwar vom Zionismus und Reformismus oder von den arabischen Nationalverrättern abwenden,

aber noch nicht den richtigen Weg des Kampfes gefunden haben, ein Signal, dessen richtiges und tieferes Verständnis sie schließlich in die kommunistischen Reihen führen muß. Von diesem Standpunkt gesehen, könnte der „Rote Tag“ der Ausgangspunkt eines neuen Aufschwungs der kommunistischen Bewegung werden.

Natürlich ist hierzu maximale Aktivität der Parteikader die erste Voraussetzung. Der 1. August hat bewiesen, daß die Kapitulations- und rechtsopportunistischen Stimmungen in der Partei selbst (die z. B. die Ursache der schweren Parteifehler am 1. Mai d. J. waren) keine Rechtfertigung besitzen, und daß die Partei den entschiedenen Kampf gegen die rechten Abweichungen fortsetzen muß, wenn sie die revolutionären Aufgaben, die vor ihr stehen, erfüllen, die revolutionären Möglichkeiten voll ausnutzen will.

# Zu den Ereignissen in Palästina.

Von Alini.

\*\* Die Ausbreitung der Kämpfe der Araber in Palästina, ihre Kämpfe mit dem britischen Militär, der Polizei und zionistischen faschistischen Banden beweisen, daß die Bewegung eine revolutionäre Richtung einschlägt; eben deshalb verdient sie die besondere Aufmerksamkeit des internationalen revolutionären Proletariats und erfordert seine aktive Mitwirkung, um den Geschehnissen revolutionären Klassencharakter zu verleihen.

Palästina ist ein Teil Arabiens, in Vorderasien, am Gestade des Mitteländischen Meeres. Seine Bevölkerung, 850 000 Einwohner, setzt sich aus über 600 000 Arabern, etwa 150 000 Juden und verschiedenen anderen Elementen zusammen. Vor dem Kriege bildete Palästina einen Teil des türkischen Reiches. Während des Krieges versprach England den Arabern einerseits, den Juden andererseits zwei verschiedene Dinge, die einander ausschließen. Im Jahre 1916 schloß die englische Regierung mit den arabischen Nationalisten ein Abkommen, wonach die Araber einen Aufstand gegen die Türkei in Arabien anstiften sollten; dafür wurde ihnen die Errichtung eines großen selbständigen arabischen Staates nach dem Kriege verheißen.

Den Juden wiederum versprachen die Engländer im Jahre 1917 — in Form einer feierlichen Deklaration Balfours —, ihnen Palästina als nationale Heimstätte zu übergeben.

Beide Versprechungen blieben auf dem Papier. Nach dem Kriege teilte der Völkerbund Syrien, Irak und Palästina unter Frankreich und England unter dem Deckmantel von „Mandaten“ auf. Frankreich erhielt Syrien; England — Irak, Palästina und Transjordanien. So ist nicht allein die Schaffung eines großen selbständigen arabischen Staates unterblieben, sondern ein in ethnographischem, geographischem und wirtschaftlichem Sinne organisch einheitliches Gebiet wurde zwangsweise auseinandergerissen, ohne die Interessen der eingeborenen Völker zu berücksichtigen.

Palästina hat als militärisch-strategische Basis für den englischen Imperialismus einen unschätzbaren Wert: es sichert den Suezkanal, eröffnet und schützt den Landweg nach Indien und bildet einen wichtigen Stützpunkt für die Luftstreitkräfte. Der neue Hafen von Haifa, der jetzt ausgebaut wird, soll als militärischer Ausgangspunkt für die Intervention gegen die Sowjetunion dienen.

Die mineralischen Reichtümer des Toten Meeres sollen die chemischen Kriegsindustrien Großbritanniens verstärken. Palästina hat auch für Großbritannien einen fiskalisch-wirtschaftlichen Wert. Palästina hat eine aktive Finanzbilanz und verfügt über einen fruchtbareren Boden, der für Orangenzüchtungen geeignet ist.

Die Bevölkerung Palästinas ist von jeder politischen Macht ausgeschlossen und hat keinerlei Möglichkeit, die Tätigkeit des Staatsapparats zu kontrollieren. Es gibt kein Parlament. Der britische Oberkommissar Palästinas verwaltet mit seinem britischen Gouverneur und seinem Beamtenstab das Land in vollkommener Willkür. Die Ernennung von Staatsräten, die nach einem Vermögenszensus gewählt werden, ist von einem Veto-recht der Gouverneure abhängig, von dem diese oft genug Gebrauch machen.

Die Revolutionäre sind den stärksten Verfolgungen der britischen Gewalt ausgesetzt. Sie werden deportiert oder auf unbestimmte Zeit in den Kerker geworfen. Es herrscht ein unbeschränkter Terror. Die Verhafteten werden oft genug mit Wissen der Beamten verprügelt.

Die politische Herrschaft der Engländer führte zu der vollkommenen Verarmung breiter Schichten. Die fortschreitende Kapitalisierung des Landes bedingte eine Expropriation des Bodens, ohne den Enteigneten ausgleichende Arbeit zu schaffen.

Der Zionismus und die Zionisten sind Werkzeuge in den Händen des britischen Imperialismus. Sie bekämpfen mit größter Heftigkeit die nationale arabische Bewegung.

Durch die Verbreitung von Illusionen über die Schaffung eines „selbständigen“ Judenstaates bemühen die Zionisten ihre Rolle als Gendarmen des britischen Imperialismus nicht nur gegen die arabischen Massen Palästinas, sondern auch gegen die übrigen unterdrückten Völker des nahen Ostens.

Die gleiche Politik verfolgen auch die zionistischen „Arbeiterparteien“, die Sektion der II. Internationale und die jüdische Gewerkschaftsorganisation Histadruth. Auch sie fordern die Fortsetzung der Okkupation Palästinas durch Großbritannien. In dem Memorandum der Histadruth beim letzten Arbeiterkongreß des britischen Imperiums bekannten sie sich offen zu der englischen Okkupation und gegen die Forderung der Araber nach einem eigenen Parlament. Sie helfen der jüdischen und zionistischen Bourgeoisie, die enteigneten Araber von ihrem Boden zu vertreiben. Sie führen den Kampf für die Beseitigung der arabischen Arbeiter aus ihren Arbeitsstellen.

Die Delegationen arabischer Arbeiter, die sich an die Organisationen der Histadruth (anlässlich deren dritten Kongresses im Jahre 1927) mit dem Vorschlag wandten, einheitliche Klassengewerkschaften arabischer und jüdischer Arbeiter zu bilden, wurden von den Führern der Histadruth abgewiesen. Ueberhaupt bekämpfen die Reformisten jede Initiative der arabischen Arbeiter, Klassenorganisationen zu gründen. Sie finden in allen ihren konterrevolutionären Maßnahmen die Unterstützung der Labour Party, die ihrerseits in der Regierung die imperialistische Unterdrückungspolitik ihrer konservativen Vorgängerin in jeder Hinsicht fortsetzt.

Die arabische nationale Bewegung bekämpfte den britischen Imperialismus vom ersten Tage der britischen Okkupation an. Die arabischen Kongresse in Palästina forderten bis zum Jahre 1928 die Evakuierung Palästinas durch Großbritannien und die Unabhängigkeit Palästinas. Die Exekutive, die von den Kongressen (den ersten sechs) gewählt wurde, handelte in diesem Sinne und vermied jede Kooperation mit dem britischen Verwaltungsapparat.

Der Verrat der chinesischen Bourgeoisie und die Niederlagen der syrischen und marokkanischen Aufstände haben die arabischen Effendis und Bourgeoisie im pro-imperialistischen Sinne beeinflusst; damit erwiesene die letzteren, daß sie niemals fähig sein werden, einen konsequenten antiimperialistischen Kampf aufzunehmen. Unter dem Einfluß dieser herrschenden Klassen hat der letzte (siebente) arabische Kongreß (1928), der nur Vertreter der Effendis, der arabischen Bourgeoisie und Intelligenz zählte, mit überwiegender Mehrheit gegen die Stimme der radikalen Intelligenz (wie z. B. Hamdi Hussein) beschlossen, zu einem Kompromiß mit der imperialistischen Macht zu kommen und ein Parlament im Rahmen der englischen „Mandat“verfassung zu fordern.

Die neugewählte arabische Exekutive des VII. arabischen Kongresses setzte diese neue pro-imperialistische Politik in die Wirklichkeit um. Um ihre pro-imperialistische Politik, die das Prestige der Exekutive herabgesetzt hat, zu bemänteln, verstärkte sie ihren Kampf gegen die Zionisten.

Was auch immer für Ursachen für den Ausbruch des Aufstandes vorgeschoben werden mögen, die Tatsache bleibt bestehen, daß wichtige politische Gründe den Aufstand herbeigeführt haben. Wenn auch die verschiedenen Klassen ein verschiedenes Interesse an den Kämpfen haben, so werden die

arabischen arbeitenden Massen durch die politische und wirtschaftliche Ausbeutung des Imperialismus und seiner Agenten zu dem Aufstand bewegt. Dadurch kann der Kampf einen ausgesprochen revolutionären Charakter für die Befreiung der werktätigen Massen vom Joch des Imperialismus tragen. Die Aufgabe der kommunistischen Partei ist es, die Verbrüderung der jüdischen und der arabischen werktätigen Massen herbeizuführen und ihnen die Leitung des Aufstandes zu übertragen, um seinen revolutionären Charakter zu sichern und ihn bis ans Ende durchzuführen gegen den Imperialismus, gegen Balfours Deklaration, gegen die Zionisten und gegen die arabischen Ausbeuter.

## Gegen den britischen Imperialismus in Palästina!

Manifest der Liga gegen Imperialismus.

\*\* 1. Ein blutiger Konflikt in bisher noch nicht darge-wesenem Maße ist in Palästina zwischen den arabischen Einwohnern und der zugewanderten zionistischen Bevölkerung, die auf Grund der berühmten Balfour-Deklaration nach Palästina gezogen wurde, ausgebrochen. Der allgemeine Aufstand der Araber gegen die Zionisten ist in Wirklichkeit ein Aufstand gegen die wirtschaftliche und politische Sklaverei, in die sie der britische Imperialismus in Palästina gebracht hat.

2. Dank dem antiimperialistischen Charakter dieses Kampfes haben die Araber Palästinas auch die moralische und materielle Unterstützung der Araber Ägyptens Syriens und Transjordanien wie auch der Massen der indischen Bevölkerung gewonnen, die in einem revolutionären Kampf für die Befreiung aus dem Joche des britischen Imperialismus stehen.

3. Die arabische Bevölkerung Palästinas betrachtet die zionistische Bewegung ganz richtig als das Hauptinstrument der britischen imperialistischen Ausbeutung ihres Landes. Mit Hilfe der zionistischen Kapitalisten und faschistischen Organisationen werden die Araber systematisch expropriert und ausgeweuert und die landlosen Bauern werden zur Arbeitslosigkeit verurteilt oder zu Kulis herabgedrückt. Unter dem „philantropischen“ Vorwand, ein Heim für die armen, unterdrückten Juden der Welt zu schaffen, nehmen die zionistischen Kapitalisten den Arabern ihr Land weg, während arme jüdische Arbeiter eingeführt werden, um für die zionistischen Kapitalisten und für die militärisch-strategischen Ziele des britischen Imperialismus in Palästina zu arbeiten.

4. Deshalb mußte es notwendigerweise zu scharfen wirtschaftlichen Konflikten zwischen den Arabern und zionistischen Einwanderern kommen, die jetzt zu blutigen Zusammenstößen führten, bei welchen die Zionisten durch die britischen Imperialisten bewaffnet werden und ihren besonderen Schutz genießen. Den imperialistischen Intrigen ist es gelungen, genau so wie in Indien, diesen wirtschaftlichen und antiimperialistischen Kämpfen den Charakter religiöser und kultureller Zusammenstöße zu geben. Der Imperialismus hat die Führung der Bewegung auf beiden Seiten in die Hände der Reaktionäre gelegt, um zu verhindern, daß sich die Arbeiter und Bauern beider Rassen zum Sturze ihres gemeinsamen Feindes, des britischen Imperialismus und seiner zionistischen Agenten verbinden.

5. Bei der Ausübung ihrer Funktion als Lakaien des Imperialismus haben die Zionisten die weitgehendste Unterstützung der sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale und ganz besonders der Mitglieder der britischen Labour Party erhalten. Die reformistischen Führer der jüdischen Arbeiterorganisationen in Palästina haben systematisch an das Rassengefühl der letzteren appelliert und sie als Werkzeuge der britischen imperialistischen Politik benutzt. Die Zionisten und die Sozialdemokraten sind nach wie vor die erbittertsten Feinde der arabischen nationalrevolutionären Bewegung. Sie haben die Einheitsfront der jüdischen und arabischen Arbeiter und Bauern zum Sturz des britischen Imperialismus und zur Errichtung eines freien Palästina verhindert. Sie haben aktive Schritte unternommen, um die Umwandlung des britischen Mandats über Palästina in eine offene Annexion durch das britische Weltreich durchzusetzen.

6. Als ein Vorspiel zu dieser Annexion werden die gegenwärtigen absichtlich provozierten Konflikte zwischen den Arabern und den zionistischen Faschisten von der britischen

Regierung geschickt ausgespielt, um die ständige militärische Besatzung in Palästina durch Land- und Seekräfte zu stärken. Die Regimenter, die schleunigst und bereitwilligst auf die Forderung der nationalistischen Juden in Europa und Amerika in das Land transportiert wurden, um die „Ruhe und Ordnung“ aufrechtzuerhalten und um „die Juden zu beschützen“, sollen dort gehalten werden, während die faschistischen zionistischen Organisationen als Freiwilligenkorps gegen die Möglichkeit einer einheitlichen revolutionären Bewegung bewaffnet werden sollen.

7. Die Liga gegen den Imperialismus und für die nationale Unabhängigkeit steht rückhaltlos auf der Seite der Arbeiter und Bauern Palästinas und aller anderen arabischen Länder in ihrem Kampfe zum Sturz der imperialistischen Ausbeutung und um eine wirkliche nationale Unabhängigkeit. Die Liga zeigt die Gefahr auf, daß die breiten Massen durch imperialistische Intrigen zu religiösen und Rassenkämpfen verführt werden, die nur die Feinde der Freiheit stärken.

Die Liga gegen den Imperialismus appelliert an alle ihr angeschlossenen Organisationen, den Massen in den arabischen Ländern in ihrem Kampf um Freiheit ihre aktive Hilfe zuteil werden zu lassen und einen Kampf ohne jedes Kompromiß gegen den Imperialismus und gegen die zionistischen und sozialdemokratischen Agenten des Imperialismus zu führen.

**Nieder mit der britischen imperialistischen Ausbeutung in Palästina!**

**Es lebe der gemeinsame revolutionäre Kampf der jüdischen und arabischen Arbeiter und Bauern!**

**Nieder mit dem Zionismus!**

**Es lebe der Bund der unabhängigen arabischen Länder!**

## Palästina

### Die Wahrheit über Palästina.

Der Zionismus als Unterdrücker der jüdischen und arabischen Arbeiter.

Von R. Bridgeman

(Sekretär der brit. Sektion der Liga gegen den Imperialismus)

**\*\* Islam gegen das Judentum!** Das ist eine sehr gelegene diplomatische Phrase, um eine ganze Reihe abscheulicher Tatsachen zu decken. Sie wird von der kapitalistischen Presse und von dem offiziellen Organ der Labour-Party gebraucht, uns zu überzeugen, daß der Aufstand der Araber in Palästina nichts als ein religiöser Streit um die „Klagemauer“, sei. Das ist eine armselige Täuschung. In unserer Erinnerung tauchen auf der Entwurf des anglo-ägyptischen Vertrages, die neue Flottenbasis in Haifa, die Rohrlinie von Persien nach dem Mittelmeer, Lord Melchett, die „goldene Salzlut“ des Toten Meeres, Pottasche, das Projekt des „Siebenten Dominions“ und die ganze lange Liste von Tatsachen und Handlungen, welche die Hand und die Politik des Imperialismus in Palästina aufzeigen.

Als sich die Araber während des Weltkrieges gegen ihre imperialistischen türkischen Beherrscher erhoben, hofften sie, daß es möglich sein werde, alle Teile der arabischen Rasse als ein freies Volk zu vereinigen. Ihr Anspruch auf Unabhängigkeit wurde durch den Kairo-Vertrag von 1916 anerkannt. Die zionistische Bewegung würde sich allein niemals in die arabischen Forderungen eingemischt haben, aber als sie durch Großbritannien, das ein Völkerbundsmandat zur Verwaltung Palästinas erhalten hatte, unterstützt wurde, während Frankreich, daß in seiner kolonialen Politik mit England so eng verbunden ist, ein Mandat über Syrien erhielt, merkten die Araber, daß man ihnen auf ihrem Wege zur Unabhängigkeit einen Riegel vorgeschoben hatte.

Dieser Riegel ist ein Konglomerat des britischen und jüdischen Finanzkapitals, des Imperialismus und des Zionismus. Seine Ziele sind verschiedener Art. Für Großbritannien ist die strategische Bedeutung Palästinas ungeheuer. Es durchbricht den großen Gürtel islamitischer Völker, der sich von Afrika bis Indien erstreckt und ist eine weit wirksamere Basis für die Kontrolle des Suezkanals — dem Wege nach Indien — als Aegypten.

Für alle Kapitalisten, ob Juden oder Briten, sind die wertvollen Erzlager Palästinas eine große Versuchung. Der Wert der Chemikalien, die aus dem Toten Meer gewonnen werden können (Sir Herbert Samuel schätzt ihn auf 200 Millionen englische Pfund) rechtfertigt ihrer Meinung nach alle Mittel, um sie den Arabern wegzunehmen. Wir haben ferner die Hoffnung der „kolonialen Entwicklung“. Man kann also leicht verstehen, warum sich die britische Finanzwelt hinter die zionistische Kolonisation gestellt hat.

Die zionistische Bewegung ist auch tatsächlich von Großbritannien unter der Führung Lord Balfours ganz offen als ein Instrument zur Vergrößerung des Weltreiches gebraucht worden. Reiche jüdische Finanzleute interessierten sich für das Heilige Land. Sir Herbert Samuel war Verwalter des Landes von 1920 bis 1925 und — nebenbei erwähnt — ist dieser Sir Herbert von der Labour-Regierung von seinem Urlaub zurückberufen worden, um über die Lage zu diskutieren. Angesichts der Ausführungen des Organes der Labour-Party, wonach man in Palästina die religiöse Freiheit und Gleichheit errichten will, ist das ein bedeutsames Vorzeichen.

Man spricht davon, daß man eine besondere Mission unter Führung von Lord Reading nach Palästina senden will. Dieser Herr, der sich früher Rufus Isaacs nannte, ist ein Direktor der „Finanzgesellschaft Großbritanniens und Amerikas“, einer privaten Gesellschaft, die im vorigen Jahre durch Lord Melchett (früher Alfred Mond) mit einem Kapital von 500 Millionen Pfund gegründet wurde. Lord Reading ist auch ein Direktor der Imperial Chemical Industries (der führende Chemiekonzern des britischen Weltreiches unter der Kontrolle Monds) und der National Provincial Bank.

Er war eine der ersten Personen, die den Ministerpräsidenten in der vorigen Woche nach seiner Rückkehr von Lossiemouth aufgesucht haben. Das ist wieder ein Anzeichen

für die Politik, die die Labour-Regierung in Palästina durchführen will, und die Bedeutung dieses Besuches wurde in den Vereinigten Staaten auch ganz richtig eingeschätzt.

In enger Verbindung mit den Zielen des Mondismus und den allgemeinen Zielen des Imperialismus steht die Liga für die Umwandlung Palästinas in das „Siebente Dominion“ statt eines bloßen Mandats. Das ist kein verrückter Plan der „Richard-Tories“, sondern ein sehr ernster Vorschlag, der von drei bedeutenden Persönlichkeiten aus dem Labour-Lager, und zwar von Commander Kenworthy, Josiah Wedgwood und Drummond Shiels, dem Untersekretär für Indien, unterstützt wird.

Das ist in kurzen Zügen der politische Hintergrund für die Ereignisse in Palästina.

Diese britisch-zionistisch-mondistische Kolonie kann nur durch die Enteignung und Unterdrückung nicht nur der Araber, sondern der ganzen proletarischen und Bauernbevölkerung errichtet und am Leben erhalten werden. Man hat dem Lande nicht nur eine Regierung durch das Volk verweigert — die „Verfassung“, die man anbot, wurde von den Arabern als ein Hohn auf die Demokratie zurückgewiesen — man hat auch die Organisationen der Arbeiterklasse auf das brutalste unterdrückt.

Diese schändlich schlechten Bedingungen für die Arbeiter ergaben einen guten Boden für die Werbearbeit der Gewerkschaften. Die von Natur aus gemeinsamen Interessen der arabischen und jüdischen Arbeiter haben dazu geführt, daß sie sich in gemeinsamen Organisationen vereinigten. Es entstand eine aktive kommunistische Partei, die die vereinigten arabischen und jüdischen Arbeiter in ihrem revolutionären Kampfe für eine jüdische und arabische Arbeiterregierung führt.

Sehr bald griff aber die Hand der Unterdrücker zu, Streiks wurden gebrochen, die Gewerkschaften wurden eingeschüchtert, Führer wurden verhaftet und die kommunistische Partei wurde in die Illegalität getrieben. Eine zionistisch-faschistische Bewegung wurde aufgezoogen, um diese Unterdrückung durchzuführen. Gerade diese Organisation ist es, die nach den Meldungen der Zeitungskorrespondenten die Provokationen begangen hat, welche den arabischen Aufstand herbeiführten.

Die Politik der Labour-Regierung ist es, die zionistischen Faschisten zu unterstützen, die nur ein Instrument des Imperialismus im Nahen Osten sind. Die Schnelligkeit, mit der Truppen, Kriegsschiffe und Flugzeuge an den Kampfschauplatz dirigiert wurden, ist ein Beweis dafür, daß der Eifer der MacDonald-Regierung noch größer ist, als der Baldwins. Aber dieser Eifer gilt nicht der Freiheit der jüdischen Arbeiter.

Die Liga gegen den Imperialismus hat sich in ihrer Resolution auf dem vor kurzem abgehaltenen Frankfurter Kongreß gegen die Unterdrückung der arabischen Völker durch den Imperialismus, dessen Werkzeug der Zionismus ist, ausgesprochen.

Die Liga gegen den Imperialismus strebt die Vereinigung aller Arbeiter der Welt an — dies schließt natürlich die Einigung der jüdischen und der arabischen Arbeiter mit ein — um für den Sturz dieses ganzen Systems der Unterdrückung und Ausbeutung und für die Errichtung freier unabhängiger Regierungen der Arbeiterklasse zu kämpfen, unter denen es nicht mehr zu blutigen Zusammenstößen zwischen Juden und Arabern kommen wird, weil es dann keine Imperialisten mehr geben wird, die nur die Anstifter dieser Unruhen sind.

Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.84, S.1984

## Die blutigen Ereignisse in Palästina.

Von P. Kitigorodski.

\*\* Die Versailler Konferenz zerriß bekanntlich das einheitliche arabische Territorium Syriens in zwei Teile. Palästina wurde englisches Mandatsgebiet, das eigentliche Syrien erhielten die Franzosen. Der englische Imperialismus forderte Palästina als ein an den Suezkanal grenzendes Gebiet, das noch insofern für die Engländer von Bedeutung war und ist, als man im Falle eines Aufstandes in Ägypten das Schwergewicht der Maßnahmen zur Verteidigung des für-Englands Beziehungen mit seinen Kolonien, besonders mit Indien, äußerst wichtigen Kanals nach Palästina verlegen könnte.

In der jüdischen Bourgeoisie Palästinas fand der englische Imperialismus ein williges Werkzeug zur Unterdrückung der arabischen Werktätigen. Bereits im November 1917 erließ der englische Minister Balfour eine „Deklaration“, in der er sich im Namen der britischen Regierung feierlich verpflichtete, den Juden (lies: der jüdischen Bourgeoisie) eine „Heimat“ in Palästina zu errichten. Mit dieser Deklaration hoffte die englische Diplomatie, die jüdische Bourgeoisie der kriegführenden Länder, besonders aber Amerikas, für die Entente zu gewinnen.

Die Führer des Zionismus organisierten noch während des Krieges die sogenannte jüdische Legion aus Angehörigen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums, die auf Galipoli und in Palästina gegen die deutschen und türkischen Truppen kämpfte. Die kleinbürgerliche jüdische Jugend aus Russisch-Galizien, Polen, Rumänien und aus anderen Ländern, vom nationalistischen Taumel erfaßt, vergoß ihr Blut in der Ueberzeugung, daß sie es für das „Glück“ der jüdischen „Nation“ tat.

Nachdem der englische Imperialismus sein Ziel erreicht, das „Mandat“ über Palästina erhalten hatte, zeigte er keine Neigung, den „Idealen“ und „Hoffnungen“ der Zionisten Rechnung zu tragen. Seine Politik war vom ersten Tage an so eingestellt, daß die Erbitterung und Unzufriedenheit der Araber, die die Mehrheit der Bevölkerung Palästinas (600 000 gegenüber rund 100 000 Juden) bilden, sich unmittelbar gegen die Juden richten sollte. Die englischen Behörden schürten künstlich den nationalen Zwist und den religiösen Fanatismus der rückständigen arabischen Massen. 1921 kam es nicht ohne Mitschuld der englischen Polizei zu einem ersten Judenpogrom. Der englische Imperialismus bedurfte dieses Pogroms als Vorwand zur Unterdrückung der arabischen Bewegung, zur Aufrichtung des schon lange geplanten strengen militärischen Regimes. Dem Zionismus war ein ernster Schlag versetzt.

Trotzdem führen seine bürgerlichen und kleinbürgerlichen Führer fort, das Land mit jüdischen Emigranten, hauptsächlich mit kleinbürgerlicher nationalistischer Jugend, zu besiedeln. Die der Amsterdamer Internationale angeschlossene zionistische gewerkschaftliche Organisation „Histadruth“ (Gewerkschaftsbund Palästinas) stellte kolonialisatorische Losungen auf, so z. B. „Erobert euch das Recht auf Arbeit“ (d. h. in den staatlichen und privaten Betrieben sollten ausschließlich jüdische Arbeiter beschäftigt werden), „Erobert das Land“ (d. h. der gesamte Boden in Palästina sollte in jüdische Hände übergehen) usw.

Die zionistischen Organisationen trieben eine auf die Annexion Palästinas, auf die gewaltsame Expropriation der Fellachen (arabischen Bauern) gerichtete Politik, die häufig blutige Zusammenstöße zwischen den Arbeitern und Zionisten herbeiführte. Die Zionisten aller Schattierungen befehlten aber mit Hilfe der englischen Polizei und Gendarmerie die Oberhand. Und dennoch gelang es dem Zionismus in der ganzen Zeit seines Bestehens als politische Macht, nur 6000 Juden als „Schollenbesitzer“ anzusiedeln.

Das klägliche Resultat der zionistischen Bemühungen, ihr tatsächliches Fiasko tritt besonders deutlich hervor, wenn man sich vergegenwärtigt, in welch raschem Tempo die Ueberführung der jüdischen werktätigen Massen der Sowjetunion in die Landwirtschaft fortschreitet.

Gleichzeitig machte sich in den letzten zwei Jahren im arabischen nationalen Lager ebenfalls eine ernste Differenzierung der Klassen bemerkbar. Sie äußerte sich darin, daß die Bourgeoisie von der nationalrevolutionären Bewegung abrückte. Die „arabische Delegation“, die die politische Partei der arabischen Bourgeoisie vertritt, sprach sich im vorigen Jahr auf ihrem VII. Kongreß für die Zusammenarbeit mit dem englischen Imperialismus aus. Die „arabische Delegation“, die bis dahin die von den Engländern einberufene „konstituierende Versammlung“ boykottiert hatte, änderte ihren Standpunkt radikal. Sie forderte vom englischen Imperialismus eine Verfassung.

Die arabische Bourgeoisie ist an einem Kompromiß mit dem englischen Imperialismus, selbstverständlich auf Kosten der werktätigen Massen, schon deswegen interessiert, weil ihr die Perspektive von großen Aufträgen vorschwebt (Bau eines Hafens in Haifa, der auch strategische Bedeutung hat, da er durch eine Eisenbahn mit Mossul verbunden sein wird, Elektrifizierungsarbeiten am Toten Meer usw.).

Auf der anderen Seite sammeln sich die werktätigen Massen Palästinas, die Arbeiter, Bauern, ruinierten Handwerker und die besitzlose Bevölkerung in den Städten, in einem besonderen revolutionären Lager. Die Bourgeoisie will sich selbstverständlich ihren Einfluß auf die Massen erhalten. Die

Exekutive der sogenannten „arabischen Delegation“ versucht auch jetzt noch, nach dem offenen Verrat, die Massen mit revolutionären Phrasen und nationalistischen Losungen zu blenden. Den Massen sind aber bereits die Augen geöffnet.

Am 8. Juni, anläßlich des mohammedanischen Neujahrs, fand in Jaffa eine Massendemonstration gegen den Verkauf von Ländereien an die Zionisten und gegen die Bodenspekulationen arabischer Vermittler statt.

Die Kommunistische Partei benutzte die Gelegenheit, um der Kundgebung einen antiimperialistischen und klassenmäßigen Charakter zu geben. In den Straßen Jaffas ertönte der Ruf: „Nieder mit den Imperialisten! Nieder mit den Feudalherren und Kapitalisten!“

Am 1. August demonstrierten arabische und jüdische Arbeiter gemeinsam in den Städten Palästinas, wobei zahlreiche englische und jüdische Polizeagenten verletzt wurden.

Die Ereignisse in Ägypten (in Verbindung mit dem Projekt eines englisch-ägyptischen Vertrages) haben die Atmosphäre in Palästina geladen. Die Engländer wollen die Verteidigung des Suezkanals nach Palästina verlegen. Fügt man dem noch hinzu, daß die reaktionären Zionisten nach Bildung der Labour-Regierung eine herausfordernde Haltung einnahmen, so wird verständlich, warum es den Engländern so leicht gelang, an der „Klagemauer“ einen Zusammenstoß mit den Arabern zu provozieren. Es war dies der Funke, der das Pulverfaß zur Explosion brachte. Das ganze Land erhob sich wie ein Mann gegen die zionistischen Eroberer, gegen die englischen Banditen. Die Massen gingen auf die Straße. Die Aufständischen stürmten die Kasernen, überfielen die englischen Truppen.

Es ist schwer, ein lückenloses Bild von den Vorgängen in Palästina zu entwerfen. Die englische Zensur entstellt die Nachrichten über die Ereignisse. Eines aber ist klar: Die arabische nationale Bewegung hat die Form eines Aufstandes angenommen. Und dieser Aufstand wird im ganzen arabischen Osten einen lauten Widerhall finden.

## „Workers Life“ zum Aufstand in Palästina.

Wir entnehmen die nachstehenden Ausführungen dem „Workers Life“ vom 30. August 1929.

\*\* Die Unruhen in Palästina sind eine Folge der Politik des britischen Imperialismus, der aus dem Lande eine Basis für einen imperialistischen Angriff gegen die Sowjetunion machen will, und eine Folge der imperialistischen Politik überhaupt.

Mit dieser Politik hat der britische Imperialismus versucht, aus der jüdischen Bevölkerung Palästinas mit Hilfe der bürgerlichen jüdischen Organisationen eine britische „Garrison“ (nach bewährtem Ulster-Muster) zu machen, die gegen die arabische nationalistische Bewegung eingesetzt werden kann. Nach dem Grundsatz „Teile und herrsche!“ hat er eine Rasse gegen die andere ausgespielt.

So konnte der Anschein erweckt werden, daß die britische Herrschaft für Palästina notwendig sei, um zu verhindern, daß sich Araber und Juden gegenseitig die Kehlen abschneiden.

Die Arbeiterklasse Großbritanniens kann diese Politik natürlich nicht unterstützen. Wir haben alle Sympathie für die jüdischen Arbeiter und Bauern in Palästina, müssen aber den jüdischen Arbeitern überall sagen, daß die Ausnutzung der jüdischen Bevölkerung als einer „britischen Garnison“ zur gegenwärtigen Lage geführt hat.

Die Kommunistische Partei ist daher für die volle Unabhängigkeit Palästinas und für die Zusammenarbeit der arabischen Mehrheit und der jüdischen Minderheit auf der Grundlage der vollsten Toleranz aller religiösen Glaubensbekenntnisse.

Die Kommunistische Partei wendet sich daher an die britischen Arbeiter mit der Aufforderung, für die Zurückziehung der Kriegsschiffe und der bewaffneten Macht (deren Anwesenheit nur eine weitere Bedrohung und nicht ein Schutz für die Menschenleben ist) zu demonstrieren, und dafür, daß Palästina selbst sein eigenes Geschick bestimme. Nur mit dem Massenkampf gegen die Kriegshetzer der Labour-Party können die britischen Arbeiter der Bevölkerung Palästinas helfen.

Die Arbeiter müssen in den Ereignissen in Palästina einen Kampf der arabischen Bevölkerung für ihre Unabhängigkeit sehen. Dieser Kampf ist ein objektives Hemmnis für die britischen Kriegsvorbereitungen.

Es muß gesagt werden, daß die jüngsten Zusammenstöße durch zionistische Faschisten provoziert wurden.

Warum ist es gerade jetzt zu diesen Zusammenstößen gekommen? Nur deshalb, weil die arabischen und jüdischen Arbeiter begonnen haben, sich in verschiedenen Teilen des Landes zum Widerstand gegen die gesteigerte Ausbeutung infolge der kapitalistischen Durchdringung des Landes zusammenzuschließen.

Die britischen Imperialisten mißachten in Palästina jede „Demokratie“. Es gibt keine Pressefreiheit; es darf momentan keine einzige Zeitung in Palästina erscheinen. Gewerkschaftsorganisatoren, Kommunisten und arabische Nationalisten sind zu Hunderten eingekerkert. Aber diese Methoden des weißen Terrors können keinen Erfolg haben, wenn die arabischen und jüdischen Arbeiter und Bauern sich gegen ihre Beherrscher zusammenschließen. Deshalb mußte ein Zusammenstoß provoziert werden. Es ist möglich, daß er bedeutender wird als jene, die ihm geplant haben, erwarten. Aber denkt ihr, daß die Truppen, die jetzt dort zusammengezogen werden, um für eine gewisse Zeit die arabische Bewegung niederzuschlagen, wieder zurückgezogen werden? Nein. In Haifa wird eine große Flottenbasis aufgebaut. Die Chemikalien des Toten Meeres müssen ausgebeutet werden — sie sind wichtig für die Erzeugung von Munition. Die Krise ist gerade „im richtigen Augenblick“ ausgebrochen; sie gibt einen guten Vorwand für eine noch größere Konzentration britischer Truppen im östlichen Mittelmeer. Diese Konzentration hat zwei Ziele: Krieg gegen Rußland und die Unterdrückung der Arbeiter und Bauern in Indien, Aegypten, Arabien, im Irak, Palästina, Transjordanien usw. Wir fordern, daß jeder britische Soldat, jeder Matrose und jede Besatzung der Militärflugzeuge sofort aus allen diesen Kolonialländern zurückgezogen wird.

## Protestdemonstration in der Sowjetunion.

Moskau, 3. September 1929.

\*\* Gestern fand hier anläßlich der Vorgänge in Palästina eine stark besuchte Versammlung der werktätigen Juden statt. Die Versammlung nahm eine Protestresolution gegen die von der Regierung MacDonalds betriebene provokatorische Politik des englischen Imperialismus an. Die Versammlung gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß auch die II. und die Amsterdamer Internationale Mitschuldige des Gemetzels in Palästina sind und hob mit Entrüstung die niederträchtige Rolle der zionistischen Weltorganisation hervor, die im Bündnis mit den Imperialisten eine Politik der Ausbeutung der werktätigen Massen Palästinas betreibt, und begrüßte die internationale Solidarität der werktätigen Araber und Juden, die am 1. August gemeinsam gegen den englischen Imperialismus demonstrierten.



## Palästina

### Das Blutbad im „Heiligen Land“.

Von J. B. (Jerusalem).

\*\* Der Straßenkampf, der am 23. August 1929 um 1 Uhr mittags zwischen Juden und Arabern an den beiden Haupttoren Jerusalems begann, war das Signal zu einer allgemeinen arabischen Volkserhebung in Palästina, die auch auf das Nachbarland Transjordanien übergriff. Die Volkserhebung, Ausdruck der lange unterdrückten und erstöckten Gärung der mohammedanischen Volks-, insbesondere Bauern- und Beduinenmassen, trug im ersten Stadium keinen antibritischen, sondern antijüdischen Charakter: ein raffiniertes Zusammenspiel der imperialistischen Regierung, der zionistischen Faschisten und des mohammedanisch-klerikalen „Medeschless Islam“ sorgte dafür, daß die Frage der „Klagemauer“ (ihrer Zugehörigkeit zu Juden oder Mohammedanern) zu einer Frage von erstrangiger politischer Bedeutung erhoben wurde, zum Symbol eines Machtkampfes ums „Heilige Land“.

Die durch ihre Kompromisse mit dem britischen Imperialismus, durch ihren Nationalverrat diskreditierte arabische Feudalität und Bourgeoisie gruppierte sich um den „Medeschless“ und schürte mit Hilfe eines Teiles des britisch-imperialistischen Beamtenapparates (den der Sozialist MacDonald unberührt in seinem konservativen Glanz erhalten hatte) den fanatischen Haß der Moslems gegen die jüdischen „Ungläubigen“, die sich an den mohammedanischen Heiligtümern vergreifen wollten. Die zionistische Faschistenclique, angeeifert durch die Illusionen, die ihr die Gruppe der britischen Sozialimperialisten um Wedgwood und Co. über die Errichtung eines lebenden „jüdischen“ Dominiums in Palästina machte, antwortete mit der maßlosen Steigerung des jüdisch-zionistischen Nationalchauvinismus, mit der Veranstaltung provokatorischer nationaler Demonstrationen. Die Regierung selbst manövrierte zwischen beiden Lagern, immer dort, wo das Feuer auszulöschen drohte, ein paar Tropfen Öl zugebend, bestrebt, die jüdisch-arabische Annäherung, die sich insbesondere in der Arbeiterschaft in den letzten Jahren — allen imperialistischen, zionistischen und national verräterischen Bemühungen zum Trotz — bemerkbar gemacht hätte, um jeden Preis zu vernichten.

So mußte denn der Hexenkessel zur Explosion kommen — die Volksbewegung wurde entfesselt und eine blutige Flut ergoß sich über das „Heilige Land“. Die Zionisten büßten, angesichts der entfesselten Massenbewegung, schwer dafür, daß sie sich, durch die Balfour-Deklaration an den britischen Imperialismus gekettet, objektiv in dessen vorgeschobenste Position in den arabischen Ländern verwandeln ließen. Besser gesagt: die gewissenlosen zionistischen Führer ließen für ihre pro-imperialistischen Dienste die arme jüdische Bevölkerung büßen. Denn die unter finster-klerikaler, feudaler und bürgerlicher Führung stehenden fanatischen Massen mohammedanischer Bauern und Beduinen überfielen sengend und mordend vor allem die unbewehrten armen jüdischen Siedlungen, jüdische Synagogen und Schulen, wo furchtbare Blutbäder angerichtet wurden. In der Talmudschule von Hebron wurden 60 jüdische Schüler — auch Kinder — getötet und verstümmelt. In der Kolonie Moza wurde eine jüdische Familie samt Frau und Kind abgeschlachtet. Ganze andere Kolonien gingen in Rauch auf. Hierbei kamen die Engländer — nach guter, alter, zaristischer Sitte — gewöhnlich erst nach vollbrachten Untaten an, höchstens noch zurecht, um nachträglich mit Maschinengewehren, Bomben und Panzerautos ein Blutbad unter den arabischen Bauern anzurichten.

Der jüdisch-zionistische Faschismus blieb bis zum letzten Moment seiner imperialistischen Mission treu: er beschäftigte sich mit der Ermordung von einzelnen Arabern, die sich nicht aus der jüdischen „Zone“ herauszuretten vermochten (besonders grauenerregend war die Ermordung zweier arabischer Arbeiter am 24. August durch jüdische Faschisten inmitten der belebtesten Jerusalemer Straße), dem Anzünden arabischer Häuser usw.

Bis zum 27. August ist die Zahl der Todesopfer und der Schwerverwundeten auf mehrere Hundert gestiegen, wobei 90 Prozent der Opfer unschuldige, unbeteiligte Juden und Araber sind. Nun aber begann die Bewegung über die Köpfe der nationalreformistischen Führung und der britischen Macht aus einem Pogrom in einen antiimperialistischen Aufstand umzuschlagen: in den rein arabischen Städten, wie Nablus, Tulkarem usw., wo keine jüdisch-zionistische Barriere bestand, wurde die Regierung angegriffen, ja sogar die arabische Nationalflagge gehißt. In Transjordanien erhoben sich die Beduinen, um ihren palästinensischen Brüdern zu Hilfe zu eilen. Die Tatsache, daß sich unter den Opfern viele amerikanische Bürger befanden, gab zu einem energischen amerikanischen Drucke (sogar zur geheimen Drohung der Landung amerikanischer Truppen!) Anlaß, so daß auch die Regierung erkennen mußte, daß die Pogromprovokation das ihr erwünschte Maß überschritten habe. Nun wurden die britischen Truppen verstärkt und die britische militärische Okkupation soll binnen kurzem noch mehr gesteigert werden. Damit aber werden auch die Konturen eines der großen politischen Ziele sichtbar, die das Blutbad aus den weltpolitischen Interessen des britischen Imperiums heraus verständlich machen: der Schutz des Ostufers des Suezkanals soll für den kommenden Krieg militärisch, und zwar womöglich auf Kosten der eingeborenen Bevölkerung befestigt werden, zugleich soll die arabische Nationalbewegung durch Pogromausschreitungen derart diskreditiert, innerlich demoralisiert und später terrorisiert werden, daß keine wirklich und rein revolutionären Ausbrüche mehr möglich sind!

Die Kommunisten waren — während des vollkommenen Bankrotts der zionistischen Parteien, die einfach Schachsteine auf dem imperialistischen Bretter sind, der Zionisten-Reformisten (Zweite Internationale), die für das im Namen der „Arbeiterregierung“ MacDonalds angerichtete Blutbad in Palästina die Mitverantwortung tragen, sowie der arabischen Nationalreformisten, die sich objektiv als Demoralisatoren der arabischen Nationalbewegung enthielten (eine Ausnahme bildete die noch schwache nationalrevolutionäre Gruppe Hamdi Hussein, deren Führer von den Imperialisten dafür, daß er vor Pogromen warnte und zum Marsch gegen den Imperialismus aufforderte, eingekerkert wurde) — die einzige Gruppe, die unermüdlich für die Verbrüderung der jüdischen und arabischen Werktätigen zum Kampfe gegen den britischen Imperialismus machte. Nach am Morgen des Blutfreitags (29. August) waren alle Manern Jerusalems mit Aufrufen bedeckt: „Mordet euch nicht gegenseitig! Arabische und jüdische Arbeiter, wendet euch gegen den gemeinsamen Feind, den britischen Imperialismus!“ „Errichtet die unabhängige Arbeiter- und Bauernregierung!“ usw. — und jeder Kommunist agitierte auf seinem Arbeitsplatz, auf der Straße in diesem Sinne. Die Kommunistische Partei konnte aber nicht, in Anbetracht ihres kleinen arabischen Kadern und ihrer großen Verluste nach dem 1. August, Einfluß auf die Massenbewegung, die stündlich wuchs und von blindem religiösen Fanatismus getragen wurde, gewinnen. Ihre Losungen waren aber Gemeingut der städtischen arabischen und jüdischen Arbeiter geworden: dies äußerte sich nicht nur in der allgemeinen Uebereinstimmung der Arbeiter in der Frage der Verantwortlichkeit der britischen Imperialisten, der Notwendigkeit der Verbrüderung usw., sondern auch in verschiedenen Akten von internationaler Arbeitersolidarität: (Verteidigung jüdischer Arbeiter durch arabische und umgekehrt), die den tierischen Grausamkeiten der gegenseitigen Pogrome leuchtend gegenüberstehen. Organisatorisch konnten die Kommunisten allerdings keine Rolle spielen, aber die Erfahrungen der mächtigen Bewegung (die übrigens noch keineswegs beendet ist und die, nebenbei, auch beweist, wie „fest und stark“ die imperialistische Stabilisierung ist, wie sehr MacDonalds Antritt eine Aera des „Friedens“

eröffnet, und wie gefährlich dieser und ähnlicher von den rechten Opportunisten kolportierter Unsinn überhaupt ist!) werden den Kommunisten als Grundlage für den weiteren Aufstieg dienen. Der verstärkten national-chauvinistischen Hetze werden die Kommunisten die Losung internationaler Organisation, vor allem Bildung internationaler Gewerkschaften, entgegenhalten, die Arbeit unter den arabischen Kleinbauern verbreiten und vertiefen und zugleich — ungeachtet der schweren Schläge, die der KP. zweifellos noch von seiten der britischen Militärdiktatur, sobald sie sich im Lande fest fühlt, bevorstehen — noch intensiver den Kampf für die Schaffung der unabhängigen Arbeiter- und Bauernrepubliken der arabischen Länder führen.



# Die politische Lage in Palästina.

Von Mini (Jerusalem).

\*\* Die Politik des englischen Imperialismus in Palästina wird bedingt durch seine Politik im Nahen Osten, besonders in Arabien und Aegypten. Die nationalen Bewegungen Palästinas, Syriens, des Iraks, Transjordanien und auch Aegyptens wiederum sind miteinander eng verbunden. Daher bedingt sich die politische Lage Palästinas unter dem unmittelbaren Einfluß der politischen Faktoren und des politischen Zustandes der vorerwähnten Länder.

Die Unterdrückung des syrischen Aufstandes 1927, die zeitlich mit der Niederlage der Revolution in China und der Aufstandsbewegung in Marokko zusammenfiel, war das Signal zu einer Verstärkung der aggressiven Politik des englisch-französischen Imperialismus im Nahen Osten und rief in der nationalen Bewegung Arabiens und Aegyptens eine Reaktion hervor.

Der britische Imperialismus, der vor und zu Beginn des syrischen Aufstandes den französischen Einfluß im Nahen Osten bekämpfte, eingeschüchtert durch den Umfang, den ersten antimilitaristischen Charakter und die Langwierigkeit (fast zwei Jahre) dieses Aufstandes, eilte sich vorübergehend mit dem französischen Imperialismus und schloß mit

ihm einen Freundschaftsvertrag. Auf Grund dieses Vertrages erfolgte eine Koordination der englisch-französischen Politik im Nahen Osten. Man arbeitete gemeinsam einen Plan für den Kampf gegen die nationalrevolutionäre und die kommunistische Bewegung aus.

Fast gleichzeitig (1928) wurde das Parlament in Aegypten und Syrien mit Gewalt aufgelöst und die englische bzw. französische Diktatur errichtet. Der britische Imperialismus zwang die Regierungen des Irak und Transjordanien zur Unterzeichnung von Verträgen, die diese Länder knechteten und den König Faissal (Irak) sowie den Emir Abdallah (Transjordanien) mit ihren Ministern zu die Befehle der englischen „Berater“ vorbehaltlos erfüllenden Marionetten machten. Um den Herrscher der Wahabiten, Ibn Saud, zur Unterwerfung zu zwingen, rief der britische Imperialismus durch Intrigen und Korruption Aufstände einiger Beduinenstämme gegen ihn hervor. Dies alles sowie die verstärkten Repressalien gegen die Nationalisten und besonders gegen die Kommunisten waren die charakteristischen Kennzeichen der koordinierten englisch-französischen aggressiven Betätigung in Aegypten und Arabien.

Was die arabische nationale Bewegung in Syrien betrifft, so hat sie nach der Niederlage des Aufstandes kapituliert. Nur der Drusenhäuptling Sultan Al Atrasch, unterwarf sich nicht den Franzosen und floh mit dem Rest der Aufständischen in die Wüste. Sogar die arabische Partei Istahfal, die in allen arabischen Ländern Anhänger hat und eine nationalrevolutionäre Vergangenheit besitzt, nahm gegenüber dem französischen Imperialismus eine versöhnliche Haltung ein. Die Kapitulation wirkte sich auf die arabische nationale Bewegung auch in den anderen Ländern aus. Sie entwickelte sich nach rechts, fand sich mit den imperialistischen Machthabern ab, d. h. wurde zu einer nationalreformistischen Bewegung. Nur in Transjordanien setzten die arabischen Nationalisten (nicht mit parlamentarischen Methoden) den verzweifelten Kampf gegen den oben erwähnten englischen Vertrag ab. Sie boykottierten die Parlamentswahlen, veranstalteten Streiks und Straßendemonstrationen gegen die Engländer usw.

Die aggressive Politik der englischen Imperialisten in Palästina nach Unterdrückung des Aufstandes in Syrien bestand im Erlaß zahlreicher Gesetze und in der praktischen Machtausübung englischer Beamten. 1922 planten die Engländer die Ausschreibung von Parlamentswahlen in Palästina im Rahmen des britischen Mandats. Die arabischen Nationalisten, die sich mit der englischen Besetzung des Landes nicht abfinden wollten, boykottierten damals noch einmütig die Wahlen, und durchkreuzten somit den Plan der Engländer. 1928, nach dem siebenten arabischen Kongreß in Palästina, der den Verrat der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie an der nationalrevolutionären arabischen Bewegung offen bestätigte, wandten sich die herrschenden Klassen, dieselbe Bourgeoisie, an die Engländer mit der Bitte um Verwirklichung ihres Plans von 1922, was die englischen Behörden jetzt kategorisch ablehnten. Es wurden Gesetze herausgegeben, die die bestehenden Gemeindeverwaltungen in den Städten jeder Selbständig-

keit beraubten, den werktätigen Elementen und vor allem den Arbeitern das Wahlrecht nahmen, sowie auf der anderen Seite dem englischen Obersten Kommissar Palästinas und den Gouverneuren unbeschränkte Befugnisse einräumten. So wird das Stadtoberhaupt nunmehr nicht von der Gemeindeverwaltung gewählt, sondern vom Kommissar bestimmt. Derselbe Kommissar hat das Recht, den gewählten Stadtverordneten das Mandat abzuspreehen. Alle Beschlüsse der Gemeindeverwaltungen können von ihm oder von den Gouverneuren annulliert werden. Der Etat erhält erst nach Bestätigung durch die Gouverneure Rechtsgültigkeit.

Erst vor zwei Monaten zwang der Gouverneur von Haifa die dortige Stadtverordnetenversammlung zur Anerkennung des von ihr abgelehnten englischen Beamten. Die Proteste der Versammlung verhallten ungehört. Sie mußte sich unterwerfen. Die Regierung Palästinas hat trotz einmütigen Widerstandes der Bevölkerung einen Zollvertrag mit Syrien abgeschlossen, der die Entfaltung der Produktivkräfte des Landes hemmt. Es sind auch Gesetze erlassen, die die Agrarfrage „regeln“ und mit der Einführung des Katasters beginnen, was unter den in Palästina herrschenden Verhältnissen die Enteignung und Ausplünderung der Bauern, der Fellachen, bedeutet. Die Repressalien gegen die Kommunisten und revolutionären Arbeiter im allgemeinen haben im letzten Jahr einen Massencharakter angenommen. Noch nie zuvor hat für die politischen Gefangenen in den Gefängnissen ein solch barbarisches Regime bestanden.

Neben den allgemeinen politischen Ursachen, die zur Verstärkung der imperialistischen Reaktion führten, haben in Palästina auch noch wirtschaftliche Gründe rein örtlichen Charakters mitgewirkt. Ende 1927 war die Erforschung der Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes abgeschlossen. Es begann die Expansion des englischen Kolonialkapitals in Palästina. Man hatte endgültig festgestellt: mineralische Vorkommen im Toten Meer, Rentabilität der Orangenplantagen und das Bestehen einiger Industriebetriebe (Zementwerke, Seifensiedereien, Kraftwerke usw.), allerdings in beschränktem Umfange. Unter dem Deckmantel anonymer Firmen erwarben englische Großkapitalisten unter der Leitung von Lord Melchett, Reading usw. ungeheure für Orangenplantagen geeignete Flächen. Sie brachten die Mehrheit der Aktien eines der größten Zementwerke und der Seifensiederei von Haifa an sich. Sie sind tatsächlich die Hauptaktionäre der Gesellschaft zur Nutzbarmachung der Mineralien im Toten Meer und der Gesellschaft für die Elektrifizierung Palästinas, die offiziell auf den Namen des Ingenieurs Ruthenberg lautet. Das englische Kolonialkapital fordert von der Regierung Palästinas eine

Politik der eisernen Hand, um ungehindert von der örtlichen Bevölkerung die beherrschenden wirtschaftlichen Höhen besetzen zu können.

Die Mittel, deren sich der englische Imperialismus bediente, um unter Ausschaltung jeder Kontrolle seitens der Bevölkerung Palästina zu beherrschen, waren nicht nur die Schürung nationalistischer und religiöser Leidenschaften sowie Aufhetzung der Araber und Juden gegeneinander, sondern auch die Korruption der arabischen Notabeln, um die arabische nationale Bewegung zu spalten und zu demoralisieren.

Noch vor dem siebenten Kongreß organisierten die korumpierten arabischen Notabeln wie Issa al Issa (Redakteur der Zeitung „Falestin“), Naglaschibi (Bürgermeister Jerusalems) und andere eine Opposition, die von der damals noch bestehenden, vom sechsten Kongreß gewählten arabischen Exekutive den Verzicht auf antimperialistische Beschlüsse, die Aussöhnung mit den englischen Behörden und die Beschränkung auf das Parlament forderte. Unter dem Einfluß der Opposition und Eindruck der Niederlage des Aufstandes in Syrien verrieten die arabischen Großgrundbesitzer und die Bourgeoisie die nationalrevolutionäre Bewegung.

Die Tatsache, daß es den herrschenden Klassen so leicht gelang, die nationale arabische Bewegung zu einer pro-imperialistischen Linie zu bewegen, läßt sich durch das Fehlen von arabischen Massenorganisationen erklären. In Palästina gibt es keine nationalrevolutionäre politische Massenpartei. Der Arabische Kongreß wird nur von den Großgrundbesitzern, der

Bourgeoisie und zum Teil von der Intelligenz, die sich bestimmte Verdienste erworben hat, gewählt. Der schwache nationalrevolutionäre Flügel, der von dem gegenwärtig durch die Engländer verhafteten Hamdi Al Hussein geführt wird, ist erst in der letzten Zeit zur Massenorganisation der Jugend geschritten, und bereitet die Gründung einer linken nationalrevolutionären politischen Partei vor.

Das Kennzeichen der neuen nationalreformistischen Politik der arabischen Exekutive ist die Einstellung des Kampfes gegen den englischen Imperialismus. Die Zionisten, in denen die arabischen Nationalisten vor dem siebenten Kongreß ein Instrument des englischen Imperialismus sahen und gegen die sie als solches kämpften, betrachten sie jetzt nur als einen gefährlichen Konkurrenten, der ihrer versöhnlerischen Politik gegenüber den englischen Imperialisten im Wege steht. Die Forderungen der Exekutive beschränken sich auf Parlamentarismus, Vergrößerung der Zahl arabischer Beamter usw. Gleichzeitig mit dieser Politik hat die arabische Exekutive ihren Kampf gegen die nationalrevolutionäre Gruppe und besonders gegen die kommunistische Partei Palästinas verstärkt.

Die nationalreformistische Wandlung der offiziellen arabischen Bewegung beantworteten die Zionisten aus Furcht vor einer Verstärkung der arabischen Exekutive mit den Engländern, indem sie einen erbitterten Kampf gegen die Forderung der Araber nach Einführung des Parlaments aufnahmen sowie in der unverhülltesten Form die Erhaltung des gegenwärtig bestehenden Willkürregiments der englischen Beamten verlangten. Den Zionisten gelang es, Reformen zugunsten des Zionismus durchzusetzen: Ausschließliches Recht auf unbeschränkte Einwanderung der Juden nach Palästina, Ansiedlung ausschließlich von jüdischen Einwanderern auf staatlichen Ländereien und ihre Befreiung in den ersten Jahren von der Bodensteuer, national-jüdische Autonomie und demokratische Selbstverwaltung in den ausschließlich von Juden bewohnten Ortschaften, verstärkte Einstellung von Juden in der Polizei und Gendarmerie, Vergrößerung der Zahl jüdischer Staatsbeamten und jüdischer Arbeiter in den staatlichen Unternehmungen usw.

Diese Politik der Zionisten wurde von den reformistischen zionistischen Parteien vollinhaltlich unterstützt. Die linke Poale-Zion verschleierte ihr tatsächliches Einverständnis mit den zionistischen Forderungen durch zu nichts verpflichtende revolutionäre Phrasen.

Die politische Rolle der Reformisten in Palästina wird durch folgende Tatsache gekennzeichnet: 1928, nach Veröffentlichung des Berichts des englischen Regierungsvertreters in der Mandatkommission des Völkerbundes, der feststellte, daß es in Palästina keine Aufstände gibt, schrieb der bekannte Reformist **Bellusohn** in der palästinensischen reformistischen Zeitung „Dawar“: „Die Ruhe in Palästina verdanken die englischen Behörden uns.“ (Den Zionisten und Reformisten -- A.)

Gleichzeitig mit der verstärkten Reaktion läßt sich in Palästina ein Prozeß entgegengesetzten Charakters unter der werktätigen Bevölkerung feststellen. Die wachsende Ausbeutung der Arbeiter als Begleiterscheinung der kapitalistischen Entwicklung des Landes und die Pauperisierung der Bauern als Folge der Bodenenteignung sowie die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft (Orangenplantagen) sind die Ursachen der zunehmenden, sich gegen die Ausbeuter wendenden Erregung der Arbeiter und besonders der Bauern. Seit Ende 1927 folgt ein Agrarkonflikt dem andern. Im Zusammenhang damit nimmt die Zahl der Prozesse ständig zu. Wir beschränken uns auf die Aufzählung der wichtigsten Konflikte: in **Alu-Keven** (in der Nähe von Jerusalem) und in den Dörfern **Arrá** und **Karrara** zwischen den Kleinbauern und den arabischen Großgrundbesitzern sowie Großbauern, in **Wadi Hawaras** zwischen den Fellachen und der zionistischen Organisation, in **Inlath** zwischen den Fellachen und den jüdischen reichen Kolonisten.

Daneben wächst die Zahl der Streiks arabischer Arbeiter. Die Streikbewegung der arabischen Arbeiter ist gegenwärtig größer als in allen Jahren vorher. Wir nennen die wichtigsten: Streik in der Tabakfabrik **Mabruk** in **Halfa**, der Bäcker, der Bauarbeiter und der beim Bau des Rockefeller-Museums in **Jerusalem** beschäftigten Arbeiter, Streik in den Steinbrüchen in der Umgebung von Jerusalem usw.

Die Agrarkonflikte, die wachsenden Streiks der arabischen Arbeiter und die beginnende Verbrüderung der arabischen und jüdischen Arbeiter (der von den arabischen Arbeitern mehrfach zum Ausdruck gebrachte Wille einer gemeinsamen Organisation mit den jüdischen Klassengenossen, jüdisch-arabische Streiks und Arbeiterdemonstration am 1. August) zeugen von der Radikalisierung der werktätigen Bevölkerung Palästinas. Der Umfang dieser Radikalisierung darf aber nicht überschätzt werden. Sie signalisiert das Wachsen der revolutionären Bewegung, hat aber noch nicht ein Ausmaß erreicht, um eine siegreiche klassenbewußte revolutionäre Offensive der Werktätigen Palästinas gegen ihre Feinde zu sichern.

Die kommunistische Partei Palästinas führt einen konsequenten Kampf gegen den englischen Imperialismus und seine Agenten, die Zionisten und arabischen besitzenden Klassen, sie erfaßt und schließt zusammen die arabischen und jüdischen Arbeiter und Bauern um die Losungen: Räumung Palästinas durch die englischen Imperialisten, Selbständigkeit Palästinas und der anderen arabischen Länder, Arbeiter- und Bauernregierung, Agrarrevolution usw. Die Arbeit der kommunistischen Partei wird außerordentlich erschwert durch die Illegalität, in der sie sich befindet, und die Verfolgungen der englischen Behörden, der arabischen Reaktion und der Zionisten.

Die Labour-Regierung setzt die Politik ihres konservativen Vorgängers mit noch größerer imperialistischer Konsequenz fort. Sie hat in der ganzen Zeit ihres Bestehens in Palästina keine politische, administrative, sozialwirtschaftliche Wandlung vollzogen, um die unerträgliche Lage der Werktätigen zu erleichtern. Mehr noch, unter der Regierung **MacDonalds** bleibt das alte barbarische Gefängnisregime erhalten, und die politischen Verfolgungen haben sogar noch zugenommen. Politische Verhaftungen und Deportationen revolutionärer Arbeiter und von Kommunisten haben unter **MacDonald** einen noch größeren Massencharakter angenommen als unter der konservativen Regierung (Massenverhaftungen und Deportationen in Verbindung mit den Kundgebungen am 1. August).

Abschließend ist zu sagen: Die politische Lage Palästinas vor dem Aufstand wird gekennzeichnet durch die aggressive Politik des englischen Imperialismus, der sich auf den Zionismus sowie auf das reaktionäre Verhalten der arabischen nationalreformistischen Exekutive stützt, und auf der anderen Seite durch die Radikalisierung der Werktätigen Palästinas, besonders der arabischen, die aber noch nicht so weit gediehen ist, um eine siegreiche Revolution in Palästina zu sichern. Diese politische Lage gibt Aufschluß über den Aufstand in Palästina und seinen Charakter.

\*

(Der Presse bereits als Sonderabzug zugestellt.)

Jerusalem, 6. September 1929.

\*\* Vierzehn Arbeiter, die anlässlich der Demonstrationen am 1. August in Jaffa verhaftet worden sind, wurden heute zur Deportation verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es u. a., daß das Gericht „Milde“ walten ließ, da die Verurteilten die Todesstrafe verdient hätten.

## Palästina

### Der Aufstand in Palästina.

Communiqué des ZK. der KP. Palästinas.

#### a) Die Ursachen.

\*\* Die Ursachen des blutigen Augustaufstandes in Palästina sind in der gesamten Politik des britischen Imperialismus in den arabischen Ländern seit Kriegsende zu suchen. In seinem Bestreben, Palästina zu einem strategischen Brückenkopf am Ostufer des Suezkanals, zu einem Knotenpunkt des britischen Luftverkehrs mit Indien, einem Aufmarschgebiet zur Eroberung der gesamten arabischen Halbinsel einerseits, zum Krieg gegen die südlichen Republiken der Sowjetunion andererseits zu machen, hat der britische Imperialismus in diesem Lande, das ethnographisch und wirtschaftlich nur einen Teil des großen arabischen Gebietes bildet, eine eigenartige Politik zur Anwendung gebracht: das Land wurde aus dem arabischen Gesamtgebiet herausgerissen, in einen selbständigen Staat verwandelt, in welchem mit Hilfe britischer Bajonette und britischer Administration ein jüdisches Nationalheilm aufgebaut werden sollte.

Die ganze Nachkriegspolitik des britischen Imperialismus in Palästina bewies nun zwar, daß es ihm mit der Verwirklichung des Zionismus, des jüdischen Nationalhelms niemals ernst war. Nicht einmal die elementarste Unterstützung für eine Kolonisierung jüdischer Emigranten gab die britische Regierung, im Gegenteil: sie verwandelte die armen jüdischen Immigranten, die sich von dem Sirenenengesang der zionistischen Organisation und ihrer sozialdemokratischen Helfer (die beide im Solde der Engländer und ihrer imperialistischen Politiker stehen) nach dem „Nationalheim“ verlocken ließen, in arme, hungrige „natives“, die wirtschaftlich vom anglo-zionistischen Kapital furchbar exploitiert, politisch ganz rechtlos sind. Die Zionisten selbst erklären, daß infolge der britischen Politik die Verwirklichung eines Nationalheimes für Juden in Palästina zu einer Chimäre, einer Utopie geworden ist.

Dafür hat aber die von dem konservativen Lord Balfour inaugurierte zionistische Politik in vollem Maße erfüllt, was der britische Imperialismus von ihr erwartete: sie hat zwischen ihren zivilen und militärischen Apparat einerseits, die Masse der arabischen Bevölkerung andererseits einen Keil von 150 000 Juden hineingetrieben, die zwar selbst von Großbritannien verfolgt, gehungert und getreten werden (immer mit Ausnahme einer kleinen, direkt in imperialistischen Diensten stehenden Führergruppe von Kapitalisten und zionistischen Sozialisten) aber gleichzeitig objektiv die vorgeschobene Position des britischen Imperialismus in den arabischen Ländern bilden. Dieses Hineinsetzen selbst (im Gegensatz zu der Lage der europäischen Kolonien in Südafrika, China usw.) nicht privilegierter, sondern exploitiert jüdischer Einwohner ist, dank der raffinierten britischen Politik, in einen selbst ungeschützten, aber die Interessen des Imperialismus schützenden Vorposten verwandelt worden.

Die Hauptelemente dieser raffinierten britischen Politik bestanden in der geschickten Ausnutzung und Ausspielung der jüdischen Kapitalisten, die mit Hilfe der jüdischen Sozialverfechter (II. Internationale) die Vormundschaft der jüdischen Massen übernommen hatten und der arabischen Feudal-Großgrundbesitzer, sowie des mohammedanischen klerikalen Apparates gegeneinander.

Seit Kriegsende hat eine systematische Expropriation der armen arabischen Kleinbauern (Fellachen) begonnen. Der Aufbau der wenigen landwirtschaftlichen und städtischen Kolonien, die der Zionismus in den letzten zehn Jahren unter Aufwand ungeheurer Mittel (es wird die Ziffer von 20 Millionen Pfund an verschiedenen Investitionen genannt) zu schaffen vermochte, konnten nur auf Grund der Vertreibung der arabischen Kleinbauern vom Boden erfolgen. Die Kleinheit und Unwirtschaftlichkeit der jüdischen Siedlungen, die die Engländer eben nur darum zuließen, um die Illusion des jüdischen Nationalhelms als politische Karte in der Hand zu behalten, ist nun gerade ein Beweis für die praktische Undurchführbarkeit eines solchen Nationalhelms unter britischer Herrschaft. Aber die Art, wie dieses Wenige nur auf den Ruinen der arabischen Kleinbauernschaft „aufgebaut“ werden konnte, genigte,

um die jüdischen Kolonisten, die „jüdische Gefahr“ zum Schreckgespenst der armen bäuerlichen und halbnomadischen (beduinischen) Massen in Palästina und der Nachbarländer zu machen. Der Haß gegen den Imperialismus, der durch rücksichtslose Einziehung der Steuern, Zwangsarbeit, Bauerntmißhandlungen, Terrorgesetze seine „zivilisatorische“ Macht im Lande aufbaute, wurde vereint mit dem Haß gegen die unter dem Schutze der imperialistischen Macht eindringenden Kolonisten, ja noch durch die Feindschaft gegen diese, die dem Bauern nicht nur Geld und Schwelge, sondern das Teuerste was er besitzt, den Boden abnehmen wollten, überschattet.

Die Agrarunruhen, die seit der britischen Okkupation im Lande einsetzten, verstärkten sich besonders in den letzten zwei Jahren, wuchsen langsam in eine ernste agrare Gärung über. Hunderte von kleinen Zwischenfällen — Afulah, Dschehdra, Caesarea, Wadi Hwaras, Inlath usw. — an allen Punkten des Landes zeugten von der tiefen Erbitterung der werktätigen Bevölkerung auf dem flachen Lande. In den Städten ging gleichzeitig die Proletarisierung des Kleinbürgertums, die Pauperisierung der Intelligenz mit Riesenschritten vor sich. Die zionistischen Führer — ihrer imperialistischen Sendung getreu — zogen auch hier eine nationale Trennungslinie zwischen „jüdischer“ und „arabischer“ Arbeit, dadurch sollte die Aufmerksamkeit der Werktätigen in den Städten von dem wirklichen Grunde ihrer Verarmung; der die Entwicklung der Produktivkräfte hemmenden imperialistischen Politik, der niederträchtigen Ausbeutungswut der kolonialen Unternehmer und Kompradors abgelenkt und gegen die „Juden“ abgelenkt werden. Denn sogar die (Amsterdam angeschlossenen) offiziellen Gewerkschaften der „Histadruth“ lehnten nicht nur die Aufnahme arabischer Arbeiter strikte ab, sondern sie stellten den „Kibusch Ayodah“, d. h. Ersetzung arabischer Arbeiter durch jüdische, Verfehlung des arabischen Arbeiters von seinem Arbeitsplatz als zentrale Lösung auf.

Diese von Imperialismus, Zionismus und Sozialzionismus gezogene jüdisch-arabische Kampffront (notdürftig mit ein paar frechen Lügen über die „Wohltaten“, die der Zionismus den Arabern in Stadt und Dorf bringe, verhüllt) — wurde von der anderen Seite ergänzt durch die arabischen Großgrundbesitzer, den klerikalen Apparat und die Kompradoren-Bourgeoisie. Diese — seit Jahrhunderten das Land beherrschenden — Klassen beteiligten sich aufs lebhafteste an den imperialistisch-zionistischen Räuberzügen: die Großgrundbesitzer (Sursuck, Tayan und viele andere) sind es, die den von „ihren“ Fellachen als Pachtgut bearbeiteten Boden an die zionistischen Kolonisationsgesellschaften verkaufen und dadurch tatsächlich an der Expropriation durch die Kolonisatoren mitwirken. Sie sind es, die, wie die Spitze des klerikalen Apparates „Medschless Islami“ (Oberster Islami-Rat), die Latifundien des mohammedanischen „Waki“ verwalten und die schweren Steuern den armen Bauern mittels des Regierungsapparates abnehmen. (Die Engländer haben sich wohl gehütet, diesen klerikalen Apparat, die Rechte der Feudalen, auch nur mit einem Finger anzuführen — während diese in wilder Willkür alle Rechte der Werktätigen in den Staub traten.) Sie sind es endlich, die mit Hilfe von Wucherzinsen, Schwindel und einfachem Raub den Bauern selbst dauernd expropriieren und versklaven. Die städtische junge Bourgeoisie (Unternehmer, Fabrikanten) ist nicht weniger profitgierig als die britische und die zionistische, benützt aber in ihrer Ausbeutung nicht nur modern-kapitalistische, sondern auch mittelalterlich-feudale Methoden.

Gerade deswegen aber, weil diese arabischen Parasitenklassen (deren politischer Ausdruck die nationalreformistische Spitze des arabischen Kongresses ist) den Zorn der Massen anwachsen sahen, weil sie insbesondere die drohenden Symptome der vorwärtsstürmenden Agrarbewegung richtig einzuschätzen wußten, waren sie so sehr darauf bedacht, diese Bewegung in den Händen zu behalten, sie aber nicht direkt gegen den britischen Imperialismus marschieren zu lassen (wodurch sie ihnen selbst sofort über den Kopf gewachsen wäre und sie zweifellos in eine schwierige Lage versetzt hätte, ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Konzessionen, die sie ihnen zumindest hätte machen müssen). In Verbindung mit einem Teil der britischen Kolonialbeamten, die — aus der Schule des Colonel Lawrence stammend — den Block zwischen britischem Imperialismus und arabischem klerikalem Feudalismus zum herrschenden System im ganzen mittleren Osten machen wollten, wandten die nationalreformistischen Führer alles an,

um die infolge der Radkalkisierung und Revolutionsierung der Massen unvermeidlich gewordene Erhebung nicht in einen offenen antimilitaristischen Aufstand verwandeln zu lassen, sondern ihn in der Richtung einer antijüdischen Pogromwelle abzuwenden.

#### b) Anlaß und Ausbruch.

Daß die Gärung ihrem Höhepunkt nahekam, die Bewegung zum Ausbruch reif wurde, bewies eine Reihe von Ereignissen an den mohammedanischen Feiertagen „Nebi Mussa“ und „Aual Muharrem“, kam es zu erregten Massenausbrüchen. Die Regierung benutzte immer wieder das Mittel der Verhängung von „Ausnahmezustand“, um Kundgebungen zu verhindern. Insbesondere dann, wenn Gefahr bestand, daß die Massen zu offen antimperialistischen Kundgebungen unter Führung der Arbeiterklasse (Kommunistischen Partei) mobilisiert werden sollten, wurden alle Polizei- und Militärkräfte mobilisiert, um dies zu verhindern (so bei den Demonstrationen des 1. August). Die britische imperialistische Regierung, die auch nach dem Regierungsantritt MacDonaldis die alte Linie der Konservativen fortsetzte, wollte den Ausbruch der Volkserebitterung gegen den Imperialismus um keinen Preis zulassen, und bereitete alles vor, um den Kampf auf die nationale Linie überzuloten.

Die Frage der Klagemauer, die schließlich den unmittelbaren Anlaß zu den Geschehnissen bildete, war sozusagen „an den Haaren“ herbeigezogen worden. Sowohl den Engländern, wie dem mohammedanischen „Medschless“ erschien ein solcher religiöser Kampf als bestes Ablenkungsmittel. Die Zionisten taten das ihre, um die „Klagemauer“ in ein Macht-symbol zu verwandeln: es handelte sich längst nicht mehr um den Besitz dieser Mauer (um den sich das jüdische Rabbinat und der arabische Medschless stritt), sondern darum, daß der Sieg in diesem Kampfe durch die Hetzpresse beider Seiten, durch die religiösen und nationalistischen „Notabeln“ von hien und von drüben, als Ausdruck der Herrschaft über Palästina angesehen wurde. Einerseits nützte der Medschless die große Rückständigkeit der fast durchweg analphabetischen Fellachen und Beduinen aus, um ihnen den Kampf gegen die Juden als „heiligen Krieg“ auszumalen und ihnen gleichzeitig weiszumachen, daß die imperialistische Regierung sich einer Judenschlachterelei gegenüber passiv verhalten würde (eine raffinierte englisch-kerikale Finte: die Massen sollten dadurch von ihrer Abrechnung mit der Regierung abgehalten, ihnen sollte der primitive Trugschluß nahegelegt werden: erst Vernichtung der Juden mit Hilfe der Regierung — dann das weitere . . .). Andererseits nützten die zionistischen Faschisten den nationalen Chauvinismus der jüdischen, in imperialistischen Geiste erzogenen Jugend aus, der sie einen Kampf um die Klagemauer als „Verteidigung der Nationalwürde“ und dergl. ausmalten. „In Blut und Feuer ist Juda gefallen, in Blut und Feuer wird es erstehen“ — sangen die törichtesten Faschistenjünglinge, als sie mit Fahnen durch die Wohnbezirke der Mohammedaner ziehend, diese in unerhörter Weise herausforderten. Die Regierung aber schürte das Feuer geschickt auf beiden Seiten, denn sie wollte durch diesen Ausbruch eines religiös-nationalen Kampfes ihre eigene Stellung stärken, Vorwand zur Terrorisierung der breiten Massen von Beduinen, Fellachen und städtischen Arbeitern erhalten, die nationale Bewegung demoralisieren. Sie sah die Gefahr einer durch die städtische Arbeiterklasse geführten revolutionären, antimperialistischen Bauernbewegung — und sie zog es daher vor, die Massen in die Arme des kerikal-feudalen Medschless zu stoßen und die Juden an ihrer Statt hin-schlachten zu lassen.

Der Ausbruch kam tatsächlich so, wie ihn die Vertreter des hyperpazifistischen MacDonald und die zionistischen und kerikalen Drahtzieher haben wollten. Mit elementarer Wucht brach nach einer Versammlung von 10 000 meist der Kleinbauernschaft angehörenden Mohammedanern in der „Omar-Moschee“ zu Jerusalem eine mächtige antijüdische Bewegung im ganzen Lande aus. Dabei zeigten sich die „segersreichen“ Folgen des Zionismus für die Jüdischheit — besonders für die armen werktätigen Juden — Palästinas selbst; der Zionismus hatte dazu geführt, daß das Volk in Palästina die Begriffe „Zionist“ und „Jude“ identifizierte; (Große Schuld daran tragen die Zionsreformisten, die den wiederholten Aufrufen der Kommunisten an die Araber, doch zwischen dem zionistischen reichen und korrupten Führer-

pack und der jüdischen Arbeiterschaft, die die gleichen Befreiungsinteressen haben wie die arabischen werktätigen Massen, zu differenzieren, immer wieder die Betenerung entgegenhielten, die jüdischen Arbeiter seien die „besten“ Zionisten!) Also war die Losung nicht einmal: „Schlagt die Zionisten“, sondern „schlagt, schlachtet die Juden!“ — und der wilde Fanatismus eines Religionskrieges (arabisch: Dschehad — heiliger Krieg) war entfesselt. Nun galt es (im Dschehad) für die heiligste Pflicht, so viel Juden als möglich — gleich, ob Schuldige oder Unschuldige, Zionisten oder Arbeiter — hinzunetzeln. Niemand durfte die Engländer oder die Christen anrühren (denn es hieß doch: „Dola maana“ — die Regierung mit uns!), aber Juden mußten geschlachtet werden, weil sie Juden waren. Die wilden, sinnlosen Verstümmelungen, wie sie z. B. in Hebron, Motza oder Saffed an wehlosen Greisen, Frauen und Kindern verübt wurden (ein für den Religionsfanatismus bezeichnendes Bild: in Hebron sangen die Beduinen, als sie Bäume aufschnitten und kleinen Kindern die Köpfe abschlugen!), waren die Folgen dieses prachitvollen politischen „Manövers“, mit welchem die Regierung des Fortschritts, der Zivilisation und der Labour Party, auf den finstersten Kerikalismus gestützt, ein ihnen unterworfenenes Land in einen religiösen Blutrausch hineinjagten, um ihre unterminierte politische Position zu festigen. (Es steht dokumentarisch fest, daß die britische Polizei im ersten Stadium der Geschehnisse Auftrag hatte, Juden nach Herzenslust schlachten zu lassen und sich nicht einzumischen.)

(Schluß folgt.)

## Palästina

### Der Aufstand in Palästina.

Communistisches des ZK. der KP. Palästinas.  
(Schluß.)

#### c) Von nationalem Kampf zu ant imperialistischen Aufstand.

\*\* Aber es kam doch anders, als es die klugen englischen Politiker gewollt hatten: für ihre Zwecke hätte eine bescheidene „Bartholomäus-Nacht“ unter den Juden genügt, die die Notwendigkeit einer verstärkten britischen Okkupation (die im Hinblick auf die fieberhaften Kriegsvorbereitungen notwendig geworden war) gerechtfertigt, die britische Schiedsrichterrolle zwischen den „wildem Arabern“ einerseits, den „bedrohten Juden“ andererseits gefestigt hätte. Das jüdische Blut, das während des Pogroms, und das arabische, das bei den dadurch unvermeidlich gewordenen „Strafexpeditionen“ geflossen wäre, hätte die Räder des britischen Imperialismus im arabischen Osten vorzüglich geschmiert. Nur hatte man die Rechnung ohne die Massen gemacht.

Die Elementargewalt des Massenausbruches nach acht- einhalb Jahren grausamer und systematischer imperialistischer Unterdrückung (die letzte Aufstandsbewegung, ebenfalls in Pogrome ausgeartet, war im Mai 1921 in Blut erstickt worden), ohne das Ventil auch nur „scheinbarer“ Demokratie oder Petitionsrechte, unter der rücksichtslosen Willkürherrschaft eines Häufleins von Kolonialbeamten, — war weit größer, als es sich die britischen Imperialisten, ja selbst die klerikale Führung der Bewegung vorstellen konnten. Aus einer lokalen Jerusalemer Bewegung wurde in wenigen Tagen eine allarabische Aufstandsbewegung, deren Ziele weit über Judenschlächtereien hinausgingen. Die Lage wurde nun für den britischen Imperialismus selbst bedrohlich, ja gefährlich. Bei richtiger Organisation, zielbewußter Leitung (zu welcher aber eben nur die Arbeiterklasse fähig gewesen wäre), hätte die Massenbewegung, die Hunderttausende von Bauern, Beduinen und städtischen Werktätigen erfaßte, den sinnlosen Religionskrieg in eine mächtige ant imperialistische Revolution, ja, in einen Sieg über den Imperialismus an vielen wichtigen Punkten verwandeln können.

Ein kleines Beispiel beweist das: wenn die mächtige Dorf- bewegung rings um Jerusalem, verbunden mit dem Volksaufstand im Inneren der Stadt, am 24. und 25. August (d. h. vor Eintreffen der ersten britischen Verstärkungen), anstatt sich die Köpfe an den Mauern der jüdischen Siedlungen festzurrennen, konzentrisch gegen die Stadt vorgerückt wäre — sie hätte zweifellos die zentralen Regierungsgebäude erobert, den Regierungsapparat in die Hände nehmen können!

Nun taten aber auch die Zionisten das Ihre, um dem englischen Imperialismus zu dienen und die Entwicklung des Aufstands in dieser Richtung nicht zuzulassen. Die Zionisten (die zwar im ersten Moment die schwere britische Blutschuld nicht leugnen konnten, so klar lag sie zutage!) nahmen sofort Kurs auf Ausnutzung der Lage zugunsten der weiteren Verschärfung der jüdisch-arabischen Beziehungen, zur Aufstellung einer Einheitsfront mit den Engländern gegen die Araber. Welt über die Selbstverteidigung gegen die Ueberfälle der fanatischen Menge hinaus gingen die zionistischen Faschisten zu Racheakten gegen die unschuldigen Araber, die sich in jüdischer Umgebung befanden, über, die stellenweise in Gegenpogrome ausarteten: mit tierischer Grausamkeit wurden am 24. 8. auf der Hauptstraße von Jerusalem zwei arme, unschuldige Arbeiter von einer jüdischen fanatischen Menge zu Tode geprügelt; eine friedliche arabische Fellachin wurde in der Gegend des „Bezall“-Museums bestialisch erschlagen; in Jaffa mordeten jüdische Faschisten eine ganze arabische Familie (Frauen und Kinder); drei arabische Häuser, die sich in jüdischer Umgebung befanden, wurden am 26. 8. angezündet und ausgeraubt (als Rache für die angezündeten und geplünderten jüdischen Kolonien Hartov, Huklah und Beer Tuvlah); auf der Jaffa-Straße wurden arabische Läden aufgerissen und geplündert. Wenn auch organisierte Ueberfälle auf arabische Siedlungen nicht erfolgten (was ja angesichts dessen, daß die Juden eine kleine Minderheit im Lande sind, wirklich absurd gewesen wäre), so taten die zionistischen Faschisten doch

alles, um die Araber in dem Glauben zu bestärken, daß wirklich die Juden ihre ersten Feinde seien, um der arabischen verräterischen Führung die Möglichkeit zu geben, die Uebertragung des Kampfes nicht gegen die wirkliche Front: den britischen Imperialismus, zuzulassen.

Ogleichwohl wurde die Front übertragen. Sie war es von vornherein in den rein arabischen Gegenden (Nablus, Tulkarem, Gaza, Transjordanien), wo nur direkte arabisch-britische Zusammenstöße erfolgten; sie zeigte sich in Jaffa, als der Führer des nationalrevolutionären Flügels der Araber, der Sekretär der Ant imperialistischen Liga in den arabischen Ländern, Hamdi eff el-Husseini, mit den Seinen offen für den ant imperialistischen Aufstand, aber gegen das Abschlagen unschuldiger jüdischer Einwohner auftrat; sie zeigte sich in Haifa, als der Arbeitervertreter im Jungmuscelmännischen Verein vor Pogromen warnte und zur Vereinhigung mit den jüdischen Arbeitern zwecks Vernichtung des Imperialismus und seiner zionistischen Helfer aufforderte; sie zeigte sich endlich in den zahlreichen Scharmützeln und Schlachten, die zwischen dem in den letzten Augusttagen in Palästina eingerückten britischen Militär und den in Bewegung geratenen Beduinen (bei Samakh, an der syrischen Grenze; an den Uebergängen von Transjordanien; in Südpalästina usw.) stattfanden.

Gerade in dem Augenblick, wo die klerikalen Führer der Bewegung sie in niederträchtiger Weise verrieten (am 27. August erließen der Vorsitzende der mohammedanischen Medschless — intellektueller Führer der Bewegung —, der mohammedanische Bürgermeister von Jerusalem und der Vorsitzende des arabischen Exekutiv-Komitees einen Aufruf, in welchem sie zur Ruhe und Unterwerfung mahnten...), war die Bewegung bereits fast überall in eine ant imperialistische Revolution hinausgewachsen. Besonders unterstrichen wurde dies durch den Umstand, daß der britische Oberkommissär Fie John Chancellor am 1. 9. eine „Proklamation“ erließ, in welcher er seine Entrüstung über die Greuelthaten — nur die arabischen — aussprach und „als Strafe“ mitteilte, er hätte die Unterhandlungen über konstitutionelle Veränderungen in Palästina (konkret: die arabisch-nationalreformistische Forderung eines Parlaments) unterbrochen, was zugleich die imperialistische „Nutzanwendung“ des palästinensischen Blutbades und eine neue Provokation gegen die Araber bedeutete.

Außerdem werden die britischen „Repressalien“ derart grausam und niederträchtig durchgeführt, daß außer den Kämpfen an der Peripherie des Landes auch das Aufflammen des Aufstands im Lande selbst (angesichts der ungeheuren Massenerregung) in Betracht gezogen werden muß. In jedem Fall bedeutet der auf pogromistische Irrwege geleitete Massenaufstand keineswegs das Ende der Aufstandsbewegung, sondern den ersten neuen Auftakt zur neuen Etappe der arabischen Revolution, ebenso wie der im Jahre 1925 ausgebrochene syrische Aufstand einen Teil derselben bildete. Er hat gezeigt, daß die Stabilität der britischen Herrschaft und damit ihrer zionistischen Agenturen in Palästina ebenso unsicher und wacklig ist, wie die der französischen in Syrien (wo die palästinensische Bewegung Solidaritätsdemonstrationen von Zehntausenden auf den Plan rief) und die der britischen Vasallen Feisal und Abdallah im Irak und Transjordanien (wo ebenfalls enge Zusammenstöße stattfanden).

Mit unerhörtem Terror versucht das „Ordnungsmilitär“ MacDonald-Hendersons das trotz raffiniertester imperialistischer Winkelzüge schon hervorgetretene Gespenst des Befreiungskampfes der arabischen Kolonialmassen zu verschrecken. Hunderte und aber Hunderte werden verhaftet und in Ketten gelegt, Dörfer und Stadtbezirke werden bombardiert, „maximale“ Kontributionen über die Dörfer verhängt und mit roher Gewalt eingetrieben (überall assistieren jetzt die Zionisten und Zions-Sozialisten einschließlich der verräterischen „Linken Poale Zion“ diesem imperialistischen Massenterror und sind die ärgsten Scharfmacher gegen die arabischen Arbeiter und Bauern, entfalten eine Greuelpropaganda, die die Pogrom-Momente ins Phantastische übertreibt, die Momente des revolutionären Aufschwunges der arabischen Masse und die eigenen Pogrom-Akte sorgfältig vertuscht). Außer dieser „organisierten“ Willkür betreiben die „Ordnungstruppen“ noch ihren eigenartigen Sport: die arabischen „Natives“, auch Frauen und Kinder, die den vorüberrausenden Autos in Schußweite kommen, werden einfach „abgeschossen“, „niedergemacht“. Humanität und Zivilisation halten auf rührenden Trümmern ihren Einzug.

Die Pogromführer der arabischen Nationalreformisten und

die zionistische Faschistenbande bleiben ebenso wie die britischen Beamten unbehelligt. Aber der revolutionäre Nationalistenführer Hamdi Hussein, der gegen Pogrome und für anti-imperialistischen Kampf auftrat, ist verhaftet worden und wird mit Todesstrafe bedroht; hunderte unschuldiger jüdischer und arabischer Bauern werden in aller Stille hinter Gefängnismauern von britischen Rechten abgeurteilt.

#### d) Arbeiterklasse und Kommunistische Partei.

Als selbständige, unabhängige Kraft mit eigenen Forderungen trat die palästinensische Arbeiterklasse im Aufstand nicht auf. Wohl ist die städtische Arbeiterschaft (Araber und Juden zusammen), die in den letzten Jahren bedeutend gewachsen ist, objektiv, d. h. nach Zahl, schwerer Wirtschaftslage der Arbeitermassen, gesellschaftlichem Teilgewicht, in der Lage gewesen, bei geschlossenem revolutionärem Auftreten eine bedeutende, ja führende Rolle in der Massenbewegung zu spielen.

Aber die Tätigkeit der zionistischen Sozialreformisten hat die Arbeiterklasse selbst gespalten; sie hat nicht nur einerseits eine zionistisch-jüdisch-chauvinistische Organisation geschaffen, die „Histadruth“, die bei der Entwicklung der Geschmeisse zu einem Anhängsel des jüdischen Faschismus und des britischen Imperialismus wurde, sondern auch das Organisations-Monopol, welches sie von den Engländern und Zionisten hatte, dazu ausgenutzt, um die arabischen Arbeiter nicht in die Histadruth hereinzulassen, ja, ihre Organisation durch die revolutionären Arbeiter mit allen Mitteln zu verhindern. Auch bestanden keine rein arabischen, revolutionären Massenorganisationen im Lande.

Immerhin war die einzige internationale und revolutionäre Organisation im Lande, die noch schwache und durch die unermüdlichen Verfolgungen des britischen Regierungsapparates, der zionistischen und arabischen Bourgeoisie noch mehr abgeschwächte Kommunistische Partei Palästinas die einzige, die den Interessen der Arbeiterschaft Ausdruck gab. Unermüdlich hämmerte sie in Aufrufen, Flugblättern, illegalen Versammlungen, trotz Regierungsterror durchgeführten Demonstrationen (am 1. August) jüdischen und arabischen Arbeitern ein: bekämpft nicht einander, vereinigt Euch gegen den britischen Imperialismus, seine zionistischen und arabischen-feudalbourgeoisien Helfer. Man kann sagen, daß am Tage des Ausbruches der Bewegung die Grundeinschätzung der Lage, die die KP. Palästinas gab: Der britische Imperialismus will national-religiöse Blutvergießen, um seine eigene Herrschaft auf Rechnung jüdischer und arabischer Werktätiger zu festigen, Gemeingut der Mehrheit der jüdischen und der arabischen Arbeiter war. Der letzte Aufruf der KP. — am Tage der Geschmeisse — wurde z. B. von 99 Prozent der Arbeiter der Haifaer Eisenbahnwerkstätten, von vielen jüdischen Arbeitern (auch Sozialisten) gutgeheißen. Tatsächlich kam es, wenn auch nicht zu jüdisch-arabischer Arbeiterverbrüderung, doch zu mehreren bemerkenswerten Akten von Arbeitersolidarität (Rettung jüdischer Arbeiter durch arabische in verschiedenen Städten und umgekehrt: Rettung arabischer Arbeiter durch jüdische vor sozialfaschistischen Racheakten). Aber zu direkter Massenaktion der Arbeiterschaft, die eben nur in der von den Kommunisten gezeigten Richtung von Fraternisation zum Kampf gegen den englischen Imperialismus hätte gehen können, kam es nicht, dazu war der Einfluß der KP. sowohl auf jüdische wie auf arabische Arbeiter noch zu gering.

Der Gang der Ereignisse hatte aber klar erwiesen, daß bei anderem Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft (d. h. bei aktiver Führung der Fellachen nicht durch die klerikalen Feudalherren, sondern durch die Arbeiter) die Möglichkeit einer siegreichen Revolution, d. h. der Errichtung einer revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern bestanden hätte.

Gerade deswegen, um diese Entwicklung, an deren Spitze sich die KP. stellen würde, zu verhindern, bemühen sich die Zionisten einerseits, die arabischen Feudalherren andererseits, den nationalen Abgrund noch mehr als bisher zu vertiefen und den Religionskampf permanent zu machen. Das Organ der Sozialfaschisten „Davar“ veröffentlicht „Siegeslieder“, die in einen „Preisgesang der Schlächtereien, Preisgesang den Feuersbrünsten“ ausklingen und deren Zweck die Aufstachelung des Nationalhasses unter den Arbeitern ist. Ebenso verbreiten die arabischen Nationalreformisten immer noch die Version, man

müsse „Aufstand gegen die Juden“, nicht gegen die Engländer machen — und säen Illusionen über eine bevorstehende „neutrale“ britische Mission, die die „Wahrheit an den Tag bringen werde!“

Dagegen tritt die Komm. Partei mit den Losungen auf: „Friede dem arbeitenden Volke — Krieg den imperialistischen Herrschern“, „Setzt den Kampf fort, nicht gegeneinander, sondern mittelnd gegen Imperialismus, Zionismus und die arabischen Nationalverräter“, „Laßt Euch nicht entwürfen“, „Schafft die Arbeiter-Bauern-Regierung, die allein Gewähr für Schutz der Werktätigen-Interessen bieten wird“, „Vereinigung aller arabischen Länder in einer unabhängigen Arbeiter- und Bauernrepublik“.

Wird den palästinensischen Arbeitern und Bauern die Solidarität und Hilfe der proletarischen Massen in England, Amerika, Frankreich, Deutschland und den anderen imperialistischen Ländern geboten werden, so werden sie gewiß — ungeachtet aller von MacDonald gesandten Aeroplane und Panzerautomobile, Kriegsschiffe und Maschinengewehre, ungeachtet aller von seinen Beamten ausgeheckten teuflischer Pogrompläne, ungeachtet der Hetze der Faschisten und Sozialfaschisten, ungeachtet der verräterischen Rolle der arabischen feudalen und bourgeoisen Klasse — die große Befreiungsaufgabe erfüllen können.



## Die KP. Palästinas und der arabische Aufstand.

Von Bob (Jaffa).

\*\* Unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen gelang es der KP. Palästinas, in den letzten Tagen eine erweiterte Plenarsitzung des ZK. einzuberufen, in der die Rolle und die Aufgaben der palästinensischen Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KP. Palästinas, im arabischen Aufstand behandelt wurden. Schon die technische Veranstaltung des Plenums bot unter den allgemeinen Bedingungen des Ausnahmezustandes und besonders schwerer Verfolgungen gegen die Kommunisten große Komplikationen.

Bei dem ungeheuren Chauvinismus, der infolge der Ablenkung der Aufstandsbewegung auf die Bahn von Pogromen und nationalen Kämpfen entstanden ist, bei der faktischen Einteilung der Städte und Gegenden des Landes in nationale „Zonen“, wobei jedem Juden, der die arabische „Zone“ betritt, und umgekehrt jedem Araber, der sich in jüdisches Gebiet vorwagt, Gefahr droht, bei der gewissenlosen Hetze der nationalistischen Führer beider Seiten bedeutete schon die Zusammenkunft jüdischer und arabischer Arbeiter ein großes Wagnis. Das Plenum konnte aber feststellen, daß die Parteimitgliedschaft der allgemeinen Welle des Chauvinismus wirksam widerstanden hatte: Die KP. Palästinas erwies sich, wie in „Friedenszeiten“, so auch inmitten des von reaktionären Händen entfesselten Nationalkrieges als der einzige Hort des Internationalismus, wo volle Übereinstimmung zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern herrscht. Insbesondere die Aktivität der arabischen Parteimitglieder hatte sich während der Aufstandstage vergrößert; sie agitierten für die Überleitung der Bewegung in einen rein antilmperialistischen Aufstand und für die Vereinigung der jüdischen und arabischen Werkfätigen zu diesem Zweck.

Auf der Tagesordnung standen: 1. Die internationale Lage, der Aufstand in Palästina und die innerparteiliche Lage. 2. Arabisierung und Organisationsfragen.

Zur ersten Frage wurde festgestellt, daß im allgemeinen die Linie des ZK. richtig war, daß sowohl Einschätzung der Bewegung als Volksaufstand wie auch Bekämpfung ihres reaktionären Charakters, soweit sie in der Richtung von Pogromen abgelenkt wurde, und die Versuche, sie auszubreiten, antilmperialistische Kampfaktionen anzustellen, ganz den Interessen der werktätigen Schichten Palästinas und den wahren Interessen der revolutionären Bewegung entsprachen. Dementsprechend war auch die Unterstreichung der Rolle, welche die zionistisch-britische Provokation einerseits, die arabische feudal-klerikale Führung andererseits spielte, die Entlarvung der wirklichen Absichten des britischen Imperialismus, der Zionisten und der verräterischen arabischen Bourgeoisie durchaus am Platze. Das ZK. übersah auch nicht die tiefen sozialen Wurzeln der Bewegung und ihren agraren Charakter, was in der Unterstreichung der Agrarlosungen zum Ausdruck kam.

Zwar beging das ZK. eine Reihe von Fehlern, die es selbst in den Thesen, die den Parteiorganisationen vorgelegt wurden, eingestand: Das Tempo der Entwicklung war ein viel rascheres, als die Führung der Partei erwartete, die Linksschwenkung der KP. und damit ihre praktische Umstellung auf die Aufgaben revolutionärer Situationen, die in der dritten Periode entstehen können, kamen zu spät und wurden (vielfach durch die Diskussion mit der rechten Opposition gehehmt) nicht gründlich genug durchgeführt, so daß zur organisatorischen Schwäche der Partei beim Ausbruch des Aufstandes auch noch das Moment ihrer ungenügenden Kampffähigkeit hinzu kam. Da aber der Ausbruch am 23. August nur eine erste Welle der in allen arabischen Ländern heranreifenden umfassenden Aufstandsbewegung darstellt, können diese Fehler bei einer weiteren richtigen und konsequenten Linie der Partei verbessert werden.

Allerdings haben die Ereignisse gezeigt, daß neben der überwiegend großen Parteimehrheit, die aus den blutigen Ereignissen die gehörigen Lehren zog, die rechten, opportunistischen Elemente in ihnen die Gelegenheit erblickten, eine Generalatlacke gegen die Linie der Partei und der KI. zu beginnen. Diese Elemente hatten die Tatsache, daß sich das ZK. mit einem scharfen ideologischen Kampfe gegen sie begnügt hatte und nicht zu organisatorischen Maßnahmen zwecks Ausschluß des opportunistischen Flügels aus der Partei griff, die Disziplin der Partei zu untergraben und zu Konsequenzen zu gelangen, die mit einer völligen Liquidierung der revolutionären Parteilinie gleichbedeutend sind.

Die rechten Opportunisten waren gegen die Linksschwenkung der Partei, verhöhnten die dritte Periode als Einbildung der KI., leugneten die Radikalisierung der Massen, bekämpften die Demonstrationen des 1. Mal und des 1. August und lehnten die organisatorischen Prinzipien des kommunistischen Parteaufbaus ab.

Während der Ereignisse dekredierte das Parteikomitee von Haifa (wo die Rechten den Haupteinfluß hatten) kurzerhand, daß der Aufruf des Zentralkomitees der KP. Palästinas, der von der „Befreiungsbewegung der arabischen Massen“ sprach, unrichtig sei, da es keine Befreiungsbewegung gegeben hätte, sondern nur Pogrome. In Anlehnung an das Geheul der zionistischen und poale-zionistischen Agitationsmaschine griffen diese „Kommunisten“ nur die Momente von nationalen Kämpfen und grausamen Ueberfällen aus den Geschichtsbüchern heraus, übersahen geflissentlich alle sozialen Triebkräfte der Bewegung, die antilmperialistischen Ausbrüche an den Orten, in denen es keine jüdisch-zionistische „Barriere“ gab, leugneten die Möglichkeit der Übernahme der Führung in der Bewegung durch die Arbeiterklasse (KP.) und erklärten schließlich, die einzig mögliche „Taktik“ sei gewesen, zu Hause zu sitzen und den Abschluß der „Pogrome“ abzuwarten, überhaupt wäre es für die jüdischen Arbeiter das Beste, aus Palästina wegzufahren.

Das Komitee von Haifa begnügt sich aber nicht mit dieser genialen „Analyse“ der Bewegung, es ging zu offener Aktion gegen das ZK. über. Es konfizierte kurzerhand den ihm unbequemen Partelauftritt und gab dadurch den Kommunistenfeinden in Haifa die Möglichkeit, eine furchtbare Hetzagitation gegen die Kommunisten zu beginnen, den größten Unsinn über die Stellung der Kommunisten zu verbreiten und das Mißtrauen der sympathisierenden Arbeiter zur Partei zu wecken.

Unter solchen Umständen mußte sich das Plenum ganz ausschließlich mit der rechten Opposition auseinandersetzen. Das Urteil fiel einheitlich aus, es entsprach auch den Empfehlungen, die das Sekretariat des EKKI. in seinem Briefe vom 13. August (der erst während des Aufstandes eingelangt war) dem ZK. der KP. Palästinas gab: Das Festhalten an der rechten Ideologie wurde als unvereinbar mit dem weiteren Verbleiben in den Reihen der KP. erklärt und das ZK. aufgefordert, die Partei sofort von allen Vertretern des Opportunismus und klehbürgerlichen Poale-Zionismus zu reinigen.

Gleichzeitig wurde auch die Haltung der halbbrechten (versöhnlerischen) Elemente abgelehnt. Diese Elemente sind nur „zum Teil“ mit den Rechten einverstanden; so in der Frage der „Radikalisierung“ des 1. August und dergleichen und sind auch gegen scharfe organisatorische Mittel im Kampf mit der rechten Gefahr.

Eine Art „Plattform“ dieser Elemente sah das Plenum im Artikel des Genossen Alini in der Inprekorr Nr. 87. Hier wird zwar im Grunde genommen die Losung der Arbeiter-Bauern-Regierung, der Agrarrevolution, der scharfen Front gegen die verräterische Nationalbourgeoisie gegen die Genosse Alini früher Sturm lief nicht bekämpft, aber Genosse Alini sieht eine Gefahr darin, die „Radikalisierung der arbeitenden Massen zu überschätzen“ und hält die Lage für „eine Offensive der Werkfätigen“ für noch nicht reif. Nun ist es aber gerade der Fehler der Partei gewesen, die Radikalisierung der Massen unterschätzt zu haben und die objektive Lage war noch für eine weit energischer und umfassendere Offensive der Werkfätigen reif, als sie von der Partei nach ihrer „Linksschwenkung“ begonnen wurde. Nach dem Beschluß des Plenums können die Versöhnler nur dann in der Partei bleiben, wenn sie ihren falschen Standpunkt aufgeben und einen Kampf in Wort und Tat gegen die rechte Gefahr beginnen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung war es die einstimmige Meinung des Plenums, daß das Tempo der Arabisierung der Partei aufs höchste beschleunigt werden müsse. Die objektiven Voraussetzungen hierzu sind durch die tiefe

revolutionäre Aufwühlung der Massen und durch den Verrat der nationalen arabischen Führung gegeben. Bei der Vergrößerung ihrer arabischen Kader kann die Partei schon in der nächsten Etappe der revolutionären Entwicklung eine wichtige Rolle spielen. Die britische Regierung und die mit ihr verbündeten reaktionären Kräfte fühlen das nur zu gut, und die ungelueuer verstärkten Verfolgungen der Partei sind eben auf die Angst vor dem Wachsen der revolutionären Arbeiterbewegung und des Kommunismus zurückzuführen.

## Unter der Fesse des britischen Imperialismus

# Gegen den imperialistischen Terror in Palästina.

## Aufruf der Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit.

\*\* Hamid el Husseini, Mitglied des Generalrates der Liga gegen Imperialismus, und Kemal el Daschani, einer seiner Anhänger, die seit dem 27. August im Gefängnis von Jaffa sitzen, ohne bis jetzt verhört zu werden, sind seit der ersten Oktoberwoche in den Hungerstreik getreten.

Der imperialistische Terror wütet in Palästina. Hunderte sind verhaftet. Das Sondergericht in Haifa verurteilte 45 Bauern von Tirah zu insgesamt 185 Jahren schweren Kerkers. Die Bauern waren beschuldigt, einen Marsch auf Haifa unternommen zu haben, ohne daß es aber zu einem Zusammenstoß gekommen wäre. Insgesamt haben die Gerichte schon über 1000 Jahre Kerker verhängt, obwohl die großen Prozesse von Jerusalem, Hebron, Safed usw. noch bevorstehen. Die Gefängnisse sind so überfüllt, daß man die Verhafteten in Zwangslager überführt, wo sie auf die brutalste Weise mißhandelt werden.

Wie konnte Hamid el Husseini von diesem durch die MacDonald-Regierung angeordneten Terror verschont bleiben! Hamid el Husseini, Führer des linken Flügels des arabischen Nationalkongresses, hatte die Kühnheit besessen, an einer Exekutivsitzen der Liga gegen Imperialismus in Köln teilzunehmen. Schon damals wurden bei seiner Rückkehr alle von ihm mitgebrachten Schriften und sogar Bücher beschlagnahmt und er selbst unter scharfe polizeiliche Beobachtung gestellt.

Hamid el Husseini war es, der in seinen Reden und Schriften verkündete, daß der Kampf gegen den britischen Imperialismus nur geführt werden kann, wenn sich die arbeitende Bevölkerung, die Arbeiter und Bauern, ob Mohammedaner, Juden oder Christen, vereinigen und einen unerbittlichen Kampf gegen den Imperialismus und seine Helfershelfer, die Zionisten und die arabischen Großgrundbesitzer, führen.

Am 12. August 1929 trat die arabische Jugend Palästinas zu einem Kongreß zusammen. Hamid el Husseinis Ausführungen wurden begeistert begrüßt und der aktive antiimperialistische Kampf programmatisch verkündet. Er und seine Freunde wurden in der Folge noch schärfer beobachtet. Kriminalpolizisten schlofen vor seiner Tür, so daß sein eigenes Haus in ein Gefängnis verwandelt wurde.

Als am 23. August in Jerusalem der Aufstand ausbrach, versuchten die beiden Stützen des Imperialismus, die Zionisten und die feudalen arabischen Elemente, aus ihm ein „Klagemauer-Ereignis“ zu machen.

Hamid el Husseini trat am 24. August in Jaffa offen auf. Er führte aus, daß es nun an der Zeit sei, daß sich die arbeitenden Juden und Mohammedaner vereinigen. Der Kampf müsse gegen den Imperialismus und das Mandatssystem geführt werden. Mit der Annullierung des Mandats falle auch die Balfour-Deklaration.

Dies genügte um Hamid el Husseini zu verhaften! Also nicht die revisionistisch-zionistischen Scharfmacher und die reaktionären feudalistischen Elemente, die versucht hatten, die berechnete Empörung der arabischen Massen für ihre Sonderinteressen zu benutzen, sondern gerade derjenige, der die arabische Bevölkerung über den wahren Charakter der Ereignisse aufklärte. Hamid el Husseini, wurde ins Gefängnis geworfen unter der Anklage, daß er die Bevölkerung zu einer Revolution gegen die Regierung aufgefordert habe.

Seit zwei Monaten sitzt Hamid el Husseini im Gefängnis. Der Haftbefehl gegen ihn wurde von der Regierung schon zum viertenmal verlängert. Er wird nicht wie ein politischer Gefangener, sondern wie ein gemeiner Verbrecher behandelt. Wird er außerhalb des Gefängnisses geführt, so fesselt man ihn in Ketten.

Die Proteste der arabischen Organisationen aus allen Teilen des Landes und die Erregung der arabischen Bevölkerung gegen diese unerhörte Brutalität sind wirkungslos geblieben.

Unter solchen Umständen haben Hamid el Husseini und Kemal el Daschani den Hungerstreik erklärt. Husseini erklärte:

„Wir haben beschlossen, in den Hungerstreik zu treten, da wir all die Zeit über nicht verhört wurden, und um gegen die grausame Behandlung zu protestieren. Dies gilt,

solange die Regierung beabsichtigt, uns auf diese Weise im Gefängnis zu halten.

Die Regierung hat scheinbar kein Interesse daran, ob wir leben oder sterben. Das ist ihr gleich. Wir haben uns aber fest entschlossen, den Streik weiterzuführen und davon nicht abzugehen, bis wir frei werden. Wenn wir nicht mehr leben, so müßt ihr wissen, daß die Mandatsmacht mit ihrer grausamen Ordnung uns getötet hat und nicht der Hunger.“

Inzwischen haben auch andere politische Gefangene, die größtenteils im Zusammenhang mit den Ereignissen eingekerkert wurden, eine Reihe von Forderungen, wie Abschaffung der demütigenden Gefängnisordnung, ein besonderes Regime für politische Gefangene, Abschaffung des Händefessels, Befreiung der administrativen Gefangenen, Amnestie für politische Vergehen usw., aufgestellt. Nachdem diese nicht erfüllt wurden, traten 46 Genossen ebenfalls in den Hungerstreik.

In Palästina, Indien und Irland sind die Kerker mit Revolutionären, die für die Unabhängigkeit ihrer Länder und für die Befreiung der werktätigen Massen kämpften, überfüllt. In Lahore und in Meerut in Indien sind die Gefangenen in den Hungerstreik getreten, um bei der MacDonald-Regierung eine besondere Behandlung der politischen Gefangenen durchzusetzen. Der junge Nationalrevolutionäre Jafindranath Das hat sein Eintreten für seine unterdrückten Brüder schon mit dem Leben bezahlt. Die „Arbeiterregierung“ MacDonalds war immer noch bereit, Revolutionäre in den Gefängnissen sterben zu lassen. Die arbeitenden Massen Indiens, Palästinas, Irlands, Großbritanniens und der ganzen Welt haben jedoch kein Interesse, die imperialistischen Pläne einer „Arbeiterregierung“ zu unterstützen. Sie müssen den Kampf aufnehmen gegen die imperialistische Politik der Regierung MacDonalds, die von der englischen Arbeiterpartei und der Unabhängigen englischen Arbeiterpartei unterstützt wird;

für die sofortige Befreiung Hamid el Husseinis und all der Revolutionäre, die in den Kerkern des britischen Imperiums schmachten!

Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.100, S.2381



## Unter der Fesse des britischen Imperialismus

# Partisanen- und Massenkämpfe in Palästina.

Von J. B. (Jerusalem).

\*\* Nach den Ereignissen der letzten Wochen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die antiimperialistischen Kämpfe in Palästina in ein neues Stadium getreten sind. Dieses Stadium wird vor allem durch die verstärkten Bemühungen der arabischen feudal-bourgeoisen Führung gekennzeichnet, den Aufstand vollkommen zu liquidieren und so schnell wie möglich zu einem Ausgleich mit den Briten — und sogar, wie eine Reihe von Kernzeichen, so der Besuch des britischen Abenteurers Kapitän Canning in Palästina, Projekte zur Lösung der Palästina-Frage von seiten des bekannten „Araberfreundes“ Philby und eine Reihe von Artikeln in der arabischen Presse beweist: mit den „gemäßigten“ Zionisten — zu kommen. Aber weder die unerhörten Terrormittel der britischen Regierung (Todesurteile, Kerkerstrafen, Kontributionen) noch der Verrat der Führung sind imstande, die Bewegung zu vernichten, die von den Massen selbst getragen, nimmend in zwei Richtungen geht: in der Richtung unorganisierter Partisanenkämpfe (besonders auf dem flachen Lande) und in der Richtung spontaner Massenaufbrüche (besonders in den Städten).

Die Partisanenkämpfe haben vor allem argiraren Charakter. Bald ist es der Widerstand der Bauern gegen Entwaffnungsversuche (so in den Dörfern um Jerusalem), bald ihre Selbstverteidigung gegen die Enteignung durch die zionistischen Kolonisten, deren Appelle und imperialistische Raubmethoden durch die Ereignisse keine Einschränkung erfahren (Zusammenstöße zwischen arabischen Eingeborenen und Kolonisten fanden besonders in letzter Zeit bei Wadi Havaras statt), bald endlich primitive Versuche von Ueberfällen auf britische Posten, einzelne zionistische Kolonien — dies ist der Ausdruck der Partisanenbewegung in verschiedenen Teilen des Landes.

Obwohl die Zionisten angesichts dieser Bewegung über „Banditismus“ schreien, und die Briten nichts unversucht lassen, um den „Banden“ auf die Spur zu kommen, läßt sich doch die „Ruhe und Sicherheit“ nicht wieder herstellen. Auch die unerhörten hohen Kontributionen können nicht eingezogen werden. Der arabische Fellach und Beduine — diese Aermsten der Armen, deren Jahresbudget, wie auf die Frage des Vertreters der britischen Arbeiterpartei in der Untersuchungskommission festgestellt wurde, 12 bis 18 Pfund (240 bis 360 Mark) beträgt, deren Lage also kaum noch ärger werden kann, als sie ist, — setzen ihren Kampf mit dem Mut der Verzweiflung und mit den ihnen eigenen primitiven Methoden fort, obwohl sie die Führerclique längst verraten hat.

Was die Massenbewegung in den Städten anbetrifft, so ist auch diese den Führern weit über den Kopf gewachsen. Letztere wollten, da die Interessen der Handelsbourgeoisie vor allem in der Konkurrenz mit den jüdischen Händler liegen, die Massenbewegung dazu ausnutzen, um die Boykottlösung zu proklamieren und auf diese Weise sich selbst, unter dem Mäntelchen „nationaler“ Losungen, größere Profite zu schaffen. Aber ihr Plan, die Bewegung auf rein antijüdische Bahnen zu lenken, mißglückte. Es kam vielmehr, als die Regierung die Boykottagitator zum Vorwand nahm, um einige antiimperialistische Aktivisten (unter ihnen wieder Hamdi el Hüsselni und mehrere seiner Anhänger, die man, obwohl sie nie ein radikal-nationalistisches Programm vertreten, kurzweg als „Kommunisten“ bezeichnet) zu verhaften, zu einer mächtigen Massenprotestbewegung in Jaffa, die sich zu einem allgemeinen Streik auswuchs.

Einige Tage lang währten der Streik und die Unruhen in Jaffa. Es kam zu einer Demonstration vor dem Regierungsgebäude, die nur mit Mühe auseinandergetrieben werden konnte; einige der Verhafteten (die auf administrativem Wege zur Verschickung verurteilt wurden) setzten der britischen Polizei Widerstand entgegen, und die Masse machte ihrerseits Versuche, die Gefangenen zu befreien. Die Lage in Jaffa wurde so gespannt, daß ein britisches Kriegsschiff in Bereitschaft gesetzt und mehrere Aeroplane mobilisiert werden mußten. Die wirksamste Hilfe aber leisteten der Regierung wieder einmal

die national-reformistische Führung, als die Bewegung in einen bewaffneten Aufstand überzuwachsen drohte, als aus den Jaffa benachbarten Dörfern die Fellachen in Massen in die Stadt strömten, und als die Unterstützung der Aktion von Jaffa an verschiedenen anderen Punkten des Landes notwendig wurde, da bliesen die arabischen Führer die Bewegung ab, sie liquidierten den Streik und verhinderten die Solidaritätskundgebungen in den anderen Städten.

In den Aufrufen der Kommunistischen Partei Palästinas, die in arabischer Sprache verteilt wurden, wird zur Umwandlung des Generalstreiks in einen antiimperialistischen Aufstand aufgerufen. Es wird die Bildung revolutionärer Arbeiter- und Bauernkomitees zwecks Uebernahme der Führung aus den Händen der Verräter aufgefordert. Die Lösung der Eroberung des Bodens der Großgrundbesitzer und der reichen zionistischen Kolonisten wird aufgestellt. In den gleichzeitig in hebräischer Sprache herausgegebenen Aufrufen werden ferner die jüdischen Arbeiter gemahnt, sich mit der arabischen revolutionären Bewegung zu verbrüdern. Beide Aufrufe schließen mit der Parole: Nieder mit dem Imperialismus! Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung! In Jaffa wurden auch große rote Fahnen mit arabischen Aufschriften gehißt, die zur Vereinigung aller Arbeiter und zum Kampf gegen Zionismus und Imperialismus mahnten.

Die fortschreitende Radikalisierung der Massen eröffnet tatsächlich von Etappe zu Etappe der revolutionären Geschehnisse immer größere Perspektiven für deren bewußt revolutionäre Führung.

Inprekorr 9. Jg. (1929), Nr. 115, S. 2701

A. — M.:

## DIE REVOLUTIONÄREN PERSPEKTIVEN IN PALÄSTINA

### 1. Die soziale und politische Unterlage der letzten Ereignisse in Palästina

Die jüngsten Ereignisse in Palästina lenkten die Aufmerksamkeit beinahe der gesamten Welt auf dieses kleine Land. Gewiß, wir besitzen noch allzu geringes Tatsachenmaterial, um diese Ereignisse in endgültiger Weise beurteilen zu können. Die bürgerlichen Korrespondenten und Reporter greifen noch selber fehl in der Terminologie, in der Wertung dieser Ereignisse. Bald stellen sie sie dar als einen „arabischen Pogrom“ gegen die Juden (die amerikanische Version), bald als einen „zionistisch-faschistischen Feldzug“ gegen die Araber (die deutsche Version), bald wieder als eine „Föbelrevolte“ (die englische Version). Den wahren Sinn dieser Ereignisse jedoch verschweigen die bürgerlichen Zeitungen. Aber selbst aus diesen kärglichen, von der englischen Zensur gründlich gesiebten Nachrichten wird schon ihre nationale Bedeutung, ihr allgemeiner Volkscharakter ersichtlich. „Und das gerade ist es ja, was den Ereignissen den Charakter einer Revolution verleiht“ (Lenin). Gerade das spricht dafür, daß wir es hier nicht mit einer gewöhnlichen „Rebellion“, nicht mit einem Pogrom zu tun haben, sondern mit einer ziemlich ersten Bewegung der arabischen Massen gegen den Imperialismus.

Im Grunde genommen sind die Ereignisse in Palästina nur das Glied einer ganzen Kette erster Kundgebungen, die davon Zeugnis ablegen, daß die arabische revolutionäre Bewegung an einem Wendepunkt angelangt ist. Wir haben eine ganze Reihe von Symptomen, die das Nahen einer neuen revolutionären Welle im arabischen Osten verkünden.

Wir wollen hier wenigstens folgende Geschehnisse festhalten, die sich im Verlauf der letzten Monate abspielten: Die Konferenz der syrischen Revolutionäre in Nabek; die revolutionäre Deklaration, die Kazem Bey Atassi im Namen der aufgelösten gesetzgebenden Versammlung Syriens veröffentlichte; die Konferenz der arabischen Jugend in Haifa und Jaffa; die Erklärung des Exekutivkomitees der arabischen Opposition in Transjordanien und schließlich die Anwesenheit einer ziemlich zahlreichen Gruppe arabischer Nationalisten, besonders revolutionärer Jugend, auf dem zweiten Kongreß der Antimperialistischen Liga in Frankfurt. Fügt man dem die ununterbrochenen Unruhen, die kleinen Zusammenstöße im Irak, die aufständische Bewegung in Arabien, die oppositionellen Erhebungen (Demonstrationen, Manifestationen) der arabischen Jugend in Damaskus hinzu, so werden wir eine gewisse Vorstellung von jenem revolutionären Hintergrund bekommen, auf dem sich die letzten Ereignisse in Palästina abgespielt haben.

Palästina, eine kleine Provinz des ehemaligen ottomanischen Imperiums, hat sich im Verlauf des Krieges in eine englische Kolonie verwandelt. Es

umfaßt alles in allem 24 000 Quadratkilometer. Auf diesem kleinen Territorium wohnt eine zahlenmäßig kleine Bevölkerung (ungefähr 900 000 Menschen). Ungeachtet dessen war es von jeher schon ein Objekt des imperialistischen Kampfes. Deutschland, Frankreich, England und das alle Rußland suchten seit langem schon in dessen Besitz zu gelangen. Nicht allein die materiellen Reichtümer Palästinas waren es, die die Aufmerksamkeit der Imperialisten auf sich lenkten. Was vor allem die Aufmerksamkeit der imperialistischen Mächte fesselte, das ist die strategische und politische Lage Palästinas. Palästina liegt an den großen Straßen des europäischen Imperialismus.

Die Nähe des Suezkanals, der den Ausgang aus dem Mitteländischen Meer in die indischen Gewässer bildet und das Bindeglied zwischen England und seinen östlichen Kolonien darstellt, macht aus Palästina ein äußerst wertvolles Gebiet zum Schutz des östlichen Vorgebietes des Suezkanals. Im Falle einer Verschärfung der anglo-ägyptischen Beziehungen, im Falle einer ersten Gefahr, die dem Suezkanal seitens der ägyptischen revolutionären Bewegung drohen sollte, können die englischen Truppen und Flugzeuge mit Leichtigkeit mobilisiert und in den Kampf eingesetzt werden. Als Reservebasis und Schutz des Suezkanals stellt Palästina gleichzeitig ein Glied der britischen Besitzungen im Mitteländischen Meere dar. Der Kriegshafen von Haifa soll nach den Plänen des britischen Marineministeriums das Mitteländische Meer endgültig in ein britisches Binnenmeer verwandeln. Neben Gibraltar, Malta, Zypern und Suez erhält England dort eine neue militärische Basis für seine Mittelmeerflotte.

Diese Basis ist noch in der Hinsicht von großer Bedeutung, als durch Palästina die Landwege des englischen Handels zum persischen Golf und nach dem Sudan führen. Palästina verbindet die Mittelmeerzone mit Hindustan; durch Palästina wird der Schienenstrang Haifa—Bagdad führen, der einen Abschnitt der großen britischen Eisenbahn Kapstadt—Kairo—Kalkutta (die berühmten drei englischen „K's“) bilden soll und gleichzeitig dem britischen Imperialismus die absolute Kontrolle der arabischen Wüste ermöglichen wird. Gegenwärtig durchqueren die Wüste Automobile und Flugzeuge (Beirut—Damaskus—Palmira—Bagdad; Amann—Bagdad); sie verbinden London mit Indien.

Schließlich ist Palästina eine Barriere, die Französisch Syrien von dem englischen Suezkanal trennt.

Nach dem Kriege benutzte der englische Imperialismus die zionistische Bewegung als seine Agentur zur endgültigen Sicherung dieser äußerst wichtigen strategischen Basis.

Die zionistische Bewegung, die in der Epoche des Imperialismus entstanden ist (Ende des 19. Jahrhunderts) ist eine konterrevolutionäre Bewegung der jüdischen Bourgeoisie, die es verstanden hat, bedeutende Massen des sozial unterdrückten jüdischen Kleinbürgertums zu erfassen, indem sie sowohl ihren eigenen wie auch den kolonialen Bestrebungen dieser letzteren entgegenkam.

Diese kolonialistischen Bestrebungen wurden von der zionistischen Bewegung, an deren Spitze sich die Finanzmagnaten, die jüdischen Bankiers Deutschlands, Frankreichs, Englands und in der letzten Zeit auch Amerikas stellen, in einen bestimmten Rahmen gebracht. Die Führer der zionistischen Bewegung schwirren mit ihren Kolonisationsplänen durch alle diploma-

tischen Kabinette, alle Empfangszimmer der europäischen Mächte um bieten ihnen die jüdischen Massen als günstiges Material für die imperialistischen Pläne zum Kauf.

Der berühmte Zionistenführer Dr. Herzl erklärte sich sogar bereit, seinen Plan dem Pogromminister Plehwe zu verkaufen. Schließlich gelang es den zionistischen Führern, diesen Plan dem britischen Imperialismus zu veräußern, und unter der geschickten Hand des jüdischen Bankiers Rothschild und des englischen Lord Balfour gestaltet sich der Zionismus zu einer offenen Agentur des britischen Imperialismus.

Sich hinter der Idee der Schaffung eines „jüdischen nationalen Heims in Palästina“ verbergend, reißt der britische Imperialismus dieses letztere an sich und verwandelt es in eine englische Kolonie. Die zionistische Bewegung ist den englischen Plänen in verschiedener Beziehung zugute gekommen. Mit Hilfe der Zionisten hat das britische Imperium eine europäische Basis in Arabien geschaffen. Die jüdische Immigration nach Palästina treibt einen europäischen Keil in das arabische Herz. Die ethnographisch und historisch vereinigten arabischen Provinzen werden durch das „jüdische Palästina“ auseinandergerengt. Selbstverständlich sollte sich die jüdische Bevölkerung in Palästina, entsprechend den Plänen der britischen Imperialisten, nicht in eine kompakte, ökonomisch und politisch unabhängige Masse verwandeln. Sie soll eine Minderheit darstellen, die stets des britischen Protektorats bedarf und daher den britischen Interessen ergeben ist. Schließlich hat England mit den Händen der Zionisten in Palästina einen ziemlich schlagkräftigen Polizeipararat aufgebaut. Die zionistischen Emigranten entwässerten die Sümpfe, verwandelten das Land in eine günstige strategische Basis für den britischen Imperialismus. Auch sollte die zionistische Emigrantenschaft, die jüdische Bevölkerung als Blitzableiter dienen, auf sie leiteten die britischen Agenten im Notfall den ganzen Zorn der über die Okkupantenherrschaft empörten arabischen Massen. Und in der Tat, während die Franzosen in Syrien gezwungen waren, eine ständige Garnison von 40 000 bis 45 000 Mann Kolonialtruppen zu halten, begnügte sich England in seinem Palästina mit einer bewaffneten Macht von 800 Mann. Die englischen Beamten in Palästina manövrierten mit Geschick, hetzten einen Teil der Bevölkerung auf den anderen und vermochten dadurch das politische Gleichgewicht des Landes aufrechtzuerhalten. Jedesmal, wenn sich Symptome einer wachsenden revolutionären Bewegung in Palästina zeigten, provozierten die englischen Agenten ein nationales Gemetzel, Pogrome und paralyisierten dadurch zum mindesten auf einige Zeit die revolutionäre Bewegung im Lande. Solche Pogromexzesse fanden in den Jahren 1920 und 1921 statt. Im Resultat ergab sich, daß, während in Syrien (zum Teil in Transjordanien) eine ununterbrochene revolutionäre Aufstandsbewegung brodelte, in Palästina „Ruhe“ herrschte — mit Ausnahme von „Pogromen“ und nationalistischen Zusammenstößen.

Das war die Bedeutung, die Palästina für England hatte, das war die Rolle, die der Zionismus für die britische imperialistische Politik spielte. Die jüngsten palästinensischen Ereignisse vollenden das politische System des englischen Kolonialregimes. Diese Ereignisse wurden zweifelsohne von britischen Agenten eingefädelt, von der zionistisch-faschistischen Bourgeoisie provoziert und von der arabisch-muselmanischen Reaktion organisiert. Aller-

dings vermochten die Organisatoren und Inspiratoren dieser Ereignisse ihre Aufgabe nicht ganz zu Ende zu führen. Die Ereignisse überschritten die von den britischen Imperialisten gesteckten Grenzen und wuchsen über die Köpfe der zionistischen Faschisten und muselmanischen Feudalen hinaus; sie ergießen sich in breiter revolutionärer Welle über alle Orte der arabischen Provinzen. Der kleine, auf religiöser Grundlage erfolgte Zusammenstoß an der „Klagemauer“ entwickelt sich zu einer ganz Arabien umfassenden Aufstandsbewegung.

\*

Weshalb war nun England, im besonderen die „Arbeiter“-Regierung, daran interessiert, gerade im gegenwärtigen Augenblick ein nationales Gemetzel in Palästina zu provozieren? Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Läßt man die Version, daß der britische Oberkommissar Chancellor, der Vertreter der englischen Tories, Macdonald damit eine Suppe einbrocken wollte, außer acht, so sind wir dagegen in der Lage, eine ganze Reihe weit ernsterer „Motive“ und Gründe anzuführen.

Erstens, die Labourregierung, die gezwungen ist, mit Ägypten ein politisches Abkommen zu schließen, sah sich einer Frage von größter Wichtigkeit gegenüber — der Sicherung der Verteidigung des Suezkanals. Nach dem Projekt Hendersons verpflichtet sich Großbritannien in dem Abkommen mit der ägyptischen Regierung, Ägypten zu räumen (zum mindesten formal). Diese Tatsache zwingt die Arbeiterregierung, die Reservebasis auf dem anderen Ufer des Kanals in Palästina durch militärische Kräfte zu verstärken. Es muß ein Vorwand zur Heranführung neuer britischer Truppen nach Palästina geschaffen werden, es muß ein Vorwand geschaffen werden, um in den Augen der Arbeitermassen Englands, um in den Augen der Wähler der Arbeiterminister neue gewaltige Ausgaben, die sowohl mit dem beschleunigten Bau von Festungswerken auf der Sinaihalbinsel als auch mit der Zusammenziehung einer großen Garnison in Palästina verbunden sind, zu rechtfertigen. Der Schutz der Juden vor arabischen Pogromen ist der günstigste Vorwand für die Arbeiterminister Englands, eine Verstärkung des Militärregimes herbeizuführen.

Zweitens, England sucht entschieden die jüdische Bourgeoisie im Interesse seiner imperialistischen Politik kirre zu machen. Die jüdische Bourgeoisie beginnt von England die Erfüllung der mit der Balfour-Deklaration übernommenen Verpflichtungen zu „fordern“. Die zionistische Zudringlichkeit wird um so unbequemer, als die zionistischen Führer mit dem amerikanischen Kapitalismus zu Liebaugeln beginnen. Kürzlich erst wurde auf dem Züricher Zionistenkongreß eine „jüdische Agentur“ errichtet, eine Organisation, der auf paritätischer Grundlage sowohl zionistische als auch nicht-zionistische, in der Hauptsache amerikanische Kapitalisten beigetreten sind. Auf der ersten Sitzung dieser „Agentur“ wurde eine Resolution angenommen, die von der englischen Regierung die Erfüllung der Balfour-Deklaration fordert. In dem Augenblick einer Verschärfung der anglo-amerikanischen Gegensätze, die nicht nur in der pazifischen Zone zutage treten, sondern sich auch aufs-tärkste im nahen Osten geltend machen (der Zwischenfall im Irak, der Konflikt zwischen dem amerikanischen Konsul und der britischen Handelskammer in Kairo, die amerikanische Politik in der Frage der Zollreformen in Ägypten usw.), in diesem Moment ist das Eindringen amerika-

nischen Kapitals, und sei es auch nur unter der Maske zionistischer Kolonisation, in Palästina für die britischen Imperialisten äußerst unangenehm. Es mußte um jeden Preis ein Vorwand gefunden werden, der die britische Arbeiterregierung „zwingen würde“, der arabischen Bourgeoisie Zugeständnisse zu machen und den Eilan der zionistischen Phantasien zu dämpfen, und zu diesem Zweck sind Pogrome bekanntlich durch nichts zu ersetzende Mittel.

Drittens, im Lande selbst vollziehen sich ernste soziale Prozesse. Wir werden weiter unten ausführlicher auf sie zu sprechen kommen. Hier wollen wir nur vermerken, daß die sozialökonomischen Konflikte, die in der letzten Zeit in Palästina zum Ausbruch kamen, nicht nur die Avantgarde der jüdischen Arbeiter ergriffen haben, sondern auch ziemlich breite Massen der arabischen Arbeiter und Fellachen. Die Imperialisten waren darauf bedacht, den Solidarierungsprozeß der jüdischen und arabischen werktätigen Massen um jeden Preis zum Stehen zu bringen oder doch aufzuhalten.

## 2. Die Klassendifferenzierung in Palästina

Der Zionismus hat sich nicht gerechtfertigt. In den 50 Jahren seiner kolonialistischen Tätigkeit vermochte er nicht mehr als 7500 Menschen anzusiedeln. Zu seiner Verfügung stehen nicht mehr als 83 000 Hektar Land. In diesem Kolonisationswerk sind mehr als 20 Millionen Pfund Sterling angelegt, wobei die Industrie in den Städten von allgeringster Bedeutung ist. Die Lage der jüdischen kolonisierenden Immigranten ist eine äußerst klägliche. Im neuen jüdischen Zentrum, in Tel Aviv, erhalten von 40 000 Einwohnern 30 000 in der einen oder anderen Form öffentliche Unterstutzungen. Die Arbeitslosigkeit nimmt ein für dieses Land ungeahntes Ausmaß an. An Stelle der projektierten Immigration gewaltiger Massen (30 000 bis 40 000 Menschen jährlich) sind wir Zeugen einer sehr bedeutenden Emigration aus dem Lande.

Hand in Hand mit dem wirtschaftlichen Bankrott geht auch ein politischer Bankrott des Zionismus. Die britische Regierung sorgte dafür, daß im ersten jüdischen „Nationalheim“ das alte „jüdische ghetto“ entstehe. Die britischen Beamten verdrängen die Juden aus den staatlichen Institutionen; sowohl in die Armee als auch in die Polizei werden die Juden kaum aufgenommen. Der Erwerb der palästinensischen Staatsangehörigkeit durch die jüdischen Emigranten ist mit derartigen Schwierigkeiten verknüpft, daß, ungeachtet der gewaltigen Summen, die von der zionistischen Organisation zu diesem Zweck verausgabt werden, die Zahl der Juden, die das palästinensische Bürgerrecht erwerben, eine gänzlich unbedeutende ist. Die jüdischen Einwanderer werden mit schweren Steuern belastet, wobei nicht allein die Schulen, sondern auch die Krankenhäuser von den jüdischen Siedlern gestützt werden müssen. Die englische Regierung gewährt in dieser Beziehung den Juden keinerlei Hilfe. Die jüdische Sprache, die Umgangssprache der jüdischen Massen, ist faktisch ungesetzlich. Die hebräische Sprache, die von der Regierung formal anerkannt worden ist, wird von den britischen Beamten ignoriert und sogar verfolgt. Die jüdische nationale Autonomie in Palästina, von der so viel Geschrei gemacht wurde, hat sich in einen Zustand nationaler Rechtlosigkeit der Juden in dieser englischen Kolonie verwandelt. Die Stadtverwaltung der „ersten jüdischen Stadt“ Tel Aviv ist zu einer Beamtenkanzlei des britischen Kommandanten der Stadt Jaffa geworden.

Einen tödlichen Schlag versetzte dem Zionismus die erfolgreiche Kolonisation der jüdischen Massen in der UdSSR. Die Zionisten suchen einen Ausweg aus der entstandenen Situation. Sie schließen Abkommen mit amerikanischen Kapitalisten, denen sie die zionistischen Ideale für Finanzkredite und Unterstützung verkaufen. Sie gehen aber auch von einer „breiten nationalen Kolonisation“ zu einer engen konzessionären Ausbeutung über, zum einfachen „bussiness“, zur Ausbeutung von Orangenplantagen usw. Aber dieser Uebergang ist mit einer einschneidenden Veränderung in der wirtschaftlichen Stellung des jüdischen Arbeiters verknüpft. Bis jetzt wurde der jüdische Arbeiter von den zionistischen Organisationen in einer privilegierten Lage belassen. Der Arbeitslohn des jüdischen Arbeiters übertraf den Arbeitslohn des arabischen Arbeiters um ein Vielfaches. Aber zur Zeit ist die protektionistische zionistische Wirtschaft im Zerfall begriffen. Die Arbeitsgilden (in der Art des „Sollé Ubone“) und die Genossenschaften, die von zionistischem Kapital unterstützt werden und große wirtschaftliche Bauten ausführen, brechen wie Kartenhäuser zusammen. Der Arbeitslohn des jüdischen Arbeiters fällt und nähert sich dem Lohnniveau des arabischen Arbeiters. Gleichzeitig damit vollzieht sich auch eine ökonomische und politische Annäherung. Es wächst das Klassenbewußtsein der notwendigen revolutionären Solidarität zwischen dem jüdischen und arabischen Proletariat. Immer öfter erheben sich die jüdischen Arbeiter zur Verteidigung der arabischen Fellachen gegen die jüdischen Großkolonisten und Ausbeuter.

Große Veränderungen vollziehen sich auch im arabischen Milieu. Dank der Durchführung eines Katasters expropriert der arabische Erbbadel mit Hilfe der britischen Beamten durch Bestechungen und betrügerische Abmachungen das Land der Fellachen, konzentriert in seinen Händen gewaltige Bodenkonglexe. Der Zustrom von Millionensummen durch die zionistischen Kanäle in die Taschen arabischer Eifendis beschleunigt den Prozeß des Eindringens kapitalistischer Elemente in die arabische Landwirtschaft. Die Fläche der Orangenplantagen vergrößert sich, auch die kapitalistischen Methoden und Formen der arabischen Landwirtschaft sind in steter Entwicklung begriffen. Der arabische Erbbadel ver wächst mit den Plantagenkapitalisten und verwandelt sich in kapitalistische Gutsbesitzer und Handelskapitalisten. Seine Interessen sind mit dem Außenmarkt verknüpft. England ist der Hauptmarkt für Palästina-Orangen. Diese Bourgeoisie stellt sich an die Spitze der reformistischen Strömung innerhalb der arabischen Nationalbewegung. Die von der oppositionellen feudalen arabischen Aristokratie geführte nationale Bewegung betritt jetzt den Weg der Verständigung mit dem europäischen Imperialismus. Auf dem 7. arabischen Kongreß in Palästina, der im vergangenen Jahre stattfand, ist eine Konsolidierung der Handelsbourgeoisie der Plantagenbesitzer auf der allgemeinen Basis einer Verständigung mit dem europäischen Imperialismus durchgeführt worden. Die Handlung mit dem europäischen Imperialismus durchgeföhrt werden. Die Dynastien gesondert waren, vereinigen sich jetzt auf der gemeinsamen Plattform eines Kampfes gegen den zionistischen Konkurrenten und einer Verständigung mit dem britischen Imperialismus. Sie stellen nur eine Forderung auf — die Begrenzung der zionistischen Rechte und die Einberufung des Parlaments.

Das Eindringen kapitalistischer Verhältnisse in das arabische Dorf löst

den Zerfall der früheren Wirtschaftsformen aus und damit gleichzeitig auch eine Zersetzung der Bauernschaft. Es steigert sich die Zahl jener Bauern, die weder Land noch Anwesen besitzen, was zu einer Vergrößerung der proletarischen Reservearmee in den Städten führt. Gleichzeitig damit entwickelt die britischen Imperialisten einen bis dahin im arabischen Dorf unbekanntem Typ des arabischen Großbauern. Die Enteignung der Bauernschaft vollzieht sich in zwei Richtungen, durch den Verkauf von Boden durch europäische Kolonisatoren und die Plünderung (Katasterpolitik) durch die arabischen Gutsbesitzer. Diese Expropriation wird von starken Agrarkonflikten begleitet, die eine Verschärfung der Verhältnisse im arabischen Dorfe nach sich ziehen.

Im Resultat sehen wir ein quantitativ und qualitativ wachsendes arabisches Stadtproletariat. Die Lage des Arbeiters gestaltet sich außerordentlich schwer. Die Kinder- und Frauenarbeit, die bis dahin in Palästina fast unbekannt war, nimmt rasch ausgedehnte Formen an und verdrängt den erwachsenen Arbeiter (in Haifa arbeiten in der Tabakfabrik Mabruk 250 Kinder, dortselbst ist auch schon eine spezielle Werkstatt für Frauen eingerichtet).

Die schwere Lage der Arbeiter im allgemeinen und der arabischen im besonderen ist in einer ganzen Reihe von Streiks und anderen ökonomischen Konflikten in Erscheinung getreten. Als etwas ganz Neues muß die relativ große Zahl von Streiks arabischer Arbeiter und besonders deren hartnäckiger Charakter vermerkt werden. Der Streik der arabischen Bäcker in Jerusalem, die Streiks in den Fabriken von Mabruk und in Haifa und eine ganze Reihe kleiner Streiks arabischer Bauarbeiter, selbst Streiks arabischer landwirtschaftlicher Arbeiter fanden statt.

Auf dem Lande brechen, wie schon weiter oben gesagt wurde, immer wieder bedeutende Unruhen auf agrarpolitischer Grundlage aus. Agrarunruhen brachen nicht nur zwischen den arabischen Fellachen und den zionistischen Kolonisatoren aus, sondern es gab auch eine ganze Reihe von Fällen, wo die arabischen Fellachen sich gegen die arabischen Gutsbesitzer erhoben.

In allen diesen Konflikten fanden Zusammenstöße mit der britischen Polizei statt, sie endeten mit Verhaftungen und Züchtigungen der Teilnehmer usw.

Die soziale Basis der Führer des arabischen Kongresses ist in die Brüche gegangen. Die arabischen Fellachen schenken ihren Führern aus dem arabischen Exekutivkomitee, dem Hohen Muselmanischen Rat, keinen Glauben mehr. Es entsteht eine neue, von radikalen Intellektuellen geführte Bewegung. Es ist wahr, diese Bewegung steht im Banne der panislamistischen Reaktion. Es ist zu vermerken, daß der Panislamismus ein ziemlich scharfer Gegner des europäischen Imperialismus ist, und zwar sowohl in Ägypten als auch in den anderen arabischen Gebieten. Die muselmanischen Jugendklubs im Lande wachsen und vermehren sich mit großer Geschwindigkeit und gewinnen immer größere und größere Bedeutung. Gleichzeitig damit wächst auch die revolutionäre Stimmung unter den arabischen Arbeitern. Der Einfluß der kommunistischen Agitation und Propaganda der palästinensischen Kommunistischen Partei entfaltet sich in raschem Tempo. Im Lande entstehen internationale jüdisch-arabische Klubs. Auf Initiative

der Kommunistischen Partei werden eine ganze Reihe internationaler Arbeiterkongresse und Konferenzen einberufen. Die kommunistische Literatur, die illegal in arabischer Sprache gedruckt und auf illegalem Wege verbreitet wird, erfährt einen immer größer werdenden Leserkreis. Der Kommunistische Jugendverband, die Arbeiterfraktion der Roten Hilfe und die Kommunistische Partei werden zu immer aktiveren Faktoren auch innerhalb der arabischen Arbeiterkreise. Die Imperialisten, die jüdischen Faschisten, die muselmanischen Reaktionen entfalten eine immer wildere Kampagne gegen den kommunistischen „Aufbruch“, aber das sind alles nutzlose, zwecklose Versuche. Die Arbeiterbewegung unter den arabischen Massen entwickelt sich weiter. Die Fellachenunruhen nehmen ziemlich drohenden Umfang an. Wir wollen nur auf die Arbeiterdemonstration am Tage des arabischen Festes Mebi Musa, die Bauerndemonstrationen in Jaffa, die gewaltige Kundgebung in Jaffa gegen die Makler und Bodenspekulanten und schließlich die internationale Demonstration der jüdischen und arabischen Arbeiter am Tage des 1. August hinweisen.

Die arabische Bourgeoisie, besonders aber die muselmanische fühlt, wie ihr der Boden unter den Füßen schwindet. Sie muß sich um jeden Preis in den Augen der arabischen Massen rehabilitieren; sie muß um jeden Preis die Klassensolidarität zwischen den jüdischen und arabischen Arbeitern paralisieren. Und hier kommt ihr nun der britische Imperialismus mit seiner Provokation an der „Klagemauer“ zu Hilfe. Der Chadji Elamin-Husseini, der Mufti von Jerusalem, hoffte mit Hilfe eines Pogroms sein revolutionäres Renommee unter der arabischen Masse zu heben. Die faschistischen Zionisten, denen der wachsende Einfluß der Kommunisten, die Annäherung der jüdischen und arabischen Arbeiter besonders ungelegen kommt, rassen mit dem Säbel, veranstalten provozierende Kundgebungen, beschleunigen den Moment des Zusammenpralls. Die britischen Agenten gestatten laut „Manchester Guardian“ den arabischen Fanatikern und den jüdischen Chauvinisten, gleichzeitig in ein und derselben Gegend politische Demonstrationen und Kundgebungen abzuhalten. Das Resultat sind blutige Zusammenstöße, nationales Gemetzel.

Aber die britischen Agenten, die jüdischen Faschisten und arabischen Reaktionen haben sich verrechnet. Die von ihnen gerufenen Geister erwiesen sich stärker als sie. Der kleine Zusammenstoß in Jerusalem griff auf Gaza, Jaffa und Haifa über. Ein Abklang der palästinensischen Ereignisse ist auch schon in Syrien hörbar. Die Bedünen und Drusen versammelten sich in zahlreichen Scharen zum Feldzug, um im Verein mit ihren arabischen Brüdern den Kampf gegen den britischen Imperialismus und seine zionistischen Helfer aufzunehmen.

Wir haben zweifelsohne eine rasch gewachsene revolutionäre Bewegung der arabischen Massen vor uns. Diese Bewegung hat nicht auf einmal ihren wahren revolutionären Weg und die richtigen Methoden des Kampfes gefunden. Es ist möglich, daß die offiziellen Führer, die Nationalreformisten vom Schlage des Jerusalemer Mufti oder die kleinbürgerlichen Nationalisten vom Schlage der Führer der muselmanischen Klubs für eine gewisse Zeit imstande sein werden, diese Bewegung in ihre Hände zu bekommen, indem sie sie auf einen falschen, reaktionären Weg lenken und sogar die Absichten des imperialistischen Gegners erfüllen werden, da sie die Interessen

der arabischen werktätigen Massen wiederum an den britischen Imperialismus verraten können. Aber die Bedeutung der Ereignisse ist nicht an dem Erfolg oder den Niederlagen der Erhebungen dieser Massen zu messen, sondern an der gewaltigen erzieherischen revolutionären Rolle, die sie im arabischen Osten haben werden und schon haben.

Nach dem Verrat der arabischen Nationalisten in Palästina und Syrien, nach dem Verrat der ägyptischen Bourgeoisie (Wafd) schien es den britischen Imperialisten und mit ihnen auch den Sozialdemokraten, daß die Lage des Imperialismus im arabischen Osten eine dauerhafte, stabile sei. Die jüngste Erhebung der arabischen Massen in Palästina zerschmettert diesen Glauben an die Dauerhaftigkeit und Stabilität des europäischen Imperialismus.

Die britische „Arbeiter“regierung wollte sich vor dem Aufstand der Massen retten, wollte einer unangenehmen Einmischung der Vereinigten Staaten in ihre Angelegenheiten aus dem Wege gehen. Sie veranstaltete ein arabisches Gemetzel in Palästina.

Die zionistische Agentur des Imperialismus und die muselmanische Reaktion entfachten die nationalistischen Instinkte, indem sie den religiösen Fanatismus schürten, um auf diese Weise sich die Möglichkeit der Ausbeutung der Massen zu sichern und um mit dem Blut der jüdischen und arabischen werktätigen Massen ihr Bündnis mit dem britischen Imperialismus zu besiegeln.

Die II. Internationale organisierte in fast allen europäischen und amerikanischen Ländern zionistisch-sozialistische Komitees zur Unterstützung des zionistischen Abenteurers in Palästina. Die Sektion der II. Internationale in Palästina „Achdut Awoda“ die die palästinensischen Amsterdamer (Histadrut) umfaßt, führt eine offene chauvinistisch-provokatorische Politik, ihre Losungen — sich des Bodens zu bemächtigen, sich der Arbeit zu bemächtigen — sind der direkte Ausdruck ihrer Mitschuld an diesem blutigen Gemetzel.

Die palästinensischen Reformisten organisierten in Übereinstimmung mit der Arbeiterpartei faschistische Banden, die bei den letzten Ereignissen in Palästina eine offen provokatorische Rolle spielten.

Als Gegengewicht gegen die blutigen Abenteurer der zionistischen Bourgeoisie, der Panislam-Anhänger, der britischen Agenten, der arabischen Chauvinisten, als Gegengewicht gegen die heuchlerische Demagogie der II. Internationale, wirkt die palästinensische kommunistische Partei, die einzige Gruppe, die ehrlich und aufrichtig gegen die imperialistische Reaktion und den national-chauvinistischen Rausch kämpfte. Seit vielen Jahren führt die kommunistische Partei Palästinas einen selbstlosen Kampf gegen das zionistische Abenteuer, eine Enlarvungskampagne gegen die arabischen bürgerlichen Nationalisten, die muselmanischen Reaktionen. Die kommunistische Partei Palästinas mobilisierte die arabischen und jüdischen werktätigen Massen unter der internationalen Fahne der revolutionären proletarischen Klassen-solidarität. Es muß vermerkt werden, daß selbst in diesen furchterlichen Tagen der Funke der Klassen-solidarität nicht erlosch. Sogar die bürgerlichen Korrespondenten wiesen auf Tatsachen hin, wo arabische Arbeiter zur Zeit der heftigsten Zusammenstöße in Jerusalem mit größter Selbstlosigkeit ihre jüdischen Arbeiterkameraden verteidigten und ihnen das Leben retteten (auf dem Bau des Rockefeller-Museums in Jerusalem).

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Palästinas hat einen Aufruf in arabischer und jüdischer Sprache erlassen, der zur Klassen-solidarität, zur Verbrüderung, zur Vereinigung der Kräfte auffordert, zur Umkehr der Front gegen den wirklichen Feind, den britischen Imperialismus, die arabische und jüdische Bourgeoisie.

Die Arbeiter der ganzen Welt, besonders die Arbeiter der interessierten imperialistischen Metropolen, müssen eine gewaltige Protestbewegung gegen das britisch-zionistische Abenteuer organisieren. Die Fellachen und Arbeiter Palästinas machen heroische Anstrengungen, um sich auf die Höhe ihrer revolutionären Aufgaben zu erheben, sich von der Vormundschaft der islamistischen Scheichs, der jüdischen Zionisten, vom Joch des Labour-imperialismus zu befreien, aber sie vermögen allein nicht der imperialistischen Militärmacht zu widerstehen. Die Avantgarde des europäischen Proletariats muß den Appell der aufständischen arabischen Massen beantworten, sie muß ihnen helfen, den stiegretlichen Weg des revolutionären Kampfes zu betreten.

Die Regierung Macdonalds hat sich als ergebenster Wegbereiter der Kolonialpolitik des englischen Imperialismus entlarvt. Diese Regierung hat nicht nur die Lage der kolonialen Völker nicht erleichtert, sondern bringt ihnen in verfeinerter Form neue Fesseln, ein neues Joch der Unterdrückung. In den palästinensischen Ereignissen offenbarte sich die raffinierte Politik der Gewalt und des schamlosen Raubes des englischen Imperialismus, an dessen Spitze die Regierung Macdonalds steht. Vor der kommunistischen Avantgarde im arabischen Osten, vor der Kommunistischen Partei Palästinas erhebt sich in erster Linie die verantwortungsvolle historische Aufgabe, die werktätigen arabischen Massen in den breiten anti-imperialistischen Strom zu ziehen und diesen in das Bett der Agrarbewegung zu leiten. Die erste und grundlegende Aufgabe ist die Entlarvung der imperialistischen Rolle der Regierung Macdonalds. Die fellachische Massenbewegung zu einem gewaltigen Protest gegen den britischen Imperialismus zu entfalten, diese Bewegung in eine antifeudale, antitheokratische und antikapitalistische zu verwandeln, diese Bewegung den Händen der Panislam-Anhänger, Scheichs und Feudalisten zu entreißen — das ist die grundlegende Aufgabe des Augenblicks.

Es ist notwendig, allorts bäuerliche Komitees zu bilden zur Leitung der spontanen Partisanenbewegung und zur Besitzergreifung des feudalen Grund und Bodens der Effendis und der jüdischen Großkolonisten. Revolutionäre Einheitsfront aller Werktätigen ohne Unterschied der Nationalität und Religion gegen den Imperialismus, gegen den Zionismus und die arabische feudal-bürgerliche Reaktion — das ist die Generallosung, die die kommunistische Partei Palästinas in die breiten arabischen und jüdischen werktätigen Massen werfen muß. Die Partei muß einen entschlossenen Kampf gegen die rechten Elemente führen, die sich gegen die Losung eines Palästinas der Arbeiter und Bauern wenden, gegen die Losung einer Agrarrevolution. Gleichzeitig ist ein nicht minder entschlossener Kampf gegen die ultralinken Tendenzen zu eröffnen, die in der ganz unkommunistischen Losung einer Vertreibung aller Juden aus Palästina zum Ausdruck kommt. Diese Losung ist Wasser auf der Mühle der panislamitischen Reaktion, des Nationalismus und Chauvinismus. Die jüdischen Proletarier müssen sich zusammen mit den arabischen Werktätigen in einer gemeinsamen revo-



lutionären Organisation zum Kampf für den Kommunismus vereinigen. Es ist unerlässlich, gemeinsame Versammlungen der werktätigen Araber und Juden zum Protest gegen den britischen Imperialismus und den bürgerlich-reaktionären Zionismus, gegen den den Zionismus unterstützenden Sozialfaschismus, gegen die auf national-religiöse Vorurteile der Massen spekulierenden klerikal-feudal-bürgerlichen Cliques, die mit dem Imperialismus Hand in Hand gehen, zu organisieren. Es ist notwendig, umfassende Konferenzen von Vertretern werktätiger Araber der angrenzenden Länder — Syrien, dem Irak usw. — zu organisieren und ihnen allgemein politische und sozialökonomische Aufgaben zu stellen: Die Kampflosungen gegen den britischen Imperialismus und die Lösungen einer Agrarrevolution müssen in den Mittelpunkt aller Aufrufe und Aktionen der kommunistischen Partei Palästinas gerückt werden.

Gleichzeitig müssen die kommunistischen Parteien der Mutterländer — Englands und Frankreichs in erster Linie — eine breite antiimperialistische Kampagne gegen ihre imperialistischen Regierungen entfalten. Die kommunistische Partei Englands muß die Politik Macdonalds entlarven, die das Mandat des englischen Imperialismus auf Palästina schützt, um die arabischen Werktätigen mit Hilfe der jüdischen Bourgeoisie und des arabischen Feudalismus zu unterdrücken, um die nationalrevolutionäre Bewegung der arabischen Massen abzuwürgen. Es ist notwendig, umfassende Demonstrationen und Meetings zu veranstalten, auf denen die Entfernung des englischen Militärs aus Palästina gefordert wird. Die französische kommunistische Partei hat die Pflicht, unter dem französischen Proletariat eine verstärkte Kampagne zur Befreiung Syriens vom französischen Joch ins Leben zu rufen. Es ist auch unumgänglich, daß die kommunistische Partei Amerikas in größtzügiger Weise gegen den amerikanischen Imperialismus und die jüdische Bourgeoisie agitiert, die dem amerikanischen Imperialismus dazu verhilft, seinen Einfluß in Palästina zu festigen, und daß sie sich mit ganzer Kraft gegen die Unterdrückung der arabischen Länder durch den Imperialismus wendet.

# Das Erwachen der arabischen Arbeiterklasse.

## Die Ergebnisse des arabischen Arbeiterkongresses.

Von Mustapha Sadi (Jaffa).

„In Haifa (Palästina) hat sich ein historisches Ereignis zugetragen, das für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung in den arabischen Ländern größte Bedeutung hat.

Der arabische Arbeiter ist erwacht, er begreift seine schwere Lage zu erkennen und sucht nach Mitteln, sie gründlich zu verbessern. Nach langem, tastenden Suchen ist es ihm nun gelungen, das Mittel zu finden. Es ist das gleiche, das die Arbeiter anderer Länder mit so viel Erfolg erprobt haben: Schaffung proletarischer Organisationen, Massengewerkschaften.

Diesem Zweck diente der erste arabische Arbeiterkongress in Haifa, an dem Delegierte aus verschiedenen Städten und Dörfern Palästinas teilnahmen. Insgesamt waren 60 Delegierte versammelt, die mehrere tausend arabischer Arbeiter Palästinas und der Nachbarländer vertraten.

Mit Ungeduld erwarteten die Arbeiter überall die Resultate dieses ersten Kongresses. In Haifa selbst war das Gebäude des Kongresses dauernd von Arbeitern belagert, die den Verlauf der Konferenz gespannt verfolgten. Der Kongress wurde mit einer Trauerkundgebung für die arabischen Arbeiter, die im

Kampf gegen den britischen Imperialismus gefallen sind, eröffnet. Dann wurden Begrüßungstelegramme verlesen, die aus verschiedenen europäischen, wie auch aus arabischen Ländern eingetroffen waren. Besondere Begeisterung erweckte die Begrüßung des arabischen Sekretariats der Antimperialistischen Liga, das die Arbeiter aufforderte, die Avantgarde des antimperialistischen Kampfes zu sein.

Die Reden der einzelnen Delegierten waren eine lange Kette von Schilderungen der Leiden des arabischen Arbeiters, seiner Unterdrückung, seiner Ausbeutung, seiner Hungerlöhne, seiner 12- bis 14stündigen Arbeitszeit, des Fehlens jedes Arbeiterschutzes, seines kulturellen Tiefstandes, der schauerhaften hygienischen Bedingungen, in denen die arabischen Arbeiter leben usw.

Aber der Kongress blieb nicht von verschiedenen Einflüssen frei, die von außenher auf ihn wirken wollten. Die arabische Bourgeoisie, die im letzten Aufstand eine so verräterische Rolle spielte, möchte sich nun gern von ihrer Schuld dadurch reinwaschen, daß sie in die verschiedenen, infolge der revolutionären Volksstimmung zusammentretenden Kongresse ein-

zudringen sich bemüht, und dort, unter der Maske „allgemeiner nationaler Interessen“ ihre eigene Führung und ihren eigenen Nutzen wahrnehmen will.

So kamen auch einzelne Vertreter dieser Klasse (ein Ingenieur, ein Intellektueller, ein kleiner Handwerker) auf die Tribüne, um von allgemeinen „gemeinsamen“ nationalen Interessen zu sprechen, — sie stießen aber auf den Widerstand der klassenbewußten Elemente. Unter dem Beifall des gesamten Kongresses antworteten diesen Vertretern der bourgeoisen Ideologie die klassenbewußten Delegierten: „Nein, eine Verständigung zwischen Arbeitern und Bourgeoisie ist nicht möglich. Die Nation teilt sich in zwei Klassen, in Kapitalisten und Arbeiter, Unterdrückter und Unterdrückte, und zwischen ihnen muß der erbitterte Kampf bis zum Ende durchgeführt werden.“

Aber die Agenten der Nationalisten ließen nicht locker: sie versuchten die Kongreßteilnehmer einzuschüchtern, ihnen mit Regierungsrepressalien zu drohen, sie mit heuchlerischen Worten an sich zu locken. Tatsächlich zeigten sich in einigen Beschlüssen des Kongresses gewisse Früchte des nationalreformistischen Einflusses; aber wie die folgende Aufzählung beweist, sind sie nur mit einem Teil ihrer Wünsche durch-

gedrungen, mehrere Beschlüsse zeigen, daß die klassenbewußten Elemente auch mehrere wichtige Positionen eroberten.

Die erwähnenswerten Forderungen des Kongresses sind: Achtstündiger Arbeitstag; Verbesserung der Lohnverhältnisse; Gründung von Gewerkschaften in Palästina und den arabischen Ländern; Arbeiterschutzgesetz; Arbeit für die Arbeitslosen; Ausrufung von Streiks, so oft dies nötig ist; Gründung einer Gewerkschaftszeitung „Arbeiter Arabiens“; Protest gegen die Regierungs-Kontributionen auf die arabischen Dörfer; Protest gegen die neuen Gesetze; volle Unabhängigkeit für Palästina; besonderes Regime für die politischen Gefangenen; Solidaritätstelegramm für die indischen Arbeiter; Protest gegen die Konzession des Toten Meeres; Protest gegen die jüdische Emigration, Beschäftigung arabischer Arbeiter prozentual der arabischen Bevölkerung bei Regierungsarbeiten usw.

Nach Annahme der Beschlüsse wurde ein neues Zentralkomitee gewählt. Mit einem dreimaligen Hoch auf den arabischen Arbeiterkongress und einem feierlichen Schwur, die Sache der Arbeiterklasse zu verteidigen, schloß der Kongress.

Dies ist die Geburtsstunde des arabischen Proletariats als „Klasse für sich“ — die Gründung der ersten proletarischen Massenorganisation!



## Die KP. Palästinas und die arabischen Massen.

Von Bob (Jaffa).

\*\* Mit dem großen Aufschwung, den die revolutionäre Massenbewegung in Palästina nach dem August-Aufstand nahm, ist auch eine wachsende Differenzierung innerhalb dieser Bewegung verbunden. Die nationalistische Führung der Bewegung, vor allem der Klerus und die Handelsbourgeoisie, schwenken — unter dem Druck der britischen Beamtenschaft und aus Angst vor der Weiterentwicklung der Massenbewegung — immer weiter nach rechts ab. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die nationalistische Führung trotz großem Phrasenschwall nach außenhin, in Wirklichkeit längst vor dem britischen Imperialismus kapituliert hat, und daß die Reise der arabischen Delegation nach London nur dazu dient, um diese Kapitulation zu besiegeln, indem die Interessen der Volksmassen nicht nur an die Imperialisten, sondern sogar an die Zionisten verraten werden sollen. (Es sind tatsächlich Unterhandlungen zwischen der arabischen Delegation und der zionistischen Organisation bei der fremdlichen „Vermittlung“ der sozialimperialistischen Regierung MacDonalds in Aussicht genommen.)

Kein Wunder, daß in den Massen die Erbitterung gegen die nationalistische Führung zunimmt. Kein Wunder, daß die Werktätigen, vor allem die Fellachen, die städtischen Arbeiter, das arme Handwerkertum beginnen, den Verrat der aristokratischen Führer zu erkennen. Der Großgrundbesitzer, der Unternehmer, der Großhändler, die sich hier brüsteten, die einzigen Vertreter des „arabischen Volkes“ zu sein, entpuppen sich immer mehr als das, was sie sind, und immer waren: rücksichtslose Volksunterdrücker und Ausbeuter, die die nationale Phrase dazu benutzen, um sich selbst möglichst große Vorteile zu sichern, um das Volk noch schrankenloser beherrschen zu können.

Die KP. Palästinas spielt in diesem Prozeß der Umgruppierung innerhalb der arabischen revolutionären Bewegung keine geringe Rolle. Sie zeigt den Arbeitern und den Bauern den Weg der wirklichen Befreiung, indem sie einerseits den unermüdeten und unversöhnlichen ant imperialistischen und antizionistischen Kampf predigt, andererseits die Großgrundbesitzer und Unternehmer bekämpft und entlarvt. Besonders scharf streicht sie den Gedanken heraus, daß die nationale Befreiung für die arbeitenden Massen mit der sozialen verbunden werden müsse: Die Erringung der Arbeiterrechte, die Verteilung des Güterbesitzerbodens an die Fellachen werden mit den Kampflosungen gegen Imperialismus und Zionismus verbunden, und auf diese Weise kann jeder noch so rückständige Arbeiter und Bauer sehen, daß die KP. nicht nur für die nationale Befreiung eintritt, sondern auch sich die Befreiung der arabischen Massen vom schweren Joch der wirtschaftlichen Ausbeutung zum Ziele gesetzt hat.

Diese Losungen der KP. Palästinas, wie auch ihre im Sinne der Resolution des EKKI über die arabische Aufstandsbewegung vom 16. Oktober 1929 erfolgte gründliche Umstellung auf die Arabisierung der Partei: „von oben bis unten“ — haben bewirkt, daß der Einfluß der Kommunisten unter den arabischen Massen zweifellos wächst. Dies stellen nicht nur die direkt imperialistischen und zionistischen Zeitungen fest. Auch die arabischen Nationalisten, die bisher der arabischen kommunistischen Bewegung gegenüber die Taktik des Todschweigens eingeschlagen hatten, müssen jetzt die großen kommunistischen Fortschritte eingestehen. Die unmittelbare Folge dieser Lage ist, daß sich einerseits der imperialistische und zionistische Terror in unerhörter Weise gesteigert hat (wobei jetzt immer wieder nicht nur jüdische, sondern auch arabische Arbeiter unter dem Verdacht des Kommunismus eingekerkert und mißhandelt werden), sondern daß auch die Nationalisten ihre Presse und ihren Apparat in den Dienst der antibolschewistischen Propaganda stellen.

Auch die nach dem Haifaer arabischen Arbeiterkongreß geschaffenen Gewerkschaften sind der Schauplatz dauernder Kämpfe zwischen den Agenten des verräterischen Nationalismus und den Kommunisten. Gewerkschaft nach Gewerkschaft, Ortsgruppe nach Ortsgruppe muß von den klassenbewußten Arbeitern gegen die Vertreter des bürgerlichen Nationalismus

verteidigt werden, wobei letztere — wenn sie sich bedroht fühlen — gleich die Polizei zu Hilfe rufen.

Daß aber weder die schärfsten Repressalien noch die Antikommunistenhetze das Anwachsen des kommunistischen Einflusses verhindern können, beweist nicht nur die Zurückdrängung des nationalistischen Einflusses in den Gewerkschaften, die vergrößerte Auflagezahl der arabischen kommunistischen Literatur, das wachsende Interesse der Arbeiter und Bauern für die kommunistische Bewegung, sondern auch die organisatorische Stärkung der kommunistischen Partei durch den Eintritt immer neuer arabischer Arbeiter in ihre Reihen. In den wenigen Monaten seit dem August-Aufstand sind über, all neue arabische Genossen hinzugekommen, es wurden viele arabische Ortsgruppen gegründet, die arabischen Parteimitglieder wurden in alle führenden — lokalen und zentralen Instanzen — herangezogen. Damit ist den arabischen Nationalisten auch eine der Hauptwaffen, die sie gegen die KP. Palästinas anzuwenden pflegten, aus der Hand geschlagen worden: die Behauptung, daß die Partei eine „jüdische“ sei.

Was die KP. Palästinas schon seit Jahren ihren Losungen, ihrer Taktik nach war: die Partei der palästinsischen Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit, das wird sie nun auch organisatorisch ihrem Bestand nach werden, indem sich für die arabischen Arbeiter in immer größerem Umfange anschließen. Damit wird auch der Weg zu einer fruchtbaren und wirksamen Arbeit der KP. Palästinas nicht nur unter den arabischen Massen Palästinas, sondern auch der angrenzenden arabischen Länder freigelegt. —

Inprekorr 10. Jg. (1930), Nr. 29, S. 116

## Der 1. Mai in Palästina.

Von A.—m. (Jaffa).

\*\* Die nationale Hetze, das Aufpeitschen des religiösen Fanatismus und die Ausnutzung des künstlich angefachten Antagonismus zwischen Juden und Arabern, um durch dauernde nationale Kämpfe alle politischen Trümmer in den Händen des Imperialismus zu behalten, das ist der Grundzug der imperialistischen Politik der Labour-Regierung auch nach dem blutigen August-Aufstand geblieben. Um so notwendiger wurde es, dieser niederträchtigen Politik die Einheitsfront der Arbeiter und Bauern ohne Unterschied der Nationalität entgegenzustellen, und der 1. Mai 1930 mußte vor allem zum Tage der Demonstrierung der Solidarität der gesamten Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Imperialismus werden.

Die reformistische Bürokratie der „Histadruth“ (jüdische Gewerkschaftsorganisation) tut natürlich auch jetzt noch alles, um den reaktionären Block zu retten und den Zusammenschluß der jüdischen und arabischen Arbeiter zu einem antiimperialistischen Block nicht zuzulassen. Die Exekutive der „Histadruth“ erklärte jede Demonstration des 1. Mai für eine Provokation und verbot, bei Drohung des Ausschlusses aus den Gewerkschaften, Teilnahme an einer solchen. In Wirklichkeit aber war die Histadruth diejenige, die durch immer neue nationale Provokationen eine gemeinsame antiimperialistische und antizionistische Demonstration der jüdischen und arabischen Arbeiter verhindern wollte.

Die wütende Kampagne, die alle reaktionären Kräfte gegen die 1. Maidemonstration führten, erhielt praktischen Ausdruck in der Tätigkeit der MacDonald-Polizei; Hunderte von Arbeitern wurden wahllos verhaftet, die gesamten Polizeikräfte und militärischen Abteilungen wurden mobilisiert (nebst Tanks, Panzerwagen und berittenen Truppen). In den drei wichtigsten Städten Jaffa, Haifa und Jerusalem wurde Kriegszustand verhängt, jeder Polizist wurde ermächtigt, beliebig „verdächtige“ Arbeiter verhaften zu dürfen.

Trotzdem konnte die breite Tätigkeit der KP. Palästinas in der Vorbereitung zum 1. Mai nicht verhindert werden. Tausende von Mal-Aufrufen in arabischer und jüdischer Sprache mit den zentralen Losungen: „Nieder mit dem britischen Mandat!“, „Nieder mit der Balfour-Deklaration!“, „Abschaffung der Todesurteile!“, „Befreiung der politischen Gefangenen!“ usw. wurden verbreitet. Trotz schärfster Polizeibewachung tauchten immer wieder revolutionäre Plakate auf. Es erschien eine spezielle, illegal gedruckte 1.-Mai-Broschüre, außerdem Festnummern der Zentralorgane der KP. „Halimam“ und „Frois“, die eine genaue Analyse der gegenwärtigen Lage, des allgemeinen revolutionären Aufschwungs in den Kolonien enthielten und die Arbeiter zu Demonstrationen — trotz Faschisten, Sozialfaschisten und Sozialimperialisten — aufriefen.

Die 1. Maikampagne gipfelte in zwei Demonstrationen unter Führung der KP. (in Haifa und Jaffa), die ungeachtet aller Polizeivorbereitungen stattfanden. Besonders gelungen war die Demonstration in Jaffa zum ersten Male nach 10 Jahren (vor 10 Jahren gab eine kommunistische Demonstration in Jaffa Anlaß zum Ausbruch eines blutigen Kampfes), an der Araber und Juden in geschlossenen Reihen teilnahmen. Es wurden revolutionäre Reden gehalten und nur mit Mühe gelang es der Polizei, die Demonstranten zu zerstreuen.

Diese Demonstrationen zeigen, daß die revolutionäre, internationale Einheitsfront sich nur unter der Führung der KP. verwirklichen kann, und daß die Kommunisten die einzigen sind, welche der nationalen und religiös-fanatistischen Hetze die gemeinsame Aktion der unterdrückten, werktätigen Bevölkerung Palästinas entgegenstellen können.

# Bluttaten und Betrugsmanöver der MacDonald-Regierung in Palästina.

Von J. B. (Jerusalem).

\*\* Das durch den Aufschwung der Kolonialrevolution schwer getroffene imperialistische Gewalt- und Unterdrückungssystem, das durch die Regierung Mac-Donald vertreten wird, macht verzweifelnde Anstrengungen, um den Ausbruch eines neuen Aufstandes in den arabischen Ländern, der eine kolossale Verstärkung des antibritischen Freiheitskampfes und auch einen Stimmungsumschwung unter den Mohammedanern in Indien bedeuten würde, zu verhindern. Dadurch erklären sich die grotesken Sprünge der britischen Politik in Palästina.

Zunächst einmal ist eine Beschwichtigung der arabischen nationalistischen Führer dadurch versucht worden, daß man die vorläufige Sperre der jüdischen Immigration nach Palästina verfügte. Obwohl diese Verordnung zeitweilig ist und der jämmerliche Wirtschaftsbankrott des Zionismus schon längst die Möglichkeit einer jüdischen Massimmigration nach Palästina ausschaltete, waren die für die Zionisten äußerst beledigende Form, in der die Zurückziehung der Einwanderungserlaubnisse nach Palästina erfolgte, sowie die Entsendung eines speziellen Kommissärs (Sir John Simpson), der über ein eventuelles Verbot des Bodenverkaufs an Juden in Palästina Untersuchungen anstellen soll (auch diese Untersuchung soll den Arabern über angebliche Schutzmöglichkeiten gegen die zionistische Invasion durch die Engländer Sand in die Augen streuen), ein raffiniertes Betrugsmanöver.

Es folgte das unvermeidliche, heuchlerische Weh- und Protestgeschrei der jüdischen Weltreaktion von „Wilna bis San Franzisko“ und von der religiösen „Agudass Jissroel“ bis zu den rot drapierten „Poale Zion“, über diese Judenauspernung aus dem heiligen Lande (die tatsächlich, vom zionistischen Standpunkt gesehen, nach allen ergebenden Diensten und Tellerleckereien gegenüber dem britischen Imperialismus ein recht merkwürdiger Dank vom Hause Macdonald ist).

Dieses Geheul der um ihren Lohn betrogenen Lakaien des britischen Imperialismus sollte bei den arabischen Führern die Illusion erwecken, daß Mac-Donald doch (sel es auch nur auf Kosten der als Spielball benutzten Juden) etwas nachgeben wolle. Zugleich sollten die arabischen Führer dadurch gegenüber den arabischen Massen ein Argument erhalten, daß die Verhandlungen mit dem britischen Imperialismus und die Reisen nach London doch gewisse Erfolge mit sich brächten; die Autorität der nationalreformistischen Führer sollte dadurch gestärkt werden, und zwar vor allem gegen den nationalrevolutionären Flügel (Hamdi Hussein) und die sich immer mehr verbreitende kommunistische Agitation, die den Abbruch jeglicher Unterhandlungen und den Kampf gegen Imperialismus und Zionismus durch direkte Massenaktion fordern.

Wenn aber MacDonalld den reaktionären arabischen Führern Konzessionen macht, so bedeutet das nicht, daß seine Schergen in Palästina nicht das Terror- und Blutregime gegen die Massen fortsetzen. Die Verfolgungen gegen die Revolutionäre dauern an. Verhaftungen und Haussuchungen revolutionärer arabischer und jüdischer Arbeiter stehen an der Tagesordnung. Wo es sich um revolutionäre Arbeiter handelt, sind die Vertreter der blutbefleckten „Arbeiter“regierung nicht nur rücksichtslos, mittelalterlich brutal, sondern auch wortbrüchig: nach dem offiziellen Versprechen der britischen Regierung, für die politischen Gefangenen ein Sonderregime, das ihrem „standard of life“ (Lebenshaltung) entspricht, einzuführen — einem Versprechen, das nach dem Hungerstreik von fast 100 Gefangenen im Laufe von zwölf Tagen erzwungen wurde —, haben die Gefängnisverwaltungen (wie es scheint, auf Befehl der Regierung) das alte Regime in bezug auf die arabischen politischen Gefangenen wieder hergestellt, die Mißhandlungen noch gesteigert.

Lange hat der britische Verwaltungsapparat in Palästina, der die Befehle MacDonallds und des „leutseligen“ Lord Paßfield (Sydney Webb) ausführt, mit dem Vollzug der über die arabischen Teilnehmer an den Augustunruhen verhängten Todesurteile gezögert. Aus dem ganzen arabischen Osten, aus verschiedenen mohammedanischen Ländern, aus allen Kreisen der Bevölkerung in Palästina (mit Ausnahme der blutrünstigen Zionisten, deren englisches Organ „Palestine Daily Bulletin“ die Devise ausgab: „Besser Unschuldige hängen als gar nicht

hängen!“), wurden Proteste gegen die Hinrichtung der arabischen Bauern gesandt. Aber es war klar, daß das britische Prestige ganz ohne Hinrichtungen nicht auskommen konnte, um so mehr, als man den Zionisten doch eine Art Kompensation für die Immigration Sperre geben mußte.

Die Hinrichtung von drei arabischen Bauern in Jerusalem rief stürmische Gegenkundgebungen der arabischen Massen hervor. Es kam sowohl in Jaffa wie auch in Jerusalem zu heftigen Zusammenstößen mit den britischen Truppen. Das Blutgericht über die armen arabischen Fellachen zeigt das Henkerantlitz der Labour-Regierung und wird der arabischen Bevölkerung nicht nur in Palästina, sondern in allen arabischen Ländern die Notwendigkeit der Hinwegfegung der britischen imperialistischen Blutherrschaft zeigen.

Es ist aber nicht zu übersehen, daß sowohl in den Bluttaten wie auch in den Betrugsmanövern MacDonallds in Palästina nicht nur die Absicht der grausamen Unterdrückung der arabischen Freiheitsbewegung steckt, sondern daß damit auch zugleich die seit zwölf Jahren durchgeführte britische Taktik, die arabischen Massen bei ihrem Aufstand gegen den Imperialismus in nationale Kämpfe mit den Juden zu verstricken, fortgesetzt wird. Die jüdische Bevölkerung hat sich, mit Ausnahme der jüdischen Arbeiter, die der Fahne der Kommunistischen Partei Palästinas folgen, mit der zionistischen Hetze solidarisiert; die Proteste gegen das Immigrationsverbot waren antiarabische Provokationen; die Araberverhaftungen und die schwersten Strafen gegen Revolutionäre werden von der jüdischen Presse begrüßt; anstatt Brücken zu den arabischen werktätigen Massen zu schlagen, begnügen sich die zionistischen Organisationen mit der Bestechung verdächtiger Subjekte und mit unehrlichen Bauernfängerereien im Interesse des Imperialismus; dadurch gerät die jüdische Bevölkerung erneut in die Gefahr, Schlachtopfer für den britischen Imperialismus in Palästina liefern zu müssen.

Während es daher die Aufgabe der KP. Palästinas ist, den antiimperialistischen Kampf der arabischen Arbeitermassen zu organisieren und die jüdischen Werktätigen in ihrem eigenen Interesse zur Mitwirkung an diesem Kampf zu gewinnen, ist es notwendig, daß die unter den werktätigen Massen der Juden anderer Länder (besonders Polens, Litauens, Rumäniens usw.) sowie der Vereinigten Staaten tätigen kommunistischen Parteien die Schädlichkeit und verhängnisvolle Rolle des Zionismus aufdecken, während die KP. Großbritanniens der Entlarvung von MacDonallds-Blutherrschaft auch in Palästina dauernd Aufmerksamkeit schenken muß.

Inprekorr 10. Jg. (1930), Nr. 53, S. 1168

arabische Arbeiterklasse ist sehr jung. Die Landarbeiter sind ihre größte Gruppe. Das Industrieproletariat ist sehr schwach entwickelt und, wie alle städtischen Arbeiter, eng mit der Bauernschaft verknüpft. Unter dem Druck der imperialistischen und feudalkapitalistischen Ausbeutung werden die arabischen Bauern außerordentlich schnell pauperisiert und flüchten in die Städte, um Arbeit zu finden. Die Industrie, deren Entwicklung durch den Imperialismus gehemmt wird, kann keinen wesentlichen Teil der „überflüssigen“ Landbevölkerung aufsaugen. Die Reservarmee der arabischen Länder ist ganz ungeheuer. All das zusammengekommen führt zu der außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Lage der arabischen Arbeiter, deren Zahl besonders nach dem Kriege beträchtlich zugenommen hat.

Vor dem Kriege gab es in den arabischen Ländern fast keine Gewerkschaften, wenn man von den reinen Zunftverbänden absieht. Nach dem Kriege begann unter dem Einfluß der revolutionären Krise die Organisation von Verbänden in Ägypten und später auch in Syrien und Palästina. Die größten Verbände entstanden naturgemäß in Ägypten, wo im Jahre 1921 der Kongreß der revolutionären Verbände stattfand, der einen Bund schuf, der einige zehntausend Arbeiter umfaßte. Dieser Bund, der auf einem revolutionären Höhepunkt entstand, aber weder Gewerkschaftskader noch eine politisch reife Führung besaß (die ägyptische Kommunistische Partei war damals noch sehr schwach), zerfiel aber bald (1924). An seine Stelle traten die gelben Verbände, die vollständig in den Händen der ägyptischen Bourgeoisie waren (Tabak-, Textil-, Straßenbahn- und Hafnarbeiter). Die syrischen Arbeiter begannen sich später zu organisieren als die ägyptischen, obwohl schon im Jahre 1913 in Beirut ein 1.-Mai-Streik durchgeführt wurde. An der Spitze der Verbände (Tabakarbeiter, Buchdrucker, Chauffeure), die zahlenmäßig noch sehr schwach sind und niemals eine Kampfpolitik betreiben, stehen gegenwärtig nationale reformistische Elemente. Die Verbände werden von der syrischen Bourgeoisie ausgenutzt. In Palästina wurde vom Großkapital im Jahre 1923/24 die sogenannte „Arabische Arbeiterpartei in Nabulus“, im Jahre 1924 wurde „der Verband der arabischen Arbeiter in Haifa“, im Jahre 1927 die Verbände der Buchdrucker und Fuhrleute gegründet. Die arabischen Arbeiterorganisationen Palästinas sind viel schwächer als selbst die syrischen. Sie haben nicht lange bestanden und daher wenig geleistet. Um die Zeit des Kongresses zerfiel sowohl die Organisation in Nabulus, wie auch die von der KP Palästinas geschaffenen Verbände der Buchdrucker und Fuhrleute.

Trotz des Fehlens von Gewerkschaftsorganisationen, beziehungsweise trotz ihrer großen Schwäche und ihres Opportunismus brachen in den arabischen Ländern ziemlich häufig Streiks aus, die ganz spontan entstanden und gewöhnlich ohne Führung oder unter national-reformistischer Führung verliefen und in der Mehrzahl der Fälle mit einer Niederlage der Arbeiter oder mit einem faulen Kompromiß endigten. Ein Teil dieser Streiks verlief, besonders in Ägypten, überaus stürmisch und war von großen Zusammenstößen mit der Polizei begleitet. Diese elementaren Klassenkämpfe zeigten die Kampfqualitäten des Arbeiters und das vollständige Fehlen einer auch nur in geringem Maße kampffähigen Organisation. Es war für die unter außerordentlich schwierigen Bedingungen arbeitenden

NADAB:

## DER I. ARABISCHE ARBEITERKONGRESS IN PALÄSTINA UND DER ANTIIMPERIALISTISCHE KAMPF IN DEN ARABISCHEN LÄNDERN

Am 23. August 1929 brach in Palästina ein antiimperialistischer Aufstand aus, am 11. Januar 1930 tagte in Haifa der erste arabische Arbeiterkongreß. Beide Ereignisse verknüpft ein enges inneres Band. Ohne den Augustaufstand hätte es auch keinen Kongreß gegeben, und der Kongreß wird seinerseits auf die weitere Entwicklung des Klassenkampfes und des antiimperialistischen Kampfes in Palästina einen großen Einfluß ausüben. Und nicht nur in Palästina. Die kleine englische Kolonie ist eng verknüpft mit dem Libanon, mit Syrien, dem Irak, Ägypten, und diese Verbindung hat während des Augustaufstandes einen stürmischen Ausdruck gewonnen. Deshalb verdient auch dieser Kongreß das besondere Interesse des internationalen revolutionären Proletariats; er darf nicht als örtliches palästinensisches Ereignis betrachtet werden, sondern als wichtige Wendung, als Beginn einer neuen Etappe des antiimperialistischen Kampfes der Arbeiter- und Bauernmassen der arabischen Länder.

### 1. Die Lage der Arbeiter und die Arbeiterbewegung in den arabischen Ländern

In allen angeführten arabischen Ländern (außer Ägypten) begann sich der Kapitalismus relativ erst vor kurzer Zeit zu entwickeln. In allen diesen Ländern sind die feudalen Elemente in der Wirtschaft noch sehr stark. Die

schwachen Kömparteien Aegyptens, Syriens und Palästinas überaus schwierig, die Aufgabe der Schaffung selbständiger Klassenverbände zu lösen, und erst in der allerletzten Zeit hat die KP Palästinas darin einige Erfolge erzielt.

## 2. Die arabischen Arbeitermassen und die nationale Revolution

Die arabischen Arbeiter haben an den revolutionären antiimperialistischen Kämpfen teilgenommen, aber nicht als selbständige organisierte Kraft, sondern nur als eine amorphe Masse, die der klassenfremden Führung spontan folgte.

Weder in der revolutionären Bewegung des Irak 1920—1921, noch in Palästina 1919—1926, noch auch während der syrischen Revolution 1925—1927 sind die arabischen Arbeiter als ein selbständiger Faktor hervorgetreten. Während die Forderungen der Bauern in den von den Nationalisten aufgestellten Forderungen einen, wenn auch sehr entstellten, Ausdruck fanden, wurden die Arbeiterforderungen nicht nur von den Nationalisten vollkommen verschwiegen, sondern nicht einmal von den Arbeitern selbst aufgestellt. Die Arbeiter hatten noch keinerlei Klassenbewußtsein — das ist gerade die charakteristischste Erscheinung in der Epoche der antiimperialistischen Kämpfe der Jahre 1919—1927. An der Spitze der kämpfenden und revolutionären Massen marschierten in jenen Jahren bürgerliche (Aegypten) und bürgerlich-feudale Gruppen (Syrien, Irak, Palästina) — bei vollkommenem Fehlen einer irgendwie hervortretenden selbständigen Arbeiterorganisation. Und man muß sagen, daß die bürgerlich-feudalen Gruppen die Arbeitermassen vorzüglich auszunutzen verstanden, indem sie sie für das Kapital die Kastanien aus dem Feuer holen ließen.

Die einzelnen bürgerlichen Parteien erkannten sehr wohl den Nutzen, den sie aus der politischen Ausbeutung des Proletariats ziehen könnten. So verkündete nach dem Umsturz Mohammed Mahmuds in Aegypten der Diktator den Arbeitern die bevorstehenden Reformen: Wohnungsbau für Arbeiter, eine Arbeitergesetzgebung, sanitäre Hilfe. Nicht eines von diesen Versprechen wurde erfüllt. Mohammed Mahmud hatte gehofft, allein durch Versprechungen und feierliche Gesten die in Aegypten bestehenden Organisationen den Händen des Wafd entreißen zu können und sie, wenn auch nicht auf seine Seite zu ziehen, so doch wenigstens zu neutralisieren.

Seit den Jahren 1925—1927 (in den einen Ländern früher, in den anderen später) hielt die arabische Bourgeoisie ihren Kurs offen auf die Annäherung an den Imperialismus. Der ägyptische Wafd, der niemals eine revolutionäre Partei gewesen ist, richtete seinen Kurs auf ein endgültiges Einvernehmen mit England. Das palästinensische arabische Exekutivkomitee verzichtete seit 1926 faktisch auf die Losung „Nonkooperation“, die syrischen führenden bürgerlich-feudalen Kreise boten nach der Niederschlagung des Aufstandes alles auf, um zum Frieden zu kommen. Dieser national-reformistische Kurs wurde von den Nationalisten eingeschlagen im Resultat: 1. der Einschätzung der chinesischen Erfahrung, 2. aus Furcht vor dem Erwachen und der Aktivisierung der eigenen Arbeiter und Bauern, 3. dank

gewissen wirtschaftlichen Zugeständnissen und politischen Versprechungen der Imperialisten.

Das Einvernehmen zwischen der nationalen Bourgeoisie, den Feudalen und dem Imperialismus bedeutet aber keineswegs eine Milderung der wirklichen Gegensätze zwischen der Hauptmasse der Kolonialbevölkerung und den Imperialisten. Im Gegenteil. Die Annäherung der bürgerlich-junkerblichen arabischen Schichten an den Imperialismus ist ein sicherer Beweis für die weitere Verschärfung dieser Gegensätze. Gegenwärtig kann man nach Eintreten der amerikanischen Krise und ihrem Uebergreifen auf die Weltwirtschaft, nach der Verschärfung der Agrarkrise, nach den revolutionären Ausbrüchen in einer ganzen Reihe von Kolonien nicht daran zweifeln, daß wir es hier mit einem neuen Aufschwung der revolutionären Welle in den Kolonien zu tun haben.

Wer wird an der Spitze dieses neuen Aufschwungs marschieren? Auf den Radikalismus der Bourgeoisie können nur die eingefleischtesten Opportunisten hoffen. Und wird etwa die Kleinbourgeoisie (und vor allem die Intellektuellen) in Gestalt verschiedener linker radikaler Gruppen die Massen in den Kampf führen?

Was die arabischen Länder betrifft, so fällt besonders die außerordentliche Schwäche der sogenannten linksnationalistischen Gruppierungen und ihre überaus geringe Selbständigkeit auf. In Aegypten gibt es trotz der außerordentlich verschärfen politischen Situation, trotz der ziemlich entwickelten politischen Unterschiede, fößt des vollkommenen Verrats des „Wafd“ keine kampffähige linksnationalistische Partei. Die „Nationale Partei“, die auf die Bezeichnung einer „äußerst linken“ Anspruch erhebt, ist eine lebensunfähige Sekte, an deren Spitze feudale Elemente stehen. Während der Diktatur Mohammed Mahmud-Paschas hat sie sich durch ihre Hinterkulisenintrigen mit diesem Agenten Englands endgültig unmöglich gemacht.

In Palästina ist die linksnationalistische Gruppe „Hamfi-Husseini“, die im antiimperialistischen Kampf eine positive Rolle gespielt hat, organisatorisch schwach. Für Syrien und den Irak gilt dasselbe. In Transjordanien setzen sich die „linken“ Nationalisten aus feudalen Aristokraten zusammen. (In Transjordanien, einem ganz rückständigen Lande, ist die feudale Stamesaristokratie mit ihrer Evolution vom „Nonkooperation“ bis zur vollen Zusammenarbeit mit dem Imperialismus etwas zurückgeblieben.)

Diese außerordentliche Schwäche und Unselbständigkeit, das Hinterher-trotzen der linken Nationalisten in den arabischen Ländern, ist kein Zufall. Ihre Gründe wurzeln in der sozialen Abstammung der nationalen Intellektuellen, die die Kader und Führer der kleinbürgerlichen radikalen Elemente bilden. In den arabischen Ländern (zumindest in Syrien, im Irak usw.), entstammen die Intellektuellen der deklassierten, verarmten Aristokratie. Bis auf den heutigen Tag sind die aus der Aristokratie stammenden Intellektuellen durch Familienbände mit den feudalen Gutsbesitzern verknüpft, sind noch immer Besitzer kleiner Landanteile, die sie den Feudalen in Pacht geben; zum Teil sind die verarmten Intellektuellen mit den Großgrundbesitzern durch ein gemeinschaftliches Familien-„Wakuf“ verbunden. All das zusammengekommen, und dazu die Tatsache, daß unter den Berufen der Intellektuellen die Verwaltung des imperialistischen Staats-

apparates einen großen Raum einnimmt, hat dahin geführt, daß der kleinbürgerliche Radikalismus in den arabischen Ländern außerordentlich kleinlich, schüchtern, unselbständig und zur Leitung der revolutionären Kämpfe unfähig ist.

Die einzige Klasse, die ihrer objektiven Lage nach fähig ist, einen führenden Platz in der revolutionären Bewegung einzunehmen, ist das Proletariat. Es ist aber subjektiv noch nicht dazu bereit, seine Klassenselbständigkeit ist jetzt erst in der Entwicklung begriffen. Wird die Arbeiterklasse der arabischen Länder im Augenblick des Ausbruchs der revolutionären Kämpfe oder wenigstens in der ersten Etappe derselben mit seiner Organisierung fertig sein? Wenn ja, so wird der elementare Aufstand der Vielmillionenmasse der Fellachen, dem wir uns mit jedem Tage immer mehr nähern, in eine siegreiche Revolution umgewandelt werden können; wenn nicht, so wird dieser Aufstand in zersplitterte Revolten ausarten, mit denen die Imperialisten relativ leicht fertig werden. Die Antwort auf diese Frage geben nun die letzten Ereignisse in Palästina, der Augustaufstand und der Arbeiterkongreß im Januar, die das Vorspiel gewaltiger revolutionärer Kämpfe in den arabischen Ländern sind.

### 3. Der Augustaufstand und die Arbeiter

Der Augustaufstand traf die arabischen Arbeiter Palästinas unvorbereitet. Bei Ausbruch des Aufstandes waren die Arbeiter unorganisiert und politisch unselbständig. Das Bewußtsein der Notwendigkeit des Klassenkampfes, des Kampfes gegen ihre Bourgeoisie, einer von ihr selbständig geführten Aktion gegen den Imperialismus war nur in einem sehr begrenzten Kreis der Arbeiterschaft eingedrungen. Die KP Palästinas war bei Ausbruch des Aufstandes überaus schwach infolge ihrer nationalen Zusammensetzung von den arabischen Massen losgelöst und für den Aufstand vollkommen unvorbereitet. Darüber hinaus hatte die KP Palästinas infolge ihrer Losgelöstheit von den Massen (und besonders von den Fellachen) und infolge einiger rechter Fehler die heraufziehenden Ereignisse gar nicht vorausgesehen und traf, obwohl sie die Verschärfung der politischen Situation im ganzen signalisierte, keinerlei konkrete Maßnahmen im Zusammenhang mit dem ausbrechenden Aufstand.

Infolgedessen kamen an die Spitze der Massen bürgerliche und bürgerlich-feudale Führer, die sich das Ziel setzten, den antimperialistischen Aufstand der Fellachen, Beduinen und der städtischen armen Bevölkerung niederzuschlagen, indem sie ihn auf das Gleis eines arabisch-jüdischen nationalen Kampfes brachten. Dieses konterrevolutionäre Manöver gelang der Führung aber nicht. Im Lande brach eine Aufstandsbewegung aus. Die im Aufstand befindliche, hauptsächlich aus Fellachen und Beduinen bestehende Masse, die ohne revolutionäre Führung war, wurde durch den konterrevolutionären Block der Imperialisten, Zionisten und Nationalreformisten niedergeschlagen.

Bald nach der Niederschlagung des bewaffneten Aufstandes der Beduinen und Bauern zeigte es sich aber, daß durch diese Niederlage die Bewegung nicht ein Ende, sondern erst den Anfang gefunden hatte. Nach der gemeinsamen Unterdrückung des Aufstandes begann keine allgemeine Reaktion,

keine Passivität, keine Apathie der Massen, sondern ihre Aktivisierung und die Hineinziehung neuer Schichten in die Bewegung\*. Besonders tiefgehenden Einfluß hatte der Augustaufstand auf den arabischen Arbeiter. Die Arbeitermassen aktivisierten und revolutionierten sich. Im Lichte des Aufstandes traten nicht nur die politische Rechtllosigkeit, sondern auch die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeiter klarer hervor. Die gesteigerte soziale und politische Aktivität der bürgerlich-feudalen und kleinbürgerlichen Gruppen übte auch ihre zündende Wirkung auf die Arbeitermassen. Gleichzeitig setzte der offenkundige Verrat der bürgerlich-feudalen Führung diese in den Augen der Arbeitermassen herab und drängte seinerseits die Arbeiter zu einer selbständigen Organisierung. Wenn also die ersten Tage des Augustaufstandes sich in gewissem Grade in den Spuren der vorausgegangenen arabischen Aufstände bewegten (eine revolutionäre Masse der Fellachen und der kleinbürgerlichen städtischen Bevölkerung einerseits und eine bürgerlich-feudale Führung, die den Aufstand früher oder später verrät, andererseits), so trat bereits vom November bis Januar eine neue Schicht hervor: es begann die Lösung bedeutender Arbeitermassen von der nationalen Führung, eine verschärfte Klassendifferenzierung, das Hineindrängen zu einer selbständigen Organisierung.

### 4. Der arabische Arbeiterkongreß

Erst der Aufstand verlich der Lösung einer „Einberufung eines arabischen Arbeiterkongresses“ Aktualität und Boden. Der Drang nach einer selbständigen Arbeiterorganisation hatte sich so gesteigert, daß die Haifaer reformistisch-nationale Arbeiterorganisation einen Kongreß einzuberufen beschloß. Benachrichtigt wurden hiervon nicht nur die Arbeiter Palästinas, sondern auch die der Nachbarländer. In Palästina setzte eine umfassende vorbereitende Kampagne für den Kongreß ein. Durch legale und illegale Versammlungen und Aufrufe der Verbände, durch persönliche Agitation wurden ziemlich breite Arbeiterschichten in einer ganzen Anzahl von Städten (Jerusalem, Jaffa, Haifa, Lud, Akko, Nazareth) und Dörfern (Ein-Karem, Biot-Safafa, Tura, Schafamer) erfaßt. Im ganzen erschienen auf dem Kongreß 61 Delegierte, die 4000—6000 arabische Arbeiter vertraten. An der Wahlkampagne nahmen die Kommunisten den alleraktivsten Anteil und hatten auf dem Kongreß eine ziemlich starke Gruppe. Die Nationalisten verhielten sich im Anfang dem Kongreß gegenüber ziemlich wohlwollend, da sie ihrer vollkommenen Hegemonie gewiß waren. Die erdrückende Mehrzahl der Delegierten waren Arbeiter, außerdem waren auf dem Kongreß einige kleinere Unternehmer und Intellektuelle als Führer der Nationalisten anwesend. Auch eine bereits gewählte Delegation der syrischen Gewerkschaften sollte auf dem Kongreß erscheinen; die syrische Regierung erteilte ihr aber kein Visum, so daß dem Kongreß nur zwei illegal erschienene syrische Arbeiter beiwohnen konnten.

Die Eröffnung des Kongresses hatte das große Interesse der Haifaer Arbeiter.

\* Dies beweist ein übriges Mal die Tatsache, daß der Augustaufstand nicht eine einzelne, „zufällige“ örtliche Erscheinung war, sondern nur die erste Woge der sich in den arabischen Ländern erhebenden Revolution.

ter wachgerufen; der Sitzungsaal war von Arbeitern und Gästen überfüllt, so daß ein Teil derselben auf der Straße bleiben mußte. Die Regierung hatte den Kongreß nur unter der Bedingung zugelassen, daß er unpolitisch verläuft. Auf der Tagesordnung des Kongresses standen folgende Fragen:

1. Die Lage der internationalen Arbeiterklasse und die Lage der Arbeiter Palästinas, 2. Diskussion und Anträge, 3. Wahlen für das ZK.

Von Anbeginn bis zu Ende fand auf dem Kongreß ein hartnäckiger Kampf zwischen den Kommunisten und den Nationalisten um den Einfluß auf die parteilosen Arbeiter statt. Die Diskussion drehte sich um folgende Fragen:

1. Sind auf dem Kongreß politische Reden zulässig, 2. der Standpunkt gegenüber der arabischen Bourgeoisie und ihren Forderungen, 3. Achtstundentag und Erhöhung des Arbeitslohnes, 4. eine Arbeiterzeitung, 5. ein Gruß an die Arbeiter Indiens. Die Kommunisten traten mit einer politischen Kampferklärung hervor: Besprechung des Aufstandes und der verräterischen Rolle der National-Reformisten, Aufruf zum Kampf nicht nur gegen die Deklaration Balfours (über die Schaffung eines jüdischen Nationalherdes), sondern auch überhaupt gegen das englische Mandat, für die Agrarrevolution, für die Notwendigkeit der Unterstützung von Partisanenabteilungen, für die Losung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Die Rechten forderten die Wortentziehung für den kommunistischen Redner und begründeten dies mit dem Verbot der Regierung, sich mit Politik zu beschäftigen. Nach langer Obstruktion wurde dieses politische Referat mit einer Mehrheit von 35 Stimmen gegen 22 abgesetzt. Die Nationalisten hatten gesiegt, aber ausschließlich nur durch die Einschüchterung der Delegierten mit einer Einmischung der Regierung. Die Stimmung der erdrückenden Mehrzahl der Arbeiter war ohne Zweifel auf „Politik“ (Politik des Antimperialismus) gerichtet. Als der kommunistische Redner nach der Abstimmung seine Rede mit der Losung schloß: „Es lebe die Arbeiter- und Bauernföderation der arabischen Länder!“ — da antworteten die Arbeiter mit begeistertem Zurufen und gewaltigem Beifall.

Auch in der zweiten Frage gelang es den Nationalisten, einen Teilsieg davonzutragen. Freilich, eine Anzahl ihrer Anträge, die auf den Schutz der Taschen der arabischen Bourgeoisie gerichtet waren, wurden abgelehnt; andererseits aber gingen ihre Resolutionen über die Ertüchtung von Kongressen an die arabischen Kapitalisten, über die proportionelle Verteilung der von der Regierung zu vergebenden Arbeiten unter die arabischen und jüdischen Arbeiter usw. durch. In den anderen Fragen erlitten die Rechten eine Niederlage. Unserer Losung des Achtstundentages stellten sie die Forderung eines Vierzehnstundentages — „zur Befestigung der nationalen Industrie“ — entgegen. Diese Forderung wurde mit Zurufen des Unwillens angenommen und abgelehnt. Bezüglich der Herausgabe einer Arbeiterzeitung brachten die Nationalisten den Antrag ein, die Arbeiterorganisation sollte sich einfach einer der bestehenden nationalistischen Zeitungen anschließen. Mit erdrückender Mehrheit beschloß der Kongreß, die Herausgabe einer selbständigen Arbeiterzeitung in die Wege zu leiten. Nach leidenschaftlichen Debatten wurde auch unser Antrag über eine Begrüßung der indischen Arbeiter, und die Forderung der Sonderbehandlung für die politischen Häftlinge sowie des Protestes gegen den imperialistischen Terror (Kontribution, Todesurteile usw.) angenommen.

Bei der Beurteilung des Kongresses muß man im allgemeinen sagen, daß die Nationalisten auf dem Kongreß vorherrschten und ihm einen offenkundig nationalistischen (nationalreformistischen) Einschlag in allen Fragen gaben, bei denen sie sich hinter nationalen Phrasen verschancen, die chauvinistischen Instinkte der Delegierten wecken und mit der Einmischung der Regierung drohen konnten. In einer ganzen Reihe von Fragen jedoch, deren Klassenbedeutung ganz offenkundig war, wurden die Nationalisten von den revolutionären Delegierten geschlagen. Bei all seinen Mängeln ist der Kongreß ein wichtiger Schritt vorwärts zur Schaffung einer selbständigen Organisation der Arbeiter. Die Hoffnung der Nationalisten, eine weitere Hilfsorganisation für sich zu erhalten, hat sich als gescheitert erwiesen, — und darin liegt die allergrößte Bedeutung des Kongresses. Die Schaffung einer selbständigen Arbeiterorganisation wird die Klassenscheidung noch mehr verschärfen und das Proletariat auf den Weg eines noch aktiveren wirtschaftlichen und politischen Kampfes drängen.

##### 5. Der Kampf nach dem Kongreß

Bald nach dem Kongreß entspann sich um die Arbeiterorganisation ein erbitterter Kampf. Die arabischen Nationalisten erkannten, daß eine weitere Entwicklung des Verbandes auf der vom Kongreß angezeigten Linie für sie eine große Gefahr in sich birgt.

In der nationalistischen Presse begann eine Kampagne gegen den Kongreß und das auf ihm gewählte ZK der arabischen Arbeiterorganisation. „Der Kongreß beherrschen die Zionisten und Kommunisten“, unter dieser Losung wird die Hetze geführt; besonders wüten die „linken“ Nationalisten, die eine unmittelbare Gefahr wittern.

Die Zionisten schlafen auch nicht. Den jüdischen Arbeitern gegenüber versuchen sie den Kongreß als eine Erfindung der arabischen nationalistischen Reaktion hinzustellen und legen der Regierung nahe, daß man „auf dem Kongreß die Hand Moskaus verspürt habe“.

Die Macdonaldische Verwaltung Palästinas bedarf im übrigen keiner besonderen Anregung. Gleich nach dem Kongreß setzte ein gesteigerter Polizeiterror ein mit Massenhassungen bei „verdächtigen“ Leuten und Verhaftungen. In den staatlichen Steinbrüchen, wo vor dem Kongreß eine lebhafte Wahlkampagne stattgefunden hatte, wurden 80 Arbeiter entlassen.

Der Kampf entbrannte auch innerhalb der Verbände. Um ihre Positionen zu stärken, versuchen die Nationalisten, die Unternehmer und selbst die Polizei in die Gewerkschaften hineinzubringen. Gleichzeitig sabotieren sie auf jedwede Weise die Schaffung neuer Gewerkschaften und machen den bestehenden Gewerkschaften das Arbeiten unmöglich. Einige Mitglieder der reformistischen Verbandsleitungen haben sich mit zionistischen Gewerkschaftsbürokraten zusammengetan, die die arabische Arbeiterorganisation zu zersetzen suchen. All diese Angriffe von außen und innen wurden von den Arbeitern bis jetzt erfolgreich abgeschlagen. Der Kongreß hat unter der Arbeitermasse einen gewaltigen Enthusiasmus wachgerufen. Hunderte neuer Arbeiter treten in die Verbände ein. In Jaffa, Haifa und Nazareth wurden neue Organisationen geschaffen. Zugleich haben wirtschaftliche Aktionen



eingesetzt: einige Tage nach dem Kongreß brach ein Teilstreik (120 Arbeiter) auf der großen Tabakfabrik „Mabruk“ aus; in Jerusalem traten die Arbeiter in den großen staatlichen Bauunternehmungen in den Streik. Im staatlichen Steinbruch in Aklit schoß einer der entlassenen Arbeiter auf einen Engländer, der die Arbeiten in diesem Steinbruch leitet. Die Kampfstimmung der Arbeiter ist im Wachsen begriffen.

Der Kongreß hat auch unter den syrischen Arbeitern ein großes Interesse wachgerufen. Trotz der Hetze der nationalistischen Zeitungen erklärten die Vertreter der syrischen Verbände, daß sie den palästinensischen Kongreß begrüßen und bereit seien, seinen Spuren zu folgen.

Die arabischen Arbeiter Palästinas betreten jetzt im Gefolge des Aufstandes den Weg der Organisation des revolutionären Kampfes. Die Arbeiter Ägyptens und vielleicht auch Syriens werden bei einer revolutionären Krise diesen Weg noch schneller und energischer gehen als die Arbeiter Palästinas.

#### 6. Die Aufgaben der KP Palästinas

Das ziemlich schnelle Tempo der Organisation der arabischen Arbeiter unter den Bedingungen eines angespannten inneren Kampfes sowie angesichts der überaus gespannten politischen Situation und des imperialistischen Terrors, der zunehmenden revolutionären Gärung unter den Fellachen (Begriff des Partisanentums), des allseitigen Verrats der Nationalreformisten stellt die KP Palästinas vor außerordentlich wichtige und verantwortungsvolle Aufgaben. Wir beschränken uns auf eine Aufzählung derselben:

1. Kampf für die organisatorische Befestigung und Erweiterung der „Arabischen Arbeiterorganisation Palästinas“,
2. endgültige Entfernung der Kleinunternehmer aus den Verbänden,
3. Kampf gegen den Einfluß der Nationalreformisten und besonders gegen die „linken“ Nationalisten,
4. Kampf um die internationale Vereinigung der arabischen und syrischen Arbeiter auch gegen die Intrigen und Manöver der zionistischen Amsterdamer,
5. Schaffung eines Blocks zwischen der Arbeiterorganisation und der verelendeten Fellachenmasse,
6. Schaffung eines Gewerkschaftsbundes der arabischen Länder.



## Aus der Internationale

### Der VII. Parteitag der Kommunistischen Partei Palästinas.

Von Bob (Jaffa)

\*\* Der VII. Parteitag der KP. Palästinas, der Mitte Dezember stattfand, bedeutete einen wichtigen Wendepunkt für die Partei und damit für die kommunistische Bewegung in den arabischen Ländern. Grundlage der Diskussion auf dem Parteitag waren die Resolutionen des EKKI vom 16. Oktober 1929 über die Aufstandsbewegung im arabischen Osten und der offene Brief des EKKI an alle Mitglieder der KP. Palästinas vom 26. Oktober 1930. In diesen beiden Dokumenten wird unter Anerkennung der revolutionären Tätigkeit der KP. Palästinas die Frage ihrer Arabisierung, d. h. des tiefen Eindringens in die arabischen Arbeiter- und Bauernmassen, der Herausbildung einer arabischen Parteiführung und des richtigen Verständnisses für die nationale Frage in Palästina in den Vordergrund gestellt.

Der Parteitag erklärte sich einstimmig mit allen Resolutionen des EKKI solidarisch. Die Zahl der arabischen Delegierten kam diesmal der Zahl der jüdischen gleich, während bei den früheren Parteitagen nur vereinzelte arabische Genossen oder eine Minderheit arabischer Arbeiter anwesend war. Der Parteitag verlief im Zeichen der Selbstkritik. Die Fehler der früheren Parteileitung, die zwar eine Reihe revolutionärer Aktionen durchführte, die „links“-liquidatorischen und rechten Oppositionen bekämpfte, aber weder die richtige theoretische Einstellung zur nationalen Frage in Palästina hatte, noch imstande war, praktisch die Aufgaben der Arabisierung zu erfüllen, wurden unter schärfster Feder genommen. Gleichzeitig wurde auf die Gefahren verschiedener Abweichungen in der Partei, die sich während der Diskussion des Komintern-Briefes gezeigt hatten, hingewiesen: die Hauptgefahr am gegenwärtigen Stadium der Parteientwicklung ist der Einfluß des jüdischen zionistischen Nationalchauvinismus, der vor allem in einer Verlangsamung des Tempos der Arabisierung zum Ausdruck kommt. (Ein Partei-Plenum im Mai d. J. hätte sogar eine spezielle Verlangsamungsformel „Arabisierung plus Bolschewisierung“ angenommen, die zwar sehr revolutionär klingt, aber in Wirklichkeit ohne Gegenüberstellung der aktuellen Parteaufgabe der Arabisierung und der Partei-Bolschewisierung bedeutet).

Der Parteitag übersah auch nicht die Gefahr des Einflusses des arabischen bürgerlichen Nationalismus in der Partei, der ebenfalls scharf bekämpft werden muß, unterstrich jedoch, daß der zionistische Chauvinismus die Hauptgefahr ist.

Wichtige Resolutionen von programmatischen und praktischem Inhalt nahm der Parteitag in der Gewerkschaftsfrage und in der Agrarfrage an. Die Verschärfung des ant imperialistischen und antisozialistischen Kampfes in Palästina stellt für die KP. Palästinas die Frage des Eindringens in die Massen in den Vordergrund. Ohne eine starke, die Massen der arabischen Arbeiter umfassende Gewerkschaftsorganisation unter revolutionärer Führung, ohne eine innige Verbindung mit den Fellachen- und Beduinenmassen, auf Grund der Forderungen der Agrarrevolution, ist eine erfolgreiche Tätigkeit der kommunistischen Parteien in den arabischen Ländern undenkbar. Der VII. Parteitag der KP. Palästinas zeigte die konkreten Wege zur Durchführung der dringendsten Aufgaben.

Es wurden ferner Resolutionen zur internationalen Lage und Lage in der KI. (Verurteilung des „Rechts-Links“-Blocks, Protest gegen die Intervention) Begrüßungen an das EKKI und an die Nachbarparteien, eine Resolution über die Jugendarbeit usw. angenommen.

Das neue Zentralkomitee weist eine Mehrheit arabischer Genossen auf und ist somit geeignet, die durch den Parteitag angenommenen Resolutionen über die arabische Massenarbeit unmittelbar durchzuführen.

## Die nationale Frage auf dem VII. Parteitag der KP. Palästinas.

Von Mustafa Sadi (Jaffa).

Der Fellachen- und Beduinenaufstand im August 1929 stellte für die revolutionäre Bewegung in Palästina eine Reihe wichtiger Probleme auf die Tagesordnung. Das wichtigste dieser Probleme war die Aufrollung der nationalen Frage in ihrer Beziehung zu der revolutionären Freiheitsbewegung der arabischen Massen. Der Kern der nationalen Frage in Palästina besteht in der ehrenrührigen Position der jüdischen nationalen Minderheit in Palästina. Das mangelnde Verständnis für diese Frage, die abstrakte Behandlung derselben, war zweifellos die Hauptquelle der Fehler, die die Kommunistische Partei Palästinas, sowohl in bezug auf ihre äußerliche Massenarbeit, wie in innerparteilicher Beziehung machte.

In Palästina, als einem Kolonialland, spielt die jüdische nationale Minderheit, die sich unter zionistischem Einfluß befindet, die Rolle einer imperialistischen Agentur zur Unterdrückung der arabischen nationalen Befreiungsbewegung. Dabei ist aber der Zionismus nicht nur ein Werkzeug des britischen Imperialismus, sondern bildet selbst eine kämpferische Vorhut zur Unterdrückung der eingeborenen arabischen Massen und zu ihrer Exploitation und Expropriation.

Diese Rolle läßt sich durch folgende Momente begründen: 1. Nach Bestiegung des deutschen Imperialismus im Weltkriege legte sich der britische Imperialismus auf Förderung der zionistischen Einwanderung nach Palästina fest, um — unter Vorgaukelung der Schaffung eines jüdischen Nationalheims — die jüdischen Einwanderer zum Kampfe gegen die arabische Massenbewegung zu benutzen. 2. Die jüdischen Kapitalisten suchen ein eigenes Gebiet zwecks Errichtung eines Staates. Nachdem verschiedene frühere Kolonisationspläne (Uganda, Brasilien usw.) fehlgeschlagen waren, konzentrierten sie ihre Bemühungen auf Palästina und nutzten die unterdrückte Lage der jüdischen Bevölkerungsmassen in Osteuropa aus, um ihre Pläne mit Hilfe des britischen Imperialismus zu verwirklichen. 3. Der Prozeß der zionistischen Kolonisation ist mit einer Massen-Expropriation der arabischen Kleinbauern verbunden. Bisher haben die Zionisten mit der bewaffneten Hilfe britischer Militärs den Arabern über 1½ Millionen Dunam (1 Dunam ist 1000 qm) entrissen und Tausende von fellachischen Familien (aus Afuleh, Marg, Ben Amr, Wadi Havaras, Jiffath usw.) vertrieben. An Stelle der vertriebenen Fellachen werden zionistische Pioniere angesiedelt. Dadurch wird der Kampf gegen den Zionismus zur Grundfrage der Agrarrevolution in den palästinensischen Bedingungen. 4. Die zionistische Immigration ist auch mit der Vertreibung des arabischen Arbeiters von seinem Arbeitsplatz (Kibbusch Avodah) verbunden, wie gerade die in den letzten Wochen in den westpalästinensischen Plantagengebieten stattgefundenen Zusammenstöße beweisen. Dabei ist der jüdische Arbeiter dem arabischen gegenüber materiell privilegiert, nicht nur auf Rechnung der Spenden, die die jüdische Bourgeoisie aus der ganzen Welt nach Palästina schickt, sondern auch direkt auf Rechnung des arabischen Arbeiters. Die jüdische Bourgeoisie ist daran interessiert, diese privilegierte Stellung des jüdischen Arbeiters (trotz dauerndem Angriff auf sein Lebensniveau) gegenüber dem arabischen Arbeiter aufrechtzuerhalten, um jegliche internationale Organisation zu verhindern und den Haß zwischen jüdischen und arabischen Werktätigen zu vertiefen.

Insmerhin bringt die schwere Wirtschaftskrise den Zionismus dazu, daß innerhalb der — zwar dem britischen Imperialismus untergeordneten aber gegenüber den arabischen Massen als Unterdrücker auftretenden jüdischen Minderheit — ein Prozeß der Differenzierung vor sich geht. Ein Teil der jüdischen Arbeiterschaft geht vom Zionismus unter der Wir-

kung des Angriffs der Kapitalistenklasse auf die jüdischen Arbeiter weg und sieht den Weg zu ihrer wirklichen Befreiung nicht mehr in den zionistischen „Judenstaat“-Illusionen, sondern im Kampfe gegen die eigene Bourgeoisie und den Imperialismus.

Es wäre aber auch ganz unrichtig, die arabische nationale Mehrheit in Palästina als nicht differenziertes Ganzes zu betrachten. Ähnlich wie in der jüdischen nationalen Minderheit ein Prozeß der Differenzierung vor sich geht, so auch innerhalb der arabischen nationalen Mehrheit. Während sich die jüdische Arbeiterklasse von ihrer eigenen Bourgeoisie abspaltet und aus dem Lager der Bourgeoisie und des Imperialismus stufenweise in das Lager der Befreiungsbewegung hinüberschwenkt, so findet innerhalb der arabischen Nationalbewegung die Abspaltung der arabischen halbfeudalen und bürokratischen Schichten in umgekehrter Richtung, von der arabischen Nationalbewegung ins Lager des Imperialismus statt.

Der Prozeß dieses Ueberganges der arabischen Bourgeoisie ins imperialistische Lager wurde besonders beschleunigt seit dem arabischen Kongreß, der im Sommer 1928 stattfand. Selbster hat die arabische Bourgeoisie fortwährend ein Kompromiß mit dem britischen Imperialismus gesucht. Zwar war das arabische Exekutivkomitee nach dem Aufstand unter dem Druck der Massen revolutionäre Gesteen zu machen und sogar einen Mal Ganarab-Vertrag zu verhandeln. In Wirklichkeit aber unterbanden die politischen Führer die ganze Zeit hindurch mit Großbritannien und die arabische Delegation, die vor einigen Monaten in London weilt, erzielte tatsächlich ein solches Uebereinkommen, das zum Teil in dem von der britischen Regierung vor kurzem publizierten „Weißbuch“ zum Ausdruck kommt. Wenn das Abkommen nicht als solches öffentlich publiziert wurde, so geschah dies nur, weil die sozialimperialistische MacDonald-Regierung, die die arabische Bourgeoisie als ergänzendes Werkzeug neben der zionistischen Bourgeoisie zur Festigung seiner Position in Palästina ausnutzen möchte, davon eine Diskretion seiner neuen Diener vor den Massen befürchtete.

Insmerhin gibt es zwischen dem verräterischen arabischen Exekutiv-Komitee und der nationalen und sozialen Freiheitsbewegung der arabischen Arbeiter und Bauern Massen, an deren Spitze die Kommunisten stehen, eine Zwischengruppe, die durch die klehbürgerlich-revolutionäre Strömung Hamdi Husseinis repräsentiert wird. Obwohl diese Gruppe (der vor allem ein radikales Agrarprogramm fehlt) keineswegs als konsequent revolutionär angesehen werden kann, stellt sie doch eine antiimperialistische Kraft dar, die sowohl gegen Imperialismus und Zionismus, wie gegen den arabischen Feudalismus und die verräterische Nationalbourgeoisie ausgenutzt werden kann.

Aus dieser prinzipiellen Fragestellung ergab sich die Kampfeslinie der Kommunistischen Partei, wie sie in der Resolution ihres 7. Parteitages festgelegt wurde: Im Zentrum der Aufgaben steht der Kampf gegen den britischen Imperialismus und die Mobilisation der Arbeiter- und Bauernmassen zu diesem Kampf. Die Hauptstütze des Imperialismus ist der Zionismus, der die jüdische nationale Minderheit beeinflusst und die zu einem imperialistischen Werkzeug gegen die Befreiungsbewegung der eingeborenen Massen verwandelt. Neben dem rücksichtslosen Kampf gegen die imperialistische Hauptstütze, den Zionismus, muß die Kommunistische Partei ihr Augenmerk auch auf die Demaskierung der arabischen nationalen Bourgeoisie und ihrer verräterischen Rolle richten und den Klassenkampf zwischen arabischen Arbeitern und Bourgeoisie, wie auch den Prozeß der Agrarrevolution auf dem Dorf in jeder Weise fördern, um ihren konkreten politischen Aufgaben gerecht zu werden.

## Weißer Schrecken

### Arabische Kommunisten vor Gericht.

Von Bob (Jaffa).

\*\* Unmittelbar nach dem 7. Parteitag der KP. Palästinas, der die scharfe Wendung der Partei in der Richtung zur Arabisierung vollzog und mit den national-opportunistischen Abweichungen der früheren Parteileitung aufräumte, setzten schärfste Verfolgungen der britischen Polizei, des gesamten imperialistischen Machtapparats gegen die revolutionäre Bewegung ein. Durch Massenverhaftungen (in den ersten zwei Monaten nach dem Parteitag wurden mehr Arbeiter verhaftet, als früher während ganzer Jahre), Terrorisierung, Provokationen, administrative Willkürurteilssprüche, bemühte sich der britische Imperialismus den Fortschritt des Kommunismus unter den arabischen Arbeitern, die Arabisierung der KP. Palästinas zu verhindern. Es gelang der Polizei auch, mehrere der führenden arabischen Kommunisten zu verhaften und (wie aus den Äußerungen der den Polizeikreisen nahestehenden Presse hervorging) hoffte sie, damit der kommunistischen Bewegung in den arabischen Ländern den Todesstoß zu versetzen.

Aber die Rechnung war eine falsche. Es zeigte sich, daß der Kommunismus unter den arabischen Massen, die sich immer mehr radikalisierten, tiefere Wurzeln hatte, als es die Imperialisten und ihre Helfer vermuteten. Nach der Verfolgungswelle wuchsen die Sympathien für den Kommunismus erst recht, Tausende von Flugblättern während des „Nebi Mussa“-Feiertags, die zum Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und Nationalreformismus aufforderten, fanden größten Widerhall, am 1. Mai kam es sogar dazu (zum erstenmal in der Geschichte des proletarischen Feiertags im Lande), daß arabische Arbeiter unter dem Einfluß der kommunistischen Proklamationen die Arbeit niederlegten. Daher auch die verstärkten Bestrebungen der imperialistischen Behörden, den Kommunismus zu diskreditieren und zu vernichten.

Diesem Zweck — und dem zweiten, für die britischen Imperialisten nicht minder wichtigen Ziel: die Sowjetunion zu bekämpfen — diente der groß aufgezogene politische Prozeß in Jaffa, in dem die Genossen Nadschatl Sedky (Sadi) und Mahmud Mograbi Deschesalerli als Führer der arabischen kommunistischen Bewegung angeklagt waren. Die Polizei hatte diesen Prozeß monatelang vorbereitet und für eine besondere „Sensation“ gesorgt: als Kronzeuge der Anklage erschien der Provokateur Ahmed Sedky (Bruder Nadschatis), der angab, an der Ost-Universität in Moskau studiert zu haben und daher besonderer „Fachmann“ für kommunistische „Umtriebe“ zu sein. Die Geheimpolizei hatte natürlich ihrem Kronzeugen diejenigen Aussagen in den Mund gelegt, die für die antisowjetischen Propagandazwecke notwendig sind. So hörte man lauge und breite Erzählungen über die Verbindungen zwischen Kommintern und GPU, über Hunger und Not in der Sowjetunion, über Ausbildung der ausländischen Schüler im Waffengebrauch gegen den Imperialismus — und ähnliches Zeug, für dessen Aufbauschung schon die proimperialistische Presse englischer, arabischer und hebräischer Sprache sorgte. Es sollte — wie der öffentliche Ankläger sagte — ein Musterprozeß gegen den Kommunismus und die Sowjetunion, wie seinesgleichen im Nahen Osten noch nicht durchgeführt wurde, sein.

Die provokatorischen Absichten der Imperialisten wurden jedoch durch die Beschuldigten durchkreuzt. Weit davon entfernt, ihre führende Rolle in der arabischen kommunistischen Bewegung zu leugnen, zerrissen die Angeklagten in ihren revolutionären Reden das Netz der Provokationen, enthüllten die unentwegte Treue des arabischen Proletariats und aller Unterdrückten für die Sowjetmacht, für die Komintern, geißelten die imperialistischen Unterdrückungsmethoden der „Arbeiter“-Regierung MacDonalds, schilderten das Elend der arabischen Arbeiter und Bauern und forderten vom Gerichtssaal aus die Massen auf, sich um die Fahne der kommunistischen Partei zu scharen. Der politische Prozeß verwandelte sich aus einem Musterprozeß gegen den Kommunismus — in eine flammende Anklage gegen den Imperialismus, in eine kommunistische Manifestation. Es erwies sich, daß die Vorbeugungsmaßnahmen der Polizei, die weder arabische noch jüdische Arbeiter zum Ver-

handlungssaal zuließ, nur allzu berechtigt war. Sogar die bürgerlichen Zuhörer mußten gestehen, daß der Eindruck der kommunistischen Anklagereden überwältigend war, besonders im Gegensatz zu der üblichen Haltung von Politikern in den Levante-Ländern, selbst von kleinbürgerlichen Revolutionären, vor Gericht, die immer versuchen, zu leugnen, auszuweichen, eine mildere Strafe zu erbetteln. Vor dem imperialistischen Gerichtshof wurde die kommunistische Bewegung unter den Arabern, ihr Programm und ihre Ziele, in feierlicher und eindeutiger Weise proklamiert.

Die Bedeutung dieses Prozesses ist nicht nur für die Arabisierung der KP. Palästinas, sondern für die arabische kommunistische Bewegung überhaupt bahnbrechend. Die zu je 2 Jahren Kerker verurteilten Genossen werden nunmehr anerkannte revolutionäre Führer, ein Beispiel für die arabischen Massen. Die Lösung ihrer Befreiung aus dem Gefängnis — zusammen mit der Forderung der Befreiung aller politischer Häftlinge, mit denen jetzt die imperialistischen Kerker überfüllt sind — wird sicherlich von breiten Arbeiter- und Bauernschichten aufgegriffen werden.

## Unter der Ferse des britischen Imperialismus

### Das britische Terror-Regime in Palästina.

Von J. B. (Jerusalem).

\*\* Die erschütterte Stellung des britischen Imperialismus in den arabischen Ländern, die immer größeren Schwierigkeiten, der aufsteigenden revolutionären Welle gegenüber die imperialistische Position zu halten, bringen es mit sich, daß die britischen Gwalt herrscher wieder die brutalsten Mittel anwenden, um ihre Unterdrückungsmaßnahmen durchzusetzen. Zum neuen Oberkommissar in Palästina ist ein General ernannt worden, dessen Hauptaufgabe darin besteht, die Durchführung der verschiedenen strategischen Projekte (Haifa-Bagdad-Bahn, neue Luftverbindungen) zu sichern und gleichzeitig alle Mittel militärischer Diktatur einzusetzen, um die arabischen Massen ins britische Joch zu zwingen, um die revolutionäre Bewegung zu ersticken. Nicht nur eine Verstärkung des Polizeiparates, eine Vergrößerung des Spitzelnetzes soll diesem Zweck dienen. Nicht nur gegen die nationalrevolutionären Kämpfer und gegen die Kommunisten werden alle Schrauben der Verfolgungsmaschine eingesetzt, — auch zur Erpressung der Steuern von den Bauern, zur Unterdrückung von Arbeiterstreiks werden immer wieder Terrormittel verwendet.

Die zionistischen Provokationen führen dazu, die Wut und Verzweiflung der arabischen Massen aufs höchste zu steigern. Seit Beginn der Orangen-Saison haben die neuen zionistischen Provokationen zwecks Herausdrängung der arabischen Arbeiter aus den Orangenpflanzungen wieder in größtem Umfang begonnen. Die Ebbe in der zionistischen Kasse, die eine Fortsetzung der Kolonisation der jüdischen Immigranten auf dem geraubten Boden erschwerte, zwingt die zionistischen Kapitalisten (unterstützt von den sozialimperialistischen Führern der „Histadruth“) noch eifriger als bisher den Kampf zur Herausdrängung der Araber, insbesondere der arabischen Arbeiter, zu betreiben. Die Provokationen der Zionisten gegen die arabischen Bauern

gehen soweit, daß sie sich sogar gegen Registrierung der landlosen arabischen Bauern sträuben (aus Furcht, die ganze verhängnisvolle Wirkung der zionistischen Politik auf die arabischen Fellachenmassen könnte publik werden) und sich mit der von britischer Seite durchgeführten Bewaffnung der jüdischen Kolonisten gegen die arabischen Kleinbauern nicht mehr begnügen. Die zionistische Presse fordert gegenwärtig (und wird darin von den zionistenfreundlichen Führern der britischen Labour Party unterstützt) die Bewaffnung jedes Juden gegen die Araber, damit die Zionisten die Möglichkeit haben, die arabischen Räuber ohne weitere Verfahren in „Notwehr“ kurzerhand niederzuschießen. Es ist selbstverständlich, daß diese neue zionistische Provokation im Zusammenhang mit dem britischen Terrorkurs steht und die Erbitterung der arabischen Massen gegen Imperialismus und Zionismus noch mehr aufsteuert.

Da angesichts der britischen Militärmacht und der Bewaffnung der zionistischen Kolonien eine allgemeine Volkserhebung, wie sie am 23. August d. J. in Nablus stattfand, rasch unterdrückt wird, zeigt sich immer häufiger, daß die zur Verzweiflung getriebenen Fellachen und Beduinen zu Partisanen werden. So erklärt es sich, daß, nachdem schon vor drei Jahren in den britischen Berichten an den Völkerbund in der Schilderung der „zivilisatorischen“ Arbeit der Engländer besonders hervorgehoben wurde, daß Räuberwesen sei „ausgerottet worden“ — dieses „Räuber- und Banditenwesen“ nunmehr in einem Maße wieder auflebt, das Palästina selbst zu türkischen Zeiten nie gekannt hat. Im Laufe von zwei Monaten fanden 24 Überfälle auf den Landstraßen statt. Da die Bewegung spontanen Charakter trägt und immer stärker wird, konnten die Polizei- und Militärexpeditionen gegen sie nichts ausrichten.

Die wachsende Unzufriedenheit der Massen zeigt sich nicht nur auf dem Lande. Auch in den Städten treten die Arbeiter in immer schärferem Gegensatz zu den Unternehmern und Imperialisten. Die Sympathien für den Kommunismus wachsen nicht nur unter den arabischen Werktätigen, sondern auch unter den aus dem zionistischen Lager abwandernden jüdischen Arbeitern. Es haben sich sogar Gruppen unter den letzteren gebildet, die an die Regierung der Sowjetunion um die Erlaubnis zur Einreise nach der Sowjetunion und zur Ansiedlung in Birbidschan nachsuchten. Die Sympathien für die Sowjetunion wachsen sowohl unter den jüdischen wie unter den arabischen Arbeitern.

Diesem Wachstum der Sympathien für die Sowjetunion und den Kommunismus versucht der britische Imperialismus durch noch größere Verschärfung der grausamsten Repressalien zu begnen. Nach dem offiziellen Bericht der Palästina-Regierung wurden im Laufe eines Jahres 44 Personen, davon 17 Kommunisten und revolutionäre Arbeiter deportiert. Gefängnis und Zwangsarbeitsstrafen werden immer wieder vorhängt, die Urteile der imperialistischen Justiz werden von Monat zu Monat härter. Darüber hinaus haben die imperialistischen Henker ihre Racheakte gegen die verhafteten Revolutionäre wieder begonnen. Am 7. November feierten die arabischen und jüdischen Kommunisten, die im Jerusalemer Gefängnis sitzen, den Tag der Oktoberrevolution durch Singen revolutionärer Lieder. Zur Strafe wurden ihnen alle Vergünstigungen entzogen. Nicht genug damit, wurden die Gefangenen als Antwort auf ihre Proteste von einer speziell herbeigeholten Abteilung britischen Militärs derart mißhandelt und geschlagen, daß einige von ihnen in Lebensgefahr schweben. Der arabische Genosse Mohamed Mugarbi (Mitglied des ZK. der KP. Palästinas) wurde so arg mißhandelt, daß er einen Schädelbruch erlitt und operiert werden mußte. 12 Genossen wurden ins Spital überführt. Die britischen Henker machen aus ihrer Absicht kein Hehl, die kommunistischen Aktivisten in den Gefängnissen zu Tode zu martern.

Auch die neue Etappe des Terror-Regimes wird die revolutionäre Bewegung in Palästina nicht vernichten können. Sie zeigt nur, daß der britische Imperialismus auch in seiner Kolonie Palästina, wie in Indien, Ägypten, Afrika usw. zu den barbarischsten Mitteln greift, um seine erschütterte Herrschaft zu festigen. Die Zusammenarbeit der Unterdrückten und die proletarische Solidaritätsaktion wird den Freiheitskampf der palästinensischen werktätigen Massen unterstützen müssen, wie den Kampf der andern revolutionären kolonialen Bewegung.

## Der Terror gegen Revolutionäre in Palästina.

Von H.

\*\* Die Situation in Palästina hat durch den gewaltigen Druck des britischen Imperialismus auf die Fellachen, Beduinen und die werktätige Bevölkerung der Städte, durch die verschärften Angriffe der zionistischen Kolonisatoren und durch den Widerstand und die Gegenangriffe der arabischen Massen — eine erhebliche Komplizierung erfahren. Nur durch Einsatz ihrer gesamten militärischen Kraft können die Engländer einem offenen Massenaufstand vorbeugen.

Der Einfluß der kommunistischen Partei unter den werktätigen Massen ist im Wachsen begriffen. Die kommunistische Partei Palästinas gruppiert um sich nicht nur die besten Elemente der arabischen Arbeiterschaft, sie tritt mit ihren Losungen auch an die Spitze der Fellachen-Bewegung, die sie gegen die Unterdrücker wendet. Andererseits hat die Tätigkeit der Kommunisten unter den jüdischen Werktätigen neuerdings bedeutende Erfolge aufzuweisen. Immer mehr jüdische Arbeiter wenden sich vom Zionismus ab und dem Kommunismus zu. Die Sympathien für die Sowjetunion wachsen unter den jüdischen Einwanderern und Hunderte von werktätigen Familien haben den Wunsch ausgedrückt, in die jüdischen Ansiedlungsrayons von Birobidjau aufgenommen zu werden, um am sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion, der die Lösung der nationalen und sozialen Frage bedeutet, teilzunehmen.

Am Vorabend des 1. Mai, der in dieselbe Zeit fiel, wie das arabische Volksdemonstrationstreffen von „Nebi Mussa“, wurde die Lage besonders gespannt. Unter dem Einfluß revolutionärer Propaganda kam es in arabischen Dörfern in der Nähe

von Jerusalem (Ein Karem) zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Fellachen und der Polizei. Die Demonstrationen verliefen unter dem Zeichen der Unabhängigkeits- und anderer antiimperialistischer Losungen.

Die britische Regierung und ihre zionistischen Agenten haben, um das Anwachsen der revolutionären Bewegung zu unterdrücken, zu erneuten verschärften Terrormaßnahmen gegriffen. Die gegenwärtige Terrorwelle übersteigt nach ihren Ausmaßen und ihrer „Gründlichkeit“ alle früheren Verfolgungen. Vor dem 1. Mai wurden in verschiedenen Städten Palästinas über 80 revolutionäre — arabische und jüdische — Arbeiter verhaftet. Unzählige Hausdurchsuchungen fanden statt, von denen alle Arbeiter, die auch nur in leisestem Verdacht revolutionärer Gesinnung standen, betroffen wurden.

Die Arbeiter wurden vor Gericht gestellt, und zwar nicht vor das gewöhnliche Gericht, sondern vor das sogenannte administrative Gericht, das aus der Einzelperson des britischen Gouverneurs besteht. Die Angeklagten wurden um das Recht der Verteidigung befragt, als sie dagegen protestierten, erklärte der „Richter“, ihr unbotmäßiges Verhalten selbst sei der beste Beweis für die Richtigkeit der polizeilichen Anklagen. Alle wurden verurteilt — im Durchschnitt zu je einem Jahr Gefängnis, außerdem die meisten zur Deportation aus Palästina.

Dieser Terror wird von heftigen Verfolgungen seitens der Zionisten, besonders seitens der zionistisch-reformistischen Histadruth-Führerschaft begleitet. Die Zionisten überhaupt führen eine schrankenlose Hetze gegen den Kommunismus und die Sowjetunion. Es wird in den zionistischen Blättern offen die Frage der Beteiligung der Zionisten an der kommenden Antisowjet-Intervention diskutiert.

Was die Kommunisten in Palästina anbetrifft, so ist keine Verleumdung und Lüge zu groß, um nicht gegen die Kommunisten von seiten der sozialfaschistischen Zionisten verwendet zu werden. Unter dem Stichwort „die Kommunisten hetzen zu Pogromen gegen die Juden“ — werden nicht nur die Regierungsrepressalien gutgeheißen, sondern die „Histadruth“-Zeitung fordert dazu auf, die „Kommunisten außerhalb des Lagers“ (i. e. außerhalb des Gesetzes) zu stellen. Es wird offen von Terror und Aushungerung, als Mittel des antikomunistischen Kampfes gesprochen. (Das soll heißen, daß den Kommunisten ihre Arbeitsplätze weggenommen werden sollen.) Die Histadruth-Zeitung „Davar“ veröffentlicht die Namen der Spitzel, die von der Regierung Belobigungen für den Kampf gegen den Kommunismus erhalten und drückt offen ihre Sympathien mit den provokatorischen Beschuldigungen aus, ja erfindet noch neue, abscheuliche dazu.

Eine besonders üble Rolle spielen die „Linken Poale Zion“. Sie führen zusammen mit den Histadruth-Führern die Schmutz- und Hetzkampagne gegen die Kommunisten durch. Darüber hinaus liefern sie Arbeiter, die in die von ihnen gerufenen Hetzversammlungen kommen, um die Gaunereien der palästinensischen Führer aufzudecken, direkt der Polizei aus, — sie spielen die Denunzianten und Anzeiger.

Angesichts der neuen Bemühungen der Imperialisten und Zionisten, den wahren Charakter ihrer Politik in Palästina zu übertünchen, ist es notwendig, auf diesen Terror gegen revolutionäre Arbeiter, die die Avantgarde der unterdrückten Massen Palästinas bilden, hinzuweisen. Überall muß schärfstens Protest erhoben werden gegen diesen Terror. Die Solidarität mit den kämpfenden palästinensischen Genossen und der Kampf gegen die Imperialisten und ihre zionistischen Agenten müssen unter Hinweis auf ihre schändlichen Methoden bedeutend verstärkt werden.

## Weißer Schrecken

### Terrormethoden gegen revolutionäre Arbeiter in Palästina.

Von K—s.

\*\* Es haben in Palästina Ereignisse stattgefunden, über die man informiert sein muß. Die letzten Verhaftungen anlässlich des arabischen Volksfeiertags „Nebi Mussa“ und des 1. Mai haben 80 bis 90 Kommunisten gekostet, in Jerusalem allein 40. Alle sind zur Deportation verurteilt worden. Die Polizei verzichtet bereits auf jegliche gerichtliche Prozedur. Die Arbeiter werden einfach verhaftet, und es wird ihnen das Urteil: Gefängnis und Verschickung, verkündet. Sogar solche, denen man nichts vorwerfen kann, weil sie erst eben aus dem Gefängnis herausgekommen sind, werden einfach mitverurteilt. Die Lage im Gefängnis ist denkbar schlecht. Für jede Kleinigkeit wird geprügelt. So z. B. dafür, daß jemand die Hände in den Taschen hält. Bücher sind verboten worden. Besuchserlaubnis ist abgeschafft. Die Decken werden fortgenommen, so daß die politischen Gefangenen gezwungen sind, auf nacktem Fußboden zu schlafen. Ein neuer Hungerstreik steht auf der Tagesordnung.

Das alles ist aber noch nichts im Vergleich zu der Hetze und der Haßatmosphäre, die gegen die revolutionären Arbeiter geschaffen wird. Alle Richtungen, von dem offen faschistischen Doar Hajom bis zu der „linken“ Poale Zion, haben sich zu einer Einheitsfront vereinigt, um sie zu vernichten, zu isolieren, auszustoßen. Die ungeheuerlichsten Lügen, die schmutzigsten Verleumdungen sind gut genug, um Kommunisten vor indifferenten Arbeitern zu diskreditieren. Die „Poale Zion“ und das reformistische Organ „Davar“ haben den Heiligen Krieg proklamiert. Man hat revolutionäre Arbeiter als Freiwild erklärt, die außerhalb jeder Gesellschaft stehen. Die Poale Zion ruft zum gesellschaftlichen Boykott auf, ihre beliebteste Losung ist: Schlacht die Kommunisten! Die Aufrufe aller sozialverräterischen Parteien zum 1. Mai waren dem Kampf gegen Kommunisten und gegen die Komintern gewidmet. Der „Davar“ versäumt keine Gelegenheit, um den Arbeitern schändliche Lügen über die Kommunistische Internationale aufzutischen.

Die Histadruth hat einen speziellen Beschluß angenommen, nach dem alle des Kommunismus Verdächtigen aus den Gewerkschaften auszuschließen sind. Der wichtige Grund für diesen einheitlichen Überfall der Reaktion ist die politische und ökonomische Lage im Lande. Die Bauernschaft steht vor dem vollständigen Ruin ihrer Wirtschaft, sie ist geradezu in Gefahr, zu verhungern. Tausende von Fellachen sind schon zum Hungertode verurteilt. Das ist keine Phrase, sondern im vollen Sinne des Wortes zu verstehen. Tausende von Fellachen belagern die Städte auf der Suche nach irgendeiner Arbeit. Das Fellachentum ist wieder in Bewegung gekommen. Jeden Tag kann man in den Zeitungen von Überfällen auf zionistische Kolonien und Gebäude lesen. Die Fellachen, die von den zionistischen Gesellschaften expropriert werden sollen, setzen ihnen verzweifelten Widerstand entgegen. Man hört von kenn-

zeichnenden Tatsachen, die von einem Erwachen des Klassenbewußtseins zeugen: in Wadi Hawaras haben sich die Frauen der Fellachen unter die Traktoren der jüdischen Kolonisten geworfen, die den ihren Männern geraubten Boden aufackern sollten: „Ihr werdet nur über unsere Körper hinweg pflügen können“ — schrien die Frauen. Als die Engländer kamen, sind die Fellachinnen nicht zurückgewichen, sondern empfangen die Soldaten mit einem Hagel von Steinen.

In den Fellachen-Massen gärt es, und die Partei sucht dieser tiefen Gärung organisierte Formen und Richtung zu geben. Die britischen Imperialisten wissen nur allzu genau, was ihnen droht, auch die Zionisten verstehen, was es heißt, wenn der Ausbruch erfolgen wird. Das arabische Exekutiv-Komitee bemüht sich, die aufsteigende Bewegung abzubremsen, da sie sich doch in ihrer Konsequenz auch gegen die arabischen Feudalherren und Kapitalisten richten muß. Daher die große Bedeutung der kommunistischen Arbeit. Daher der vereinte Haß der gesamten Reaktion gegen die aufsteigende revolutionäre Bewegung auch in Palästina.

## Aus der Internationale

### Ueber die Aufgaben der Kommunisten in der allarabischen Bewegung

Im nachstehenden veröffentlichen wir eine von der kürzlich stattgefundenen Beratung der Vertreter der KP. Syriens und der KP. Palästinas beschlossene Analyse. Die Redaktion.

\*\* Angesichts der wachsenden Wichtigkeit der revolutionären Bewegung in den arabischen Ländern erscheint es uns notwendig, eine Einschätzung der Lage daselbst vom kommunistischen Standpunkt zu geben und dabei die Erfahrungen des antiimperialistischen Kampfes in anderen Kolonialländern zu berücksichtigen.

1. Eine der wichtigsten Aufgaben des revolutionären Befreiungskampfes gegen den Imperialismus auf dem riesigen Territorium des Nahen Ostens ist die Lösung der arabischen nationalen Frage. Die Volksmassen in allen arabischen Ländern befinden sich unter dem Joch des Imperialismus. In einer oder der anderen Form, in einem oder dem anderen Maße sind alle arabischen Länder der staatlichen Unabhängigkeit beraubt. Palästina, Transjordanien, Irak sind Mandatländer, die völlig der Herrschaft des englischen Imperialismus unterworfen sind, in Syrien herrscht der französische Imperialismus, Aegypten befindet sich unter der Ferse der britischen Herrschaft und die im Jahre 1921 erklärte „Unabhängigkeit“ des Landes ist ein Hohn auf die wirkliche Unabhängigkeit, da die wichtigsten politischen Kommandostellen sich in den Händen des englischen Imperialismus befinden, außerdem sind die Engländer Diktatoren über Sudan; Tripolis ist eine Kolonie des italienischen Imperialismus, über Tunis und Algier herrscht die Macht Frankreichs, und Marokko ist unter dem französischen und spanischen Imperialismus verteilt. Yemen, Hotgas, Nedschd, obwohl sie unmittelbar der Herrschaft des Imperialismus nicht unterstellt sind, sind der Voraussetzungen für eine selbständige Existenz beraubt; von den Kolonien des Imperialismus umringt und verdrängt, sind sie gezwungen, sich dem Diktat des Imperialismus zu unterwerfen.

Das ganze System der imperialistischen Herrschaft über die arabischen Völker begründet sich nicht nur auf deren unmittelbarer Versklavung und Knechtung, sondern auch darauf, daß sie willkürlich auf Geheiß des Weltimperialismus in Stücke zerhackt sind. Die Aufteilung der arabischen Völker unter den englischen, französischen, italienischen und spanischen Imperialismus spiegelt das historisch entstandene Kräfteverhältnis zwischen diesen imperialistischen Mächten wider und ist dazu angetan, ihre Herrschaft zu verewigen. Sie befindet sich im schreiendsten Gegensatz zu den Lebensinteressen der arabischen Völkerschaften. Die Staatsgrenzen die sie trennen, wurden durch die Willkür der Imperialisten festgesetzt und erhalten, die auf diese Weise ihr Prinzip: „Teile und herrsche“ verwirklichen. Diese Grenzen schwächen künstlich die Masse der arabischen Völker in ihrem Kampfe gegen das Joch der Fremdherrschaft, für staatliche Unabhängigkeit und nationale Vereinigung, entsprechend dem freien Beschluß der Volksmasse.

Das Wesen der arabischen nationalen Frage besteht eben darin, daß der englische, französische, italienische und spanische Imperialismus den lebendigen Körper der arabischen Völker in Stücke gerissen hat, die arabischen Länder im Zustand der feudalen Zersplitterung erhält, jedes Land einzeln der Voraussetzungen zu selbständiger, wirtschaftlicher und politischer Entwicklung beraubt, die nationale und staatliche Vereinigung der arabischen Völker hindert.

Syrien ist willkürlich in fünf Teile geteilt, die voneinander durch besondere Verwaltung, Gesetzgebung usw. getrennt sind. Die Engländer haben gewaltsam Sudan an sich gebracht. Der Imperialismus ist bestrebt, indem er alle arabischen Länder in ein Agrar- und Rohstoffanhängsel des entsprechenden Mutterlandes verwandelt, die Entwicklung der Produktionskräfte sowie ihre gemeinsame Entwicklung verkümmert und hindert, ihre Versklavung beizubehalten und zu verewigen. Die feudalen Elemente bekommen auf diese Weise das Übergewicht, die Entwicklung der kapitalistischen Elemente hingegen beschränkt sich in den meisten Fällen auf die Schaffung einer Handelsbourgeoisie, die mehr oder weniger mit dem feudalen Großgrundbesitz verbunden ist

mit dem Absatz der Produkte des Mutterlandes und dem Herauspumpen ihres Landes für das imperialistische Mutterland. Dabei erhält der Imperialismus mittelalterlich feudale Monarchien (Ägypten, Marokko, Tunis), schafft neue halbfeudale Monarchien (Irak, Transjordanien), indem er sich auf verschiedene klägliche „Dynastien“ stützt, oder schafft sein imperialistisches koloniales Regime ohne Mitwirkung seiner Agenten — der Monarchen (Palästina, Syrien, Tripolis, Algerien), indem er die Unterdrückung und den Raub mit dem Mandat des Völkerbundes verknüpft.

2. Das gemeinsame und entscheidende für alle arabischen Länder besteht darin, daß, zugleich mit den politischen Kommandostellen des Imperialismus, das ausländische Finanzkapital in seinen Händen alle entscheidenden ökonomischen Kommandostellen hält. Die größten Banken, Fabriken, Eisenbahnen, Häfen, Schifffahrtslinien, Bergwerke, die wichtigsten Berieselungssysteme, Kommandostellen des Außenhandels, Staatsschulden usw. befinden sich in den Händen des ausländischen Finanzkapitals. Mehr als das, die imperialistischen Räuber haben in der überwiegenden Mehrzahl der arabischen Länder die besten Ländereien an sich gerissen (in Marokko, Algerien, Tunis, Tripolis, Ägypten, Syrien, Palästina), wobei für die Einnahme und den Raub des Landes in Palästina der englische Imperialismus den konterrevolutionären Zionismus ausgenutzt hat. Die arabischen Fellachen und Beduinen werden auf schlechteren Boden verdrängt, des Bodens und der Weideplätze beraubt. Der Imperialismus nützt seine politischen und ökonomischen Kommandostellen für die schonungslose Ausbeutung der arabischen Volksmassen aus.

In der Unterdrückung und Ausbeutung der Werktätigen stützt sich der Imperialismus auf reaktionär-monarchische Cliquen, auf feudale und halbfeudale Gutsbesitzer und Scheiks, auf die einheimischen bourgeoisen Compradore und auf die hohe Geistlichkeit. Das Charakteristische, Gemeinsame und Entscheidende für das Agrarsystem der arabischen Länder besteht eben darin, daß ein riesiger Teil des Bodens, Viehbestandes und der Weideplätze, der noch nicht durch fremdländische Besitzer an sich gerissenen Latifundien, die noch nicht von Plantagenbesitzern, Banken, Kolonisten oder dem Staat in Besitz genommen sind, sich in den Händen feudaler und halbfeudaler Großgrundbesitzer, Scheiks und der Kirche befinden. Die Fellachen und Beduinen unterliegen den schlimmsten Formen der feudalen Ausbeutung (Chamaks, Halbpartsystem). Auf Grund der feudalen Ausbeutung der Bauernschaft während der Entwicklung von Waren- und Goldbeziehungen, des imperialistischen Landraubes, des Zerfalles der Gemeinden, des Raubes der Gemeindeländereien durch die Großgrundbesitzer und das imperialistische Kolonialregime, der Verdrängung der Beduinen von den Weideplätzen, blüht üppig das Wuchertum auf. Die äußerst hohen Steuern, teilweise noch in Naturalform (Oskar in Syrien, Palästina usw.) verschlechtern noch die ohnedies unerträgliche Lage der Hauptmassen der Bauernschaft. Die verschiedenen Gebiete der arabischen Länder befinden sich auf verschiedenen Stufen der ökonomischen Entwicklung und des Klassenkampfes. In Syrien, Palästina und Ägypten wird der Kampf für die nationale Unabhängigkeit und nationale Vereinigung der arabischen Völker auf Grund der Volksherrschaft unvermeidlich mit dem Kampf für die Agrar- und Bauernrevolution verbunden, der gegen die imperialistischen Räuber und ihre Agenten (Zionismus in Palästina) und gleichzeitig gegen den lokalen Grundbesitz gerichtet ist. In Irak überwiegt immer noch der feudale Stammes- und Familienbesitz, der der Beraubung durch Plantagenkompagnien, lokale feudale Oberschichten und die Handelsbourgeoisie, die unter der Kontrolle des Imperialismus handeln, unterliegt. Hier liegt das Hauptschwergewicht der Agrarbewegung in der Mobilisierung der Volksmassen für den Kampf gegen die Räuber auf Grund des Kampfes gegen den Imperialismus und seine direkten Helfershelfer. Dies bezieht sich noch mehr auf solche Länder, wie Tripolis und Marokko, wo die Hauptmasse der Bevölkerung noch an das Nomadenleben gekettet ist, sowie an das feudale Familiensystem und wo die städtischen Zentren ihren revolutionierenden Einfluß nicht ausüben können. In Algerien ist im Norden eine mehr oder weniger feste Kolonialherrschaft vorhanden, die die lokale selbständige Bevölkerung grausam unterdrückt und wo verhältnismäßig die Staats- und kapitalistischen Beziehungen bedeutend entwickelt sind. Im Süden von Algerien sind noch Nomadenstämme vorhanden, die durch den französischen Imperialismus noch nicht gebändigt sind. Unter den Bedingungen der rückständigen sozialökonomischen Verhältnisse beginnt oft die Bauernschaft erst sich als selbständige Kraft im Prozeß des Zerfalles

der halbursprünglichen Gemeinde und Familie zu bilden. Eine strenge Berücksichtigung der ganzen konkreten Verschiedenheit dieser Bedingungen ist absolut notwendig für die richtige Fragestellung in bezug auf die gegenseitigen Beziehungen zwischen der antiimperialistischen und Agrar- und Bauernrevolution bei den arabischen Völkern. Die Kommunistische Partei und die Gruppen der Kommunisten in den arabischen Ländern müssen eine besondere Aufmerksamkeit dem Studium der Bedingungen und deren Ausnützung im Interesse des revolutionären Kampfes schenken.

3. Der Kampf für die Befreiung der arabischen Völker und die Beseitigung des imperialistischen Joches, das in den verschiedensten Formen, entsprechend den verschiedenen Entwicklungsstufen in den einzelnen Ländern herrscht, hat schon alle arabischen Länder ergriffen. In Marokko und im Süden Algerien und Tripolis ergießt sich der nationale Befreiungskampf in die unaufhörlichen bewaffneten Aufstände der Stämme gegen den französischen, italienischen und spanischen Imperialismus. In Tunis gelang es vorläufig Destur, an die Spitze der Massenempörung zu kommen und sie dadurch führerlos zu machen. In Ägypten wird die Nachkriegsentwicklung durch eine Wellenbewegung des nationalen Kampfes charakterisiert, die schon oft zu Massenexplosionen geführt hat. In Syrien wird der bewaffnete Aufstand im Jahre 1925 niedergeschlagen, und im Jahre 1929 erhebt sich eine neue Welle des antiimperialistischen Kampfes. In Palästina führte die Massenempörung gegen den britischen Imperialismus und seine Agentur, den konterrevolutionären Zionismus, schon oft zu bewaffneten Aktionen gegen den britischen Imperialismus und den Zionismus. Im Irak kommt die nationale Bewegung gegen das englische Mandat nicht zu Rube. Im Kampf der Wahabiter waren in einer eigenartigen religiösen Hülle gewisse Elemente des Kampfes gegen die Agenten des britischen Imperialismus vorhanden, usw. usw.

Für alle diese Bewegungen ist es charakteristisch, daß sie den lebhaftesten Widerhall und Sympathie im ganzen arabischen Osten hervorgerufen haben. Trotz der künstlichen Staatsgrenzen, trotz der feudalen Zerspaltung, trotzdem die Bewegung mal gegen den englischen, mal gegen den französischen, zeitweise gegen den italienischen oder spanischen Imperialismus gerichtet war, hat der nationale Kampf in einem arabischen Lande, in einem oder anderem Maße in allen arabischen Ländern von Palästina bis Marokko einen Widerhall gefunden.

Das Bestreben der arabischen Volksmassen, sich national in den Grenzen eines Staates zu vereinigen, der nicht auf Gehob des Imperialismus, sondern auf Grund ihres eigenen freien Beschlusses gebildet wird, ist untrennbar von ihrem Bestreben, sich von der Unterdrückung des englischen, französischen, italienischen und spanischen Imperialismus zu befreien. Die arabischen Volksmassen fühlen, daß sie, um das Joch des Imperialismus abzuwerfen, ihre Kräfte vereinigen müssen, indem sie sich auf die gemeinsame Sprache, die historischen Bedingungen stützen und gegen den gemeinsamen Feind wenden. Ihre Vereinigung im revolutionären Kampfe gegen den Imperialismus und das Ausmaß dieses Kampfes zeigen, daß bei den arabischen Völkern alle Voraussetzungen dazu vorhanden sind, um den imperialistischen Druck aufzuheben, die nationale und staatliche Unabhängigkeit zu erreichen und eine Reihe arabischer Staaten zu bilden, die dann später, nach ihrem freien Entschluß, sich auf föderativer Basis vereinigen können.

4. Die Verwandlung der arabischen Länder in ein Agrar- und Rohstoffanhängsel des „Mutterlandes“ und die Buntheit der ökonomischen Systeme führt dazu, daß die Bildung der kapitalistischen Klassengesellschaft und die Entwicklung der Elemente des nationalen Staates mit großer Langsamkeit und Unregelmäßigkeit vor sich gehen. Der Imperialismus nützt diesen Umstand in vollstem Maße für seine Interessen aus, indem er unter seiner Führung die reaktionären feudalen Elemente gruppiert und bestrebt ist, die arabischen Länder zu festen Stützpunkten seiner imperialistischen, offensiven und Raubpolitik zu machen. Insbesondere benützt der englische Imperialismus seine Herrschaft über den Irak, Palästina und Ägypten für den Schutz des Zuganges nach Indien aus, für die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion und die Verbreitung seines Einflusses im Osten des Mitteländischen Meeres. Der französische Imperialismus ist bestrebt, die arabische Bevölkerung seiner Kolonien in Kanonenfutter für den kommenden imperialistischen Krieg und die Intervention gegen die Sowjetunion zu verwandeln. Die Feudal- und Großgrundbesitzer und feudalen Spitzen in allen Bezirken der selbständigen Bevölkerung sind mehr oder weniger endgültig auf die



Seite des Imperialismus übergetreten. In den Reihen der arabischen Bourgeoisie und der mit ihr verbundenen Großgrundbesitzer herrscht der national Reformismus, der immer offeneren konterrevolutionären und Kapitulant-Charakter annimmt. Die Bourgeoisie und die bürgerlichen Großgrundbesitzer-Elemente sind unfähig zum revolutionären Kampf gegen den Imperialismus und sind immer mehr zu konterrevolutionären Verständigungen mit ihm im Rahmen beschränkter pseudokonstitutioneller Zugeständnisse bereit, die nur die imperialistische Herrschaft verhüllen. Die Massenbewegung in Ägypten, im Sommer 1930, hat mit aller Klarheit das verräterische Wesen der WAFD. enthüllt, die die Losung der „Unabhängigkeit“ abgesetzt hat und nur eine Verfassung anstrebt, die mehr ein Erwachen der Bauernmassen fürchtet als die endgültige Kapitulation vor dem Imperialismus (Einverständnis mit dem Abschluß des englisch-ägyptischen Vortrags). Die Stellungnahme der Kut-el-Watani wird bestimmt durch das Spiel mit der Opposition bei unbedingter Ablehnung aller revolutionärer Aktionen, jeden wirklichen Kampfes. Viele der ehemaligen Führer des Aufstandes 1925 sitzen jetzt ruhig zu Füßen französischer Generale. Kut-el-Watani bereitet einen Vergleich mit den französischen Unterdrückern vor. In Palästina ist das arabische Exekutivkomitee auf den Weg des verräterischen Wettstreits mit dem Zionismus im Abhandeln von Zugeständnissen vom englischen Imperialismus um den Preis der Sicherung der „Befriedung“ der arabischen Volksmassen getreten. Der Nationalreformismus wird immer konterrevolutionärer und zum Kapitulieren bereit in dem Maße, wie insbesondere unter dem Einfluß der industriellen und agrarischen Weltwirtschaftskrise die Unzufriedenheit und Empörung der werktätigen Massen steigt, um so mehr als er keinen genügenden Widerstand gegen den Verrat der Nationalinteressen seitens der breiten Massen der arabischen Arbeiter und Bauern, die es immer noch nicht vermocht hatten, in genügendem Maße sich zu organisieren und ihre revolutionäre Plattform dem bourgeoisen und bürgerlich-großagrarischem Reformismus entgegenzustellen, trifft. Im Irak appelliert die Nationalpartei an den „Völkerbund“ und führt faktisch keinen Kampf gegen die englischen Okkupanten, sondern begnügt sich nur mit Phrasen. In Tunis sind die Ueberbleibsel Desturs in das Fahrwasser des französischen Imperialismus geraten. In Algier verlangt der bürgerlich-großagrarisches Nationalreformismus nur die Verleihung des französischen Staatsbürgerrechtes an die Araber. Der bürgerliche und bürgerlich-großagrarisches Nationalreformismus tritt gegen die imperialistische Herrschaft nur im Rahmen der Ausbeuterinteressen der einheimischen Bourgeoisie und Großgrundbesitzer auf. Sie wollen selbst die Arbeiter- und Bauernmassen ausbeuten. Da jedoch ihre unmittelbaren Ausbeuterinteressen, insbesondere bei der Krise und dem imperialistischen Druck auf die Kolonien, mit den allgemeinen nationalen Interessen in Widerspruch geraten, verraten sie offen die allgemeinen nationalen Interessen und unterstützen den Imperialismus in seinem Kampf gegen die Volksmassen. Vor den breiten Massen der Arbeiter, Bauern und der städtischen Kleinbourgeoisie ist die Rolle des verräterischen, konterrevolutionären Nationalreformismus noch viel zu ungenügend enthüllt worden. Der Nationalreformismus breitet sich in den arabischen Ländern nicht über die Staatsgrenzen aus, die von den Imperialisten festgelegt wurden und die arabischen Völker künstlich trennen. Er kapituliert vor den feudalen Monarchien, die ein Werkzeug des Imperialismus darstellen und verzichtet auf den Kampf gegen den Imperialismus im allarabischen Maßstabe. Die Eigenart der gegenwärtigen Etappe besteht darin, daß in der Zeit, wo in allen arabischen Ländern der Nationalreformismus offen vor dem Kapitalismus kapituliert, die Massen der Arbeiter, Bauern und städtischen Kleinbourgeoisie immer energischer in den Kampf für ihre unmittelbaren Interessen, in den nationalen Befreiungskampf eintreten. Die Tatsache, daß der konterrevolutionäre Nationalreformismus vor ihnen nicht in bedeutendem Maße entlarvt ist, kann die gefährlichsten Folgen nach sich ziehen, da er neuen konterrevolutionären Verrat und Schläge aus dem Hinterhalt erleichtert. Jetzt ist mehr als je notwendig, dem zur Kapitulation bereiten und konterrevolutionären Nationalreformismus die allarabische revolutionäre antiimperialistische Front der breiten Massen der Arbeiter, Bauern und städtischen Kleinbourgeoisie entgegenzustellen, eine Front, die sich auf die entfaltete Arbeiter- und Bauernbewegung stützt und ihre Kräfte aus derselben schöpft.

5. In einer Reihe von arabischen Ländern spielte und spielt die Arbeiterklasse eine immer bedeutendere Rolle im nationalen Befreiungskampf (Ägypten, Palästina, Algier, Irak,

Tunis usw.). In einer Reihe von Ländern bilden sich Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiterklasse oder werden nach dem Auseinandergehen wieder aufgebaut, obwohl sie sich in ihrer Mehrzahl in den Händen der Nationalreformisten befinden. Streiks der Arbeiter, Demonstrationen, aktive Beteiligung der Arbeitermassen im Kampf gegen den Imperialismus, das Verlassen der national-reformistischen Reihen durch einzelne Schichten der Arbeiterklasse signalisieren, daß die junge arabische Arbeiterklasse auf dem Weg des Kampfes für ihre historische Rolle in der antiimperialistischen und Agrarrevolution, in den Kampf für die nationale Befreiung getreten ist. In einer Reihe von Ländern bilden sich schon oder haben sich schon kommunistische Parteien gebildet.

Die industrielle und landwirtschaftliche Weltkrise hat in einer oder anderen Weise alle arabischen Länder ergriffen und lastet mit besonderer Schwere auf den Arbeiter- und Bauernmassen. Lohnabbau und Erwerbslosigkeit verschlechtern das ohnehin elende Niveau des Proletariats und drängen es auf den Weg des revolutionären Klassenkampfes. Die ruinierten armen Mittelbauern und Arbeiter, die sich in auswegloser Notlage befinden, und ihre Arbeit verlieren, die städtische Armut und breite Schichten der Kleinbourgeoisie fühlen jetzt viel mehr als früher das Joch des Imperialismus und beginnen in den Kampf einzutreten für die nationale Befreiung. Der Imperialismus ist bestrebt, auf ihre Schultern alle Folgen der Krise abzuwälzen und ihnen die gesamten Kosten derselben aufzuhalsen. Die neue Welle der Empörung der Bauernschaft gegen die unerträgliche Ausbeutung seitens der Großgrundbesitzer, Wucherer und der Agentur des Imperialismus hat die Tendenz, sich mit dem Kampf der Arbeiter um ein Stück Brot zu verbinden, in den Protest gegen das imperialistische Joch miteinzustimmen, sie vereinigt sich mit dem Kampf für die nationale Vereinigung und nationale Unabhängigkeit aller arabischen Länder, die durch die Hyänen des englischen, französischen, italienischen und spanischen Kapitalismus in Stücke gerissen sind. Unter diesen Umständen ist der heranwachsende Kampf der arabischen Massen gegen den Imperialismus zusammen mit dem revolutionären Kampf in China, Indien, Indo-China usw., in Lateinamerika und der Kampf der Neger in Afrika ein wichtiges Moment in der Krise des gesamten imperialistischen Kolonialsystems.

In Syrien, Palästina und Ägypten, wo die Klassenbewegung der Arbeiterschaft schon mehr oder weniger bestimmte Formen angenommen hat, wo sich kommunistische Parteien gebildet haben, und wo die Bauernbewegung eine bestimmte Reife erlangt hat, wo eine weitere Entwicklung des antiimperialistischen Kampfes ohne einen konsequenten und systematischen Kampf gegen den Nationalreformismus undenkbar ist, besteht die direkte und unaufschiebbare Aufgabe der kommunistischen Partei darin, ihre gesamte Arbeit auf die antiimperialistische und antif feudale, Agrar- und Bauernrevolution einzustellen. Die Vernichtung des imperialistischen Joches, Konfiszierung aller Konzessionen, Unternahmen, Einrichtungen, Plantagen und des anderen Besitzes der Imperialisten, völlige nationale Unabhängigkeit (dazu kommt die Vernichtung der Monarchie und Aufrichtung der staatlichen Einheit in Syrien), Konfiskation des gesamten feudalen Großgrundbesitzes und des kolonialen, nicht werktätigen Bodenbesitzes, Achtstundentag und Sozialversicherung auf Kosten der Kapitalisten, Organisationsfreiheit für die Werktätigen, Arbeiter- und Bauernregierung, der Kampf für die Befreiung der arabischen Völker und ihre freie, freiwillige Vereinigung — das sind die Hauptforderungen, die den Inhalt der antiimperialistischen und antif feudalen Revolution bestimmen. Auf dieser Grundlage muß die Abgrenzung und der Kampf gegen die Nationalreformisten durchgeführt werden. Als Teilforderung müssen die Forderungen auf Verkürzung des Arbeitstages auf acht Stunden, Lohnerhöhung, Versicherung der Erwerbslosen auf Kosten der Kapitalisten, Zulassung von Arbeiter- und Bauernorganisationen, Annullierung der Verschuldung der armen Bauern und Mittelbauern an die Wucherer, Großgrundbesitzer und Banken, Aufhebung der Pachtzahlungen, Entfernung aller bewaffneten Kräfte der Imperialisten und freie Volksabstimmung über die staatliche Selbstbestimmung (in Ägypten über die Monarchie und den englisch-ägyptischen Vortag, in Syrien und Palästina über das Völkerbundsmandat), gestellt werden. In den rückständigeren Ländern wie Tunis, Irak, Tripolis, Marokko müssen die dort bestehenden Gruppen von Kommunisten bestrebt sein, die elementar entstehende und wachsende antiimperialistische Bewegung zu organisieren, und ihr entsprechende Formen zu verleihen und sie mit dem Kampf gegen die feudal-reak-

früheren Spitzon und dem Nationalreformismus, mit dem Kampf der Arbeiter und Bauern für ihre täglichen Interessen zu verbinden. In Alger, das eine völlig voraklavto französische Kolonie darstellt, muß das Schwergewicht der Arbeit auf die Entfaltung des Kampfes und Organisation der arabischen Arbeiter gegen die kolonialen Hungerlöhne und Arbeitsbedingungen und auf den Kampf gegen die koloniale Ausbeutung der arabischen Ländereien gelegt werden. Die Losungen, die alle arabischen Länder im Kampf gegen den Imperialismus vereinen; sind: 1. Weg mit dem Imperialismus aus den arabischen Ländern! 2. völlige nationale und staatliche Unabhängigkeit der arabischen Länder, freie Selbstbestimmung über Staatsform und Staatsgrenzen, 3. föderative, freiwillige Vereinigung der befreiten arabischen Völker im Rahmen einer Allarabischen Arbeiter- und Bauernföderation der arabischen Völker auf Grund des Bündnisses der Arbeiterklasse, der werktätigen städtischen Bevölkerung und der Bauernschaft.

Die Lösung der Allarabischen Arbeiter- und Bauernföderation der arabischen Völker kann und darf nicht in dem Sinne aufgestellt werden, daß die Arbeiterklasse ihre Beteiligung am antiimperialistischen nationalen Befreiungskampf von dem unmittelbaren Sieg der Arbeiterklasse und der Hauptmassen der Bauernschaft abhängig macht. Sie muß in dem Sinne vorstehen, daß das Proletariat, indem es für die nationale Befreiung unter allen Umständen mit der größten Festigkeit und Konsequenz kämpft; gleichzeitig den Massen klarmacht, daß die nationale und staatliche Unabhängigkeit ohne eine Agrar- und Bauernrevolution und die Aufrichtung der Arbeiter- und Bauernregierung wenigstens in den fortgeschrittenen Ländern (Syrien, Aegypten, Palästina, Alger), nicht endgültig erobert werden kann. Die kommunistischen Parteien werden nur imstande sein, hinter sich breite Massen der Arbeiterschaft gegen die Bourgeoisie, die Massen der Bauernschaft gegen die Imperialisten; Okkupanten, Großgrundbesitzer und Wucherer herzuführen, die Unterstützung der städtischen Armut und der kleinbürgerlichen Massen zu erhalten, wenn sie als Pioniere und Organisatoren des Kampfes gegen den Imperialismus, für die arabischen nationale Befreiung auftreten. Die Hegemonie der Arbeiterklasse kann nicht verwirklicht werden, ohne hartnäckigen proletarischen Kampf für die arabischen nationale Unabhängigkeit und Freiheit.

Die Kommunisten sind verpflichtet, den Kampf für die nationale Unabhängigkeit und nationale Befreiung nicht nur in dem von den Imperialisten und dynastischen Interessen geschaffenen Grenzen der einzelnen arabischen Länder zu führen, sondern im allarabischen Maßstabe, für die nationale Vereinigung des gesamten Ostens. In der Ueberwindung der künstlich geschaffenen Grenzen muß die antiimperialistische revolutionäre Bewegung; Kräfte schöpfen, den wahren revolutionären Elan erreichen; eine Anziehungskraft für die breitesten Massen werden. Dies wird auch den Kampf gegen den Einfluß der reaktionären Geistlichkeit erleichtern. Es darf nicht eine Lage entstehen, daß die Auslösung der revolutionären antiimperialistischen Bewegung in Aegypten, Palästina oder in einem beliebigen anderen arabischen Land isoliert und ohne Unterstützung, seitens der anderen arabischen Länder verläuft. Die kommunistischen Parteien sind berufen, Organisatoren des Kampfes für die nationale Befreiung; die antiimperialistische Revolution im allarabischen Maßstabe zu werden.

Die Beziehungen zu den kleinbürgerlich, national-revolutionären Gruppierungen; die, wenn auch mit großen Schwankungen; einen Kampf gegen den Imperialismus führen; muß durch den Grundsatz bestimmt werden; getrennt marschieren; vereint schlagen. Einzelne zeitweise Uebereinkommen sind mit ihnen für Kampfhandlungen zu diesem Zwecke zulässig; bei unbedingter Kritik ihrer Schwankungen und Unkonsequenz, wobei die völlige ideologische und organisatorische Selbständigkeit der kommunistischen Bewegung gewahrt werden muß. Die kommunistischen Parteien müssen sorgfältig auf die Seite des antiimperialistischen Kampfes nicht nur Arbeiter und Bauern; sondern auch breite Schichten der städtischen Kleinbourgeoisie heranziehen. Neben der Inbetrachtung aller konkreten Bedingungen des Kampfes; müssen die kommunistischen Parteien daran denken, daß die sich verschärfenden Gegensätze zwischen den Imperialisten; die unvermeidlich zum Weltkrieg führen; einen besonders günstigen Boden für einen neuen Aufschwung der arabischen national-revolutionären Bewegung bilden. Sowohl die strategische Lage der arabischen Länder als auch das Bestreben der Imperialisten; die arabischen

Völker als Kanonenfutter in einem neuen Weltkrieg und für die Intervention gegen die Sowjetunion auszunutzen; geben dem antiimperialistischen Kampf der arabischen Volksmassen eine besondere Bedeutung.

6. Indem wir auf die Notwendigkeit der Durchführung der früheren Parteibeschlüsse betreffs der Aufgaben der Kommunisten in den einzelnen arabischen Ländern hinweisen; betonen wir, daß als erster Schritt für die Verstärkung der Tätigkeit der Kommunisten in allen arabischen Ländern folgendes notwendig ist:

1. Eine breite Massenkampagne über die Ziele und Aufgaben der antiimperialistischen, arabischen, nationalen Befreiungsbewegung zu entfalten und dieselbe mit den Tagesforderungen der Arbeiter- und Bauernbewegung in den entsprechenden Ländern zu verbinden.

Indem der Kampf für die Abschüttelung des imperialistischen Joches in jedem einzelnen Lande geführt wird, muß diese Lösung mit dem Kampf für die freie nationale Selbstbestimmung der arabischen Völker verbunden werden, wobei die Kommunisten für die nationale Vereinigung in Form einer Allarabischen Arbeiter- und Bauernföderation agitieren.

2. Zu diesem Zwecke müssen breite Meetings, fliegende Versammlungen und — wo es möglich ist — Demonstrationen durchgeführt werden; spezielle Flugblätter müssen herausgegeben und antiimperialistische Initiativ-Komitees aus Vertretern der Fabriken und Betriebe, der Dörfer und städtischen werktätigen Bevölkerung gebildet werden.

3. Herstellung eines regelmäßigeren und festeren Kontaktes zwecks Erfahrungsaustausch und Uebereinstimmung der Arbeit für die erste Zeit zwischen den KP; Aegyptens, Syriens; Palästinas und den Kommunisten des Irak mit späterer Einzelbeziehung zur gemeinsamen Mitarbeit der Kommunisten in Tripolis, Tunis; Marokko und Alger. Indem außerordentliche Maßnahmen für die Organisation und Vereinigung der Kommunisten in Alger, Tunis und Marokko in Angriff genommen werden; ist in Zukunft der Kurs auf die Konstituierung der Organisationen dieser Länder als selbständige kommunistische Parteien zu nehmen.

Inprekorr 13. Jg. (1933), Nr. 1, S. 23-26

## Weltpolitik

### Blutige Ereignisse in Palästina

#### Arabische Massenbewegung gegen die zionistische Einwanderung

Von B. R.

Aus Palästina kommen alarmierende Nachrichten. In *Jerusalem*, *Haifa*, *Jaffa*, *Nablus* und einigen anderen palästinensischen Orten ist es zu revolutionären Massendemonstrationen der arabischen Bevölkerung gegen die jüdische Einwanderung gekommen. Ueber Jerusalem wurde der Ausnahmezustand verhängt. Der antiimperialistische Charakter dieser Demonstrationen, die — nach den bisher vorliegenden Nachrichten — unter den Demonstranten an Opfern 29 Tote und rund 200 Verwundete forderten, wird von der englischen Presse unumwunden zugegeben. Uebereinstimmend wird berichtet, daß die Demonstrationen, zumal in Jerusalem und Haifa, einen ausgeprägten *antienglischen* Charakter tragen. Man kann also diesmal nicht, wie im August 1929, mit der Behauptung kommen, es handle sich um einen Pogrom, veranstaltet von den Muftis und Effendis. Das Uebergreifen der Bewegung nach Syrien — aus Damaskus werden große Sympathiekundgebungen für die palästinensischen Araber gemeldet — beweist, daß es sich bei dieser Bewegung, die in England und Ägypten amtlich als Aufruhr bezeichnet wird, um eine breite antiimperialistische Aktion der arabischen Massen der englisch-französischen Mandatsgebiete handelt.

Seit dem Augustaufstand von 1929 war es in Palästina äußerlich ruhig geworden. Die englische Mandatsverwaltung suchte sich in einem engen Zickzackkurs zwischen arabischen und zionistischen Interessen hindurchzuwinden, wobei die notwendige Rücksichtnahme auf das gesamtarabische Problem die Neigung erzeugte, die zionistische Einwanderung, soweit es sich um Proletarier handelte, abzuriegeln und den arabischen Kreisen in bestimmten Detailfragen entgegenzukommen. Die Zahl der Zertifikate, die der zionistischen Exekutive zur Verfügung gestellt wurden, sank von Jahr zu Jahr, dafür gestattete man gerne die Einwanderung vermögender Juden aus Polen und Amerika. Wer 2000 Pfund mitbrachte, war ein geringesehener Einwanderer. Die Krise brachte es mit sich, daß zahlreiches jüdisches Klein- und Mittelkapital aus Polen, den Balkangebieten, aber auch aus Amerika einen sicheren Zufluchtsort suchte.

Die schnelle Entwicklung der arabischen Länder, die ökonomische Umwälzung im Reiche Ibn Sauds und im Irak, wo die alte patriarchalische-feudale Beduinenwirtschaft von kapitalistischen Formen allmählich verdrängt wird, die einsetzende industrielle Entwicklung in Syrien und in den von der Naphtaindustrie erfaßten Gebieten rings um Mossul (Hafen- und Bahnbauten usw.), ließen im vorderen Orient neue Märkte für Verbrauchsartikel, Manufaktur und Textilien, aber auch für Baumaterialien usw. entstehen. Diese Entwicklung, die mit der imperialistischen Ausbeutung dieser Länder organisch verbunden ist, ließ dem englischen Imperialismus den Plan, aus Palästina einen Mittelpunkt dieser Märkte zu machen und sich hierbei jüdischen Kapitals zu bedienen, durchaus verlockend erscheinen. Die Proletarisierung der arabischen Massen, das reichlich vorhandene billige Arbeitermaterial (yemenitische Juden) machte die neue palästinensische Industrie durchaus konkurrenzfähig. Die palästinensischen Städte wuchsen rapid.

Die Judenverfolgung in Deutschland gestaltete die Lage der englischen Mandatmacht sehr kompliziert. Die Zwiispältigkeit und Zweideutigkeit ihrer bisherigen Palästinapolitik wurde in die Enge getrieben. Die zionistische Agitation machte aus Palästina das Land der Rettung und Erlösung, das für Intellektuelle, für Aerzte, Ingenieure und Advokaten ebensoviel Arbeitsmöglichkeiten, wie für jüdische Kaufleute Verdienstmöglichkeiten bot. Die englischen Konsulate hatten einen Massenansturm jüdischer Emigranten aus Deutschland zu bestehen und das Foreign Office in London bekam seine liebe Not mit dem Kolonialamt.

Die auswärtige Politik Englands konnte in diesem Augenblick die Rolle des Lordprotektors aller bedrängten deutschen Juden sehr gut gebrauchen. Diese Rolle paßte in das Gesamtprogramm des britischen Imperialismus für Europa und Amerika. Schon füllten sich die Spalten der Blätter der Zweiten Internationale mit Berichten über die Ankunft glücklicher Auswanderer auf dem Boden ihrer, vor mehr als 2000 Jahren aus dem Lande verschwundenen Väter; die Wiener *«Arbeiter-Zeitung»* wie die *«Freiheit»*, *«Populaire»* und *«Peuple»* sangen Lobeshymnen auf

Palästina. Die Pro-Palästinakomitees wurden mit einigen Ministern und Führern liberaler und sozialdemokratischer Faktur aufgelöst. Man drahlte in die Welt, daß 10 000 Juden, meist Arbeiter und vorwiegend aus Deutschland, seit Januar 1933 in Palästina angekommen seien und daß bis Jahresende 30 000 Juden eingewandert sein würden. In der Tat, die jüdische Einwanderung nahm in letzter Zeit rapid zu, freilich die Einwanderung jüdischer Kleinbürger, jüdischen Kapitals und jüdischer Intellektueller. Gerade in diesen Tagen meldete aber die englische Presse, das Kolonialamt habe endgültig entschieden, für die nächsten sechs Monate nur 3500 Einwanderungszertifikate für jüdische proletarische Einwanderer auszustellen, an Stelle der von der zionistischen Exekutive verlangten 24 000. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß die Interessen des Foreign Office sich in dieser Frage den gewichtigeren der englischen Kolonialpolitik unterordnen müssen. Die arabische Frage besitzt für den englischen Imperialismus im vorderen Orient das Primat. Ihre Aufrollung bedeutet zugleich die Aufrollung des jüdischen Problems von der mohammedanischen Seite her.

Es stand von Anbeginn an fest, daß diese palästinensische Teilkonjunktur über kurz oder lang zum Kladderadatsch führen muß. Die Entwicklung der arabischen Länder unter den Einwirkungen des Imperialismus stärkt in ihnen von Jahr zu Jahr in schnellerem Tempo die bürgerlich-nationalistischen, aber auch die proletarisch-revolutionären Elemente. Die Masseneinwanderung zionistischer Kleinbürger und Intellektueller aus Deutschland und Polen verengt naturgemäß den Entfallungsraum der arabischen Intelligenz und der arabischen Kleinbürger. Die Entwicklung im Reiche Ibn Sauds und im Irak muß das Selbstgefühl der arabischen Massen in Palästina und Syrien selbstverständlich beeinflussen. Nirgendwo zeigt sich eine Stärkung der britischen Macht. Die zentrifugalen Erscheinungen, die Auswirkungen der kolonialen Freiheitsbewegung im Weltmaßstabe sind auch vom vorderen Orient nicht fernzuhalten. In diesen Tagen wurde der Hafen von Haifa, die Endstation der Naftaleitung aus Mossul, feierlich eröffnet. Haifa ist nach Marseille der größte Hafen am Mittelmeer. Es ist durchaus folgerichtig, daß diese industrielle und technische Entwicklung die revolutionären und antiimperialistischen Kräfte wachsen läßt. Die arabischen Massen empfinden mit vollem Recht die jüdische Einwanderung als eine Uebertragung von Folgen der imperialistischen Krise auf ihr eigenes Gebiet, das unter dem Joch des Imperialismus ohnedies schon zu seufzen hat.

So wird die Illusion, die Judenfrage sei durch Flucht nach Palästina zu lösen schneller als so mancher dachte durch ein paar Gewehrschüsse englischer Polizisten in Jerusalem und Jaffa zerfetzt. Die scheinbare Konjunktur in Vorderasien erweitert die koloniale Ausbeutung, macht Palästina und Syrien zum Schauplatz gesteigerter Spekulation und Räuberei. Die arabischen Massen beginnen sich dagegen zur Wehr zu setzen. Zu den Betroffenen gehören die jüdischen Einwanderer, die alle Warnungen in den Wind schlagend, einem mystischen Gespenst oder ein paar Pfaster Gewinn nachjagten. Daß sich die arabischen Demonstrationen in erster Linie gegen die englischen Regierungsgebäude wandlen, zeigt, daß die arabischen Massen beginnen, den Kern der Palästinafrage, nämlich die Tatsache zu erkennen, daß die zionistische Einwanderung nur ein Instrument des britischen Imperialismus ist.

## Weltpolitik

### Der Kampf der Araber in Palästina

Von P. K.

Der bewaffnete Ueberfall auf die friedliche Demonstration der Araber in Jaffa hat nicht nur in ganz Palästina, sondern auch in den benachbarten arabischen Ländern, in Syrien und im Irak starke Empörung hervorgerufen. In den großen Städten Palästinas, in Haifa, in Jerusalem und im Zentrum der arabischen nationalen Bewegung in Nablus finden Kundgebungen der werktätigen Arabermassen statt, die den Kampf gegen das britische Militär und die britische Polizei aufnehmen. Schon die offiziellen Berichte sprechen von 35 toten und 240 verwundeten Arabern, die den Kämpfen der ersten vier Tage zum Opfer fielen. Die revolutionären Demonstrationen der Massen gegen die britischen Behörden, die Streiks und Kundgebungen, die gewaltsame Befreiung verhafteter arabischer Nationalisten nehmen immer mehr zu.

Dies ist seit dem Jahr 1929 der zweite plötzliche revolutionäre Ausbruch der arabischen Bevölkerung, der davon zeugt, welch großen Herd der national-kolonialen revolutionären Bewegung der arabische Osten darstellt.

Der britische Imperialismus hat Palästina in eine militär-strategische Basis verwandelt, in eine Basis nicht nur auf dem Wege nach Indien, sondern auch auf dem Wege zum Sowjetnaphta. Der erst vor kurzem vollendete Kriegshafen in Haifa bildet einen neuen mächtigen Flottenstützpunkt für die «Big Fleet», die an der Strecke Gibraltar—Malla—Suez—Aden untergebracht ist. Der Kriegshafen Haifa kann über 40 Kriegsschiffe beherbergen. Die Eisenbahnlinie Haifa—Bagdad—Mosul ist durchaus nicht von rein wirtschaftlicher Bedeutung. Zur Unterdrückung der zahlreichen Emirate, die in der britischen Einflußzone liegen, in Arabien, am Persischen Golf und im Irak, braucht man die Truppen nicht mehr den Umweg über den Indischen Ozean machen zu lassen, sondern diese Kräfte können direkt mit der Eisenbahn Haifa—Bagdad befördert werden. In Palästina selbst sind gewaltige Flottenstützpunkte im Bau, die die britische Kriegsluftflotte des Mittelmeer-Gebietes bedienen sollen.

Um seine Machtstellung in Palästina zu befestigen, nützt der britische Imperialismus jedoch nicht nur seine militärischen Kräfte, sondern auch die Unterstützung der jüdischen zionistischen Bourgeoisie und des *feudal-bürgerlichen arabischen Blocks* aus.

Der britische Imperialismus fördert die Ansiedlung jüdischer Einwanderer an solchen Punkten des Landes, die strategische Bedeutung besitzen (Metulla u. a.) Die britischen Truppen eilen den Zionisten zur Hilfe, die ihre Erobererpolitik gegen die Araber durchführen.

Die sozialfaschistische Partei «Ahdu Avoda», wie auch die gelbe Filiale des gelben Amsterdam, die «Histadrut», bewaffnen ihre Wehrmänner, damit sie die arabischen Arbeiter nicht zur Arbeit auf den Plantagen und in den Fabriken zulassen. Die Lösung der sozialfaschistischen zionistischen Organisationen «Kibusch Avoda» und «Kibusch Gaoretz», — «Erobert euch Arbeit, erobert euch Boden!» — wird unter Duldung der britischen Behörden durchgeführt.

Seit dem Aufstand 1929 ist die Politik des britischen Imperialismus in bezug auf den Zionismus und die Araber im Grunde genommen dieselbe geblieben, wenn sie auch eine gewisse Evolution durchgemacht hat. In den letzten zwei Jahren ist diese Politik besonders in einer Begünstigung der jüdischen Kolonisatoren in Palästina zum Ausdruck gekommen.

Die Wirtschaftskrise hat den palästinensischen Fellachen besonders schwer betroffen. Hinzu kamen eine Reihe von Dürre-jahren, die seine ärmliche Lage noch verschlimmert haben. Die Steuern und Abgaben sind auch nicht geringer geworden.

Der Block der arabischen Gutsbesitzer und Bourgeois ist bestrebt, die sich verschlechternde Lage der arabischen werktätigen Massen für den Kuhhandel mit dem britischen Imperialismus auszunützen. Für diesen Block dient der Zionismus als Blitzableiter, der für bestimmte Klassenziele verwendet wird. Die Lösung der arabischen nationalreformistischen Bourgeoisie und der Gutsbesitzer, die gegen die jüdische Einwanderung gerichtet ist, hindert die arabischen Gutsbesitzer nicht, durch den Verkauf von Grund und Boden an die Zionisten Profite zu machen. Dieser Grund und Boden ist von Fellachen bewohnt und bebaut. Der Block der Gutsbesitzer und Bourgeois nützt mittels seiner Organisation, der arabischen Exekutive, den Haß der arabischen Bevöl-

kerung gegen den britischen Imperialismus und gegen seine Agentur, die jüdische zionistische Bourgeoisie, demagogisch aus, führt aber gleichzeitig hinter den Kulissen Verhandlungen mit den britischen Behörden. Die arabischen Großgrundbesitzer, die Mitglieder des Blocks und der arabischen Exekutive, bertichern sich durch den Verkauf von Grund und Boden, obwohl die Exekutive den Boykott gegen alle erklärt hat, die an Zionisten Boden verkaufen. Wegen des Bodenverkaufs gibt es blutige Zusammenstöße. Hunderte arabischer Fellachenfamilien werden mit Gewalt von dem Boden vertrieben, den sie mit ihrem Schweiß und ihrem Blut getränkt haben. Die arabischen Nationalisten, die angeblich an der Spitze des Kampfes gegen den Zionismus stehen, verschärfen in Wirklichkeit die Eroberungspolitik des Letzteren, die unter dem Schutze der britischen Bayonette durchgeführt wird.

Die nationalrevolutionäre Bewegung im Lande wächst. In den dreizehn Jahren seiner Herrschaft in Palästina hat der britische Imperialismus eine Verwüstung der sozialwirtschaftlichen Ordnung des Landes herbeigeführt, die ihrer Stärke nach einer geologischen Umwälzung gleichkommt. In den letzten dreizehn Jahren ist das landwirtschaftliche Proletariat entstanden, das einen Geldlohn bekommt, eine Erscheinung, die früher fast vollständig fehlte. Die Plantagenwirtschaft und die neue Industrie, der Bau von Wasserkraftwerken an den Küsten des Toten Meeres, eine Reihe militärstrategischer Bauten, wie Eisenbahnen, Häfen und Flughäfen, die Errichtung der Naphtaleitung Haifa—Mosul usw., alles dies gab der Entwicklung einer landwirtschaftlichen und einer städtischen Lohnarbeiterschaft Anstoß.

Die Arbeiterelemente stehen an der Spitze der Kundgebungen der Arbeitermassen. Die Arbeiter sind es, die die Eisenbahn in Haifa stürmen, die Arbeiter sind es, die in Haifa auf die Barrikaden steigen, die Arbeiter sind es, die den Kampf mit der Polizei und mit den Soldaten aufnehmen, die Arbeiter sind es, die von Klassenbewußtsein durchdrungen, gegen die korrupten Führer der arabischen Exekutive Losungen herausgeben.

Noch liegen Leichen auf den Straßen von Haifa, Jaffa, Nablus und Jerusalem, aber die arabischen Führer sind schon daran, «die Frage der Verwaltungsform zu diskutieren», d. h. neben den britisch-zionistischen Unterdrückern der arabischen Bourgeoisie das Recht zur Ausbeutung der Massen zu verschaffen, wobei sie die «Anarchie» zu liquidieren versprechen.

Die revolutionäre Bewegung der Araber in Palästina geht weiter. Sie gibt auch der Entwicklung der national-revolutionären Bewegung in den übrigen arabischen Ländern einen Anstoß, sie flößt den vom Imperialismus unterdrückten arabischen Massen den Willen ein, um ihre Freiheit und Unabhängigkeit weiter zu kämpfen.

Rundschau 2. Jg. (1933), Nr. 42, S. 1611

## Der Faschismus in Palästina

Von J. B.

Wenige Tage nach der Machtübernahme Hitlers kam der Führer der zionistischen Faschisten (der sogenannten «revisionistischen Zionisten»), V. Jabotinsky, nach Berlin. In einem großen Saale des Berliner Westens hielt er eine flammende Anklagerede — nicht etwa gegen den Antisemitismus Hitlers und dessen reaktionäre Judenverfolgungen, sondern gegen die ... jüdischen Marxisten, die, wie der Marxismus überhaupt, ausgelilgt werden müßten, wenn das jüdische Volk seine Wiedergeburt erleben sollte. Herr Jabotinsky, der über ein verzweigtes Netz militärisch-disziplinierter Organisationen verfügt («Brith Trumpeldor» zum Andenken an einen im Kampf gegen die aufständischen Araber in Palästina 1920 gefallenen jüdischen Offizier genannt), in der er sich «Oberster Führer» nennen läßt und die er nicht nur nach dem Muster der deutschen SA in braune Uniform kleidet, sondern auch zur Nachahmung der SA-Methode im Kampfe gegen Kommunisten, Nationalverräter und sonstige «Marxisten» anwendet —, war vor dem Kriege einer der Führer des russischen Zionismus.

Seinen fanatischen Haß gegen den Bolschewismus (den zu bekämpfen, er vor Jahren ein formelles Bündnis mit dem Organisator der ukrainischen Judenpogrome Pelljura abgeschlossen hat) vereint er mit einer auf zionistisch zugestellten nationalchauvinistischen Ideologie: die Wiedergeburt des jüdischen Volkes sei nur durch «Knechtschaft, Schmutz und Blut» zu verwirklichen, d. h. durch Mittel, die, was Brutalität und Gemeinheit anbetrifft, denen des faschistischen Italien und Hitler-Deutschlands gleichkommen, wenn sie nicht gar überbieten sollen.

Wenn aber naive Gemüter zur Meinung verleitet werden könnten, Jabotinsky empfehle die Anwendung dieser terroristischen Repressalien gegenüber den jüdenfeindlichen Regierungen,

die den mittelalterlichen «gelben Fleck» und die zaristischen Ausnahme Gesetze gegen die Juden zu übertrumpfen suchen — so müßten sie zu ihrer Ueberraschung entdecken, daß die Jabotinsky-Leute sich gerade mit den antisemitischen Regierungen (die Hitler-Regierung eingeschlossen!) freundschaftlich zu verständigen suchen: im faschistischen Deutschland werden die «Brith Trumpeldor»-Helden — wie die Zionisten überhaupt — nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert. Der «Völkische Beobachter» äußerte unlängst seine Zufriedenheit über die zionistische Organisation, die die Emigration der Juden aus Deutschland betreibt und einer der führenden Zionisten Berlins, Rabbiner Dr. Prinz, der von «nichteingeweihten» SA-Leuten wegen Organisation einer jüdischen Versammlung verhaftet wurde, konnte bald wieder freigelassen werden, als er der Geheimen Staatspolizei erklärte: «Wir wollen ja dasselbe, wie Hitler: die Juden aus Deutschland fortbringen!» Der faschistische Flügel des Zionismus denkt also, ebensowenig wie die zionistische Bourgeoisie überhaupt, daran, einen Kampf gegen die antisemitische Welle in Ost- und Mitteleuropa zu führen.

Die Bestimmung der militärischen Formationen Jabotinskys, die wie Pilze in allen Ländern aus dem Boden wachsen, wo der Zionismus in der jüdischen Bevölkerung einen gewissen Einfluß hat (vor allem: in Polen, Deutschland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien), ist eine andere. Sie sollen die Kadern der jüdischen Legionen bilden, die als Stoßtruppen gegen die arabischen Massen in Palästina die Aufgabe haben, den integralen jüdischen Staat (nach Ausrottung oder Versklavung der arabischen Werktätigen) an beiden Ufern des Jordans aufzurichten. Je mehr sich die Weltkrise vertieft, je mehr auch das jüdische Kleinbürgertum seine Existenzbasis verliert, — desto größer die Anstrengungen der jüdischen Bourgeoisie, die Jugend der jüdischen sich pauperisierenden Massen vom Uebergang ins kommunistische Lager abzuhalten, sie als Kanonenfutter für die Errichtung des nationalen jüdischen Staates unter den Fittichen des britischen Imperialismus in Palästina zu verwenden. Desto günstiger auch der Boden für den zionistischen Faschismus, der an Stelle der langsamen, systematischen Eroberung Palästinas durch die jüdische Kolonisation unter ziemlich weitgehender Benutzung britischer Bajonette die rasche gewaltsame Eroberung des «jüdischen Staates» durch eigene militärische Gewalt (natürlich unter britischer Führung) — unter Ausschaltung aller «humanitären Rücksichten» und pazifistischen Phrasen (mit denen die Zionisten in den Nachkriegsjahren den Raubzug gegen die palästinensischen, arabischen Massen zu decken suchen) setzen will. Die provokatorische Tätigkeit der palästinensischen Revisionisten, die im Jahre 1929 den Aufstand der arabischen Fellachenmassen auslöste, zeigt die Richtung, in der die Jabotinsky-Leute den Kampf gegen den «äußeren Feind» (für sie: die arabischen Werktätigen Palästinas) lenken wollen.

Mit der Erhebung des blutigen Ausrottungs- und Versklavungskrieges gegen den *äußeren Feind* (den Araber, der als eine «niedere Rasse» dem jüdischen Kulturvolk den Weg freimachen müsse) zur zentralen Aufgabe der nationalen Wiedergeburt —, ist die Parallele zwischen Jabotinsky und Hitler-Faschismus keineswegs erschöpft. Als Voraussetzung für den siegreichen Kampf gegen den äußeren Feind betrachten die Revisionisten die Vernichtung des «inneren», vor allem: die Versklavung des jüdischen Arbeiters, die Zerschlagung seiner Organisation, die Herabsetzung seines Lebensstandards. In der Praxis sind daher die Jabotinsky-Garden Kampftruppen gegen die jüdischen Arbeiter, Gehilfen der britischen Polizei bei Kommunisten-Verfolgungen, Streikbrecher, Lohndrücker.

Die gegenwärtige Situation in Palästina wird durch eine Verwahrlohung des nationalen und des Klassenkampfes gekennzeichnet.

Die Investierung von verhältnismäßig bedeutenden jüdischen Kapitalien in Palästina (von allem in Orangen-Plantagen, kleinen Industrien, Häuserbau) bei gleichzeitiger Errichtung einer Reihe von bedeutenden strategischen Anlagen (Haifa-Hafen, Raffinerieanlagen für das irakische Erdöl in Haifa, Eisenbahnbau Haifa-Bagdad etc.), eine nicht unbeträchtliche Vergrößerung der jüdischen Einwandererzahl (u. a. auch durch jüdische Flüchtlinge aus Deutschland) — die zu einem «Aufschwung» der zionistischen Kolonisationsaktivität führten, bedeuten für die arabischen Massen wachsende Not, Ausbeutung, nationale Unterdrückung (durch den britischen Imperialismus und die privilegierte jüdische nationale Minderheit), für Tausende von arabischen Arbeitern und Fellachen Verdrängung, Expropriation.

Die große Masse der jüdischen Arbeiter ist in der sozialimperialistischen und sozialfaschistischen «Histadruth» organi-

siert, deren Führer, die jüdischen Arbeiter als kolonialisatorische Avantgarde mißbrauchend, die Agentur des britischen Imperialismus und der jüdischen Kapitalisten in den jüdischen werktätigen Massen bilden. Der brutal und offen arbeiterfeindlich auftretende zionistische Faschismus ruft aber wachsenden Widerstand selbst unter den in den sozialfaschistischen Organisationen vereinigten Arbeitern hervor. Es kommt zu spontanen Ausbrüchen gegen die faschistischen Huligans. Als im April 1933 der Bund «Brith Trumpeldor» in Braunhemden in Telaviv aufmarschieren wollte, wurden die jüdischen Hitler-Jungen von den Arbeitern so gründlich verprügelt, daß Jabotinsky von Kowno bis San Francisco Jeremiaden über den «marxistischen Terror» in Palästina anstimmte. Die sozialfaschistische Führung beeilt sich natürlich, diese «Ausbrüche» zu bedauern, sie tut alles, um die Arbeiter zu zähmen und vom antifaschistischen Kampf abzuhalten: sind doch die Revisionisten schließlich und endlich auch «gute Zionisten» und muß doch die national-jüdische Einheit gegenüber den arabischen Werkträgern nicht nur zur Durchführung der Expropriationen, sondern auch für den Fall eines arabischen Aufstandes (wie 1929) als heiliges Gut geschützt werden.

Eine der terroristischen Gruppen der revisionistischen Partei in Palästina, die den Moment der blutigen Abrechnung mit den «inneren» und «äußeren» Feinden durch Gewaltakte beschleunigen will, organisierte vor einigen Wochen die Ermordung des Vorsitzenden der zionistischen Organisation in Palästina, Dr. Aslosoroff. Dieser hatte als einer der fähigsten sozialfaschistischen Führer und als hervorragender Vertreter derjenigen Kreise der zionistischen Exekutive, die eine kluge, diplomatische Ausnutzung der britischen imperialistischen Gönner des Zionismus und Korruption der arabischen Oberschichten im gegebenen Augenblick für zweckmäßiger hielten, als militärisches Säbelrasseln und Draufgängerei — sich den Haß der zionistischen Faschisten zugezogen. Die revisionistischen Mörder wollten die Schuld am Attentat auf die Araber und auf die Kommunisten abwälzen und damit blutige Zusammenstöße provozieren. Sie erzielten das Gegenteil: die Mordtat löste eine gewaltige antifaschistische Welle aus und nur mit größter Mühe konnten die sozialfaschistischen Führer die jüdischen Arbeiter vor einer großen Aktion gegen die Revisionisten abhalten.

Nichts beweist klarer die tiefe Niedertracht des sozialfaschistischen Verrats an der Arbeiterschaft als die Tatsache, daß sie selbst angesichts der Ermordung ihres besten Mannes, den Kampf gegen den Mordfaschismus unter allen möglichen Vorwänden sabotiert. Die lendenlahme Antwort der «Histadruth» auf die Ermordung Aslosoroffs, die sich in der Sammlung von Geldmitteln für Ausbreitung der zionistischen Kolonisation (das

heißt weitere Verdrängung der arabischen Werktätigen), sowie einer erfolgreichen Wahlkampagne zum zionistischen Kongreß ausdrückte (die «Histadruth» erreichte 70 Prozent aller in Palästina abgegebenen Stimmen) — bei gleichzeitiger Verhinderung wirklicher Kampffaktionen gegen die Revisionisten, zeigt, daß auch in Palästina der Sozialfaschismus der Wegbereiter des Faschismus ist; denn er entwaffnet die Arbeiter im Kampf gegen den Faschismus, er bereitet durch seine nationalistische, chauvinistische Propaganda den ideologischen Vormarsch des Faschismus vor, und, in erster Linie: durch seine imperialistische kolonialisatorische Politik stellt er die jüdischen Arbeiter den arabischen Massen gegenüber und stört damit die Schaffung der Einheit der Werktätigen, die allein imstande ist, Imperialismus, Zionismus und Faschismus zu stürzen.

Die Organisierung des konsequenten Kampfes gegen den Faschismus fällt der KP Palästinas zu. Sie allein ist imstande, die breiten arabischen Massen zum Kampf gegen Imperialismus und Zionismus zu mobilisieren (indem sie ihnen erklärt, daß der zionistische Faschismus sich gegen sie, gegen die arabischen Werktätigen richtet) und damit dem Faschismus den Nährboden, dem er entwächst, zu entziehen. Sie allein ist imstande, den jüdischen Arbeitern — im Gegensatz zu den demagogischen nationalistischen Phrasen der sozialfaschistischen Führer — zu erklären, daß nur die aktive Hilfe der jüdischen Werktätigen im Kampfe der arabischen Massen für die Befreiung vom imperialistisch-zionistisch-feudalen Joch auch ihm die Ueberwindung der kapitalistischen Ausbeutung und des Faschismus ermöglicht. Die Entlarvung des sozialfaschistischen Verrats, die Durchführung antifaschistischer Massenaktionen arabischer und jüdischer Arbeiter, die enge Verknüpfung des antiimperialistischen und antifaschistischen Kampfes mit den immer häufiger und hartnäckiger werdenden Wirtschaftskämpfen der Arbeiterklasse — das sind die unmittelbaren Kampfaufgaben der KP Palästinas.

Rundschau 2. Jg. (1933), Nr. 47, S. 1817–1818

### Aktion für die Befreiung Thälmanns in Palästina

*Tel-Aviv, Anfang Dezember.*

Durch die Initiative der Poale Zion wurde vor vier Monaten in Palästina eine Liga zum Kampf gegen Faschismus und Antisemitismus gegründet. Im Laufe dieser Zeit hat sich die Antifa sehr gut entwickelt. Eine Masse neuer Mitglieder wurde dort aufgenommen, die verschiedenen politischen Richtungen angehören oder parteilos sind. Nach dreimonatlicher Arbeit fand in Petach Tikwah das erste Landestreffen statt. Mehr als 300 Mann, eingekleidet in graue Antifablusen, sind dort erschienen. (Petach Tikwah ist eine reiche Kolonie, das Zentrum der Orangenplantagen.) Das Treffen verlief sehr feierlich und machte einen tiefen Eindruck bei der Arbeiterschaft.

Anschließend an diese Zusammenkunft begann eine intensive Arbeit der Antifa. Es wurde eine großzügige Aktion gegen den Thälmannprozeß und für die Opfer des Faschismus durchgeführt. Die Aktion, die planmäßig im ganzen Land durchgeführt wurde, zog tausende Arbeiter in die Reihen der Antifa. Ueber 1500 Unterschriften wurden für die Befreiung Thälmanns gesammelt. Bald darauf erfolgte die zweite Aktion gegen den Friedensschluß zwischen den palästinensischen Reformisten und den Revisionisten — den jüdischen Faschisten. Auch an dieser Aktion, die von der Antifa gemeinsam mit der Poale Zion durchgeführt wurde, nahmen Tausende von Arbeitern teil.

Die bürgerliche Presse entstellt die Tatsachen und kämpft mit den schmutzigsten Mitteln gegen die Antifa. Um so stärker wächst das Vertrauen der Arbeiterschaft zu ihr, dem Sammelpunkt gegen Faschismus und Antisemitismus in Palästina.

Rundschau 4. Jg. (1935), Nr. 2, S. 75



## Palästina

Die Aufstände der Volksmassen gegen den englischen Imperialismus im August 1929 und im Oktober 1933, das Anwachsen der Streikbewegung (36 Streiks der arabischen Arbeiter mit 8000 Teilnehmern allein in den Jahren 1932/33), das Anwachsen der Partisanenbewegung der Fellachen (die Truppe Abu Djilds u. a.), zahlreiche Agraraktionen (Zerstörung von Plantagen der Zionisten und Grundherren), der Aufschwung der antizionistischen Bewegung in breitesten Volksmassen (Demonstrationen, bewaffnete Zusammenstöße, Protestversammlungen, Streikposten usw.) — das sind die wichtigsten revolutionären Ereignisse in der verflochtenen Periode.

Der Augustaufstand von 1929 war für die KP Palästinas eine ernste Prüfung. Es zeigte sich, daß die Partei abseits von den revolutionären Ereignissen stand; sie schätzte den Aufstand in menschenwürdiger Weise als einen durch die Intrigen des englischen Imperialismus hervorgerufenen Judenpogrom ein.

Das EKKI, das die Erfahrungen des Augustaufstandes analysierte, stellte in seinem Brief an die Partei fest, daß die Fehler der Partei dadurch bedingt waren, daß die Führung der KP Palästinas sich noch immer nicht von den Schläcken des Zionismus befreit hatte und die Partei in der nationalen Frage einen unleninistischen Standpunkt eingenommen hatte. Da die Partei die Leninsche Fragestellung in der nationalen Frage nicht verstand, konnte sie auch die Bauernfrage, die Frage des Zionismus als des wichtigsten Werkzeuges des englischen Imperialismus in Palästina, die Frage der jüdisch-chauvinistischen Abweichungen als der Hauptgefahr in der Partei usw. nicht richtig verstehen. Die Partei selbst, die nach ihrer nationalen Zusammensetzung vorwiegend jüdisch war, stellte eine Sekte dar, die in bedeutendem Maße von den arabischen Massen isoliert war und selbst unter den jüdischen Arbeitern keinen irgendwie ernsthaften Einfluß besaß.

Das EKKI stellte der KP Palästinas die Forderung, in der Frage der Arabisierung der Partei eine entschiedene Wendung zu vollziehen. Es waren jedoch ungefähr anderthalb Jahre dazu notwendig, um den Widerstand der alten opportunistischen Leitung

zu brechen. Die 7. Parteikonferenz, die im Jahre 1931 durchgeführt wurde, hat diese opportunistische Linie der alten Leitung verurteilt. Im Jahre 1930 wurde auf Initiative der Partei die erste Konferenz der arabischen Arbeiter Palästinas einberufen, zu der Delegierte von 6000 Arbeitern erschienen.

Die revolutionäre Bewegung in Palästina nach der Niederlage von 1929 verlief weiter in aufsteigender Linie. Sie wird gekennzeichnet durch das Anwachsen der Streikbewegung, den Aufschwung der Bewegung der Bauern und Beduinen, die stellenweise die Form eines Partisanenkampfes annahm und auch jetzt noch annimmt, durch die politische Aktivierung des arabischen Kleinbürgertums, der Intelligenz und der armen Schichten der städtischen Bevölkerung. Wie ernst die Bauernbewegung ist, beweisen die Maßnahmen der englischen Regierung, die gezwungen war, auf 75 Prozent der bäuerlichen Steuerrückstände zu verzichten und ganze Landbezirke (Nabulus, Djenin u. a.) im Kriegszustand zu halten.

Die Streikbewegung der Arbeiterklasse, die seit Ende 1930 etwas ins Stocken geraten war, erreichte Anfang 1932 unter dem Einfluß der Krise, der imperialistischen Offensive und der verstärkten zionistischen Ausplünderung, sowie in Anbetracht der wütenden Offensive der Unternehmer gegen das Lebensniveau des Proletariats (besonders der arabischen Arbeiter) starkes Ausmaß und ergriff fast alle Arbeitszweige.

Die starke Gärung unter der Bauernschaft, die immer häufiger werdenden Fälle des aktiven Widerstandes der Fellachen und Beduinen gegen die imperialistisch-zionistische und feudalsystemherrliche Ausplünderung forderten von der Partei den Kampf auf dem flachen Lande. Die Partei verstand es jedoch nicht, sich, wenn auch nur in einem Bezirk oder in einigen Dörfern, organisatorisch zu festigen.

Die großen Kundgebungen in einer Reihe von Städten im Oktober 1933 waren eine neuerliche Prüfung der Kampffähigkeit der KP Palästinas. Die Partei verstand es nicht, sich auf die heranreifenden Ereignisse vorzubereiten, und wurde in hohem Maße, ebenso wie 1929, von den Ereignissen überrascht. Ja noch mehr, die Partei schätzte die Verteilung der Klassenkräfte in den Oktoberkämpfen falsch ein und verstand es nicht, rechtzeitig festzulegen, worin und wie die Teilnahme der Partei an den sich entwickelnden revolutionären Ereignissen ihren Ausdruck finden sollte.

Da die Partei die Aufgaben der nationalen Befreiungsrevolution nicht in den Vordergrund rückte, die Arabisierung der Partei nicht verwirklichte und es nicht verstand, die Sympathien und die Unterstützung der breiten arabischen Massen für sich zu gewinnen, konnte sie sich keine Massenbasis schaffen. Darin liegt die Hauptschwäche der Partei und der ganzen Arbeiterbewegung Palästinas. Der Drang der arabischen Arbeiter zur Gründung von

Gewerkschaften wird von den Führern der bürgerlich- grundherrlichen Gruppierungen unbehindert zur Stärkung ihres Einflusses auf die Arbeiterbewegung ausgenutzt.

Der in der Arbeit der Kommunistischen Partei in letzter Zeit erzielte Umschwung gibt Grund zur Annahme, daß die KP Palästinas die vor ihr stehenden verantwortlichen Aufgaben mit größerem Erfolge als bisher zu lösen verstehen wird.

In: Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongress. Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau-Leningrad 1935, S.597-599.



### **Jussuf (Palästina),**

der nächste Redner, spricht in arabischer Sprache:

Palästina gehört zu den wichtigsten Stützpunkten des britischen Imperialismus. Dieser stützt sich in Palästina außer auf den eigenen Kolonialapparat hauptsächlich auf die zionistische Bourgeoisie, die die arabischen Bauern rücksichtslos von der Scholle verjagt und das Kleinbürgertum, ja sogar die arabische Bourgeoisie ruiniert. Die Partei machte jahrelang schwere Fehler durch Nichtbeachtung der arabischen Massen als treibende Kräfte des nationalen Freiheitskampfes und der Bauernrevolution in Palästina. Nach der Abberufung der Opportunisten aus der Parteiführung und nach der entscheidenden Durchführung der Arabisierung der Partei wurden im wirtschaftlichen und antiimperialistischen Kampfe bedeutende Erfolge erzielt. Die Arabisierung bedeutet keineswegs auch nur die geringste Vernachlässigung der Arbeit unter den jüdischen Volksmassen, deren Befreiung vom zionistischen Einfluß nach wie vor eine der Hauptaufgaben der Kommunistischen Partei Palästinas darstellt.

(Schluß der Abendsitzung des 31. Juli)

Abschrift aus Rundschau 4.Jg.(1935), Nr.38, S.1722

### **Hadschar (Palästina):**

Die Kommunistische Partei Palästinas wurde während langer Zeit durch den zionistischen Einfluß gehemmt, wodurch die Entwicklung der antiimperialistischen Einheitsfront gehindert wurde. Die Kommunistische Partei konnte sich dadurch nicht auf die arabischen Werktätigen, die Arbeiter und die Bauern, stützen, während die Reformisten Einfluß auf arabischen Volksschichten gewannen. Unsere Aufgabe ist es, die Kämpfe in der Stadt und auf dem Dorfe zu verbinden und die antiimperialistische und antizionistische Volksfront herzustellen. Die Partei muß die nationalrevolutionären Kräfte berücksichtigen und deren Forderungen, die sich gegen den Imperialismus richten, unterstützen. Der Hauptfeind ist der Imperialismus und dessen Hauptstütze ist der Zionismus. Für die Einheitsfront müssen folgende Losungen aufgestellt werden: Unabhängigkeit, Übergabe von Land an die arabischen Bauern, Organisations- und Pressefreiheit. Auf der Grundlage der ökonomischen und demokratischen Forderungen und gestützt auf die ausgebeuteten, unterdrückten, arabischen und jüdischen Arbeiter und Bauern muß die antiimperialistische und antizionistische Volksfront errichtet werden.

Abschrift aus Rundschau 4.Jg.(1935), Nr.38, S.1805

# Palästina unter dem britischen Imperialismus

Palästina

Von Reginald Bridgeman, Sekretär der Liga gegen Imperialismus (London)

Der Generalstreik in Palästina ist nunmehr schon seit dem April im Gange. Sein Ziel ist ein dreifaches:

1. Der jüdischen Einwanderung nach Palästina ein Ende zu

2. Den Verkauf von den Arabern gehörendem Land an Juden zu verbieten.

3. In Palästina eine Nationale Regierung zu errichten, die dem Parlament verantwortlich sei.

Die britische Regierung — die für die Spannung zwischen Arabern und Juden und für die daraus hervorgegangenen Unruhen verantwortlich ist — wandte sich an die Araber mit einem Communiqué des Hohen Kommissars, in dem erklärt wird, daß sie nicht zulassen werde, daß die Durchführung der sich aus dem Mandat ergebenden Aufgaben durch Gewalttätigkeit oder die Unterdrückung von Gewalttätigkeiten verhindert werde. Baldwin erklärte im Unterhaus, daß die britische Regierung für die Verletzung und den Schutz von Palästina im Sinne der Mandatsbestimmungen verantwortlich sei, und entschlossen sei, ihrer Aufgabe zu entsprechen.

Die britische Regierung hat eine besondere Beratung abgehalten, um die Lage in Palästina zu erörtern. Im Ergebnis dieser Beratung hat der Kolonialminister Thomas in einer seiner Erklärungen im Parlament (vor seinem Rücktritt im Zusammenhang mit dem Durchsichern von Budgetgeheimnissen) erklärt, daß der Hohe Kommissar die Einstellung der Regierung der Majestät den arabischen Führern klar genug gemacht habe. Die Regierung habe die Lage in Palästina, wie sie sich durch die Unruhen und die anhaltende Bewegung gestaltet, eingehend geprüft. Die erste Notwendigkeit sei die Herstellung von Ruhe und Ordnung, und der Hohe Kommissar treffe dazu notwendigen Maßnahmen. Dementsprechend habe die Regierung beschlossen, daß, sobald die Ordnung wieder hergestellt sein wird, sie eine königliche Kommission einsetzt, die die Bestimmungen des Mandats in Frage zu stellen, die Ursachen der Unruhen und die Beschwerden der Araber und zu prüfen werde.

Thomas machte klar: dieser Beschluß bedeute, daß man es schließlich für wünschenswert betrachte, daß die Araber eine Delegation nach England entsenden. Die erste Bedingung, von der die Regierung die Einsetzung einer Untersuchungskommission abhängig macht, ist, daß Ordnung und Gesetzmäßigkeit wieder hergestellt seien.

Lord Winterton stellte an Thomas die Frage, ob er mit der Bemerkung, daß die Untersuchungskommission keine Vollmacht haben werde, die Punkte des Mandats zu erörtern, gemeint habe, daß die königliche Kommission sich nicht mit der Frage beschäftigen dürfe, inwieweit das Mandat erfüllt worden sei. Thomas antwortete, daß die königliche Kommission in der Lage sein werde, festzustellen, ob das Mandat korrekt ausgelegt worden sei, daß sie jedoch das Mandat selbst nicht in Frage stellen dürfe. Thomas erklärte außerdem, daß der Beschluß, eine Untersuchungskommission einzusetzen, von der Regierung in Beratung mit den jüdischen oder arabischen Führern gefaßt worden sei.

Während die britische Regierung in London über ihre Politik diese Erklärung abgab, stimmte der Hohe Kommissar der jüdischen Einwanderungsliste zu, die für das halbe Jahr bis zum 30. September die Einreise von 4500 Juden vorsieht. Er erklärte damit, daß die britische Regierung entschlossen ist, der Einschleppung zu wachen. Das bedeutet eine Zunahme der jüdischen Immigration um 1250 gegenüber dem letzten Halbjahr. Der *Manchester Guardian* schreibt, daß diese Zahl ziemlich genau ausgerechnet sei, einschließlich der 1200 arabischen Emigranten, die als künftige Siedler nach Palästina geschickt wurden und für die die notwendigen Geldmittel aus dem Fonds stammen, dessen Verwaltung von Sir Herbert Peel geleitet wird. Dieselbe Zeitung bemerkt, daß hätte die Regierung einen anderen Beschluß gefaßt, die Araber und die Unruhen, die sie anfeuern, sehr ermutigt worden wären.

Der Regierungsbeschluß über die Einsetzung einer Untersuchungskommission ist im Unterhaus ohne Begeisterung aufgenommen worden, und Tags darauf wurde berichtet, daß der erste Araber-Ausschuß eine Proklamation herausgab mit dem Bericht über die Unterredungen mit dem Hohen Kommissar, in der festgestellt wird, daß der Ausschuß ihm sein Vertrauen gegen die neue Untersuchungskommission bereits

mitgeteilt habe. Die Araber können sich nicht damit einverstanden erklären, daß sich die Juden eine nationale Heimstätte auf Kosten der nationalen Existenz der Araber aufrichten. Aus diesem Grunde habe das Volk spontan zu streiken begonnen, ohne von den Führern dazu aufgefordert zu werden und es werde diesen Streik fortsetzen, bis die Regierung ihre Politik in wesentlichen Punkten ändert.

Inzwischen wurde die britische Garnison in Palästina durch Truppen aus Ägypten verstärkt. Sie zählt 5000 Mann, einschließlich vier Infanteriebataillone und der Detachements der königlichen Genietruppen und Tankabteilungen. Britische Bombenflugzeuge sind über Jerusalem erschienen; die Eisenbahnen fahren unter Militärbegleitung, die Nachtzüge wurden eingestellt und die Telefonverbindungen aufgehoben.

Mit diesen Maßnahmen wurde das erwünschte Ziel nicht erreicht. Die Unruhen wachsen in verschiedenen Gebieten Palästinas, und besonders in den Landgebieten ist der revolutionäre Geist der Araber festzustellen. Daß diese Stimmung mehr antiimperialistisch als anti-jüdisch ist, kann man aus der Tatsache entnehmen, daß in Gaza die britischen Familien in Polizeibaracken untergebracht werden mußten.

Zweifellos fühlen die Araber, daß der Sinn der Balfour-Erklärung nicht erfüllt wird, da, wie es ihnen scheint, die Politik der Zionisten, die eher darauf hinausgeht, Palästina in ein jüdisches nationales Vaterland zu verwandeln, als in Palästina eine jüdische Heimstätte einzurichten, von der britischen Regierung weitgehend unterstützt wird.

Die Juden sind in großer Anzahl nach Palästina gekommen und manche von ihnen hatten den Geist einer Eroberer-Nation; sie kamen mit viel Geld zum Zweck, den Arabern das Land abzukaufen. Die arabischen Großgrundbesitzer, von denen viele im Ausland leben, verkauften willig das Land. Aber eine Bedingung beim Verkauf war, daß das Land den neuen jüdischen Besitzern übergeben werden mußte, ohne irgendwelche Verpflichtung in bezug auf die weitere Beschäftigung der beim alten Besitzer beschäftigten arabischen Bauern und Landarbeiter, die auf dem Grund und Boden ansäßig waren. In verschiedenen Fällen war daher der Verkauf von arabischem Boden von Zwangsausiedlung arabischer Arbeiter begleitet, da es unter den jüdischen Revisionisten (faschistische Richtung im Zionismus) als verwerflich angesehen wird, für irgendwelche Arbeiter Araber anzustellen.

Die Juden haben ihre Anzahl in 16 Jahren von 7 auf 30 Prozent der Bevölkerung erhöht. Im Durchschnitt sind das 12 000 Einwanderungen pro Jahr. Ein Rekordjahr war das vergangene Jahr 1935, wo nicht weniger als 61 000 Juden nach Palästina eingewandert sind, etwa 50 Prozent mehr als im Jahr 1934.

1934 gab es in Palästina 175 000 Juden, gegenwärtig gibt es 375 000, die 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Die obenstehenden Zahlen sind *„The Statist“* entnommen, in dem es heißt:

«Die Einwanderer gehören nicht alle — wie man irrtümlich meint — zur Arbeiterklasse, da in den letzten paar Jahren die Zahl der Intellektuellen und Kaufleute mit ziemlichem Vermögen unter den Einwanderern gewachsen ist. Das Kapital, das die Letzteren eingeführt haben, betrug im Jahre 1932 3 250 000 Pfund Sterling, im Jahre 1934 waren es 10 Millionen Pfund und im Jahre 1935 annähernd 16 Millionen Pfund. Diese 16 Millionen waren im Besitze von 6300 Einzelpersonen oder Familienoberhäuptern, d. h. es entfielen 2500 Pfund pro Kopf. Es sind jetzt 30 000 deutsche Juden in Palästina angesiedelt, die in den letzten drei Jahren schätzungsweise 10 Millionen Pfund mitgebracht haben.»

Unglücklicherweise sind auch einige von den deutschen Juden, die vor dem faschistischen Terror geflüchtet sind, dennoch nicht frei von Elementen der Nazi-Doktrin. Wenn einige junge arabische Studenten auf der Rückkehr aus Frankreich nach Syrien für kurze Zeit in Haifa absteigen und zum Beispiel ein Bad nehmen wollten, so läßt man sie nicht in die städtische Badeanstalt aus demselben Grund, aus dem in Großbritannien das Betreten von Badeanstalten für Juden verboten war. So etwas ist in allen Fällen verwerflich, wenn aber eine derartige Diskriminierung in einem Lande vorkommt, das vorwie-

gend arabisch ist, so muß das eine heftige Empörung zur Folge haben.

Aber trotz der Unzufriedenheit über das Verhalten der arabischen feudalen Klasse und über die frechen Ansprüche der revisionistischen Zionisten, mangelt es nicht an Solidarität zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern, für die die antifaschistische Organisation «Antifa» eifrig arbeitet.

Die arabischen Arbeiter morden keine Juden, wie es der britische Hohe Kommissar durch seine Communiqués der Welt glauben machen will. Die arabischen Arbeiter haben die Juden gegen ein Gemetzel geschützt, wie es der Sonderberichterstatter der «Times» in seinem aus Jaffa vom 22. April datierten Telegramm selbst schilderte:

«Inmitten der Unruhen haben die Schiffer von Jaffa (die für ihren unruhigen Geist bekannte Araber sind) freiwillig einen großen Teil der jüdischen Bevölkerung über See aus Jaffa nach Tel-Aviv überführt und dadurch zweifellos ihr Leben gerettet. Diese Tatsache wird von den jüdischen Führern dankbar anerkannt, die sie auf die guten Beziehungen zurückführen, die zwischen den arabischen und den jüdischen Gewerkschaftsverbänden der Schiffer hergestellt worden ist.»

Im Bericht der Untersuchungskommission *Shaw*, die nach der Aufstandsbewegung von 1929 eingesetzt worden war, wurde zugegeben, daß viele Araber und möglicherweise auch viele Juden, die da gefallen sind, dem Feuer der (britischen) Polizei und des Militärs zum Opfer gefallen waren.

So erklären auch heute die, die die Ereignisse aus der Nähe beobachteten, daß die Rolle der Imperialistischen Macht (Großbritannien, das Palästina als britische Kolonie verwaltet, unter dem Decknamen eines Völkerbundsmandats) klar und offensichtlich sei. Die britischen Behörden haben das Anwachsen der blutigen faschistischen Terrorwelle, des Mordens auf offener Straße ruhig und kaltblütig mit angesehen. Sie haben den faschistischen Gewalttätigkeiten gegenüber eine bemerkenswerte Milde und denen gegenüber eine besondere Härte gezeigt, die ihr Leben gegen die Faschisten verteidigten.

Die Lage in Palästina kann, solange das Mandatsregime besteht, sich nur verschlimmern.

Es wird für die Juden und Araber in Palästina nicht schwer sein, friedlich nebeneinander zu leben, wie dies jahrhundertlang in anderen Gebieten der Fall war, wenn sie nur die Freiheit besitzen, ihre Angelegenheiten selber zu regeln.

## Die Ereignisse in Palästina

Brief aus Jaffa

Schon drei Wochen dauert der Generalstreik in Palästina mit stürmisch verlaufenden Demonstrationen und Zusammenstößen mit der Polizei. Der Kampf richtet sich gegen den englischen Imperialismus und auch gegen seinen Verbündeten, den Zionismus.

Die jetzigen Ereignisse sind ein Kettenglied in der Reihe der spontanen Ausbrüche, die während der 18 Jahre zionistischen Eroberungspolitik von Zeit zu Zeit stattfanden und den gewaltigen Widerstand der arabischen Volksmassen gegen diese Politik zum Ausdruck brachten. Eine doppelte Unterdrückung lastet auf dem arabischen Volk in Palästina. Der koloniale Druck des englischen Imperialismus ist hier unlöslich verbunden mit zionistischer Eroberung, mit Verdrängung der arabischen Bevölkerung aus allen Lebenspositionen. Der englische Imperialismus, der, um seine strategische Position am Südkanal zu schützen und gleichzeitig einen Wall gegen die aufstrebende arabisch nationale Freiheitsbewegung im vorderen Orient zu schaffen, den Zionismus nach Palästina verpflanzt hat, hat dadurch alle kolonialen Widersprüche im Lande verschärft. Die jüdische Einwanderung, die in krassstem Widerspruch zu der Aufnahmebereitschaft des Landes vor sich geht, bedeutet konsequenterweise Verdrängung des einheimischen Volkes aus allen Lebenspositionen. Außer einigen Großgrundbesitzern, die ihren Boden zu guten Preisen an Zionisten verkaufen, leidet die gesamte arabische Bevölkerung durch den Zionismus. Die arabische Industrie wurde durch die zionistische völlig zugrunde gerichtet. Die arabischen Städte wie Neblus und Tulkarem verfallen, die Arbeitslosigkeit nimmt immer größeren Maßstab an. Aber vor allem wird durch den Zionismus das arabische Dorf zugrunde gerichtet. Die fruchtbarsten Gegenden Palästinas, das Tal Jesreel, Wadi Chawaril, ein Teil des Jordantales, das Küstengebiet befinden sich in jüdischen Händen. Überall wurden von dort Fellachen vertrieben. Die hohen Steuern, die Verschuldung der Bauern, der hohe Pachtzins, hervorgerufen durch die Spekulation der Zionisten, dazu die Agrarkrise, die in Pa-

lästina schon jahrelang wütet, haben eine verzweifelte Lage im arabischen Dorf geschaffen. Gleichzeitig finden die proletarisierten arabischen Massen in der Stadt keine Beschäftigung.

Der Zionismus verwirklicht seine Eroberungspolitik unter den chauvinistischen Losungen: «Eroberung des Bodens», «Eroberung der Arbeit». Die Hauptrolle dabei fällt der zionistischen Gewerkschaft, der «Histadruth» zu, die mehr zionistisch-palästinensische, als gewerkschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat. Sie lastet die jüdischen Arbeiter sowohl auf die arabischen Bauern, als sie vom Boden, als auch auf die arabischen Arbeiter, um sie von ihren Arbeitsplätzen zu vertreiben. Diese «Eroberung» geht in verschiedenen Formen vor sich. Bis vor kurzer Zeit praktizierte die Histadruth ausschließlich die Form der brutalen Vertreibung. Heute jedoch, wo die Arbeitslosigkeit auch unter den jüdischen Arbeitern erschreckende Dimensionen anzunehmen beginnt, ist die Histadruth, die Avantgarde des Zionismus, die verwerfliche Lüge zu einem Konkurrenzkampf zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern ausnützen. Nun ist die Lohnliferenz zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern immer noch sehr groß. Dem Lohnraubfeldzug der Histadruth ist es noch nicht gelungen, die Löhne in solchem Maß zu senken, um auf diese Weise die «Eroberung» zu ermöglichen. Sie rief daher einen Arbeitslosenfonds ins Leben. Die durch Terror von den Arbeitern bezugenen Gelder sollen einen Lohnaufschlag für die «Eroberung» darstellen. Die Histadruth tritt dabei als Unternehmer auf und hat unlängst den Bau einer arabischen Schule in Jaffa übernommen. Bei Aufnahme der Arbeit kam es zu Zusammenstößen zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern. Ein Beispiel brutaler Vertreibung fand unlängst in der Umgebung von Jaffa, in Wadi Zedek statt, wo es ebenfalls zu Zusammenstößen gekommen ist. Eben die Umgebung von Jaffa sah die brutalsten Szenen zionistischer Vertreibung. Daher ist es offenbar, daß hier auch die brutalsten Ereignisse stattfanden.

Auf diesem Boden wachsen in Palästina die nationalen Gegensätze und die Verbitterung der arabischen Bevölkerung gegen den Zionismus. Vorspiel der jetzigen Ereignisse bildeten die Partisanengruppen mit mehr oder wenig klaren politischen Forderungen — die soziale Basis war die verelendete Bauernbevölkerung. Die klarste politische Formulierung hatten die Partisanengruppe des Scheich el Kassams, die eben eine ständekleinbürgerliche Führung hatte. Sie wollte durch ihr Beispiel des nationalen Heroismus die ganze Bevölkerung zu allgemeinem Aufstand aufrufen. Sie überfiel jüdische Kolonisten und Päch-

Als sie dann später von einem großen Polizeiaufgebot umzingelt wurde, ihren Führer und drei Partisanen im Kampfe verlor, installierte sich deren Begräbnis zu einer ungeheuren nationalen Demonstration in Haifa. Zu derselben Zeit wurden zwei Generalstreiks von einem Tage durchgeführt, als Antwort auf die zionistischen Waffenschmuggel. Die Ereignisse in Aegypten und Syrien haben eine tiefe Wirkung auf die arabische Bevölkerung Palästinas ausgeübt, so daß das Land seit Monaten einem schlummernden Vulkan gleich.

Anfang April erscheint wieder eine Partisanengruppe in der Umgebung von Tulkarem und führt einen Überfall aus, bei dem ein Jude ums Leben kommt. Die Zionisten aus Tel-Aviv gestalten sein Begräbnis zu einer ungeheuren chauvinistischen Demonstration. Diese Demonstration hat alle Sprengstoffe, die in Palästina gesammelt waren, zum Ausbruch gebracht. Man verprügelte arabische Gemüsehändler und zerstreute ihr arabisches Gut, man überfiel arabische Schuhputzer und Kutsher. Parolen wie «Für einen Juden — 60 Araber» wurden in den Straßen geschrien. In derselben Zeit wurden zwei Araber in der Umgebung einer jüdischen Kolonie von Juden ermordet. Eine ungeheure Empörung bemächtigte sich sodann der arabischen Bevölkerung. In Jaffa fanden Überfälle auf Juden statt, bei denen 18 Juden ermordet und 60 verletzt wurden.

Die Ereignisse in Jaffa trugen einen spontanen Charakter. Es ist klar, daß wenn sie auch die Empörung der Massen zum Ausdruck brachten, die Massen doch bald einsehen mußten, daß dieser Weg nicht zur Befreiung führen kann. Die arabische Bevölkerung hat das erkannt und hat unverzüglich den politischen Kampf aufgenommen. Der Generalstreik wurde proklamiert, klare Forderungen aufgestellt, die Einheit des ganzen arabischen Volkes in diesem Kampf geschmiedet. Die Losungen waren: gegen die zionistische Einwanderung, gegen den zionistischen Bodenraub für ein demokratisches Parlament.

Die reformistische Führung der nationalen Bewegung hat den Ereignissen nach. Sie wollte der Bewegung einen proletarischen Charakter geben, doch um den Einfluß nicht zu verlieren, war sie gezwungen, immer klarere Parolen auszugeben. Nach zwei Wochen endlich rief sie selbst zur Demonstration auf, und heute nach drei Wochen wurde sie durch den Druck der Massen

gezwungen, die Steuerverweigerung ab 15. Mai zu beschließen. Damit ist der Streik in eine entscheidende Situation eingetreten. Palästina steht vor großen Ereignissen.

Der englische Imperialismus unterdrückt die Bewegung mit Brutalität und Hinterlist, kann aber trotzdem nicht Herr der Lage werden, und war gezwungen, Militärverstärkungen aus Aegypten abzuberufen. Die Bewegung nimmt von Tag zu Tag einen immer schärferen anti-imperialistischen Charakter an.

Die Stellung der Zionisten zu den Ereignissen ist äußerst charakteristisch. Daß sie die arabische Freiheitsbewegung mit Leib und Seele hassen, das gaben sie selber zu. Der Polizeierz allein genügt ihnen nicht. Sie verlangen von der Regierung, noch schärfer gegen die «Hetzer» vorzugehen. Die Histadruth betrachtet es jetzt als ihre Hauptaufgabe, den arabischen Streik auf ihre Weise zu brechen, indem sie jüdische Arbeiter auffordert, in besetzte Arbeitsplätze einzudringen. Diese stete

Furcht vor jüdischem Streikbruch hat die arabischen Arbeiter auf der Eisenbahn und ähnlichen Betrieben zurückgehalten, sich dem Streik ihres Volkes anzuschließen. Doch ihre Solidarität drückten sie damit aus, daß sie die Hälfte ihres Lohnes dem Streikfonds abliefern. Die weitere Entwicklung wird wohl diese Arbeiter auch in der Streikfront sehen.

Der Zionismus bedeutet nicht nur Angriff auf die arabische Bevölkerung, er richtet sich auch mit gleicher Brutalität und Heuchelei gegen die jüdischen Arbeiter. Er stößt sie in Arbeitslosigkeit und Elend. Die Lösung der Arbeitslosenfrage für den jüdischen Arbeiter sieht der Zionismus einzig und allein in einer «Angleichung» der Arbeitslöhne an die Hungerlöhne der arabischen Arbeiter.

Werden die jüdischen Arbeiter in dieser Lage nicht erkennen, daß sie sich der arabischen Befreiungsbewegung anschließen und gleichzeitig den Kampf um höhere Löhne, Arbeitslosenunterstützung und soziale Gesetzgebung führen müssen?

# Die jüdische nationale Heimstätte und die arabische Frage

Von Observer

«Die Regierung seiner britischen Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihre besten Bemühungen einsetzen, um die Erreichung dieses Zieles zu ermöglichen, wobei es wohlverstanden bleibt, daß nichts geschehen soll, was den staatsbürgerlichen und religiösen Rechten der bestehenden nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina oder den Rechten und den politischen Rechten, die Juden in irgendeinem anderen Lande genießen, schaden könnte.» (Balfour-Erklärung vom 2. November 1917.)

Um die Frage der oben angeführten Erklärung, die Palästina als eine nationale Heimstätte für die Juden errichtete, und um die wichtige Sache des britischen Mandates über Palästina und Transjordanien hat ein endloser Streit gewüthet; der seine Höhepunkte in zeitweisen aufstandsartigen Zusammenstößen zwischen Arabern und Juden fand, so wie sie jetzt stattfinden.

Vor dem Weltkrieg von 1914 hatte die Bevölkerung, die aus rund 620 000 Arabern, 50 000 Juden und 10 000 Angehörigen anderer Völker bestand, einträchtig Seite an Seite gelebt und gearbeitet und dabei die staatsbürgerlichen und religiösen Gebrauche der anderen gegenseitig geachtet, trotzdem Palästina der Mittelpunkt so vieler einander bekämpfender religiöser Sekten und «Heiligen» Stätten ist.

Es ist bezeichnend, daß während des Zeitraums, der unmittelbar auf die endgültige Verdrängung der Streitkräfte Deutschlands und der Türkei durch die Verbündeten unter Führung Lord Allenbys folgte, als die von Weizmann geführte Zionistikommmission Palästina besuchte, um bei der Wiederansiedlung jüdischer Flüchtlinge in den vom Krieg betroffenen Gebieten mitzuwirken, jene engste Zusammenarbeit zwischen Juden und Arabern bestand, und daß letztere die zionistische Tätigkeit nicht als eine vermittelte oder beabsichtigte Bedrohung ihres eigenen Wohlstandes betrachteten. Dr. Weizmann unternahm Schritte, um den Arabern zu versichern, daß die Juden in das Land heimkehrten, aber nicht als Fremde kämen, sondern, um die Ueberlieferungen der Vergangenheit mit der Zukunft zu verknüpfen. Die Entwicklung würde und sollte keiner der im Lande bereits errichteten Gemeinshäften schaden, sondern würde und sollte ihnen Nutzen bringen.

Als Gegenleistung erklärte Emir Feisal, der die Interessen der Araber vor dem Obersten Rat des Völkerbundes in Versailles vertrat, folgendes:

«... Wir Araber blicken mit tiefster Sympathie auf die zionistische Bewegung. Unsere Abordnung hier in Paris ist mit den Vorschlägen, die die zionistische Organisation der Friedenskonferenz vorgelegt hat, völlig vertraut und betrachtet sie als gemäßigt und angemessen. Wir werden unser Bestes tun, um sie zu fördern; wir wünschen den Juden ein herzlich willkommen dazuholen.»

Als Apikler des vollen Zieles und des vollen Ausmaßes der zionistischen Bewegung in Ermahnung trat; als die Aufforderung des Judentums der ganzen Welt zu finanzieller Hilfeleistung das Ergebnis hatte, daß Millionen Pfund Sterling zur Auslösung von hunderttausenden Juden in Palästina gesammelt wurden, wie aus zahlreichen Ausprägungen führender zionistischer Publizisten hervorging; und als später die Araber beipflichten, daß der Artikel XXII des Großbritanniens über Palästina gewährten Mandats — dieser Artikel erklärt, daß das Ziel und die Zwecklaute des Mandats bezweckten, den betroffenen Völkern zu helfen, sich von der Wirkung des Krieges zu erholen, bis sie instande seien, die Verantwortung für ihre eigene Regierung zu übernehmen, — eine Art Türnung war, um die militärische Besetzung des Landes durch Großbritannien als eines Kolonialbesitzes zu decken, begann sich die freundschaftliche Haltung, die die Araber vorher eingenommen hatten, schnell in Abneigung und Zorn zu verwandeln. Dies kam in einer Reihe von Zusammenstößen zum Ausdruck, wie die Ostersonnensagereien im Jahre 1920, der Zwischenfall an der jüdischen Klagenauer in Jahre 1929, der sich als einheimischen Kravall zu dem ganzen Land erstreckenden Unruhen erweiterte, in denen Dutzende von Leben litten, und die gegenwärtigen Unruhen und der Nationalstreik der Araber, der Palästina jetzt lähmt.

Abordnungen führender arabischer Nationalisten reisten nach London, um ihren Fall dem britischen Parlament vorzulegen; Untersuchungskommissionen besuchten Palästina, aber trotz ihrer günstigen Berichte über die berechtigten Forderungen der Araber wurden keine Schritte unternommen, um ihren Beschwerden abzuhelfen.

Palästina ist ein kleines Land von etwa dem gleichen Umfang wie Wales. Die östlichen und südlichen Teile sind meist sonnenverbrannte, dürre, gebirgige und sandige Wüsten. Die Küstenebene längs des Mittelmeers und ein breiter Bodengürtel im Landesinnern von Haifa an ist Alluvialboden, prächtig geeignet für landwirtschaftliche Zwecke, besonders für den Anbau von Orangen und Zitronen, den Haupt-Exportprodukten.

Viel Boden, der sonst für intensiven Anbau ungeeignet ist, wird für Weiden und Viehzucht verwendet und befindet sich meist in den Händen beduinischer Nomaden. Die gesamte anbaufähige Fläche des Landes wird auf weniger als 600 000 Morgen geschätzt. Da das Land nur sehr kärgliche Mineralschätze hat, hängt das Leben der Bevölkerung zum größten Teil von seinen landwirtschaftlichen Einnahmequellen ab.

Die arabische Bevölkerung hat sich in den letzten elf Jahren von der Vorkriegszahl 620 000 auf jetzt 800 000 erhöht. Man schätzt, daß sich beim gegenwärtigen Prozentsatz der Zunahme die arabische Bevölkerung innerhalb zwanzig Jahren verdoppeln wird. 75 Prozent der Araber sind unmittelbar im Ackerbau und in der Viehzucht beschäftigt.

Zur gleichen Zeit ist die Einwanderung von Juden in einem immer rascher wachsenden Ausmaß erfolgt, besonders in dem Zeitraum, der mit der faschistischen Verfolgung in Deutschland und anderwärts zusammenfällt. Von 50 000 im Jahre 1914 ist die Zahl der Juden auf nun annähernd 350 000 gestiegen. Nur etwa 25 Prozent der Einwanderer nehmen Arbeit auf dem Lande an, da die große Mehrzahl aus Arbeitern, Angehörigen und Kleinrentnern besteht. Außerhalb der Quote der durch die Jüdische Agentur vermittelten Einwanderer müssen die anderen jüdischen Einwanderer vereinbarungsgemäß ein Mindestmaß von 1000 Pfund Sterling für sich und die Angehörigen besitzen. In bezug auf die Quote der unmittelbar durch die zionistische Jüdische Agentur untergebrachten Einwanderer übernimmt diese Körperschaft eine Verpflichtung, den Unterhalt der Einwanderer zwölf Monate lang zu bestreiten, so lange, bis diese angesiedelt worden und sich selbst erhalten können. Zu diesem Zweck stehen die Mittel des Jüdischen Nationalfonds zur Verfügung.

Durch Vermittlung des Nationalfonds sind große Bodenstücke angekauft worden, besonders in der Entleerung von die Ankäufe bei reichen, nicht im Lande wohnenden syrischen und anderen Grundbesitzern erfolgt, und in zahlreichen Fällen ist der arabische Fellach exmittiert worden, um den eintreffenden jüdischen Siedlern Platz zu machen. In einem Bericht gab der Bezirksverwalter von Haifa die Zahl der in diesem Gebiet enteigneten Araber mit 1 bis 200 an.

In gewissen Pachtverträgen wird den jüdischen Siedlern bei einer Strafe von 10 Pfund Sterling für jede Verletzung verboten, auf dem Bodenstücke andere Arbeitkräfte zu beschäftigen als Jüdische. Auch sind Klauseln eingefügt, die festsetzen, daß der Boden keineswegs an arabische oder andere nichtjüdische Besitzer zurückkommen darf.

Viele wertvolle Pionierarbeit hat von den Einwanderern mit Erfolg geleistet worden, besonders in der Entleerung von malariezeugendem Stumpfland im Esdraon-Tal und in der Schaffung von blühenden landwirtschaftlichen Kommunen. Bei dieser Aufgabe muß den jüdischen Jungpionieren, den Chutzim, für ihre harte Arbeit und ihren prächtigen Idealismus unangesehntes Lob gezollt werden. Auch kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die jüdischen Arbeiter, die im Klassenkampf der Länder ihrer Herkunft und ihrer Verfolgung erfahren sind, in Palästina eine starke kräftige Arbeiter-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung aufgebaut haben, die auch die Wirkung gehabt hat, das kulturelle Niveau der arabischen Arbeiter im Lande zu heben, und die starke Bande gegenseitigen Verständnisses und gegenseitiger Sympathie zwischen beiden Massen der arabischen und der jüdischen Arbeiter geschaffen hat.

Angesichts der vorstehend angeführten Tatsachen ist es leicht zu begreifen, warum die Araber mit den ernstesten Befürchtungen und mit Beunruhigung das verkündete Ziel der Zionisten betrachten, weitere anderthalb Millionen Juden im Lande anzusiedeln und weitere großzügige Bodenankäufe vorzunehmen, während die Araber bereits vor der Tatsache von Tausenden eigenen enteigneten und landlosen Landsleuten stehen. Auch hat die Tatsache, daß die britische Regierung das Versprechen der Unabhängigkeit der Araber nicht eingehalten hat, das den Arabern als Belohnung für ihre Teilnahme am Weltkrieg von 1914 auf Seiten der Verbündeten gegeben worden war, erbitternd gewirkt.

Die Politik Großbritanniens war und ist durchaus die übliche imperialistische Politik der Förderung von Reibungen zwischen den Rassen, damit Großbritannien seine despotische Herrschaft über Palästina als eine militärische Luft- und Flottenbasis weiterführen kann. Palästina ist ein sehr wichtiges Kettenglied auf dem Luftwege des Britischen Reichs nach Indien und dem Osten. Die Petroleumrohrleitung von Mossul endet in Haifa, wo die Briten einen Hafen errichtet haben, der der Mittelmeerflotte Obdach und Heizstoff liefern kann. Die zunehmende Spannung im Mittelmeergebiet, vor allem infolge der kriegerischen Haltung Italiens nach seinem Erfolg in Abyssinien, und die Unsicherheit der politischen Lage in Ägypten, wo Großbritannien die Forderung nach Unabhängigkeit, die eine weitere Unsicherheit des Suez-Kanals für britische Transporte bedeutet, nicht mehr viel länger abwehren kann, erklären es, warum Großbritannien Palästina weiter in seiner Gewalt halten und die freundschaftliche Unterstützung durch eine große jüdische Rentier- und Handelsklasse in diesem Lande als einen Prellbock gegen die arabische nationalistische und gegen die jüdische proletarische Opposition gegen die britische Kontrolle sichern will.

Im gesamten Verlauf der gegenwärtigen Krise gab es reichliche Bekundungen der starken Bande gegenseitiger Interessengleichheit zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern, die durch den gemeinsamen Kampf gegen die reichen arabischen Effendis einerseits und gegen die Tätigkeit der britenfreundlichen Zionisten andererseits zusammengeschlossen wurden. In Haifa und anderen Städten und Dörfern wurde der 1. Mai durch gemeinsame Einheitskundgebungen arabischer und jüdischer Werktätiger gefeiert. Die Abbeförderung hundert Juden und ihrer Familien aus Jaffa durch die arabischen Schauerleute ist ein kräftiges Zeugnis dieser Solidarität. Der Aufbau und die Erweiterung dieser Einheit waren und sind die Hauptaufgabe der *Kommunistischen Partei Palästinas*, und in ihrer künftigen Entwicklung besteht das einzige Mittel, die Lösung der gegenwärtigen Krise und der ihr zu Grund liegenden Ursachen zu bringen.

Die prächtige Solidarität, die den gegenwärtigen Generalstreik der Araber kennzeichnet, muß in der Zukunft mit den kampflustigen klassenbewußten jüdischen Arbeitern und Landwirten, so glauben wir, für folgende *unmittelbare Forderungen* in Einklang gebracht werden:

Einstellung weiterer jüdischer Masseneinwanderer, bis die Bedürfnisse der gegenwärtigen landlosen Bauern und Arbeiter befriedigt sind.

Keine weiteren Bodenverkäufe in großem Maßstabe an die Jüdische Agentur.

Aufhebung aller Beschränkungen für die Beschäftigung von Arabern in jüdischen Unternehmungen.

Ansiedlung landloser Bauern auf Boden, der gegenwärtig für künftige Einwanderer in Vorrat gehalten wird.

Staatshilfe für Lieferung von Samen, Düngemitteln, landwirtschaftlichen Geräten und Bewässerungsmitteln mit genossenschaftlichem Verkauf von Produkten.

Auf politischem Gebiet muß es zur Schaffung einer vereinigten arabisch-jüdischen Arbeiter- und Bauernpartei kommen, die mit den Arbeitern der Nachbarländer verbunden sein und neben vorstehenden noch folgende Ziele haben soll: Schaffung einer auf Verhältnismäßigkeitsrecht beruhenden Gesetzgebenden Versammlung; Abschaffung des britischen Mandats; Errichtung einer freien demokratischen Regierung mit Vertretung im Völkerbund.

## Die Ursachen des Aufstandes in Palästina Stellungnahme der KP Großbritannien

London, 8. Juni.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Großbritanniens beschäftigte sich auf seiner letzten Sitzung mit der Lage in Palästina. Der Referent sprach eingehend über die

Ursachen des gegenwärtigen Aufstandes der arabischen Bevölkerung.

Die Forderungen des arabischen Volkes auf Verhinderung weiterer jüdischer Einwanderung, Verbot des Verkaufs von arabischem Boden, Errichtung einer nationalen Regierung, die einer gesetzgebenden Versammlung verantwortlich sein soll, sind völlig berechtigt und müssen unterstützt werden. Die Verantwortlichen für das in den letzten Wochen in Palästina vergossene Blut sind die britischen Imperialisten, die die Befreiungsbewegung mit brutaler Gewalt unterdrücken wollen.

Der Referent zeigte auf, wie die zionistischen Führer von Großbritannien gegen den arabischen Freiheitskampf mißbraucht werden. Der Zionismus schafft gefährliche Illusionen und betreibt eine Politik, die auf ein Im-Stiche-Lassen der jüdischen Massen in den faschistischen Ländern hinzielt. Das jüdische Volk muß aufgeklärt und für den Kampf gegen Faschismus und Imperialismus gewonnen werden. Es ist notwendig, in Großbritannien die wirkliche Lage in Palästina bekannt zu machen und den sich dort entwickelnden Kampf gegen den britischen Imperialismus zu unterstützen. Großbritannien muß zum Verzicht auf sein Mandat über Palästina sowie zur Zurückziehung der bewaffneten Kräfte gebracht werden.

In der Diskussion wurde unter anderem festgestellt, daß der britische Imperialismus nicht daran denkt, Palästina den Juden zu geben und daß dessen Sicherheit in der Zusammenarbeit mit den arabischen Massen liegt und in der Errichtung einer gesetzgebenden Versammlung, die der jüdischen Minderheit ihren vollen Schutz gewährt. Das Wohlergehen des jüdischen Volkes hängt von seinem gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse gegen Krieg und Faschismus ab.

## Palästina

### Brief aus Haifa

Der Streik, die Terrorwelle, die täglichen Meldungen von Todesopfern halten unvermindert an. Die vor einer Woche von der Regierung veröffentlichte Statistik, die 24 getötete Juden und 24 getötete Araber, etwa 150 verletzte Araber und 100 verwundete Juden angibt, spricht von keinem getöteten Engländer. Mit Recht wird diese Statistik allgemein als gefälscht betrachtet. Die täglich veröffentlichten Einzelzahlen geben addiert schon viel höhere Zahlen. Außerdem gehen hartnäckige Gerüchte um, daß die Zahl der Toten von allen größeren Zusammenstößen einfach verschwiegen werden. Besonders die Zahl der toten Araber ist erheblich höher. Vorige Woche sollen aus einer hunderteckigen arabischen Menge, die aus einer Moschee kam, Bomben auf die Polizei geworfen worden sein. Die Polizei schoß mit Maschinengewehren. Man meldete 8 Tote und 12 Schwerverletzte. Eine zweite Meldung demontierte die Zahl von 8 Toten. In Nablus sollen 60 Araber und 14 Engländer gefallen sein. Die Polizei behauptet: Falsche Gerüchte. Auf dem Militärfriedhof sollen 16 Engländer liegen. Die Polizei behauptet: Falsche Gerüchte. Nach offiziellen Meldungen befolgt die Polizei jetzt folgende Taktik: Für jeden Schuß der Aufständischen einen Maschinengewehrstreifen, also 50 Schuß — und o Wunder — fast keine Toten.

Die offenen Angriffe auf Polizei und Militär werden immer häufiger. Es haben sich zahlreiche bewaffnete Gruppen gebildet, die ins Gebirge gegangen sind. Der britische Hochkommissar hat der Polizei die Erlaubnis gegeben, mit Gas vorzugehen. Er hat allerdings durch Radio versichern lassen, daß dieses Gas weder tödlich noch dauernd gesundheitsschädlich sei. Die Histadruth wirbt für die neugebildete Miliz. Nach vierwöchiger Ausbildung soll diese Miliz eingesetzt und später von der regulären Polizei übernommen werden. In den englischen Kasernen sind kommunistische Flugblätter verteilt worden, worin die Soldaten aufgefordert werden, ihre Rücksendung nach der Heimat zu verlangen. Die Regierung hat zwei Konzentrationslager eingerichtet — eins für die arabischen Streikführer, eins für die Kommunisten. Letzteres liegt am Rande der Wüste Sinai bei Borseba. Der Sohn des Tulkaremer Bürgermeisters ist mit einer bewaffneten Abteilung in die Berge gegangen, nachdem er aus dem Konzentrationslager geflohen ist. Eine große Zahl arabischer Führer und auch Kommunisten sind

in entlegene Dörfer verbannt worden, wo sie sich täglich dreimal bei der Polizei melden müssen. Im Yemen und in Transjordanien sind große Sympathiekundgebungen und Geldsammelungen veranstaltet worden.

Ein Teil der arabischen Großgrundbesitzer und Kapitalisten hat aus Furcht vor Teilkonfiskationen seitens der revolutionären Bewegung sein Vermögen nach Aegypten verschoben oder bei den jüdischen Banken angelegt. Ueberhaupt sind diese Führer zu getarntem Rückzug bereit, weil sie merken, daß die Bewegung ihren Kuehändlerhänden entgleitet. Die geheimen Kampforganisationen haben an viele arabische Führer Erklärungen gerichtet, worin sie ihnen den Tod androhen, falls sie irgendwelche Konzessionen an die Regierung machen sollten. In Jerusalem hat die radikale arabische Organisation dem Obersten Arabischen Rat einen Tadel ausgesprochen, weil er den Beamtenstreik nicht proklamiert hat. Diese Organisation und die Jugend versuchen jetzt, den Streik von sich aus zu verwickeln, was ihnen allerdings bisher nur in einigen Städten gelungen ist.

Der Belagerungszustand erfaßt bereits fast alle arabischen Städte. Die Regierung will die Oeffnung der arabischen Läden unter Androhung hoher Gefängnisstrafen und Konzessionsentzug erzwingen. Alle arabischen Zeitungen sind für 15 Tage verboten worden, weil sie sich geweigert haben, Regierungsberichte zu veröffentlichen. Die Araber haben beschlossen, jeder, der bei Versteigerungen infolge des Steuerstreiks sich als Käufer anbieten sollte, als nationalen Verräter zu erklären. Im Kampf der Araber verschwinden alle religiösen Gegensätze zwischen Christen und Mohammedanern. Christliche Araber nehmen an Begräbnisdemonstrationen der muslimischen Araber teil. Ebenso finden sie sich zu den Gottesdiensten in den Moscheen ein. Diese Gottesdienste gleichen jetzt fast politischen Versammlungen.

Infolge des hartnäckigen Freiheitskampfes der Araber greift die Regierung zu immer stärkerem Terror. Für die geringsten Delikte werden empörend hohe Strafen verhängt. Mißhandlungen sind an der Tagesordnung. In Tel Aviv wurden acht Kommunisten bei einer Sitzung verhaftet. Zwei davon wurden mit Gewehrkolben und Gummiknütteln derartig zusammengeslagen, daß sie mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten (Abraham Glanz und Pinchas). Die jüdische Kommunistin Riva Tanzmann wurde mit heißen Eisen an den Sohlen verbrannt. Anschließend hängte man sie vier Stunden lang nackt an eine Stange und drohte ihr, man werde einige Horaner (arabischer Stamm) holen, die sich freuen würden, einmal eine Europäerin zu bekommen. Trotzdem machte sie keine Aussagen. Diese Grausamkeit wurde von «unserer», also von der jüdischen Polizei verübt. Aber trotz allen Terrors halten sich die Freiheitskämpfer heldenhaft. In Tel Aviv hob die Polizei eine illegale kommunistische Druckerei aus. Eine junge Kommunistin verteidigte sich gegen die bewaffnete Uebermacht mit einem Messer und verhalf so ihren vier Genossen zur Flucht. Sie selbst erwartet jetzt eine hohe Strafe. Auch die arabischen Frauen kämpfen aktiv an der Seite ihrer Männer für die Befreiung des Landes vom Imperialismus und Zionismus. Sogar Kinder nehmen an den Kämpfen und Demonstrationen teil. Die arabische Presse veröffentlichte eine Erklärung jüdischer revolutionärer Arbeiter, die sich mit den Forderungen der Araber solidarisieren und für die Rechte der in Palästina wohnenden Juden als gleichberechtigte nationale Minderheit eintreten. Der «Falestine» druckte ein Sympathie-telegramm der bulgarischen Kommunistischen Partei ab. Die Erklärung und das Telegramm haben einen starken Eindruck auf das kämpfende Volk gemacht.



## Aufstand in Palästina

### Anruf der KP Palästinas

Nach den gewaltigen Kämpfen des arabischen Volkes in Syrien und Ägypten, die die Sache der nationalen Befreiung des vorderen Orients vom Imperialismus ein gewaltiges Stück vorwärts brachten, waren die Blicke des arabischen Volkes auf Palästina gerichtet. Diese Erwartungen sind durch die große revolutionäre Bewegung, die seit zwei Monaten Palästina beherrscht, mehr als erfüllt.

Der Generalstreik, den ein ganzes Volk durchführt, die gewaltigen Demonstrationen, die bewaffneten Zusammenstöße mit der Polizei und den Truppen des englischen Imperialismus, die Sabotageakte und Repressionsakte gegen den annexionistischen Zionismus sind ein Ausdruck dafür, daß die arabischen Massen nicht gewillt sind, auf immer das Schicksal eines Sklavenvolkes zu tragen, und weiter ruhig und geduldig hinzunehmen, was Herr Dr. Weizmann und das Colonial Office über ihre Zukunft vereinbaren. Palästina hat seit der englischen Mandats Herrschaft schon eine Reihe von Erhebungen gesehen (1921, 1923, 1929, 1933). Aber die gegenwärtigen Unruhen zeichnen sich durch solche Merkmale aus, die dem Kampf ein besonderes Gepräge geben.

Zwei Monate dauert der Streik des arabischen Volkes. Zwei Monate verzichtet der Arbeiter auf seinen Lohn, der Fellach auf den Erlös seiner Produkte, der Kaufmann hält seinen Laden geschlossen und die städtischen Angestellten haben ihre Arbeitsplätze verlassen. Jeder Tag bringt Kämpfe mit dem Militär, Sprengungen von Brücken, Zerschneiden von Telefonverbindungen, Aufreißen von Straßen, gewaltsame Verhinderung des Autoverkehrs. Die Notwendigkeit, sich zweier so mächtigen Feinde zu erwehren, den Kampf gegen den Imperialismus und Zionismus aufzunehmen, hat alle Schichten der eingeborenen Bevölkerung, alle Parteien, alle Konfessionen zu einer einheitlichen Front gegen den gemeinsamen Feind gebracht. Das Auftreten mohammedanischer Führer in einer christlichen Kirche, die Einigkeit des «Hohen arabischen Komitees», hat die Hoffnungen der Imperialisten und ihrer zionistischen Helfer auf eine Spaltung der gegnerischen Front bisher zunichte gemacht.

Die Forderungen der arabischen Befreiungsbewegung sind folgende: 1. Einstellung der zionistischen Einwanderung. 2. Verbot des Bodenverkaufs an Juden. 3. Selbständige nationale Regierung.

Von den Forderungen richten sich die beiden ersten unmittelbar gegen den annexionistischen Zionismus, die letzte bedingt unmittelbar die Herrschaft des Imperialismus.

Im Gegensatz zu Syrien und Ägypten wird in Palästina durch das Hinzutreten eines zweiten Faktors die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus kompliziert. Der Zionismus strebt danach, das seit fünfzehnhundert Jahren von Arabern bewohnte Land in ein jüdisches umzuwandeln, dort einen Judenstaat zu errichten. Es will die arabische Bevölkerung zu einer Minderheit machen. Aber kein Volk läßt sich das gefallen, ohne bis zum äußersten Widerstand zu leisten. Zur Sicherung des strategischen Zentrums, zur Stützung des See- und Luftweges nach Indien hat sich der englische Imperialismus den Zionismus geholt. Unter dem Schutze der britischen Kanonen darf der Zionismus in Palästina «kolonisieren», den arabischen Arbeiter von seinem Arbeitsplatz, den Fellachen von seinem Boden verdrängen. Nur wenn er ein Bollwerk gegen die arabische Bewegung für Unabhängigkeit und demokratische Rechte

und Freiheiten bildet, ist ihm die «friedliche Durchdringung» des Landes gestattet. Der Zionismus ist, da er nur gegen den Willen des eingeborenen Volkes verwirklicht werden kann, unlösbar mit den Bajonetten des britischen Militärs verbunden; er gebärdet sich, wie jede Annexionsarmee, «friedlich», solange ihm kein Widerstand entgegengesetzt wird. Der Kampf gegen den Zionismus ist für die arabische Nationalbewegung ein besonders dringlicher. Die sich immer mehr steigende imperialistisch-zionistische Okkupation erfordert einen raschen und wirksamen Widerstand, weil sonst durch den zionistischen Raub Palästina dem arabischen Volk verloren gehen würde. Darum stellt die arabische Freiheitsbewegung an die Spitze ihrer Forderungen die Einstellung der jüdischen Einwanderung, weil sie eine zionistische ist. Denn durch diese ständige Masseneinwanderung will der Zionismus die Majorität im Lande erreichen, um so mit doppelter Heftigkeit die doppelte Unterdrückung auszuführen. Und wie könnte die arabische Unabhängigkeitsbewegung für eine Einwanderung eintreten, von der sie weiß, daß sie im Lande die Zahl derjenigen vermehrt, die sich gegen die Forderung der Freiheit und der Unabhängigkeit Palästinas wenden, die mit dem englischen Imperialismus für ihre Unterdrückung auftreten.

Gegen die zionistische Annexion, gegen den englischen Imperialismus kämpft das arabische Volk mit den Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen. Da der Streik des arabischen Volkes durch den offenen, mit allen Mitteln betriebenen Streikbruch der zionistischen Bevölkerung kein totaler wie in Syrien sein kann, kann sich die arabische Bewegung schon aus diesem Grunde nicht auf diese Kampfform beschränken. Gegen die Armee, die mit Flugzeugen und Tanks, die mit allen Errungenschaften der modernen Technik ausgerüstet ist, kann in der gegenwärtigen Situation das nur schlecht bewaffnete arabische Volk nur in Partisanengruppen kämpfen, dem Vorbild der ruhmreichen chinesischen Revolutionäre folgend. Durch die Ruinierung der Wirtschaft der zionistischen Eroberer, durch Sabotageakte und Partisanenangriffe sucht die arabische Freiheitsbewegung die Weiterführung der zionistischen Kolonisation unmöglich zu machen.

Die arabische Bevölkerung verlangt das Recht der Selbstbestimmung, die Einführung demokratischer Verfassungsformen und die Verfügung darüber, wie weit die jüdische Einwanderung mit den Rechten der Araber vereinbar ist. Sie fordern, daß das Land seinem Charakter und seiner Kultur nach arabisch bleibe und mit Syrien, mit dem es eine natürliche Einheit bildet und immer verbündet gewesen ist, und mit dem übrigen Arabien vereinigt werde, von dem es nur im Interesse der imperialistischen Politik losgetrennt worden ist.

Dem großen arabischen Volke ist der Rassonhaß, die Feindschaft gegen andere Völker fremd, aber es kämpft gegen alle, ungeschlecht welcher Nation sie angehören, die ihm sein Recht auf Selbstbestimmung versagen, die ihm den Weg zur Freiheit versperren.

*Nieder mit dem Imperialismus!*

*Nieder mit dem Zionismus!*

*Für Freiheit und Unabhängigkeit!*

*Das Selbstbestimmungsrecht der Völker dem arabischen Volk!*

*Pel-Asir, 10. Juni 1936.*

*Kommunistische Partei Palästinas.*

*(Sektion der Kommunistischen Internationale.)*

## Palästina

# Palästina in Aufruhr

Von Max Zimmering

Mehr als zwei Monate dauert bereits der heldenhafte Aufstand des arabischen Volkes in Palästina an. Mehr als zwei Monate befindet sich ein ganzes Volk in fast hakenlosem Generalstreik gegen seine imperialistischen Unterdrücker und deren zionistische Verbündete. Kein Tag ohne Nachrichten über blutige Auseinandersetzungen zwischen der einheimischen arabischen Bevölkerung auf der einen und britischen und zionistischen Militär- und Polizeikräften auf der anderen Seite. Trotz aller Repressalien und der Ablehnung der arabischen Forderungen seitens der imperialistischen Regierung bei den Verhandlungen in London, zeigt die arabische Bewegung keine Ermüdung und beharrt nach wie vor auf ihrem Recht.

Wer die palästinensischen Verhältnisse, die durch den Zionismus besonders kompliziert werden, nicht gründlich kennt, ist leicht geneigt, in den palästinensischen Kämpfen eine anti-jüdische oder sogar antisemitische Aktion reaktionärer arabischer Schichten zu sehen. Es liegt aber weder im Interesse der palästinensischen noch außerpalästinensischen Juden, vor den Ursachen des Aufstandes die Augen zu verschließen.

Palästina, das im Weltkrieg von den Engländern mit Unterstützung einer jüdischen Freiwilligenarmee erobert wurde, stand früher unter türkischer Herrschaft. Bei der Neuaufteilung der kolonialen Welt fiel es seinen Eroberern als Mandatsgebiet zu. Für Großbritannien bedeutet Palästina nicht nur eine wichtige strategische Basis zur Beherrschung des Orients, sondern auch den Zugang zum Iraköl, das durch eine 1935 fertiggestellte «Pipe-Line» über die Wüste nach Haifa geleitet wird und für eine moderne Kriegsführung des englischen Imperialismus unerlässlich ist. Ohne Öl keinen siegreichen Krieg. Das Iraköl ist also ein wichtiger, vielleicht sogar der wichtigste Lebensnerv des britischen Imperiums. Teils, um sich die Sympathien gewisser einflussreicher jüdischer Kreise zu erwerben, aber hauptsächlich um die ständig drohende Gefahr eines arabischen Widerstandes zurückzudrängen, erließ die britische Regierung durch Lord Balfour eine Deklaration, die Palästina der zionistischen Kolonisation öffnete. England versprach sich dadurch nicht zu Unrecht eine Sicherung seiner Herrschaft in Palästina, und viele durch die Krise wirtschaftlich und national verfolgte Juden glaubten, endlich eine Heimat, oder wie es im zionistischen «Basler Programm» heißt, eine öffentlich rechtlich gesicherte Heimstätte gefunden zu haben. Not macht blind. Die zionistischen Juden sahen nicht die Unmöglichkeit, ein Land friedlich besiedeln zu können, das klein und unfruchtbar (Palästina umfaßt nicht mehr als 24 000 Quadratkilometer, wovon reichlich die Hälfte unbaubares Bergland ist) und bis zum letzten Zipfel von der einheimischen arabischen Bevölkerung besetzt ist und sogar einen großen Prozentsatz landloser arabischer Bauern beherbergt.

Die Kolonisationsperiode von 1918 bis 1932 war weder in politischer noch ökonomischer Hinsicht sehr erfolgreich. Trotz Aufwendung riesiger Mittel gelang es den Zionisten kaum, die jüdische Bevölkerung auf 200 000 Menschen zu erhöhen. Selbst nach zionistischen Statistiken lebten davon mehr als 80 Pro-

zent in den Städten und ihre soziale Struktur war kaum wesentlich anders als die in den osteuropäischen Ländern. In den kurzen Konjunkturperioden stieg die Einwanderungszahl, um in den nachfolgenden Jahren oft unter die Zahl der Auswanderungen zu sinken. Auch außerhalb Palästinas verlor die zionistische Bewegung in den Jahren nach den Unruhen von 1929 stark an Einfluß, da die jüdische werktätige Jugend und ein Teil der jüdischen Intelligenz immer stärker zur revolutionären Arbeiterbewegung neigten. Erst die Machtübernahme Hitlers brachte dem Zionismus einen erneuten Auftrieb. Durch den wachsenden Antisemitismus in Deutschland und einer Reihe anderer Länder bekam die nationalistic-chauvinistische Bewegung der Juden einen guten Nährboden. Auch die wirtschaftliche Verdrängung der deutschen Juden trug dazu bei, daß zehntausende Werktätiger als auch Kapitalisten eine Zuflucht in Palästina suchten. Die jüdische Einwanderung aus Deutschland brachte auch ungeheure Summen Geldes mit nach Palästina. Das Kapital mußte investiert werden. Man baute Häuser und auch einige Fabriken. Palästina erlebte eine noch nie gesehene Konjunktur, die fast drei Jahre anhielt. Diese Konjunktur, die in der Hauptsache eine Baukonjunktur war, zog ihrerseits tausende jüdische Einwanderer, vor allem aus den osteuropäischen Ländern, ins Land. Die Jahreseinwanderung überstieg die Zahl von 50 000 Menschen. Ende 1935 waren bereits 300 000 Juden im Land. Während sich die Zionisten bemühten, möglichst schnell den jüdischen Bevölkerungsanteil zu steigern, verhielt sich natürlich auch die arabische Bevölkerung, die auch heute noch mehr als 70 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, nicht unfähig. Palästina wurde zum Schauplatz eines permanenten Kleinkrieges zwischen arabischen Fellachen und Zionisten. Die Fellachen, die zum größten Teil nur Pächter sind, müssen zusehen, wie arabische Großgrundbesitzer das von ihnen jahrhundertlang bearbeitete Land zu Wucherpreisen an die zionistischen Bodenkäufer verschacherten. Meist mußte die englische Polizei eingreifen, um die landlos gewordenen Pächter von der Scholle zu vertreiben und die Besitznahme des Bodens durch die neuangekommenen jüdischen Siedler zu ermöglichen. Es blieb aber keineswegs bei diesem Kleinkrieg. In fast regelmäßigen Abständen von wenigen Jahren kam es zu Aufständen und blutigen Auseinandersetzungen. Achtzehn Jahre sind seit dem Weltkrieg vergangen. In dieser kurzen Periode haben sich die Araber bereits zum fünften Male erhoben.

So deutlich auch das arabische Volk seine Ablehnung der zionistischen Kolonisation kundgab, so zahlreich auch die Todesopfer unschuldiger, von zionistischen Führern mißbrauchter Juden, die auf dem Altar des Zionismus geopfert wurden, war, so wenig ließen sich die zionistischen Führer von ihrem imperialistischen Weg abbringen. Sie begnügten sich keineswegs mit der Expropriation der arabischen Bauern, sondern führten auch einen aggressiven Kampf gegen die arabischen Arbeiter. An der Spitze dieser sogenannten «Kibbusch Avodah» (Eroberung der Arbeit) steht die Histadruth, die allgemeine zionistische Arbei-

Fortsetzung auf Seite 1261

## Fortsetzung von Seite 1244

tergewerkschaft, die allerdings auch Unternehmer zu ihren Mitgliedern zählt und eine monopolistische Stellung auf dem jüdischen Arbeitsmarkt einnimmt. Neben den propagandistischen Mitteln der Verdrängung der arabischen Arbeiter aus ihren Positionen, wird der offene Terror angewandt. Jedes Histadruth-Mitglied wird verpflichtet, mindestens zwei Tage an der Arbeit der zionistischen Kibbusch-Terrorgruppen teilzunehmen, oder zwei Tageslöhne für den Kibbusch-Awodah-Fonds abzuführen. Zur Bemäntelung dieses Vorgehens bedient sie sich hauptsächlich zweier Argumente: «Die Araber sind Lohndrücker» oder «Kampf gegen die Horaner.» Die Horaner sind Angehörige eines halbnomadischen Stammes aus Transjordanien, und lebten schon vor der zionistischen Kolonisation zeitweilig in Palästina. Erst die von den Imperialisten willkürlich gezogene Grenze hat ihnen das Recht auf Palästina streitig gemacht. Aber selbst wenn man die Horaner als «Ausländer» betrachtet, bleibt das zionistische Argument gegenstandslos, da die Zahl der in Palästina lebenden Horaner nach einer übertriebenen Schätzung der prozionistischen «Bourse Egyptienne» nicht mehr als 10 000 Menschen ausmacht und die Praxis der Kibbusch-Awodah keinen Unterschied zwischen Horanern und einheimischen Arabern macht. Auch das Argument des Lohndruckes ist vollständig unberechtigt, da die Histadruth, anstatt den arabischen Arbeitern behilflich zu sein bei der Er kämpfung höherer Löhne, die Gelder des Kibbusch-Awodah-Fonds aufwendet, um jüdische Arbeiter anzuklappen, die Löhne der arabischen Arbeiter zu unterbieten. Die Histadruth zahlt diesen Arbeitern dann einen Zuschuß aus diesem Fonds.

Aber nicht nur an der wirtschaftlichen Front stehen sich Zionisten und Araber gegenüber. Um die hemmungslose Durchführung ihrer annexionistischen Pläne zu sichern, haben es die Zionisten verstanden, die Einführung des von den Arabern geforderten «Gesetzgebenden Rates» zu hintertreiben. Erst 1935 entschloß sich die britische Regierung, unter dem Druck der durch den heroischen Verteidigungskrieg der Abessinier wachsenden nationalrevolutionären Bewegung in Palästina, die Einführung des «Legislativ council» zuzusichern. Dieses sogenannte «Parlament», das den Arabern als beruhigender Brocken in Aussicht gestellt wurde, soll aus 24 Mitgliedern bestehen (12 Araber, 7 Engländer und 5 Juden). Schon diese Zusammensetzung schließt eine Beschlußfassung der Araber gegen Engländer und Juden aus, da der Ausschlag beim britischen Vorsitzenden liegen wird. Aber um absolut sicher zu gehen, sollen dem geplanten «Gesetzgebenden Rat» weitere Beschränkungen auferlegt werden. Nicht in der Kompetenz dieses «Parlaments» soll es liegen, über Fragen der Einwanderung, des Bodenverkaufs und des Budgets zu entscheiden. Alle Beschlüsse des «Rates» werden nur Gesetzesvorschläge darstellen. Die endgültige Entscheidung ist dem High Commissioner Wauchope überlassen. Der Plan der Einführung eines solchen machtlosen Scheinparlamentes rief begreiflicherweise die Unzufriedenheit der Araber hervor. Auch die Zionisten opponierten mit der allbekannten Begründung: Solange die Zahl der palästinensischen Juden eine Minderheit darstellt, darf Palästina keine parlamentarische Institution haben.

Während die Debatte um den «Gesetzgebenden Rat» noch die Gemüter erhitze, während der Krieg Abessinien-Italien seine Wirkung auf das nahegelegene Palästina ausstrahlte und die bereits beginnende Wirtschaftskrise ins ungeheure steigerte, platzte ein neues Ereignis herein. Die Jaffaer Polizei kam auf die Spur eines großen «geheimnisvollen» Waffenschmuggels. An eine Tel Aviver jüdische Speditionsfirma kam unter falschem Absender und Empfänger eine große Ladung Zement. Beim Transport fiel durch einen Zufall ein Faß vom Wagen und enthielt unter einer dünnen Schicht Zement zwei Masengewehre und eine große Masse anderer Waffenbestandteile und Munition. Die Untersuchung der Polizei ergab in allen Fässern den gleichen Inhalt. Bezeichnenderweise handelte es sich um Waffen deutscher Herkunft, die einen Wert von mehr als 30.000 Pfund repräsentierten. Obwohl sich kein Eigentümer meldete, ergaben die äußeren Umstände die naheliegende Vermutung, daß die Waffen für die damals noch illegale zionistische Wehrorganisation «Izaganah» bestimmt seien. Um die Verantwortung von sich abzuwälzen, wurden die verschiedensten Beschuldigungen ausgesprochen. Die «linken» Zionisten beschuldigten die Revisionisten (Jabolinskys Braunhemden), und alle zusammen setzten das plumpe Gerücht in Umlauf, daß die Waffen für die Deutschen Sarona seien. Obwohl die Bewohner des deutschen Dorfes Sarona (Siedlung einer vor mehr als 30 Jahren ausgewanderten schwäbischen religiösen Sekte, meist wohlhabende Bauern, gleichgeschaltet sind, war diese Behauptung absolut un-

sinnig, da die Saronaer weder zahlenmäßig oder politisch eine Rolle spielen, noch ein Interesse an dieser Waffensendung haben konnten.

Die arabische Bewegung antwortete auf diese Waffenaffäre mit der Proklamierung des Generalstreiks, der allerdings nur von wenigen Arbeitern, vornehmlich in Jaffa, befolgt wurde. Nach diesem wenig erfolgreichen Kampfversuch trat scheinbare Ruhe ein. Nur noch eine Reihe wirtschaftlicher Streiks der arabischen Arbeiterschaft zeugten von dem ständig wachsenden sozialen und politischen Bewußtsein der arabischen Arbeiter, die im Laufe des Jahres 1935 eine große Zahl siegreicher Lohnkämpfe geführt hat, von denen der Streik der 600 arabischen Arbeiter der IPC (Iraq Petrol Company) in Haifa war.

Trotz dieser scheinbaren Beruhigung mußte es jedem, der einigermaßen die Verhältnisse durchschauen konnte, klar sein, daß es nur eines äußeren Anlasses bedurfte, um die explosive Atmosphäre zur Entladung zu bringen. Lange ließ das palästinensische Sarajewo nicht auf sich warten. Am 16. April 1936 wurde ein Jude von Arabern ermordet. Da aber einen Tag später, offenbar von den gleichen Tätern, zwei Araber ermordet und ausgeraubt wurden, lag es klar auf der Hand, daß es sich um Ueberfälle einer arabischen Räuberbande handelte. Diese Ansicht war auch unter der jüdischen Bevölkerung allgemein verbreitet. Während nun die Araber ihre Toten in aller Stille begruben, erklärten die Zionisten die Ermordung des Juden als eine politische Tat und gestalteten das Begräbnis zu einer chauvinistischen antiarabischen Demonstration. In den hebräischen Zeitungen wurde ein Hetze gegen die arabische «Schmach» in Tel Aviv veranstaltet. Die Folgen blieben nicht aus. In der Nähe der berühmten jüdischen Orangen-Kolonie Petach Tikvah wurden zwei Araber ermordet. In Tel Aviv organisierte eine durch die vorausgegangene Pressekampagne chauvinistisch verhetzte Menge ein wahres Araberpogrom. Tel Aviv wurde von der arabischen «Schmach» befreit, das heißt, man zerstörte arabische Läden, verprügelte arabische Kutscher, Schuhputzer und Krämer und vernichtete deren Geräte und Waren. Die Antwort der Araber war die berühmte Demonstration von Jaffa nach Tel Aviv am 19. April, die zu den blutigsten Zusammenstößen zwischen Juden, Arabern und Engländern führte. Es gab gleich beim ersten Zusammenstoß 11 Tote (Juden und Araber) und mehr als 50 Verletzte. So begann der Kampf.

Der erste Schlag der Araber richtete sich begreiflicherweise gegen die Juden, denn für den politisch ungeschulten, meist noch analphabetischen Araber ist der Zionismus der sichtbarste Ausdruck der englischen Unterdrückung. Obwohl die illegale Kommunistische Partei, die Araber und Juden in sich vereinigt, schon von jeher einen erbitterten Kampf für die Verbrüderung der arabischen und jüdischen Werktätigen geführt hat, um das Augenmerk auf den Hauptverantwortlichen für die Unterdrückung, auf den englischen Imperialismus zu richten, haben sich die Zionisten aller Schattierungen bemüht, die Absicht der arabischen und jüdischen Kommunisten zu durchkreuzen. Trotz des ausgesprochen antijüdischen Charakters, der die arabischen Kampfhandlungen der ersten Tage kennzeichnete, beginnt sich das Schwergewicht der Erhebung rasch zu verlagern: Gegen den englischen Imperialismus! Der Generalstreik und die politischen Massenaktionen wurden entgegen den zionistischen Einstellungen nicht von den reaktionären Großgrundbesitzern, die sich um den Mufti und Naschaschibi gruppierten, sondern von den linken Nationalrevolutionären (Istaklat), die ihre Hochburg in Nablus haben, proklamiert. Die Führer der feudalen Schichten, die mit dem Imperialismus verbunden sind, die ihre Vermögen aus Angst vor Teilkonfiskationen seitens der revolutionären Bewegung nach Ägypten verschoben oder in jüdischen Banken anlegen und die für riesige Summen den von arabischen Pächtern bearbeiteten Boden an die zionistischen Kolonialisten verkauft haben, schlossen sich nur unter dem Massendruck der Bewegung an, was sie auch in Erklärungen ziemlich offen zugegeben haben. Immer klarer richtet sich die arabische Aufstandsbewegung, die das ganze Volk erfaßt hat, gegen die Mandatsregierung. Tagtäglich werden Polizeistationen und Kasernen gestürmt. Die Telegraphenleitungen sind kilometerlang durchschnitten, Schienen werden zerstört, Eisenbahnentlaste sind an der Tagesordnung, Brücken fliegen in die Luft und auf den Straßen wachsen Barrikaden zur Verhinderung von Truppentransporten. In Jaffa, Nablus, Asa, Berscheba, Ramalah, Nazareth, Tiberias, Tulkarem und Safelth fanden Massendemonstrationen statt, die Zehntausende von Arabern umfaßten. Aber es blieb nicht bei Demonstrationen und individuellen Terrorakten. Der bewaffnete Kampf hat bald organisierte Formen angenommen und selbst die offiziellen Regierungsnachrichten müssen von stundenlangen Schlachten berichten, bei denen keineswegs immer die besserbewaffneten Engländer als Sieger hervorge-

gangen sind. Die Einsetzung von Panzerwagen, Tanks und Flugzeugen spricht eine deutliche Sprache.

Ein wichtiges Merkmal der gegenwärtigen Kämpfe ist die breite Partisanenbewegung, die organisierte Formen angenommen hat. Diese Partisanengruppen rekrutieren sich allerdings heute noch hauptsächlich aus Fellachen, die am unmittelbarsten die Verdrängung durch die zionistische Kolonisation zu spüren bekommen haben und deren Kampf sich dementsprechend noch in der Hauptsache gegen die jüdischen Siedlungen richtet. Politisch gereifter ist der Kampf bei der städtischen Bevölkerung, besonders unter den Studenten, die auf ihrer letzten Konferenz schon klare ant imperialistische Lösungen aufgestellt haben: Freiheit für das Land, Selbstbestimmungsrecht, demokratisches Volkparlament, keine Steuern an den Imperialismus, Boykott gegen imperialistische und Zionisten und Freiheit für die politischen Gefangenen. In Akko demonstrierte die ganze Stadt unter Führung des Bürgermeisters. Die Demonstranten trugen einen Sarg mit der Aufschrift «Die ungleiche Gerechtigkeit». Dieser Sarg wurde als symbolische englische Gerechtigkeit begraben. Der Reizeprozeß innerhalb der arabischen revolutionären Bewegung zeigt sich auch in der beginnenden Klassendifferenzierung. Auf der Vorbereitenden Konferenz zum arabischen Arbeiterkongreß traten nicht nur die Kommunisten, sondern auch die linken Nationalrevolutionäre mit Chamdi Hussein an der Spitze für Klassenorganisationen der Arbeiter auf, während die Delegierten der unter dem Einfluß Natschschibis und des Muftis stehenden Organisationen gemeinsame Organisationen der Unternehmer und Arbeiter forderten. Auch die Schuljugend ist in den ant imperialistischen Kampf einbezogen. In Jaffa demonstrierten Schulkinder, mit Holzgewehren bewaffnet, vor den Regierungsgebäuden und stießen antiongische Losungen aus. Erst nach brutalem Eingreifen der Polizei konnten sie zerstreut werden. Die klare Stellungnahme der Englischen Kommunistischen Partei und die Anfragen Gallachers im Parlament haben viel dazu beigetragen, die Klarheit der arabischen Massen zu steigern und den Einfluß der kommunistischen Bewegung zu erweitern. Für den bereits erreichten Reifegrad der arabischen Freiheitsbewegung spricht auch das Verschwinden der religiösen Gegensätze zwischen muslimischen und christlichen Arabern, die an den politischen Versammlungen, zu denen die Gottesdienste in den Moscheen geworden sind, gemeinsam teilnehmen.

Der hartnäckige und einmütige Kampf des arabischen Volkes beweist dem englischen Imperialismus, daß hier eine Kraft herangewachsen ist, die eine ernsthafte Gefährdung seiner Position in Palästina bedeutet. Er begnügt sich deshalb nicht damit, den Aufstand mit Waffengewalt zu bekämpfen, sondern bemüht sich, seine Unnachgiebigkeit durch wirtschaftliche Repressalien und durch weitere Zugeständnisse an die Zionisten, wie die Legalisierung der zionistischen Haganah und ihre Heranziehung als Hillspolizei, die Erhöhung der zionistischen Einwanderungsquote und die Eröffnung eines Hafens in Tel Aviv, der ganz Jaffa wirtschaftlich zugrunde richten muß, zu demonstrieren. Außerdem werden zahlreiche Dörfer mit hohen Kollektivstrafen belegt, und alle Angestellten und Beamten, die sich am Streik beteiligen, werden als entlassen betrachtet und den streikenden Kaufleuten wird hohe Gefängnisstrafe und Konzessionsentziehung angedroht. Auch der Polizeiterror hat ein Ausmaß angenommen, wie er in der Geschichte Palästinas beispiellos ist. *Drei Konzentrationslager sind errichtet worden. Die Zahl der verhafteten Araber beträgt weit mehr als 2000 und die Zahl der gefangenen jüdischen Kommunisten geht ebenfalls schon in die Hunderte. Nationalrevolutionäre und Kommunisten werden in entlegene Dörfer verbannt, gefoltert und totgeschlagen. Selbst Frauen foltert man in der schändlichsten Weise. Neudings ist auch die Todesstrafe und lebenslänglicher Kerker für Terroristen angedroht.*

Während das arabische Volk und an ihrer Seite die fortschrittlichsten Elemente der jüdischen Arbeiterschaft einen heroischen Kampf gegen die britischen Imperialisten und deren zionistische Handlanger führen, verleumden die Unterdrücker Palästinas den Freiheitskampf als Banditismus. Dieselben Argumente, die schon gegen die chinesische Sowjetbewegung angewandt wurden, sollen dazu dienen, den wahren Charakter des Aufstandes zu verschleiern, um ihn in den Augen der fortschrittlichen Welt zu diffamieren. Aber so wie die Befreiung Chinas mit diesen Mitteln nicht aufgehalten werden kann, so kann die Wahrheit über die palästinensischen Ereignisse nicht unter der Verleumdungsflut begraben werden. Wenn auch noch die britischen Tanks und Flugzeuge den Sieg über die arabischen Gewehre davontreiben, so ist doch die ant imperialistische Bewegung nicht aufzuhalten. Selbst die arabischen Polizisten beginnen sich ihrer Rolle bewußt zu werden und weigern sich, gegen ihre kämpfenden Brüder vorzugehen. In Haifa ist der Vizegou-

verneur Hoodgkin zurückgetreten, hat sich öffentlich mit den Arabern solidarisiert und verhandelte mit Advokaten wegen der Verteidigung verhafteter Kommunisten.

Palästina ist in Aufruhr. Die revolutionäre Bewegung nimmt nicht nur an Breite, sondern auch an Zielklarheit zu. Die Zionisten gehen jedoch konsequent ihren imperialistischen Weg weiter. In Jaffa wurden Flugblätter verteilt, in denen es wörtlich heißt: «Für jeden ermordeten Juden werden wir drei Araber töten!» In Haifa gelangte ein Flugblatt in hebräischer, deutscher und polnischer Sprache zur Verteilung. Wir zitierten es wörtlich: «Jede jüdische Frau, die sich mit einem Araber einläßt oder getroffen wird, wird der allgemeinen Verachtung preisgegeben. Wenn sie sich mit einem solchen etwa öffentlich zeigt, wird sie fotografiert und zur Ordnung gebracht werden.» Wer erinnert sich da nicht an die Rassenhohe der Nationalsozialisten in Deutschland? Dem stellen wir einen Aufruf der Tel Aviv Kommunisten gegenüber:

«Arbeiter! Die KP hat schon immer darauf hingewiesen, daß die Zionisten die Massen in eine Kraft zur Unterdrückung der Freiheitsbewegung des arabischen Volkes verwandeln. Die KP kämpft von jeher für die Verbrüderung der arabischen und jüdischen Massen zum gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus. Wir rufen die jüdischen Massen zum Kampf gegen den Zionismus und gegen die Kibbush Awodah auf. Dieser gemeinsame Kampf wird auch den jüdischen Massen in dem vom Imperialismus befreiten Palästina die Rechte einer jüdischen nationalen Minderheit geben. Die faschistischen Banden irren sich, wenn sie sich einbilden, daß sie durch Provokationen die Schuld auf die KP abwälzen können. Mit proletarischem Mut werden wir den Massen bewelsen, wer die wirklichen Schuldigen an den letzten Rassenzusammenstößen sind. Die Hauptschuld trägt die imperialistische und zionistische Politik im Lande!»

Zwei Flugblätter und zwei Sprachen. Imperialistische Reaktion und ant imperialistische Freiheitsbewegung stehen sich gegenüber. Mögen sie die Araber als Banditen und die jüdischen Kommunisten als Pogromhetzer und nationale Verräter beschimpfen, weil sie das aussprechen, was ist und die Einheitsfront zwischen arabischen und jüdischen Werktätigen fordern, um die palästinensischen Juden vor der Katastrophe zu bewahren — der Kampf um die Befreiung Palästinas ist nicht aufzuhalten.

## Palästina und die Juden

### Von Max Zimmering

*Palästina*

Obwohl die spanischen Ereignisse das Interesse am palästinensischen Aufstand in den Hintergrund gedrängt haben, berichten alarmierende Nachrichten über fortdauernde blutige Auseinandersetzungen in Palästina. Nach den neuesten Meldungen gehen die außerpalästinensischen Araber dazu über, aktiv auf die Seite ihrer palästinensischen Brüder zu treten. Die Unnachgiebigkeit der kämpfenden Araber und die Dauer des Kampfes (der vierte Kampfmonat hat bereits begonnen) zeugt von der Entschlossenheit des arabischen Volkes in Palästina, seine Befreiung durchzusetzen. Kennzeichnend für den Umfang der national-revolutionären Bewegung der Araber ist die Erklärung des Panislamitischen Rates, der die Marokkaner aufgefordert hat, sich nicht für den General Franco, sich nicht für die Interessen der eigenen Unterdrücker einzusetzen. Auch die Aufrufe zahlreicher Führer der Rifkabylen an die Marokkaner, sich nicht in den Dienst einer fremden Sache zu stellen, sind zweifellos auf die Auswirkungen der palästinensischen Kämpfe zurückzuführen.

Durch den gegenwärtigen national-revolutionären Kampf der Araber in Palästina wird der Zionismus vor die Frage gestellt: Einstellung jeder weiteren zionistischen Kolonisation oder Fortsetzung der zionistischen Eroberung des Landes durch brutale Unterdrückung des arabischen Volkes, gestützt auf die englischen Bajonette. Die heutige Situation macht deshalb das Palästina-Problem nicht mehr nur zu einer Sache der Araber, Engländer und Zionisten, sondern zu einer jüdischen Frage überhaupt.

Die grelle Beleuchtung, die das Palästina-Problem durch die gegenwärtigen Auseinandersetzungen erfahren hat, mußte begreiflicherweise eine starke Zersetzung in die nationaljüdische Bewegung tragen. Breite Kreise national und wirtschaftlich unterdrückter Juden, die es mit der nationalen Gleichberechtigung ernst meinen, sehen, daß Palästina nicht der Weg zur nationalen Befreiung der Juden ist, und daß nur der ein Anrecht auf nationale Gleichberechtigung hat, der auch anderen Völkern diese nationale Gleichberechtigung zuerkennt. Der arabische Aufstand hat deshalb beigetragen, eine Massenflucht aus den zionistischen Organisationen außerhalb Palästinas auszulösen. Besonders stark ist die Abwanderung aus den Hachscharn-Gruppen (landwirtschaftliche Ausbildungslager für die Auswanderung nach Palästina). Selbstverständlich versuchen die Zionisten alles, um dieser Bewegung Einhalt zu gebieten. Die einen berufen sich auf die Notlage der Juden in der ganzen Welt. Die anderen pochen auf das historische Recht der Juden auf Palästina und auf die Rückständigkeit der Araber, denen man schlimmstenfalls auch gegen ihren Willen die europäische Kultur bringen müsse. Der Unterschied in der Argumentation zwischen den «gemäßigten» Zionisten und den offen faschistischen Revisionisten ist nur ein gradueller.

Teile der jüdischen Arbeiter haben sich für den palästinensischen Befreiungskampf ausgesprochen und wanderten dafür in die Gefängnisse und Konzentrationslager der Imperialisten. Die «Antifa» («sozialistische» Zionisten) jedoch, die sich als Repräsentanten des gesamten werktätigen Volkes in Palästina ausgibt, hat einen anderen Weg eingeschlagen. Da man als «Sozialist» schwer gegen eine Freiheitsbewegung auftreten kann, versuchen die Führer der «Antifa» den arabischen Aufstand zu diffaminieren. Der antimperialistische Kampf eines unterdrückten Volkes wird in ein von Hitler und Mussolini inspiriertes Judenpogrom umgewandelt. Zweifellos versucht sowohl der deutsche als auch der italienische Faschismus aus den palästinensischen Auseinandersetzungen seinen Vorteil zu ziehen, genau so wie dies jetzt in Spanien geschieht. Es ist durchaus möglich, daß Hitler und Mussolini seine Agenten nach Palästina entsandt hat — daraus aber die Folgerung zu ziehen, daß der arabische Kampf ein antisemitischer ist, wäre vollkommen abwegig. Heute sehen sich verhaftete jüdische Kommunisten, die in zionistische Dörfer verbannt werden sollen, gezwungen, von der englischen Polizei die Verbannung in arabische Dörfer oder die Ueberführung ins Gefängnis zu fordern. Dies ist ein bedeutsamer Ausdruck für die Einstellung der Araber, die nur dann gegen die Juden auftreten, wenn sie in ihnen Zionisten, also Ver-

bündete des britischen Imperialismus sehen. Dort wo der Jude für die Befreiung des Landes von den britischen und zionistischen Unterdrückern eintritt, sieht der kämpfende Araber im Juden seinen Bruder.

Auch die Form des arabischen Kampfes, sowie die Tatsache, daß sich auch klerikale, kapitalistische und feudale Vertreter des arabischen Volkes am Kampf beteiligen, soll dazu beitragen, den wahren Charakter des Kampfes zu leugnen. Wir wissen, daß sich die Araber vorwiegend des Massenterrors zur Durchsetzung ihrer Forderungen bedienen. Die Araber versuchen nämlich ihre Kampfhandlungen gegen den weit besser bewaffneten britischen Imperialismus den vorhandenen Möglichkeiten anzupassen. Daß aber auch ihre Gegner nicht weniger rücksichtslos gegen das arabische Volk vorgehen, beweist die *Stimme* (zionistische Zeitung) vom 2. Juli 1936. Dort heißt es:

«Die arabischen Dörfer, in deren Nähe einige Ueberfälle vorkamen, werden von Truppen systematisch nach Waffen durchsucht. Die Einwohner sind natürlich nicht so dumm, ihre Waffen in den Häusern zu verstecken. Kommt es doch gelegentlich vor, daß in Häusern Waffen oder Munition gefunden wird, dann wird die Dummheit in folgender Weise bestraft: Einer der die Truppen begleitenden Tanks, die am Dorfeingang postiert sind, wird gerufen, er nimmt einen Anlauf und fährt durch das betreffende Haus durch. Die Zerstörung von Häusern ist eine weit abschreckendere Strafe als Kerker, wie auch das in den letzten Tagen eingeführte Wegtreiben von Vieh und die Konfiskation der Ernte durch Truppen weit größere Wirkung haben wird, als die Verhängung — meist uneinbringlicher — Kollektivstrafen auf Dörfer . . .»

Dieses Vorgehen gegen die unbelohnte Zivilbevölkerung kann natürlich nicht dazu beitragen, die Araber von der Verwüstung zionistischer Orangenhaine und der Anzündung der Felder zionistischer Kolonisten abzuhalten. Im Gegenteil! Je mehr die wirtschaftliche Grundlage der Bevölkerung zerstört wird, desto tiefer müssen die nationalen Gegensätze in die Bevölkerung eingegraben werden.

Auch die Charakterisierung des arabischen Aufstandes als reaktionären Vorstoß der Effendis zeugt von einem völligen Unverständnis der nationalen Revolution, die in rückständigen, kolonialen Ländern in ihrem Anfangsstadium immer ein Kampf des gesamten Volkes einschließlich gewisser Schichten seiner herrschenden Klassen ist. Auch für Teile der herrschenden Klassen steht noch die Frage der Befreiung von den ausländischen Unterdrückern. Selbstverständlich zeigen sich heute schon starke Elemente der Klassendifferenzierung, die Notwendigkeit des Terrors seitens der revolutionären Streikleitung, um die am Kampf beteiligten Effendis zur weiteren Teilnahme zu zwingen, die Verschlebung von Geld, die von Grundbesitzern und Kapitalisten vorgenommen wird, um es dem Zugriff der Kampfleitungen zu entziehen und die zunehmende Bereitschaft zu kompromittierbaren Verhandlungen sind ein Ausdruck für die bedingt revolutionäre Haltung der herrschenden arabischen Schichten. Die Teilnahme arabischer Effendis am Kampf beweist nicht den reaktionären Charakter des Aufstandes, sondern kennzeichnet lediglich die Entwicklungsphase der noch in den Anfängen steckenden Freiheitsbewegung eines kolonialen Volkes. Die religiösen Parolen, unter denen einzelne Partisanengruppen kämpfen, sind, ähnlich den Losungen der deutschen Bauernaufstände zu Anfang des 16. Jahrhunderts und der Hussitenkriege, nur das äußere Gewand für die sozialen und nationalen Forderungen der Araber.

Unter dem Druck des hartnäckigen Kampfes hat die britische Regierung die Entsendung einer Untersuchungskommission zur Ueberprüfung der arabischen Beschwerden und Forderungen zugesagt. Diese königliche Kommission soll jedoch erst entsandt werden, wenn die Araber ihre Kampfhandlungen eingestellt haben. Demgegenüber machen die Araber die Erfüllung ihrer Hauptforderungen zur Voraussetzung der Einstellung des Kampfes. Die wichtigste Forderung ist die sofortige Sperrung der zionistischen Einwanderung. Die Zionisten wissen aber, daß



## Die beste Lösung für Palästina

Von Salim Abud

Bei der Veröffentlichung der Balfour-Erklärung im Jahre 1917 war sich der britische Imperialismus all der Schwierigkeiten wohl bewußt, die diese Erklärung schaffen würde. Großbritannien bedurfte eines treuen Verbündeten, der mithelfen sollte, der vorwärtsschreitenden nationalen Befreiungsbewegung unter dem arabischen Volk den Weg zu versperren, seine imperialistische Stellung in den arabischen Ländern zu festigen und seinen Weg nach Indien zu schützen. Der Zionismus erwies sich als dieser Verbündete. Großbritannien kündigte seine vorherigen Versprechungen an die Araber in bezug auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung auf und veröffentlichte die Erklärung Balfours an die Zionistenführer.

Durch diese Erklärung übernahm es Großbritannien, in Palästina Zustände zu schaffen, die dazu mithelfen sollten, dort eine «Jüdische Nationale Heimstätte» zu schaffen. Während der zwanzig Jahre der Erzwingung dieser «Jüdischen Nationalen Heimstätte» konnten die Zionistenführer trotz ihrer Demagogie und trotz der wohlwollenden Hilfe seitens der Regierung Großbritanniens den Arabern nur 1 250 000 Donem Bodens rauben, das ist etwa ein Achtel des gesamten bebaubaren oder ein Drittel des gesamten fruchtbaren Bodens des Landes. Und nur fünf Prozent der jüdischen Bevölkerung Palästinas wurden auf diesen besetzten Bodenstücken angesiedelt. Auch in der Frage der Einwanderung waren ihre Erfolge nicht besser. Trotzdem die Zionistenführer alle Umstände in geriebener Weise ausnützten, die sie für geeignet hielten, um die Einwanderung von Juden nach Palästina zu fördern, darunter auch der brutalen Verfolgung der Juden in Deutschland durch die Faschisten, kamen in den letzten zwanzig Jahren nur 200 000 Personen nach Palästina, um dort zu leben. Viele dieser Neulinzugekommenen behalten noch ihre frühere Staatsbürgerschaft.

Aber die düsterste Seite dieser «Jüdischen Nationalen Heimstätte» Großbritanniens und der Zionisten ist ihr Ergebnis für das arabische Volk. Mehr als 60 000 arabische Bauern und Farmer wurden von den von den Zionisten besetzten Bodenstücken gewaltsam vertrieben. Massen von Arabern verarmten, ihre Entwicklung wurde gehemmt, das gesamte arabische Volk Palästinas wurde daran gehindert, über sein eigenes Geschick zu bestimmen und wurde in einem Zustand ständiger Unsicherheit gehalten.

Die Lage der Araber hatte ihrerseits zu vier Aufständen gegen die britische Herrschaft und gegen den Zionismus geführt, deren größter jener war, der im April 1936 ausbrach. Dieser Aufstand, der mit ernstest Entwicklungen in den benachbarten arabischen Ländern zusammenfiel, und den die Faschisten

Deutschlands und Italiens auszunützen versuchten, hatte durch seine Dauer und durch seinen Umfang Großbritannien davon überzeugt, daß es unmöglich ist, das Land weiter auf die alte Weise zu regieren.

Es wurde eine Königliche Kommission gebildet, um an Ort und Stelle die Ursachen des Aufstandes zu untersuchen und um Vorschläge für die Lösung der Palästina-Frage zu erstatten. Diese Kommission hat die Teilung des winzig kleinen Palästina in drei Teile vorgeschlagen: in einen für die Araber, einen für die Juden und in einen dritten, der Jerusalem mit einschließt und unter britischem Mandat verbleiben soll. Natürlich hätte Großbritannien sowohl im arabischen wie auch im jüdischen Marionettenstaat dreinzureden.

Das arabische Volk Palästinas hat den Aufteilungsplan verworfen. Bei dieser Stellungnahme wird es von der gesamten arabischen Welt unterstützt.

Die Araber sehen in diesem Plane nichts anderes als eine Neuordnung des Imperialismus in Palästina und in der arabischen Welt auf einer anderen Grundlage, eine Auffrischung des Zionismus und die Errichtung neuer Hindernisse auf dem Wege ihrer nationalen Befreiungsbewegung.

Der Plan raubt dem arabischen Volke die besten Bodenstücke Palästinas, im besonderen jene an der Küste, um dort den Judenstaat zu errichten, wobei er die von dort vertriebene arabische Bevölkerung zum Landstreichertum und zur Auswanderung nach den unfruchtbaren und gebirgigen Gebieten im Binnenlande verurteilt. Dies berührt einen seltsam, wenn man weiß, daß die Araber in diesem Gebiet die Mehrheit bilden.

Der Plan läßt nicht nur die gegenwärtige Feindseligkeit zwischen Arabern und Juden in Palästina ungemindert, sondern verstärkt sie sogar und schafft neue Gegensätze zwischen dem britischen Imperialismus und der gesamten arabischen Nation innerhalb und außerhalb Palästinas, wie sich dies aus den jüngsten Ereignissen in der arabischen Welt erweist. Er wird auch die Ränke und Verschwörungen Hitler-Deutschlands und des faschistischen Italien verstärken. Diese Staaten werden in der Lage sein, die Unzufriedenheit der Araber auszunützen, um Palästina sowie die benachbarten arabischen Länder in Schaulplätze von Unruhen zu verwandeln, die Großbritannien, den Juden und den Arabern großen Schaden zufügen und den Weltfrieden gefährden würden.

Bei der Verwerfung der Aufteilungspläne stellen die Araber ihre schöpferischen Gegenpläne auf. Sie fordern, daß der imperialistischen und kolonialen Politik ein Ende bereitet werde, daß der Bevölkerung Palästinas, und zwar sowohl den Arabern

wie auch den Juden, die ihr vorenthaltenen demokratischen Rechte gegeben werden. Sie fordern, daß ein aus Volksvertretern bestehendes Parlament gebildet werde, das in der Weise, in demokratischer Weise und ungehindert sowohl in den Angelegenheiten des Bodens und der Einwanderung wie auch in allen übrigen Angelegenheiten zum Wohle aller Einwohner Palästinas Gesetze zu geben. Die Frage besteht sowohl für die Araber wie auch für die Juden nicht darin, «welche Nation die andere beherrschen würde», wie dies die Königliche Kommission auf das Angestrengteste zu beweisen bemüht war, sondern darin, «wie die beiden Nationen dazu gebracht werden können, miteinander zusammenzuarbeiten». Der Weg, den die Imperialisten und die Zionisten vernachlässigt haben, ist der Weg der Demokratie.

Ein anderer arabischer Plan von besonderer Bedeutung ist jener, der vom Prinzen Mohammed Ali, dem Regenten Ägyptens, ausgearbeitet wurde. Dieser Plan wird von den Nationalisten in der gesamten arabischen Welt unterstützt und ist einigermaßen ähnlich den Plänen zweier einflußreicher und nüchternen Personen in der jüdischen Welt: des Führers der Liberalen Partei Großbritanniens, Sir Herbert Samuel, der der erste Hohe Kommissar in Palästina war, und des Dr. Magnes, des ehemaligen Leiters der Hebräischen Universität in Jerusalem. Dieser Plan sieht den Zusammenschluß von Palästina, Transjordanien und Syrien und die Schaffung einer vereinheitlichten demokratischen Regierung vor. Die Juden sollen als eine nationale Minderheit mit gleichen Rechten anerkannt werden. Die Politik der Zionisten soll nicht anerkannt werden.

Einer der Vorteile dieses Planes besteht darin, daß er nicht nur die Zusammenarbeit und die Freundschaft zwischen den Arabern und den Juden verbürgt, sondern auch, und dies wäre ein praktisches Ergebnis von besonderer Bedeutung, die Gefahr eines Krieges im Osten des Mittelmeers verringert, für die Sache des Weltfriedens und der Sicherheit einen neuen vielversprechenden Staat gewinnt, den demokratischen Nationen, im besonderen der britischen und der französischen, einen neuen Verbündeten im Kampfe gegen Krieg und Faschismus verschafft. Großbritannien schenkt diesen Plänen kein Augenmerk, ja es weigerte sich sogar, sie ernsthaft in Betracht zu ziehen. Es scheint, daß es darauf besteht, den Aufteilungsplan durchzusetzen, trotzdem es davon überzeugt ist, daß dies nur durch Gewalt möglich ist. Die letzten Ereignisse in Palästina beweisen, daß die arabischen Massen begonnen haben, sich dem Plan ernsthaft zu widersetzen. Dadurch hat Großbritannien wieder einmal bewiesen, daß es sich nicht um die Interessen der Araber und der Juden, nicht um deren Zusammenwirken, nicht um die Sache des Friedens und der Schonung der britischen Jugend kümmert, sondern um seine imperialistischen und kolonialen Interessen.

Der Zürcher Zionistenkongreß hat die wirklichen Absichten der Zionistenführer aufgezeigt. Die Elemente, die die jüdischen werktätigen Massen wirklich vertreten, wurden zum Schweigen gebracht. Die Ansichten, deren Äußerung gestattet wurde, können in zwei Gruppen geteilt werden. Die erste Gruppe nahm die Aufteilung unter der Bedingung an, daß das Gebiet des jüdischen Staates auf Kosten der Araber vergrößert werde. Die zweite Gruppe verwarf die Aufteilung, nicht um mit der arabischen nationalen Befreiungsbewegung zusammenzuarbeiten, sondern weil sie das Höchstmaß des zionistischen Programms, d. h. die Besetzung Palästinas und Transjordanens, verwirklichen wollte.

Die arabischen Pläne sind praktisch durchführbar. Wenn die Zionistenführer wirklich darauf aus sind, zu einer Verständigung mit den Arabern zu gelangen, wie sie dies behaupten, so kann mit Gewißheit gesagt werden, daß die Pläne früher werden verwirklicht werden, als dies scheinen mag.

Es ist die Pflicht der jüdischen werktätigen Massen und der jüdischen Liberalen, besonders in Palästina, das Joch der Zionistenführer, der Agenten des britischen Imperialismus, abzuschütteln, zu einer unmittelbaren Verständigung mit dem arabischen Volk zu gelangen, den politischen Kampf des jüdischen Volkes mit dem Kampfe des arabischen werktätigen Volkes und der arabischen nationalen Befreiungsbewegung zu vereinigen, auf der Grundlage der Volksfront, der Demokratie, des Parlamentarismus, der Gewerkschaftsfreiheit und des Brotes. Auf diese Weise werden sie auch zur Sache des Fortschritts unter den arabischen Massen beitragen, werden sie dem arabischen Volk in Palästina und anderswo helfen, die arabischen Verräter und Reaktionäre zu bekämpfen und werden ferner der Sache des Friedens in Palästina, in den arabischen Ländern und in der Welt dienen.

Es ist auch die Pflicht der Werktätigen, der Fortschrittler und der Friedensfreunde in Großbritannien und in der ganzen Welt,

jene Lösungen für Palästina zu unterstützen, die zu Fortschritt und Frieden führen würden, zum Heile des arabischen und des jüdischen werktätigen Volkes und ihres Zusammenwirkens und ihrer Freundschaft, zum Heile des Fortschritts und des Kampfes gegen den Faschismus sowohl unter den Arabern wie auch unter den Juden, zum Heile des Friedens in Palästina, im Nahen Osten und in der ganzen Welt.



## Palästina

### Zur Lage

Von Ernst Brauner

Die täglichen Terrorakte in Palästina, über die in der letzten Zeit die Tagespresse berichten konnte, erreichten ihren vorläufigen Höhepunkt in den blutigen Straßenkämpfen in Jerusalem am 14. November.

Die Vorfälle in der letzten Zeit, die vielfach mit Erfolg durchgeführten Ueberfälle auf Polizeistationen und Wachtstuben, die oft zur Ausräumung derselben führten (auf diese Weise gelang es einer arabischen Gruppe, nach und nach in den Besitz von Polizei- und Militäruniformen zu kommen, mit deren Hilfe sie ihre Angriffsaktionen tarnen konnte), die anhaltenden Sabotageakte an der Irak-Oelleitung, schließlich die regelrechten offenen Schlachten zwischen arabischen bewaffneten Partisanen und einzelnen mit den modernsten Kampfmitteln ausgerüsteten britischen Militäreinheiten (die offiziellen Zeitungsagenturen sprechen in solchen Fällen von gewissen Zusammenstoßen) — all das sprach dafür, daß, wenn es nicht zu einer Aenderung der britischen Politik in Palästina kommen wird, noch weit ernstere Zusammenstöße bevorstehen.

Während aber in der ersten Zeit der Widerstand der Araber sich in Aktionen hauptsächlich gegen die Engländer äußerte, nehmen sie jetzt in immer mehr auch einen anti-jüdischen Charakter an, was die neuerlichen Beschreibungen jüdischer Siedlungen und Ueberfälle auf jüdische Passanten zeigen. Das eine wie das andere wird verständlich, wenn man sich die Haltung der Engländer und die Zustimmung zur englischen Politik seitens der offiziellen zionistischen Kreise vergegenwärtigt.

Die Grausamkeiten der Engländer in den arabischen Aufstandsgebieten, die zahllosen Verhaftungen und Deportierungen von Arabern, die Einrichtung von Konzentrationslagern, die strafweise erfolgten Niederreißungen von Häusern durch Brände, Tanks und Sprengkörper, die Konfiszierung des letzten Stückes Vieh und des letzten Kornes Getreide, wenn die den arabischen Dörfern auferlegten hohen Kollektivstrafen nicht abgezahlt worden, die Verhängung des Ausnahmezustandes über einzelne arabische Siedlungen — all diese Maßnahmen steigerten

den Haß der Araber gegen die Engländer immer mehr. Mit besonderer Schärfe richtet er sich gegen einzelne wegen ihrer Terrorpraxis besonders verhaßte und gefürchtete Beamte. Darauf ist die Ermordung des britischen Kommissars für den palästinensischen Norddistrikt, Andrews, zurückzuführen, eines Mannes, der die brutalsten Methoden bei der «Befriedung arabischer Dörfer» anwandte.

Die Engländer antworteten auf diese Ueberfälle mit einer verschärften Terrorwelle, die einen Raubfeldzug gegen die Araber gleichkam. Die zionistischen Kreise und die zionistische Presse veröffentlichten feierliche Nachrichten für den Engländer Andrews und drückten der «starken Hand» Englands, die nunmehr endlich für Ruhe und Ordnung Sorge, ihr Lob und ihre Zustimmung aus. Gleichzeitig verstärkten die faschistischen Elemente unter der jüdischen Bevölkerung, die sogenannten Zionisten-Revisionisten, ihre Forderung nach Bewaffnung der Juden und der Bildung von jüdischen Schutztruppen, die den Engländern bei der Niederrichtung des arabischen Widerstandes behilflich sein sollten. Sie organisierten eine Terrorgruppe, die ähnlich wie die arabische «schwarze Hand» anonyme Briefe an einzelne Juden versandte und sie zur Zahlung eines bestimmten Geldbetrages aufforderte, widrigenfalls sie ihres Lebens nicht mehr sicher seien. Eine polizeiliche Untersuchung ergab, daß ein Angehöriger dieser Gruppe, der flüchtig ist, Revolver und Kugeln von der Art besaß, mit der ein Araber in Tel-Aviv erschossen wurde. Es besteht kein Zweifel daran, daß eine Anzahl von Mordfällen an Arabern auf diese Agitation zurückzuführen ist.

Angesichts dieser vergifteten Atmosphäre gewinnt der Ruf der Kommunistischen Partei Palästinas nach Frieden und Verständigung zwischen Arabern und Juden eine erhöhte Bedeutung. Schon seit längerer Zeit ist die Kommunistische Partei Palästinas bemüht, zu dieser Verständigung zwischen Arabern und Juden beizutragen. Trotz der unausgesetzten Verleumdungskampagne gegen die palästinensischen Kommunisten, die schon anlässlich der vorjährigen Ereignisse einsetzte und zum Ziel hat, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß die Kommunisten gemeinsame Sache mit den terroristischen und faschisti-

schen Elementen machen; trotz der gesellschaftlichen Aechtung, der insbesondere die jüdischen Kommunisten innerhalb der jüdischen Bevölkerung begegnen, und trotz der schärfsten Verfolgungen, denen sie seitens der englischen Behörden im Bunde mit der reformistischen jüdischen Gewerkschaft (Histadruth) ausgesetzt sind, die nachgewiesenermaßen den Behörden Namen und Adresse aller ihnen des Kommunismus verdächtigen Personen ausliefert und praktisch bei deren Ausfindigmachung und Verhaftung mitwirkt, hörte die Kommunistische Partei nicht auf, sowohl innerhalb der jüdischen Bevölkerung als auch unter den Arabern für Frieden und Vereinigung zu wirken. Gleich nach dem Bekanntwerden des Peelberichts erließ die Kommunistische Partei einen Aufruf, in dem sie die jüdische und arabische Bevölkerung aufforderte, zu einer Verständigung zu gelangen, um dadurch allen imperialistischen Plänen ein Ende zu setzen, und dem Lande eine friedliche und für beide Bevölkerungsteile gedeihliche Entwicklung zu sichern. Das illegal erscheinende Organ der KPP in hebräischer Sprache, «Kal-Hoam» (Stimme des Volkes), veröffentlichte in seiner ersten Nummer einen Leitartikel unter der Überschrift: «Antworten wir auf den Ruf für eine Verständigung und ein Uebereinkommen». Der Teilungsplan wird in der Weise illustriert, daß die Hand Großbritanniens mit einer Hacke in die palästinensische Landkarte dreinschlägt, wobei die Hacke die Form des geplanten jüdischen Staates darstellt.

In einem Memorandum, das die Kommunistische Partei dem All-arabischen Kongreß überreichte, der im September 1937 in der syrischen Stadt Baalbek abgehalten wurde (die britische Verwaltung Palästinas verbot nicht nur dessen Abhaltung in Palästina, sondern sogar die Wahl von Delegierten hierzu), entwarf sie ein genaues Programm für diese Verständigung. Die wichtigsten Punkte sind:

Nach der Feststellung, daß nur der englische Imperialismus an einer Verschärfung der Beziehungen zwischen Arabern und Juden interessiert ist, wird auf der Grundlage der folgenden fünf Punkte eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Völkern verlangt:

1. Das gegenwärtige zahlenmäßige Verhältnis beider Bevölkerungsteile soll aufrechterhalten bleiben.

2. Die Juden geben den Gedanken auf, die Araber zu majorisieren und aus dem Lande zu vertreiben und die Araber verzichten auf besondere Begrenzung der jüdischen Einwanderung, sofern sie das gegenwärtige proportionelle Verhältnis zwischen Juden und Arabern nicht verändert.

3. Die jüdische Minderheit erhält volle Gleichberechtigung. Sie hat auch das Recht, Boden zu erwerben, unter der Bedingung, daß die Interessen des arabischen Volkes gewahrt werden.

4. Das Land erhält eine demokratische Regierungsform, in der alle Bevölkerungsschichten voll zur Geltung kommen.

5. Juden und Araber unterstützen die Bestrebungen nach der Schaffung einer arabischen Föderation, die frei von äußerer Unterdrückung ist.

Es ist als ein großer Erfolg zu werten, daß dieser Kongreß sich die in dem Memorandum aufgestellte Forderung nach Zusage von nationalen Minderheitsrechten für die Juden zu eigen machte, wenngleich er nach wie vor auf ein generelles Verbot der jüdischen Einwanderung und des Bodenkaufs durch Juden beharrte.

Die allgemeine Presse vermerkte zwar die Tatsache der Ueberreichung des Memorandums der Kommunistischen Partei Palästinas an den All-arabischen Kongreß, verschwieg aber dessen Inhalt. Immerhin ist im Gegensatz zu früher in der jüdischen Presse nicht mehr so oft die Rede davon, daß die Kommunisten die Terroraktionen unterstützen und im Bunde mit dem italienischen Faschismus stehen, wenngleich es auch jetzt nicht an vereinzelt Versuchen fehlt, durch Fälschungen und Provokationen diese Behauptungen neuerlich aufzuwärmen.

Der Weg, den die Kommunistische Partei Palästinas als Ausweg für die Araber und Juden Palästinas zeigt, ist der einzig mögliche, um dem kleinen Lande Ruhe und Frieden zu sichern und allen Bemühungen der faschistischen Kriegstreiber, es in einen dauernden Unruheherd zu verwandeln und schließlich die arabisch-jüdischen Gegensätze zum Ausgangspunkte eines offenen Interventionskrieges zu machen, ein Ende zu setzen.

Der Einfluß der Kommunistischen Partei ist in ständigerem Wachsen begriffen, und damit ist auch die Bahn für eine vereinigte arabisch-jüdische Front gegen Imperialismus und Faschismus geebnet.

Von Ernst Brauner

Die Terror- und Todeschronik Palästinas ist in den letzten Tagen und Wochen um Hunderte neuer Opfer vergrößert worden. Die täglichen Nachrichten der Presse sind aber infolge der Zensur bei weitem nicht vollständig. Doch auch die amtlichen Angaben genügen, um zu erkennen, daß die neu einsetzenden blutigen Zusammenstöße zwischen Juden und Arabern einerseits und zwischen englischen Polizei- und Militärtruppen und den ausländischen Arabern andererseits an Umfang jetzt schon die Ereignisse früherer Jahre, ja sogar die großen Zusammenstöße in den Apriltagen des Jahres 1936 übersteigen.

Das Kennzeichen der neuesten Entwicklung Palästinas ist, daß nunmehr auch von jüdischer Seite ein aktiver «Antiterror» gegen die Araber angewendet wird. Wenn auch die führende Kraft dieser Bewegung, dem arabischen Terror mit einem aktiven Gegenterror von jüdischer Seite zu begegnen und auf Ueberfälle jüdischer Siedlungen mit Ueberfällen auf arabische Häuser und Versammlungsorte zu antworten, die faschistischen Revisionisten, die Anhänger Jabotinskys, sind, so finden diese in einem Teil des jüdischen Kleinbürgertums in den Städten, das durch die katastrophale wirtschaftliche Lage zermürbt an den Rand der Verzweiflung getrieben wird, willige Helfer und aktive Gefolgschaft. Die Propaganda der Revisionisten, die von der offiziellen Führung der zionistischen Organisation befolgte Taktik der sogenannten «Havlagah» («Selbstbeherrschung») aufzugeben, zeitigte Früchte. Die Tat, um derentwillen der Revisionist Ben Josef verurteilt und hingerichtet wurde, entsprang dieser Haltung. Es handelte sich um einen Ueberfall auf einen vorbeifahrenden arabischen Autobus, bei dem zwar niemand getötet wurde, wohl aber die klare Mordabsicht vorlag. Die Aufregung über die vollzogene Hinrichtung führte dann zum Bombenattentat auf ein arabisches Kaffeehaus in Haifa, bei dem es zahlreiche Tote und Verwundete gab. Die an Ort und Stelle entsandte Truppe arabischer Hilfspolizisten eröffnete ohne jede Warnung eine wilde Schießerei auf die Bevölkerung, bei der nach amtlichen Angaben 28 Personen getötet und über 100 verletzt wurden. Damit hat die neue Blutwelle in Palästina ihren Anfang genommen.

Es handelt sich bei den nun folgenden Attentaten in Jerusalem, Jaffa usw. zum größten Teil um solche, die von Juden ausgeführt wurden; die Zahl der Opfer ist demnach in allen Fällen auf arabischer Seite größer. Es geht hierbei nicht um Maßnahmen der Verteidigung, oder um den Schutz jüdischer Siedlungen vor arabischen Ueberfällen, oder um die «Sicherung» bei Inangriffnahme neuer Siedlungspunkte, sondern um ausgesprochene Racheakte, die plan- und ziellos erfolgen. So z. B. wurde in Jerusalem eine Bombe auf einen arabischen Marktstand geschleudert, die eine furchtbare Wirkung auslöste. Nicht anders sind die Attentate auf arabische Autobusse zu bewerten. Alle diese Aktionen sollen auf die arabische Bevölkerung einschüchternd wirken und die englische Regierung zu einer Aenderung ihrer Politik gegenüber den zionistischen Aspirationen veranlassen.

Die palästinensischen Araber beantworten ihrerseits die Aktionen der Revisionisten und ihres Anhangs mit einem verstärkten Terror gegen die jüdische Bevölkerung. Sie begnügen sich

aber nicht damit, sondern richten ihre Angriffe gleichermaßen, wie schon bisher, gegen englische Militär- und Polizeistationen, gegen die Irak-Oelleitung, Bahnobjekte usw.

Die zionistische Presse Palästinas und außerhalb Palästinas sieht eine Gefahr darin, «daß man das, was sich jetzt in Palästina zu entwickeln beginnt, einen Bürgerkrieg nennen — und dementsprechend behandeln könnte, während man bisher von einem Kampf gegen arabische Räuberbanden sprechen — und dementsprechend handeln konnte». («Prager Selbstwochr», 9. Juli.) Andere zionistische Blätter sind wiederum bestrebt, gerade diesen Eindruck zu erwecken und eine Analogie zu dem Bürgerkrieg etwa in Spanien herzustellen, wobei die Juden die Rolle der Republikaner, die Araber hingegen die der Franco-Rebellen spielen ...

Wie wenig man schon bisher von «arabischen Räuberbanden» sprechen konnte (wenn auch die Zionisten daraus das Recht zu ihren «dementsprechenden Handlungen» ableiteten), mag eine kleine Tatsache illustrieren: Nach dem Bericht der englischen Regierung an die Mandatskommission des Völkerbundes hat die britische Polizei im Jahre 1937 20 200 Pfund an Prämien für zweckdienliche Angaben zur Ergreifung von arabischen Terroristen ausgesetzt. Von diesem Betrage konnte auch nicht ein einziger Pfaster zur Auszahlung gelangen, weil die Regierung keine

einzige Nachricht von arabischer Seite erhalten hatte, trotz der sprichwörtlichen Armut des Großteils der arabischen Bevölkerung Palästinas. Das beweist, daß die gleichermaßen antizionistische und antienglische Bewegung der palästinensischen Araber von allen Bevölkerungsschichten getragen, gestützt und gefördert wird, und daß sie nicht das Werk einiger weniger «Hetz- und Abenteurer» sein kann.

Ebensowenig kann man mit Recht von einem Bürgerkrieg sprechen. Zu einem Bürgerkrieg gehört, daß ein Bevölkerungsteil gegen einen anderen ankämpft, wobei die staatliche Exekutive entweder auf der einen oder auf der anderen Seite steht, oder, ebenfalls gespalten, zum Teil mit der einen, zum Teil mit der anderen Seite zusammengeht. In Palästina kann man aber weder davon sprechen, daß die Engländer eindeutig auf der jüdischen noch eindeutig auf der arabischen Seite stehen, wenn sie auch bald die eine, bald die andere zu begünstigen scheinen. In Wirklichkeit ist Großbritannien zunächst auf die Wahrung seiner eigenen Interessen bedacht und seine Haltung zu Juden und Arabern ergibt sich daraus, welche Bedeutung es beiden Partnern als Stützpunkten seiner Positionen in Palästina beimißt.

Was in Palästina vor sich geht, ist ein neues Aufflammen des seit mehr als zwei Jahren anhaltenden verstärkten arabischen Widerstandes gegen die zionistischen Aspirationen in Palästina in Verbindung mit dem englischen Teilungsplan und der Schaffung eines jüdischen Staates in einem Teile des heutigen Palästina. Die jüdischen Faschisten glauben, durch Anwendung von Gewaltmethoden die Araber einzuschüchtern und die Engländer zu zwingen, den zionistischen Herrschaftsansprüchen mehr Geltung zu verschaffen. Keines von beiden aber wird erreicht werden. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß durch die neuesten Vorfälle die verständigungsberreiten Elemente auf arabischer und

jüdischer Seite in dem Bestreben, die beiden Bevölkerungsteile einander näher zu bringen, gehindert werden und der Haß und die Gegensätze sich noch mehr vertiefen. Das mag den Engländern nicht ungelegen kommen, die auf diese Weise einen Vorwand erhalten, mit gleicher Schärfe gegen Juden und Araber vorzugehen.

Aber auch jene Kräfte, die außerhalb Palästinas auf eine Zuspitzung der Gegensätze und Spannung in Palästina hinarbeiten, werden diese neueste Entwicklung begrüßen, die ihnen ihre kriegstreiberische Propaganda erleichtert. Man vermutet nicht ohne Grund, daß die Provokationen der Zionisten-Revisionisten auf Einflüsse des italienischen Faschismus zurückzuführen sind, was bei der freundschaftlichen Beziehung der Kreise um Jabotinsky mit dem italienischen und polnischen Faschismus nicht ungläubhaft wäre. Es wäre aber ein Fehler, zu glauben, daß es nicht auch viele «gemäßigte» Zionisten gibt, die im Grunde genommen die revisionistische Taktik billigen, wenn sie den Zweck, auf Araber und Engländer Eindruck zu machen, erreichen würde. Sie fürchten nämlich, wie das Berl *Locker*, einer der Führer der Histadruth (zionistische Gewerkschaftsorganisation) in einer Versammlung in London ausführte, daß die 30 Prozent Juden gegen die 70 Prozent Araber auf die Dauer nicht standhalten könnten.

Wenn es aber den sogenannten gemäßigten Zionisten wirklich ernst um eine Verständigung mit den Arabern zu tun sein sollte, dann müßten sie gerade jetzt sich mit aller Schärfe von den revisionistischen Faschisten abgrenzen und allen Hemmungen und Schwierigkeiten zum Trotz konkrete Schritte unternehmen, um zu einer Verständigung mit den Arabern zu gelangen. Mit Recht schreibt das Organ der illegalen kommunistischen Partei Palästinas «*Kol Haam*» («Stimme des Volkes») in einer der letzten Nummern:

«Unsere Partei appelliert an die arabischen Massen, die Provokationen und Gewalttaten aufzugeben und fordert die jüdische Bevölkerung auf, den Beschluß des Rates der Jewish Agency wegen einer Verständigung mit den Arabern zu verwirklichen.»

In der Tat wurde ein solcher Beschluß im Jahre 1937 in einer der Sitzungen des Rates der Jewish Agency gefaßt, aber er teilte das Schicksal aller ähnlichen Beschlüsse, die schon früher in dieser Richtung angenommen wurden. Die Leitung der zionistischen Organisation hat nichts Ernstliches unternommen, um sie zu verwirklichen. Um so nachdrücklicher müssen die fortschrittlichen Teile der jüdischen Bevölkerung Palästinas gerade angesichts der neuen Lage mit allen Mitteln auf eine Verständigung mit den Arabern hinarbeiten. Sie ist und bleibt der einzige Weg zur Wiederherstellung des Friedens und der Ruhe im Lande und der Sicherung der Existenz beider Bevölkerungsteile.

## Palästina

### Für eine demokratische Lösung der gegenwärtigen Krise

Von J. Ronay (London)

Die Peel-Kommission hatte vor einem Jahre die Aufteilung Palästinas in einen jüdischen Staat, einen arabischen Staat und ein Mandatgebiet empfohlen. Nun arbeitet in Palästina die Woodhead-Kommission die Teilung, die die britische Regierung durchzuführen entschlossen ist, im einzelnen aus. Dies stößt auf den wachsenden Widerstand des arabischen Volkes und einer großen Anzahl Juden. Die Araber erblicken in der Teilung eine Verletzung ihres Rechtes auf ein unabhängiges, vereintes Palästina. Seit Monaten wächst daher die Spannung von Woche zu Woche. Blut fließt in Strömen.

Dies ist das Ergebnis der britischen Politik im Nahen Osten seit dem Beginn des Weltkrieges von 1914/1918. Damals hatte Großbritannien zwei Hauptziele: erstens, der Türkei einen Schlag zu versetzen, und zweitens, seine Verbindungswege im Mittelmeergebiet zu sichern. Um das erstere Ziel zu erreichen, wurden Juden und Arabern Versprechungen gemacht, die miteinander unvereinbar waren. Den Arabern in den arabischen Ländern um das östliche Mittelmeer herum (mit Einfluß Palästinas) wurde als Gegenleistung für ihre Hilfe an die Alliierten gegen die Türkei die Unabhängigkeit versprochen (Briefwechsel MacMahon-Russell im Jahre 1915), den Juden als Gegenleistung für ihre Unterstützung Palästina als Nationale Heimstätte (*Balfour-Erklärung* von 1917).

Mit Hilfe des Mandats wurden die nationalen Bestrebungen von Teilen des jüdischen Volkes von Großbritannien und den Zionisten ausgebeutet und als ein Puffer gegen die nationalen Bestrebungen der Araber nach Unabhängigkeit ausgenutzt, während die nationalen Bestrebungen der Araber gegen die Bestrebungen der Zionisten ausgenutzt wurden. Dadurch, daß Großbritannien zwei Völker, die im Grunde genommen nicht gegeneinander eingestellt sind, gegeneinander ausspielt, herrscht es unparteiisch von oben her.

Unter solchen Umständen waren Ausbrüche unvermeidlich. Bis 1929 waren sie hauptsächlich jüdenfeindlichen Charakters. Seit 1929 gibt es eine höhere Entwicklung des politischen Niveaus der Araber; sie sehen jetzt, daß der Erzfeind nicht der schwer ringende jüdische Siedler ist, sondern der britische Imperialismus. Der Aufstand von 1929 war seinem Charakter nach ausgesprochen antiimperialistisch und wurde von dem (jetzt von der Regierung Palästinas gewaltsam aufgelösten) *Höheren Arabischen Ausschuss* geleitet.

Der Teilungsplan der Peel-Kommission wird Palästina nicht den Frieden bringen. Er gerichtet sowohl den Juden wie auch den Arabern zum Schaden, denn er ist in der Hauptsache ein neues Mittel, die Herrschaft Großbritanniens über Palästina zu festigen. Jene Teile Palästinas, die für die imperialistische Strategie lebenswichtig sind, sollen weiter unter britischem Mandat bleiben. Er kann nur die Wirtschaft des Landes sprengen und durch die Schaffung zweier feindlicher, einander befehdender Staaten den Gegensatz zwischen Arabern und Juden auf das Tausendfache steigern.

Der Frieden zwischen Juden und Arabern in Palästina kann nur durch ein enges Zusammenwirken in einem ungeteilten, unabhängigen, demokratischen Palästina erzielt werden. Das Recht des arabischen Volkes auf seine Unabhängigkeit von der britischen Herrschaft muß von allen Demokraten anerkannt werden; ebenso müssen auch die unveräußerlichen demokratischen Staatsbürgerrechte der Juden in Palästina, von denen viele vor dem bestialischen faschistischen Terror geflohen sind, auf einer Grundlage der Gleichberechtigung mit ihren arabischen Nachbarn anerkannt werden. Es muß alles versucht werden, um die vom britischen Imperialismus und von den Zionistenführern geschaffenen Gegensätze zu überwinden, die die Araber und die Juden voneinander trennen, und es muß eine Annäherung bewirkt werden.

Worin bestehen diese Gegensätze, Zunächst haben wir da die brennende Frage der Einwanderung von Juden nach Palästina. Nun kann niemand gegenüber der schrecklichen Lage von Millionen Juden in den faschistischen Ländern gleichgültig bleiben. Die kommunistische Internationale bleibt bei der Verteidigung ihrer Rechte, sowie der Rechte anderer verfolgter Minderheiten hinter niemand zurück. Aber die Lösung dieser Frage ist nicht in Palästina zu finden, sondern letzten Endes im Sozialismus, und die unmittelbare Aufgabe dieser Juden besteht darin, mit allen anderen für demokratische Rechte zu kämpfen.

Die Zionistenführer haben die Teilung angenommen. Sie treten für einen Judenstaat in einem Teile Palästinas ein. Sie behaupten, daß dieser Zwergstaat innerhalb etwa 20 Jahren zwei Millionen Juden aufnehmen könne. Selbst wenn dies möglich wäre (der Gedanke ist phantastisch), würden Millionen leidender Juden außerhalb Palästinas verbleiben müssen. Dennoch besteht bei gewissen Juden der Wunsch, nach Palästina zu gehen. Aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist die Einwanderung gegen die Wünsche des arabischen Volkes gerichtet, denn die zionistische Einwanderung ist zu einer Waffe gegen die Unabhängigkeit der Araber geworden. Kann irgendein Demokrat eine solche Einwanderung unterstützen, gegen die sich die einheimischen Einwohner wehren?

Ferner besteht in Palästina eine schreckliche Wirtschaftskrise. Die Erwerbslosigkeit unter arabischen und jüdischen Arbeitern ist groß. Unter den gegenwärtigen Umständen würde also eine weitere Einwanderung nur eine Kraft der Spaltung sein und die gegenwärtigen Reibungen in Palästina verschärfen. Die Frage der weiteren Einwanderung kann erst dann erörtert werden, wenn die größeren inneren Zwistigkeiten, die die beiden Völker trennen, beseitigt sind. Was sind diese Zwistigkeiten?

Erstens die Wurzel der Unruhen: die *Agrarfrage*. In Palästina besteht heute ein relativer Bodenmangel. Der Umfang des Besitzes der arabischen Bauern geht ständig zurück. Uebermäßige Besteuerung und schlechte Ernten haben zusammen mit dem Aukauf von Boden durch die Zionisten dazu geführt, daß große Flächen bäuerlichen Bodens in die Hände jüdischer und arabischer Kapitalisten übergehen.

Zweitens besteht die *Frage der Arbeitskräfte*. Ohne Zweifel hat die chauvinistische Lösung des jüdischen Gewerkschaftsbundes *Histradut*: «100 Prozent jüdische Arbeitskräfte in jüdischen Betrieben» reichlich zum Gegensatz zwischen Arabern und Juden beigetragen. Diese Politik muß aufgegeben werden, denn die arabischen kapitalistischen Betriebe und die Staatsarbeiten zusammen können die Gesamtmasse der arabischen Proletariat, die durch das Eindringen des Kapitalismus geschaffen wurde, nicht aufsaugen. Die arabischen Arbeiter sind daher *gezwungen*, in jüdischen Betrieben Arbeit zu suchen, und werden dort beschäftigt, weil ihre Arbeitskraft billiger ist.

Eine Annäherung von Juden und Arabern kann nur dadurch erzielt werden, daß das Mandat abgeschafft wird und ein unabhängiges demokratisches Palästina entsteht. In einem solchen Palästina wäre die weitere Einwanderung von Juden keine so brennende Frage wie heute. Solange sie die Entwicklung des Landes förderte, würde sich ihr niemand in Palästina widersetzen.

Ein demokratisches Palästina könnte als Gleichberechtigter über einen Bündnisvertrag mit Großbritannien nach dem Vorbild des Irak, Syriens und Libanons verhandeln. Dies würde sicherlich nicht vollständige Unabhängigkeit bedeuten, wäre aber bei der gegenwärtigen Lage ein Schritt vorwärts.

Auf diesen Linien verläuft der Weg zu einer Annäherung und zum Frieden zwischen Arabern und Juden in Palästina. Es muß alles versucht werden, um alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte unter den Juden in Palästina mit der arabischen Unabhängigkeitsbewegung zusammenzuschließen, denn letztere ist im Grunde genommen eine demokratische Bewegung, die den Wunsch des arabischen Volkes nach einem unabhängigen demokratischen Lande zum Ausdruck bringt.

Wird der Kampf für ein unabhängiges und demokratisches Palästina auf den oben angeführten Linien geführt, so muß sich eine Stärkung der Kräfte einer vereinigten jüdisch-arabischen Volksbewegung ergeben, die die Schaffung einer fortschrittlichen und friedlichen Ära in Palästina verbürgen wird.

Der erste Schritt in dieser Richtung muß die Einberufung einer *Arabisch-jüdischen Konferenz* sein. Eine Voraussetzung für den Erfolg dieser Konferenz wären die Freilassung der jetzt im Gefängnis oder in der Verbannung befindlichen Araberführer und die Verkündung eines Waffenstillstandes zwischen der arabischen und der jüdischen Bewegung. Eine solche Konferenz würde die geeignetste und annehmbarste Form einer demokratischen Regierung ausarbeiten, die sich auf das allgemeine Wahlrecht aller Erwachsenen stützen würde.

Die Durchführung von Wahlen wäre dann der nächste Schritt zur Schaffung einer verantwortlichen Regierung in Palästina. Die Aufgaben einer solchen Regierung würden darin bestehen, auf Grund von Richtlinien zu arbeiten, die sich wie folgt zusammenfassen lassen: 1. *Aufhebung des Mandats*, 2. *Errichtung eines vereinten, unabhängigen, demokratischen Palästina*, 3. *Gemeinsame arabisch-jüdische Einwanderungskontrolle*, 4. *Gemeinsame arabisch-jüdische Kontrolle der Bodenverkäufe und Agrarreformen, die das Recht aller Bodenbesitzer auf ihren Boden verbürgen*, 5. *Eine vereinte arabisch-jüdische Arbeiterbewegung*.

## Palästina

### Der Woodhead-Bericht und Großbritanniens zukünftige Palästina-Politik

Von L. Ronak (London)

«Wir haben gesagt, daß es unserer Meinung nach unter der arabischen Bevölkerung Palästinas eine tiefverwurzelte Feindseligkeit gegen Teilung in jeglicher Form gibt, und daß wir davon überzeugt sind, daß der von der Königlichen Kommission empfohlene Plan zum Ausbruch eines allgemeinen Aufstandes führen würde, der nur durch harte und vielleicht langandauernde militärische Maßnahmen unterdrückt werden könnte.»

(Bericht der Woodhead-Teilungskommission, Seite 233.)

Dies ist der Wesensinhalt des so lange erwarteten Berichtes der Woodhead-Kommission. Er hat an Hand reichhaltiger statistischer Angaben und Tatsachen nachgewiesen, daß die Zerstückelung Palästinas in einen Judenstaat, einen Araberstaat und Mandatsgebiete weitere Kämpfe und weiteres Blutvergießen in einem noch höheren Ausmaße als bisher bewirken würde.

Noch vor kurzem hatte Großbritanniens Nationale Regierung ihre feste Entschlossenheit verkündet, die Teilung Palästinas zu erzwingen. Dies stieß bei den Arabern auf wachsenden Widerstand und auf bewaffnete Aktionen. Daraus ergaben sich Elend und Leiden sowohl für Juden wie auch für Araber. Nun hat diese gleiche Regierung diese Teilung als «undurchführbar» bezeichnet. Der Bankrott der Herrschaft Großbritanniens über Palästina wird also noch offenkundiger denn je.

Die im Juli 1937 von der Peel-Kommission gemachten Empfehlungen (der sogenannte Plan A), die von so vielen Leuten (auch von solchen aus der Britischen Arbeiterpartei) aufs höchste gepriesen worden waren, wurden nunmehr undurchführbar befunden und von den Mitgliedern der Woodhead-Kommission einmütig verworfen. Innerhalb des im Plan A vorgeschlagenen Judenstaates hätte es 305 000 Juden gegeben, die ein Fünftel des Bodens besessen hätten, und eine Minderheit von 295 000 Arabern hätte die übrigen vier Fünftel besessen. Galiläa im Nordteil Palästinas, eine überwiegend arabische Gegend, wäre zum Judenstaat geschlagen worden.

Die Kommission legte einen anderen Teilungsplan vor (Plan B). Fast ganz Galiläa wurde darin vom Judenstaat abgetrennt. Es gab aber weiter eine arabische «Minderheit» von 188 000 Personen gegenüber 300 000 Juden. Gegen die Stimme eines einzigen Kommissionsmitgliedes wurde auch dieser Plan als undurchführbar verworfen.

Die vielgeplagten Kommissionsmitglieder entwarfen darauf den Plan C, der den Judenstaat noch mehr verkleinerte. Sowohl der Nordteil wie auch der Südteil Palästinas sollten Mandatsgebiet bleiben. Mittel-Palästina sollte in einen Araberstaat und in einen winzigen Judenstaat geteilt werden, der weniger als die Hälfte des im Plan A vorgesehenen Judenstaates umfassen sollte, und außerdem sollte von Mittel-Palästina noch ein Korridor von Jerusalem zum Meere abgetrennt werden und Mandatsgebiet bleiben. Die arabische «Minderheit» hätte dann nur 50 000 Personen betragen. Es war aber unmöglich, für diese Staaten Grenzen festzusetzen. Um sich aus dieser Sackgasse herauszuwinden, empfahl man eine abgeänderte Form der Teilung, einen «wirtschaftlichen Föderalismus». In ihrem Weißbuch verwarf die Regierung Großbritanniens auch diesen Plan C.

Die Führung der Zionisten klammerte sich eifrigst an die Teilung, weil sie ihr wenigstens einen winzigen Judenstaat in Palästina bot. Mit diesen Führern gingen auch manche führende Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung und der fortschrittlichen Bewegung Großbritanniens zusammen. Die Annahme der Teilung bedeutete, daß diese Zionistenführer, diese Verbündeten des britischen Imperialismus, und ihre Anwälte in der Arbeiterbewegung Großbritanniens die Lage der 400 000 Juden in Palästina gefährdeten und zugleich unter den verfolgten Juden in Ost- und Mitteleuropa falsche Hoffnungen erweckten. Für alle diese Führer war der Bericht ein schwerer Schlag, da er die Möglichkeiten eines Judenstaates hinweggefegt hat.

Warum war die Teilung Palästinas überhaupt vorgeschlagen worden? Weil der britische Imperialismus eines neuen Hilfs-

mittels bedurfte, um Palästina weiter unter seiner Herrschaft zu halten und um der Unabhängigkeitsbewegung der Araber Hindernisse in den Weg zu legen. Der Aufruhr von 1936 hatte Großbritanniens herrschende Klasse ernsthaft erschreckt. Das Ansehen des Britischen Reichs im Nahen Osten war bedenklich erschüttert worden. Die Stärke und die große Ausdehnung des Aufstandes machten es klar, daß es gefährlich wurde, das Mandat weiter bestehen zu lassen. Da das Mandat den Zwecken Großbritanniens nicht weiter dienlich sein konnte, wurde es aufgegeben, und nun galt es, ein neues Hilfsmittel zur Beherrschung Palästinas zu finden. Dies sollte die Teilung sein.

Hätte Großbritannien die strategisch wichtigsten Teile Palästinas weiter als Mandatsgebiet behalten und den Rest von Palästina in Marionettenstaaten der Araber und der Juden zerstückelt, so hätte es Palästina weiter beherrschen und zugleich damit einen Teil der Verantwortung für die Mandats Herrschaft von sich abwälzen können. Zugleich würden die Bestrebungen sowohl der Araber wie auch der Juden in einem gewissen Ausmaß erfüllt erscheinen.

Aber dieses schlaue ersonnene Hilfsmittel hat sich als undurchführbar erwiesen. Welche Taktik wird nun die Regierung Großbritanniens einschlagen? Aus dem ersten Schritt, den sie unternommen hat, ergibt es sich, daß sie versucht, die imperialistenfreundlichsten und nachgiebigsten Elemente unter den Arabern und unter den Juden zu einer Konferenz zusammenzubekommen, so daß irgendeine Art Kompromiß auf Kosten des Unabhängigkeitskampfes der Araber gefunden werden kann. Diese Araber und diese Zionisten sollen im besonderen zwecks Festsetzung der Quote für die Einwanderung von Juden befragt werden. Angesichts des Widerstandes der Araber gegen die Einwanderung von Juden unter den gegenwärtigen Verhältnissen könnte es sein, daß die weitere Einwanderung von Juden einschneidend verringert werden würde.

Eine Konferenz von der Art jener, wie sie von der Regierung Großbritanniens angestrebt wird, muß verurteilt und angeprangert werden, weil sowohl die Juden wie auch die Araber, die sich an ihr beteiligen würden, nichts anderes als Strohmänner Großbritanniens wären.

Die führenden Zionistenvertreter, die bis vor kurzem nicht einmal im Namen der gesamten zionistischen Weltorganisation gesprochen haben, vertreten nicht alle Teile des Judentums. Ebensovienig haben die «gemäßigten» Araber starken Anhang im arabischen Volke. Die wirklichen Führer des arabischen Volkes in seinem Unabhängigkeitskampfe, die das Recht haben, im Namen dieses Volkes zu sprechen, sind jene Mitglieder des verboten Höheren Ausschusses der Araber, die entweder auf den Seychellen-Inseln eingekerkert oder in der Verbannung sind. Die «gemäßigten» Araber sind die verräterischsten und reaktionärsten Elemente in der Araberbewegung. Es ist dies jene Gruppe, die unter der Führung von Naschabitschi steht, der insgeheim der Teilung zustimmte und nun vor dem Groll des arabischen Volkes fliehen mußte. Diese Gruppe stellt jenen Teil der arabischen Oberschicht dar, der aus dem Eindringen der Zionisten dadurch Gewinn gezogen hat, daß er den Juden zu hohen Preisen Land verkaufte und sich damit bereicherte, während die vom Boden vertriebenen arabischen Pachtbauern und Landarbeiter verarmten.

Die Konferenz muß beide Völker vollständig vertreten finden. Vertreter aller Teile und Klassen des Judentums, der Zionisten wie auch der Nichtzionisten, müssen eingeladen werden, und ebenso müssen auch die Mitglieder des Höheren Ausschusses der Araber, die amnestiert oder zur Heimkehr zugelassen werden müssen, als Vertreter der Araber eingeladen werden, denn diese Ausschußmitglieder sind die wirklichen Vertreter der Befreiungsbewegung der Araber, die von den verarmten Bauern, Arbeitern und Angehörigen der städtischen Mittelschichten sowie von jenem Teile der Oberschichten der Araber unterstützt wird, deren Industrie- und Handwerksbetriebe unter der Konkurrenz der besser ausgestatteten jüdischen und britischen Betriebe gelitten haben, und die deshalb in den ant imperialistischen Kampf mit hineingezogen worden ist.

Diese Konferenz, die wirklich alle Beteiligten vollständig vertritt, muß unter den Auspizien des Völkerbundes stattfinden, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll, und darf nicht von der Regierung jener herrschenden Klasse beherrscht werden, deren zwanzigjährige Herrschaft über Palästina solche Mißstände hervorgerufen hat.

Um dem Frieden und dem Zusammenwirken in Palästina den Weg zu ebnen, müssen die Arbeiterbewegung und die demokratischen Bewegungen in allen Ländern der Welt eine wirkliche Friedenskonferenz auf der oben aufgezählten Grundlage einer umfassenden Vertretung aller Beteiligten fordern.

Die «Prawda» vom 1. November beleuchtet die Ereignisse in Palästina und kommt zu dem Schlusse, daß die Versuche Deutschlands und Italiens, den nationalen Befreiungskampf des arabischen Volkes für ihre Eroberungsziele auszunutzen, und die Schwierigkeiten, welche der englische Imperialismus in Palästina findet, beweisen, daß die englisch-deutschen und die englisch-italienischen Gegensätze im Nahen Osten sich erneut verschärfen. Die faschistischen Aggressoren versuchen auch auf diesem Teil des Erdballs, die Macht und den Einfluß des Britischen Reiches zu untergraben.

## Palästina

### Zum Plan einer arabisch-jüdischen Konferenz

Von I. Ronap

Im November 1938 erklärte die britische Regierung in ihrem Weißbuch über Palästina, daß die Teilung des Landes in ein arabisches und ein jüdisches «undurchführbar» sei und daß eine Konferenz der Vertreter der Araber und der Juden einberufen werden soll. Seither mußte die Nationale Regierung ihre Stellungnahme etwas ändern. Zuerst wollte sie bloß die «gemäßigten» Araber zur Konferenz einladen, d. h. diejenigen, die zum Programm des Obersten Komitees der Araber in Opposition standen. Aber diese Absicht wurde sogar in zionistischen Kreisen bekämpft, die verlangten, daß der Großmufti und andere wirkliche Führer des arabischen Volkes herangezogen werden.

Die Nationale Regierung war folglich gezwungen, eine Anzahl verbannter Führer des Obersten Komitees der Araber freizulassen. Diese haben nun — den letzten Meldungen zufolge — auf einer Zusammenkunft beschlossen, an der Londoner Konferenz teilzunehmen und die Mitglieder ihrer Delegation ernannt, die unter dem Vorsitz eines Verwandten des Großmufti, *Djamat Bey Hussein*, stehen wird.

Die Einberufung einer arabisch-jüdischen Konferenz ist der Versuch, eine «Einigung» zwischen Juden und Arabern herbeizuführen. Man trachtet, von beiden Seiten die reaktionärsten Elemente einzuladen, um ein «Abkommen» zustande zu bringen, das den vollendeten Verfall an Unabhängigkeitskampf der Araber darstellen würde. Das aber kann die Lage in Palästina nur verschlimmern.

Die «gemäßigten» Araber sind diejenigen, die für einen Kompromiß mit der britischen Herrschaft und mit dem Zionismus sind. Sie sind hauptsächlich in der Partei der Nationalen Verteidigung organisiert, die zum Großmufti und seiner Partei in Opposition steht und von *Ragheb bey Nashashibi* geführt wird. Man meint allgemein, daß der Gegensatz zwischen der Partei des Großmufti und der von *Nashashibi* auf der alten Rivalität reicher Großgrundbesitzerfamilien beruhe, die in Palästina das werklätige arabische Volk ihrem eigenen Interesse entsprechend beeinflussen. Das ist ein dummes Argument zionistischer Propaganda gegen die arabische Freiheitsbewegung. Vielmehr entspricht den beiden Strömungen der arabischen nationalen Bewegung (der «gemäßigten» und der «extremistischen») je eine bestimmte soziale Basis. Die beiden Parteien widerspiegeln im allgemeinen die Veränderung der arabischen Wirtschaft unter dem Druck der zionistischen Einwanderung und widerspiegeln insbesondere die Interessen sozialer Gruppen innerhalb der arabischen Bourgeoisie und Grundbesitzer und ihr Verhältnis zum britischen Imperialismus.

Die zionistische Einwanderung hatte ihre Wirkung auf alle Schichten der arabischen Bevölkerung. Die Juden kauften den arabischen Gutsbesitzern Land ab, entfernten die arabischen Pächter und erhöhten damit die Zahl der landlosen arabischen Bauern. Das auf diese Weise neu entstandene arabische Proletariat war unorganisiert, schlecht bezahlt, ohne jede staatliche Hilfe und stand der chauvinistischen Politik der Histadrut (Palästinaische Arbeiterföderation) gegenüber, die alle jüdischen Betriebe von den arabischen Arbeitern «übernehmen» wollte. Auch die arabischen Kaufleute, Handwerker und Angestellten wurden von der jüdischen Einwanderung betroffen. Alle diese Schichten stehen hinter der arabischen Bewegung.

Aber der Zustrom von jüdischem und nichtjüdischem ausländischem Kapital hat auch die arabischen Grundbesitzer und Bourgeoisie getroffen. So mancher alte Betrieb wurde durch die Konkurrenz des besser ausgerüsteten neuen jüdischen Betriebes ruiniert. Auch Grundbesitzer gibt es, die sich der anti-imperialistischen Bewegung anschließen, um die Unzufriedenheit ihrer Landarbeiter von sich selbst abzulenken. Dieser Teil

der arabischen Grundbesitzer trachtet nach dem Anschluß an den Nationalen Block, d. h. die extremen antiimperialistischen Parteien, unter denen die Palästinaische Arabische Partei unter der Führung des Großmufti die Führung hat.

Das ist die soziale Basis der extremen antiimperialistischen Araber, vertreten durch das Oberste Komitee der Araber, das sich für kompromißlose nationale Unabhängigkeit einsetzt.

Aber es gibt eine arabische Oberschicht, die sich durch die jüdische Einwanderung bereichert hat, z. B. durch vorteilhafte Landverkäufe an Juden, oder durch Belieferung des jüdischen Marktes mit bestimmten Artikeln. Diese Schichten sind für «Mäßigung» der nationalen Bewegung, d. h. für einen Kompromiß mit dem britischen Imperialismus und dem Zionismus. Diese Fraktion hat, unter der Führung von *Ragheb bey Nashashibi*, die Frage der nationalen Unabhängigkeit auf den zweiten Plan geschoben und sich hauptsächlich auf die Forderung gewisser Einschränkungen für jüdische und nicht-arabische Unternehmungen beschränkt. Diese Gruppe ist also für Kompromisse.

Es ist klar, weshalb die britische Regierung nur diese «Gemäßigten» zur Konferenz einladen wollte.

Aber das ungeheure Anwachsen der revolutionären Bewegung hat sogar manche dieser Kompromißler gezwungen, einen antiimperialistischen Standpunkt einzunehmen. *Ragheb bey Nashashibi*, der im Jahre 1936 aus dem Obersten Komitee der Araber austrat und so die Einheit der arabischen Parteien spaltete, mußte sich gegen die Teilung des Landes erklären. Aber er wird trotzdem nicht von den revolutionären Arabern unterstützt und wagt es nicht, sein wirkliches Gesicht zu zeigen. Das offizielle Sprachrohr der «Gemäßigten» ist jetzt sein Vetter, *Fakhri bey Nashashibi*, der u. a. vom Obersten Komitee den Ausschluß des Großmufti von allen Verhandlungen forderte.

Diese Zionisten-Führer (*Weitzmann-Ben Gurion*-Fraktion) hatten, als die Londoner Regierung für die Teilung war, diese Politik unterstützt und ihre Gegner in der zionistischen Bewegung unterdrückt. Sie waren das Sprachrohr des in Palästina investierten britischen Kapitals von 20 Millionen Pfund, an dem zionistische Kapitalisten beteiligt sind, und hofften allerlei Nutzen von der Teilung des Landes. Ihr Traum von einem (wenn noch so kleinen) souveränen jüdischen Staat ist ausgeräumt. Aber immer noch treu ihrer Politik der Zusammenarbeit mit der britischen Regierung erklären sie:

«Wir werden, wie stets, zusammenarbeiten (mit der britischen Regierung I. R.) und unsere Zusammenarbeit wird, trotz Enttäuschung eine loyale sein.» (*Zionist Review* vom 10. November 1938.)

So wird also auf dieser Konferenz, wo die pro-imperialistischen Zionisten mit den pro-imperialistischen Arabern in der Mehrheit sein werden, die britische Regierung für sie eine gemeinsame Plattform finden müssen. Diese Plattform dürfte die Fortsetzung des Mandats in einer etwas «veränderten» Form darstellen. Aber ein solches Abkommen kann Palästina nicht befrieden. Es würde, im Gegenteil, weitere Konflikte heraufbeschwören und den faschistischen Einfluß unter den reaktionären Elementen der arabischen Bewegung steigern.

Die fortschrittlichen Arbeiter Großbritanniens sind dafür, daß die Labour Party und alle Demokraten eine solche jüdisch-arabische Konferenz fordern müssen, die aus demokratisch gewählten Volksvertretern besteht und das Problem auf der Grundlage eines unabhängigen, demokratischen Palästina lösen würde.



# Die Umtriebe des deutschen Weltpolitik und italienischen Faschismus in den arabischen Ländern

Von M. Akin

Im vorigen Jahr versammelten sich in Jerusalem die Korrespondenten der faschistischen Zeitungen im Nahen Osten und beratschlagten über «Methoden und Tätigkeit in den arabischen Ländern». In dieser Besprechung wurden die «Interessen Deutschlands im Nahen Osten» behandelt und die «Zentralisierung der gesamten Tätigkeit» der faschistischen Agenten in Syrien, im Irak, in Palästina und Aegypten beschlossen. Darüber hinaus verständigten sich die deutschen und italienischen Agenten über das gemeinsame Vorgehen in den arabischen Ländern.

Der Sitz der zentralen Propagandastelle des deutschen Faschismus in den arabischen Ländern ist Kairo in Aegypten. Das nationalsozialistische Propaganda-Ministerium verausgabt monatlich allein in Aegypten 3000 Pfund Sterling für seine Zwecke. Kürzlich errichteten die faschistischen Agenten in Djidela (Jemen) eine neue Zweigstelle ihrer Spionagezentrale.

Parallel mit der Tätigkeit dieser Zentrale verstärkten zahlreiche deutsche Radiostationen und der italienische Sender in Bari ihre demagogische Agitation in arabischer Sprache. Diese Radiosendungen hetzen die Araber gegen England und Frankreich auf und sollen, an die religiösen Gefühle der Araber anknüpfend, deren nationalen Befreiungskampf den Expansionsplänen der Achse dienstbar machen.

Die deutschen Agenten wollen die Araber durch ihre Agitation davon überzeugen, daß die mohammedanische Religion besser sei, als die christliche. Sie verbreiten das Gerücht, in Deutschland seien viele Christen zur mohammedanischen Religion übergetreten... Gleichzeitig schüren sie den nationalen Haß zwischen Arabern und Juden. Die blutige Feindschaft, die in Palästina zwischen Arabern und Juden herrscht, ist durch die Propaganda und Wühlarbeit der deutschen Agenten verschärft worden. Sogar im Irak steht die antisemitische Bewegung der letzten Zeit mit dieser Propaganda in Verbindung. Zur Korruption einiger arabischer Scheichs und Häuptlinge verausgabte das deutsche Konsulat in Damaskus kolossale Mittel. Diese Gelder sind speziell für die Verstärkung der antisemitischen Bewegung bestimmt.

Das deutsche Konsulat in Damaskus verbreitet Proklamationen in arabischer Sprache, die in Berlin gedruckt wurden. Hitlers Buch «Mein Kampf» wurde ins Arabische übersetzt und wird unter den Arabern als «Neuer Koran» verbreitet. Zwischen dem Urtext und der Uebersetzung besteht freilich ein kleiner Unterschied. In der arabischen Uebersetzung wurde die Stelle, in der es heißt, daß die «Araber zur niedrigen Rasse gehören», einfach weggelassen. Das Propaganda-Ministerium verpflichtet jeden in Arabien lebenden Deutschen, dieses Buch mindestens unter 10 Arabern zu verbreiten.

In der letzten Zeit eröffnen die faschistischen Agenten in den arabischen Ländern einen «Kulturklub» nach dem anderen. So wurde in Damaskus der Klub «Nadiul Arabi» eröffnet. Dieser Klub unterhält die engste Verbindung mit dem deutschen Konsulat und wird von deutschen faschistischen Agenten geleitet. Der Klub ist eine der aktivsten politischen Organisationen im Lande. Unter seinen Mitgliedern befinden sich zahlreiche syrische Staatsbeamte. Kürzlich wurde bei einem Klubmitglied Hausdurchsuchung vorgenommen. In seinem Hause fand man 18 deutsche Gewehre, hunderte Handgranaten, 20 Seitengewehre, 8 Pistolen und eine große Menge Munition. Dieser Mann war einer der Gründer des Klubs. Er gestand, daß diese Waffen aus Deutschland eingetroffen und zum Weiterversand nach Palästina

bestimmt wären. Außer dem «Klub» treibt in Syrien auch noch die Organisation der sogenannten «Eisernen Hemden» ihr Unwesen. Die Leitung der faschistischen Agenten in Syrien liegt in der Hand des Dr. Schechbenderi, der seine Anweisungen direkt von den Nazis aus Berlin erhält.

Aehnliche «Klubs» und Organisationen etablieren die deutschen Faschisten auch in Aegypten. An die Spitze dieser Klubs stellen sie Araber, die ihre Bildung in Deutschland genossen haben und sich als «Freunde Deutschlands» bekennen. Obwohl die ägyptische Regierung den Mitgliedern solcher Organisationen das Uniformtragen verboten hat, organisieren die Agenten des deutschen Faschismus auch weiterhin Sturmabteilungen. Kürzlich befahl der Leiter dieser Sturmabteilungen plötzlich die Mobilmachung, um sich von ihrer Kampfbereitschaft zu überzeugen. Zwei Stunden nach Befehlserteilung waren die Mitglieder der Organisation bereits in Maadi, in der Nähe von Kairo, versammelt. Als die italienischen Faschisten in Rom zu schreiben begannen, «Tunis und Djibouti müssen unser sein», schrien die faschistischen Agenten in Aegypten im Chor «richtig».

Bei der Wühlarbeit in den arabischen Ländern beschränken sich der deutsche und der italienische Faschismus jedoch nicht nur auf die Gründung von «Klubs» und auf faschistische Propaganda. Die Gestapo und OVRA haben über diese Länder ein breites Spionagenetz gesponnen. Gleich einem Heuschreckenschwarm ließen sich hunderte Frauen — Gestapoagenten — als Kabarett-Schauspielerinnen im Nahen Osten nieder. Sie befassten sich alle mit faschistischer Propaganda und trugen wertvolle Nachrichten zusammen. Solcher «Schauspielerinnen» gibt es in Aegypten 300, in Syrien 150, in Iran annähernd 200 und im Irak 20. Vor der Abreise nach dem Nahen Osten machen sie in Hamburg einen kurzen Spionagekurs durch. Sie kommen gruppenweise oder einzeln in die arabischen Länder. Zahlreiche Frauen werden auch als Schneiderinnen, Lehrerinnen, Stenotypistinnen, Bankangestellte, Photoreporter und Privatangestellte in die arabischen Länder geschickt. Speziell ausgewählte hübsche Mädchen sollen versuchen, bei führenden Staatsbeamten Anstellung zu finden. Der Zustrom deutscher und italienischer «Touristen» nach dem Nahen Osten wird immer größer. Sie haben alle ein Ziel, wenden aber verschiedene Methoden an. Obwohl aus Deutschland keine Valuta ausgeführt werden darf, verfügt jeder dieser «Touristen» über mindestens 5000 Mark.

Der deutsche und der italienische Faschismus verfolgen die Ereignisse in Palästina mit größter Aufmerksamkeit. Der Jerusalemer Mufti al Hussein erhält seine Direktiven unmittelbar aus Berlin. Die Partisanenabteilungen der Mufti-Anhänger werden von deutschen Offizieren geleitet. Kürzlich wurde in Jerusalem eine von einem deutschen Offizier geleitete Werkstatt entdeckt, in der Bomben hergestellt wurden. Im August vorigen Jahres wurde an der Grenze von Syrien und Palästina ein Lastauto mit 500 Gewehren und Handgranaten deutscher Herkunft angehalten. Kürzlich fand in Damaskus eine Versammlung der Mufti-Anhänger statt. Einer seiner engsten Mitarbeiter, Ischak Dervase, erklärte, daß aus Deutschland bedeutende Geld- und Waffensendungen eingetroffen seien.

Die Gestapo-Agenten in Palästina gründeten eine neue illegale Organisation, die «Schwarze Hand», die sich speziell mit Terror-, Spionage- und Diversionsakten befaßt. Auf Direktive dieser Organisation wurden Attentate gegen Antifaschisten und

Mufti-Gegner organisiert. Die deutschen Agenten finanzieren unverhüllt die Zeitung des Mufti, den «Al Lahab». Dieses Blatt tritt offen mit antisemitischen und faschistischen Losungen auf und ruft den Mufti zum «Führer» aus.

Im vergangenen Jahr erklärte der deutsche faschistische Professor Max Grün bei einem Vortrag in Rom u. a., daß «Italien mit Hilfe der Araber durch Zerstörung der Oelleitung Mosul-Haifa die englische Mittelmeerflotte des Brennstoffs berauben könne». In der letzten Zeit wurden Ueberfälle und Zerstörungen an der Oelleitung immer häufiger. In den arabischen Ländern, insbesondere in Jemen und in Saudi, treiben auch die japanischen Agenten ihr Unwesen. Besondere Aufmerksamkeit wenden sie den Küstungen dieser Länder zu.

## Palästina

### Die faschistische Offensive und die gegenwärtigen Kämpfe

Von I. Renap

Die blutigen Konflikte in Palästina dauern an und werden immer zahlreicher und schwerwiegender. Am 27. Februar sind bei Bombenanschlägen und Schießereien 91 Araber getötet worden. Einige Führer der faschistischen Revisionisten, der äußersten Rechten der zionistischen Bewegung, wurden verhaftet. Unter den verhafteten Zionistenführern befand sich auch einer, der eine begeisterte Biographie Mussolinis geschrieben hatte. Im vergangenen Juli waren bei ähnlichen Ausschreitungen ebenfalls viele Araber getötet worden. Die Verantwortlichen für dieses Blutvergießen sind nicht nur die faschistischen Revisionisten, sondern auch die Hand des italienischen Faschismus ist bei den Unruhen deutlich sichtbar geworden.

Zu dem jüngsten Blutvergießen kam es bei den arabischen Demonstrationen, die bei Bekanntwerden des Plans des britischen Kolonialministeriums, ein unabhängiges Palästina zu bilden, stattfanden. Bei diesen Demonstrationen wurden Rufe ausgestoßen, wie: «Palästina gehört uns! Die Juden sind unsere Hunde! Lang lebe der Mufti! Tod den Juden!» Eine Reihe von Juden wurde getötet. Es heißt, daß die Bombenanschläge gegen die Araber jüdische Racheakte für diese antijüdischen Ausschreitungen waren.

Am 6. März wurde ein Lastauto, in dem sich jüdische Siedler aus Kouzoth Alonim befanden, durch eine Mine in die Luft gesprengt. Truppenabteilungen verfolgten mit Hilfe von Bluthunden eine Spur, die vom Schauplatz des Anschlags zur deutschen Templer-Siedlung Waldheim führte. Es wurde nach dem deutschen Konsul gesandt, während die Truppen Instruktionen abwarleten, bevor sie eine Hausdurchsuchung durchführten. Andererseits wird berichtet, daß auf dem Platz vor dem deutschen Konsulat in Haifa Araber demonstrierten und in Heil- und Hochrufe auf Hitler ausbrachen.

Diese Ereignisse sind außerordentlich ernst. In den ersten achtzehn Monaten der Araber-Bewegung waren die antijüdischen Exzesse isolierte und sporadische Nebenprodukte der Revolte gegen den britischen Imperialismus. Nun aber nimmt die Zahl der Konflikte zwischen Arabern und Juden, sowie zwischen verschiedenen Arabergruppen ständig zu. «Friedensbanden» aus jungen Arabern wurden zum Kampf gegen die arabischen Terroristengruppen des Mufti gebildet. Alles deutet darauf hin, daß die Kämpfe in Palästina weit über den Rahmen, von

Kämpfen arabischer Rebellen gegen britische Truppen hinausgehen. Das Zunehmen der inneren Kämpfe zeigt, daß die faschistische Taktik des Schürens bestehender innerer Gegensätze in Palästina große Fortschritte gemacht hat.

Die faschistische Offensive gegen die Demokratie ist das Hauptproblem des Tages. Der Faschismus ist auf der Suche nach strategischen Basen und versucht in den Kolonialländern Fuß zu fassen. Dabei bedient er sich der kolonialen Befreiungsbewegungen. Die faschistischen Agenten geben vor, diese Bewegungen zu unterstützen. Und um festen Fuß zu fassen und den wirklichen Freiheitskampf zu schwächen, spaltet der Faschismus diese Kolonialbewegungen und lenkt sie aus ihrer Bahn. Der Erfolg der faschistischen Bestrebungen würde für die Kolonialvölker bedeuten, daß sie vom Regen in die Traufe kommen. Deshalb ist der wichtigste Kampf, den die Kolonialvölker zu führen haben, der Kampf gegen den Faschismus und seine Agenten in den kolonialen Befreiungsbewegungen. Denn der Kampf der Kolonialvölker für demokratische Rechte, der ebenfalls weitergeführt werden muß, kann nur erfolgreich sein, wenn die Spaltungs- und Ablenkungsversuche des Faschismus zum Scheitern gebracht werden.

Der arabische Kampf für demokratische Rechte und Unabhängigkeit ist im Grunde ein revolutionärer und fortschrittlicher Kampf. Seine treibenden Kräfte sind Arbeiter, Bauern und die städtischen Mittelschichten. Seine gegenwärtigen Führer sind Klarikale, feudale Grundbesitzer und Bourgeois. Sozial gesehen, gehören sie zu den reaktionärsten Kreisen Palästinas und können keinesfalls die Befreiungsbewegung zu ihrem Enderfolg führen. In der Vergangenheit haben sie den Kampf gebremst und mit dem britischen Imperialismus Kompromisse geschlossen. Aber die Breite und Tiefe der Revolte des Jahres 1936 zwang diese Elemente, sich an die Spitze des Kampfes gegen den britischen Imperialismus zu stellen, sofern sie ihren Einfluß auf die arabischen Massen bewahren wollten. 1937 schlug die Peel-Kommission die Teilung Palästinas vor. Im Prinzip war dieser Plan von der britischen Regierung angenommen worden. Dies ließ die Revolte neuerlich aufflackern. Die Teilung wurde von den vom arabischen Hochkomitee geführten Massen bedingungslos abgelehnt. Diese Opposition führte zur Zwangsausslösung des arabischen Hochkomitees durch die Behörden von Palästina. Soweit der Großmufti und sein Kreis durch den Kampf gegen den Teilungsplan den Kampf gegen den britischen Imperialismus fortsetzten, erfüllten sie auch weiterhin eine fortschrittliche Aufgabe. Der faschistische Einfluß in Palästina war zu dieser Zeit noch gering.

Die Enttaupung der arabischen Befreiungsbewegung und die Verwendung von Truppen und Repressalien, ebenso wie die durch die imperialistische und zionistische Politik hervorgerufenen arabisch-jüdischen Gegensätze, schufen günstige Voraussetzungen für die Ausbreitung des faschistischen Einflusses unter den Arabern. Während im ersten Jahre der Revolte die Waffen, die den arabischen Rebellen abgenommen wurden, höchstens für ein Museum tauglich waren, beschlagnahmte man, nachdem das arabisches Hochkomitee in die Illegalität getrieben worden war, bei den Arabern Waffen deutschen und italienischen Ursprungs. Faschistische Agenten und «Instruktoren» entfalteten bei den Rebellen eine eifrige Tätigkeit. Einerseits übten diese Agenten ihren Einfluß auf die arabischen Chauvinisten aus, was zu wachsendem Terror und immer zahlreicheren Ueberfällen auf Juden führte — man denke nur an die Massakrierung jüdischer Frauen und Kinder in Tiberium im vergangenen November — andererseits standen sie in Kontakt mit den faschistischen Revisionisten, die für die an den Arabern begangenen Grausamkeiten verantwortlich sind.

Die Verantwortung für das Wachstum des faschistischen Einflusses und die Ablenkung des ant imperialistischen Kampfes tragen der Mufti und seine Clique, die Geld, Waffen und «Instruktoren» von den Faschisten übernahmen. Durch die Annahme der faschistischen Unterstützung unterminieren der Mufti und sein Kreis den arabischen Kampf für demokratische Rechte. Der Mufti war immer eine fragwürdige Erscheinung und wie er früher bereit war, sich an Großbritannien zu verkaufen, so hat er sich nun an die faschistische Achse verkauft.

Aber auch der britische Imperialismus hat seine Agenten und Verbündeten. Sein wichtigster Verbündeter ist die zionistische Führerschaft, die die Schaffung einer jüdischen Mehrheit in Palästina anstrebt. Großbritannien hat die zionistische Bewegung als Prellbock gegen die arabischen Unabhängigkeitsbestrebungen benützt. Das hat die Araber zum Aufstand getrieben.

Ein anderer Verbündeter Großbritanniens sind die «gemäßigten» Araber, die Nashashibi-Gruppe, die jene Schichten arabischer Grundeigentümer und Kapitalisten vertritt, die sich an

der zionistischen Expansion durch Landverkäufe an Juden unter der britischen Herrschaft bereichert hat und deshalb immer einen Weg des Kompromisses mit dem britischen Imperialismus und dem Zionismus gesucht hat. Die Nashashibi-Gruppe wird den arabischen Unabhängigkeitskampf zweifellos bei der ersten besten Gelegenheit verraten.

Der Kampf in Palästina ist im Rahmen der gegenwärtigen internationalen Situation und der faschistischen Versuche, strategische Basen auf Kosten der Demokratien zu gewinnen, keineswegs mehr ein reiner Kampf der arabischen Massen gegen den britischen Imperialismus und die zionistische Expansion. Dieser Kampf ist komplizierter geworden und wird durch die Kriegspläne beeinflußt, die die Achsenmächte gegen die Demokratien auf Kosten der Völker von Palästina vorwärtstreiben.

Das arabische Volk muß mit Unterstützung der fortschrittlichen Schichten des Judentums einen kompromißlosen Kampf gegen den Mufti führen, der trotz seiner arabischen Unabhängigkeitsforderungen die Araber und die anderen palästinensischen Völker für die ihm geleisteten Dienste an die Achse verkaufen wird. Gleichzeitig müssen die Juden sich klar darüber werden, daß die Politik der gegenwärtigen zionistischen Führer, eine jüdische Mehrheit gegen die Opposition der Araber durchzusetzen, gemeinsam mit dem britischen Imperialismus einen beträchtlichen Teil der Verantwortung für das faschistische Eindringen in Palästina trägt. Die Fortsetzung dieser Politik würde zweifellos Beihilfe zur Unterminierung der Lage des Judentums in Palästina und in der Welt überhaupt bedeuten.

Zur Abwehr der faschistischen Bedrohung ist es nötig, daß die fortschrittlichen Schichten der Juden und Araber in Palästina sich zu einem einheitlichen Kampf gegen die faschistische Achse und ihre Agenten im arabischen und jüdischen Lager zusammenschließen. Durch demokratisch gewählte Vertreter muß ein gemeinsames Programm für ein demokratisches Palästina ausgearbeitet werden, in dem beide Seiten sich über alle die palästinensischen Probleme, Einwanderung, Agrarreform, Landreform usw. einigen können. Ein solches Übereinkommen würde dem faschistischen Eindringen einen Damm entgegensetzen, während es gleichzeitig Möglichkeiten weiterer jüdischer Einwanderung nicht nur nach Palästina, sondern auch in die arabischen Nachbarländer erschließen würde. So ist beispielsweise Irak bereit, 300 000 jüdische Einwanderer aufzunehmen, falls ein solches Übereinkommen zustandekommt.

Die Londoner Palästina-Konferenz hat zu keiner arabisch-jüdischen Verständigung geführt. Die Araber wurden mit einem Plan abgespist, der Palästina «schrittweise» in einem Zeitraum von 5 bis 10 Jahren unabhängig machen soll. Auf diese Weise würde Großbritannien Palästina weiterhin in der Hand behalten. Gleichzeitig ist dieser Plan ein tödlicher Schlag für den Zionismus. Angesichts des faschistischen Eindringens unter die Araber hat Großbritannien die Balfour-Deklaration offen zerrissen. Es hatte allerdings niemals die Absicht gehabt, sie wirklich durchzuführen, das heißt eine jüdische Mehrheit zu schaffen. Großbritannien hat damit sein zionistisches Werkzeug fallen gelassen, um die Araber zu gewinnen.

Die entscheidende zionistische Führerschaft, die die Politik des Vertrauens in Großbritannien vertrat, ist nun bloßgestellt und bankrott. Die Juden in Palästina müssen deshalb verstehen, daß sie nichts zu gewinnen und alles zu verlieren haben, wenn sie sich weiter an den britischen Imperialismus binden, statt ein Einvernehmen mit den Arabern zu suchen. Neben Männern, wie Dr. Magnes und Norman Bentwich, die unermüdlich für die arabisch-jüdische Verständigung gearbeitet haben, hat sich auch der zionistische Arbeiterführer S. Kaplanski der Politik der Zusammenarbeit mit Großbritannien widersetzt und ist für einen Friedenspakt mit den Arabern eingetreten. Gelingt es, diese fortschrittlichen jüdischen Elemente mit den fortschrittlichen Arabern, die Frieden und arabisch-jüdische Zusammenarbeit in einem demokratischen Palästina wünschen, zusammenzubringen, so würde damit der Einfluß des Mufti bedeutend herabgemindert werden. Daß der Mufti und seine Politik für die nach demokratischen Rechten strebenden arabischen Massen nicht repräsentativ sind, zeigt ein Artikel, den ein junger arabischer Nationalistenführer Raif N. Kuri in der «New York Worlds» veröffentlicht hat. In diesem Artikel wird ausgeführt, daß die arabischen Massen in Palästina den Faschismus hassen und alle fortschrittlichen Araber für ein demokratisches Palästina mit einer demokratisch gewählten arabisch-jüdischen Regierung eintreten.

So gibt es auf beiden Seiten fortschrittliche Kreise, die durch die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung der Welt auf eine gemeinsame Plattform des Kampfes gegen den Faschismus und für ein demokratisches Palästina zusammenge-

bracht werden müssen. Diese Aufgabe wäre leichter, wenn die gegenwärtige Histadrut-Politik der Trennung der arabischen und jüdischen Arbeiter, durch eine Politik ersetzt würde, die aus der Histadrut die Grundlage für eine binationale Arbeiterbewegung in Palästina macht. Die Schaffung der arabisch-jüdischen Arbeiterereinheit würde außerordentlich dazu beitragen, die fortschrittlichen Kräfte unter den Arabern und Juden im Geiste der Weltseinheit gegen den Faschismus und für ein freies, demokratisches Palästina, mit gleichen Rechten für alle, zu einen.



## Palästina

### Die Londoner Konferenz und Großbritanniens „Plan“ für Palästina

Von I. Renap (London)

Nach fünf Wochen einselliger Diskussion mit den Juden und mit den Arabern hat der Kolonialminister Malcolm MacDonald die Arabisch-Jüdische Konferenz in London abgeschlossen. Es ist ihm nicht nur nicht gelungen, beide Seiten zusammenzubringen, sondern es haben auch sowohl die Araber von Palästina wie auch die Juden den «Plan» der Nationalen Regierung Großbritanniens für die Lösung der Palästinafrage kategorisch abgelehnt.

Dennoch war die Nationale Regierung gezwungen, von der festen Haltung, die sie vorher und zu Beginn der Konferenz eingenommen hatte, beträchtlich abzugehen, daß nämlich das Mandat, wenn auch abgeändert, so doch weiterbestehen sollte. Um die Araber Palästinas von der Angst vor einer Herrschaft der Juden abzubringen, ist die Balfour-Deklaration (Großbritanniens Kriegsversprechen an die Zionisten im Jahre 1917, eine jüdische Mehrheit und später einen jüdischen Staat in Palästina zu schaffen) über Bord geworfen worden. Die Juden werden in Palästina auf etwa einem Drittel der arabischen Bevölkerung gehalten werden.

Aber in der Hauptforderung der Araber nach einem unabhängigen Palästina, das so wie Irak durch einen Vertrag mit Großbritannien verbunden sein sollte, hat die Nationale Regierung sehr geschickt manövriert. Dem Scheine nach stellt der Plan ein Nachgeben an die Araber dar. In Wirklichkeit wird er, falls er durchgeführt wird, Verhältnisse schaffen, die es unmöglich machen werden, daß die Unabhängigkeit Palästinas in der Art Jener des Irak und Ägyptens jemals verwirklicht werde.

Wie «Haaretz» (zentrale Tageszeitung der Zionisten Palästinas) vom 1. März berichtete, wurde den Arabern der Lieblingsplan des Außenministeriums Großbritanniens vorgelegt. Dieser Plan sah einen Bund arabischer Staaten mit Einschluß von Palästina vor. Die Nationale Regierung konnte die Zustimmung der Araber zu diesem Plane (dem die Zionisten nicht ablehnend gegenüberstehen) wegen des Widerstandes und «der Meinungsverschiedenheiten zwischen den arabischen Staaten selbst» nicht erzielen, denn dieser Plan sah einen arabischen Staatenbund unter der Hegemonie Ägyptens und unter der Herrschaft eines ägyptischen Fürsten vor. Irak und Saud-Arabien sind aber nicht geneigt, Ägypten gegenüber die zweite Geige zu spielen, und die Araber Palästinas, die ständig mit dem Mufti in Verbindung standen, traten kräftig für ein unabhängiges Palästina und für einen Vertrag zwischen Großbritannien und Palästina ein.

Die feste Haltung der Araber Palästinas, der die Araber aus den benachbarten arabischen Staaten Unterstützung zu erweisen gezwungen waren, erforderte es, daß irgendein Versuch unternommen werde, um die Araber zu beschwichtigen. Darum wurde ein Plan zur Teilung Palästinas in drei Zonen vorgelegt. Die Einwanderung der Juden würde drastisch beschränkt und nur in die rein jüdische Zone gestattet werden, in der dem Ankauf von Boden durch Juden keine Begrenzungen auferlegt werden würden. In der gemischten arabisch-jüdischen Zone würden dem Ankauf von Boden durch Juden Beschränkungen auferlegt werden, und in der rein arabischen Zone würde der Ankauf von Boden durch Juden untersagt werden. Auch dies wurde von den Arabern verworfen. Die Zionisten wären wohl bereit gewesen, über diesen Plan zu verhandeln, vorausgesetzt, daß die Einwanderung von Juden erhöht worden wäre.

Die Zionisten nahmen zu unmittelbaren Verhandlungen mit den Arabern Zuflucht. Sie hielten eine Anzahl Zusammenkünfte mit arabischen Delegierten aus den benachbarten arabischen Staaten in der Hoffnung ab, daß diese ihrer Ueberredung «zueingänglicher» sein würden. Es kam aber dabei nichts Greifbares heraus. Diese Araber waren gezwungen, die gleiche Stellung einzunehmen wie die Araber Palästinas.

Es wurde klar, daß irgendwelche drastischen Maßnahmen zu treffen waren. Die Nationale Regierung spielte daher ihren Trumpf aus. Die Zionisten wurden auf dem Altar der Interessen des britischen Imperialismus geopfert.

Nach drei Wochen Manövrierens teilte der Kolonialminister den Arabern mit, daß Großbritannien bereit sei, dem Mandat ein Ende zu setzen und nach einer Uebergangszeit einen souveränen Staat Palästina von der Art des Irak zu errichten. Dies kam für die Zionisten gleich einem Donnerschlag.

Aber die Nationale Regierung hatte nicht die Absicht, einen souveränen Staat Palästina zu schaffen. Das Ausmaß an «Unabhängigkeit», das Großbritannien Palästina zu gewähren beabsichtigt, kann aus einer Untersuchung des Planes ersehen werden, der die Entwicklung eines Staates Palästina in folgenden drei Etappen vorsieht:

Etappe I: Jüdische und arabische Minister werden entsprechend der Zahlgröße der beiden Religionsgemeinschaften in die Beratenden Ausschüsse, in denen sie zahlenmäßig stärker als die britischen Beamten sein werden, und in die Vollzugsräte kooptiert werden, in denen sie der Zahl nach den Briten gleich sein werden. Der Hochkommissar wird Vorecht besitzen!

Etappe II: Ein Gesetzgebender Rat wird auf der Grundlage des Verhältniswahlrechts gewählt werden. Eine Anzahl Ministerialstellen kann Palästinensern übertragen werden.

Etappe III: Die Anzahl der Ministerialstellen, die Palästinensern zugestanden wird, wird vermehrt werden, um die Verwaltung schrittweise den Briten aus den Händen zu nehmen. Darauf würde ein unabhängiges Palästina, das mit Großbritannien durch einen Vertrag gebunden wäre, ins Dasein gerufen werden.

Während dieser Uebergangszeit, die fünf bis zehn Jahre dauern würde, würde die Einwanderungsquote für Juden auf 10 000 im Jahre beschränkt werden. Zusätzlich 25 000, die aus den Reihen der Flüchtlinge zu nehmen wären, wodurch die Gesamtzahl der jüdischen Einwanderer in der Uebergangszeit auf höchstens 75 000 zu steigen hätte, würde mit Bewilligung des Hochkommissars und nur dann, wenn Verhältnisse geschaffen werden sollten, die dies ermöglichen, die Zuwanderung gestattet werden. Der Ankauf von Boden durch Juden würde in den rein arabischen Bezirken verboten, in den gemischt arabisch-jüdischen Bezirken beschränkt und in den rein jüdischen Bezirken unbeschränkt sein. Dies würde nach dem Gutdünken des Hochkommissars gestattet werden. Nach der Uebergangszeit wäre eine weitere Einwanderung von der Zustimmung der Araber

abhängig, und die Unabhängigkeit Palästinas wäre von der Zustimmung der Juden abhängig.

Der Charakter dieses Planes tritt klar zutage. Er bietet zum Schlusse ein souveränes Palästina an, legt aber der Unabhängigkeit Palästinas solche Hindernisse in den Weg, daß er sie letzten Endes undurchführbar macht. Denn solange die höchste Autorität in Palästina im Grunde genommen in den Händen der Briten verbleibt, ist es müßig, von einer Annäherung zwischen Arabern und Juden zu reden. Und wenn diese Annäherung nicht erreicht wird, werden die Araber noch weiter der Einwanderung von Juden erbittert feindselig gegenüberstehen, und die Juden Palästinas werden als eine Minderheit gegen einen souveränen Staat Palästinas eingestellt sein.

Die Araber Palästinas verwarfen den Plan ganz und gar, mit Ausnahme der Anhänger Naschschibis, die bereit sind, ihn anzunehmen und mit Großbritannien zusammenzuarbeiten. Die Araber der Nachbarstaaten wären ihm zugeneigt, da sie in ihm die besten Bedingungen erblickten, die erreicht werden könnten. Der Form wegen aber mußten sie sich der Verwerfung des Planes anschließen.

Auch die Zionisten verwarfen den Plan. Mit dem Plan zusammen erhielt aber der Zionistenführer Weizman ein faktisches Ultimatum, daß, wenn die Zionisten dem Plan nicht zustimmen sollten, die Einwanderung von Juden ganz eingestellt werden würde.

Auf diese Weise hat die Konferenz ein Kapitel in der Geschichte der Zionistenbewegung abgeschlossen, das mit der Balfour-Deklaration von 1917 begann, als Großbritanniens Kriegsversprechen, das es nicht zu halten beabsichtigte, die utopistische Bestrebung nach einer jüdischen Mehrheit und schließlich nach einem jüdischen Staat in Palästina durchführbar erscheinen ließ. Jetzt ist es klar, daß eine jüdische Mehrheit und ein jüdischer Staat in Palästina etwas unmögliches sind. Und wenn die Juden Palästinas nicht das Geschick der Juden Deutschlands und Oesterreichs erleiden sollen, müssen sie zusammen mit den Juden der ganzen Welt den Tatsachen ins Auge zu blicken beginnen und aus dieser Konferenz die richtige Lehre ziehen: daß die Juden Palästinas alles zu verlieren haben, wenn sie sich noch weiter auf Großbritannien, auf die Weizman und Ben Gurion verlassen, und daß sie alles zu gewinnen haben, wenn sie eine Annäherung an die fortschrittlichen Araber auf der Grundlage eines freien, demokratischen Palästinas mit Gleichberechtigung für alle suchen.

## Gegen die Schande der Judenverfolgungen

### Juden im Niemandsland und auf Schiffen ohne Bestimmungsort

Die Hafenstädte Mittel- und Südamerikas und jener als «Niemandsland» bezeichnete Grenzstreifen zwischen Deutschland und Polen waren und sind dieser Tage der Schauplatz einer menschlichen Tragödie, über die — wenn es auch um das Leben tausender Menschen geht — in den westlichen Ländern mit knappen Meldungen und unverbindlichen Empörungserklärungen hinweggegangen wird. Urheber dieser Tragödie sind die deutschen Nationalsozialisten, deren entmenschetes Treiben bei den Regierungen der westlichen Länder mehr papierebene Entrüstung als tatkräftige Hilfe für ihre Opfer ausgelöst hat.

Die 918 aus Deutschland kommenden jüdischen Flüchtlinge des Schiffes «St. Louis», die, obwohl mit regelrechten kubanischen Visa versehen, auf Kuba nicht zur Landung zugelassen wurden und die dann in die Häfen verschiedener anderer mittel-amerikanischer Republiken abgewiesen worden waren, nachdem sie viele Wochen im Atlantik herumgeirrt waren, von den Regierungen der vier westeuropäischen Staaten (Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande) ermächtigt, in den betreffenden Staaten vorübergehenden Aufenthalt zu nehmen, allerdings erst dann, als ein amerikanisch-jüdisches Hilfskomitee für jede Person 500 Dollar an Kautionsaufgebracht hatte.

Das Flüchtlingsschiff «St. Louis» ist nicht das einzige. Man erfährt, daß das Schiff «St. Dominik» vergeblich versuchte, 14 Flüchtlinge auf Haiti zu landen. Das Schiff «Monte el Vio», das in Montevideo (Uruguay) abgewiesen wurde, versucht nun, 78 Flüchtlinge in Buenos Aires an Land zu bringen. Ein französisches Schiff mit 104 Flüchtlingen irrt seit Wochen von Hafen zu Hafen. In Rotterdam verwehrte die niederländische Regierung 200 deutschen Juden, die von der SA an Bord des Schiffes «Athene» gebracht wurden, die Landung.

An Bord des Dampfers «Astir» sind 700 Juden in den Hungerstreik getreten, weil ihnen die palästinensischen Behörden die Landung verweigern. Im rumänischen Hafen *Mangalia* traten am 12. Juni 500 aus Deutschland kommende Juden die Abenteuerfahrt nach Palästina an. In einem anderen rumänischen Hafen, in *Balcic*, wurde dem Schiff «Agios Nicolas», das 552 jüdische Flüchtlinge an Bord hatte, in letzter Minute von den rumänischen Behörden verboten, die Anker zu lichten. Unter diesen 552 Emigranten befinden sich 152 Menschen, die erst vor kurzem aus dem Nazi-Konzentrationslager Dachau entlassen wurden. Auf der Donau liegen weitere drei Flußdampfer mit 1300 jüdischen Flüchtlingen, die «irgendwohin» wollen, nach Schanghai, nach Palästina oder nach Afrika... und die noch immer auf die Erlaubnis der rumänischen Behörde, weiterfahren zu dürfen, warten.

Während für die Passagiere des Schiffes «St. Louis» wenigstens für die unmittelbare Zukunft Rat geschaffen wurde, ist das Schicksal aller übrigen auf den verschiedenen Schiffen befindlichen Emigranten noch völlig ungeklärt. Ein Beispiel wirklicher Hilfsbereitschaft lieferte lediglich die *chilenische Volksfrontregierung*, die 100 Passagieren des Flüchtlingsschiffes «*Orazio*» ständigen Aufenthalt in Chile bewilligte.

Der andere Teil dieser die Barbarei des deutschen Faschismus bezeichnenden Tragödie wickelt sich im «Niemandsland» zwischen der polnischen und deutschen Grenze ab. Über 2000 polnische Juden, die lange Jahre in Deutschland gelebt und inzwischen ihre polnische Staatsbürgerschaft verloren haben, wurden von der Gestapo an die Grenze gestellt und von den polnischen Grenzbehörden abgewiesen. Sie irren, seit Tagen ohne Nahrung und von der Gestapo bei eventueller Rückkehr mit d. m. Erschießen bedroht, durch das unbewohnte Grenzgebiet. Bis zum 1. August wollen die Nazi das Niemandsland mit weiteren 18 000 Menschen «bevölkern».

Palästina

## Die revisionistische Gefahr

Von I. Renap

Selt dem Erscheinen des *Weißbuchs* am 18. Mai und dem Bekunden der Absicht der Regierung des Britischen Reiches, das darin enthaltene Programm Palästina aufzuzwingen, hat sich die Lage im Lande immer mehr verschlimmert, im besonderen innerhalb der *Jischwa* (*Jüdische Gemeinschaft in Palästina*), über die das Weißbuch wie ein Blitz aus heiterem Himmel hereinbrach. Dadurch, daß das Weißbuch die *Erklärung Balfours* widerrief, vernichtete es die lange Zeit gehätschelte Hoffnung vieler Jischwa-Mitglieder auf einen künftigen souveränen Judenstaat in Palästina. Das Weißbuch will die Jischwa bloß zu einer ständigen Minderheit in Palästina machen.

Das zwanzigjährige Zusammenwirken der Zionistenführer mit der Mandatsmacht, das sich auf das Versprechen dieser Mandatsmacht stützte, eine Heimstätte der Juden zu schaffen, ist also mit . . . Minderheitsrechten in Palästina belohnt worden. Einer weiteren Einwanderung von Juden sollen die Tore voll und ganz verschlossen werden. (Kolonialminister *Malcolm MacDonald* hat die Einwanderungsquote für das nächste Halbjahr wegen der zunehmenden heimlichen Einwanderung von Juden suspendiert, und diese Maßnahme könnte auf unbestimmte Zeit verlängert werden.)

Auch die Wirtschaftslage wird ärger. Sowohl Araber wie auch Juden leiden schreckliche Not. Die internationale Lage hat gleichfalls ihre Wirkungen auf die Bevölkerung. Es wird allgemein angenommen, daß, sobald die Angreifermächte einen Krieg auslösen, Palästina von den italienischen Flugzeugen angegriffen werden wird. Die Zunahme der Leiden der Juden in Europa und der massenweise Auszug jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland und aus dessen eroberten Ländern (zahlreiche dieser Flüchtlinge kamen nach Palästina auf Flüchtlingsschiffen und durften nicht landen) erzeugen in der Jischwa Zorn, Enttäuschung und größte Verzweiflung. Noch niemals gab es in der Jischwa eine derart erbitterte Stimmung gegen *Chamberlain*. Selbst die britenfreundlichen Zionistenführer sind nun gezwungen, gegen Großbritanniens Regierung scharf Stellung zu nehmen.

Aber diese Führer ermangeln in der gegenwärtigen Lage jeglicher Realpolitik. Noch immer begreifen sie nicht die Notwendigkeit eines aufrichtigen Versuches, sich mit den Arabern zu verständigen. Auch dieser Umstand trägt zur langsam heran-schleichenden Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit innerhalb

der Jischwa bei. All dies schafft zusammen mit der gegenwärtigen verstärkten Verstimmung zwischen Arabern und Juden, die von den faschistischen Agenten noch gefördert wird, innerhalb der Jischwa das Gefühl, daß ihr ganzes Dasein nunmehr in Frage gestellt sei.

Es ist also der Boden für eine neue Gefahr vorbereitet, für die Gefahr eines jüdischen Faschismus in Palästina, die von den von *Jabotinsky* geführten *Revisionisten* herrührt, deren blutige Provokationen gegen Juden und Araber zu einem neuen, furchtbaren Blutbad in Palästina führen könnten.

Jetzt, da sich die Politik des Zionistenführers *Weizman*, die sich auf Zusammenwirken mit Großbritannien und auf das Vertrauen zu dessen Versprechungen stützte, als bankrott erwiesen hat, heimsen die Revisionisten eine reiche Ernte ein. Die gegenwärtige Leitung der Zionisten ist ihren demagogischsten Angriffen ausgesetzt. Das Weißbuch hat, so sagen sie, bewiesen, wie sehr *Weizman* Unrecht hatte; die auf bewaffnete Gewalt gegen die Araber und gegen die Briten gerichtete Politik der Revisionisten habe sich als richtig erwiesen. Die Revisionisten werden von den unwissendsten und politisch rückständigsten Elementen innerhalb der Jischwa unterstützt, die sich durch Losungen wie «Die Araber schlagen wir zu Breit» oder «Aug' um Auge, Zahn um Zahn!» aufhetzen lassen.

Die Terrorhandlungen von Revisionisten gegen Araber werden täglich zahlreicher. Die Verstimmung zwischen Arabern und Juden wird immer ärger. Vor kurzem wurde auf den arabischen Marktplatz in *Haifa* eine Bombe geworfen, die arabische Frauen und Kinder tötete, was eine spontane Kundgebung von Araberinnen vor dem Konsulat *Deutschlands* hervorrief, wobei *Hiller* um Schutz gebeten wurde! Außerdem haben Terrorakte von Revisionisten gegen Arbeiter und andere Anhänger der jüdischen Gewerkschaftsorganisation *Histradut* in typisch faschistischer Weise eingesetzt.

Die gefährlichen Ausschreitungen dieser faschistischen Revisionisten werden durch die Haltung eines Teiles der *Histradut*-Führung stillschweigend ermutigt. Es ist dies jener von *Ben Gurion* geleitete vorherrschende Teil der Führung, der eine «Einheitsfront» mit den Revisionisten sucht und, um diese «Einheit» zu erreichen, sie in jeglicher Weise zufriedenzustellen sucht. Um die Unterstützung der Revisionisten zur Protestkundgebung gegen das Weißbuch vom 18. Mai zu erlangen, gaben

diese Histradut-Führer der Forderung der Revisionisten nach, daß rote Fahnen und linkszionistische Losungen auf der Kundgebung verboten werden sollten, trotzdem sich die Arbeitermassen gegen dieses Verbot wandten.

Dies ermutigte die Revisionisten dazu, provokatorische Losungen wie «Nieder mit Weizman!», «Zum Teufel mit den Arbeitern!», «Rette uns, Jabotinsky!» herauszugeben. Am Vorabend der Kundgebung versuchten sie, einen Histradut-Klub, *Beth Brenner* zu verwüsten, die Protestkundgebung selbst endete mit Provokationen und Blutvergießen, woran von den Revisionisten aufgehetzte Jugendliche schuld waren; jüdische Arbeiter, die die Weisung ihrer Führer, Zusammenstöße mit den Revisionisten zu vermeiden, befolgten, standen hilflos dabei, während diese jungen Strolche jüdische Arbeiter verprügelten. Zwei Arbeiter des Histradut-Organs «*Davar*» und *Errem*, ein Führer der linken *Poale Zion* (sozialistische Zionistenorganisation) mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Der Bürgermeister der Stadt *Tel Aviv*, *I. Roktisch*, wurde gleichfalls verprügelt. Die Revisionisten versuchten, die Kundgebung in einen revisionistischen Putsch zu verwandeln, um die Herrschaft über die Jischuw zu erlangen.

Diese Greuelthaten werden immer häufiger. Die Behörden unternehmen keinerlei scharfe Maßnahmen zu ihrer Unterdrückung. Und sie wissen wohl, warum sie dies unterlassen. Mit allem, was dazu mithilft, die Jischuw zu spalten, liebäugeln sie, damit es der Regierung leichter falle, das Programm des Weißbuchs durchzudrücken.

In dieser gefährlichen Lage betreibt die KP Palästinas durch ihre illegale Presse und in den Volksorganisationen eine rege Tätigkeit. Sie hat die Rolle des britischen Imperialismus in Palästina stets bloßgelegt und die Jischuw immer aufgefordert, sich nicht auf Versprechungen verräterischer Imperialisten zu verlassen, sondern eine brüderliche Verständigung mit ihren arabischen Nachbarn anzustreben. Das Weißbuch hat die Richtigkeit dieser Stellungnahme bewiesen.

Heute unterstreicht die KP Palästinas auf das schärfste die Hauptgefahren: die faschistische Gefahr von innen und von außen her sowie die Gefahr eines Krieges, in den der Nahe Osten sofort mit hineinverwickelt wäre.

Den Arabern zeigt die KP, daß das Weißbuch ihnen gewisse beschränkte Zugeständnisse gemacht hat, die allerdings weit hinter den Höchstforderungen der Araber zurückbleiben, doch bedeute die tatsächliche Gewährung dieser Zugeständnisse, daß die Auflehnung der Araber einen gewissen Erfolg gezeitigt hat. Heute sei die internationale Lage sehr heikel. Der Einfluß der Faschisten dringe unter die Kolonialvölker mit Einschluß der Araber ein, was die Bewegung der Araber für nationale Freiheit sowie alle anderen Freiheitsbewegungen bedrohe. Die Araber sollten sich also darauf konzentrieren, die Regierung Großbritanniens zur sofortigen Erfüllung ihrer im Weißbuch gemachten Versprechungen in bezug auf eine Verfassungsgebende Versammlung und eine demokratische Regierung zu zwingen und weitere Zugeständnisse zu fordern, die, falls sie errungen werden, einen Schritt vorwärts zu einer immer größeren Selbstverwaltung und zu darauffolgender Unabhängigkeit bilden können, was sowohl Arabern wie auch Juden von Nutzen wäre.

Innerhalb der Jischuw bekämpft die KP die gefährlichen Losungen der Revisionisten, die auf bewaffneten Aufstand abzielen, und zeigt auf, daß sie eine ausgesprochene Gefährdung der Jischuw darstellen. Die KP bleibt ihrem Höchstprogramm einer immer demokratischeren Selbstverwaltung, von Agrarreformen, Sozialgesetzgebung usw. treu. Sie stellt aber, angesichts der gegenwärtigen Weltlage mit der Gefahr des Faschismus von außen und innen her die *Sofortforderung* nach einer Einheitsfront jener Zionisten und Nichtzionisten, die eine unmittelbare Verständigung mit den Arabern auf Grund eines Programms immer größerer demokratischer Selbstverwaltung und der Gleichberechtigung der Araber und der Juden anstreben, wobei die Jischuw insgesamt 40 Prozent der Gesamtbevölkerung erreichen darf. Die KP fordert, daß jene Zionisten-Gruppen innerhalb der Jischuw, die für dieses Programm sind (*Brith Schalom* unter Führung von Dr. *Magnes*, sowie fortschrittliche und linke Gruppen innerhalb der *Histradut*, ferner die Gruppe um *S. Kaplanski* in der Arbeiterpartei Palästinas, die *Haschomair Hazair* und die *Linke Poale Zion*) diese Einheitsfront bilden und sofort für eine Verständigung mit den Arabern arbeiten.

Da die Kommunisten Palästinas die Gefährdung der ganzen Jischuw und der Histradut im besonderen durch die Revisionisten erkennen, haben sie die Jischuw davor gewarnt, die alte Führung durch eine solche neue zu ersetzen, an der sich der Revisionisten-«Führer» beteiligen würde. In der amerikanischen

Presse wird bereits angedeutet, daß eine Bewegung im Gange sei, um Weizman auszuschalten und eine Art Dreierrat einzusetzen, bestehend aus *Ben Gurion*, *Jabotinsky* und *Pinkas Rutenberg* (Leiter der *Elektrizitätsgesellschaft von Palästina*). Darum forderte die KP alle Verantwortungsbewußten in der Jischuw dazu auf, die Histradut gemeinsam zu verteidigen und gegen jeglichen Versuch zu klumpfen, eine Führung einzusetzen, an der *Jabotinsky* beteiligt wäre.

Die Kommunisten Palästinas haben sich also mit ihrer richtigen Taktik und mit ihren richtigen Leitlinien sowohl für die Araber wie auch für die Juden als die besten Freunde der Jischuw erwiesen. Ihr steigender Einfluß zeigt sich darin, daß bisher kommunistenfeindliche Zionistenkreise nunmehr die Forderung nach Legalisierung der KP Palästinas aufstellen.

Es ist die Pflicht der fortschrittlichen Bewegungen der ganzen Welt sowie aller fortschrittlichen Zionisten im besonderen, der KP Palästinas bei ihrer Arbeit in Gemeinschaft mit den Arabern und unter den Juden zu helfen, um Frieden und brüderliche Beziehungen zwischen Juden und Arabern in Palästina herbeizuführen.

## Die Kämpfe in Palästina

Die blutigen Zusammenstöße in Palästina werden immer heftiger. Das Land befindet sich im Kriegszustand. Stacheldraht trennt Palästina von Syrien und Transjordanien, die Verbindungen zwischen vielen Städten und Ortschaften sind unterbrochen. In Jerusalem, Haifa und Jaffa flammen fortgesetzt Strassenkämpfe auf, die manchmal tagelang dauern. Die Kämpfe haben längst den Rahmen lokaler Auseinandersetzungen zwischen der ansässigen Bevölkerung und den englischen Kolonialtruppen gesprengt. Die Hand des deutschen Faschismus ist im Spiel. Von der Goebbels-Propaganda werden die Kämpfe dramatisch ausgeschlachtet, und gleichzeitig sind deutsche Agenten an Ort und Stelle als „Berater“ und Instrukteure tätig.

Im September 1938 nahmen 100 Araber an den Veranstaltungen des Nürnberger „Parteitags“ teil. Der deutsche Faschismus gab diese Leute als Vertreter der arabischen Länder aus, um sich als Schirmherr der pan-islamischen Bestrebungen aufspielen zu können. Er läßt keine Gelegenheit vorüber gehen, ohne zu betonen, dass die Kämpfe der Araber die Anteilnahme Deutschlands erwecken und dass Deutschlands Sympathien auf der Seite der Araber stünden. Die Agenten des deutschen Faschismus knüpfen überall Verbindungen an, die eine breite pan-arabische und pan-islamische Bewegung ermöglichen sollen. Charakteristisch dafür ist eine Erklärung mohamedanischer Inder, die durch die deutsche Presse und deutsche Nachrichtenbüros verbreitet wurde, und die ein Glied in der Kette der pan-islamischen Bestrebungen unter deutschem Protektorat ist.

Der deutsche Faschismus verfolgt mit dieser Tätigkeit seine eigenen Ziele. Die Araber sind in seinem Spiel lediglich Schachfiguren. Das ergibt sich aus der Stellungnahme des Faschismus zu den grossen Freiheitskriegen, die gegenwärtig von den Völkern Spaniens und Chinas ausgefochten werden. Diese deutsche Presse, die vorgibt, im Na-

sächlich aber unter jenen Arabern, die früher Agenten des englischen Imperialismus waren.

Einer der deutschen faschistischen Professoren, Max Grün, hielt in Rom einen Vortrag, in dem er über die Palästina-Frage u. a. folgendes sagte: „Italien kann leicht mit Hilfe der Araber die Mossul-Haifa-Erdölleitung zerstören, um der englischen Mittelmeerflotte das Heizmaterial zu entziehen.“ — Das ist die praktische Erläuterung zu den Sätzen der „Frankfurter Zeitung“ vom 29.11.1938, „dass der grosse Partner Deutschlands: das faschistische Italien, zu einer führenden Macht des Mittelmeeres vorbestimmt ist, und dass der englische Anspruch auf Weltgeltung im Gebiet des Mittelmeeres, des Roten Meeres und des Indischen Ozeans durch die natürlichen Rechte eines starken Italien begrenzt ist.“

Die deutschen und italienischen faschistischen Agenten beschäftigen sich auch direkt mit Waffenschmuggel. Der Waffentransport geht über Syrien, Irak, Ägypten und Palästina und dient zur Bewaffnung der aufständischen arabischen Bewegung, in deren Leitung italienische und deutsche Offiziere tätig sind. Nach einer Meldung der „Reuter Agentur“ wurden aus Deutschland und Italien allein in fünf Monaten des Jahres 1938 Waffen für 20 000 Pfund Sterling auf dem Schmuggelwege nach Palästina gebracht. Es ist selbstverständlich, dass diese Ziffer der wirklichen Menge der Waffenlieferungen noch gar nicht entspricht. Der englische Kolonialminister Macdonald antwortete auf eine Anfrage im Unterhaus, dass die in Palästina explodierenden Bomben nicht deutschen Ursprungs seien. Diese „Widerlegung“ ändert nichts am Wesen der Sache, denn deutsche und italienische faschistische Agenten können nach Palästina auch englische Bomben senden. Die in verschiedenen Zeitungen veröffentlichten Photos von Gewehren und leichten Maschinengewehren der aufständischen Araber bestätigen jedoch anschaulich, dass die Waffen der aufständischen deutschen Ursprungs sind.

Die Verantwortung für das Blutvergiessen in Palästina trägt die profaschistische Regierung Chamberlain, die durch ihre Politik der Provokationen und des Schürens der nationalen Zwietracht in Palästina und durch ihre Zugesandnisse an Mussolini und Hitler deren aggressive Gelüste noch stärker anreizt und ihnen grosse Handlungsfreiheit gewährt. Die Mitverantwortung tragen auch die Agenten des englischen Imperialismus in den Reihen der jüdischen Bourgeoisie, die in Palästina die nationale Unterdrückung der Araber unterstützen.

Die in Palästina ansässige jüdische Bevölkerung lebte Jahrhunderte in Brüderlichkeit und Freundschaft mit den Arabern. Die Arbeiter und Bauern der jüdischen Emigranten, die gesamte werktätige jüdische Bevölkerung Palästinas kann und will in Frieden mit den eingeborenen Arabern leben. Wenn die jüdischen Arbeiter die reaktionären Leiter der Gewerkschaft „Chistadruf“ zwingen können, mit ihrer Spaltungspolitik Schluss zu machen und eine einheitliche Arbeiterbewegung herzustellen, dann würde diese Einheit dem englischen Imperialismus und dem deutschen und italienischen Faschismus einen ersten Schlag zufügen. Eine solche Einheit ist das Unterpfand für die Brüderlichkeit und Freundschaft zwischen den werktätigen Juden und Arabern. Sie allein kann dazu führen, dass Palästina befriedigt und den Einflüssen des deutschen und italienischen Faschismus entzogen wird.

Die Verantwortung für das jetzige Blutvergiessen in Palästina fällt auch auf jene reaktionären Elemente der Araber, die ständig die Interessen ihrer Heimat verraten. An der Spitze der Aufstandsbewegung der Araber steht gegenwärtig die musulmanische Geistlichkeit in Palästina — der Mufti Eli Chusein — ein gekaufter Agent des deutschen Faschismus, den die Faschisten als Kämpfer für die Interessen des arabischen Volkes reklamieren.

Eli Chusein und seine Dunkelmänner sind nicht nur keine Vertreter, sondern

Schädlinge und Verräter der wirklichen nationalen Freiheitsbewegung des arabischen Volkes, der gerechten Sache der arabischen Volksmassen. Mufti Eli Chausein und seine Clique schrecken nicht davor zurück, Anschlüsse und Provokationen gegen wirklich revolutionäre Führer des arabischen Volkes zu organisieren. Mit solchen käuflichen Mitteln und Provokationen entlarven sie sich selbst in den Augen des arabischen Volkes. Diese Verräter schüren mehr als alle anderen die nationale Zwietracht zwischen Arabern und Juden. Sie beschränken ihre Wühlarbeit nicht auf Palästina, sondern führen sie auch in anderen arabischen Ländern durch. In letzter Zeit kam es auch in Irak zu Zusammenstößen zwischen Juden und Arabern.

Kein wahrer Anhänger der Demokratie und Freiheit kann das Recht des arabischen Volkes auf nationale Selbstbestimmung bestreiten. Und es ist die Pflicht der demokratischen Elemente, vor allem in England, die Unterdrückungspolitik der Chamberlain-Regierung in Palästina zu bekämpfen, den englischen Imperialismus zu zwingen, damit ein Ende zu machen und dem arabischen Volke volle demokratische Rechte in seinem Lande zu gewähren. Aber gleichzeitig müssen die breiten Massen des arabischen Volkes darüber aufgeklärt werden, dass sie unbedingt verpflichtet sind, die arabische nationale Bewegung von allen Agenten des deutschen wie des italienischen Faschismus zu reinigen und in der Tat zu zeigen, dass die faschistischen Erbkörper der schwachen Völker sind, in Arabien nichts zu tun haben.

Kein ehrlicher Mensch kann sich gegenüber der katastrophalen Lage, in der sich die Juden in den kapitalistischen Ländern befinden, gleichgültig verhalten. Der deutsche Faschismus organisiert Judenpogrome. Die Faschisten plündern sie aus, foltern sie und werfen sie in Konzentrationslager. Die vor

den faschistischen Bestialitäten flüchtenden Juden suchen einen Unterschlupf in den verschiedenen Ländern. Viele Juden, die dem Versprechen des englischen Imperialismus Glauben schenken, dass in Palästina ein „jüdischer nationaler staatlicher Herd“ gegründet wurde, strömen gerade dort hin. Palästina kann nicht alle Emigranten unterbringen — das würde die Verjagung der Beduinen und Fellachen von ihrem Boden erfordern. Aber die werktätigen Juden, die nach Palästina emigriert sind, spüren bereits, welchen „nationalen Herd“ der englische Imperialismus für sie vorbereitet hat.

Der Hauptschuldige an dem Blutvergießen in Palästina ist der deutsche und der italienische Faschismus, der Spionage, Provokationen und Diversionen für die Entfaltung eines neuen Weltkrieges ausnutzt.

Frieden und Einheit im Kampfe für die Unabhängigkeit Palästinas sind für die werktätigen Juden und Araber möglich und notwendig. Dieser Kampf muss nicht nur gegen den englischen Imperialismus und seine Agenten in der zionistischen Bourgeoisie und gegen die reaktionären arabischen Scheichs und Feudalen gerichtet sein, sondern in erster Reihe gegen die Provokateure und Pogromisten — die deutschen und italienischen Faschisten.

Der deutsche und der italienische Faschismus gehen in ihren Aggressionsplänen weit über die Neuaufteilung Europas hinaus. Sie wollen das entscheidende Wort im Mittelmeer und im Gebiet um das Rote Meer sprechen. Ihre Blicke sind auf Kolonien und auf jene Länder gerichtet, die sich im Bereich des englischen Imperialismus befinden. Nach den Münchener Abmachungen haben Hitler und Mussolini noch offener und zynischer davon zu sprechen begonnen. Der alte Plan des deutschen Imperialismus, eine direkte Verbindung von der Nordsee zum Schwarzen Meer, nach Bagdad und Mesopotamien zu besetzen, wird vom Faschismus energisch verfolgt. Zu diesem Zweck haben sie

die Fluglinie Berlin—Bagdad—Teheran—Kabul eingerichtet. Chamberlain, der die räuberischen Blicke Mussolinis und Hitlers von den englischen Kolonien ablenken will, hat dem deutschen und italienischen Faschismus Abessinien, Oesterreich und die Tschechoslowakei zur Zerfleischung überlassen. Aber die Kapitulation Chamberlains vor Hitler und Mussolini hat den Appetit dieser Aggressoren nicht verringert. Die englische Regierung schloss mit Mussolini ein „Gentleman-Abkommen“, durch das sie das Gleichgewicht am Mitteländischen Meer herstellen will. Wie es um das „Gleichgewicht“ tatsächlich bestellt ist, wenn der „Achse Berlin—Rom“ freie Fahrt gegeben wird, das sagt die „Frankfurter Zeitung“ vom

29.11.1938 mit den Worten: „Frankreich schliesslich . . . muss einsehen, dass die neuen Machtverhältnisse im Mittelmeer ebensowenig wie in Osteuropa durch Allianzen umgestürzt werden können. Kurzum, der bisherige status quo in Europa ist einem völlig neuen gewichen, und dies muss als unwiderruflich erkannt werden“. Die Entwicklung der Ereignisse in Palästina und im Orient überhaupt, illustriert die faschistische Auffassung vom „Gleichgewicht“ und vom „friedlichen Ausgleich“. Der deutsche Faschismus und sein italienischer Verbündeter sind dabei, sich in diesen Gebieten festzusetzen und sie zu Stützpunkten ihres Kampfes um die imperialistische Beherrschung der Welt zu machen.

KI 20.Jg.(1939), H.1, S.45-48

## I. Rennap:

# Die Lage in Palästina und im Nahen Osten

Die Lage in Palästina verschlechtert von Ägypten und Irak hat die britische Regierung einen Druck auf die höchsten arabischen Stellen ausgeübt und sie bewogen, sich den britischen Kriegszielen anzupassen. Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Vertretern des Mufti und den Ministern von Ägypten und Irak bestand darin, dass der Mufti einen Schritt tat »um sich mit der britischen Regierung zu versöhnen und nach Palästina zurückzukehren«. (1937 war er aus Palästina ausgewiesen worden.) Der Mufti und seine Anhängerschaft werden zu Werkzeugen von Gross-Britannien und Frankreich, denen sie Gefolgschaft leisten und deren Kriegsziele im Nahen Osten sie unterstützen sollen.

Die Arbeiter sind von diesen Verhältnissen am härtesten getroffen, denn die Citrus-Kultur stellt für jüdische und arabische Arbeiter das hauptsächlichste Erwerbsgebiet dar. Nun wächst die Arbeitslosigkeit und Streiks werden immer häufiger. In Telaviv wurde eine Reihe von »Sitz«-Streiks durchgeführt.

Nicht nur die Arbeiter leiden durch die gegenwärtige Lage, sondern auch die kleinen Händler und Kaufleute und die Bauern. Der Jerusalemer Korrespondent der »Jewish Times« berichtet, dass man vor den Gebäuden, in denen sich verschiedene Behörden befinden, einen ununterbrochenen Strom der Bittsteller und Deputationen sehen kann: Deputationen von kleinen Industriellen, die durch den Krieg ihre Absatzmärkte verloren haben und deren Bank-Kredite gesperrt wurden, Deputationen von Händlern, die von der Krise schwer getroffen sind und um irgend eine Erleichterung bitten, Arbeitslose und Emigranten, die nirgends eingegliedert werden können.

Aber diese Wirtschaftskrise — Folge des Krieges —, von der Palästina und die Nachbarländer so schwer betroffen sind, ist nur eine der Erscheinungsformen neuer und wichtiger Entwicklungen im Nahen Osten. Die Intrigen und Verhandlungen, welche vor kurzem von den Führern der palästinensischen Araber einerseits und der britischen Regierung mit ihren vorgeschobenen arabischen Hampelmännern andererseits geführt wurden, zeigen deutlich, dass der britische und französische Imperialismus bestrebt sind, die arabische Welt für die Unterstützung ihrer Kriegsziele zu gewinnen, während die Unterstützung, welche die zionistischen Führer einerseits den britischen Imperialisten geben, klar beweist, dass sie die gleichen Absichten verfolgen, wie seinerzeit im Weltkrieg, nämlich einen Teil des Judentums, das sich von den Verfolgungen befreien will, in den Konflikt der imperialistischen Mächte hineinzuziehen.

Durch die gefügigen Scheinregierun-

den befürchtet wird, dass sie zur Wiederherstellung von »Gesetz und Ordnung« gegen die Araber benützt werden sollen. Solche Politik bedeutet die Zerstörung aller bisherigen jüdischen Erwerbschaften. Nichts Abstossenderes und Gefährlicheres gibt es für die Juden, als die Möglichkeit, dass ein Teil ihres eigenen unterdrückten Volkes als Werkzeug dienen soll, um die nationale Befreiung eines anderen unterdrückten Volkes, im Interesse der imperialistischen Strategie Gross-Britanniens, zu verhindern.

Unter den Juden Palästinas gibt es aber weitblickendere und gesündere Elemente, welche begreifen, wohin Weizmans Politik führen kann. Sie wissen, dass sie Alles zu verlieren haben, falls kein wirkliches Einverständnis mit den Arabern erreicht wird. Khalvariski, ein Veteran unter den zionistischen Führern, und eine Autorität auf dem Gebiet aller arabischen Probleme, hat sich seit vielen Jahren der Politik Weizmans widersetzt und für eine Verständigung mit den Arabern gearbeitet. In einem Interview mit einem Korrespondenten der Jewish Times erklärte dieser jüdische Führer, dass es selbst jetzt, während des Krieges, noch nicht zu spät sei, eine Verständigung mit den Arabern zu erzielen. Er stellt fest, dass die gegenwärtigen zionistischen Führer zwar ihre früheren Irrtümer in der arabischen Politik eingesehen haben, aber noch immer nicht bereit sind, diese Politik zu ändern. Er sagt weiterhin, dass Treue für Gross-Britannien und Vertrauen auf britische »Dankbarkeit« für geleistete Dienste die gleichen Ergebnisse zeitigen wird, wie nach dem letzten Kriege. Es gibt nur ein einziges Ziel: eine sofortige Verständigung mit den Arabern.

Er schlägt unter anderem vor, dass man arabisch-jüdische Bauern-Organisationen schaffen müsse, sowie Kooperativen, um jüdische und arabische Bauern einander näher zu bringen und sie zu veranlassen, die gemeinsamen Rechte der Bauernschaft als Ganzes zu verteidigen. Er schlägt vor, dass die »Jewish Agency« Kreditinstitute zugunsten der arabischen Bauern gründen solle, um diesen die Vorteile der überlegenen kolonialisatorischen Technik der Juden zugute kommen zu lassen. Ganz besonderen Nachdruck legt er auf die Notwendigkeit, vereinigte Jüdisch-Arabische Arbeiterorganisationen zu gründen. Dies sind nur einige der vielen Vorschläge, deren Zweck es ist, die beiden Völker einander näher zu bringen. Und er fügt hinzu, dass die mit der Durchführung dieser Vorschläge verbundenen Kosten nur einen Bruchteil der Kosten darstellen, die durch drei Jahre ständiger Unruhen in Palästina verursacht wurden.

Khalvariskis Vorschläge könnten geradezu dem Keel Haam (»Stimme des Volkes«), dem Organ der illegalen Kommunistischen Partei Palästinas entnommen sein, die immer für eine arabisch-jüdische Freundschaft gearbeitet hat, welche den Arabern wirtschaftliche und kulturelle Vorteile verspricht, beiden Völkern eine glückliche Zukunft verbürgt und die Perspektive neuer jüdischer Ansiedlungen in Palästina eröffnet.

Was bedeutet das tatsächlich? Im Zusammenhang mit dem früher Gesagten und in Verbindung mit den bevorstehenden kolonialen Bewegungen im Nahen Osten bedeutet Weizmans Politik, dass der Yischuv wahrscheinlich der Gendarm der britischen Reaktion im Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung der Araber werden soll. Unter den Arabern herrscht heute schon Misstrauen gegenüber den organisierten jüdischen Verteidigungskräften, von



J. Gordon:

## Arabisch-jüdische Zusammenarbeit in Palästina

Der Krieg im Mittelmeer hatte ernste Wirkungen auf die Wirtschaft Palästinas. Die Bauindustrie (abgesehen von der Bautätigkeit für militärische Zwecke) ist nahezu lahmgelegt, während die Verhältnisse in der Zitrus-Industrie sich dauernd verschlechtern.

Während der Saison von 1938—39 wurden über 15 Millionen Kisten mit Früchten exportiert. In der Saison von 1939—40 wurden nur 7½ Millionen Kisten exportiert. Infolge der Ausdehnung des Krieges sind die Aussichten in diesem Jahre sogar noch schlechter. Grosse Mengen von Zitrusanlagen wurden vernachlässigt und gingen zugrunde, wodurch die Arbeitslosigkeit noch mehr zunimmt.

In den vergangenen Jahren verschaffte die Obstpflücke — die gewöhnlich von Oktober bis März dauert — einer grossen Anzahl von Arbeitslosen Beschäftigung. Aber infolge der reduzierten Kulturen gab es sogar während der Obstpflücke des vorigen Jahres ein grosses Ausmass von Arbeitslosigkeit, was für Palästina ein Phänomen bedeutete, das seit Jahren nicht bekannt war. In diesem Jahre ist die Arbeitslosigkeit noch weit grösser.

Die Lebenskosten sind bedeutend gestiegen. Im Juli 1940 waren die Warenpreise um 29,6 % höher als im September 1939. Getreide und Fleisch sind um 34 % gestiegen, andere Lebensmittel, einschliesslich Obst und Früchte um 16 %.

Die Löhne sinken unaufhörlich seit 1934. Die Löhne des letzten Jahres waren bereits um 18,3 % niedriger als diejenigen von 1935.

Die Anzahl der Streiks hat bedeutend zugenommen und führte dazu, dass die Verwaltung von Palästina sich in die Gewerkschaftsstreitigkeiten einmischte. Und London hat besondere Gewerkschafts-»Experten« nach Palästina gesandt, um die Verwaltung zu beraten.

Innerhalb dieser düsteren, wirtschaftlichen Lage, die der Krieg verursacht, fand eine Versammlung von arabischen Arbeitern in Petach Tikvah\*) statt. Sie wurde von der Liga für arabisch-jüdische Zusammenarbeit organisiert. Diese Körperschaft besteht aus Juden, die in scharfer Opposition zu jenen offiziellen zionistischen Führern stehen, die anti-arabisch eingestellt sind und eine pro-imperialistische Politik führen. Der Bewegung gehören auch langjährige zionistische Funktionäre an, wie Margolith Kalvarisk, der einst der Experte für arabisch-jüdische Verbindungen in der zionistischen Organisation war und jetzt gegen die pro-imperialistische Politik von Weizman und Konsorten und für eine sofortige Annäherung an die Ara-

ber eintritt. Ferner gehört S. Kaplanski dazu, der aus dem Histadrut (Jüdischer Gewerkschaftsverband) ausgeschlossen wurde, weil er sich dessen offizieller Politik widersetzte; und schliesslich Doktor Judah Magnus, Kanzler der Hebräischen Universität, der seit Jahren für die arabisch-jüdische Annäherung gearbeitet hat.

Dass eine jüdische Organisation eine Konferenz von arabischen Arbeitern organisiert, ist ein vielversprechendes Zeichen.

Es wurde über wichtige Wirtschaftsfragen diskutiert, die sowohl arabische wie jüdische Arbeiter betreffen, und die arabischen Arbeiter gaben ihrem langjährigen und berechtigten Groll gegen die Politik des Histadrut Ausdruck, der von ihnen die Anerkennung des Prinzips verlangt, dass jüdische Unternehmen nur jüdische Arbeitskräfte beschäftigen.

Diese Politik des Histadrut ist eine der Hauptursachen für die Reibungen zwischen Arabern und Juden. Das Eindringen des Zionismus und das Ende der feudalen Zustände hat einen grossen Teil der arabischen Bauernschaft proletarisiert. Nur ein Teil dieser Masse von ungeschulten, unorganisierten und billigen arabischen Arbeitskräften kann von den arabischen Unternehmen und den Regierungsarbeiten (Eisenbahnen, Häfen, Post und Telegraf) absorbiert werden. Demzufolge war eine grosse Anzahl von arabischen Arbeitern gezwungen, in jüdischen Unternehmen Arbeit zu suchen — der am höchsten entwickelten Gruppe der palästinensischen Wirtschaft — oder zu verhungern. Die jüdischen Kapitalisten beschäftigten sie, weil ihre Arbeitskraft billiger ist, als die der jüdischen Arbeiter.

Wäre der Histadrut eine ehrliche Gewerkschaftsbewegung, dann hätte er schon vor langer Zeit die arabischen Arbeiter organisiert, ihren Lebensstandard gehoben und die billige Kuliarbeit auf das viel höhere Niveau der jüdischen Arbeiter gehoben. Dadurch wäre eine starke bi-nationale Gewerkschaftsbewegung entstanden — die die arabischen Kapitalisten gezwungen hätte, auch jüdische Arbeiter zu beschäftigen. (Gegenwärtig tun sie es nicht, weil die Löhne der jüdischen Arbeiter viel höher sind, als die der Arabischen.)

Eine engverbundene arabisch-jüdische Gewerkschaftsbewegung hätte auch die Verwaltung gezwungen, jüdische Arbeitskräfte zu verwenden, vor allem bei den Regierungsindustrien. (Gegenwärtig wird nur die billige arabische Arbeitskraft verwendet.) Überdies wäre dadurch den jüdischen Kapitalisten die Waffe der billigen arabischen Arbeitskraft entwunden worden, mit der sie früher die Löhne der jüdischen Arbeiter herabdrückten. Und in erster Linie hätte dies eine Basis für die arabisch-jüdische Annäherung geschaffen.

Staat dessen war die offizielle Politik des Histadrut darauf gerichtet, die arabischen Arbeiter aus jüdischen Unternehmen auszuschliessen. Was mit diesen arabischen Arbeitern geschieht, kümmert die Führer des Histadrut nicht. Ihre Sorge ging nur dahin, den jüdischen Sektor von arabischen Arbeitern zu »reinigen«, damit sie so viele jüdische Emigranten wie möglich aus Osteuropa nach Palästina bringen können.

Ihre Politik des Ausschlusses von arabischen Arbeitern aus jüdischen Unternehmen führte sie dazu, die Löhne der jüdischen Arbeiter niederzudrücken, in manchen Fällen sogar bis auf das Niveau der arabischen Löhne.

Der jüdische Unternehmer erhält vom Histadrut Geldfonds, damit er auf diese Weise veranlasst werde, jüdische Arbeitskräfte zu verwenden. Der jüdische Arbeiter bekommt seinerseits von ihnen etliche soziale Vorteile, wie kostenlose Erziehung für die Kinder, freie medizinische Hilfe.

Das ist die Gewerkschaftsbewegung der Herren Ben Gurion und Katznelson, der Führer des Histadrut. Und das waren auch die Fragen, die bei der Konferenz von Petach Tikvah erörtert wurden. Auch Protestresolutionen wurden gefasst.

Überdies wurde eine Protestresolution gegen die »Tozeret Haaretz«-Bewegung angenommen. Diese Bewegung schützt die Monopole der jüdischen Produkte auf jüdischen Märkten. Das bedeutet, dass die Juden nur jüdische Produkte kaufen dürfen. Der arabische Produzent darf seine Produkte nicht auf jüdische Märkte bringen. Aber die jüdischen Produkte werden oft billiger erzeugt als die arabischen, weil die Fabriken und Farmen besser eingerichtet sind und daher finden diese billigeren Produkte dennoch Absatz auf arabischen Märkten.

Die Liga für jüdisch-arabische Zusammenarbeit sieht die Gefahren einer solchen Politik ein. Und es spricht gegen die offiziellen zionistischen Führer, dass sie durch ihre chauvinistische Politik eine der grundlegenden Ursachen für die arabisch-jüdischen Konflikte hervorrufen. Selbst die zionistische »Review of Palestine« muss zugeben, dass der Groll der Araber gewissermassen berechtigt ist. Sie schreibt:

»Zweifellos ist es richtig, dass eine aktive politische Zusammenarbeit nicht durchgeführt werden kann, ohne eine Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Ausschluss der arabischen Arbeitskräfte und die Propaganda der Tozeret Haaretz in ihren gegenwärtigen Formen führen nicht zu diesem Ziel.»

Die Zeitung empfiehlt daher eine »weise und voraussehende Lohnpolitik seitens der Regierung und loyale Unterstützung der Araber und Juden, wodurch viel dazu beigetragen werden könnte, die hauptsächlichsten Schwierigkeiten, die eine Annäherung zwischen den beiden Volkselementen Palästinas verhindern, aus dem Wege zu räumen.»

Von dem britischen Imperialismus zu erwarten, dass er Araber und Juden zusammenbringe, ist allerdings nur ein

\*) — einer jüdischen Siedlung in Palästina. — Die Redaktion.



Wunschtraum. Die Politik des britischen Imperialismus in Palästina beruht darauf, die Juden und Araber zu entzweien und gegeneinander aufzubringen.

Auf politischem Gebiet rief die Versammlung von Petach Tikvah die Araber und Juden zur Einigkeit gegen den »gemeinsamen Nazi-Feind« auf. Diese Resolution ist geeignet, vom Kampf gegen den ihnen gegenüberstehenden Feind abzulenken. Sie zeigt kein Verständnis für die Tatsache, dass der »gemeinsame Feind« von Arabern und Juden in Palästina noch immer der britische Imperialismus ist, der Palästina erobert hat und die Wünsche der Juden gegen die nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen der Araber ausgespielt hat, wodurch die Reibungen und Feindseligkeiten zwischen den zwei Völkern entstan-

den, die früher nicht vorhanden waren. Die Resolution zeigt auch kein Verständnis dafür, dass es der britische Imperialismus ist, der der Freiheit und Unabhängigkeit Palästinas im Wege steht, und dass demzufolge der Kampf der Araber und Juden gegen das britische Finanzkapital gerichtet sein muss.

Dass diese Tatsachen nicht richtig eingeschätzt werden, kann den britischen Kapitalisten dazu dienen, die ehrlichen Bestrebungen der Juden und Araber für bessere gegenseitige Beziehungen, für ihre eigenen Ziele auszunützen.

Trotz der Mängel dieser Resolution war die Konferenz der Beweis dafür, dass die verschärfte Wirtschaftskrise in Palästina auf beiden Seiten jene Elemente stärkt, die für eine arabisch-jüdische Annäherung arbeiten.

J. Rennap:

## Die jüdischen Reformisten Palästinas gegen die Einheit

In Petach Tikvah, Palästina, wurde kürzlich eine Konferenz abgehalten, an der 800 jüdische Citrus-Pflanzer teilnahmen, um die akuten Probleme der Citrus-Industrie zu besprechen. Auch 120 arabische Planzer waren zugegen und diskutierten überaus freundschaftlich mit ihren kapitalistischen jüdischen Kollegen. Es wurden in hebräischer und arabischer Sprache Reden gehalten, in denen die Sympathie für den britischen Imperialismus und seine Kriegsziele zum Ausdruck kam.

Schliesslich wurde ein Übereinkommen betreffs der Massnahmen getroffen, die zur Verbesserung der Bedingungen in der Industrie ergriffen werden sollen. Man fasste eine gemeinsame Resolution, welche die Verbesserung des Paragraphen 18 forderte, der gestatten müsse, dass der Import aus dem Auslande kontrolliert und mit dem Export nach diesen Ländern in Übereinstimmung gebracht werde. (Gegenwärtig exportieren viele Länder eine grosse Menge Waren nach Palästina und kaufen daselbst nur wenig ein.) Die Resolution fordert unter anderem auch, dass die Regierungstaxen betreffs der Citrus-haine abgeschafft werden, ebenso die Steuern, welche Grossbritannien auf den Import der Früchte aus Palästina setzt. Bis zu welchem Masse die englische Regierung durch die Produktion palästinsischer Früchte profitiert — ein Profit, der letzten Endes die arabischen und jüdischen Arbeiter der Citrus-haine trifft — zeigt folgender Bericht des Jerusalemer Korrespondenten der Zeitung »Great Britain and the East« (15.2.1940).

»Der Export von 11.000 Kisten mit Früchten brachte einem arabischen Planzer im vorigen Jahre einen Verlust von 750 Pfund. Die Regierung verdient an dieser Ladung 2.000 Pfund Zollgebühren.»

Eine Delegation von sieben Juden und sieben Arabern wurde gewählt, um dem Hohen Kommissar eine vereinte Forderung vorzutragen.

Die zionistische Presse begrüsst diese Konferenz als den ersten konkreten politischen Schritt der arabisch-jüdischen Zusammenarbeit. (Obwohl die Araber im Laufe dieser Konferenz ausdrücklich betonten, dass sie einen rein geschäftlichen Charakter habe.) Nichtdestoweniger wird diese Art der Zusammenarbeit die werktätige arabische und jüdische Bevölkerung einander nicht näher bringen. Diese Konferenz spiegelt

nur die Krise in der Citrus-Industrie wieder, die es zuwege brachte, zum ersten mal arabische und jüdische Kapitalisten zur Verteidigung ihrer *gemeinsamen Klasseninteressen* zu vereinen, indem sie die Regierung um Erleichterungen für ihre Industrie baten. Die jüdischen Orangenplanzer sind in hohem Masse pro-imperialistisch, auch die arabischen Orangenplanzer sind im allgemeinen Verfechter des Imperialismus, sogenannte »gemässigte« Naschaschibi-Araber. Beide Seiten versicherten dem britischen Imperialismus ihre Treue und den Beistand für seine Kriegsziele. Sie arbeiten nur zusammen, um von Grossbritannien die Erlaubnis für bessere Profite zu erhalten. Diese »Zusammenarbeit« von zwei kapitalistischen Gruppen in Palästina kann kaum als ein Schritt zu dauernder und ernstlicher Zusammenarbeit zwischen den arabischen und jüdischen Arbeitermassen begrüsst werden.

Nichtdestoweniger kann aus dieser Konferenz eine wichtige Lehre gezogen werden, nämlich die, dass *infolge von Schwierigkeiten, die sowohl Araber als Juden ernstlich treffen, eine Zusammenarbeit erzielt werden kann.*

Leider waren die ersten, die dies entdeckten, die arabischen und jüdischen Kapitalisten. Sie wurden durch Probleme geeint, welche ihre beiderseitigen Klasseninteressen bedrohen.

Aber der britische Imperialismus mit seiner Bedrückung und Ausbeutung hat sowohl der jüdischen, wie auch der arabischen arbeitenden Bevölkerung Elend und Entbehrungen gebracht. Er versucht nun, sie in den imperialistischen Krieg hineinzuziehen. Das würde das Elend und die Leiden der jüdischen und arabischen Massen noch vergrössern. Daher muss es wohl auch Fragen geben welche *sowohl arabische wie jüdische Arbeiter bedrücken*, und denen man vereint begegnen könnte, um die Klassen- und nationalen Interessen gemeinsam gegen den Imperialismus und seine Kriegsziele, gegen die reaktionären zionistischen und arabischen Führer zu verteidigen, welche Diener des Imperialismus geworden sind, gegen die jüdischen und arabischen Kapitalisten, deren Bestreben es ist, die Hauptlasten der Krise auf die Schultern der arabischen und jüdischen Arbeiter abzuwälzen.

Die Führer des Histadrut (Jüdischer Arbeiterverband) sind allerdings nicht dieser Ansicht. Jüdische und arabische

Kapitalisten sollen sich verbünden, um von der Regierung Konzessionen zu erlangen. Aber jüdische und arabische Arbeiter sollen gespalten bleiben.

Vor kurzem gab es einen Streit in der jüdischen Arbeiterbewegung und zwar zwischen Haschomair Hazair (eine linksstehende Organisation der Arbeiterklasse) und Berl Katznelson, einem der Bürokraten des Histadrut. Der Haschomair Hazair hatte ein Minimalprogramm vorgeschlagen, das eine vereinigte jüdische Arbeiterbewegung in Palästina und zwar eine auf der Basis des Klassenkampfes aufgebaute Bewegung forderte, wie auch die Demokratisierung des Histadrut und einheitliche jüdisch-arabische Arbeiterverbände. Allerdings muss bemerkt werden, dass die Einstellung des Haschomair Hazair in Bezug auf die vereinigte jüdisch-arabische Arbeiterorganisationen nichts weniger als korrekt ist. Er vertritt den Standpunkt, dass in jüdischen Unternehmen, nur die schon unge dort beschäftigten Araber, die Seite an Seite mit den Juden arbeiten, gemeinsam mit den Juden organisiert werden sollen. In Wirklichkeit jedoch ist die einzige erfolgreiche Organisationsmethode jene, welche arabische und jüdische Arbeiter auf der Basis völliger Gleichheit in einer allgemeinen, starken, internationalen Arbeiterbewegung zusammenfasst. Das ist die von der Kommunistischen Partei Palästinas vertretene Politik. Nichtdestoweniger ist die Einstellung des Haschomair Hazair bereits in Fortschritt auf dem richtigen Wege und im Gegensatz zu der orthodoxen und chauvinistischen Politik des Histadrut, welcher den Standpunkt vertritt, dass in jüdischen Unternehmen die Arbeit zu 100 % von Juden verrichtet werden soll, was zur Folge hat, dass die Araber ihre Arbeit in jüdischen Betrieben verlieren können.

Berl Katznelson, der für den Histadrut erwiderte, verspottete die Idee einer vereinigten jüdischen Arbeiterbewegung auf der Basis eines angenommenen Minimalprogramms. Er war der Meinung, dass diese jüdische Arbeiterbewegung recht gut weiterkommen könne, wenn die ihr angehörenden Parteien und Gruppen an den verschiedenen Maximalprogrammen festhielten. In der Bewegung sei Raum genug für den Haschomair Hazair. Grossmütig forderte er diesen Verband auf, auch nicht ihren einzigen Punkt seines Maximalprogramms zu opfern, wie er selber auch das Recht beanspruche, sich an ein Maximalprogramm zu halten. Die Frage einer vereinten Arbeiterbewegung auf der Basis des Klassenkampfes wurde ganz obenhin behandelt und mit der Bemerkung abgetan, dass die jüdische Arbeiterorganisation des Histadrut immer im Zeichen des Klassenkampfes gedeutet hätten. (Vermutlich durch die Zusammenarbeit mit dem britischen Imperialismus, durch die Forderung, dass die jüdischen Kapitalisten im zionistischen internationalen Interesse nur jüdische Arbeitskraft verwenden, durch die Finanzierung jüdischer Unternehmen und den Geldfonds des Histadrut, was zur Folge hat, dass diese Unternehmen nur jüdische Arbeiter beschäftigen dürfen — all

das gehört, der Meinung der Histadrut-Führer nach, zu den Prinzipien des Klassenkampfes!) Er widersetzte sich auch dem Vorschlag, Araber und Juden, die in jüdischen Unternehmen arbeiten, einheitlich zu organisieren. Er vertrat das abgeleitete, offizielle Argument des Histadrut, dass jüdische Unternehmer nur jüdische Arbeiter beschäftigen müssten, solange arabische Kapitalisten keine jüdischen Arbeiter anstellten. Aber arabische Kapitalisten verwenden nur arabische Arbeitskräfte, weil diese billiger sind, als die jüdischen. Und die arabischen Unternehmen, sowie die öffentlichen und halböffentlichen Arbeitsstellen, können nur eine begrenzte Menge der billigen arabischen Arbeitskraft, die sich der Ausbeutung anbietet, absorbieren. Daher sind viele arabische Arbeiter *gezwungen*, in jüdischen Unternehmen Arbeit zu suchen. Tatsächlich wurden früher eine grosse Anzahl arabischer Arbeiter aufgenommen, weil sie für niedrigen Lohn arbeiten. Statt nun eine fortschrittliche Politik zu führen und diese Masse neuer arabischer Proletarier zusammen mit den jüdischen Arbeitern zu organisieren, ihr Niveau zu jenem der jüdischen Arbeiter emporzuheben und eine gemeinsame Kampagne gegen arabische und jüdische Kapitalisten zu führen, haben die Leute vom Histadrut durch ihre Politik versucht, die arabischen Arbeiter aus der jüdischen Wirtschaft auszuschalten und durch jüdische Arbeiter zu ersetzen. Diese Politik hat nicht nur versagt, sondern wurde auch eine der Ursachen für die arabisch-jüdischen Reibungen. Der Plan des Haschomair-Hazair in Bezug auf die vereinigten arabisch-jüdischen Arbeiterorganisationen ist zweifellos nicht einwandfrei. Aber er erkennt die Irrtümer und Gefahren der offiziellen Politik des Histadrut und versucht eine Lösung des brennenden arabisch-jüdischen Problems zu finden. Die Katznelsons jedoch, die so eifrig den »Klassenkampf« betreiben, indem sie jüdische Soldaten für die britischen Kriegsziele rekrutieren, können das nicht einsehen. Katznelsons Antwort war höhnisch, ja fast verächtlich und von schmutzigen Angriffen auf die Sowjetunion begleitet.

So kam also zum ersten Mal in Palästina eine »Einheitsfront« zustande —

aber zwischen jüdischen und arabischen Kapitalisten. Arabische Scheiks, Beys und Effendis schlossen zusammen mit den jüdischen Pflanzern ihre Beratungen mit einem vergnügten »Zewach« (Opfer), wobei Schafe geschlachtet und auf echt orientalische Art am Spieß gebraten wurden. Diese Einheitsfront erhielt den Segen der Katznelsons. Aber eine Einheitsfront von arabischen und jüdischen Arbeitern zur Verteidigung ihrer politischen und ökonomischen Interessen und zur gemeinsamen Lösung der Probleme, welche in einem kolonialen Lande allen Arbeitern gemeinsam sind — das ist für die Histadrut-Vertreter des »Klassenkampfes« tabu!

Nichtdestoweniger entwickelt sich nicht Alles ihrem Wunsche entsprechend. Die gegenwärtige Einstellung des Haschomair Hazair ist der Ausdruck für das Bedürfnis der arabisch-jüdischen Arbeiter des linken Flügels sich zusammenzuschliessen, weil die verschärfte wirtschaftliche Lage Palästinas sie dazu zwingt. Diese wirkliche Einheitsfront der arabischen und jüdischen Arbeitermassen gegen Krieg und Imperialismus und gegen die reaktionären arabischen und zionistischen Führer wird dennoch zustandekommen, trotz allem Widerstand der Ben Gurions und Katznelsons.

KOL HAAM - Organ der Kommunistischen Partei Palästinas

Dezember 1942

(Übersetzung)

WÄHREND DAS VOLK VERNICHTET WIRD

Von tiefster Erschütterung sind die Massen im Lande sowie in allen anderen Ländern erfüllt angesichts des Schreckens der totalen Vernichtung von Millionen ihrer Brüder und Schwestern im geknebelten Europa. Diese Erschütterung wird von allen Völkern, die unter dem Joch des Faschismus schmachten und von der ganzen freiheitsliebenden Menschheit überhaupt geteilt. Die schreckliche Tragödie des jüdischen Volkes spielt sich ab auf dem allgemeinen Hintergrund des faschistischen Vernichtungsfeldzuges, der in den eroberten Gebieten der Sowjetunion den Höhepunkt seiner Grausamkeit erreicht hat. Je mehr tödliche Schläge die Nazi-Bestie durch die Rote Armee und die Partisanen erhält, je größer die Schwierigkeiten der Faschisten werden, die ihnen überall von der geeinten Front der freiheitsliebenden Völker bereitet werden, umso mehr steigert sich das sadistische Wüten. Die drohende Niederlage und Abrechnung wirft ihnen auf dem Boden der Sowjetunion und in den Wüsten Afrikas ihre Schatten voraus und sie ertränken ihre Furcht in einem Meer von Blut von Müttern und Kindern, von jung und alt.

Wie ein unerwarteter und überraschender Schlag ist die Nachricht von der bestialischen Vernichtung der Juden Europas auf die Massen des Jischuws niedergesaut. Viele fragen nun - und diese Frage wurde auch auf der 48. Moazah der Histadruth gestellt - wie kommt es, daß wir nichts wußten, und wußten die Führer des Jischuws und der Histadruth nichts von diesen schrecklichen Ereignissen ?

Wußten sie wirklich nichts ?

Monat auf Monat schreit das große jüdische Herz in den Weiten der Sowjetunion. Es schreit und ruft das ganze Volk zur Einigkeit auf, zum Kampfe und zur Rache - aus Kuibischew, aus den Schützengräben des heroischen Kampfes, aus den Verstecken der Partisanengruppen, von den Kolchos-Feldern und den Fabriken. Monat auf Monat werden in der gesamten Sowjetpresse auf Grund von Erzählungen von Partisanen, die Augenzeugen waren, sowie von Dokumenten und Nazis gehörenden Photographien mit Blut und Tränen geschriebene Berichte über die Schreckenstaten der Hitlerschufte an den Einwohnern der eroberten Gebiete veröffentlicht, wobei die Massenmorde an den Juden besonders hervorgehoben werden. Aber nicht nur das. Die Leiter der Sochnuth und des Waad Leumi wußten - wie sie selbst zugeben - von diesen Schreckenstaten und dem Vernichtungsplan

und verheimlichten sie aber vor den Massen des Jischuws. Diese verbrecherische Handlungsweise stand in Zusammenhang mit der Organisierung von politischen Aktionen in Verbindung mit Plänen für nach dem Kriege, mit Plänen für den "Staat". Das hielten sie für wichtiger, als den Jischuw zum Kampfe für die Rettung der Juden in Europa, die vor ihren Augen schon heute ausgerottet werden, aufzurufen.

Wir haben vor der Gefahr der Vernichtung gewarnt, noch bevor Hitlers Ausrottungsplan bekannt wurde. Wir wußten, wozu der Faschismus, dem unsere kommunistische Bewegung - als erste ! - Kampf auf Leben und Tod angesagt hat, fähig ist. Wir haben das, was das jüdische Volk erwartet, und die Gefahren für das Land und den Jischuw richtig eingeschätzt. Daher haben wir den Jischuw mit all seinen Organisationen und Parteien zum Kampf für die sofortige Eröffnung der zweiten Front in Europa aufgerufen, denn wir sahen und sehen darin auch heute noch die oberste nationale Aufgabe zur Rettung des jüdischen Volkes. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten und bitteren Erinnerungen aus der Vergangenheit wandten wir uns daher nach dem Plenum der Kommunistischen Partei im Mai des Jahres an den Jischuw mit all seinen Organisationen und Parteien und forderten ihn auf, eine antifaschistische Einheitsfront des Jischuws zu bilden mit dem Motto der Rettung des jüdischen Volkes, der Verteidigung des Landes und des Jischuws. Die Führer des Jischuws und des Histadruth jedoch nannten unsere Aufforderung und den Kampf, den wir für die Verwirklichung unserer Bestrebungen führten, ein "Manöver" und antworteten mit Schmähungen und Verleumdungen und mit politischem und wirtschaftlichem Terror.

Werden sie heute, wo die Vernichtung vor sich geht, und jeder davon weiß, nicht davor zurückschrecken, ihren Widerstand gegen die Organisierung des Massen des Jischuws zum Kampfe für die 2. Front in Europa fortzusetzen ? Werden sie nicht davor zurückschrecken, ihre Politik der Spaltung, die die kämpferische antifaschistische Einheit des Jischuws untergräbt, fortzusetzen ?

Der jüdische Jischuw ist in tiefster Seele erschüttert. Tausend Bande - Bande der Familie und der Verwandtschaft - verknüpfen ihn mit den Massen unseres Volkes im gepeinigten Europa, an denen jetzt die Vernichtung vollzogen wird. Wird aber der Zorn, der durch die Schreckensnachrichten bei ihm hervorgerufen worden ist, von den Führern des Jischuws in Bahnen geleitet und gelenkt ? Wird er zusammengefaßt und auf den richtigen Weg gebracht, auf den Weg, der reale Ergebnisse und Hilfe verspricht ?!

Nein und abermals nein !

Die zionistische Leitung tut vielmehr alles, um im Jischuw die Gefühle der Verzweiflung zu vergrößern und in ihm den Glauben

zu erwecken, daß das jüdische Volk in dieser schweren Stunde allein steht, so wie sie dies auch früher getan hat. Die offizielle zionistische Propaganda hat in der Vergangenheit versucht und versucht auch heute, Tatsachen zu verbergen, die das Gegenteil beweisen. Diese Tatsachen sind, daß Sowjetflieger schon im vergangenen Jahre als erste den Juden in den Ghettos Worte des Trostes und der Aufmunterung - "wir werden kommen und euch erlösen" - brachten, daß Genosse Molotow namens der Sowjetregierung den faschistischen Raubtieren das erschütternde "Ich klage an" entgegenwarf und diese Regierung als erste die Bestrafung von Hess und der übrigen Nazi-Verbrecher forderte, daß in den schweren Tagen des Rückzuges der Roten Armee im Juni und Juli 1941 Hunderttausende von Juden von den Sowjetbehörden ins Innere des Sowjetlandes gebracht wurden, daß die nichtjüdischen Einwohner der besetzten Gebiete brüderlich das Los der Juden, das auch ihr eigenes ist, tragen, von der Partisanenbewegung, an der auch Juden teilnehmen, schon ganz zu schweigen, daß die Besten der polnischen Intelligenz und der unterirdischen Antinazi-Bewegung das Los der Juden teilen und ihnen nach besten Kräften helfen, daß Arbeiter, Bauern, Studenten und Priester in Norwegen, Holland, Belgien, Frankreich, Jugoslawien usw. gegen die Verbrechen der Nazis an den Juden und gegen deren Massen-Vernichtung heldenmütig kämpfen. Das sind einige wenige Tatsachen von vielen, die beweisen, daß die von den zionistischen Führern errichtete Konstruktion von der "Isoliertheit" des jüdischen Volkes falsch ist.

Die drei Trauertage, die wenigen Demonstrationen und Versammlungen, die Moazah der Histadruth, der dringend einberufene Kinuss des Jischuws und die Versammlung des "Chewel jami lejisrael" - sie alle wurden abgehalten im Geist des Defaitismus. Dabei nahmen gewisse Führer die Gelegenheit wahr, um ihr Gift gegen Sowjetrußland und gegen die antifaschistische Front überhaupt zu verspritzen. So rechnete Liebenstein in der Moazah der Histadruth die Sowjetunion zu den Staaten, "die schweigen und nicht helfen". Und Rubaschow forderte "soll Rußland seine Grenzen öffnen" - allerdings forderte er es nur, und erklärte nicht, wie er es meint. Wenn er meinte, daß Rußland seine Grenzen öffnen solle, um Juden hereinzulassen, so hätte er zeigen müssen, wie und von welcher Seite es sie öffnen solle und beweisen müssen, daß diese Grenze für Flüchtlinge gänzlich geschlossen ist. Wahrscheinlich aber hat er die Öffnung der Grenze zum Zwecke der "Rettung" von Juden aus Sowjetrußland gemeint, zur "Rettung" in die Arme Rubaschows ....Er meinte u.a., daß er sich auf keine fremde Fahne stütze, sagte aber nicht, ob er auch die Fahne der Sowjetunion zu diesen "fremden" Fahnen rechne. Und auf dem Kinuss rief M. Riwlín zu Vorbereitungen für ein "Dünkirchen der "Golah" auf. Eine Sammlung von Geschwätz, politischem Abenteuerertum, don quichotischem Sichaufblähen und Hass und Unglauben gegenüber den Kräften der Freiheit in der Welt !

Können solche Menschen den Jischuw einigen und ihn mit den übrigen Teilen des Volkes zum einheitlichen und gemeinsamen Kampf zur Rettung und Befreiung zusammenbringen ? Ist es nicht "natürlich", daß der Jischuw sich wiederum mit seinem Kummer abfinden muß und der "Kampf" für die Rettung des Volkes in die Büros der Institutionen und in die Post- und Telegrafämter verlegt wird ?!

Auch das neue Unglück des jüdischen Volkes wird immer mehr in Kleingeld umgesetzt. Auch dieses Unglück nutzt man, die Existenz- und Zukunftsinteressen des jüdischen Jischuws sowie die Existenz der Araber im Lande völlig ignorierend, zu einem politischen Geschäft aus, zum Zwecke des "Staates". Dieselben zionistischen Führer, die die "Isoliertheit" des jüdischen Volkes in der Welt verkünden, führen durch ihre anti-arabische Politik eine wirkliche Isolierung des Jischuws innerhalb des Landes und von den Nachbarstaaten selbst herbei. In dieser schicksalsschweren Zeit, in der im Feuer der Leiden des großen Befreiungskrieges die Freundschaft der Völker geschmiedet wird, erzeugen diese Führer alle Bedingungen für eine Feindschaft der Völker im Lande und unterstützen so die Interessen des Faschismus und der Reaktion.

Die Tatsache, daß die Juden Europas als ein Objekt angesehen wurden, das für die Zwecke des "Staates" ausgenutzt wurde, führte dazu, daß die fundamentale Notwendigkeit der Organisierung einer Volksbewegung für die Eröffnung einer 2. Front in Europa die ganze Zeit über in verbrecherischer Weise ignoriert wurde. Wie jeder weiß, bedeutet die 2. Front in Europa eine Rettung der Juden sowie aller übrigen unterjochten Völker. Dieser einleuchtenden Tatsache verschlossen sich aber die Führer des Jischuws und der Histadruth in allen Versammlungen und Zusammenkünften. Unsere Partei dagegen stellte die Losung der sofortigen Eröffnung der 2. Front in Europa auf, für die sie seit langem kämpft, weil sie ihr gerade für das jüdische Volk und für dessen Errettung vom Untergang die allergrößte Bedeutung beimißt.

Das Ziel der Errettung des jüdischen Volkes erlegt dem jüdischen Jischuw im Lande das Gebot der Einigkeit zum Zwecke des Sieges auf, eine Einigkeit, die über den Weg der Gleichheit der Lasten für alle Schichten des Jischuws erreicht werden kann und muß. Diese Einigkeit kann und muß entstehen rund um den Kampf für die Eröffnung der 2. Front in Europa, rund um die energische Forderung einer Bestrafung der in den Händen der Demokratien befindlichen Naziverbrecher und das Verlangen, daß die Regierungen der Vereinigten Nationen die strenge Strafe bekanntgeben, die alle Mörder und Henker erwartet, deren Hände von dem Blut ihrer Opfer befleckt sind. Diese Einigkeit kann und muß entstehen rund um das Hilfswerk der Liga V für die Sowjetunion, die in ihrem heldenhaften Kampf auch den Kampf des jüdischen Volkes führt, rund um die

Mobilisierung der Massen des Jischuws zur Armee, zu den "Abteilungen für die Zerstörung der Ghettos", zu den Truppen für die Invasion nach Europa, die für das vergossene jüdische Blut Rache nehmen werden.

Das Ziel der Rettung des jüdischen Volkes erfordert die Einigkeit des ganzen Volkes und den Einsatz aller seiner Kräfte in diesem Kampf. Mit seiner gewaltigen Anstrengung und seiner bewunderungswürdigen Schwungkraft ist das sowjetische Judentum ein Symbol und Vorbild für das ganze Volk. Einigkeit im Gefühl und im Kampf werden das Schicksal des Volkes in diesem gewaltigen Ringen gegen die Nazi-Mörder entscheiden. Jeder, der seinem Volk und dessen Rettung wirklich ergeben ist, muß dagegen aufstehen, daß Endziele jetzt auf die Tagesordnung gestellt werden, die die Einigkeit des Jischuws und des ganzen Volkes untergraben, und die Kluft zwischen den Juden und den Arabern in diesem Lande wie auch den arabischen Ländern vertiefen. Noch ist der Feind stark, lassen wir also nicht zu, daß die Leute der "Endziele" sich unnützen Illusionen hingeben und die Wachsamkeit des Jischuws gegenüber den Gefahren einschläfern.

Während das Volk vernichtet wird, mögen die Besten seiner Söhne und Töchter zu seiner Verteidigung und seiner Rettung aufstehen. Aus der glühenden Liebe zu ihrem Volke wird ihnen flammender Hass und Rachedurst gegen den Vernichter entstehen. Aus den Strömen von Tränen und Blut ihrer gequälten Brüder und Schwestern wird ein heiliger Zorn aufsteigen und ein Sturm der Wut gegen die Nazi-Bestien. Schwören wir alle: Blut um Blut ! Tod um Tod ! Wir haben geschworen: Nicht sterben, - leben wollen wir !

Kol Ham (Organ der KP Palästinas), Dezember 1942  
(Übersetzung)



Wird auf annähernd 6 Millionen geschätzt. Nur ungefähr 1 1/2 Millionen Juden in Westeuropa überlebten den Krieg. Diese Zahlen, obwohl sie eine Vorstellung von der Zahl der Opfer der faschistischen Aggressoren unter dem jüdischen Volk geben, geben keine Vorstellung von den Schwierigkeiten, in denen sich eine große Anzahl des jüdischen Volkes nach dem Krieg befand. (S.131)

Eine große Anzahl der überlebenden Juden Europas war ihrer Länder, ihrer Heime und ihrer Existenzmittel beraubt. Hunderttausende Juden wandern in verschiedenen Ländern Europas umher auf der Suche nach Existenzmitteln und nach Schutz. Eine große Anzahl von ihnen befindet sich in Lagern für Verschleppte und erleidet immer noch große Entbehrungen. Auf diese Entbehrungen hat besonders der Vertreter der Jewish Agency unsere Aufmerksamkeit gelenkt, den wir im Ersten Komitee gehört haben."

Die UNO muß sich um die Hunderttausenden der Überlebenden der jüdischen Bevölkerung kümmern, entsprechend den Prinzipien ihrer Charta, die den Schutz der Menschenrechte, ungeachtet von Rasse, Religion oder Geschlecht, vorschreiben. ...

"Die vergangene Erfahrung, besonders während des Zweiten Weltkrieges, zeigt, daß kein westeuropäischer Staat in der Lage war, dem jüdischen Volke bei der Verteidigung seiner Rechte und seiner nackten Existenz gegen die Gewalt der Hitleriten und ihrer Verbündeten angemessene Hilfe zu gewähren. Dies ist eine unangenehme Tatsache, aber leider muß sie wie alle anderen Tatsachen anerkannt werden.

Die Tatsache, daß kein westeuropäischer Staat in der Lage war, die Verteidigung der elementaren Rechte des jüdischen Volkes zu sichern und es vor der Gewalt der faschistischen Henker zu retten, erklärt die Bestrebungen der Juden, ihren eigenen Staat zu gründen. Es wäre ungerecht, dies nicht in Betracht zu ziehen und das Recht des jüdischen Volkes, diese Bestrebung zu realisieren, zu verneinen. Es wäre nicht zu rechtfertigen, dieses Recht des jüdischen Volkes zu verneinen, besonders in Anbetracht all dessen, was es während des Zweiten Weltkrieges durchgemacht hat. Konsequenterweise muß das Studium dieses Aspekts des Problems und die Vorbereitung relevanter Vorschläge eine bedeutende Aufgabe des speziellen Komitees bilden." (S.132)

Für die Zukunft Palästinas gibt es viele verschiedene Pläne: "1. die Gründung eines einzigen arabisch-jüdischen Staates mit gleichen Rechten für Araber und Juden; 2. die Teilung Palästinas in zwei unabhängige Staaten, einen arabischen und einen jüdischen; 3. die Gründung eines arabischen Staates in Palästina, ohne die angemessene Beachtung der Rechte der jüdischen Bevölkerung; 4. die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina, ohne die angemessene Beachtung der Rechte der arabischen Bevölkerung.

Zu jedem dieser vier grundlegenden Pläne gibt es verschiedene Varianten für die Regulierung der Beziehungen zwischen Arabern und Juden und für die Lösung verschiedener anderer Probleme. Ich werde alle diese Pläne jetzt nicht im Detail analysieren. Die Sovjetunion wird ihre Position zu den verschiedenen Plänen detaillierter darlegen, wenn definitive Vorschläge vorbereitet sind und beraten werden und besonders, wenn Beschlüsse über die Zukunft Palästinas gefaßt werden. ... Bei der Analyse der verschiedenen Pläne für die Zukunft Palästinas ist es wesentlich, vor allem die besonderen Aspekte dieser Frage

REDE DES SOWJETISCHEN DELEGIERTEN  
DER SOZIALISTISCHEN SOWJETUNION VOR  
DER UNO, 14.5. 1947 - Auszug  
OOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOO

(Die vorliegende Rede wurden aus dem Englischen übersetzt, z.T. zusammengefaßt, z.T. wörtlich übersetzt, was durch Anführungszeichen gekennzeichnet ist.)

HERR GROMYKO (UdSSR): "Der Verlauf der Diskussion sowohl in den Plenarsitzungen der Generalversammlung als auch in dem Ersten Komitee hat gezeigt, daß die Palästina-Frage ein akutes politisches Problem geworden ist." Die UNO trägt die Verantwortung für die Lösung der Palästina-Frage: sollte sich führen lassen von den Zielen und Prinzipien ihrer Organisation und den Interessen der Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit. (S.127) Die Diskussion befindet sich im Anfangstadium. Die Generalversammlung müßte Ende 1947 eine Entscheidung treffen.

Die bisherige Diskussion brachte für die Delegationen eine bessere Kenntnis der Fakten zur Palästina-Frage, besonders der gegenwärtigen Situation. Sie hat die Aufgabe klargemacht, die Funktionen und Richtung der Arbeit des Komitees zu bestimmen, das eingerichtet werden soll, um Vorschläge zu erarbeiten.

Folgendes muß bedacht werden: 1. das Mandatssystem der Verwaltung Palästinas, 1922 eingerichtet, hat sich nicht bewährt; es ist bankrott; vgl. Arabischer Aufstand 1936 und in den folgenden Jahren - blutige Ereignisse in Palästina werden immer häufiger. (S.128)

Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat die Frage der Generalversammlung vorgelegt; weder die arabische noch die jüdische Bevölkerung Palästinas akzeptieren die bestehende Form der Regierung. (S.129) Das sogenannte Anglo-amerikanische Untersuchungskomitee für Palästina hat die Frage 1946 studiert, kam zu den gleichen Schlussfolgerungen: "Palästina ist ein bewaffnetes Lager" ... die Zahl der hauptsächlich beschäftigten Personen in Polizei und Gefängnisverwaltung betrug 1945 15.000. Im Finanz-18,4 Mrd. US-Dollar ausgegeben, für Gesundheitsmaßnahmen nur 2,2 Mrd. US-Dollar (S.130) und 2,8 Mrd. US-Dollar für Erziehung. "Palästina hat sich zu einem halb-militärischen oder Polizei-Staat entwickelt."

Von dieser Lage ausgehend muß eine Lösung im Interesse der Völker Palästinas und im allgemeinen Interesse der UNO gefunden werden. Juden und Araber verlangen eine Beendigung des Mandats.

2. "Bei der Diskussion der Frage der Aufgabe des Komitees für die Vorbereitung von Vorschlägen zu Palästina müssen wir einen weiteren wichtigen Aspekt dieser Frage beachten. Wie wir wissen, sind die Bestrebungen eines bedeutenden Teils des jüdischen Volkes mit dem Problem Palästinas und seiner zukünftigen Verwaltung verbunden..."

Während des letzten Krieges erlitt das jüdische Volk außergewöhnlichen Kummer und Leiden. Ohne jede Übertragung, diese Sorgen und Leiden sind unbeschreiblich. Es ist schwierig, sie in trockenen Statistiken über die jüdischen Opfer des faschistischen Aggressors auszudrücken. Die Juden in den Territorien, wo die Hitleriten die Macht hatten, waren nahezu vollständig physischer Vernichtung unterworfen. Die vollständige Anzahl von Mitgliedern der jüdischen Bevölkerung, die unter den Händen der Nazi-Henker umkamen,

DER REPRÄSENTANT DER SOVJETUNION VOR DER UNO AM 26. NOVEMBER 1947

"Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat - wie jeder Mann weiß - keine direkten materiellen oder andere Interessen in Palästina; sie ist an der Palästina-Frage lediglich interessiert, weil sie ein Mitglied der Vereinten Nationen ist und weil sie eine Weltmacht darstellt, die, wie jede andere Weltmacht, eine besondere Verantwortung zur Erhaltung des internationalen Friedens trägt.

Als die Frage der Zukunft Palästinas auf der Sondersitzung der Vollversammlung diskutiert wurde, wies die Regierung der UdSSR auf die beiden annehmbarsten Lösungen dieser Frage hin. Die eine war die Bildung eines einzigen Arabisch-Jüdischen Staates, in dem Araber und Jüger gleiche Rechte genießen würden. Im Falle, daß sich eine solche Lösung als undurchführbar erweisen sollte, aufgrund der Verschlechterung der arabisch-jüdischen Beziehungen, hat die Regierung der UdSSR durch ihre Delegation in der Vollversammlung eine zweite Lösung angedeutet, nämlich die Teilung Palästinas in zwei freie, unabhängige und demokratische Staaten - einen arabischen und einen jüdischen.

Wir können uns fragen, warum die überwältigende Mehrheit der in der Vollversammlung repräsentierten Delegationen gerade dieser und keiner anderen Lösung zugestimmt hat. Die einzige Erklärung, die gegeben werden kann, besteht darin, daß alle alternierenden Lösungen des Palästina-Problems als undurchführbar und unpraktisch erachtet wurden.

Bei der Feststellung dieser Tatsache denke ich an das Projekt, einen einzigen unabhängigen arabisch-jüdischen Staat mit gleichen Rechten für Araber und Juden zu schaffen. Die Erfahrung aus dem Studium der Palästina-Frage einschließlich der Erfahrung des Sonderausschusses, hat gezeigt, daß die Juden und Araber in Palästina nicht wünschen oder nicht in der Lage sind, zusammen zu leben. Der logische Schluß folgte, daß falls diese beiden völkerrische Bindungen zu diesem Land aufweisen, nicht zusammen innerhalb der Grenzen eines einzigen Staates leben können, es keine Alternative dazu gibt, anstelle eines Landes zwei Staaten - einen arabischen und einen jüdischen - zu bilden. Dies stellt aus der Sicht unserer Delegation die einzige praktikable Lösung dar.

Die Gegner einer Teilung Palästinas in zwei separate, unabhängige, demokratische Staaten weisen gewöhnlich auf die Tatsache hin, daß eine solche Entscheidung, wie sie behaupten, gegen die Araber, gegen die arabische Bevölkerung Palästinas und gegen die arabischen Staaten im allgemeinen gerichtet sei. Dieser Standpunkt wird aus schnell ersichtlichen Gründen von den Delegationen der arabischen Länder besonders betont. Aber die UdSSR-Delegation kann einen solchen Standpunkt nicht teilen. Weder der Vorschlag, Palästina in zwei separate, unabhängige Staaten zu teilen, noch die Entscheidung des "ad-hoc"-Ausschusses, der auf je-ner Sitzung gebildet wurde und der den jetzt in der Diskussion befindlichen Vorschlag billigte, ist gegen die Araber gerichtet.

im Kopf zu haben. Es ist wesentlich, die unbestreitbare Tatsache im Kopf zu haben, daß die Bevölkerung Palästinas aus zwei Völkern, den Arabern und den Juden besteht. Beide haben historische Wurzeln in Palästina. Palästina ist das Heimatland dieser beiden Völker geworden, jedes spielt eine wichtige Rolle in der Wirtschaft und im kulturellen Leben des Landes. Weder die historische Vergangenheit, noch die gegenwärtigen Bedingungen in Palästina können irgend eine einseitige Lösung des Palästina-Problems rechtfertigen. ...

Eine gerechte Lösung kann nur erreicht werden, wenn den legitimen Interessen beider Völker ausreichend Beachtung geschenkt wird. (S.133) All dies führt die sowjetische Delegation zu dem Schluß, daß die legitimen Interessen beider, der Jüdischen und der arabischen Bevölkerung Palästinas, nur wirklich durch die Schaffung eines unabhängigen, dualen, demokratischen, homogenen arabisch-jüdischen Staates gewährleistet werden können. Ein solcher Staat muß auf der Gleichheit der Rechte für die jüdische und die arabische Bevölkerung beruhen, die die Grundlagen für die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Völkern zu ihrem gegenseitigen Interesse und Vorteil legen muß. Es ist sehr gut bekannt, daß dieser Plan für die Lösung der palästinensischen Zukunft Unterstützer im Lande selbst hat. ...

Diese Lösung des Palästina-Problems durch die Schaffung eines einzigen arabisch-jüdischen Staates mit gleichen Rechten für Juden und Araber kann als eine der Möglichkeiten und als eine der beachtenswerteren Methoden für die Lösung dieses komplizierten Problems angesehen werden. Eine solche Lösung des Problems der Zukunft Palästinas könnte eine gesunde Grundlage für die friedliche Koexistenz und Kooperation der arabischen und jüdischen Bevölkerung Palästinas sein, im Interesse dieser beiden Völker und zum Vorteil der gesamten Bevölkerung Palästinas und des Friedens und der Sicherheit im Nahen Osten.

Falls sich dieser Plan als undurchführbar erweisen sollte, angesichts der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Juden und den Arabern - und es wird sehr wichtig sein, die Ansicht des Besonderen Komitees zu dieser Frage zu kennen - dann wäre es notwendig, den zweiten Plan zu bedenken, der, wie der erste, Unterstützer in Palästina hat und die Teilung Palästinas in zwei unabhängige, autonome Staaten, einen jüdischen und einen arabischen, vorsieht. Ich wiederhole, daß eine solche Lösung des Palästina-Problems nur dann zu rechtfertigen wäre, wenn die Beziehung zwischen der jüdischen und arabischen Bevölkerung Palästinas sich in der Tat als so schlecht herausstellten, daß es unmöglich wäre, sie zu versöhnen und eine friedliche Koexistenz von Arabern und Juden zu sichern.

Natürlich müssen diese beiden möglichen Pläne für die Lösung des Problems der Zukunft Palästinas vom Komitee studiert werden... (S.134)

Vereinte Nationen, Offizielle Protokolle der Ersten Sondersitzung der Generalversammlung, Lake Success, New York, 1947, S.127-134 (Übersetzung)

Diese Entscheidung ist gegen keine der beiden Palästina bewohnenden nationalen Gruppen gerichtet. Die UdSSR-Delegation ist im Gegenteil der Ansicht, daß diese Entscheidung mit den fundamentalen nationalen Interessen beider Völker korrespondiert, d.h. mit den Interessen der Araber ebenso wie mit denen der Juden.

Die Repräsentanten der arabischen Staaten behaupten, daß die Teilung Palästinas eine historische Ungerechtigkeit sein würde. Aber diese Sichtweise ist inakzeptabel, wenn auch letztlich nur aus dem Grund, daß das jüdische Volk für einen beträchtlichen Zeitschnitt auf das engste mit Palästina verbunden war. Davon abgesehen dürfen wir die Position nicht übersehen - und die UdSSR-Delegation hat erstmalig auf der Sondersitzung der Vollversammlung darauf hingewiesen - dürfen wir also nicht die Position übersehen, in der sich das jüdische Volk als Ergebnis des letzten Weltkrieges befunden hat. Ich werde nicht wiederholen, was die UdSSR-Delegation zu diesem Punkt auf der Sondersitzung der Vollversammlung gesagt hat. Es mag jedoch nicht verfehlt sein, meine Zuhörer nochmals daran zu erinnern, daß die Juden als Ergebnis eines vom Hitler-Deutschland entfesselten Krieges mehr als jedes andere Volk gelitten haben. Sie wissen, daß es in Westeuropa kein einziges Land gab, dem es gelang, das jüdische Volk gegen die Willkürakte und Gewaltmaßnahmen der Nazis zu schützen.

Die Delegation der UdSSR ist weiterhin der Meinung, daß die Entscheidung, Palästina zu teilen, sich im Rahmen der hohen Prinzipien und der Ziele der Vereinten Nationen bewegt. Diese Entscheidung entspricht auch dem Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Politik der UdSSR im Bereich der Nationalitäten-Probleme, die sie schon seit ihrer Gründung verfolgt, ist eine Politik der Freundschaft und der Selbstbestimmung der Völker.

Die Lösung des Palästina-Problems, basierend auf einer Teilung Palästinas in zwei separate Staaten, wird von grundlegendem historischer Bedeutung sein, weil eine solche Entscheidung die legitimen Ansprüche des jüdischen Volkes berücksichtigt. Wie Sie wissen, sind Hunderttausende von Juden immer noch ohne ein Land, ohne Heim, oder sie haben vorübergehende Unterkunft in Sonderlagern einiger westeuropäischer Länder gefunden. Ich werde nicht von den Bedingungen sprechen, unter denen diese Leute leben; diese Bedingungen sind nur allzu gut bekannt. Es ist schon eine Menge zu diesem Thema von jenen Repräsentanten gesagt worden, die den Standpunkt der UdSSR-Delegation in dieser Frage teilen und die den Plan der Teilung Palästinas in zwei Staaten unterstützen.

Die Versammlung unternimmt große Anstrengungen, die gerechteste praktikabelste, durchführbarste und gleichzeitig radikalste Lösung des Palästina-Problems zu finden. Dabei stellt sich die Versammlung auf gewisse unwiderlegbare Fakten, die dazu geführt haben, die Palästina-Frage vor die Vereinten Nationen zu bringen. Welches sind diese Fakten? Faktum Nummer eins ist, daß das Mandatssystem kein Erfolg war. Ich gehe sogar noch weiter, indem ich sage: Das Mandatssystem ist gescheitert.

Faktum Nummer zwei: Die Regierung des Vereinten Königreiches hat, als sie sich an die Vereinten Nationen wandte, betont, daß

sie für die Durchsetzung jener Maßnahmen nicht verantwortlich gemacht werden könne, die aufgrund einer möglichen Entscheidung der Vollversammlung in Palästina notwendig werden. Dadurch hat die Regierung des Vereinten Königreiches anerkannt, daß die Vollversammlung kraft der Rechte, die ihr durch die Charta übertragen wurden, die Verantwortung zur Lösung der Frage des zukünftigen Palästinas übernehmen kann.

Auf der anderen Seite hat der Repräsentant des Vereinten Königreiches auf derselben Vollversammlung jedoch ausgesagt, daß seine Regierung nur dann bereit ist, die entsprechenden Entscheidungen der Vollversammlung auszuführen, wenn Araber wie Juden irgendeiner Lösungsmöglichkeit des Problems zustimmen. Es dürfte jedem klar sein, daß diese beiden Aussagen einander widersprechen. Während die erste Aussage die Bereitwilligkeit des Vereinten Königreiches betont, in dieser Angelegenheit mit den Vereinten Nationen zu kooperieren, zeigt die zweite Aussage, daß die Regierung des Vereinten Königreiches eine Entscheidung der Versammlung außer acht lassen könnte.

Ich meine, ich sollte noch auf einen weiteren Aspekt eingehen.

Vom Beginn der Diskussionen an haben eine Reihe von Delegationen, in der Hauptsache die Delegationen der arabischen Staaten, versucht, uns zu überzeugen, daß diese Frage die Kompetenz der Vereinten Nationen überschreite. So waren sie nicht fähig, wie man erwarten konnte, außer allgemeinen und nicht fundierten Aussagen und Erklärungen überzeugende Argumente zu liefern.

Die Vollversammlung, sowie die Vereinten Nationen als Ganzes, haben nicht nur das Recht, diese Angelegenheit zu überprüfen, sondern sie haben angesichts der in Palästina eingetretenen Situation die Pflicht, die erforderliche Entscheidung zu treffen. Aus der Sicht der UdSSR-Delegation befindet sich der Plan, wie er vom "ad-hoc"-Ausschuß dargestellt wurde, sowie die notwendigen Maßnahmen des Sicherheitsrates zur praktischen Durchführung in voller Übereinstimmung mit dem Interesse, den internationalen Frieden zu erhalten und zu stärken und dem Interesse, eine zunehmende Kooperation zwischen den Staaten herbeizuführen. Aus genau diesem Grunde unterstützt die UdSSR-Delegation die Empfehlung, Palästina zu teilen."

Sitzungsprotokoll der 125. Plenartagung  
der Uno, 26.11.1947  
(Übersetzung)

Rede des polnischen Delegierten Dr. Fiderkiewicz vor der UNO, 14.5.1947

Vereinte Nationen. Offizielle Protokolle der Ersten Sondersitzung der Generalversammlung. Lake Success, New York, S.243-259.

S.243 Dr.FIDERKIEWICZ (Polen): Die polnische Delegation bedauert, daß sie den Bericht des Unterkomitees 6 bis jetzt nicht zufriedenstellend findet.

Die polnische Delegation hat ihre Anmerkungen zurückgestellt, bis sie die Jüdische Agentur und das Arabische Höhere Komitee gehört hat, und bittet in diesem bedeutenden Komitee um etwas Zeit, um eine Erklärung für Polen abzugeben.

Verschiedene Ansichten sind vor diesem Komitee zum Palästina-Problem zum Ausdruck gebracht worden. Die polnische Delegation hat allen diesen Ansichten die sorgfältigste Aufmerksamkeit geschenkt und sie studiert. Unsere Haltung zur Palästina-Frage und den mit ihr verbundenen Problemen wird von unserem starken Wunsch nach Stabilität der Welt, Frieden und Sicherheit bestimmt und von unserem Glauben an das Recht auf Selbstbestimmung für alle Gruppen überall. Diese Prinzipien haben die polnische Regierung von ihrer Bildung an bis zum heutigen Tag geleitet. Wir können keine andere Haltung zu dieser Frage einnehmen. Als Staat haben wir weder strategische noch besondere wirtschaftliche Interessen in Palästina, und wir sind von dem reinen Wunsch beseelt, die freundschaftlichsten Beziehungen zu den Völkern des Mittleren Ostens herzustellen. Wir sehen klar, daß Palästina ein Zentrum internationaler Störung geworden ist, das gegenwärtig Frieden und Sicherheit in der Welt bedroht, und wir tun alles, was wir können, um eine endgültige Lösung des Problems zu fördern und das Land, das einem großen Teil des Menschengeschlechts heilig ist, einmal mehr in ein Zentrum friedlichen Lebens und friedlicher Entwicklung zu verwandeln.

Es ist höchst bedauerlich, daß während der Debatte vor diesem Komitee einige der wichtigsten Aspekte dieser Frage aus den Augen verloren wurden. Erinnern wir uns daran, daß der Fall hier vor uns gebracht wurde auf Bitten der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich, als britische Staatskunst bei der Lösung des Problems nicht erfolgreich war. Es ist ganz klar, daß das vorliegende Problem nicht nur ein Streit zwischen Juden und Arabern ist, sondern zwischen Juden und Arabern auf der einen Seite und der Mandatsmacht auf der anderen.

Unter den Bedingungen des Mandats sollte der Mandatarstaat die Entwicklung von Selbstverwaltungseinrichtungen, den Schutz ziviler und religiöser Rechte aller Einwohner, unabhängig von Rasse oder Religion, fördern. Gleichzeitig sollte die Verwaltung die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes ermutigt haben, die zur Gründung eines freien und unabhängigen Staates führen sollte. Was ist die Situation heute? Palästina ist wieder einmal Schauplatz eines Kampfes, in dem Gewalt und Terror auf beiden Seiten angewandt werden. Dieses kleine und friedliche Land ist jetzt zu einem Polizeistaat geworden. Die Ausgaben für sogenannte Recht und Ordnung (law and order) betragen 18.500.000 Dollar, im Vergleich mit

S.244

2.200.000 Dollar für Gesundheit und 2.800.000 Dollar für Erziehung. Die Zensur ist absolut. Bürgerliche Rechte sind nicht existent. Eine Beschreibung der Situation wird sehr lebendig im Bericht des Anglo-Amerikanischen Untersuchungskomitees gegeben. Ich zitiere:

"Die Verordnungen übertragen den Behörden weitgehende Vollmachten, ohne Befehl festzunehmen und zu durchsuchen. Durchsuchungen können in Abwesenheit des Eigentümers oder Besitzers durchgeführt werden... Militärgerichte besitzen beträchtliche Rechtsbefugnisse und können das Todesurteil fällen. Das Prinzip der Gruppenverantwortlichkeit wurde ausgeweitet, und die Behörden sind ermächtigt, kollektive Geldstrafen als Strafmaßnahmen zu verhängen."

Nach dem gleichen Bericht gibt es mehr als 15.000 Mann Polizei- und Gefängnispersonal, ohne die gewöhnlichen Polizeikräfte. Die Militärstreitkräfte, die in Palästina stationiert sind, entsprechen zweieinhalb Divisionen; hinzu kommt eine Anzahl von Marine- und Luftwaffen-Einheiten. 1945 wurden mehr als 4.600.000 Pfund von der Palästina-Regierung für Polizeizwecke ausgegeben, verglichen mit 5.600.000 Pfund für alle anderen Regierungsausgaben.

Unsere Aufgabe ist jetzt, eine neue Lösung zu finden. Als einen der ersten Schritte zu diesem Ziel unterstützt die polnische Delegation die Idee der Einrichtung eines Untersuchungskomitees, ausgewählt auf einer möglichst breiten geographischen Grundlage. Dieses Komitee sollte alle erreichbaren Fakten studieren und zur nächsten Sitzungsperiode der Generalversammlung Vorschläge bringen.

Der polnische Premierminister, Herr Osobka-Morawski, erklärte am 26. April 1946 vor dem Nationalrat Polens: "Angesichts der größten Tragödie, die das jüdische Volk befallen hat, sollte die Hilfe auf jene Juden ausgeweitet werden, die versuchen, ihre nationalen Bestrebungen in Palästina zu verwirklichen." Diese Erklärung, die die Position meiner Regierung ausdrückt, ist nicht einfach zufällig. Sie ist Ergebnis der engen Beziehungen, die Polen mit dem jüdischen Volk verbanden und weiterhin verbinden.

Ein großer Teil des jüdischen Volkes in der ganzen Welt kommt aus Polen - eine Tatsache, die unsere Republik nicht ignorieren kann. Das jüdische Leben, Wirtschaft und Institutionen, die in Palästina aufgebaut wurden, resultieren in großem Umfang aus der Arbeit und den Anstrengungen polnischer Juden, die Bürger unseres Landes waren; Juden, die die polnische Sprache sprechen und deren Leben mit dem unserer Nation verbunden war. Dies ist eine wichtige Tatsache, die nicht übersehen werden kann; eine Tatsache, die ein unvermeidliches Band der Sympathie zwischen meiner Nation und dem jüdischen Volk und seinen nationalen Bestrebungen in Palästina schafft.

Aus diesem Grund empfinden wir die Tatsache sehr bitter, daß brutale Gewalt von der palästinensischen Verwaltung angewandt wird, um die Ausführungen zu zerstören, die oftmals Wüste in blühendes Land verwandelt haben.

S.245

Während dieses Krieges wurde ein sehr enges Band zwischen Juden und Polen in ihrem gemeinsamen Kampf gegen die Nazi-Unterdrücker geknüpft, deren Endziel die Vernichtung der Juden und Polen gleichermaßen war. Jüdische Partisanen in den Wäldern von Lublin, die Aufstände der Juden im Warschauer Ghetto, wie auch die Fertigkeiten der jüdischen Soldaten, die mit den polnischen Armeen an allen Fronten kämpften, spielten eine beträchtliche Rolle im Kampf für die Unabhängigkeit.

Aber es gibt noch ein anderes Band, ein äußerst trgisches Band, das zwischen meiner Nation und den Juden gebildet wurde. Dieses Band wurde durch die Nazis geschaffen. Sie kennen sehr wohl die Tragödie der Vernichtung von 3 Millionen polnischer Juden, Bürgern unserer Republik, in den berüchtigten (weltbekannten) Vernichtungslagern von Majdanek, Oswiecim, Tremblinka und anderen. Polnische Juden waren nicht die einzigen Juden, die dort vernichtet wurden. Hitler und seine Komplizen beim Massenmord wählten Polen als den Platz, wo alle Juden, die unter die Nazi-herrschaft fielen, vernichtet werden sollten. Aus ganz Europa, aus Deutschland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Tschechoslowakei, Österreich, Frankreich, Holland, Ungarn und anderen Ländern wurden Juden in die Vernichtungslager gebracht, die von den Nazis auf polnischem Boden errichtet worden waren, und kamen dort in den Gaskammern um. Ich war selbst dort, und ich sah anderthalb bis zwei Millionen in Krematorien Verbrannter.

Unser Volk war Zeuge dieser Massentragödie. Wir können sie nicht vergessen, und wir werden sie nicht vergessen. Mit der Erinnerung an die Massentragödie eines Volkes, die tief in Denken und Seele unserer Nation eingegraben ist, können wir nicht anders, als am Schicksal jener unglücklichen Verschleppten interessiert zu sein, die ihre Familien verloren und die es psychologisch unmöglich finden, an die Plätze zurückzukehren, die für sie Friedhöfe sind, von der Erinnerung an ihre Lieben verfolgt, werden, die von den Nazi-Barbaren getötet wurden. Wir sympathisieren mit diesen Verschleppten. Wir verstehen ihre Situation, ihre Denkungsart und ihre Bestrebungen. Wir verstehen ihren Wunsch, ein neues Leben in einem neuen Land zu beginnen. Wir werden deshalb ihr Recht unterstützen, ein neues Leben in Ländern in allen Teilen der Welt einzurichten.

Wir verstehen, daß wir dieses schon schwierige Problem noch komplizierter machen, wenn wir das Palästina-Problem mit dem der Juden in den Lagern für Verschleppte in Europa verbinden. Zweifellos wäre die Lösung einfacher, wenn wir diese beiden Probleme getrennt diskutieren könnten. Leider ist es jedoch unmöglich, diese beiden Probleme zu trennen, weil eine große

Mehrheit der Juden in den Lagern für Verschleppte nach Palästina gehen will; mehr noch, die palästinensische jüdische Gemeinde ist die einzige, die darauf vorbereitet ist, Juden in großer Zahl aufzunehmen.

S.256

Während wir die Idee der jüdischen Einwanderung in Palästina, sehen wir jedoch darin nicht die Lösung des jüdischen Flüchtlingsproblems als solchem. Wir verstehen, daß nur ein bestimmter Anteil von verschleppten Juden in Palästina einwandern kann; das Schicksal der anderen ist eng mit der Lösung des brennenden Problems der Flüchtlinge und Verschleppten allgemein verbunden. Dieses Problem wird immer brennender, und unserer Meinung nach sollte es von den Vereinten Nationen äußerst sorgfältig studiert werden. Empfehlungen für seine Lösung sollten Gegenstand einer baldigen Diskussion in unserer Organisation sein. Es ist äußerst unglücklich, daß die Internationale Flüchtlingsorganisation auf einem Prinzip beruht, das unserer Meinung nach keine saubere Lösung des Flüchtlingsproblems hervorbringen kann und unfähig ist, mit dieser Frage fertig zu werden. Deshalb wird die Einwanderung in Palästina eine Lösung für nur einen Teil der verschleppten Juden darstellen. Wir hoffen, daß jedes Land dabei tun wird, eine Anzahl jener unglücklichen Juden aufzunehmen und ihnen das Privileg zu geben, ein neues Leben unter neuen Menschen und in anderer Umgebung zu beginnen. Die einzige Beschränkung sollte das Fassungsvermögen des Landes für die wirtschaftliche Aufnahme der Einwanderer sein.

Mein eigenes Land tut in dieser Richtung alles, was es kann. Wir ermutigen alle polnischen Juden, zurückzukehren und sich in Polen einzurichten. Wir haben besondere Gesetze angenommen, die antisemitische Agitation zum Verbrechen erklären. Wir haben ein spezielles Büro für die Wiederansiedlung und Rehabilitierung (Wiedereingliederung) zurückkehrender Juden eingerichtet, und ich muß sagen, daß sie zurückkehren. Wir haben über 160.000 Juden aus der Sowjetunion repatriert, wo sie während des Krieges Zuflucht gefunden hatten. Ich kann mit großer Befriedigung feststellen, daß mehrere Tausend unserer jüdischen Mitbürger, die sich in Lagern für Verschleppte befinden, sich entschlossen haben, nach Polen zurückzukehren und ihr Schicksal mit dem Schicksal der polnischen Demokratie zu verbinden, die gleiche Rechte für alle garantiert. Neue jüdische Gemeinden in Schlesien sind der beste Beweis dafür, daß ein neues Leben unter neuen Bedingungen für die Juden möglich ist, die nach Polen zurückkehren.

Wir verstehen jedoch, daß es unter diesen Verschleppten viele gibt, die es psychologisch unmöglich finden, in ihr Ursprungsland zurückzukehren oder in irgend ein anderes Land außer Palästina zu gehen, wo sie unter ihrem eigenen Volk sind; sie hoffen, ein eigenes neues jüdisches Nationalleben zu schaffen. Sie sehen in Palästina das historische Heimatland des jüdischen Volkes. Wir sympathisieren mit ihren Hoffnungen,

und wir geben ihnen unsere volle Unterstützung. Aus diesen Gründen sehen wir das Recht einer umfangreichen Einwanderung von Juden in Palästina für grundlegend an, das sowohl im Anglo-amerikanischen Untersuchungskomitee als auch in der Erklärung von Präsident Truman Unterstützung fand.

S.247

Unsere Position hat nichts mit unserer Haltung zur Lösung des Palästina-Problems zu tun oder mit unserer Haltung zu bestimmten politischen Bewegungen und Ideen, die unter den Juden umlaufen und - richtig oder falsch - vor vielen Jahren begannen. Es ist eine praktische Position, geboren aus den praktischen Konsequenzen der Massenvernichtung von Juden durch die Nazis und der besonderen Situation der Juden unter den übrigen Verschleppten. Es ist eine Forderung des Lebens, mächtiger als politische Doktrinen, die wir billigen oder mißbilligen mögen.

Deshalb unterstützen wir die jüdische Einwanderung und die jüdischen nationalen Bestrebungen in Palästina. Dabei wollen wir die Rechte und Privilegien der arabischen Bewohner jenes Landes nicht beeinträchtigen. Wir wissen, daß mit Hilfe geeigneter Investitionen ein großer Anteil der jüdischen Flüchtlinge von Palästina aufgenommen werden kann und daß die sich daraus ergebende wirtschaftliche Entwicklung auch den arabischen Bewohnern zugute kommen muß. Wir hoffen deshalb, daß eine Methode gefunden werden kann, durch die die jüdische Einwanderung und die Realisierung der jüdischen nationalen Bestrebungen in Palästina mit den legitimen Bestrebungen der palästinensischen arabischen Bewohner in Einklang gebracht werden kann. Um eine solche Vereinbarkeit herzustellen, sehen wir es als notwendig an, daß wirtschaftliche Hilfe nicht nur den jüdischen Siedlern gegeben wird, sondern direkt an die arabischen Bewohner, um so eine ständige Ungleichheit zwischen den Lebensstandards der Juden und der Araber in Palästina zu vermeiden. Solche Projekte, wie sie direkt den palästinensischen Arabern zugute kommen könnten, sollten unter der Verantwortung der Vereinten Nationen und ihrer angeschlossenen speziellen Agenturen entwickelt werden.

Wir wissen jedoch, daß die Bestrebungen der arabischen Bewohner in Palästina nicht nur wirtschaftlicher Art sind. Sie sind auch politisch und kulturell. Wir waren immer voller Sympathie für die Bestrebungen und den Kampf des arabischen Volkes für seine nationale Freiheit und Unabhängigkeit, und wir meinen, daß dieses Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit der arabischen Bevölkerung Palästinas garantiert werden muß. Wenn ich von arabischer Freiheit und Unabhängigkeit spreche, meine ich wirkliche Unabhängigkeit, frei vom Protektorat gewisser Großmächte und frei von Abhängigkeit von ausländischen Ölinteressen; eine Unabhängigkeit, die, um eine kürzlich abgegebene Erklärung Präsident Trumans zu zitieren, "auf repräsentativer Regierung, freien Wahlen, Garantien für individuelle Freiheit, Redefreiheit und religiöse Freiheit und Freiheit von politischer Unterdrückung" beruht. Und, möchte ich hinzufügen, auch auf wirtschaftlicher Freiheit. Jeder Kampf des arabischen Volkes für



solche nationale Unabhängigkeit wird immer unsere vollste Sympathie und Unterstützung finden.

Wir glauben, daß Wege gefunden werden müssen, wie enge Zusammenarbeit zwischen Arabern und Juden möglich gemacht wird, nicht nur zu Gunsten Palästinas und der Völker des Mittleren Ostens, sondern auch im Interesse des Weltfriedens. Dies wird im Geist unserer Charta sein. Solche Möglichkeiten wurden von dem großen arabischen Staatsmann Amir Feisal durch die Zusammenarbeit von Juden und Arabern in der Stadtverwaltung von Haifa geschaffen, durch viele Versuche jüdischer und arabischer Araber, gemeinsame Anstrengungen für einen besseren Lebensstandard zu organisieren.

S 248

Das arabische Volk von Palästina verdient Unabhängigkeit, wie auch die Juden das Recht auf Einwanderung und Erfüllung ihrer nationalen Bestrebungen in Palästina verdienen. Ich will hier nicht in die Diskussion darüber eintreten, wie diese beiden Ziele vereinbart werden können. Das ist die Hauptaufgabe des Komitees, das durch diese Generalversammlung zum Studium des Palästina-Problems geschaffen werden soll. Wir wollen die Ergebnisse dieser Untersuchungen und die Empfehlungen, die das Komitee machen wird, nicht im voraus beurteilen. Wir sagen unsere Meinung, um bestimmte Punkte zur Sprache zu bringen, wenn die Richtlinien für dieses Komitee formuliert werden.

Nach Meinung der polnischen Delegation sollte das Komitee größtmögliche Vollmachten haben und sollte nicht durch Mittel, Ort oder Geldmittel eingeschränkt werden. Es sollte die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen in Palästina und sonstwo prüfen, mit dem Hauptziel der Einrichtung eines freien demokratischen Staates in Palästina. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein solcher Staat beiden Nationen gleiche politische, nationale, kulturelle und sprachliche Rechte garantieren muß. Das Komitee sollte Vorschläge machen, wie und wann eine solche Unabhängigkeit eingeführt werden kann. Nach Meinung der polnischen Delegation sollten die Vereinten Nationen als Ganzes, vielleicht unter den Bedingungen einer Treuhandverwaltung für eine begrenzte Periode, mit der Aufgabe der Umformung Palästinas in einen unabhängigen Staat betraut werden. Dieses Komitee sollte auch die Möglichkeit alternativer Lösungen, wie die Gründung eines separaten arabischen und eines separaten jüdischen Staates in Palästina untersuchen. Während wir solche alternativen Lösungen weniger vorziehen, wollen wir jedoch nichtsdestoweniger das Ergebnis nicht im Vorhinein verurteilen, und wir meinen, daß das Komitee ihnen volle Aufmerksamkeit schenken sollte.

Das Komitee muß die Beglaubigungsschreiben der verschiedenen politischen Gruppen überprüfen, die beanspruchen, im Namen der verschiedenen Sektionen der Bevölkerung von Palästina zu sprechen. Besonders notwendig ist es, die politische Rolle und den Einfluß früherer Nazi-Kollaborateure zu überprüfen, deren sehr politische Vergangenheit die arabisch-jüdische

S.249 Zusammenarbeit unmöglich macht und deren politische Vergangenheit eine wirkliche Zusammenarbeit mit ihnen durch die Vereinten Nationen verbietet. Die Position der politischen Ächtung, die unsere Organisation Franco und seinem Pro-Nazi-Regime auferlegt hat, muß auf alle Nazi-Kollaborateure angewendet werden, wer immer und wo immer sie sein mögen. Mit dieser Ausnahme muß das Komitee allen Gruppen der Bevölkerung Palästinas Gehör schenken, einschließlich jenen, die unter dem Namen der Jüdischen Widerstandsbewegung bekannt sind. Das Komitee muß die Position der Juden in den Lagern für Verschleppte überprüfen und den baldmöglichsten Transfer jener Juden nach Palästina empfehlen, die dorthin gehen möchten. Das Komitee muß die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Aktion durch die Vereinten Nationen, durch spezielle Agenturen und bestimmte Staaten sorgfältig überprüfen, um den Lebensstandard der nichtjüdischen Bewohner Palästinas zu heben und die Entwicklung und Andauer von Ungleichheit im Lebensstandard der verschiedenen Sektionen der Bevölkerung in Palästina zu verhindern. Das Komitee muß die wirtschaftliche Aktion durch die Vereinten oder bestimmte Staaten zur Erleichterung der jüdischen Einwanderung sorgfältig studieren.

Der Schutz der christlichen, jüdischen und moslemischen religiösen Interessen an verschiedenen heiligen Orten, die in Palästina liegen, sollte ebenso ein Gegenstand für das Studium durch das Komitee sein. Das Komitee sollte den Vereinten Nationen solche Vorschläge machen, wie sie notwendig sind, um den unmittelbaren Erfordernissen zu begegnen, die aus den Bedingungen erwachsen, die seiner Überprüfung unterworfen sind.

Im Geiste der obigen Bemerkungen unterbreiteten wir dem Komitee Änderungsanträge zu dem Arbeitspapier über die Richtlinien für das Untersuchungskomitee. Da es am Nachmittag keine Sitzung des Komitees gab, konnte ich keine vollständige Erläuterung der Gründe geben, aus denen wir diese Änderungen für wichtig und notwendig halten. Deshalb habe ich es heute getan; und obwohl ich hörte, daß das Unterkomitee sie zurückgewiesen hat, wäre ich glücklich, wenn das Komitee die Punkte diskutieren könnte, die heute dort aufgeworfen wurden.

Ganz besonders möchte ich eine Änderung am ersten Paragraphen der Resolution (Dokument A/C.1/165) unterbreiten. Entsprechend jener Änderung, die in Dokument A/C.1/170 erscheint, sollte der erste Paragraph lauten: "Daß das Sonderkomitee breiteste Vollmachten haben soll, Tatsachen zu ermitteln und zu protokollieren und die Situation in Palästina im Detail zu studieren, indem es eine Untersuchung an Ort und Stelle und anderswo, wann immer notwendig, einschließlich in den Lagern für Verschleppte und auf Zypern, durchführt", und ich möchte hinzufügen: auf allen Territorien.

Paragraph 3 sollte lauten: "Daß es bis zur nächsten regulären Sitzungsperiode der Generalversammlung Vorschläge zur Lösung des Palästina-Problems vorbereiten und unterbreiten soll, die das Komitee für nützlich halten wird, einschließlich eines Vorschlags in der Frage der Gründung des unabhängigen, demo-

kratischen Staates von Palästina durch die Vereinten Nationen.

Bei Paragraph 6 würden wir der neuen Fassung zustimmen, die vom Unterkomitee vorgelegt wurde. Unsere Delegation ist an der Situation in Palästina stark interessiert (tief beunruhigt, stark damit beschäftigt), nicht nur weil sie die jüdischen nationalen Bestrebungen und die nationalen Bestrebungen der arabischen Bewohner Palästinas trägt, sondern hauptsächlich weil wir wissen, daß diese Situation eine Quelle für internationale Verwirrung und Mißverständnisse ist. Wir hoffen deshalb stark, daß das Sonderkomitee, das wir jetzt einrichten, sein Bestes tun wird, um Vorschläge zu präsentieren, die diese Mißverständnisse beseitigen. Zu diesem Zweck ist es notwendig, Palästina aus dem Spiel der Politik der Großmächte (Großmacht-politik) zu entfernen und von Fragen, die mit strategischen Vorposten oder monopolistischen Ölinteressen zu tun haben.

s.250 Um das zu sichern, muß die Verantwortung für Palästina nicht einer einzigen Macht oder zwei Mächten, sondern den Vereinten Nationen übertragen werden.

Mehrere Sprecher in dieser Versammlung haben im Namen der Humanität und im Namen Gottes um Frieden in Palästina gebeten. Ich möchte mich ihren Bitten anschließen. Vor allem möchte ich die Mandatsmacht beschwören, ihren guten Willen zu zeigen und ihren Wunsch, zu einer befriedigenden Lösung in Palästina zu gelangen, indem sie die vielen Hundert politischer Gefangener dort freiläßt, indem sie alle Todesurteile aufhebt und indem sie alle jene einläßt, die hilflos an die streng bewachten Türen des Landes ihrer Hoffnungen klopfen. Durch Beseitigung dieser Spannungen wird die Mandatsmacht ihren größten Beitrag zu einer sauberen Lösung des Problems leisten.

Das Volk von Palästina verdient, nicht als Bauern auf dem Schachbrett der Großmachtspolitik behandelt zu werden, sondern als Menschen, an deren Wohlergehen wir stark interessiert sind. Ich appelliere ernsthaft an die hier anwesenden Vertreter: Lassen wir uns nicht an strategische Überlegungen und an Öl denken. Lassen wir uns an das gesamte Volk von Palästina - Christen, Juden, Moslems - denken und lassen wir uns immer sein Wohlergehen im Auge behalten. Wir sind hier aufgerufen, eine edle Aufgabe zu erfüllen; die Aufgabe, dem Volk von Palästina zu helfen, das sich am Scheideweg (auf der Kreuzung) eines internationalen Konfliktes befindet. Lassen wir uns zuerst an die einfachen Menschen Palästinas denken, was auch immer ihre Religion oder ihre Rasse oder ihre Nationalität sein mag; wenn wir uns mit dieser Situation befassen, so lassen wir uns an die Menschen denken, die in Frieden leben und ihre nationalen Bestrebungen nach Freiheit und Unabhängigkeit verwirklichen wollen.

Vereinte Nationen, Offizielle Protokolle der Ersten Sondersitzung der Generalversammlung, Lake Success, New York, 1947, S.234-259 (Übersetzung)

## NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT

Nr. 24

MOSKAU, 9. JUNI 1948

# Palästinafrage und UNO

**M**EHHR als ein Jahr lang wurde das Palästina-  
problem fast ununterbrochen in der UNO  
erörtert, darunter auf zwei Sondertagungen der  
Generalversammlung. Die Erfahrungen dieser  
Debatten zeigen anschaulich, welche Kräfte die  
UNO daran hindern, ihre direkten Funktionen  
auszuüben, nämlich über die internationale Si-  
cherheit zu wachen.

Die Aufteilung Palästinas wurde im November  
1947 beschlossen, nachdem eine Sondertagung  
der Generalversammlung sechs Monate lang dar-  
über beraten hatte. Für diesen Beschluß stimmte  
die Mehrheit der Mitgliederstaaten, darunter  
auch die USA. Es vergingen jedoch keine drei  
Monate, bis im Sicherheitsrat bei der erneuten  
Behandlung der Palästinafrage nur noch zwei  
Delegationen — die der UdSSR und der Ukra-  
ine — darauf bestanden, daß die von der General-  
versammlung beschlossene Aufteilung Palästinas  
in zwei Staaten auch verwirklicht werde.

Ohne Zweifel würde es die beste Lösung des  
Palästinaproblems gewesen sein, wenn in diesem  
Land ein unabhängiger demokratischer jüdisch-  
arabischer Staat geschaffen worden wäre. Ge-  
stützt auf ihre eigenen Erfahrungen und Erfolge,  
war die Sowjetunion stets der Meinung, daß  
auch die in Palästina wohnenden Völker friedlich  
leben und schaffen können, ohne einander hinde-  
rlich zu sein. Aber durch die Bemühungen ungebe-  
teter Vormünder wurden die Beziehungen zwi-  
schen den beiden Völkern Palästinas so weit ver-  
dorben, daß es heute praktisch unmöglich ist,  
einen einheitlichen arabisch-jüdischen Staat zu  
schaffen. Unter diesen Umständen ist die Schaf-  
fung von zwei selbständigen, unabhängigen  
Staaten ein vernünftiger Ausweg aus der Situa-  
tion. Ein solcher Beschluß ist darum gerecht, weil  
er den nationalen Interessen beider Völker ent-  
spricht, von denen jedes ein Recht auf selbstän-  
dige staatliche Existenz hat. Das entspricht den  
Interessen der Aufrechterhaltung der Ruhe im  
Nahen Osten, also auch den Interessen der inter-  
nationalen Sicherheit.

Von diesen Erwägungen geleitet, beschloß die  
UNO die Aufteilung Palästinas in zwei Staaten.  
Je früher dieser Plan in die Praxis umgesetzt  
worden wäre, desto weniger Opfer hätten die

Araber und die Juden zu tragen, desto weniger  
Blut würde in diesem Lande vergossen, desto  
weniger materielle Werte würden dort der Zer-  
störung anheimfallen.

Die Sowjetunion bezog von allem Anfang an  
einen festen Standpunkt und setzte sich für die  
rasche und genaue Erfüllung des Generalver-  
sammlungsbeschlusses ein. Die Sowjetdelegation  
unterstützte die Auffassung, daß der Beschluß  
über die Aufteilung Palästinas dem Sicherheitsrat  
formelle Verpflichtungen auferlegt. Sie wies in  
den verschiedenen Stadien der Debatten über die  
Palästinafrage stets und ständig die Versuche der  
Delegationen Großbritanniens und der USA zu-  
rück, die der Erfüllung des Beschlusses auswei-  
chen und die Sache hemmen und hinausziehen  
wollten.

Als im April d. J. die Palästinafrage erneut auf  
die Tagesordnung von UNO-Körperschaften kam,  
schlug die Sowjetdelegation dem Sicherheitsrat  
nachdrücklich vor, effektive Maßnahmen zu er-  
greifen, um die Erfüllung der Versammlungs-  
beschlüsse zu fördern. War es doch zu dieser Zeit  
absolut klargeworden, daß sowohl die USA als  
auch England die Verwirklichung des Auftei-  
lungsbeschlusses zu hintertreiben suchen und daß  
es ihnen bei der Palästinafrage nicht um das  
Schicksal der dieses Land besiedelnden Völker  
geht, sondern um das Erdöl im Mittleren Osten,  
um Stützpunkte und militärstrategische Auf-  
marschgebiete im östlichen Teil des Mittelmeer-  
raums, weswegen es zu ihren Absichten gehört,  
Palästina zu einem Schauplatz ständiger Streitig-  
keiten zwischen Arabern und Juden zu machen.

Die Sowjetdelegation brachte damals zwei  
Anträge ein, die ein Minimum dessen darstellten,  
was angesichts der eingetretenen Umstände un-  
ternommen werden mußte. Der erste Antrag  
verlangte die Entfernung der bewaffneten Grup-  
pen aus Palästina, die in das Land von außen  
eingedrungen waren, um einen bewaffneten  
Kampf gegen den Aufteilungsbeschluß der  
Generalversammlung zu führen. Der zweite  
Antrag verlangte die Verhinderung von Inva-  
sionen solcher bewaffneten Gruppen in Zukunft.  
Obgleich es für alle augenscheinlich war, daß  
eine Sicherung des Waffenstillstands solange

unmöglich ist, wie militärische Einheiten, die eigens im Lande erschienen sind, um gegen die Generalversammlungsbeschlüsse zu kämpfen, sich auf dem Territorium Palästinas befinden, wurden die Sowjetanträge dennoch nicht angenommen, und der Sicherheitsrat beschränkte sich auf die Resolution vom 17. April, in der es keinen einzigen Punkt gab, der zur Entspannung der Situation in Palästina beitrüge.

Dank dem prinzipiellen Standpunkt, den die Sowjetdelegation auf der neuen, der Palästinafrage gewidmeten Sondertagung der Generalversammlung im April und Mai d. J. einnahm, ist es den USA nicht gelungen, den von ihnen ersonnenen Plan, wonach Palästina unter Vormundschaft genommen werden sollte, durchzuführen. Dieser Plan widerspricht von Grund aus einem der wichtigsten Prinzipien der UNO, nämlich dem in ihrer Satzung proklamierten Selbstbestimmungsrecht der Völker, ihrem Recht auf unabhängige Existenz im Rahmen eines eigenen Staates.

Auf den Sitzungen, die der Sicherheitsrat im Mai abhielt, brachte die Sowjetunion erneut einen Antrag ein, der den Frieden in Palästina hätte sichern können: sie schlug vor, die Lage in diesem Lande als eine Verletzung des Friedens zu qualifizieren und sie gemäß Artikel 39 der UNO-Satzung zu behandeln.

Dieser Antrag wird von denjenigen abgelehnt, die nicht wollen, daß der Sicherheitsrat seiner direkten Bestimmung gerecht wird. So ist es dazu gekommen, daß in Palästina Blut fließt.

Anstatt effektive Maßnahmen zu ergreifen, um die in Palästina eingefallenen Truppen zu vertreiben und ihre Rückkehr zu verhindern, befaßt sich der Sicherheitsrat mit endlosen Wortübungen, hinter denen häufig nur Machinationen der Mächte versteckt werden, die den Palästina-konflikt schüren.

Es handelt sich hier um unüberbietbar zynische Machinationen. Der Einbruch arabischer Armeen nach Palästina wird in Wirklichkeit von den englischen Steuerzahlern finanziert — ob diese das nun wollen oder nicht. Jedermann, der in irgendeinem Teil des Erdballs auch nur irgendeine Zeitung liest, weiß sehr wohl, daß hinter dem Palästina-krieg Erdölinteressen stehen. Jüdische Siedlungen werden von Bomben zerstört, die von den den arabischen Ländern überlassenen englischen „Spitfire“-Flugzeugen abgeworfen werden. Die arabischen Truppen sind von englischen Offizieren bewaffnet und ausgebildet worden. Dutzende dieser Offiziere beteiligen sich an den Kriegshandlungen.

Der gesamte Gang der Ereignisse zeigt, warum alle Anträge der Sowjetdelegation, die die Aufhebung oder Abschwächung des Beschlusses, zwei unabhängige Staaten in Palästina zu schaffen, verhindern wollen, so halsstarrig abgelehnt werden. Es ist absolut klar, daß die Verwirklichung dieses durch die Autorität der UNO unterstützten Beschlusses dem Blutvergießen ein Ende machen und im Mittleren Osten eine normale Situation herstellen würde. Eine solche Situation würde die Machinationen der Mächte, die in Palästina um jeden Preis die Kolonialzustände aufrechterhalten und sich dort eine herrschende Stellung schaffen wollen, unmöglich machen.

Die Sowjetunion ist in ihrer Politik konsequent. Sie unterstützt die Aufteilung Palästinas in zwei Staaten als den unter den gegebenen Verhältnissen gerechtesten und richtigsten Ausweg aus der entstandenen Situation und hat den Staat Israel, der entsprechend dem Beschluß der UNO ausgerufen worden ist, anerkannt.

Diejenigen Kreise, die sich mit der Schürung des Konfliktes in Palästina befassen, verbreiten in den arabischen Ländern nachdrücklich die Version, die Sowjetunion wolle in diesem Falle nicht die nationalen Interessen der arabischen Völker vertreten. Es ist bekannt, daß die Sowjetunion die Unabhängigkeit der arabischen Völker stets verteidigt hat und auch weiter verteidigt. Aber die arabischen Länder, die auf fremde Weisung einen bewaffneten Überfall auf den Staat Israel unternommen haben, führen doch nicht Krieg zum Schutze ihrer nationalen Interessen und für ihre eigene Unabhängigkeit.

Die öffentliche Meinung der Sowjetunion, die der nationalen Befreiungsbewegung der Völker, darunter auch der arabischen, stets ihre Sympathie bezeugt hat, verurteilt entschieden die gegen den Staat Israel gerichtete Aggression der arabischen Staaten sowie ihre Versuche, das jüdische Volk gewaltsam daran zu hindern, im Einklang mit dem Beschluß der UNO-Generalversammlung seinen eigenen Staat zu schaffen.

Die Sowjetöffentlichkeit unterstützt voll und ganz die Politik der Sowjetregierung, die sich in den UNO-Körperschaften für wirksame Maßnahmen zwecks Einstellung des Blutvergießens und zwecks Zügelung der Staaten einsetzt, die die militärische Invasion nach Palästina in die Wege geleitet haben und den Generalversammlungsbeschluß in überdies so herausfordernder Weise verletzen.

## Der Krieg in Palästina

Von Paul Merker

### Die imperialistischen Oelinteressen

Es wird oft mit Recht darauf hingewiesen, daß hinter den Ereignissen in Palästina das internationale Petroleumkapital steht. Die Oelvorkommen im Nahen und im Mittleren Osten betragen etwa ein Drittel der Weltvorräte, und die USA haben bisher 42,1 Prozent davon unter ihre Kontrolle gebracht. Die Kämpfe um die Realisierung des Teilungsbeschlusses der UN sind infolgedessen nur in Verbindung mit den Wühlereien der amerikanisch-englischen Oelgesellschaften im Nahen Osten zu erklären.

Die Arabian American Oil Co. sicherte sich im Jahre 1933 die ersten für sechzig Jahre geltenden Oelkonzessionen in Saudi-Arabien. Ihre Investitionen erreichten schon im Jahre 1945 100 Millionen Dollar. In den dortigen Oelfeldern sind 15 000 amerikanische Techniker und Angestellte neben Zehntausenden von einheimischen Arbeitern beschäftigt. Für das laufende Jahr ist eine Rohölförderung von rund 13 Millionen Tonnen vorgesehen, wovon die Hälfte an Ort und Stelle raffiniert werden soll. Der Rest der Produktion wird zur Zeit über den Persischen Golf geleitet. Um aber den Abtransport zu verbilligen und zu erleichtern, vereinbarte die Arabian American Oil Co. mit dem König Ibn Saud den Bau einer transarabischen Oelpipeline, dessen Kosten 125 Millionen Dollar betragen. Die Pipeline soll von Saudi-Arabien bis zum östlichen Mittelmeer laufen und in der palästinensischen Stadt Saida münden. In Ägypten sicherten sich die amerikanische Oelgesellschaft Secony Vacuum und die Standard Oil Konzessionen für ein Oelgebiet von rund 6 Millionen Hektar.

Die Iraq Petroleum Co., in deren Aktienkapital sich englische, französische, amerikanische und holländische Oelmonopolisten teilen, beutet die Petroleumfelder des Irak aus. Die amerikanischen Gesellschaften verfügen dort über 23,75 Prozent des Kapitals. Die Rohölproduktion soll im laufenden Jahre 4,7 Millionen Tonnen betragen. Vorläufig wird das Irak-Petroleum durch eine Pipeline nach den Raffinerien in Haifa und Tripoli geleitet. Es versorgt Griechenland, die Türkei und andere Länder, die in dem antisowjetischen Einkreisungsplan Trumans eine Rolle spielen. Die Produktion der Iraq Petroleum Co. soll auf 25 Millionen Tonnen gesteigert werden, wenn die Einrichtungen zum Abtransport des Petroleums verbessert worden sind. Aus diesem Grunde nimmt die Iraq Petroleum Co. Erweiterungsarbeiten an ihrer Pipeline vor, die bis zum Jahre 1952 beendet sein sollen.

Die Anglo Iranian Oil Co. Ltd. befindet sich im Besitze der amerikanischen Standard Oil. Sie verfügt über die persischen Erdölvorkommen und hat ihre Produktion von 5 Millionen Tonnen im Jahre 1930 auf 20,5 Millionen Tonnen im Jahre 1947 erhöht. Sie hat 20 Prozent ihres Aktienkapitals an eine Tochtergesellschaft abgetreten, die sich Middle East Line Co. nennt und die sich mit der Errichtung einer 1600 km langen Pipeline nach dem Persischen Golf beschäftigt.

Daraus ergibt sich, daß die großen Pipelineprojekte des amerikanisch-englischen Petroleumkapitals im Nahen Osten von dem Palästina-Konflikt unmittel-

bar beeinflußt werden. Wie groß allein schon die Interessen Wallstreets dabei sind, ergibt sich aus der Tatsache, daß sich ihre Kapitalinvestierungen im Nahen und Mittleren Osten im Jahre 1947 auf 500 Millionen Dollar erhöht haben.

An Palästina besteht aber auch ein großes strategisches Interesse auf seiten des amerikanisch-englischen Imperialismus. Die Stadt Haifa ist der wichtigste Hafen des östlichen Mittelmeeres und für militärische Transporte von großer Bedeutung. Die Stadt Lydda ist der wichtigste Stützpunkt der amerikanisch-englischen Luftlinien, die von New York nach London, von da nach Indien und nach Südafrika führen.

#### Die englischen Intrigen in Arabien

Vor Jahrzehnten forderte der Begründer des Zionismus, Theodor Herzl, in seinem Roman „Alt-Neuland“ eine Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina. Im ersten Weltkriege buhlten die sich gegenüberstehenden imperialistischen Mächte heftig um die Gunst des jüdischen Volkes. Ludendorff verbreitete deshalb in Polen Aufrufe „An meine lieben Juden“ und versprach ihnen den Himmel auf Erden. Die englische Regierung erinnerte sich der Idee Herzls und gab 1917 die sogenannte Balfour-Deklaration heraus, in der dem zionistischen Führer, Dr. Chaim Weizmann, die Unterstützung Englands bei der Verwirklichung der Heimstätteidee zugesichert wurde.

Im Verlaufe des ersten Weltkrieges war es aber auch die Sorge der britischen Regierung, die arabischen Völker des Nahen Ostens zu einem Aufstand gegen ihre türkischen Herren zu veranlassen. Sie versprachen ihnen den Zusammenschluß zu einem großsyrischen Reich. Durch die McMahon-Deklaration von 1917 wurde den Arabern der Anschluß Palästinas an diesen Staat zugesagt. Nach der Beendigung des ersten Weltkrieges geriet die McMahon-Deklaration aber in „Vergessenheit“. Statt dessen übernahm Frankreich die Oberhoheit über Syrien und den Libanon, und Großbritannien erhielt vom Völkerbund, der von ihm und Frankreich beherrscht wurde, das Mandat zur Verwaltung Palästinas.

Ueber die Auslegung der Balfour-Deklaration kam es deshalb bald zu Auseinandersetzungen zwischen der britischen Regierung und dem Zionismus, denn diese dachte nicht daran, dem Zionismus zu gestatten, in Palästina ein jüdisches Staatswesen aufzubauen. Die dahin gehenden Bestrebungen der Zionisten befanden sich im völligen Widerspruch zu den Absichten des englischen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten.

Die Oel- und strategischen Interessen der englischen Monopolisten in diesen weiten Gebieten veranlaßten die britische Regierung zu versuchen, sich die arabischen Fürsten und Feudalen, trotz des Bruches der „vergessenen“ McMahon-Deklaration, gefügig zu machen. Unter der Losung der „Einheit der arabischen Völker“ unterstützte sie durch ihre Agenten die Entfaltung der panarabischen Bewegung und hoffte, durch sie, als eine Art Schutzmacht, militärische Stützpunkte in den verschiedenen arabischen Ländern zu erlangen. Im Jahre 1922 trennte die britische Regierung, in Durchführung dieser Politik, die Provinz Transjordanien von Palästina und übergab sie dem ihr gefügigen Emir Abdullah. Sie finanzierte ihm seine Regierung und seine Armee und verwandelte so Transjordanien zu einem gut ausgebauten besonderen Stützpunkt des englischen Imperialismus gegen die arabischen Massen und gegen die unzufriedenen Juden. Im Jahre 1930 schloß sie ihren Vertrag mit der Irakregierung, durch den sie das Recht erhielt, in diesem Lande englische Truppen zu unterhalten und Luftfahrtstützpunkte einzurichten. Im Jahre 1936 unterzeichnete die britische Regierung den Vertrag mit der ägyptischen Regierung, der ihr erlaubte, den Suezkanal unter die Bewachung englischer Truppen zu stellen.

## NEUE WELT

Die Politik des englischen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten erlitt aber schwere Rückschläge, als die Agenten Hitlers begannen, die arabischen Fürsten und Feudalen mit größeren Zuwendungen und weitergehenden Versprechungen für die Unterstützung der Ziele des deutschen Imperialismus zu gewinnen. Die Naziagenten fanden bei dem englandfeindlichen und antisemitischen Großmufti von Jerusalem, Haj Amin el Husseini, jede Unterstützung. Aber die von Ribbentrop mit ihm gemeinsam ausgearbeiteten Pläne zur beabsichtigten Unterjochung der Völker des Nahen und Mittleren Ostens durch den deutschen Imperialismus verloren ihre Realität mit der Niederlage der nazistischen Armeen vor Stalingrad.

Einer der wichtigsten Vertrauensleute der britischen Regierung war schon zur damaligen Zeit der irakische Politiker Nuri Said. Dieser unterstützte die antinazistische Bewegung und unterbreitete dem englischen Gesandten Casey in Aegypten im Jahre 1943 ein Memorandum, das in Erinnerung an die McMahon-Deklaration nach der Vertreibung der Vichy-Armeen aus Syrien und aus dem Libanon die Bildung eines großarabischen Staates aus diesen beiden Ländern und aus Transjordanien und Palästina forderte. In Übereinstimmung mit diesem Vorschlag lehnte die britische Regierung 1945 ab, dem französischen Imperialismus erneut die Kontrolle über Syrien und den Libanon zu überlassen. Beide Länder wurden formell selbständig. Ueber die Bildung des großarabischen Staates war jedoch keine Verständigung zu erzielen.

Das Memorandum hatte außerdem die Gründung der Arabischen Liga vorgeschlagen, der alle arabischen Staaten angehören sollten. Ihre Bildung erfolgte am 22. März 1945. In der Leitung der Liga fungiert als ständiger britischer Vertreter der General Clayton, der seitdem die tatsächliche Führung der Liga ausübt. Sein Streben ist es von jeher gewesen, die Länder der Arabischen Liga zum Abschluß eines regionalen Militärabkommens zu veranlassen, dem auch die britische Regierung beizutreten beabsichtigte, um so, gestützt auf Fürsten, Feudale und käufliche Politiker, die gesamte arabische Welt in ihren imperialistischen Machtbereich einzugliedern.

Aber die Politik des englischen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten stieß auf die Konkurrenz des amerikanischen Imperialismus, durch die die Preise für die Gunst der arabischen Fürsten und Feudalen hochgetrieben wurden. Dafür müssen die unterdrückten Massen des arabischen Volkes, die von den Petroleumgesellschaften ausgebeutet werden, die Kosten tragen. Diese gerieten deshalb in einen immer schrofferen Gegensatz zu der scheinheiligen Politik der englischen Unterdrücker und der Arabischen Liga. Die Position der britischen Regierung in den arabischen Ländern blieb darum, trotz ihrer zahllosen Agenten und militärischen Stützpunkte, äußerst labil. Aus diesem Grunde sah sich die britische Regierung schließlich gezwungen, die Unterstützung des amerikanischen Imperialismus zur Realisierung ihrer Pläne im Nahen und Mittleren Osten in Anspruch zu nehmen und sich mit ihm in die Beherrschung dieser wichtigen Gebiete zu teilen.

#### Die Mandatsmacht in Palästina gegen die Juden

Für die britische Mandatsmacht in Palästina waren unter diesen Umständen die Juden nur insofern von Interesse, als ihr Vorhandensein die Möglichkeit bot, Juden gegen Araber und Araber gegen Juden zur Festigung der eigenen Herrschaft auszuspielen. Die britische Regierung dachte nicht im geringsten daran, sich an die Balfour-Deklaration zu halten und die Einwanderung von Juden nach Palästina im größeren Ausmaße zuzulassen. Ungeachtet der wachsenden Judenverfolgungen in Deutschland wandte sich die britische Regierung noch



schärfer gegen die geforderte erhöhte Einwanderung jüdischer Flüchtlinge nach Palästina. Ohne Rücksicht auf die Pogrome in Deutschland und die wachsende Zahl jüdischer Flüchtlinge veröffentlichte die britische Regierung 1939 ihr sogenanntes „White Paper“, das die Araber beruhigen sollte und das der jüdischen Einwanderung nach Palästina und dem Landerwerb durch Juden neue Beschränkungen auferlegte.

Das „White Paper“ verfehlte zwar seine Wirkung auf die Araber, es war jedoch der härteste Schlag gegen die nach einem Asyl suchenden jüdischen Flüchtlinge. Hunderttausende von ihnen, die gehofft hatten, sich nach Palästina retten zu können, fielen nunmehr den nazistischen Mördern zum Opfer.

Auch als der Hitlerkrieg ausgebrochen war, änderte die britische Regierung ihre gegen die werktätigen Araber und gegen die Juden gerichtete Palästina-Politik nicht. Die Gefährdung der englischen Machtpositionen in Nordafrika, im Nahen und Mittleren Osten zwang sie jedoch, ihre Heeresleitung anzuweisen, die Hilfe der palästinensischen Juden in Anspruch zu nehmen. Mehr als 45 000 von ihnen kämpften daraufhin in der britischen Armee gegen die Truppen der Vichy-Regierung in Syrien und Libanon, gegen das Afrika-Korps Rommels und gegen die Streitkräfte Mussolinis in Äbessinien, Ägypten, Lybien, der Cyrenaika und in Griechenland. Sie stellten Piloten für die britischen Flugzeuge und Besatzungen für den britischen Küstendienst. Die jüdische Industrie und Landwirtschaft unterstützte ebenfalls auf englischer Seite den antifaschistischen Krieg.

Nach dem Wahlsieg der Labour-Partei und der Bildung der Labour-Regierung kämpfte diese rücksichtslos gegen die Bildung eines jüdischen Nationalstaates, um damit die Voraussetzung für den Erfolg der englischen Politik im Nahen und Mittleren Osten, wie sie nun auch von Bevin betrieben wurde, zu sichern. Im Kampfe gegen die Juden befand sich diese Politik in völliger Übereinstimmung mit den reaktionären Standesinteressen der arabischen Fürsten und Feudalen, die in der Errichtung eines modernen, fortschrittlichen, demokratischen Staates der Juden auf dem Territorium Palästinas eine Gefährdung ihrer absolutistischen Herrschaft sahen. Es war deshalb kein Wunder, daß nach dem Sturze des Faschismus und Nazismus im Jahre 1945 der Kampf der palästinensischen Juden gegen die englische Mandatsmacht, der nun die britische Labour-Regierung vorstand, erneut mit noch größerer Schärfe entbrannte. Das kam in Massenaaktionen, aber auf Grund des bürgerlich-nationalen und sozialrevolutionären Charakters dieses Kampfes auch in terroristischen Akten gegen die britischen Behörden zum Ausdruck.

#### Der englische Mandatsverzicht

Im Frühjahr 1947 spitzten sich die Verhältnisse in Palästina für die britische Regierung so zu, daß sie der UN ihren formellen Verzicht auf das Palästina-Mandat mitteilte. Die UN sahen sich dadurch veranlaßt, nunmehr über das Schicksal der in Palästina lebenden Völker zu beraten. Sie setzten eine besondere Palästina-Kommission ein. Die an der Kommission teilnehmenden Vertreter der Sowjetunion forderten eine Lösung der Palästina-Frage, „die dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker entspricht und die berechtigten Interessen der Juden und der Araber im gleichen Maße berücksichtigt. Dieses Ziel hätte durch die Errichtung eines unabhängigen demokratischen arabisch-jüdischen Staates verwirklicht werden können. Da es aber durch die erfolgte gegenseitige Verhetzung unmöglich gemacht wurde, ein friedliches Nebeneinanderleben der jüdischen und der arabischen Bevölkerung in Palästina herbeizuführen, ist die Teilung des Landes in zwei unabhängige Staaten, das heißt in einen jüdischen und einen arabischen, das Gegebene, um den Frieden im Nahen Osten zu sichern.“

## NEUE WELT

Die Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika befürworteten ebenfalls die Aufteilung Palästinas. Ihre Motive dafür waren natürlich andere. Truman ordnete die Zustimmung zur Teilung Palästinas an, um die Stimmen der amerikanischen Juden bei den kommenden Präsidentenwahlen für sich zu gewinnen. Aber das war nicht das einzige Motiv für diese wichtige politische Entscheidung. Ein zweites ergab sich aus dem Interessenkampf zwischen dem amerikanischen und englischen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten. Truman wollte durch die Zustimmung zur Teilung Palästinas den Boden für die Zurückdrängung des englischen Einflusses in Palästina vorbereiten, um in dem neuen jüdischen Staat Flotten- und Luftflottenstützpunkte einrichten zu können, die für die Realisierung der Truman-Doktrin, die sich aber nicht nur gegen die Sowjetunion, sondern auch gegen England richtet, erforderlich sind. Das Verständnis der arabischen Fürsten und Feudalen für dieses Vorgehen Amerikas hoffte Truman bei ihnen, wenn auch mit erheblichen finanziellen Kosten, schon wecken zu können.

So wurde am 29. November 1947 in der UN-Vollversammlung die Aufteilung Palästinas unter die Juden und Araber mit 33 gegen 13 Stimmen beschlossen. Nach dem Wortlaut des Beschlusses sollte der jüdischen Bevölkerung Palästinas die Gründung ihres eigenen souveränen Staatswesens ermöglicht und Jerusalem zu einer Freien Stadt erklärt werden. Unter der jüdischen Bevölkerung Palästinas und aller anderen Länder löste dieser Beschluß große Freude und Begeisterung aus. Er wurde allgemein als ein Wendepunkt in der Geschichte des jüdischen Volkes bezeichnet. Aber es sind noch große Schwierigkeiten zu überwinden, wenn er zu einem solchen werden soll.

Für die britische Regierung war ihr Verzicht auf das Palästina-Mandat natürlich nur ein Manöver. Mit ihm hoffte Bevin, in der UN Bundesgenossen für die Niederschlagung sowohl der arabischen als auch der jüdischen Freiheitsbewegung zu finden. Nicht einen Augenblick dachte er daran, die Unabhängigkeit der beiden neuen Länder zu respektieren und sich um eine ordnungsgemäße Uebergabe der Verwaltung an die Palästina-Kontrollkommission der UN bzw. an die jüdischen und arabischen Behörden zu kümmern. Statt dessen nützte Bevin die Unzufriedenheit der arabischen Fürsten und Feudalen über den Teilungsbeschluß aus und veranlaßte die ihm hörige Führung der Arabischen Liga zur Organisation des bewaffneten Widerstandes dagegen.

Die Arabische Liga begann daraufhin, in allen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens die nationalistischen Leidenschaften gegen die Juden aufzupeitschen. Sie stellte einen Angriffsplan gegen den neuen jüdischen Staat auf. Sie warb ausländische Abenteurer und besonders nazistische und faschistische Elemente an und übergab die Leitung der Kriegsvorbereitung dem König Abdulkafi von Transjordanien und machte seine Arabische Legion zum Kern ihrer Streitkräfte.

Bevin ermutigte auch den Ex-Mufti von Jerusalem, dessen Auslieferung als Kriegsverbrecher er zwar gefordert, dessen Rückkehr nach dem Nahen Osten er aber geduldet hatte, den Kampf zur Verhinderung der Teilung zu beginnen. Dieser gründete den „Hohen Arabischen Ausschuß“ für das arabische Palästina. Seine reaktionäre Gegenbewegung setzte mit der Proklamierung eines dreitägigen Generalstreiks ein. Der Ex-Mufti veranlaßte seine faschistischen Banden in Palästina und die der britischen Polizei angehörenden Mitglieder der Arabischen Legion, Angriffe auf die jüdischen Einwohner zu unternehmen. So kam es bald zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die bis zum März 1948 2400 Tote, 5100 Verletzte und großen materiellen Schaden verursachten.

Damit aber waren die Maßnahmen Bevins, die Unruhe in Palästina und die Kämpfe zwischen Juden und Arabern zu schüren, noch längst nicht erschöpft.

Während er auf der einen Seite die Einwanderung jüdischer Flüchtlinge nach Palästina, die am 1. Februar einsetzen sollte, erneut verhinderte, erlaubte er tausenden bewaffneten Arabern der Nachbarländer das Ueberschreiten der palästinensischen Grenze. Er ließ die zur Uebernahme der Regierungsgeschäfte bestimmte Palästina-Kontrollkommission der UN erst in das palästinensische Gebiet, nachdem die britische Verwaltung den Regierungsapparat völlig heruntergewirtschaftet hatte. Er schloß das Land sogar aus dem Sterlingblock aus, obwohl die Deckung der palästinensischen Währung von dem sogenannten Currency Board in englischen Wertpapieren bei Londoner Großbanken niedergelegt worden war. Damit wollte Bevin die Ein- und Ausfuhr Palästinas unterbinden und die Bevölkerung in Gefahr bringen, nun auch noch von einer Hungersnot befallen zu werden.

#### Der Treuhändervorschlag Washingtons

Der von der britischen Regierung gegen die Teilung Palästinas inszenierte und geförderte Widerstand, der arabischen Reaktion verursachte bald merkliche Schwankungen unter den amerikanischen Petroleumkönigen, die dem Teilungsbeschluß der UN von Anfang an skeptisch gegenübergestanden hatten und die nun ihre Pipelineinteressen gefährdet sahen. Die Herren der großen Oelgesellschaften fürchteten, die Regierung der USA werde gezwungen werden, den Teilungsbeschluß gegen die Araber mit militärischen Mitteln durchzusetzen und daß darunter ihre Beziehungen zu den arabischen Fürsten und Feudalen leiden würden.

Nummehr suchten sich bestimmte Kreise des Staatsdepartements von der durch den Teilungsbeschluß eingegangenen Verpflichtungen, ohne Rücksicht auf Truman, zu befreien, von dem gesagt wurde, „daß er den Mantel nach dem Wind drehe und daß er, nachdem er auf die Teilung bestanden habe, jetzt in Gefahr gerate, einzubüßen, was ihm noch an politischem Einfluß verblieben sei“. Dem Teilungsbeschluß wollte man nur noch den Charakter einer Empfehlung beimessen, durch die niemand juristisch verpflichtet werde. Die Teilung könne zwar das Ziel bleiben, aber aus Gründen der Opportunität müsse ein Kompromiß angestrebt werden, um das britische Mandat am 15. Mai durch ein Kollektivmandat der UN abzulösen.

Anfang März 1948 veranlaßte deshalb das Staatsdepartement seine UN-Vertreter, die Einberufung einer neuen Sondertagung der Vollversammlung zu fordern. In dieser sollte der amerikanische Vorschlag, den Teilungsbeschluß zurückzustellen und Palästina einer provisorischen Treuhandverwaltung der UN unterzuordnen, behandelt und beschlossen werden.

In der Sitzung der Vollversammlung traten die Vertreter der Sowjetunion gegen den amerikanischen Vorschlag auf. Gromyko erklärte, daß dieser von Erdöl- und militärisch-strategischen Interessen bestimmt sei. Hinter diesem Vorschlag ständen einflußreiche Kreise der Vereinigten Staaten, die aus Palästina einen militärisch-strategischen Stützpunkt und eine Halbkolonie machen möchten. Deshalb müsse der Vorschlag abgelehnt werden. Auch die Vertreter Frankreichs, Kanadas und anderer Länder brachten zum Ausdruck, daß sie dem amerikanischen Vorschlag nicht zustimmen könnten. Das Staatsdepartement hatte offensichtlich seinen Einfluß auf die Vollversammlung überschätzt.

Mit 33 gegen 7 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen wurde danach ein kubanischer Antrag angenommen, der verlangte, einen Zwölferausschuß zu bilden. Dieser Ausschuß sollte sich mit dem amerikanischen Plan einer Treuhänderschaft und mit der britischen Anregung eines Kuratoriums der UN für Palästina als Uebergangslösung beschäftigen und ein eigenes Projekt zur Bildung eines provisorischen Regimes in Palästina ausarbeiten. In den Ausschuß wurden Vertreter der

## NEUE WELT

Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Argentiniens, Belgiens, Chinas, Frankreichs, Guatemalas, Indiens, Kanadas, Kubas, Norwegens und Polens delegiert. Außerdem wurde beschlossen, die Palästina-Kontrollkommission der UN zu beauftragen, den Versuch zu unternehmen, die Araber und Juden durch einen Waffenstillstand zu befrieden.

Der Vertreter der Sowjetunion, Gromyko, stimmte im Prinzip dem Waffenstillstandsvorschlag zu, wandte sich jedoch gegen dessen Bedingungen. Seine Abänderungsvorschläge unterstützten den größten Teil der Einwände, die von der Jewish Agency gegen diese Waffenstillstandsbedingungen erhoben wurden. Gromyko forderte unter anderem die Aufnahme einer Klausel, die den sofortigen Abzug der arabischen Freischärler aus Palästina anordnet, ferner die Streichung der Bestimmungen, die einem Verbot der jüdischen Einwanderung gleichkommen und die eine Unterbrechung der Arbeit zur Realisierung des Teilungsplans bezwecken.

Auf Veranlassung der arabischen Fürsten und nach der Zusage des Königs Ibn Saud von Saudi-Arabien, dem Kampfe gegen die Juden seine uneingeschränkte finanzielle und militärische Unterstützung zu geben, beantwortete König Abdullah von Transjordanien das Waffenstillstandsangebot der UN. Sein Vorschlag ging dahin, den Teilungsplan aufzugeben und Palästina als einen einheitlichen Staat zu belassen. Die Juden sollten die arabische Staatsangehörigkeit annehmen und in einzelnen Gebieten ihre Selbstverwaltung errichten.

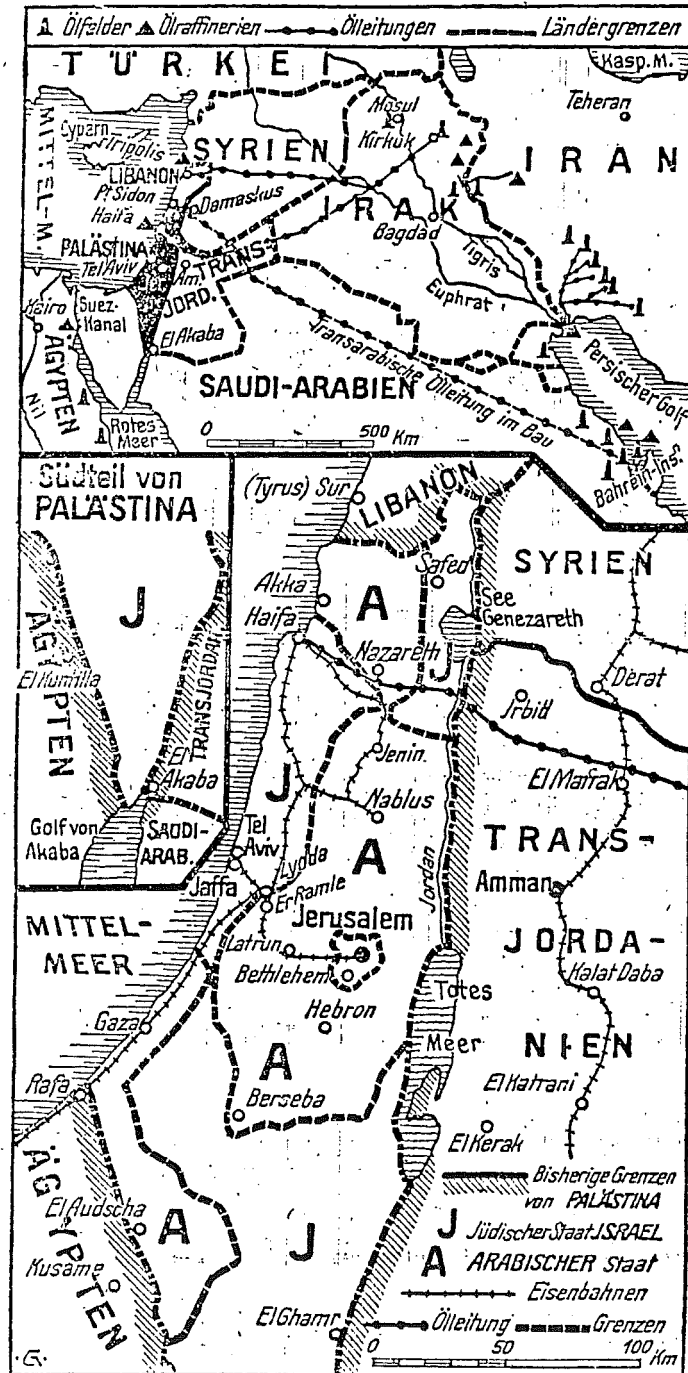
Die Jewish Agency lehnte diesen Vorschlag natürlich ab, da seine Verwirklichung letztlich zu einer völligen Vertreibung der Juden aus Palästina führen müßte.

#### Die Bildung der provisorischen Regierung Israel

Die Aufgabe des Teilungsbeschlusses durch Washington ermutigte die Banden des Ex-Mufti und die Angehörigen der Arabischen Legion, ihre Angriffe auf die jüdische Bevölkerung ungeachtet des Waffenstillstandsbeschlusses zu verschärfen. Der Kampf entwickelte sich nun zum Bürgerkrieg. Der Vasalle Englands, König Abdullah, von Transjordanien, gab seiner Arabischen Legion im Auftrag der von Bevin beeinflussten Arabischen Liga den Befehl, gegen Palästina vorzurücken. Die zirka 15 000 Mann starke Truppe besteht aus geschlossenen Formationen und ist mit nazistischen und faschistischen Elementen durchsetzt. Sie wurde von der britischen Regierung jährlich mit 2,5 Millionen Dollar finanziert, mit Tanks, motorisierter Artillerie und anderen mechanischen Waffen ausgerüstet. Sie befindet sich unter dem Kommando des britischen Generals John Bagot Glubb Pascha.

In den nun einsetzenden Kämpfen zwischen den vordringenden Truppen der Arabischen Legion und den Truppen der jüdischen Haganah gelang es den letztgenannten, die Oberhand zu behalten und das Gebiet des Landes Israel von seinen Feinden zu reinigen. Damit aber war der Sieg noch nicht errungen. Denn jetzt kam es darauf an, die befreiten Gebiete zu sichern und ihren Status als selbständiges Land zu etablieren. Die Jewish Agency entschloß sich deshalb am 4. Mai, ungeachtet der Haltung der amerikanischen und britischen Regierung, aus eigener Initiative den Teilungsbeschuß der UN zu verwirklichen und die Bildung einer provisorischen Regierung des neuen jüdischen Staates Israel vorzunehmen.

Die britische Regierung war überzeugt, daß es der Arabischen Legion in Palästina gelingen würde, den Bürgerkrieg nach Abberufung der englischen Truppen weiter auszubreiten. Der Verlauf der Kämpfe bewies das Gegenteil. Die britische Regierung forderte deshalb die Staaten der Arabischen Liga auf, direkt einzugreifen. Ägyptische Truppen und Söldner der Formation Faouzi Kaoudcis überschritten daraufhin an zwei Stellen die palästinensische Grenze. Truppen



## NEUE WELT

---

Syriens, des Iraks und des Libanon setzten sich in Marsch. Die Hauptstadt Tel Aviv wurde von einer Staffel Spitfire-Jagdbomber „unbekannter Nationalität“ überfallen. Aber das Versagen der Arabischen Legion ließ sich auch dadurch nicht wettmachen. Abdullah zeigte, daß er mehr an der Besetzung des arabischen Teils Palästinas interessiert war als an dem harten Kampfe mit der Haganah.

### Der Schachzug Trumans

Die Bildung der provisorischen Regierung des neuen Staates Israel änderte auch für Washington die Lage. Der Versuch der Oelgesellschaften, den Teilungsbeschluß zurückzustellen und das britische Mandat durch eine Treuhandverwaltung der UN über Palästina zu ersetzen, mußte nun als endgültig gescheitert angesehen werden. Truman erkannte das offensichtlich früher als seine Widersacher. Während die Vertreter des Staatsdepartements in der UN sich noch bemühten, die Zurückstellung des Teilungsbeschlusses trotzdem noch durchzusetzen, gab Truman der Öffentlichkeit bekannt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den auf Grund dieses Beschlusses gebildeten neuen Staat Israel und seine provisorische Regierung de facto anerkenne.

Mit diesem Schachzug suchte sich Truman nun doch noch die jüdischen Wählerstimmen zu sichern. Aber sein Vorgehen richtete sich vor allem gegen die britische Regierung, nachdem deren Palästina-Politik ihr nicht nur die Feindschaft der Juden und der arabischen Massen, sondern auch das Mißtrauen der stärker von den USA beeinflussten Zirkel der arabischen Feudalen einbrachte. Die Entwicklung des Kampfes gegen den Teilungsbeschluß führte zu Differenzen unter ihnen. Gemeinsam machten sie Bevin für den Mißerfolg verantwortlich. Ihre Abneigung gegen Bevin erwächst aber auch aus dessen betonter Unterstützung des Königs Abdullah von Transjordanien. Die Absicht Bevins, das arabische Palästina dem Königreich Transjordanien anzugliedern, um Abdullah zu stärken und ihn zur zentralen Figur der Bestrebungen zur Bildung eines Großsyrien zu machen, stößt auf heftige Ablehnung anderer arabischer Fürsten.

In England selbst nahmen die Schwierigkeiten für Bevin ebenfalls zu. Von der fortschrittlichen Presse werden gegen ihn wegen seiner Palästina-Politik die schärfsten Angriffe erhoben.

Inzwischen wandte sich die provisorische Regierung des jüdischen Staates Israel an die 58 Mitgliedstaaten der UN mit dem Ersuchen, den neuen Staat und seine Regierung anzuerkennen. Die Sowjetregierung sandte daraufhin durch ihren Außenminister Molotow ein Telegramm an den Außenminister der provisorischen Regierung Israels, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich teile hierdurch mit, daß die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beschlossen hat, den Staat Israel und seine provisorische Regierung offiziell anzuerkennen. Die Sowjetregierung hofft, daß die vom jüdischen Volk vorgenommene Gründung seines souveränen Staates der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Palästina und im Nahen Osten dienen wird, und spricht die Ueberzeugung aus, daß sich zwischen der UdSSR und dem Staat Israel freundschaftliche Beziehungen ersprießlich entwickeln werden.“

Andere Länder sind dem Beispiel der Sowjetunion gefolgt und haben Israel nicht nur de facto, sondern offiziell anerkannt.

### Das Kompromiß Bevins

Die De-jure-Anerkennung durch die Sowjetunion und die De-facto-Anerkennung durch die USA festigten die Stellung der provisorischen Regierung Israels. Am 14. Mai, dem Tage vor dem Abzug der britischen Truppen aus

Palästina, proklamierte sie den Staat Israel. König Abdullah von Transjordanien erklärte seinerseits das unter seiner Leitung stehende Oberkommando der Arabischen Legion als die einzige bevollmächtigte Verwaltungsbehörde der Araber in Palästina und löste den Hohen Arabischen Ausschuss des Großmuftis auf. Am 18. Mai ließ Abdullah seine Truppen in Jerusalem einmarschieren, um angeblich die dortigen Araber im Kampfe gegen die Juden zu unterstützen.

Die UN-Waffenstillstandskommission in Jerusalem richtete am 19. Mai einen dringenden Appell an den Sicherheitsrat, ohne Zögern neutrale Streitkräfte nach Jerusalem zu entsenden. Am 21. Mai stand dieser Appell im Sicherheitsrat zur Behandlung. Der sowjetische Vertreter, Gromyko, brandmarkte die Doppelrolle der britischen Palästina-Politik und erklärte, „daß der König Abdullah von Transjordanien, der sich in der Rolle eines Cäsars im Mittleren Osten gefalle, ohne die Hilfe Englands nicht in dieser Weise vorgehen könne“. Eine Beschlußfassung war nicht zu erreichen.

Der sowjetische Vertreter im Sicherheitsrat, Gromyko, legte eine Resolution vor, die Beendigung des Krieges in Palästina innerhalb von 36 Stunden anzuordnen und gegen diejenige Seite Sanktionen einzuleiten, die sich diesem Befehl nicht unterwerfe. Auffallenderweise versuchte der USA-Vertreter, Austin, der am 21. Mai einen ähnlichen Antrag gestellt hatte, nun eine Beschlußfassung hinauszuzögern. Der Antrag des sowjetischen Vertreters wurde abgelehnt.

Das Verhalten der USA-Delegierten im Sicherheitsrat und andere Erscheinungen ließen deutlich erkennen, daß Truman seinen Schachzug auszunutzen versuchte, um die Lage Bevins im Nahen und Mittleren Osten weiter zu komplizieren, ihn durch Drohungen mit der Einstellung der Marshall-Plan-Zahlungen unter Druck zu setzen und ihn zu einem für Wallstreet günstigen Kompromiß in der Palästina-Frage zu veranlassen.

#### Die Mission des Grafen Bernadotte

In seiner Sitzung vom 2. Juni 1948 beschloß der Sicherheitsrat, den schwedischen Grafen Bernadotte als „Vermittler“ der UN nach Palästina zu entsenden und es ihm zu überlassen, den Beginn des Waffenstillstandes zu bestimmen. Gegen diese Vollmacht erhoben der sowjetische und der ukrainische Vertreter Einspruch.

Bernadotte sollte behilflich sein, die Palästina-Frage im gemeinsamen Interesse des amerikanischen und des englischen Imperialismus, unter Berücksichtigung des veränderten Kräfteverhältnisses, zwischen ihnen zu regeln.

Graf Bernadotte ordnete an, daß sich der Waffenstillstand auf die Zeit vom 11. Juni bis 9. Juli zu erstrecken habe. Daß er die amerikanisch-englischen Interessen vertrat, ergab sich schon aus seinem Versuch, die der Waffenstillstandskommission beizugebenden militärischen Beobachter auf die in der Kommission vertretenen drei Nationen zu beschränken und die Sowjetunion auszuschalten.

Die Tätigkeit des Grafen Bernadotte in Palästina erinnert an die Umtriebe des berüchtigten Lord Runciman, der 1938 von Chamberlain zur Vorbereitung des Münchner Paktes als „Vermittler“ nach der Tschechoslowakei geschickt wurde, um dort den sudetendeutschen und den reichsdeutschen Nazis Ratschläge zu erteilen, wie sie in Uebereinstimmung mit England und Frankreich ihre erpresserischen Forderungen gegenüber der tschechoslowakischen Regierung durchsetzen könnten und welche Grenzen für diese Forderungen gesteckt seien. Die „persönlichen“ Vorschläge Bernadottes an den König Abdullah und an die Arabische Liga zur Regelung der Palästina-Frage, der Druck, den er auf die Regierung Israel ausübte, um sie zu veranlassen, auf ihre Unabhängigkeit zu verzichten, atmen den Geist Münchens.

## NEUE WELT

Aber die Bemühungen des Grafen Bernadotte blieben ohne sichtbaren Erfolg. Die Vertreter der Arabischen Liga und die hinter ihr stehenden Fürsten lehnten die weitgehenden und für sie günstigen Angebote des Grafen ab und beharrten auf ihrer Forderung nach Aufhebung des Teilungsbeschlusses der UN. Die Regierung Israel hielt an ihrer bisherigen kompromißlosen Politik zur Durchführung des Teilungsbeschlusses fest und lehnte die schlecht verhüllten imperialistischen Ansprüche Wallstreets und Londons sowie die Forderung Marshalls und Bevins ab, zugunsten des arabischen Standpunktes Konzessionen zu machen und auf die eigene uneingeschränkte Selbständigkeit zu verzichten.

Nur der Vasalle Englands, König Abdullah von Transjordanien, der sich den Wünschen seiner neuen amerikanischen Herren anzupassen versucht, zeigte gegenüber den „persönlichen“ Vorschlägen des Grafen Bernadotte das gebührende Entgegenkommen.

Bezeichnend für die „persönlichen“ Vorschläge des Grafen Bernadotte war, daß sie nicht veröffentlicht werden sollten. Aber die Zeitung „Al Misri“ in Kairo gab das Geheimnis preis. Die Vorschläge, die den arabischen und den israelischen Stellen erst am 28. Juni überreicht worden waren, entsprechen im Grunde genommen den Vorstellungen des Königs Abdullah und Bevins von einem großen arabischen Staate, dem Palästina und Transjordanien angehören sollen. Die arabischen Teile Palästinas sind danach an Transjordanien anzuschließen. Dadurch würden die in dem Teilungsvorschlag der UN festgelegten drei arabischen Gebiete Palästinas untereinander verbunden, die israelischen Gebiete dagegen blieben voneinander getrennt. Der Staat Israel soll auf das Negeb-Gebiet verzichten und dafür ein Gebiet in Nordgaliläa übernehmen. Beide Länder sollen in einen arabischen Zentralstaat zusammengefaßt werden, der die wirtschaftlichen, militärischen und außenpolitischen Fragen koordiniert. Die Regelung der Zukunft Jerusalems soll der UN überlassen bleiben.

Am 9. Juli protestierte der sowjetische Vertreter im Sicherheitsrat, Gromyko, bei der Behandlung des Memorandums des Grafen Bernadotte entschieden gegen dessen „persönliche“ Vorschläge und stellte fest, daß der Graf seine Aufgabe sehr eigenartig auffasse und daß er sich über die Organisation der Vereinten Nationen hinwegsetze. Seine Vorschläge seien eine Revision der Beschlüsse vom 29. November und eine Diskreditierung der UN. Wörtlich führte A. Gromyko weiter aus:

„Es ist wohl bekannt, daß Großbritannien in der Hauptsache durch die in seinem Sold und unter der Befehlsgewalt britischer Offiziere stehende sogenannte Transjordanische Legion das Kriegsabenteuer der Araber in Palästina fördert, und zwar nicht ohne die Mitwirkung einflußreicher Kreise gewisser anderer Weststaaten, darunter auch der Vereinigten Staaten. Immer mehr verbreitet sich die Meinung, daß die Vorschläge des Vermittlers zu den Gebietsfragen vor allem im britischen Außenministerium entstanden sein dürften.“

In der Sitzung wurde vorgeschlagen, den Waffenstillstand um zehn Tage zu verlängern. Gromyko erklärte dazu, daß die Haltung der Sowjetunion durch ihre Stellungnahme zu den früheren Waffenstillstandsangeboten bestimmt werde. Die sowjetischen Delegierten unterstützten den Gedanken des Waffenstillstandes, könnten sich jedoch nicht mit dessen Bedingungen einverstanden erklären.

Das Memorandum und der Aufruf zur Verlängerung des Waffenstillstandes um zehn Tage wurden daraufhin mit acht Stimmen bei Stimmenthaltung der Sowjetunion, der Ukraine und Syriens angenommen. Die Regierung Israels erklärte sich mit der Verlängerung des Waffenstillstandes einverstanden. Die Arabische Liga dagegen lehnte sie, wie ihr Generalsekretär Azzam Pascha bekanntgab, ab.



In der Ablehnung der Verlängerung des Waffenstillstandes durch die Liga zeigte sich, daß England seinen Einfluß auf deren Führung verloren hatte und daß diese nun begann, ihre eigene Politik zu betreiben. Der Krieg brach aufs neue los. Der Staat Israel erwies sich aber besser darauf vorbereitet, als Washington, London und die Arabische Liga angenommen hatten. Es gelang seinen Truppen, die Stadt und den Flughafen Lydda einzunehmen, die ägyptischen Truppen im Negeb-Gebiet und die Arabische Legion in Nordgaliläa zurückzuschlagen und die Grenze Libanons zu überschreiten. Im Osten von Tel Aviv rückten die israelischen Truppen auf der Straße nach Jerusalem vor und drängten die Arabische Legion zurück. Die militärischen Niederlagen Abdullahs und der Arabischen Liga wurden noch durch den rund 300 000 Menschen starken Flüchtlingsstrom, der sich aus Israel nach dem arabischen Palästina ergoß, verschlimmert.

Diese Entwicklung lag nicht im Sinne Washingtons und Londons. Denn diese wünschten ein Uebergewicht der Araber, aber nicht das der Juden. Die beiderseitigen Außenministerien beeilten sich deshalb, die Araber vor weiteren Niederlagen zu bewahren, indem sie durch den USA-Vertreter im Sicherheitsrat am 15. Juli den Antrag einbringen ließen, sofort den Befehl zur Einstellung des Feuers unter Androhung von Sanktionen zu geben und dem Grafen Bernadotte die Verantwortung für die Lösung des Palästina-Problems zu überlassen. Der sowjetische Vertreter, Gromyko, sprach sich gegen die Uebertragung dieser Machtbefugnisse an Bernadotte aus, da dieser seine bisherigen schon überschritten habe.

Unterdessen wurde der Befehl zur Einstellung des Feuers von der Regierung Israels wie auch von dem König Abdullah und der Arabischen Liga angenommen. Auch sind Bestrebungen im Gange, zu einem direkten Friedensschluß zwischen Juden und Arabern unter Ausschaltung der Vermittlung Bernadottes zu kommen. Bernadotte hat sich nicht ernstlich bemüht, seinen Auftrag auszuführen, und ist für längere Zeit nach Schweden zurückgekehrt. Das Mißtrauen gegen ihn auf arabischer wie auch auf jüdischer Seite ist größer geworden, nachdem das imperialistische Spiel Washingtons und Londons sich selbst entlarvt hat. Bevin beklagt sich über die „Minderwertigkeit der militärischen Macht der Arabischen Liga, die der ganzen Welt offenbar geworden sei“, um seinen eigenen Bankrott zu verhüllen. Er hat gegenüber seinen Werkzeugen in der Arabischen Liga und gegenüber seinem Vasallen Abdullah keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen mit einer britischen Hilfe nicht mehr zu rechnen haben, und versteckt sich hinter seinem großen Bruder Sam. In London beschäftigt man sich bereits mit den Auswirkungen der veränderten Verhältnisse auf den amerikanisch-englischen Einfluß im Nahen Osten und mit der voraussichtlichen neuen Struktur seiner Stützpunkte. „New Statesman and Nation“ macht dazu folgende interessante Ausführungen:

„Sobald jeder Zweifel darüber genommen ist, daß mit keiner weiteren britischen Hilfe zu rechnen ist, wird die Arabische Liga kaum Aussicht auf Fortbestand haben. Nachdem sie an dem einzigen Ziel, das sie zusammenhielt, gescheitert ist, wird sie durch innere Zwistigkeiten auseinanderfallen, und einige ihrer Mitgliedstaaten werden durch Revolutionen bedroht werden. Das Beste, was wir in dieser gefährlichen Situation tun können, ist, unsere Anstrengungen auf eine befriedigende Lösung zu konzentrieren für unseren Satelliten, Transjordanien, sowie für Israel und Saudi-Arabien, wo der amerikanische Einfluß dominiert. Wenn man diese drei Staaten für eine dauernde Zusammenarbeit mit dem Westen interessieren könnte, so wären England und Amerika in der Lage, einen allgemeinen Zusammenbruch ihres Einflusses im Mittleren Osten zu verhindern.“

## NEUE WELT

---

Der Staat Israel hat sich durch seine Entschlossenheit eine günstige Position erkämpft. Aber die Schwierigkeiten, die seiner Entwicklung entgegenstehen, sind weiterhin außerordentlich groß, und ernste Wachsamkeit seiner Regierung und seines Volkes ist am Platze. Für die Zukunft des Staates Israel gilt nach wie vor: Soweit imperialistische Mächte über das Schicksal des Staates Israel entscheiden, haben sie dabei natürlich ihre Interessen an erster Stelle im Auge. Der neue jüdische Staat Israel wird sich infolgedessen nur dann frei entfalten können, wenn seine Bevölkerung erkennt, daß ihre nationale Zukunft von ihrer eigenen Politik und ihren eigenen Maßnahmen abhängig ist. Bei dieser Politik und diesen Maßnahmen steht die Lösung der folgenden grundlegenden Probleme im Mittelpunkt:

Alles für eine Verbesserung des Verhältnisses zu der arabischen Bevölkerung einzusetzen, die eigenen Kräfte zur Abwehr der Angriffe arabischer Reaktionäre und ihrer Helfershelfer zu stärken, sich nicht in die politische oder wirtschaftliche Abhängigkeit der einen oder der anderen imperialistischen Großmacht zu begeben, enge freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion und zu den Ländern der neuen Demokratie und der um ihre nationale Freiheit kämpfenden asiatischen Völker herbeizuführen, die Kräfte des Fortschritts in der ganzen Welt zu unterstützen und den Staat Israel in deren Front einzureihen!

Neue Welt, Nr. 57, 1948, S.64-76

## **Anhang**

- **Programm der KP Israels (1952)**
- **Große Sowjet-Enzyklopädie:  
„Israel“ (1952)**



## Programm der Kommunistischen Partei Israels

**Für ein volksdemokratisches Israel!**

**Für eine Regierung des Friedens und der nationalen Unabhängigkeit!**

**Für eine Regierung der Werktätigen!**

(angenommen vom XII. Kongreß der Kommunistischen Partei Israels, 1. Juni 1952)

1. Die tiefgehenden Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis - zwischen dem Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus angeführt von der Sowjetunion und dem antidemokratischen und imperialistischen Lager des Krieges angeführt von den USA - nach dem II. Weltkrieg, Veränderungen zugunsten des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus als Folge des historischen Sieges der Sowjetunion über den deutschen Faschismus und den japanischen Imperialismus; die allgemeine Schwächung des Imperialismus und die Vertiefung der Widersprüche zwischen dem britischen und dem US-Imperialismus im Nahen Osten ;der anwachsende Kampf der Völker für die nationale Befreiung in Palästina sowie im gesamten Nahen Osten ; die feste, konsequente und prinzipielle Haltung der Sowjetunion bei der Verteidigung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung bis zur Los-trennung; all dies schuf die Bedingungen für die Entscheidung der UNO vom 29. November 1947 betreffend die Abschaffung des britischen Mandats und den Rückzug der britischen Truppen aus Palästina und die Schaffung zweier unabhängiger demokratischer Staaten - eines jüdischen und eines arabischen.

Die vollständige Verwirklichung dieses Beschlusses hätte den Imperialismus im Nahen Osten weiter geschwächt, die Kräfte des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern, die Kräfte der antiimperialistischen und nationalen Befreiung weiter gestärkt und hätte die Basis für die ökonomische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten - dem jüdischen und dem arabischen - als einen Schritt zur politischen Zusammenarbeit geschaffen.

Die anglo-amerikanischen Imperialisten unternahmen jedoch alles, um diesen Beschluß zu torpedieren, um ihre Interessen in Palästina zu wahren, jeder auf Kosten des anderen und beide zusammen auf Kosten der Juden und der Araber. Mit der Absicht, dieses verbrecherische Ziel zu verfolgen, versuchten die amerikanischen Imperialisten 1948 einen UNO-Beschluß zur Errichtung einer "internationalen Treuhänderschaft" über Palästina zu erzwingen. Sie bauten auf die Unterstützung der amerikanischen Führer der Organisation der Zionisten und der Jewish Agency auf der einen Seite und teilweise auf die der herrschenden Cliquen in den arabischen Ländern auf der anderen Seite, um sich ökonomische und strategische Positionen in Palästina zu sichern. Die britischen Imperialisten ihrerseits benutzen die Regierungen der "Arabischen Liga" und brachen mit ihrer Hilfe einen Krieg gegen den Staat

Israel vom Zaun, um die UNO-Beschlüsse zu Fall zu bringen. Diese militärische Invasion schlug weitgehend fehl durch den Kampf der Bevölkerung Israels für die Unabhängigkeit, durch den Widerstand der arabischen antiimperialistischen Friedenskräfte und dank der Hilfe des Weltlagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Der Invasion gelang es nicht, den Staat Israel zu zerstören, aber sie verhinderte die Schaffung eines unabhängigen arabischen Staates in Palästina.

Die Regierung der bourgeoisen Mapai-Partei Ben Gurions beschritt vom ersten Tag an den Weg des Hochverrats, überließ die Errungenschaften des Unabhängigkeitskrieges des Volkes den US-Imperialisten, indem sie Israel in US-Besitz und eine strategische Basis der US-Kriegstreiber verwandelte. Reaktionäre Führer der arabischen Bevölkerung Palästinas und Herrscher der arabischen Staaten halfen dem britischen Imperialismus, Teile von Palästina wiederzuerobern; sie brachten Unglück über die arabische Bevölkerung, nachdem sie mit den Imperialisten gekungelt hatten und von der Politik der Vertreibung der Ben-Gurion-Regierung unterstützen worden waren, nachdem sie Hunderttausende von Angehörigen der arabischen Bevölkerung entwurzelt und zu Flüchtlingen in den arabischen Nachbarländern ohne Arbeit und Wohnung gemacht hatten. Mit ihrem Widerstand gegen die Schaffung eines unabhängigen arabischen Staates und ihrer Vertreibungspolitik gegenüber der arabischen Bevölkerung spielte die Ben-Gurion-Regierung dem Imperialismus und den Herrschenden in den arabischen Staaten in die Hände.

Auf Kosten des Blutes und der großen Opfer der Massen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung teilten die US- und britischen Imperialisten mit Hilfe ihrer jüdischen und arabischen Helfershelfer die Einflußsphären in Palästina unter sich auf.

2. Im Widerspruch zu den Interessen der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit, welche die Entwicklung der reichen natürlichen Ressourcen Israels, die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft und Hebung des Lebensstandards der Volksmassen erfordern, kümmerte sich die Ben-Gurion-Regierung um die Aufrechterhaltung der Konzessionen für die früheren ausländischen Besitzer und öffnete das Land weit für die wachsende Vorherrschaft des Monopolkapitals über alle Sphären der nationalen Wirtschaft.

Als Ergebnis dessen blieb der Staat Israel ein halbkoloniales Land, ökonomisch und politisch abhängig vom

US- und britischen Monopolkapital, wobei es insbesondere von ersterem versklavt wird. Die vier Jahre seit der Gründung des Staates Israel waren Jahre der ökonomischen und politischen Eroberung unseres Landes durch die US-Imperialisten und der Einbeziehung unseres Landes in die Aggressionspläne der USA gegen das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Die versklavenden „Kredite“ der US-Import-Export-Bank, die Ausweitung von Truman's "Vier-Punkte"-Programm auf Israel, das Abkommen über "Freundschaft, Handel und Schifffahrt", das US-"Hilfsgarantie"-Abkommen und die Verhandlungen über die US-"Militärhilfe" für Israel, das sind einige der typischen Marksteine der Politik der Ben-Gurion-Regierung zur Aufgabe der nationalen Unabhängigkeit und die Einbeziehung Israels in das Lager der Kriegstreiber - im Widerspruch zum Verlangen des Volkes nach Frieden.

Diese Politik der aktiven Unterstützung der aggressiven Pläne des US- und des britischen Imperialismus und der Anbindung unserer Wirtschaft an die US-Kriegswirtschaft gefährdet die Sicherheit Israels, blockiert die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft und die Nutzung der nationalen Ressourcen; sie hat dazu geführt, daß der Löwenanteil des Staatsbudgets für Kriegsvorbereitungen ausgegeben wird, und hat eine rücksichtslose Senkung des Lebensstandards der Volksmassen, die Beschränkung der demokratischen Freiheiten und die Unterdrückung der arabischen Bevölkerung verursacht.

Diese entscheidende Tatsache der Versklavung Israels durch die US-Imperialisten hat auch zu einer Überschwemmung des Marktes mit US-Waren, zu einer drastischen Verringerung des Handels mit den sozialistischen Ländern, zu hochschnellenden Lebenshaltungskosten, wachsender Arbeitslosigkeit, zu einer Steuererhöhung zu Lasten der Bevölkerung und zur Kürzung der Sozialleistungen geführt. Die Vertreter der US-Regierung wurden zu Oberaufsehern der Außen- und Innenpolitik der Ben-Gurion-Regierung, über ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik und über die "Verteidigungsarmee Israels". Bei der UNO verwandelte sich die israelische Delegation in eine jener Delegationen, welche sich gegenüber den Anweisungen aus dem State Department am unterwürfigsten zeigen und der amerikanischen Kriegspolitik der USA am eifrigsten Folge leisten.

3. Das Ziel des US-Imperialismus ist, Israel als eine strategische Basis gegen die Sowjetunion zu benutzen, für diesen Zweck alle Häfen, Flugplätze und strategischen Straßen einzuplanen; das militärische und industrielle Potential Israels zu nutzen; die Ressourcen des Landes zu rauben und seine Arbeitskraft auszubeuten; alles zu dem Zweck, einen neuen Weltkrieg vorzubereiten und - wenn notwendig - dazu, gegen die nationalen Befreiungsbewegungen in Israel und im Nahen Osten vorzugehen. Die Ben-Gurion-Regierung leistet den US-Imperialisten volle Unterstützung bei ihren Anstrengungen, ihre aggressiven Ziele zu erreichen.

Um den ganzen Hochverrat und Ausverkauf an die US-Imperialisten reibungslos abzuwickeln, predigen die Vertreter der Großbourgeoisie und die Mapai-Führung nationalen Nihilismus und die reaktionäre "Theorie" des Kosmopolitismus. Ihre Propaganda basiert auf der "Annahme" des State Departments, daß es heutzutage keinen Platz für unabhängige Staaten gibt und daß insbesondere kleine Staaten "keine andere Wahl haben", als sich an den "starken" Rücken der USA anzulehnen. Mit Hilfe dieser Propaganda hoffen sie, die Kämpfe der Volksmassen für nationale Unabhängigkeit zu schwächen und sie in Instrumente der US-Kriegshetze zu verwandeln.

4. Die Versklavung Israels durch die US-Kriegstreiber lastet schwer auf der Arbeiterklasse und auf allen ausgebeuteten Massen in Stadt und Land (werkstätige Bauernschaft, Fellachen), auf den Handwerkern, der werktätigen Intelligenz, auf den Mittelklassen und sogar auf den Industriellen - insbesondere auf den Besitzern kleiner und mittelgroßer Betriebe, die unter dem vereinten Regime des ausländischen Monopolkapitals und der israelischen Großbourgeoisie leiden.

Diese Lage der Dinge betrifft besonders die Massen der arabischen Bevölkerung, die unter doppelter - nationaler und sozialer - Unterdrückung, leidet.

5. Die Arbeiterklasse wird schwer getroffen durch die amerikanische Vorherrschaft und die Politik der Kriegsvorbereitung. Im Vergleich zu 1939 sind die Reallöhne der Werkstätigen bis April 1952 um 63 % gesunken. Der durchschnittliche Nominallohn der Arbeiter hat sich in diesem Zeitraum lediglich versechsfacht, während sich die Durchschnittspreise verachtzehnfacht haben. Die Reallöhne der Arbeiter sind zur Zeit niedriger als jemals zuvor. Arbeiter kommen hungrig zur Arbeit. Der Steueranteil (direkte und indirekte Steuern) an den Gesamtausgaben einer vierköpfigen Familie erreichte 1952 45 %. Soziale Leistungen werden gekürzt und insbesondere die Gesundheitsversorgung wird zunehmend teurer. Die Schulgebühren werden ständig angehoben. Zur gleichen Zeit leidet die Arbeiterklasse unter der Arbeitslosigkeit, die besonders seit der Verwirklichung des von Mac-Daniel, dem US-Hochkommissar in Israel, diktierten "Neuen Wirtschaftsplans" gestiegen ist.

Noch schlechter ist die Lage der arabischen Arbeiter, die doppelt unterdrückt werden: als Arbeiter und als Araber. Die Politik der nationalen Unterdrückung durch die Ben-Gurion-Regierung führt zu erheblicher Arbeitslosigkeit unter den arabischen Arbeitern und zu einem niedrigeren Lohnniveau für die arabischen Arbeiter im Vergleich zu den Löhnen der jüdischen Arbeiter. Die Mapai-Führung schließt die arabischen Arbeiter von der allgemeinen Arbeitsvermittlung und von der Histadrut (Allgemeine Föderation der jüdischen Arbeit) aus, beides Einrichtungen, die auf rassistischen Prinzipien gegründet sind.

Die Arbeiterinnen und die werktätigen Jugendlichen leiden unter Lohndiskriminierungen und unter dem fehlenden gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen und Jugendlichen..

Der Kampf der Arbeiter gegen die wachsende Ausbeutung und gegen die Zwangsmethoden, die von den "Produktionsräten" angewandt werden, um die Profite der Ausbeuter auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter zu erhöhen; gegen Unterernährung und betrügerische Berechnungen des "Index" und der COLA, der staatlichen Zulage zur Deckung der Lebenshaltungskosten, diesem Kampf begegnen die in der Histadrut vertretenen Mapai-Führer mit heftigem Widerstand und mit Einschaltung der Polizei.

Diese schwierige Lage der Dinge stachelt die Empörung der Arbeiterklasse und ihre Entschlossenheit, gegen die Ben-Gurion-Regierung und ihre Oberherren aus den USA zu kämpfen, weiter an.

6. Die Bauern leiden schwer unter der Herrschaft der ausländischen Monopole und dem aufgeblähten Kriegs-Budget. Die werktätige Bauernschaft unterschiedlicher landwirtschaftlicher Wirtschaftsformen leidet unter einem ernsthaften Mangel an Vorräten, Maschinen und Ausrüstung, Samen, Wasser etc. Sie wird hart getroffen vom Mangel an Kreditvorschüssen und stöhnt unter der schweren Schuldenlast gegenüber ausländischen Banken und verschiedenen Gesellschaften. Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte sind extrem niedrig im Vergleich mit dem allgemeinen Preisniveau, welches die Produktionskosten in der Landwirtschaft nach oben treibt. Die Kürzung von Subventionen für Grundnahrungsmittel erhöht den Druck auf die Erzeugerpreise und führt auf der anderen Seite zu höheren Verbraucherpreisen. Die Bauern haben Bedarf an Land in ausreichendem Umfang, Maschinen, Vorräten zu festgesetzten Preisen und langfristigen niedrigverzinslichen Krediten. Gegenwärtig müssen sie - inoffiziell - bis 30 % an Zinsen für einen einjährigen Kredit zahlen.

Neue landwirtschaftliche Betriebe sind in einer besonders schwierigen Lage, da sie von der Regierung völlig vernachlässigt werden.

Die Situation der arabischen Fellachen ist aufgrund der nationalen Unterdrückung sogar noch schlimmer.

Die Regierung hat den Fellachen Boden in großem Umfang weggenommen; der größte Teil liegt brach ohne bebaut zu werden. Auch gibt es eine Benachteiligung in bezug auf die Preise, die ihnen für ihre Produkte bezahlt werden. Sie werden von den Militär-Gouverneuren gezwungen, ihre Produkte zu Preisen zu verkaufen, die in vielen Fällen sogar unter den Produktionskosten liegen.

Während es in Israel halbverhungerte Menschen gibt und die Lebensmittelimporte erhöht werden, werden nur 3,5 von insgesamt 8,5 Millionen Dunam der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Landes bebaut und die Regierung kürzt das Agrar-Budget. Dieser Zustand verschärft den Widerstand der Bauern gegen die Politik der Regierung.

7. Die Handwerker und Eigentümer kleiner und mittlerer Betriebe werden ebenfalls von der Politik der Regierung getroffen. Die Politik der Vernichtung "unprofitabler" Betriebe, wie von der Regierung im "Neuen Wirtschaftsprogramm" formuliert - richtet sich

gegen die Handwerker und Eigentümer kleiner und mittlerer Betriebe. Sie erhalten kaum Lieferungen von Rohstoffen. Es ist schwierig für sie, sich Geräte, Ersatzteile für Maschinen und Kredite zu beschaffen. Die Produktionskapazitäten der Industriebetriebe sind nur zu 35 % ausgeschöpft. Die Abhängigkeit von der "internationalen" US-Kommission für die Verteilung der Rohstoffe und fehlende normale Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion und den Ländern der Volkdemokratie aufgrund des US-Drucks haben zu einem ersten Mangel an Rohstoffen in den Betrieben geführt, die nicht mit militärischer Produktion befaßt sind. Die Konkurrenz mit US-Waren, welche den Markt überschwemmen, zerstört die Chancen für die Entwicklung lokaler Industrien.

Daneben gibt es in bezug auf die Versorgung mit Rohstoffen und Ersatzteilen eine Benachteiligung arabischer Besitzer von kleinen und mittelgroßen Betrieben.

Streiks und Demonstrationen von Handwerkern und Besitzern von Kleinbetrieben, bei denen die Polizei eingriff, gaben ihrer Empörung über die Zerrüttung ihrer Lebensgrundlage und ihrem Widerstand gegen die Regierungspolitik Ausdruck.

8. Die verschiedenen Teile der werktätigen Intelligenz - Lehrer, Ärzte, Ingenieure und Techniker, Angestellte, Krankenschwestern usw. - sind gezwungen zu streiken, um ihre Arbeitsbedingungen zu verteidigen. Es gibt ein völliges Ungleichgewicht zwischen den Löhnen der israelischen Wissenschaftler, soweit sie nicht mit militärischen Aufgaben befaßt sind, und denen der US-"Experten", "Ratgeber" und "Oberaufsehern", die sich in der Armee und in den Ministerien tummeln. Die Wissenschaftler finden sehr schwierige Bedingungen für ihre Forschung vor. Es gibt keine Etats für die Förderung von Schriftstellern und Künstlern.

Der Lebensstandard von Regierungs- und privaten Büroangestellten ist ebenfalls niedrig. Sie leiden alle unter der gegenwärtigen Lage und ihre Interessen sind identisch mit denen der Arbeiterklasse und der ausgebeuteten Massen.

9. Die Arbeiter und die armen Schichten der Hunderttausenden von neuen Einwanderern, die nach der Staatsgründung nach Israel gekommen sind, sind in einer noch schlechteren Situation als die entsprechenden Klassen und Schichten der Alteingesessenen. Die Regierung, die amerikanische Führung der "Jewish Agency" und die Organisation der Zionisten haben sich nicht einmal um die minimalen Erfordernisse hinsichtlich Wohnung, Arbeitsmöglichkeiten und öffentliche Versorgung für die Hunderttausenden von neuen Einwanderern gekümmert. Trotz der enormen Gelder und Vermögenswerte, die den herrschenden Kreisen zur Verfügung stehen, ist es ihnen nicht gelungen, die neuen Einwanderer in eine produktive Kraft zu verwandeln. Die völlige Abhängigkeit der Regierung vom US-Imperialismus und seinen Kriegsvorbereitungen führte zu großen Ausgaben für das Wettrüsten und den Aufbau von Militärbasen - und als Folge davon blieb das Land ökonomisch zurück. Dies bestimmt die Lebensbedingungen jener Hunderttausenden von neuen Immi-

granten, die Mangel leiden, in Armut leben und in Zelten, Leinwand- und Wellblechhütten hausen müssen, die meisten arbeitslos, ohne öffentliche Versorgung, verbittert und enttäuscht. Die herrschenden Kreise in Israel und ihre Oberherren in der Wall-Street versuchen die neuen Immigranten durch schlecht bezahlte Jobs auszubeuten, um Druck auf die Löhne und den Lebensstandard der gesamten ausgebeuteten Massen im Interesse der Großbourgeoisie auszuüben. Die Herrschenden in Israel betrachten die neuen Immigranten als Menschenreserve für die aggressiven Pläne der US-Imperialisten.

Die Politik der Selektion wie sie in letzter Zeit gegenüber Immigrationsbewerbern praktiziert wurde, wurde auf Anweisung des State Department eingeführt und basiert auf dem Grundsatz, daß nur gesunde Personen unter 35 Jahren einwandern sollten; sie bestätigt, daß die Einwanderungspolitik der Herrschenden in Israel sich nicht aus nationalen Erwägungen ableitet, sondern den Bedürfnissen der US-Strategie dient. Dies zeigt auch die ungehemmte Verleumdungskampagne in der Immigrationsfrage gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie, welche Teil des "Kalten Krieges" der US-Lynchjustiz-Helden und Antisemiten ist. Mit diesem Kreuzzug der Verleumdung und Hetze gegen das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, angeführt von der Sowjetunion, sollen die Jugend und die Volksmassen Israels psychologisch auf einen Aggressionskrieg an der Seite der USA gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien unter der Losung "Befreiung unserer Brüder ..." - vom Sozialismus vorbereitet werden. Gleichzeitig erklären die jüdisch-amerikanischen Millionäre in der Führung der Jewish Agency und der Organisation der Zionisten und andere Wall-Street-Größen sowie Ben Gurion selbst mehr als einmal, daß die "Kibuts Galuyot" ("Einsammeln der Menschen im Exil") sich für die amerikanischen Juden nicht eignet, da die USA deren Heimatland und keine "Diaspora" ist.

Diese hemmungslose Hetze gegen die Länder des Sozialismus, in denen die Juden gleiche Rechte und völlige Freiheit genießen, dient auch dem Zweck, die ökonomische und politische Katastrophe zu verdecken und zu beschönigen, die durch die Regierung über den Staat gebracht wurde.

Diese wilde Hetze soll auch die Aktivitäten der US-Oberherren der Regierung und der Jewish Agency "rechtfertigen", welche die Nazi-Wehrmacht wiederbeleben, Kriegsverbrecher - Mörder von Millionen Juden und Millionen anderer Menschen - auf freien Fuß setzen und all dies, um einen neuen Weltkrieg vorzubereiten, der auf neue Ausrottungen gerichtet ist.

Die Massen der neuen Immigranten verstehen mehr und mehr die volksfeindliche Politik der Regierung und kämpfen gegen sie. Große Teile der Immigranten führen einen hartnäckigen Kampf für Brot, Arbeit und Wohnung, ohne Angst vor dem Schlagstock, vor Verhaftung und Gerichtsverfahren. Sie nähern sich zunehmend der organisierten Arbeiterklasse an und verschmelzen sich mit ihr. Entgegen dem Kalkül der Imperialisten und der israelischen Reaktion schließen sich

mehr und mehr Arbeiter unter den neuen Immigranten dem allgemeinen Kampf für Frieden und die Unabhängigkeit unseres Landes an.

10. Die große Mehrheit des Volkes wird von der Politik der imperialistischen Versklavung und seinen aggressiven Plänen und durch Ben Gurions Politik der Anbindung Israels an die amerikanische Kriegswirtschaft hart getroffen. Die große Mehrheit des Volkes ist an einer Politik des Friedens, der Demokratie und der nationalen Unabhängigkeit interessiert, an einer Politik, die zur Entwicklung aller Zweige der nationalen Wirtschaft und zu einer Anhebung des Lebensstandards der Volksmassen führt.

Die große Mehrheit des Volkes ist bitter enttäuscht über die hochtrabenden Versprechungen der Ben-Gurion-Regierung nach der Erfahrung, daß sich die Lage bis zum ökonomischen Zusammenbruch verschlechtert hat, seit die Regierung sich auf den Weg der "US-Hilfe" und der "Schaffung attraktiver Bedingungen für ausländisches Kapital" begeben hat.

Die Massen des Volkes erkennen zunehmend die Volksfeindlichkeit der Ben-Gurion-Regierung und die Notwendigkeit, diese Regierung, welche den Interessen des ausländischen Monopolkapitals und der israelischen Großbourgeoisie dient, durch eine andere Regierung zu ersetzen.

So haben sich die objektiven Bedingungen und die realen Möglichkeiten für die Vereinigung der Mehrheit des Volkes in einer breiten Volksfront, für das Zusammenschweißen der antiimperialistischen und demokratischen Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse, für die Stärkung des Kampfes für eine grundlegende Änderung der Lage im Staat entwickelt. So haben sich die Bedingungen für eine breite Konzentration der Kräfte gegen die Politik des Hungers und des Krieges, gegen die Preisgabe der nationalen Unabhängigkeit und gegen die Unterdrückung der demokratischen Freiheiten des Volkes entwickelt - gegen die Politik des gegenwärtigen Regimes und für die Errichtung eines volksdemokratischen Regimes in Israel, das sich gegen den Imperialismus und gegen die ausländischen Monopole und die israelische Großbourgeoisie richten wird, welche mit jenen verbunden ist und gegen die Interessen der nationalen Wirtschaft zusammenarbeitet.

11. Die Vorherrschaft des ausländischen Monopolkapitals und der Großbourgeoisie in Israels Wirtschaft bedingt auch entscheidend die Frage der politischen Vorherrschaft dieser Kreise über die Regierung und den Staatsapparat. Das politische Regime in Israel - eine bürgerliche "Demokratie" im Prozeß der Faschisierung - schützt eine kleine Clique von Ausbeutern und Schwarzhändlern und gibt ihnen die volle Freiheit der Ausbeutung und Ausplünderung der Volksmassen. Somit ist das politische Regime in Israel ein Regime der Demokratie für die Reichen und der Diktatur der Bourgeoisie gegen die Werktätigen. Die Mapai-Führung führt die schmutzige Arbeit dieser Diktatur gegen die Arbeiter und die Volksmassen durch, in der gleichen Art wie die rechten sozialdemokratischen Führer auf der ganzen Welt, indem sie gleichzeitig



Agenten des amerikanischen Imperialismus und der einheimischen Bourgeoisie sind. Hat es jemals eine solche Prosperität für die Großbourgeoisie in Israel gegeben wie in der Periode der Ben-Gurion-Regierung? Hat es jemals eine Zeit gegeben, in der die Arbeiterklasse mehr zu leiden hatte als unter der Herrschaft der gegenwärtigen Regierung, in welcher die Mapai-Führer eine entscheidende Rolle spielen?

12. Unter dem Druck der Volksmassen während der Zeit des Unabhängigkeitskrieges waren bestimmte demokratische Freiheiten zu verkünden. Jedoch haben wir beobachten können, wie die Herrschenden nach und nach diese Freiheiten im Interesse der Großbourgeoisie und der US-amerikanischen und britischen Kriegstreiber beschnitten haben.

Die Erfahrungen bei den Wahlen zur Knesset zeigten, daß die Großbourgeoisie und die Mapai-Führung die Volksmassen der Freiheit der Wahl beraubten, indem sie die Propagandamaschinerie des Staates in Bewegung setzten, um das Volk zu betrügen, sowie durch ökonomischen Druck und Einschüchterung, durch Terror seitens der Polizei, der Armee, von Regierungspersonal und gedungener Schläger, durch Bestechung und Stimmenkauf usw. insbesondere gegenüber der arabischen Bevölkerung und den neuen Immigranten. Auf diese Weise erlangte die Minderheit der Ausbeuter zusammen mit der verräterischen Mapai-Führung die Mehrheit der Sitze in der Knesset.

Ihre Vertreter handeln in der Knesset und in der Regierung in Übereinstimmung mit den Interessen der Washingtoner Regierung und der israelischen Großbourgeoisie. Alle politischen und ökonomischen Angelegenheiten von grundlegender Wichtigkeit werden zuerst im State Department und in der US-Botschaft in Tel Aviv diskutiert und entschieden (Unterstützung für die imperialistische Aggression, die Unterdrückung der arabischen Minderheit, größere Privilegien für das ausländische Kapital, die neuen Wirtschaftsprogramme, das Middle East Command, die Verhandlungen mit Bonn, die Zusammensetzung der Regierung, die Verfolgung der demokratischen Kräfte usw.); erst danach werden die Entscheidungen zur "Zustimmung" in der Knesset vorgelegt, wo, wie bereits erwähnt, die Agenten des Imperialismus und der Großbourgeoisie in der Mehrheit sind. So sieht die israelische "Demokratie" aus. "Demokratie für eine verschwindende Minderheit, Demokratie für die Reichen - das ist die Demokratie der kapitalistischen Gesellschaft", wie Lenin schreibt (engl. Ausgabe Lenin Werke Band 25, S. 432). Diese Minderheit führt ihre volksfeindliche Politik mit Hilfe ihrer Exekutivorgane durch, fälschlicherweise als "Organe des Staates", als "über den Klassen stehende Organe" bezeichnet. In Wirklichkeit sind es Zwangsorgane der Kapitalisten und ihrer Agenten - der Mapai-Führer - für die Unterdrückung der Mehrheit des Volkes. Diese Organe werden von den Unterdrückungsinstitutionen des Staates getragen: Polizei, Armee, Geheimdienst, Gefängnisse, Militärgouverneure in den arabischen Bezirken, alle ausgestat-

tet mit diktatorischen Notstandsbefugnissen. Vier Jahre Erfahrung mit dem Staat Israel haben bewiesen, daß die Mapai-Regierung die Polizei, die Armeen, den Geheimdienst und die Gefängnisse gegen streikende Arbeiter und Handwerker, gegen Arbeitslos, demonstrierende obdachlose neue Immigranten, gegen patriotische Aufzüge der Kämpfer für Frieden und Unabhängigkeit, gegen die arabische Bevölkerung und besonders gegen unsere Partei, die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, gegen die Kommunistische Partei Israels, einsetzt.

"Kol Israel" ("Die Stimme Israels"), die Mehrheit der Presse, das Kino und das Theater, die Schule und die religiösen Institutionen, alle dienen sie als Instrumente der moralischen und religiösen Unterdrückung und Korruption der Volksmassen. Kriegspropaganda und Propaganda für den "American Way of Life", Lynchjustiz und Rassismus - dies sind die vergifteten Pfeile, welche die Großbourgeoisie und die Mapai-Führer in das Herz der Jugend und der ausgebeuteten Volksmassen abschießen.

Dies ist der tatsächliche Gehalt der israelischen "Demokratie" und des "über den Klassen stehenden Staates", wie ihn die bürgerlichen und "sozialistischen" Lohnschreiber des US-Imperialismus nennen.

Die Arbeiterklasse ist natürlich nicht gleichgültig gegenüber der Tatsache, ob die Bourgeoisie ihre Diktatur in der Form der bürgerlichen Demokratie - auch wenn sie nur formal ist - oder der faschistischen Herrschaft ausübt. Sie strebt deshalb danach, alle Möglichkeiten innerhalb der bürgerlichen Demokratie auszunutzen; dies ist notwendig, um die Knesset als Plattform und jede anderer politische Freiheit für das Vorantreiben des politischen Kampfes zur Verteidigung des Friedens und der Abschaffung der Versklavung durch die US-amerikanischen Herrscher, für die Beseitigung des volksfeindlichen Regimes und seine Ersetzung durch die Volksherrschaft zu benutzen.

Es ist ein Gebot, die demokratischen Freiheiten des Volkes zu verteidigen und gegen den Abbau dieser Rechte zu kämpfen.

13. In immer größer werdenden Kreisen der Bevölkerung, die von der Regierungspolitik, wie sie von der ausländischen und israelischen Großbourgeoisie vorgegeben wird, betroffen sind, wachsen Enttäuschung und Verbitterung über diese Politik. Breite Massen des Volkes verabscheuen den ökonomischen Ruin Israels und die abenteuerliche Außenpolitik der Ben-Gurion-Regierung.

Die Arbeiter, Bauern und Volksmassen kämpfen täglich auf jede erdenkliche Weise für ihre Belange und ihre Rechte. Aber dieser Kampf kann nicht - wie Genosse Stalin uns lehrt -, und mag er auch noch so revolutionär sein, effektiv sein und zu den grundlegenden Änderungen führen, welche notwendig sind für die Lösung der Probleme, denen das Volk gegenüber steht; dieser Kampf kann dafür kein Ersatz sein, es sei denn

er ist mit einem klaren politischen Ziel der Änderung des Regimes im Staat verbunden.

Es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, daß die gegenwärtige Regierung oder irgendeine andere Kombination der bestehenden Koalition, welche die Interessen des ausländischen Kapitals, die verschwindende Minderheit von Ausbeutern repräsentiert und verteidigt, an der Lösung irgendeines grundlegenden Problems des Staates im Interesse des Volkes interessiert wäre.

Es muß klar sein, daß es unmöglich ist, die Gefahren, die das Volk bedrohen, abzuwenden und die miserable ökonomische Situation zu beseitigen, Unabhängigkeit und Frieden, Brot und Freiheit für das Volk zu sichern, ohne die Versklavung durch den US-Imperialismus zu beenden und uns von seiner treuen Stütze, der Regierung der bourgeoisen Mapai-Partei, zu befreien und ohne den Klassencharakter der israelischen Regierung und des politischen Regimes in Israel zu ändern.

Es muß klar sein, daß das die Bevölkerung Israels - wie alle Völker in der Welt - ihren vollen Beitrag zum Kampf für die Verteidigung des Weltfriedens leisten und die nationale Unabhängigkeit und den Schutz seiner Sicherheit erlangen kann, wenn es sein Schicksal in seine eigenen Hände nimmt und für seine grundlegenden Interessen den Kampf bis zu Ende führt, wenn es alle seine Kraft für den Kampf für eine Politik der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit dem Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, angeführt von der Sowjetunion, anbietet.

14. Die Kommunistische Partei Israels, die Vorhut der Arbeiterklasse, hat das Ziel, den Kapitalismus zu beseitigen und ein sozialistisches Regime in Israel zu errichten, unter dem die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft ist und die Probleme der Werktätigen tiefgehend gelöst werden.

Auf der gegenwärtigen Stufe der ökonomischen und politischen Entwicklung in Israel und im Nahen Osten sehen wir jedoch keine Möglichkeit für die Verwirklichung eines solchen Plans.

Im gegenwärtigen Stadium sind wir nicht mit dem Problem der Abschaffung des Kapitalismus in Israel und der Errichtung eines sozialistischen Regimes befaßt, sondern mit der Niederschlagung und Beseitigung der Herrschaft des US- und britischen Monopolkapitals und der mit ihm verbundenen israelischen Großbourgeoisie.

Heute sind die folgenden die herausragenden Fragen, denen in erster Linie die Arbeiterklasse und die werktätige Bauernschaft sowie auch die Intelligenz, die Handwerker, die Mittelschichten, Teile der industriellen Bourgeoisie, besonders die Besitzer von kleinen und mittelgroßen Betrieben, die unter der Vorherrschaft des ausländischen Monopolkapitals leiden, gegenüberstehen: In welche Richtung gehen? Wofür kämpfen und wie kämpfen, um aus der Sackgasse herauszukommen und die Lage im Land von Grund auf zu ändern. Die Probleme sind:

1. Sicherung des Friedens, Verhinderung der Einbeziehung Israels in einen aggressiven antiso-

wjetischen Block,

2. Erringung der nationalen Unabhängigkeit und Befreiung Israels von der politischen und ökonomischen Versklavung durch den US-Imperialismus,
3. Entwicklung der nationalen Ressourcen, Industrie und Landwirtschaft; Beschäftigung für die ausgebeuteten Massen und die Wege und Mittel für die Aufnahme neuer Immigranten zu sichern,
4. Durchführung einer Landreform,
5. Sicherung demokratischer Freiheit für das Volk,
6. Garantierung gleicher Rechte für die arabische Bevölkerung.

Dies sind die Probleme, an deren unmittelbarer Lösung die Mehrheit des Volkes interessiert ist. Der Kampf für die Lösung dieser Probleme ist dem Wesen nach ein antiimperialistischer Kampf, er ist von allgemein demokratischer Natur und ist verbunden mit dem Kampf gegen die Stütze des Imperialismus, die Großbourgeoisie und die Mapai-Führung.

15. Um diese Probleme erfolgreich zu lösen, ist es unbedingt erforderlich, daß die Staatsmacht in Israel in die Hände des Volkes übergeht und der Minderheit aus den Händen genommen wird, welche die proimperialistische Großbourgeoisie, die devote Dienste von der Mapai-Führung erhält, repräsentiert. Die Kommunistische Partei zeigt den Massen des Volkes das Ziel der Ersetzung der gegenwärtigen volksfeindlichen Regierung durch eine volksdemokratische Regierung, durch eine Koalitionsregierung aller antiimperialistischen und demokratischen Kräfte im Staat, durch eine Regierung der nationalen Unabhängigkeit, der ökonomischen Entwicklung, der Freiheit und Friedens.

Wir stellen ein Programm für eine Regierung vor, welche die Mehrheit des Volkes repräsentiert - die Arbeiterklasse, die werktätigen Bauern, die Handwerker, die werktätige Intelligenz, die Mittelschichten und Teile der industriellen Bourgeoisie. Diese Regierung wird im Interesse des Volkes ein Regime der Volksdemokratie einführen, dessen Hauptkraft die Arbeiterklasse und die werktätige Bauernschaft sein werden und in welchem die führende Kraft die Arbeiterklasse und ihre Kommunistische Partei sein werden.

Der volksdemokratische Charakter der Regierung und des Regimes wird vom Volkscharakter der Koalition bestimmt werden, durch die Tatsache, daß sie die Interessen aller Schichten des Volkes repräsentieren wird mit Ausnahme der großen Geschäftsleute und der Schwarzhändler. Insbesondere wird der volksdemokratische Charakter der Regierung durch die Hegemonie der Arbeiterklasse innerhalb dieser Koalition - in enger Verbindung mit der werktätigen Bauernschaft - bestimmt werden. Die Knesset wird ein Parlament des Volkes sein, ein Instrument der Demokratie, das dem Willen der Mehrheit des Volkes Ausdruck verleihen wird. Die Knesset wird die gesetzgebende Institution sein, die im Interesse des Volkes handelt, die Trägerin der Souveränität des Volkes.

Aus diesen Gründen ist es klar, daß die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauernschaft die Klassenbasis der Herrschaft der Volksdemokratie bilden. Und was die politische Basis betrifft: Die Regierungsinstitutionen werden auf der Basis allgemeiner, gleicher, direkter und auf dem Verhältniswahlrecht beruhender Wahlen in geheimer Abstimmung gewählt.

16. Die Vorbedingungen für die Ablösung des gegenwärtigen politischen Regimes und seine Ersetzung durch die Herrschaft der Volksdemokratie ist die Schaffung einer antiimperialistischen Volksfront der Arbeiter, der Bauern und der Kleinbourgeoisie, der werktätigen Intelligenz und Teilen der industriellen Bourgeoisie. Die organisierte Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Kommunistischen Partei wird die Führerin aller patriotischen Kräfte sein, die unter der Versklavung Israels durch den US-Imperialismus leiden, die von der Last der Ausgaben für die Kriegsvorbereitung niedergedrückt und durch die brutale Ausbeutung durch das amerikanische, britische und israelische Monopolkapital ruiniert werden und die ein Interesse am Kampf für nationale Unabhängigkeit, an der Entwicklung der nationalen Wirtschaft, an der Hebung des Lebens- und des kulturellen Standards, an Freiheit und Frieden haben.

Indem wir diesen Weg aufzeigen, gehen wir nicht nur von der gegenwärtigen Lage aus, sondern davon, was notwendigerweise auf dem Weg des revolutionären Kampfes gegen die Vorherrschaft des US-Imperialismus und gegen das gegenwärtige reaktionäre Regime in Israel entwickelt werden muß, sowie von den Änderungen und Veränderungen, die sich notwendigerweise in den Beziehungen zwischen den politischen Kräften zugunsten der antiimperialistischen Volksfront vollziehen werden. Schon heute sind wir Zeugen von Unruhe und Differenzierung in den Parteien der Arbeiter und ebenso in den kleinbürgerlichen Parteien.

17. Wir zeigen den Weg des revolutionären Kampfes gegen den US-Imperialismus und seiner Stütze in Israel, der Mapai-bourgeoisien Regierung; den Weg zur Schaffung und zum Sieg einer aus allen demokratischen Kräften des Volkes zusammengesetzten Volksfront und zur Errichtung der Herrschaft der Volksdemokratie in Israel. Dieser Weg besteht in der tagtäglichen Mobilisierung der Arbeiterklasse und der Volksmassen zum Kampf gegen die Politik der proamerikanischen Ben-Gurion-Regierung. Er besteht darin, die Unterstützung der Mehrheit des Volkes für das Programm der antiimperialistischen Volksfront zu erhalten.

Die historische Erfahrung der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung zeigt, daß der Imperialismus und seine lokalen politischen Stützen, die Großbourgeoisie und seine "sozialistischen" Diener innerhalb der Arbeiterklasse, die historische Bühne nicht freiwillig verlassen und sich dem Willen des Volkes unterwerfen. Unter keinen Umständen werden

der Imperialismus und seine lokalen Agenten die Abhaltung von freien parlamentarischen Wahlen ermöglichen, welche den wahren Hoffnungen und Interessen des Volkes Ausdruck verleihen könnten. Sie bringen alle Arten von Gewalt gegen die Volksmassen ins Spiel, um ihre Positionen aufrechtzuerhalten und ihre diktatorische Herrschaft fortzuführen. Auf der anderen Seite zeigt die historische Erfahrung, daß es in der Macht einer breiten Volksfront, geführt von der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei, liegt - insbesondere in der gegenwärtigen internationalen Situation -, die Rechte des Volkes zu verteidigen, den Widerstand des Imperialismus und der einheimischen Reaktion zu brechen, die nur eine kleine Minderheit des Volkes darstellen. Diese historische Erfahrung ist auch die Richtlinie zum Sieg der antiimperialistischen Volksfront in Israel.

18. Die Interessen des Kampfes für die Verteidigung der antiimperialistischen Volksfront, die Interessen des Kampfes für einen Wechsel des politischen Regimes in unserem Land und die Errichtung eines volksdemokratischen Regimes erfordern die Stärkung der Einheit der Aktion der Arbeiterklasse. Diese Einheit ist wesentlich, um die Hegemonie der Arbeiterklasse in der volksdemokratischen Front sicherzustellen.

Diese Einheit der Arbeiterklasse kann nicht erreicht werden, ohne einen systematischen und konsequenten Kampf gegen die spalterische Führung von Mapai und alle anderen Agenten des Kapitalismus innerhalb der Arbeiterklasse zu führen; ohne tagtäglich die Politik der Spaltung und der Korrumpierung bloßzustellen, welche von den Dienern der Bourgeoisie und des US-Imperialismus innerhalb der Arbeiterklasse initiiert wird; ohne ihre gegenüber den nationalen Interessen und gegenüber den Tagesinteressen wie den historischen Zielen der Arbeiterklasse feindliche Politik zu entlarven; ohne die Arbeiter zu überzeugen, daß die Mapai-Führer und alle anderen Agenten der Bourgeoisie und des Imperialismus innerhalb der Arbeiterklasse die Sache der Arbeiter und den Sozialismus verraten ebenso wie sie ihr Heimatland verraten und sich in schäbige Agenten der US-Aggressoren verwandelt haben.

Ein unverzichtbarer Bestandteil des Problems der Einheit der Arbeiterklasse ist der Kampf für die Vertiefung und Verbreiterung der Zusammenarbeit der KPI und der MAPAM, der Kampf für die Einheitsfront der beiden Parteien. Die Bedingung für den Erfolg dieses Kampfes bildet die systematische Enthüllung der schwankenden opportunistischen und nationalistischen Politik und die mangelnde Konsequenz der Mapam-Führung, die beständige Entlarvung der spalterischen antikommunistischen Politik des rechten Flügels innerhalb der Mapam-Führung und die Ermutigung jener Kräfte innerhalb der Mapam, die sich in die Richtung des Marxismus-Leninismus entwickeln. Wachsende Zusammenarbeit von unten in den letzten Jahren hat geholfen, eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien herbeizuführen. Dies ist der beste Weg, der mehr und mehr einfache Mapam-Mitglieder von der Berechtigung des Kampfes der KPI für eine Einheits-

front überzeugen wird und nach und nach die Spalter in der Mapam-Führung isolieren wird.

19. Der Kampf für den Aufbau der Volksfront und für die Einheit der Arbeiterklasse als ihre führende Kraft und der Kampf für die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der CPI und MAPAN müssen gleichzeitig und miteinander verknüpft geführt werden, ohne die vollständige Erfüllung der einen Aufgabe zur Voraussetzung dafür zu machen, die andere Aufgabe anzugehen. Dieser Kampf muß sowohl auf landesweiter als auch lokaler Ebene betrieben werden sowohl auf der Grundlage von Maximal- als auch von Teilforderungen. Die hartnäckige Verteidigung der Interessen aller Schichten des Volkes, welchen von den Angriffen des Imperialismus und seiner Agenten betroffen sind, und das Zurückschlagen dieser Angriffe ist der beste und erfolgversprechendste Weg, in dem breitest möglichen Umfang die Kräfte gegen den Imperialismus und seine Agenten, gegen die Bourgeoisie und die Mapai-Führung zu mobilisieren.

Die engen Bande zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft, die Aktionseinheit zwischen den Arbeitern und den anderen ausgebeuteten Massen ungeachtet der Nationalität und des politischen Standpunkts im Tageskampf zur Verteidigung des Lebensstandards, der gewerkschaftlichen Rechte, der demokratischen Freiheiten und für die Stärkung der Friedensbewegung ist der beste und hilfreichste Weg zur Organisierung und Verstärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse. In diesem Kampf wird der Arbeiter lernen, zwischen Freund und Feind zu unterscheiden; sein politisches und sein Klassenbewußtsein wird sich entwickeln; das Vertrauen in seine eigene Kraft wird wachsen; er wird lernen, seinen Platz in den vordersten Reihen des Kampfes für nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Frieden gestärkter und erfolgreicher einzunehmen; er wird für seine Aufgabe als Führer in antiimperialistischen Volksfront für die Verwirklichung des revolutionären Ziels der Errichtung der Herrschaft der Volksdemokratie in Israel reifen.

20. Auf dem 11. Kongreß unserer Partei 1949 wurde das Programm des Kampfes für die Errichtung einer Volksfront und einer Volksregierung angenommen. Dieses Programm hat uns geholfen, den Kampf der Massen für Brot, Unabhängigkeit und Frieden vorwärts zu bringen, den Einfluß der Partei unter den ausgebeuteten Massen zu erhöhen und deren politische Bewußtheit und Aktivität zu erhöhen.

Die Grundsätze dieses Programms waren und sind bis zum heutigen Tage richtig und bilden somit die Basis für unser jetziges Programm. Der Schwachpunkt des auf dem 11. Kongreß angenommenen Programms war, daß wir nicht vollständig den Weg zu seiner Realisierung aufgezeigt haben. Wir haben nicht die unbedingt notwendige Verbindung zwischen der Verwirklichung des Programms durch eine Volksregierung und der Volksfront auf der einen Seite und der grundlegenden Veränderung des Staatsregimes auf der anderen Seite gesehen. Wir betrachteten die Volksregierung und die Volksfront als eine Art Übergangsregime zwischen

dem gegenwärtigen Regime, welche eine Diktatur der Bourgeoisie ist, und der ersten Stufe der Herrschaft der Volksdemokratie, die wir in unserem jetzigen Programm anstreben und welche den einzigen Weg darstellt, eine grundlegende Umwälzung der politischen und ökonomischen Situation in unserem Land herbeizuführen. Die tiefere Klärung des Charakters und der Tendenzen der Politik der Ben-Gurion-Regierung, die Verschärfung des Klassenkampfes in der Periode zwischen dem 11. und dem 12. Kongreß und das systematische Studium der marxistisch-leninistischen Theorie betreffend die verschiedenen Formen und Mittel des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus entsprechend den historischen und konkreten Bedingungen in den verschiedenen Ländern halfen uns, die Schwäche des auf dem 11. Kongreß der Kommunistischen Partei Israels angenommenen Programms zu überwinden.

21. Die erforderlichen Bedingungen für die Durchsetzung dieses Programms und für seinen sicheren Sieg sind:

a. Die radikalen Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen dem Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus unter der Führung der Sowjetunion und dem imperialistischen antidemokratischen Kriegslager angeführt von den USA zugunsten des ersteren, die historischen Siege der Sowjetunion über den Faschismus und die gigantischen Errungenschaften von welthistorischer Bedeutung beim Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg; der historische Sieg der Volksrevolution in China; die Errichtung und die Erfolge der Volksdemokratien in Europa, die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, die Errichtung der Volksrepubliken in Korea und Vietnam; die Stärkung der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere in Frankreich und Italien unter der Führung der Kommunistischen Parteien.

b. Die Verstärkung des Kampfes der kolonialen und abhängigen Völker gegen den Imperialismus in Asien und Afrika; das Wachstum des nationalen Befreiungskampfes und des Friedenskampfes im Nahen Osten.

c. Die Stärkung der Weltfriedensbewegung;

d. Die Veränderungen der Lage in Israel und die Erfahrungen, welche die Massen in ihrem Kampf gegen die heftigen Attacken der Regierung gegen ihre Interessen, die ein Resultat der Vorherrschaft des US-Imperialismus und der Verwandlung Israels in eine amerikanische Kriegsbasis sind, gemacht haben.

22. Dieses Programm ist vorrangig ein Programm, welches die Forderungen einer bürgerlich-demokratischen Revolution unter den neuen internationalen Bedingungen enthält. Das Programm geht über den Rahmen einer bürgerlich-demokratischen Revolution im üblichen Sinne hinaus, da die führende Kraft dieser Revolution die Arbeiterklasse sein wird und ihre Spitze gegen den Imperialismus und jene israelischen Kreise gerichtet sein wird, welche die soziale und politische Stütze des Imperialismus bilden.

Dies ist kein Programm für die fernere Zukunft, sondern ein Programm für den Tageskampf im Lichte eines

klar definierten Ziels. Nicht allein die momentanen Bedingungen sind die Triebkraft im Kampf für den Sieg dieses Programms, sondern auch das, was sich noch entwickelt und notwendig entwickeln werden wird - in Israel, im Mittlern Osten und auf der ganzen Welt.

Wir gehen von den marxistisch-leninistischen Standpunkten aus, betreffend die unvermeidliche Niederlage des Imperialismus, betreffend die revolutionäre und führende Aufgabe der Arbeiterklasse in ihrer marxistisch-leninistischen Partei bei der Beschleunigung dieser Niederlage, betreffend die dynamische Entwicklung der revolutionären Kräfte der Völker in der Welt, im Nahen Osten und in Israel, welche das Fortschreiten der nationalen und sozialen Befreiung des Volkes in Israel beschleunigen wird.

Das Problem liegt in der Notwendigkeit der Gewinnung der Mehrheit des Volkes für dieses Programm - der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauernschaft und aller Teile des Volkes, welche an seiner Verwirklichung interessiert sind; der Punkt ist die Mobilisierung des Volkes gegen den Imperialismus, gegen die Kriegsvor-

## Das Programm

### I. Das Staatsregime

Das gegenwärtige Regime in Israel ist eine "bürgerliche" "Demokratie", welche den Prozeß der Faschisierung durchmacht, ein volksfeindliches Regime, gesteuert von den amerikanischen Monopolkapitalisten und ihren Agenten in Israel, der Großbourgeoisie und der Mapai-Führung. Dies ist ein Regime, das den nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Volksmassen zuwider läuft und welches sich den Interessen der aggressiven Strategie des US-Imperialismus in Israel und im Mittlern Osten verschrieben hat.

Die Kommunistische Partei Israels stellt dem Volk die Prinzipien der Herrschaft der Volksdemokratie in unserem Staat vor, die von der antiimperialistischen Front erfüllt werden sollen:

1. Das Regime der Staates der Volksdemokratie basiert auf Souveränität des Volkes, der Konzentration der Macht in den Händen des Volkes. Die oberste Autorität im Staat wird von den Vertretern des Volkes ausgeübt, die vom Volk gewählt sind und die gesetzgebende Versammlung des Staates bilden - die Volksknesset Israels.
2. Der Präsident des Staates wird von der Volksknesset gewählt.
3. Abschaffung aller britischen und israelischen Notstandserlasse. Abschaffung jeglicher Diskriminierung aufgrund der Nationalität, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe oder des Geschlechts. Abschaffung der Militärherrschaft in den arabischen Distrikten.
4. Inkraftsetzung einer demokratischen und weltlichen Verfassung. Trennung von Religion und Staat.
5. Allgemeines, passives und aktives, gleiches und direktes Wahlrecht zur Knesset, lokale und distriktweite Ratswahlen für alle Einwohner, welche das 18. Le-

bereitungen, gegen die Einbeziehung Israels in den antisowjetischen Block und gegen die herrschende Minderheit in Israel, gegen die Diktatur der Großbourgeoisie und des ausländischen Monopolkapitals.

Jeder Kampf, jede Aktion muß auf diesem Programm basieren und zu ihm in Beziehung stehen. Jeder Kampf, jede Aktion muß auf das Ziel ausgerichtet sein, das in diesem Programm aufgezeigt wird, nämlich die Schaffung einer antimperialistischen Volksfront. Es muß gerichtet sein auf ein volksdemokratisches Israel, auf eine Regierung der nationalen Unabhängigkeit und des Friedens, eine Regierung der Werktätigen.

Die Kommunistische Partei Israels stellt dieses Programm der Arbeiterklasse und den Volksmassen vor und zeigt die Linie des Kampfes auf - ein Programm, das für die Verwirklichung einer volksdemokratischen Regierung bestimmt ist.

bensjahr vollendet haben, ungeachtet der Nationalität, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe oder und des Geschlechts. Geheime Wahlen. Vertretung der politischen Parteien bei allen Wahlen auf der Grundlage des Verhältniswahlrechts.

6. Recht auf Arbeit und Erholung für alle Bürger; individuelle Freiheit; freie Wahl des Aufenthalts und Bewegungsfreiheit; Freiheit des Gewissens, des Rede, der Presse, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, Freiheit der Organisation und Streikrecht; Freiheit der Religionsausübung, Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit von der Regierung; Wahl der Richter durch das Volk.

7. Gleiche Rechte für alle Bürger, ungeachtet ihrer Nationalität, Religion, Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe oder ihres Geschlechtes; Recht auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit ungeachtet der Nationalität, der Religion, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, des Geschlechts und des Alters; Gleichberechtigung der hebräischen und der arabischen Sprache.

8. Festsetzung einer progressiven Einkommenssteuer zahlbar an die Zentralbehörde und an die lokalen Räte; maximale Steuererleichterungen für die Arbeiter, die werktätige Bauernschaft, die Handwerker, die werktätige Intelligenz und die Kleinproduzenten.

9. Schulpflicht und Ausbildung auf Staatskosten für alle Kinder bis zum 16. Lebensjahr, ungeachtet der Nationalität und des Geschlechts; staatliche Unterstützung für kulturelle, wissenschaftliche und künstlerische Einrichtungen.

10. Ersetzung der Polizei durch eine Volksmiliz. Abschaffung der regulären Armee und Schaffung einer Volksarmee für die Verteidigung der Sicherheit Israels. Grundlage der Armee ist die allgemeine Dienstpflicht, von der nur Mädchen ausgenommen sind. Beschrän-

kung der Militärdienstzeit auf ein Jahr; Soldaten haben das Recht, am politischen und öffentlichen Leben teilzunehmen.

11. Kostenlose Gesundheitsversorgung für alle Einwohner; spezielle Fürsorge für Mütter und Babys; Organisation des Baus von Wohnungen für die Obdachlosen - in erster Linie für jene, die in Zelten, Leinwandhütten, Wellblech- und Lehmhütten leben. Nationale Alters-, Gesundheits-, Invaliden-, Arbeitsunfall-, Arbeitsunfähigkeits-, Unfall- und Sterbeversicherung; die Regierung wird den Kriegsoptionen, den invaliden Soldaten des Unabhängigkeitskrieges, den Waisen und den Familien der im Krieg getöteten Soldaten, spezielle Fürsorge angedeihen lassen.

## II. Außenpolitik

Die Außenpolitik Israels wird auf der Unterstützung für den Frieden in der Welt und im Nahen Osten gegründet sein, auf der Unterstützung der Rechte der Völker auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit. Sie wird eine Politik der normalen Beziehungen mit allen Staaten auf der Basis der Gleichheit und der gegenseitigen Anerkennung der nationalen Souveränität, eine Politik der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit den friedliebenden Nationen geführt von der Sowjetunion sein. Solch eine Politik drückt den Wunsch der überwältigenden Mehrheit des Volkes aus. Dies wird seinen klaren Ausdruck finden in der massenhaften Unterzeichnung des Appells für ein Friedensabkommen zwischen den fünf Großmächten und gegen die Wiederbelebung der Nazi-Armee. 400.000 Unterschriften wurden gesammelt, das entspricht über 43 % der erwachsenen Bevölkerung in Israel, trotz Verleumdung und Terror von Seiten der reaktionären Parteien.

1. Beendigung der Unterstützung der Kriegspolitik des aggressiven amerikanisch-britischen imperialistischen Blocks. Entschiedener Widerstand gegen die Einbeziehung Israels in einen aggressiven Block des Nahen Ostens oder in ein anderes Instrument der aggressiven antisowjetischen Allianz.

2. Außerkraftsetzung aller offen und geheimen Verträge und Verpflichtungen, die Israel an die Pläne der US-Kriegstreiber ketten, des "Kredit"-Vertrages, des Paktes über "Freundschaft, Handel und Schifffahrt", der Vereinbarung im Rahmen von Trumans "Vier Punkte"-Programm, des Beistandsvertrages entsprechend dem US-"Gesetz zur gegenseitigen Sicherheit" etc.; Annullierung aller militärischen Verpflichtungen, welche von der Ben-Gurion-Regierung gegenüber der US-Regierung eingegangen wurden. Entfernung aller US-Offiziere und Oberaufseher aus der Armee, der Luftwaffe und der Marine Israels. Entfernung aller "Experten", "Berater" und anderer Vertreter der US-Regierung, welche als Oberaufseher in den verschiedenen Ministerien der israelischen Regierung arbeiten.

3. Unterstützung der Grundsätze des Potsdamer Ab-

kommens für die Verteidigung des Friedens in der Welt. Widerstand gegen die Wiederbelebung des deutschen und japanischen Militarismus, für die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit einem vereinigten, demokratischen und friedliebenden Deutschland und ebenso mit Japan auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den fünf Großmächten; Bestrafung der Kriegsverbrecher.

4. Unterstützung für die Friedensvorschläge der Sowjetunion für das unbedingte Verbot von nuklearen, bakteriologischen und allen anderen Massenvernichtungswaffen; für schrittweise Abrüstung und für einen Fünf-Mächte-Friedenspakt.

5. Verbot jeder Kriegspropaganda als Verbrechen.

6. Frieden mit den Nachbarstaaten, gegründet auf der gegenseitigen Anerkennung der nationalen Souveränität, Verzicht auf territoriale Annexionen und Anerkennung der Rechte der arabischen Bevölkerung in Palästina auf Schaffung seines unabhängigen demokratischen Staates; Recht der arabischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihr Land.

## III. Politische und ökonomische Unabhängigkeit

Der Staat Israel ist politisch und ökonomisch vom US-Imperialismus versklavt. Vertreter der US-Regierung kontrollieren und diktieren der Regierung die Außen-, die Innen-, die Wirtschafts- und die Außenhandelspolitik

Diese Lage der Dinge macht die Möglichkeiten einer ökonomischen Planung, der Industrialisierung des Landes, der Entwicklung der Landwirtschaft und der Nutzbarmachung der nationalen Ressourcen zum Nutzen des Volkes zunichte.

Aus Israel kann nur ein souveräner und unabhängiger Staat werden, in dem die Bedingungen für ökonomische Entwicklung und Wachstum sichergestellt sind, wenn es von der Abhängigkeit vom US-Imperialismus durch die Beseitigung der Vorherrschaft des ausländischen Kapitals in unserer Wirtschaft befreit wird; dafür ist es notwendig, die folgenden Schritte zur Sicherung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit Israels zu unternehmen:

1. Nationalisierung aller ausländischen Konzessionen (die Elektrizitäts-Gesellschaft, die Kali-Gesellschaft, Ölraffinerien, Öl-, Kupfer-, Mangankonzessionen usw.), Nationalisierung aller Minen und Wasserressourcen, Nationalisierung aller jener Unternehmen und Banken, Versicherungen, Handelsgesellschaften, Schifffahrts-, Flug- und Straßentransportgesellschaften, Plantagen und Grundbesitztümer, welche sich in den Händen des ausländischen Monopolkapitals befinden, sei es direkt oder über israelische Tarngesellschaften.

2. Konzentration von Import und Export in der Hand einer einzigen Regierungsbehörde.

3. Entwicklung von Handelsbeziehungen und wirtschaftlichen Verbindungen mit allen Ländern auf der Basis des gegenseitigen Nutzens und der Gleichheit, besonders mit den friedliebenden Staaten, der Sowjet-



union und den Ländern ... (eine Zeile unleserlich) und wird es der Volksdemokratie ermöglichen, alle Zweige der nationalen Wirtschaft zu entwickeln.

#### **IV. Probleme der Industrie und der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse**

Die patriotische Haltung gegenüber dem Problem der Förderung der industriellen Entwicklung und die Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards für die Arbeiter erfordert folgendes:

1. Schutz der israelischen Industrie gegen ausländischen Wettbewerb.
2. Entwicklung der Grundstoffindustrien durch die Nutzbarmachung der in unserem Land vorhandenen Rohstoffe (Öl, Kupfer, Eisen, Erze, Phosphat, Kali etc.). Beschaffung von Rohstoffen und Ausrüstung, welche für die Industrialisierung unseres Landes benötigt werden, durch Handel auf Verrechnungsbasis mit der Sowjetunion, der Volksrepublik China und den Ländern der Volksdemokratie sowie mit allen anderen Ländern, die bereit sind, unter Bedingungen Handel zu treiben, welche für die Entwicklung unserer nationalen Industrie günstig sind, auf der Basis der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens.
3. Beschaffung billiger langfristiger Kredite, um die Industrialisierung Israels zu unterstützen.
4. Kontrolle von Gewinnen und Güter- und Warenpreisen.
5. Grundlegende Verbesserung der Bedingungen für die Arbeiter und alle ausgebeuteten Massen und Hebung ihres Lebensstandards. Spezielle Fürsorge für Schwerarbeiter und Beschäftigte in gesundheitsschädlichen Jobs. Garantie eines Mindestlohns für einen Acht-Stunden-Tag bei 40 Stunden Maximalarbeitszeit pro Woche. Tarifverträge. Besonderer Schutz für werktätige Frauen und Jugendliche.
6. Allgemeine staatliche Arbeitsvermittlung für alle Arbeiter ungeachtet ihrer Nationalität in Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsverband.
7. Einheitsgewerkschaft für alle Arbeiter ungeachtet der Nationalität angegliedert an den Weltgewerkschaftsverband.
8. Unterstützung für Handwerker und kleine und mittelgroße Betriebe durch Versorgung mit Rohstoffen, Ersatzteilen und Werkzeugen.

#### **V. Probleme der Landwirtschaft**

Die Abhängigkeit vom Import von Vorräten und Ausrüstung für die Landwirtschaft von der US-Kriegswirtschaft ist entscheidend für die gegenwärtige Lage, da das meiste bebaubare Land brachliegt, der größte Teil des landwirtschaftlichen Bedarfs von außerhalb gedeckt werden muß und es einen ernsthaften Mangel bei den meisten Grundnahrungsmitteln gibt.

Die Zerstörung der Landwirtschaft der arabischen Bevölkerung, welche die meisten landwirtschaftlichen Produkte für unserer Land geliefert hat, infolge des Krieges von 1948; die von der Regierung verursachte

weitere Verschärfung der Ineffektivität der bestehenden arabischen Landwirtschaft und die Verhinderung der Kultivierung von Böden durch Fellachen, denen ihr Land geraubt wurde, das Fehlschlagen der jüngsten Siedlungskampagne, die gestartet wurde, ohne die notwendigsten Vorbedingungen für einen Erfolg sicherzustellen; die Preispolitik und die Streichung von Subventionen für landwirtschaftliche Produkte; die diskriminierende Kreditpolitik und die hohen Vermittlungsgebühren, die hohen Schulden und Zinsen; das Verkommenlassen der meisten Zitrus- und Olivenpflanzungen - all dies kennzeichnet die völlige Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Entwicklung durch die Regierung. In den Distrikten der arabischen Dörfer herrschen ruinöse Pachtbedingungen aufgrund der räuberischen Pachtzinsforderungen und brutale Ausbeutung durch die Verwalter der "abwesenden Eigentümer" und durch Monopolaufkäufer vor.

Die Landwirtschaft der jüdischen Bevölkerung steckt in schweren Schulden, die den Wert ihres gesamten Inventars übersteigen. Kredite mit kurzer Laufzeit und hohen Zinsen beschränken den Fortschritt der Landwirtschaft. Der überwiegende Teil des Landes gehört nicht denen, die es bebauen, ... (eine oder mehrere Zeilen unleserlich) hängen von "nationalen" Gesellschaften ab, die - nicht zufällig - bis zum heutigen Tage in Großbritannien registriert sind.

Anstatt die Ländereien der "nationalen" Gesellschaften staatlicherseits zur weiteren Verwendung zu übernehmen, überführt die Regierung Land in großem Umfang an die "Keren Kayemet", eine Gesellschaft, die von der City und der Wall Street abhängig ist. Während "Keren Kayemet Leisrael" vor der Staatsgründung ungefähr 1 Million Dunam Land besaß, besitzt sie nun 3 Millionen (von 8,5 Millionen Dunam bebaubaren Landes in Israel) als Ergebnis der Landübertragung durch die Regierung an Keren Kayemet während der letzten zweieinhalb Jahre.

Heute wie in der Vergangenheit verpachten diese "nationalen" Gesellschaften zu günstigsten Bedingungen und ohne öffentliche Kontrolle umfangreiche öffentliche Ländereien an ausländische und einheimische Großkapitalisten (in der Bucht von Haifa, in Industrie-Regionen usw.)

Die Lösung der Bodenfrage und der landwirtschaftlichen Fragen in Israel ist im Interesse der Bauern und der gesamten israelischen Wirtschaft dringend erforderlich und zwar auf folgender Linie:

1. Enteignung des Grundbesitzes der "Keren Kayemet", der "Pica" und der anderen Gesellschaften sowie der Großgrundbesitzer; Konzentration dieses Landes in der Hand einer staatlichen Behörde zusammen mit dem sich in Staatseigentum befindlichen Land.
2. Verteilung des Landes an diejenigen, die es bebauen und die kein oder Land in ungenügendem Umfang besitzen, ohne Pachtzins und in einem Umfang, der es dem Bauern und seiner Familie ermöglicht, angemessen zu leben. Unterstützung von kooperativen landwirtschaftlichen Betrieben.
3. Annullierung der Schulden der Fellachen bei Geld-

verleihen und Banken. Annullierung der Schulden der Bauern bei "Keren Kayemet", "Keren Hayessod" und bei Banken. Garantie von langfristigen Krediten zu niedrigen Zinsen für alle Bauern, die solche zur Ausrüstung und Entwicklung ihrer Farmen benötigen. Staatliche Bereitstellung von Wasserversorgung, Wohngebäuden, Unterstützung für den Aufbau der Farmen, Bewässerungsleitungen, landwirtschaftlichen Geräten, Samen, Dünger und Insektiziden, technischer Hilfe und von Transportmöglichkeiten.

4. Staatliche Unterstützung der Landwirtschaft zur Aufrechterhaltung angemessener Erzeugerpreise und niedriger Verbraucherpreise.

5. Mechanisierung der Landwirtschaft und des Zitrusfrüchteeinbaus und Entwicklung landwirtschaftlicher Nebenprodukte.

## **VI. Die Frage der arabischen Bevölkerung und der jüdisch-arabischen Beziehungen**

Die Ben-Gurion-Regierung hält ein Regime brutaler nationaler Unterdrückung der arabischen Bevölkerung aufrecht. 140.000 der 174.000 arabischen Einwohner leben in Sonderdistrikten unter militärischer Verwaltung. Den arabischen Einwohnern werden die Bewegungsfreiheit, das Recht auf Freizügigkeit, die Organisationsfreiheit und die individuellen Freiheitsrechte vorenthalten.

Große Teile des den Fellachen gehörenden Landes stehen unter militärischer Herrschaft. Das rassistische "Staatsbürgerschaftsgesetz" verweigert den meisten arabischen Einwohnern die Staatsbürgerschaft und hält sie in der beständigen Gefahr, aus ihrem Heimatland ausgewiesen zu werden. Das Regime der Unterdrückung, das gegenüber der arabischen Bevölkerung ausgeübt wird, das Einpfarren von Zehntausenden von Menschen in Ghettos ohne Arbeit, Diskriminierung der arabischen Einwohner in allen Lebensbereichen kennzeichnen die chauvinistische Politik der Regierung, welche dem Imperialismus hilft, Feindschaft zwischen Juden und Arabern im Nahen Osten zu schüren.

Die Beziehungen zwischen Juden und Arabern in Palästina und im Nahen Osten werden seit dem Ersten Weltkrieg von der reaktionären Triade untergraben. Britischer Imperialismus, zionistische Führung und die arabischen feudal-bourgeois herrschenden Kreise ... (eine oder mehrere Zeilen unleserlich) Juden und Araber geführt von der Kommunistischen Partei, kämpften gegen diese imperialistische Politik und für Verständnis und Zusammenarbeit zwischen Juden und Arabern, für Solidarität der jüdischen und arabischen ausgebeuteten Massen in ihrem Kampf gegen den Imperialismus - für die Unabhängigkeit des Landes.

Auch heute, unter neuen Umständen, fahren der amerikanische Imperialismus und die herrschenden Kreise in Israel und in den arabischen Ländern fort, die Feindschaft zwischen Juden und Arabern zu schüren, gegenseitiges Mißtrauen zu säen und auf diese Weise den Boden für die Anbindung der Länder des Nahen Ostens an den aggressiven antisowjetischen Block zu bereiten. Auf der anderen Seite kämpfen die demokratischen,

antiimperialistischen Kräfte, die Kräfte des Friedens und der nationalen Befreiung geführt von den Kommunistischen Parteien gegen die imperialistische Politik des "Teile und herrsche" und gegen die Aufstachelung des Hasses zwischen den Völkern. Sie kämpfen für die Freundschaft der Völker, für die jüdisch-arabische Solidarität, für den Erfolg des Kampfes der Völker des Nahen Ostens um Frieden und nationale Unabhängigkeit, für den Abzug der ausländischen Armeen und gegen die aggressiven Pläne des Imperialismus. Die Voraussetzung für den Erfolg dieses Kampfes ist der Kampf - bis zum Ende - gegen die proimperialistischen herrschenden Kreise, gegen die politischen "nationalen" Stützen des Imperialismus.

Gegen den bürgerlichen Nationalismus und den Haß zwischen den Völkern hält die Kommunistische Partei Israels den proletarischen Internationalismus hoch, die Idee der internationalen Solidarität zwischen den jüdischen und arabischen ausgebeuteten Massen. Die Kommunistische Partei Israels unterbreitet ihre Vorschläge für die Lösung der Probleme der Beziehungen zwischen den der jüdischen und der arabischen Bevölkerung in enger Verbindung mit der Entwicklung in der Welt und im Nahen Osten. Die allgemeine Tendenz dieser Entwicklung führt unvermeidlich zum Sturz des Imperialismus und zur nationalen und sozialen Befreiung der Völker.

Anerkennung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung - dies ist die einzige Basis für die Lösung der nationalen Frage und der Beziehungen zwischen den Völkern - deshalb unterstützen wir das Recht auf Selbstbestimmung für die arabische Bevölkerung in Palästina und die Errichtung eines unabhängigen arabischen Staates und die Rückkehr der arabischen Flüchtlinge in ihr Heimatland.

Die wirklichen Interessen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung, das allgemeine Interesse am Sieg über den Imperialismus und seine einheimischen Stützen, die Interessen der internationalen Solidarität zwischen den jüdischen und arabischen ausgebeuteten Massen, wie sie gegenüber dem Imperialismus und seinen Agenten erforderlich sind, und nicht vorübergehende Umstände sind die Leitlinie für eine demokratische Politik.

Die Interessen des antiimperialistischen Kampfes für Frieden und nationale Unabhängigkeit machen es notwendig, jedem Versuch entgegenzutreten, heute die Frage der Grenzen zu stellen, und sich allen Versuchen zur Veränderung der Grenzen und der Eroberung von Gebieten mit großen oder "kleinen" Kriegen zu widersetzen. Diese Interessen machen es notwendig, daß die internationale Einheit zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern geschaffen wird, und erfordern den verstärkten Kampf gegen die ME "Kommando"-Pläne, für die Unabhängigkeit Israels und für Frieden. Die Interessen der Sicherheit und der Zukunft Israels machen es erforderlich, einen hartnäckigen und unerschrockenen Kampf für die Beseitigung der nationalen



Unterdrückung der arabischen Einwohner in unserem Land zu führen. Dies ist nicht eine innere, nur die jüdischen und arabischen Einwohner von Israel allein betreffende Frage. Diese Unterdrückung hat einen direkten Bezug zu den jüdisch-arabischen Beziehungen in der gesamten Region und hilft der imperialistischen Politik des "Teile und herrsche" und der jüdischen wie der arabischen Reaktion.

Es ist die patriotische Pflicht aller, die für ein unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Israel kämpfen, von allen, denen an der Sicherheit unseres Staates und seiner glücklichen Zukunft gelegen ist, sich im Kampf für die Beseitigung der nationalen Unterdrückung der arabischen Bevölkerung, für die Freundschaft zwischen dem jüdischen Volk und den arabischen Völkern zu vereinigen.

Ausgehend von diesen Voraussetzungen erheben wir die folgenden Forderungen:

1. Anerkennung und Unterstützung für das Recht der arabischen Volkes von Palästina auf Selbstbestimmung und einen eigenen unabhängigen Staat.
2. Das Recht der arabischen Flüchtlinge, in ihr Heimatland zurückzukehren und wieder eingegliedert zu werden.
3. Abschaffung aller Formen der nationalen Diskriminierung in Israel; Abschaffung der Militärherrschaft in den arabischen Distrikten; Einrichtung demokratisch gewählter lokaler und Distrikträte. Gleiche Rechte für Araber in allen Lebensbereichen, politisch, ökonomisch und sozial. Gleiche Rechte für die arabische Sprache. Die in Israel lebenden Araber erhalten Land und Eigentum zurück, das ihnen unter dem Vorwand vorenthalten wurde, daß sie angeblich abwesend wären.

## VII. Probleme der Immigration und ihrer Eingliederung

Das Problem der Eingliederung neuer Immigranten in das wirtschaftliche und soziale Leben Israels ist untrennbar verknüpft mit dem allgemeinen Problem der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und seiner politischen und ökonomischen Unabhängigkeit. Die enormen Ausgaben für die Kriegsvorbereitung auf Anordnung der USA haben sowohl das Fehlschlagen der wirtschaftlichen Entwicklung als auch der Eingliederung neuer Immigranten verursacht. Es ist die patriotische Pflicht aller demokratischen Kräfte in Israel, die Regierung dafür zu brandmarken, daß sie das Problem der Immigration zur antisowjetischen Hetze mißbraucht, und gegen die völlige Vernachlässigung der Immigranten sowie für Wohnungen, Arbeit und Brot für die Immigranten zu kämpfen.

Wie im Falle anderer grundlegender Probleme des Volkes kann auch diese Frage nicht gelöst werden, ohne für die Ersetzung der Regierung der bourgeoisen Mapai-Partei durch eine volksdemokratische Regierung zu kämpfen, ohne die Massen der neuen Immigranten selbst für diesen Kampf und für eine breite Volksfront zu mobilisieren.

Die Herrschaft der Volksdemokratie wird einen breiten Weg für die Nutzbarmachung aller Entwicklungsmöglichkeiten des Staates zur Sicherung eines blühenden Lebens für die Volksmassen einschließlich der Immigranten eröffnen.

Die antiimperialistische Volksfront wird in dieser Beziehung wie folgt handeln:

1. Der Staat Israel wird offen für Immigration sein.
2. Der Staat wird für die Eingliederung der Immigranten Sorge tragen, indem er Beschäftigung, Wohnungen und öffentliche Versorgung sicherstellt.

Die Kommunistische Partei Israels legt dieses Programm den Massen des Volkes als die einzig realistische und beste Alternative zur Regierung der bourgeoisen Mapai-Partei und zum reaktionären politischen Regime in Israel vor. Der Weg zum Sieg über die gegenwärtige Regierung oder jede andere ähnliche Kombination von reaktionären proamerikanischen Kräften ist der Weg der Schaffung einer breiten antiimperialistischen Volksfront der Arbeiter, der werktätigen Bauern, der werktätigen Intelligenz, der Handwerker, der Mittelschichten und von Teilen der industriellen Bourgeoisie, eine Front, in der die Arbeiterklasse und ihre Kommunistische Partei die führende Kraft sein werden. Eine Front, welche eine volksdemokratische Regierung und die Herrschaft der Volksdemokratie errichten wird, welche verlässlich das vorliegende Programm verwirklichen wird, das im besten Interesse der überwältigenden Mehrheit des Volkes ist. Die Massen des Volkes in Israel werden fähig sein, das vorliegende Programm zu verwirklichen, wenn sie ihre Reihen schließen und einen systematischen unermüdlichen Kampf gegen die ausländischen und einheimischen Feinde des Volkes und des Staates beginnen und sich dabei auf die Freundschaft des mächtigen Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus stützen, das von der Sowjetunion angeführt wird, und wenn sie in diesem Kampf mit der internationalen Arbeiterbewegung und den antiimperialistischen nationalen Befreiungsbewegungen zusammenarbeiten. Die Kommunistische Partei Israels wird geführt von den siegreichen Lehren von Marx-Engels-Lenin-Stalin, welche den Weg aus der gegenwärtigen Sackgasse und den Weg zu einem unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Israel zeigen.

(Eigene Übersetzung aus dem Englischen; Quelle unbekannt.)

in den faschistischen und faschisierten Ländern Mittel- und Westeuropas die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung zunahm. Vom Mai 1948, also seit der Gründung des israelischen Staates, bis zum Juni 1951 sind in Israel etwa 650 000 Juden eingewandert. Viele Neuankommene können dort keine Arbeit finden; sie werden in Zeitlagern und Notbaracken untergebracht, wo sie ein elendes Leben führen.

Eine sprachliche Einheit fehlt der jüdischen Bevölkerung. Die Amtssprache ist das althebräische Iwrit, das nur ein geringer Teil der Juden beherrscht. Die jüdischen Einwanderer sprechen die Sprache des Landes, aus dem sie ausgewandert sind. In Israel wohnen auch Araber, deren Sprache das Arabische ist.

Unter der jüdischen Bevölkerung ist die jüdische Religion verbreitet, unter den Arabern der Islam und, in geringem Maße, auch das Christentum.

Während der Kriegshandlungen in Palästina, die von den amerikanischen und englischen Imperialisten provoziert worden waren (Mai 1948), flüchtete der überwiegende Teil der Araber aus dem jetzt von den israelischen Behörden kontrollierten Gebiet.

Die Araber in Israel treiben vor allem Ackerbau; die im Süden von Israel (Negeb) lebenden arabischen Beduinen sind nomadisierende Viehzüchter. Die werktätigen Araber erhalten für gleiche Leistung einen geringeren Lohn als die jüdischen Arbeiter. Häufig können Araber in Betrieben, die jüdischen Kapitalisten gehören, überhaupt keine Arbeit finden.

#### IV. ÖKONOMISCH-GEOGRAPHISCHER ABRIS

Allgemeine Charakteristik. Israel ist ein ökonomisch rückständiges Land, dessen Wirtschaft deutlich ausgeprägte koloniale Züge zeigt. Die Vorherrschaft üben in Israel die amerikanischen und englischen kapitalistischen Monopolverbände aus, die sich mit der zionistischen Großbourgeoisie verbündet haben. Anfang 1951

*Der nachfolgende Artikel aus der „Großen Sowjet-Enzyklopädie“ aus dem Jahr 1952 über Israel ist geringfügig gekürzt um die Abschnitte über Klima und Vegetation etc.*

### GROSSE SOWJET-ENZYKLOPÄDIE

REIHE LÄNDER DER ERDE

## ISRAEL

### I. ALLGEMEINES

Israel, ein Staat in Vorderasien, liegt an der Südostküste des Mittelmeers. Der Staat Israel entstand im Mai 1948 auf einem Teil des Territoriums von Palästina. Innerhalb der durch einen Beschluß der UN vom 29. November 1947 festgelegten Grenzen nimmt Israel eine Fläche von 14000 km<sup>2</sup> ein; tatsächlich kontrolliert die israelische Regierung ein Gebiet von 20700 km<sup>2</sup>. Die Bevölkerung zählt 1516000 Menschen (1951), von denen 1346000 Juden, die übrigen Araber oder Angehörige anderer Nationalitäten sind. Die Regierung Israels hat ihren Sitz in Tel Aviv...

### III. BEVÖLKERUNG

Den größten Teil der Bevölkerung Israels bilden die Juden, die zum überwiegenden Teil eingewandert sind. Von 1919 bis 1947 sind in das Land 439000 Juden eingewandert, davon 268000 in der Zeit von 1933 bis 1945, als

schätzte man den Gesamtbetrag der englischen Kapitalinvestitionen in Israel auf 24,3 Mill. Pfd. Sterling (davon 16,6 Mill. in der Industrie und 6,5 Mill. im Bankwesen). Die USA-Monopolverbände drängen die englischen Firmen immer mehr zurück und kontrollieren jetzt fast alle Zweige der israelischen Wirtschaft: den Bergbau, die verarbeitende Industrie, den Wohnungsbau, die Banken usw. Die amerikanischen Investitionen, die im Jahre 1947 mit 150 Mill. Dollar beziffert wurden, erhöhten sich in der Folgezeit noch bedeutend. In den Jahren von 1949 bis 1951 gewährten die USA Israel unter drückenden Bedingungen Anleihen und Kredite im Gesamtbetrag von 185 Mill. Dollar. Das Anfang 1951 von der israelischen Regierung unterzeichnete Abkommen über die Gewährung amerikanischer „Hilfe“ auf Grund des berüchtigten amerikanischen Punkt-4-Programms, einer sogenannten „technischen Hilfe für unentwickelte Gebiete“, eröffnet den Monopolverbänden der USA weitgehende Möglichkeiten zur Unterjochung Israels. Man zählt Zehntausende von Arbeitslosen. Der Arbeitslohn sinkt katastrophal. Im Jahre 1951 kam es zu zahlreichen Arbeitslosendemonstrationen in Haifa, Tabaria (Tiberias) und anderen Orten. . .

#### V. HISTORISCHER ABRISS

Als nach Beendigung des zweiten Weltkrieges sich die Krise des Kolonialsystems weiter verschärft hatte und die englische Politik in dem seit 1920 unter englischer Mandatsverwaltung gestellten Palästina scheiterte und andererseits auch der von den USA unterstützten Forderung der jüdischen bürgerlichen Nationalisten nach Schaffung eines jüdischen bürgerlichen Staates Rechnung zu tragen war, mußte sich die englische Regierung im Jahre 1947 damit einverstanden erklären, daß die Palästinafrage der UN zur Entscheidung vorgelegt werde. Hierbei rechnete die englische Regierung damit, daß die UN die Vollmachten Englands für die Verwaltung Palä-

stinas bestätigen und verlängern werde.

Bei der Behandlung der Palästinafrage vor der UN im Jahre 1947 wandte sich die Sowjetunion, getreu ihrem Prinzip, für den Schutz der unterdrückten Völker in der ganzen Welt einzutreten, gegen jede koloniale Unterdrückung in Palästina und setzte sich konsequent für das Recht der jüdischen und arabischen Bevölkerung Palästinas ein, in einem unabhängigen Staat zu leben. Die Delegation der Sowjetunion schlug vor, das britische Mandat über Palästina aufzuheben und in Palästina einen von zwei Nationalitäten bewohnten arabisch-jüdischen demokratischen Staat zu schaffen. Wenn sich dies als unmöglich erweisen würde (angesichts der von den Imperialisten verursachten künstlichen Verschärfung der Beziehungen zwischen Juden und Arabern), sollte einem weiteren sowjetischen Vorschlag zufolge Palästina in zwei unabhängige Staaten, einen arabischen und einen jüdischen, aufgeteilt werden. Der zweite Vorschlag wurde von der Generalversammlung der UN angenommen, die am 29. November 1947 eine Entschliebung annahm, wonach das englische Mandat über Palästina aufgehoben wurde.

Dieser Entschliebung entsprechend wurde im Mai 1948 auf einem Teil des Territoriums von Palästina der Staat Israel gebildet. Israel war aber nicht der demokratische und unabhängige Staat, dessen Bildung die sowjetische Delegation auf der Generalversammlung der UN vorgeschlagen hatte. Im israelischen Staat kamen jüdische bürgerliche Nationalisten, die Zionisten, an die Macht, die sich die Schwäche der antiimperialistischen Bewegung in Palästina zunutze machten und die Unterstützung der Imperialisten der USA und Englands genossen. Im Mai 1948 wurde aus Vertretern der reaktionären, volksfeindlichen Parteien eine vorläufige Koalitionsregierung gebildet, an deren Spitze D. Ben-Gurion gestellt wurde, der Führer der rechtssozialistischen zionistischen Mapai-partei, die sich auf die USA-Imperialisten orientiert.

Sogleich nach der Bildung der neuen Regierung provozierten England und die USA einen Krieg zwischen Israel einerseits und sieben arabischen Staaten, die der Arabischen Liga angehören, nämlich Ägypten, Irak, Saudi-Arabien, Syrien, Libanon, Jordanien<sup>1</sup> und Jemen andererseits. Der Krieg in Palästina, der über ein Jahr anhielt, wurde von den bürgerlich-nationalistischen herrschenden Kreisen Israels dazu benutzt, eine chauvinistische Propaganda zu entfachen und die von der Kommunistischen Partei Israels geleitete demokratische Bewegung im Lande zu bekämpfen. Während des Krieges terrorisierten die herrschenden Kreise Israels die arabische Bevölkerung im Lande; teilweise wurden die Araber von den Zionisten getötet, teils zwang man sie auch, aus ihrer Heimat zu flüchten. Am 25. Januar 1949 fanden in Israel Wahlen zur konstituierenden Versammlung (Knesset) statt, die im Zeichen der Verfolgung der demokratischen Kräfte durch die auch mit Bestechung und Korruption arbeitenden bürgerlichen Parteien standen. Kurz vor der Wahlkampagne gewährten die amerikanischen Imperialisten der herrschenden Partei Israels eine Anleihe in Höhe von 100 Mill. Dollar. Mit derartigen Maßnahmen gelang es den vereinten Kräften der in- und ausländischen Reaktion, die Volksmassen daran zu hindern, daß sie bei den Wahlen ihren wahren Willen zum Ausdruck brachten. Die meisten Sitze in der konstituierenden Versammlung fielen den bürgerlich-zionistischen Parteien zu, vor allem der Partei der Rechtssozialisten (Mapai). Am 16. Februar 1949 beschloß der Knesset ein Gesetz über die Schaffung ständiger staatlicher Machtorgane, und dementsprechend wurde am 17. Februar einer der alten zionistischen Führer, Ch. Weizmann, zum Präsidenten von Israel gewählt.

Im Februar, März und Juli 1949 wurden zwischen Israel und den arabischen Staaten Waffenstillstandsverhandlungen geführt.

Infolge des Palästinakrieges wurde Israel zu einer Einflußsphäre des amerikanischen Imperialismus, wenn auch

England hier bedeutende Positionen wahrte. Der arabische Teil von Palästina wurde von den Truppen des jordanischen Königs Abdullah, eines Günstlings der Engländer, sowie von ägyptischen und israelischen Truppen besetzt. Im Dezember 1949 verkündete Abdullah, daß er den von ihm besetzten Teil Palästinas Jordanien eingliedern werde. Im April 1950 einigte er sich mit dem israelischen Premierminister Ben-Gurion über die Aufteilung des arabischen Gebiets von Palästina zwischen Israel und Jordanien. England und die USA erklärten sich mit dieser Teilung einverstanden.

Nach der Beendigung des Palästinakrieges entfalteten die amerikanischen Imperialisten in Israel eine noch stärkere Aktivität. Sie verdrängen England aus seinen Positionen und verwandeln Israel in eine Kolonie und in eine strategische Basis im Nahen Osten, die für den Aggressionskrieg als Aufmarschraum dienen soll. Die herrschenden Kreise Israels betreiben eine reaktionäre Politik, deren Ziel es ist, die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte mundtot zu machen und die jüdischen Werktätigen und die im Grunde rechtlose arabische Minderheit zu unterdrücken. Sie bestärken die rückständigen Bevölkerungsschichten in ihrer nationalistischen und chauvinistischen Einstellung.

Die Verstärkung der Reaktion und die systematische Senkung des Lebensstandards der Werktätigen begünstigen dem ständig wachsenden Widerstand der demokratischen Kräfte Israels, deren Vortrupp die von der Kommunistischen Partei geführte Arbeiterklasse bildet. Im Jahre 1949 erfolgten große Streiks in der Industrie und in Verkehrsbetrieben. 1950 streikten die Hafnarbeiter in Haifa. Im gleichen Jahre erfaßte die Massenprotestbewegung der Werktätigen gegen die Lohnsenkung 125 Betriebe mit insgesamt 10 000 Arbeitern. Im Januar 1951 streikten in Israel die Metallarbeiter. Im Februar 1951 beteiligten sich an dem Solidaritätsstreik für die Metallarbeiter über 50 000 Arbeiter. Anfang Februar 1952 streikten die israelischen Seeleute. Die Friedensbewegung entfaltete sich im Lande auf breiter

<sup>1</sup> Bis 1949 Transjordanien. - Die Red. der dtsh. Ausg.

Basis. Den Stockholmer Appell des Ständigen Komitees des Weltfriedensrates unterzeichneten 312000 Menschen, d. h. 40% der Erwachsenen. Im März 1950 fand in Israel der 1. Kongreß der Friedenskämpfer statt, und es wurde ein Friedenskomitee gegründet. Den Appell des Weltfriedensrates für den Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den fünf Großmächten unterschrieben über 354000 Menschen (bis zum 1. Januar 1952).

#### VI. STAATSORDNUNG

Israel ist eine einheitliche bürgerliche Republik, die wirtschaftlich und politisch vom amerikanischen Imperialismus abhängig ist. Eine endgültig festgelegte Verfassung hat Israel nicht. Im Jahre 1949 nahm die konstituierende Versammlung ein „Übergangsgesetz“ an, das 1951 und 1952 ergänzt und abgeändert wurde. Das Parlament geht aus direkten Verhältniswahlen hervor und umfaßt 120 Mitglieder. Der Präsident wird vom Parlament auf 5 Jahre gewählt. Die Regierung wird im Auftrag des Präsidenten von dem Führer einer der Parlamentsfraktionen gebildet und ist formal dem Parlament verantwortlich. Tatsächlich konzentriert sich die gesetzgebende und die vollziehende Gewalt in den Händen der Regierung, die eng mit den bürgerlich-nationalistischen zionistischen Organisationen in Israel und in den USA sowie mit den amerikanischen Monopolverbänden zusammenarbeitet. Die örtliche Verwaltung geht von Gemeinderäten aus; in einigen Landkreisen bestehen Kreislräte, die praktisch der administrativen Aufsicht der Regierung unterstellt sind. Das Gerichtswesen besteht aus einem obersten Gericht, Kreis-, Gemeindegerichten, religiösen Gerichten u. a.

#### VII. STREITKRÄFTE

Die Streitkräfte Israels wurden aus den jüdischen militärischen Organisationen entwickelt, die bereits in der Zeit bestanden hatten, als Palästina noch unter Mandatsverwaltung gestellt war. Während des Palästina-Krieges

von 1948 bis 1949 bestand das israelische Heer aus mehreren Infanteriebrigaden und einer motorisierten Brigade, die insgesamt eine Stärke von 110000 Mann erreichten. Im Oktober 1949 wurde ein Gesetz über die allgemeine Dienstpflicht angenommen, wonach Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, zum Militärdienst einberufen werden. Die Dienstzeit beträgt 2 Jahre. Die höchsten militärischen Verwaltungsorgane sind das Verteidigungsministerium und der Generalstab. Oberkommandierender ist der Premierminister, der gleichzeitig auch Verteidigungsminister ist.

Die israelische Kriegsflotte verfügt über einige Wachtschiffe und kleine Hilfsfahrzeuge. Die Luftwaffe zählte 1950 annähernd 300 Flugzeuge ausländischer Herkunft. Das Heer ist mit ausländischem Material ausgerüstet. Die USA erweisen Israel militärische „Hilfe“ durch Lieferung von Rüstungsmaterial, Entsendung von Beratern und Instrukteuren und durch Ausbildung des israelischen Offiziersnachwuchses an amerikanischen Militärlehranstalten.

#### VIII. POLITISCHE PARTEIEN

Die Kommunistische Partei Israels entstand im Jahre 1948 durch die Verschmelzung der jüdischen und der arabischen Kommunistischen Partei Palästinas. Die Kommunistische Partei führt die fortschrittlichen Kräfte Israels in ihrem Kampf für demokratische Reformen und die politische und ökonomische Unabhängigkeit des Landes. Sie beteiligt sich aktiv am Kampf für den Frieden. Ferner tritt sie für engere Beziehungen Israels zur UdSSR und zu den Ländern der Volksdemokratie ein und entlarvt die Politik der Regierung. Der Generalsekretär der Partei ist S. Mikunis.

Die Vereinigte Arbeiterpartei (Mapam) ist die linkssozialistische zionistische Partei Israels. Sie wurde im Januar 1948 gegründet. Die Partei umschließt einen Teil des Proletariats, der Landarbeiter, der Mitglieder zionistischer landwirtschaftlicher Siedlungen und der Intelli-

## IX. GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

genz. Wenn sie sich auch gemeinsam mit der Kommunistischen Partei gegen die Außenpolitik der israelischen Regierung wendet und für die Freundschaft mit den Ländern des demokratischen Lagers eintritt, so nimmt sie doch in der nationalen Frage einen bürgerlich-nationalistischen Standpunkt ein.

Die „Arbeiter“ partei (Mapai) ist eine rechtssozialistische reformistische zionistische Partei. Sie wurde 1930 gegründet. Seit der Bildung des israelischen Staates ist sie Regierungspartei. Die Parteiführer, Ben-Gurion und Sharett, orientieren sich auf die USA und betreiben innerhalb des Landes eine reaktionäre, chauvinistische Politik.

Die Gesamtzionistische Partei ist eine reaktionäre zionistische Partei der Großbourgeoisie, der Plantagenbesitzer und Großkaufleute. Sie fordert den offenen Anschluß an den aggressiven imperialistischen Block. Innenpolitisch setzt sie sich unverhüllt für die uneingeschränkte Herrschaft des Privatkapitals und für eine weitere Beschränkung der Rechte der werktätigen Massen ein. Auf die Hilfe der amerikanischen Zionisten gestützt, entwickelte die Partei im November 1950 die Losung „Von der Opposition an die Macht“ und bildete einen Block der offen reaktionären bürgerlichen Parteien.

Die Weltbewegung Misrachi ist eine bürgerlich-zionistische religiöse Partei, die der Regierungskoalition angehört. In den entscheidenden innen- und außenpolitischen Fragen schließt sie sich völlig der Mapaipartei an. Die „Fortschrittspartei“ ist eine reaktionäre zionistische Partei, die im September 1948 gegründet wurde und enge Beziehungen zu einem Teil der zionistischen Organisationen in den USA unterhält.

Die Partei der „Freiheitsbewegung“ (Herut) ist eine halbfaschistische zionistische Partei, die im September 1948 gegründet wurde und sich auf die USA orientiert. Sie fordert die gewaltsame Eingliederung ganz Palästinas und Jordaniens in den israelischen Staat.

Die größte Gewerkschaftsorganisation Israels ist die Allgemeine Konföderation der jüdischen Arbeiter (Gistadrut), die 1920 gegründet wurde. Sie umfaßt 17 israelische Gewerkschaften mit 311 000 Mitgliedern (1950), d. h. etwa 70% der jüdischen Werktätigen Israels (Arbeiter, Mitglieder der der landwirtschaftlichen Siedlungen, Handwerker). Auch kleine Unternehmer und andere nicht zu den Werktätigen zählende Elemente gehören ihr an. Sie steht unter der Kontrolle der rechtszionistischen zionistischen Mapaipartei und baut sich nach dem Prinzip der Absonderung der jüdischen Nationalität auf. Die rechtszionistische Führung des Gistadruts hat sich wiederholt den Forderungen der Industriellen gefügt und den Lohnabbau sanktioniert. Der Gistadrut verfügt über erhebliche Geldmittel und ist Besitzer oder Mitbesitzer einer großen Anzahl von Betrieben, Genossenschaften und Gesellschaften, an deren Finanzierung amerikanisches und englisches Kapital beteiligt sind. Im Jahre 1950 brachte die Mapaipartei durch die von ihr kontrollierte Leitung des Gistadruts eine Entschließung durch, wonach die Allgemeine Konföderation jüdischer Arbeiter aus dem Weltgewerkschaftsbund austrat. Die dem Gistadrut angehörenden fortschrittlichen Arbeiter entlarven die arbeiterfeindliche Verräterpolitik seiner Führung und kämpfen für die Interessen der Werktätigen.

Die arabischen Werktätigen in Israel sind in einer fortschrittlichen Organisation, dem Kongreß der arabischen Arbeiter (gegr. 1945), zusammengeschlossen, der dem Weltgewerkschaftsbund angehört. 1951 hatte der Kongreß in 22 Städten und Siedlungen Israels Zweigstellen. Die Leitung des Gistadruts lehnt hartnäckig die Vorschläge des Kongresses und der Kommunistischen Partei Israels ab, wonach die jüdische und die arabische Gewerkschaftsorganisation in Israel zusammengeschlossen werden sollen. . . .

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	I
Sekretariat der Kommunistischen Internationale (Hrsg.) 1922: Bericht über die Tätigkeit des Präsidiums und der Exekutive der Kommunistischen Internationale für die Zeit vom 6. März bis 11. Juni 1922. Verlag der Kommunistischen Internationale, Hamburg, S.10-13.	1
KI 1923: Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, Petrograd-Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922. Verlag der Kommunistischen Internationale, Hamburg, S. 581.	3
Awigdor: Die Arbeiterbewegung in Palästina. Inprekorr 3.Jg.(1923), Nr.29, S.216-217	4
Gründung einer einheitlichen Kommunistischen Partei in Palästina. Inprekorr 3.Jg.(1923), Nr.136, S.1187-1188	5
EKKI 1924: Bericht über die Tätigkeit der Exekutive der Kommunistischen Internationale vom IV. bis V. Weltkongreß. Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, S.59.	6
J.B. (Jerusalem): Die dritte Konferenz der Kommunistischen Partei Palästinas. Inprekorr 4.Jg.(1924), Nr.94, S.1212	7
Abusjam: Die Lage in Palästina. KI 5.Jg.(1924), Nr.34, S.162-167	8
J.B. (Jerusalem): Zionistischer Terror in Palästina. Inprekorr 5.Jg.(1925), Nr.4, S.53-54	11
Abusjam (Jerusalem): Der 1. Mai in Palästina. Inprekorr 6.Jg.(1926), Nr. 76, S.1216-1217	12
Z.K. (Jerusalem): Der VI. Parteitag der KP. Palästinas. Inprekorr 6.Jg.(1926), Nr.128, S.2208	13
J.B. (Jerusalem): Der erste Kongreß für Arbeitereinheit in Palästina. Inprekorr 7.Jg.(1927), Nr.1, S.108	14
A. Schami: Der nationale und der Klassenkampf in Palästina. KI 8.Jg.(1927), Nr.9, S.438-445	15
Abusjam (Jaffa): Der 1. Mai 1928 in Palästina. Inprekorr 8.Jg.(1928), Nr.46, S.823-824	19
J.B. (Jerusalem): Imperialistische Provokationen in Palästina. Inprekorr 8.Jg. (1928), Nr.116, S.2279	20
N.M. (Jaffa): Die dritte Parteiberatung der KP. Palästinas. Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.1, S.23-24	21
Bob (Jaffa): Der Kampf gegen die rechte Abweichung in der KP. Palästinas. Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.48, S.1159-1160	22

J.B. (Jerusalem): Der Kampf um den Boden in Palästina. Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.66, S.1543-1544	23
Bob (Jaffa): Der 1. August in Palästina. Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.77, S.1776	24
Alini: Zu den Ereignissen in Palästina. Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.83, S.1959-1960	25
Manifest der Liga gegen den Imperialismus: Gegen den britischen Imperialismus in Palästina!. Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.83, S.1960-1961	26
R. Bridgeman (Sekretär der britischen Sektion der Liga gegen den Imperialismus): Die Wahrheit über Palästina. Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.84, S.1984	27
P. Kitaigorodski: Die blutigen Ereignisse in Palästina. Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.84, S.1984-1985	28
"Workers Life" zum Aufstand in Palästina. Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.84, S.1985-1986	29
Protestdemonstration in der Sowjetunion. Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.84, S.1986	29
J.B. (Jerusalem): Das Blutbad im "Heiligen Lande". Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.86, S.2092-2093	30
Alini (Jerusalem): Die politische Lage in Palästina. Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.87, S.2105-2107	31
Communiqué des ZK. der KP. Palästinas: Der Aufstand in Palästina. Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.90, S.2167-2169	33
Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.91, S.2185-2187	35
Bob (Jaffa): Die KP. Palästinas und der arabische Aufstand. Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.98, S.2348-2349	37
Aufruf der Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit: Gegen den imperialistischen Terror in Palästina. Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.100, S.2381	38
J.B. (Jerusalem): Partisanen- und Massenkämpfe in Palästina. Inprekorr 9.Jg.(1929), Nr.115, S.2701	39
A.-M.: Die Revolutionären Perspektiven in Palästina. KI 10.Jg.(1929), S.1882-1892	40
Mustapha Sadi (Jaffa): Das Erwachen der arabischen Arbeiterklasse. Inprekorr 10.Jg.(1930), Nr.10, S.229-230	46
Bob (Jaffa): Die KP Palästinas und die arabischen Massen. Inprekorr 10.Jg.(1930), Nr.29, S.116	47
A-m (Jaffa): Der 1. Mai in Palästina. Inprekorr 10.Jg.(1930), Nr.41, S.916	48
J.B. (Jerusalem): Bluttaten und Betrugsmanöver der McDonald-Regierung in Palästina. Inprekorr 10.Jg.(1930), Nr.53, S.1168	49
Nadab: Der I. Arabische Arbeiterkongreß in Palästina und der antiimperialistische Kampf in den arabischen Ländern. KI 11.Jg.(1930), Nr.11, S.630-638	50



Bob (Jaffa): Der VII. Parteitag der Kommunistischen Partei Palästinas. Inprekorr 11.Jg.(1931), Nr.2, S.71	55
Mustafa Sadi (Jaffa): Die nationale Frage auf dem VII. Parteitag der KP. Palästinas. Inprekorr 11.Jg.(1931), Nr.3, S.93-94	56
Bob (Jaffa): Arabische Kommunisten vor Gericht. Inprekorr 11.Jg.(1931), Nr.50, S.1183-1184	57
J.B. (Jerusalem): Das britische Terror-Regime in Palästina. Inprekorr 11.Jg.(1931), Nr.114, S.2598	58
H.: Der Terror gegen Revolutionäre in Palästina. Inprekorr 12.Jg.(1932), Nr.42, S.1288	59
K-s.: Terrormethoden gegen revolutionäre Arbeiter in Palästina. Inprekorr 12.Jg.(1932), Nr.46, S.1454-1455	60
Beratung der KP. Syriens und der KP. Palästinas: über die Aufgaben der Kommunisten in der allarabischen Bewegung. Inprekorr 13.Jg.(1933), Nr.1, S.23-26	61
B.R.: Blutige Ereignisse in Palästina. Rundschau 2.Jg.(1933), Nr.41, S.1578-1579	65
P.K.: Der Kampf der Araber in Palästina. Rundschau 2.Jg.(1933), Nr.42, S.1611	66
J.B.: Der Faschismus in Palästina. Rundschau 2.Jg.(1933), Nr.47, S.1817-1818	67
Aktion für die Befreiung Thälmanns in Palästina. Rundschau 4.Jg.(1935), Nr.2, S.75	68
Materialien über die Tätigkeit der Sektionen der Komintern. Palästina. In: Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß. Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau-Leningrad 1935, S.597-599.	69
VII. KI-Kongreß, Protokolle: Beitrag Jussuf (Palästina). Rundschau 4.Jg.(1935), Nr.38, S.1722	71
VII. KI-Kongreß, Protokolle: Beitrag Hadschar (Palästina). Rundschau 4.Jg.(1935), Nr.38, S.1805	71
Reginald Bridgeman, Sekretär der Liga gegen den Imperialismus (London): Palästina unter dem britischen Imperialismus. Rundschau 5.Jg.(1936), Nr.26, S.1029-1030	72
Brief aus Jaffa: Die Ereignisse in Palästina. Rundschau 5.Jg.(1935), Nr.26, S.1030-1031	74
Observer: Die jüdische nationale Heimstätte und die arabische Frage. Rundschau 5.Jg.(1936), Nr.27, S.1067-1068	75
Stellungnahme der KP Großbritanniens: Die Ursachen des Aufstandes in Palästina. Rundschau 5.Jg.(1936), Nr.27, S.1068	77
Brief aus Haifa. Rundschau 5.Jg.(1936), Nr.29, S.1168-1169	78
Aufruf der KP Palästinas: Aufstand in Palästina. Rundschau 5.Jg.(1936), Nr.29, S.1169-1170	79

Max Zimmering: Palästina in Aufruhr. Rundschau 5.Jg.(1936), Nr.31, S.1244 u. 1261-1262	80
Max Zimmering: Palästina und die Juden. Rundschau 5.Jg.(1936), Nr.43, S.1813-1814	83
Salim Abud: Die beste Lösung für Palästina. Rundschau 6.Jg.(1937), Nr.44, S.1568-1569	85
Palästina - Zur Lage. Rundschau 6.Jg. (1937), Nr.51, S.1947-1948	87
Ernst Brauner: Die neueste Phase der palästinensischen Entwicklung. Rundschau 7.Jg. (1938), Nr.36, S.1217-1218	88
J. Renap (London): Für eine demokratische Lösung der gegenwärtigen Krise. Rundschau 7.Jg. (1938), Nr.39, S.1315-1316	89
I. Renak (London): Der Woodhead-Bericht und Großbritanniens zukünftige Palästina-Politik. Rundschau 7.Jg.(1938), Nr.56, S.1934-1935	90
Die "Prawda" zu den Ereignissen in Palästina. Rundschau 7.Jg. (1938), Nr.54, S.1820	91
I. Renap: Zum Plan einer arabisch-jüdischen Konferenz. Rundschau 8.Jg.(1939), Nr.5, S.149	91
M. Akin: Die Umtriebe des deutschen und italienischen Faschismus in den arabischen Ländern. Rundschau 8.Jg.(1939), Nr.14, S.369-370	92
I. Renap: Die faschistische Offensive und die gegenwärtigen Kämpfe. Rundschau 8.Jg.(1939), Nr.22, S.588-589	93
I. Renap (London): Die Londoner Konferenz und Großbritanniens "Plan" für Palästina. Rundschau 8.Jg.(1939), Nr.24, S.684-685	95
Gegen die Schande der Judenverfolgung. Rundschau 8.Jg.(1939), Nr.34, S.970	96
I. Renap: Die revisionistische Gefahr. Rundschau 8.Jg.(1939), Nr.41, S.1190-1191	97
Die Kämpfe in Palästina. KI 20.Jg.(1939), H.1, S.45-48	99
I. Rennap: Die Lage in Palästina und im nahen Osten. Die Welt 2.Jg.(1940), Nr.3, S.62	101
J. Gordon: Arabisch-jüdische Zusammenarbeit in Palästina. Die Welt 2.Jg.(1940), Nr.9, S.271-272	102
J. Rennap: Die jüdischen Reformisten Palästinas gegen die Einheit. Die Welt 2.Jg.(1940), Nr.14, S.366-367	104
Während das Volk vernichtet wird. Kol Haam (Organ der KP Palästinas), Dezember 1942 - Übersetzung	106
Rede des sowjetischen Delegierten der sozialistischen Sowjetunion vor der UNO, 14.5.1947 (77. Plenarsitzung) - Auszug. Vereinte Nationen. Offizielle Protokolle der Ersten Sondersitzung der Generalversammlung. Lake Success, New York, S.127-134.	111

Der Repräsentant der Sowjetunion vor der UNO am 26. November 1947. Aus dem Sitzungsprotokoll der 125. Plenartagung der UNO, 26.11.1947 - Übersetzung aus dem Russischen - Auszug	112
Rede des polnischen Delegierten Dr. Fiderkiewicz vor der UNO, 14.5.1947. Vereinte Nationen. Offizielle Protokolle der Ersten Sondersitzung der Generalversammlung. Lake Success, New York, S.243-259.	114
Palästinafrage und UNO. Neue Zeit (Wochenschrift, Moskau) Nr. 24, 9. Juni 1948.	122
Paul Merker: Der Krieg in Palästina. Neue Welt, Nr. 57 (1948), S.64-76.	124
<b>Anhang:</b>	
Programm der Kommunistischen Partei Israels. Für ein volksdemokratisches Israel. Für eine Regierung des Friedens und der nationalen Unabhängigkeit. Für eine Regierung der Werktätigen. (angenommen vom XII. Kongreß der Kommunistischen Partei Israels, 1. Juni 1952; eigene Übersetzung aus dem Englischen)	137
Große Sowjetenzyklopädie. Reihe Länder der Erde. Israel - Auszug	150
Inhaltsverzeichnis	155



## Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Der Verlag Olga Benario und Herbert Baum wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die in den letzten Jahren immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich bewußt auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt und deshalb sein Verlagsprogramm internationalistisch gestaltet, als einen ersten Schritt für die solidarische Auswertung und die Propagierung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.

Es geht darum, durch die Gestaltung des Verlagsprogramms ganz bewußt und solidarisch an die wirklichen kommunistischen Traditionen anzuknüpfen, an die wirklich revolutionäre internationale kommunistische Bewegung zur Zeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, an die positiven Erfahrungen der antirevisionistischen Kämpfe gegen den Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus.

Es geht darum, gegen die bürgerliche Wissenschaft die Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren. Deshalb ist der Nachdruck der grundlegenden Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus in verschiedenen Sprachen ein Schwerpunkt des Verlages.

Mit der Gründung und der Arbeit des Verlags Olga Benario und Herbert Baum soll ein Beitrag geleistet werden, um im Kampf gegen den Imperialismus überhaupt und den deutschen Imperialismus insbesondere der Verwirklichung des Mottos von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht näher zu kommen: „Nichts vergessen, alles lernen!“

★★★

**Olga Benario**, geboren am 12.2.1908, kämpfte als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), der Jugendorganisation der KPD, in der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus und gegen die regierende reaktionäre Sozialdemokratie, gegen den deutschen Imperialismus. Im April 1928 war sie führend an einer erfolgreichen bewaffneten Aktion zur Befreiung eines bis zu seiner Verhaftung illegal lebenden KPD-Genossen aus dem Berliner Polizeipräsidium beteiligt.

Olga Benario flüchtete vor dem deutschen Polizeiapparat in die Sowjetunion, wo sie zu einer wichtigen Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale wurde. In deren Auftrag ging sie 1935 nach Brasilien, um den Aufbau der KP Brasiliens zu unterstützen.

1936 wurde Olga Benario in Brasilien verhaftet, an die Nazis ausgeliefert und ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie den „gelben Stern“ tragen mußte. Trotz Folter und Kerkerhaft hat sie

keinerlei Aussagen gemacht – weder bei der Polizei des reaktionären brasilianischen Regimes noch bei der Gestapo. Olga Benario kämpfte als „Blockälteste“ im KZ Ravensbrück für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge und gegen die Demoralisierung. Im April 1942 wurde Olga Benario in der Gaskammer von Bernburg von den Nazis ermordet.

Der Name Olga Benario steht

- ★ für den militanten und bewaffneten Kampf der kommunistischen Kräfte, für den Kampf um die proletarische Revolution;
- ★ für den praktizierten proletarischen Internationalismus;
- ★ für den konsequenten antinazistischen Kampf, der auch unter den schlimmsten Bedingungen, selbst in einem Nazi-KZ möglich ist.

**Herbert Baum**, geboren am 10.2.1912, war Mitglied des KJVD und gründete 1936 mit anderen Antinazisten eine Widerstandsgruppe, die später als Herbert-Baum-Gruppe bekannt geworden ist. Die Herbert-Baum-Gruppe nahm mit jüdischen Widerstandsgruppen und Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern Kontakt auf und führte mit ihnen gemeinsam einen illegalen Kampf gegen die Nazis.

Die Herbert-Baum-Gruppe organisierte Maßnahmen, um jüdische Menschen vor der Deportation und Ermordung in Nazi-Vernichtungslagern zu retten.

Die militante Aktion der Herbert-Baum-Gruppe gegen die antikomunistische Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ am 13. Mai 1942 in Berlin, bei der ein Teil der Ausstellung durch Brandsätze zerstört wurde, fand weltweit Beachtung.

Einige Wochen später wurde Herbert Baum und fast alle anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe aufgrund Verrats verhaftet. Herbert Baum wurde am 11. Juni 1942 von den Nazis durch bestialische Folter ermordet, ohne etwas an die Gestapo preisgegeben zu haben.

Der Name Herbert Baum steht

- ★ für die Organisation einer internationalistischen antinazistischen Front in Deutschland;
- ★ für den Kampf gegen den nazistischen Antisemitismus und gegen den industriellen Völkermord der Nazis an 6 Millionen Juden und Jüdinnen;
- ★ für den Kampf gegen den Antikommunismus und für die Solidarität mit der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Stalins.

Die Namen Olga Benario und Herbert Baum stehen für die Tradition des antifaschistischen und revolutionären Kampfes der wirklich kommunistischen Kräfte.

## Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus

### Band 1:

Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifest der Kommunistischen Partei** (1848)  
Anhang:  
Statuten des Bundes der Kommunisten  
92 Seiten, Offenbach 1997, 4 €  
ISBN 978-3-932636-00-4



### Band 2:

Karl Marx  
**Kritik des Gothaer Programms** (1875)  
96 Seiten, Offenbach 1997, 4 €  
ISBN 978-3-932636-01-1

### Band 3:

W. I. Lenin  
**Staat und Revolution** (1917)  
159 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-02-8

### Band 4:

J. W. Stalin  
**Über die Grundlagen des Leninismus** (1924)  
137 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-03-5

### Band 5:

W. I. Lenin  
**Was tun?** (1902)  
276 Seiten, Offenbach 1997, 10 €  
ISBN 978-3-932636-04-2

### Band 6:

J. W. Stalin  
**Über dialektischen und historischen Materialismus** (1938)  
45 Seiten, Offenbach 1997, 2 €  
ISBN 978-3-932636-05-9

### Band 7:

W. I. Lenin  
**Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus** (1916)  
W. I. Lenin  
**Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus** (1916)  
185 Seiten, Offenbach 1999, 8 €  
ISBN 978-3-932636-36-3



## Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



**Band 8:**  
W. I. Lenin  
**Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück** (1904)  
242 Seiten, Offenbach 2006, 10 €  
ISBN 978-3-86589-042-9

**Band 9:**  
W. I. Lenin  
**Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution** (1905)  
192 Seiten, Offenbach 2006, 8 €  
ISBN 978-3-86589-043-6

**Band 10:**  
W. I. Lenin  
**Materialismus und Empirio-kritizismus** (1908)  
410 Seiten, Offenbach 2006, 15 €  
ISBN 978-3-86589-050-4

Karl Marx/Friedrich Engels  
**Ausgewählte Werke in zwei Bänden**  
Diese Ausgabe entspricht in ihrer Zusammenstellung der 1950 erschienenen Ausgabe des Moskauer Verlags für fremdsprachige Literatur.



**Band I: 1848 – 1874**  
650 Seiten, Offenbach 2004, 25 €  
ISBN 978-3-86589-001-6

**Band II: 1875 – 1894**  
504 Seiten, Offenbach 2004, 25 €  
ISBN 978-3-86589-002-3

W. I. Lenin  
**Ausgewählte Werke in zwei Bänden**  
Diese Ausgabe entspricht in ihrer Zusammenstellung der 1946/47 erschienenen Ausgabe des Moskauer Verlags für fremdsprachige Literatur.



**Band I: 1884 – 1917**  
916 Seiten, Offenbach 2004, 30 €  
ISBN 978-3-932636-93-6

**Band II: 1917 – 1923**  
1037 Seiten, Offenbach 2004, 30 €  
ISBN 978-3-932636-94-3

## Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus in anderen Sprachen

Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifest der Kommunistischen Partei** (1848)

**Türkisch:**  
Karl Marx/Friedrich Engels  
**Komünist Partisi Manifestosu**  
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-06-6

**Englisch:**  
Karl Marx/Frederick Engels  
**Manifesto of the Communist Party**  
83 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-07-3

**Französisch:**  
Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifeste du Parti Communiste**  
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-08-0

**Spanisch:**  
Carlos Marx/Federico Engels  
**Manifesto del Partido Comunista**  
87 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-09-7

**Farsi:**  
کتابخانه حزب کمونیست  
97 Seiten, Offenbach 1999, 4 €, ISBN 978-3-932636-10-3

**Russisch:**  
К. Маркс и Ф. Энгельс  
**Манифест Коммунистической Партии**  
80 Seiten, Offenbach 2004, 4 €, ISBN 978-3-932636-91-2

**Russisch / Deutsch:**  
150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-95-0

**Serbokroatisch:**  
Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifest Komunističke Partije**  
168 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-86589-000-9

## Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Marx, Engels, Lenin, Stalin  
**Über den Partisanenkampf**  
Anhang: Lenin und Stalin zu einigen Fragen des bewaffneten Kampfs der Massen und des individuellen Terrors  
Die Textauszüge sind 1944 in der Sowjetunion zusammengestellt worden und behandeln die Grundlagen und Grundfragen des Partisanenkampfs, sie sind Ausgangspunkt für eine umfassende Analyse der Partisanenkämpfe gegen den Nazifaschismus sowie eine Waffe im Kampf gegen den revisionistischen „friedlichen Weg zum Sozialismus“.  
188 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-11-0

**Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – 1919**  
**Programm der Kommunistischen Internationale – 1928**  
Anhang: Statut der KJ, Lenin über das Programm der KPR(B) und Stalin über das Programm der KI  
Das Programm der KPR(B) von 1919 war das Programm der ersten siegreichen proletarischen Revolution; das 1928 verabschiedete Programm der Kommunistischen Internationale (KI) bildete die programmatische Grundlage der international in allen Erdteilen anwachsenden kommunistischen Weltbewegung – die programmatische Arbeit der kommunistischen Kräfte international und in Deutschland wird immer wieder auf die gründliche Diskussion dieser beiden Dokumente zurückkommen müssen.  
241 Seiten, Offenbach 2002, 10 €, ISBN 978-3-932636-19-6



Dokumente von Marx, Engels, Lenin, Stalin, der Kommunistischen Internationale und Clara Zetkin  
**Die kommunistische Revolution und die Befreiung der Frauen**  
Im Mittelpunkt dieser Zusammenstellung steht die Frauenfrage als Frage der proletarischen Revolution, als Frage des Kampfes für den Sozialismus und Kommunismus. Es finden sich u.a. Texte über die Ursprünge der Unterdrückung der Frau, die Perspektive ihrer Befreiung sowie über Probleme und Fragen der kommunistischen Arbeit unter den werktätigen Frauen.  
164 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-18-9

## Schriften und Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



Autorenkollektiv  
**Lehrbuch der politischen Ökonomie** (1954)  
 J. W. Stalin  
**Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR** (1952)

Im Kampf gegen die bürgerliche politische Ökonomie wird eine kurze Einführung in die kommunistische politische Ökonomie gegeben, der Wissenschaft, die die objektiven Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise herausarbeitet und damit den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat enthüllt.

515 Seiten, Offenbach 1997, 20 €  
 ISBN 978-3-932636-21-9

Autorenkollektiv  
**W. I. Lenin**

Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens (1947)

Diese Lenin-Biographie überzeugt, weil sie auf der Verbindung einer Reihe von Merkmalen beruht, die in spannender und hoch informativer Form dargelegt werden. Sie macht vertraut mit den wichtigsten biographischen Daten über das Leben Lenins. Sie gibt einen ausgezeichneten Überblick über die wichtigsten Schriften Lenins und einen Einblick in seinen Arbeitsstil. Sie stellt die entscheidenden Entwicklungen der kommunistischen Partei Rußlands sowie auch der internationalen kommunistischen Bewegung (I. und II. Internationale) dar und informiert über die revolutionäre Bewegung in Rußland und international zu Lebzeiten Lenins.

415 Seiten, Offenbach 1999, 15 € ISBN 978-3-932636-35-6



W. I. Lenin/J. W. Stalin  
**Hauptmerkmale der Partei neuen Typs**

In dieser Textzusammenstellung werden grundlegende Merkmale der kommunistischen Partei gedrängt und sehr allgemein dargelegt. Es geht auch sehr detailliert vor allem um die so wichtige Frage, wie innerparteiliche Demokratie unter den Bedingungen der Illegalität, des strengen Zentralismus in der kommunistischen Partei maximal entwickelt und ausgedehnt werden kann.

143 Seiten, Offenbach 2000, 5 €  
 ISBN 978-3-932636-22-6

## Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



W. I. Lenin/J. W. Stalin  
**Über die Arbeiteraristokratie**  
 Anhang: Marx und Engels über die Arbeiteraristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus

Eine besondere Schicht der Arbeiterklasse – die Arbeiteraristokratie – wird mittels der Extraprofite, die die Imperialisten aus den Werkstätten anderer Ländern herauspressen, bestochen. Die Texte behandeln u.a. die ökonomischen Wurzeln und die Rolle der Arbeiteraristokratie als soziale Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, als Schrittmarker von Reformismus, Rassismus und Chauvinismus.

115 Seiten, Offenbach 2001, 5 €  
 ISBN 978-3-932636-23-3



Marx, Engels, Lenin, Stalins  
**Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft**

Im ersten Teil des Buches werden anti-kommunistische Verteufelungen zurückgewiesen, die das Ziel des Kommunismus als bloße Utopie verleugnen, die nie zu erreichen ist. Es wird erklärt, daß Kommunismus für die Ausgebeuteten und Unterdrückten leicht zu begreifen, logisch und vernünftig ist, daß Zielklarheit über die kommunistische Gesellschaft heute unerlässlicher denn je ist, weil sie die nötige Kraft und Ausdauer für den Kampf gegen den Klassenfeind gibt. Denn der Feind ist noch stark und muss erst besiegt und niedergeworfen werden, denn der Kommunismus ist „das Einfache, das schwer zu machen ist“.

Der zweite Teil besteht aus kommentierten Auszügen aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin über grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft. Das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf für den Kommunismus, im Kampf für den Aufbau der kommunistischen Partei anzuregen und zu unterstützen – das ist ein Ziel dieses Buches.

96 Seiten, Offenbach 2004, 8 €  
 ISBN 978-3-932636-67-7



Autorenkollektiv  
**J. W. Stalin**  
 Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

Unbestreitbar trug die sozialistische Sowjetunion unter der Anleitung Stalins den Hauptteil dazu bei, dass das nazifaschistische Deutschland besiegt wurde. Stalin hat, bildlich gesprochen, Hitler das Genick gebrochen! Allein aus diesem Grund müssten alle demokratischen Kräfte, die den Nazifaschismus hassen, sich ernsthaft mit dem Leben und Werk Stalins beschäftigen.

Vor allem ist unbestreitbar, dass Stalin fast 30 Jahre an der Spitze der sozialistischen Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung gestanden und gewirkt hat. Gleichzeitig hat Stalin als Theoretiker eine Reihe grundlegender Werke und Schriften verfasst, die gerade angesichts enormer Rückschläge der kommunistischen Weltbewegung eine starke Waffe im Kampf für die Revolution sind und sein können.

Das Buch soll ein Beitrag sein, um mit den bürgerlichen und antikommunistischen Vorurteilen und Verleumdungen aufzuräumen und inhaltsvolle Kenntnisse zu vermitteln, um ein vertiefendes Studium der Originalschriften Stalins zu erleichtern.

409 Seiten, Offenbach 2003, 15 €  
 ISBN 978-3-932636-65-3



**Stalin Werke Band 1 bis 13**  
 sowie die vorhandenen Schriften 1934–1952, inklusive der „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“

**CD-ROM**, Offenbach 2003, 10 €  
 ISBN 978-3-932636-72-1

**Buch inklusive CD**: 22 €  
 ISBN 978-3-932636-73-8

## Texte des wissenschaftlichen Kommunismus

M. Glasser/A. Primakowski/B. Jakowlew  
**Studieren – Propagieren – Organisieren**  
 Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin aus den Jahren 1948 und 1951

Kernpunkte der kommunistischen Arbeitsmethoden werden vor allem anhand ihrer Umsetzung in der Praxis des revolutionären Kampfes der Bolschewiki erläutert. Es wird eine sehr genaue Anleitung der kommunistischen Studienmethode gegeben, mit dem Ziel, daß die theoretische Arbeit wirklich der Praxis dient.

170 Seiten, Offenbach 2001, 8 €  
 ISBN 978-3-932636-20-2



Béla Fogarasi  
**Dialektische Logik**  
 mit einer Darstellung erkenntnis-theoretischer Grundbegriffe (1953)

Béla Fogarasi arbeitet die wesentlichen objektiven Gesetzmäßigkeiten des wissenschaftlichen, richtigen Denkens heraus, entlarvt gleichzeitig die Betrügereien der Reaktion auf logischem Gebiet, die damit die Ausbeutung verschleiern und rechtfertigt, und schafft somit ein Instrument für die Unterdrückten im Kampf gegen Imperialismus und Ausbeutung.

430 Seiten, Offenbach 1997, 15 €  
 ISBN 978-3-932636-12-7



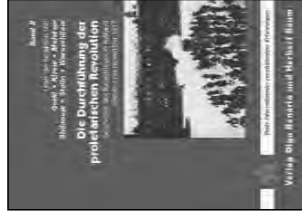
## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

Unter der Redaktion von Gorki, Kirow, Molotow, Shdanow, Stalin, Woroschilow  
**Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland**

Die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Oktoberaufstandes in den wichtigsten städtischen Zentren, Petrograd und Moskau, der Verlauf der Revolution an der Front und die Organisation und Sicherung der Revolution nach dem siegreichen bewaffneten Oktoberaufstand 1917 – all das wird auf kommunistischer Grundlage analysiert und in lebendiger, detaillierter Art und Weise geschildert.

**Band 1: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution** (1937)  
 Vom Beginn des Krieges 1914 bis Anfang Oktober 1917  
 540 Seiten, Offenbach 1999, 20 €, ISBN 978-3-932636-15-8

**Band 2: Die Durchführung der proletarischen Revolution** (1949)  
 Oktober 1917 bis November 1917  
 750 Seiten, Offenbach 1999, 25 €, ISBN 978-3-932636-16-5



Autorenkollektiv  
**Mao Tse-tung seine Verdienste – seine Fehler**  
 Bei diesem zweibändigen Werk handelt es sich um eine Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs anhand seiner Werke.

Im ersten Band wird die Zeitspanne von 1926 bis zum Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 behandelt. Es geht um Mao Tse-tungs Positionen zur antiimperialistisch-demokratischen Revolution, zum Volkskrieg in China und um seine Ansichten zur sozialistischen Revolution.

Im zweiten Band stehen die Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs in der Zeitspanne vom Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 bis zu seinem Tod 1976 im Mittelpunkt, vor allem seine Ansichten zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats. Dabei wird auch auf Fragen der proletarische Kulturrevolution eingegangen.

In beiden Bänden werden die Ansichten Mao Tse-tungs sowohl gegen die revisionistischen Fälscher als auch gegen seine falschen Freunde kritisch ausgewertet.

**Band 1: 1926 – 1949**  
 400 Seiten, Offenbach 1997, 18 €, ISBN 978-3-932636-14-1  
**Band 2: 1950 – 1976**  
 240 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 978-3-86589-036-8



## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

Autorenkollektiv  
**Zur „Polemik“**

Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Der „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, den die KP Chinas 1963 im Kampf gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) veröffentlichte, hat die wesentlichen, grundlegenden Fragen der programmatischen, strategischen und auch taktischen Arbeit der kommunistischen Bewegung in vielen Fällen treffend und glänzend behandelt. Aber diese Dokumente haben auch gravierende Mängel und Fehler. Die aufgeworfenen Fragen und der inhaltlichen Bestimmung des Kommunismus, der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie, Fragen der Zurückweisung der Verteufelungen der Theorie eines „friedlichen Weges“, Fragen des Kampfes gegen den europäischen Chauvinismus sind heute ebenso aktuell wie damals. Es geht darum, all den revisionistischen Verfälschungen klare programmatische Grundlagen, wirklich kommunistische Fundamente entgegenzustellen.

630 Seiten, Offenbach 2003, 30 €  
 ISBN 978-3-932636-70-7



Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen:  
**Dokumente zum des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966**

**Teil I: Dokumente aus den Jahren 1956 – 1963**  
 346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8  
 Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

**Teil II: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)**  
 320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2  
 Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

**Teil III: Dokumente aus den Jahren 1963 – 1966**  
 320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2  
 Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6





## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

### Die Selbstkritik der KP Indonesiens im Kampf gegen den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten

Fünf wichtige Dokumente des Politbüros des ZK der PKI von 1966/67

Die KP Indonesiens erlitt 1965 eine katastrophale Niederlage. Das im Oktober 1965 an die Macht gelangte faschistische Suharto-Regime schlichtete im Auftrag des Imperialismus und der einheimischen Ausbeuterklassen Hunderttausende Kommunistinnen und Kommunisten und andere fortschrittliche, antimperialistische Menschen hin. Inmitten der blutigen Konterrevolution 1965/66 unterzog die PKI daraufhin ihre Linie einer tiefgehenden selbstkritischen Analyse. Die Linie der Vorbereitung auf angeblich mögliche „zwei Wege der Revolution“, auf den angeblich „friedlichen Weg“ und den nichtfriedlichen Weg, wurde dabei als Keim der Fehler der KP Indonesiens in den revolutionären Kämpfen von 1945 bis 1965 erkannt.

Die 1966 vom Politbüro des ZK der PKI vorgelegte Selbstkritik ist ein bis heute herausragendes Dokument des Kampfes gegen den modernen Revisionismus. Denn es ist das historische Verdienst dieser Selbstkritik, den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten und das Konzept der „zwei Wege“ von Grund auf verworfen und die gewaltsame Revolution als allgemeingültige Gesetzmäßigkeit verteidigt zu haben. Zugleich war die Selbstkritik der PKI eine nötige Kritik, wenn auch nicht namentlich, an grundlegenden Fehlern der berechtigten „Polemik“ der KP Chinas (1963) gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956).

Im Zentrum der Selbstkritik der PKI steht die prinzipielle Haltung zur gemeinsamen Revolution und zum Staatsapparat der herrschenden Klassen. Darüber hinaus geht es um grundlegende Fragen der antimperialistischen, demokratischen Revolution in Indonesien wie die Frage des Volkskriegs, die Notwendigkeit einer tiefgehenden Agrarrevolution und die besondere Haltung zur „nationalen Bourgeoisie“.

148 Seiten, Offenbach 2005, 8 € ISBN 978-3-86589-037-5

Autorenkollektiv

### Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

Enver Hoxhas 1979 veröffentlichtes Buch „Imperialismus und Revolution“ ist das zentrale Werk, das die Abkehr der Partei der Arbeit Albanien vom wissenschaftlichen Kommunismus zeigt. Das Kernstück der vorliegenden Kritik ist der genaue Beweis, daß Hoxha bei seinen Angriffen auf Mao Tse-tungs Linie in der chinesischen volksdemokratischen Revolution die Linie Lenins und Stalins angreift und gleichzeitig oft wörtlich nur wiederholt, was korrupte revisionistische Professoren in der Sowjetunion Breschnevs gegen Mao an Lügen und Verfälschungen fabriziert haben. Vor allem aber ist diese Arbeit ein Teil der unbedingt nötigen Auseinandersetzung mit der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung, in der Zeitspanne vor 1989, vor Gorbatschow. Anhand von vier Themenkomplexen zeigt die Analyse von Hoxhas Buch, daß im Grunde der moderne Revisionismus, der nach wie vor die Hauptgefahr für eine sich neu formierende wirklich kommunistische Weltbewegung ist, der eigentliche Adressat der Kritik ist: Ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution • Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus • Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus • Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution.

264 Seiten, Offenbach 2005, 15 € ISBN 978-3-86589-012-2

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen in anderen Sprachen

Autorenkollektiv

### Der XX. Parteitag der KPdSU 1956

Ein revisionistisches und konterrevolutionäres Programm (Materialien und Diskussionsbeiträge) und „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki)“ von 1966 (Auszug)



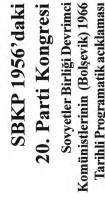
in russischer Sprache:



106 Seiten, Offenbach 2002, 6 € ISBN 978-3-932636-47-9



in türkischer Sprache:



120 Seiten, Offenbach 2004, 8 € ISBN 3-932636-75-2



**Zur Geschichte Afghanistans**  
**Ein Land im Würgegriff des Imperialismus**  
 Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in Afghanistan

Dieser Sammelband enthält Texte, die die Rolle Afghanistans im Expansionsstreben des Kolonialismus und Imperialismus beleuchten. Da sich der deutsche Imperialismus seit dem Oktober 2001 am imperialistischen Aggressionskrieg gegen Afghanistan beteiligt, ist dieses Land für alle, die sich in Deutschland dieser imperialistischen Kriegspolitik entgegenstellen wollen, besonders wichtig geworden.

Autorenkollektiv: „Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber Afghanistan“ (2001) • Friedrich Engels: „Afghanistan“ (1857) • Großen Sowjet-Enzyklopädie „Afghanistan“ (1950) • KP Afghanistans (Aufbauorganisation): „Der Sozialfaschismus ist der Feind unseres Volkes“ (1978) • Generalunion afghanischer Studenten im Ausland (GUAfS): „Afghanistan – die Unterwerfung der Nation“ (1981) 289 Seiten, Offenbach 2002, 15 € ISBN 978-3-932636-48-6



**Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48)**

Anhang: PLO-Charta von 1968 mit kritischen Anmerkungen  
 Eine wirkliche politische Einschätzung der Situation im Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten ist ohne geschichtlichen Hintergrund unmöglich. Hierbei ist der entscheidende Knotenpunkt die Debatte über den 1947 unter Federführung der damals sozialistischen Sowjetunion vorgeschlagenen Plan zur Gründung zweier Staaten. Der Plan wurde aufgestellt, nachdem eine gemeinsame Staatsgründung als gescheitert angesehen werden mußte. Wesentliche Basis dieser Vorschläge waren vor allem die Erfahrungen des Befreiungskrieges gegen Nazideutschland und auch grundsätzliche Überlegungen über die Geschichte der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung.

Enthält u.a. die Resolution der UNO-Generalversammlung vom 29.11.1947 über den UN-Teilungsplan für Palästina, die Rede des Delegierten der UdSSR vor der UNO am 14.5. und 26.11.1947 und die Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952).

120 Seiten, Offenbach 2002, 8 € ISBN 978-3-932636-52-3

Zu diesem Titel ist ein ergänzender Materialien-Band erschienen:

### Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 € ISBN 978-3-932636-32-5  
 Hardcover: Offenbach 1997, 35 € ISBN 978-3-932636-59-2

## Dokumente und Analysen

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)



### Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Reprint 1929 – Februar 1933

Hardcover-Bände im Format DIN A3

Eine wichtige Lehre aus dem Kampf der KPD in der Zeit von 1929 bis 1933 ist ohne Zweifel, daß in einem Land wie Deutschland neben dem vorrangigen Kampf um die Gewinnung der Mehrheit

der Arbeiterinnen und Arbeiter für die proletarische Revolution und den Kommunismus auch mit großem Kräfteaufwand der demokratische Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den Chauvinismus geführt werden muß mit dem Ziel, die kleinbürgerlichen Massen wenn schon nicht zu gewinnen, so doch wenigstens zu neutralisieren. Im Bewußtsein dieser schwierigen Probleme muß man die Linie der KPD von 1929 bis 1933 genau analysieren, ihre Fehler auch im Sinne einer Selbstkritik wissenschaftlich-rücksichtslos im richtigen Rahmen aufdecken und gleichzeitig mit den Genossinnen und Genossen „unserer KPD“, mit ihrem praktischen Kampf und Einsatz, solidarisch sein.

1/1929, 1.080 Seiten, Offenbach 2005, 95 € ISBN 978-3-86589-018-4

2/1929, 534 Seiten, Offenbach 2005, 70 € ISBN 978-3-86589-019-1

3/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 € ISBN 978-3-86589-020-7

4/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 € ISBN 978-3-86589-021-4

1/1930, 1206 Seiten, Offenbach 2005, 95 € ISBN 978-3-86589-022-1

2/1930, 1140 Seiten, Offenbach 2005, 95 € ISBN 978-3-86589-023-8

3/1930, 1144 Seiten, Offenbach 2005, 95 € ISBN 978-3-86589-024-5

4/1930, 990 Seiten, Offenbach 2005, 95 € ISBN 978-3-86589-025-2

1/1931, 1064 Seiten, Offenbach 2005, 95 € ISBN 978-3-86589-026-9

2/1931, 886 Seiten, Offenbach 2005, 90 € ISBN 978-3-86589-027-6

3/1931, 604 Seiten, Offenbach 2005, 70 € ISBN 978-3-86589-028-3

4/1931, 888 Seiten, Offenbach 2005, 90 € ISBN 978-3-86589-029-0

1/1932, 970 Seiten, Offenbach 2005, 95 € ISBN 978-3-86589-030-6

2/1932, 1128 Seiten, Offenbach 2005, 95 € ISBN 978-3-86589-031-3

3/1932, 580 Seiten, Offenbach 2005, 70 € ISBN 978-3-86589-032-0

4/1932, 598 Seiten, Offenbach 2005, 70 € ISBN 978-3-86589-033-7

1/1933, 452 Seiten, Offenbach 2005, 70 € ISBN 978-3-86589-034-4

**Gesamtausgabe (17 Bände)**, zusammen ca. 15.300 Seiten, Offenbach 2005, 1.480 € ISBN 978-3-86589-048-1

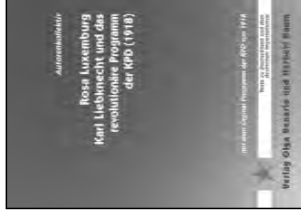
## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

### Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

In diesem Buch werden die Verbrechen des deutschen Imperialismus im imperialistischen Weltkrieg 1914 – 1918 zusammengestellt. Der Verlauf des Ersten Weltkrieges und seiner Vorgeschichte – einschließlich der antimilitaristischen Bewegung in Deutschland – wird im Zusammenhang mit der internationalen Lage und der Situation aller imperialistischen Großmächte dargestellt. Ausführlich werden auch Parallelen mit der heutigen sich zuspitzenden internationalen Lage thematisiert.

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 € ISBN 978-3-932636-92-9



Autorenkollektiv

### Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918)

Mit dem Originalprogramm der KPD von 1918

Sich mit dem kommunistischen Werk Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auseinanderzusetzen, das ist für uns keine Stubeangelegenheit, sondern die Verpflichtung, den von ihnen gewiesenen Weg des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus unter den heutigen Bedingungen fortzuführen: Für den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der deut-

schen Bourgeoisie, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, für die wahrhaft revolutionäre Kommunistische Partei des Proletariats, für einen unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus, für den Kampf gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus.

200 Seiten, Offenbach 2004, 10 €

ISBN 978-3-932636-74-5

Georgi Dimitroff

### Gegen den Nazifaschismus

Die Herausarbeitung des Klassencharakters des Faschismus wird in den Reden von Dimitroff vor dem VII. Weltkongress der KI verknüpft mit einer Analyse von Besonderheiten des Nazifaschismus; es geht um die Aufgaben der antifaschistischen Einheits- und Volksfront, die Dimitroff im Zusammenhang mit einer Kritik an taktischen Fehlern der KPD im Kampf gegen die Nazis erläutert.

371 Seiten, Offenbach 2002, 20 € ISBN 978-3-932636-25-7

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

### 1418 Tage

Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 – 8. Mai 1945)

Im Mittelpunkt dieses Buchs steht der Befreiungskrieg der sozialistischen UdSSR, ihrer Roten Armee, der sowjetischen Partisanen und der Völker der UdSSR gegen den deutschen Imperialismus und seine Nazi-Truppen mit ihren Verbündeten. Das Buch soll ein Beitrag sein, die gewaltigen Erfahrungen des Kampfes der sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins, ihre politischen, ideologischen, militärischen und auch ökonomischen Erfahrungen umfassend auszuwerten und zu verteidigen.

220 Seiten, Offenbach 2006, 13 € ISBN 978-3-86589-035-1

Autorenkollektiv

### Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum (1943)

Alfred Klahr

Gegen den deutschen Chauvinismus (1944)

In der ersten Schrift liegt der Schwerpunkt auf einem gedrängten Überblick über Besonderheiten der deutschen Geschichte, über die verbrecherische Geschichte des reaktionären preußischen Staates und des deutschen Imperialismus. In der theoretischen Arbeit von Alfred Klahr, die er 1944 im KZ Auschwitz verfaßt hat, steht die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus im Mittelpunkt, dessen Verpflchtung zur Wiedergutmachung sowie die solidarische Kritik am Kampf der KPD gegen den deutschen Chauvinismus.

130 Seiten, Offenbach 1997, 5 € ISBN 978-3-932636-13-4

Autorenkollektiv

### Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Die vorliegende Untersuchung gibt einen Überblick über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus und tritt dabei antikommunistischen Verleumdungen entgegen. Klargestellt wird, daß trotz aller wichtiger Unterschiede zwischen der damaligen und der heutigen Situation jeder revolutionäre Widerstand, jeder revolutionäre Kampf vom Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazi-Regimes lernen kann und muß.

204 Seiten, Offenbach 1998, 13 € ISBN 978-3-932636-34-9

Guðrun Fischer

### „Unser Land spie uns aus“

Jüdische Frauen auf der Flucht vor dem Naziterror nach Brasilien

Jüdische Frauen in Brasilien erzählen über ihre Flucht aus Nazi-Deutschland. Ihre Erinnerungen sind bedrückend und schmerzhaft, ermutigend und informativ. Jede verarbeitet die Flucht anders, und das zeigt sich in ihren Berichten: sie sind ironisch oder trocken, mal kurz, mal ausführlich. Daß Brasilien ihr „Wunschfluchtland“ gewesen ist, behauptet keine der in diesem Buch interviewten Frauen. Aber es war ihre einzige Chance.

220 Seiten, Offenbach 1998, 13 € ISBN 3-932636-33-2

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



**Freies Deutschland**  
 illustrierte Zeitschrift der  
 antifaschistischen Emigration  
 erschienen in Mexiko von  
 November 1941 bis Juni 1946

Der Reprint umfaßt sämtliche erschienenen Ausgaben der Zeitschrift. Die Neuausgabe soll bei der gründlichen Diskussion der dort aufgeworfenen Fragen helfen. Auf über 1700 Seiten werden unter anderem von führenden Schriftstellerinnen und Schriftstellern der deutschsprachigen Emigration eigene politische und literarische Artikel, Vorabdrucke und Buchbesprechungen sowie Beiträge anderer Antifaschisten, die ins Deutsche übersetzt wurden, veröffentlicht.

Für die an der deutschen Exil-Literatur interessierten Leserinnen und Leser ist die faksimilierte Neuherausgabe eine große Fundgrube an hochinteressanten Texten. Von noch größerem Gewicht ist jedoch, dass diese Zeitschrift von führenden Kadern der KPD, vor allem ab 1942 von Paul Merker, aber auch von Alexander Abusch geleitet wurde. Beide waren Teilnehmer der „Bernser Konferenz“ 1939, des 14. Parteitag der KPD. Diese Zeitung bildet ein Zentrum der Westemigranten der KPD, die aus Europa weiter vor der Nazi-Expansion in Europa nach Nord- und Südamerika geflohen waren. Die Führung der KPD war in Moskau. Eine Reihe von mehr oder minder starken Gruppen der KPD operierte innerhalb Nazi-Deutschlands, viele davon in den KZs.

Herausragend für die Zeitschrift „Freies Deutschland“ sind die Fülle von Artikeln über die Nazi-Massaker in den besetzten Ländern und die große und eigentlich sehr klare Betonung der großen Schuld der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und auch der Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse an den Verbrechen der Nazi-Massenmörder, an den Verbrechen des deutschen Imperialismus.

Dabei spielt die Anklage gegen den nazifaschistischen Völkermord an den europäischen Juden eine hervorragende Rolle. Der Kampf gegen die Ideologie des Antisemitismus, für Entschuldigungen an die Verfolgten des Nazi-Regimes, gerade auch an die jüdischen Verfolgten, führte auch zu Diskussionen, in denen insbesondere das Mitglied des ZK der KPD Paul Merker sehr offensiv und im Kern richtig für materielle Entschuldigungen eintrat. Auch in dieser Hinsicht bieten die Seiten des „Freies Deutschland“ (Mexiko) viel an Diskussionsstoff. Manche bösen Entwicklungen in der SED wirken vor der entfärbten Argumentationskette Paul Merkers noch übler, die fehlende Gegenwehr kommunistischer Kader gegen nationalitistische und antisemitische Töne in der Führung der SED der fünfziger Jahre schmerzt um so mehr.

**Band 1: 1941 / 1942**, 440 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-96-7  
**Band 2: 1942 / 1943**, 460 Seiten, 30 € ISBN 978-3-932636-97-4  
**Band 3: 1943 / 1944**, 480 Seiten, 30 € ISBN 978-3-932636-98-1  
**Band 4: 1944 – 1946**, 660 Seiten, 35 € ISBN 978-3-932636-99-8

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



**Internationale Hefte der Widerstandsbewegung**  
 Analysen und Dokumente über  
 den internationalen Widerstand  
 gegen den Nazifaschismus

Diese vollständige Sammlung der von der FIR (Fédération Internationale des Résistants) herausgegeben Zeitschrift „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung“ (Nr. 1 – 10, November 1959 bis März 1963) mit knapp über 1000 Seiten hat hohen dokumentarischen Wert. Zudem enthält die am Schluss einiger Hefte veröffentlichte Bibliographie wertvolle Studienhinweise.

**Heft 1 und 2** eröffnen die Hefreihe mit Artikeln zur Fragestellung, ersten Überblicken und (in Heft 2) den Dokumenten einer Konferenz über die Rolle des antinazistischen Widerstandskampfes für die Erziehung der jungen Generation. Als Ziele der „Hefte“ wird angegeben, zu informieren und eine Diskussion zu eröffnen.

**Heft 3 und 4** haben den Widerstandskampf in den KZs und Vernichtungszentren sowie die internationalistische Beteiligung von Ausländern dem am nationalen Befreiungskampf in den einzelnen Ländern zum Schwerpunkt.

**Heft 5** analysiert die großen bewaffneten Aufstände in den Großstädten Europas, insbesondere in Prag, Paris, Neapel und auch in Warschau.

**Heft 6 und 7** beschäftigen sich mit den programmatischen Dokumenten der verschiedenen Organisationen in verschiedenen Ländern – mit dem Schwerpunkt auf Positionen der KP's und der von den KP's geführten Frontorganisationen.

**Heft 8 – 10** gibt als Dreifachnummer einen konzentrierten Überblick über die Widerstandskämpfe in den verschiedenen Ländern, wobei auch die besondere Problematik des jüdischen Widerstandskampfes durch Beiträge von Vertretern und Vertreterinnen des Widerstandes, die nun in Israel leben, verdeutlicht wird.

Die faktenreichen Artikel zum bewaffneten Kampf als Instrument des Klassenkampfes der Arbeiterklasse und der vom deutschen Imperialismus national unterdrückten breiten Massen der Bevölkerung der besetzten Länder, die Hervorhebung auch der völkermörderischen Verbrechen gegenüber der jüdischen Bevölkerung Europas, die Benennung der Positionen der KP's vieler Länder – all dies enthält wertvolle Materialien. Zu Recht wird mehrfach darauf hingewiesen, daß innerhalb des zweiten Weltkrieges, nicht einfach Staaten gegeneinander kämpften, sondern es sich um die allergrößte Teilnahme der Bevölkerung der verschiedensten Länder am Krieg handelt.

**Band 1: Heft 1 – 4** (1959 – 1960), 560 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-49-3  
**Band 2: Heft 5 – 10** (1961 – 1963), 528 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-50-9

**Band 1 und 2 in einem Band** (Hardcover):  
 Heft 1 – 10 (1959 – 1963), 1084 Seiten, Offenbach 2002, 80 € ISBN 978-3-932636-51-6

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



**Das Potsdamer Abkommen (1945)**  
 Anhang: Die Dokumente  
 von Teheran und Jalta

Das Potsdamer Abkommen vom August 1945 ist nach wie vor eine wesentliche Waffe im Kampf um die geschichtliche Wahrheit und unterstreicht die Aufgaben, die sich heute im Kampf gegen den deutschen Imperialismus ergeben (z. B. die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung von Entschädigungen und Reparationen, die Anerkennung der Umsiedlungen nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahme).

83 Seiten, Offenbach 2001, 5 €  
 ISBN 978-3-932636-24-0

### Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald (1949)

Die furchtbaren Nazi-Verbrechen, der internationalistische Widerstand der Häftlinge gegen die Nazi-Mörder, organisiert und geleitet durch das internationale Lagerkomitee, die Befreiung des KZ Buchenwald durch die US-Truppen mit Unterstützung durch bewaffnete Häftlingsgruppen – all das wird in beeindruckender Weise, basierend auf den Berichten der überlebenden Häftlinge, in diesem Dokument von 1949 genaustens geschildert: es ist damit eine Waffe gegen sämtliche reaktionäre Lügen über das KZ Buchenwald.

237 Seiten, 2. Auflage, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-26-4



Autorenkollektiv

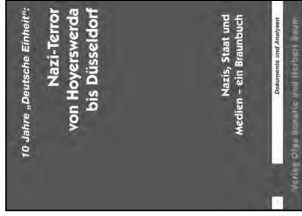
### Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)

Die Analyse der Vorgeschichte und Gründung der SED nimmt als Ausgangspunkt die Verbrechen des Nazifaschismus und ihrer Bedeutung für die Linie der SED. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wird kritisch eingeschätzt und die Aufgabe der Entnazifizierung als Hauptkennzeichen der Politik der Kommunisten und Kommunisten in Deutschland nach 1945 herausgearbeitet. Im abschließenden Kapitel wird nachgewiesen, daß bei der Gründung der SED auf wesentliche Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus verzichtet wurde.

702 Seiten, Offenbach 2000, 33 €  
 ISBN 978-3-932636-38-7

Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen (Materialien zur Gründung der SED, Band 1 – 5), ausführliche Angaben zu den Bänden befinden sich im hinteren Teil des vorliegenden Programms.

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



10 Jahre „Deutsche Einheit“:  
**Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf**  
Nazis, Staat und Medien – ein Braunbuch

Unter der Losung der „Wiedervereinigung der deutschen Nation“ wurde von den deutschen Imperialisten eine in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesene nationalistisch-chauvinistische Pogromstimmung geschürt, die in Hoyerswerda und Rostock, Mölln und Solingen, Magdeburg, Lübeck und Düsseldorf gipfelte. Die chauvinistische und rassistische Hetze, die Überfälle und rassistische „undeutsche“ bezeichnen, haben sich seitdem massiv verstärkt und sind schon alltäglich geworden. Von einer entscheidenden Bedeutung ist dabei, den Vormarsch der nazistischen Bewegung im inneren Zusammenhang mit der Politik und Propaganda des Staates und der Politiker des deutschen Imperialismus insgesamt einzuschätzen, der nach zehn Jahren „Einheit Deutschlands“ seine Rolle als imperialistische Aggression gegen Jugoslawien auch militärisch wieder manifestiert hat. Die deutschen Imperialisten haben auch durch die Art und Weise, wie die Einverleibung der DDR durchgesetzt wurde, demonstriert, welches Potential des deutschen Nationalismus und Chauvinismus sie in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren in der Lage sind, bis hinein in angeblich „linksfortschrittliche“ Kreise. Das Aufdecken des Zusammenhangs von staatlichem Abschiebeterror, Nazi-Terror, Inschutznahme der Nazis durch Polizei und Justiz, Politiker- und Medienhetze gegen Flüchtlinge, Roma usw. ist wichtig, um gegen die Gewöhnung an diese verfluchten deutschen Zustände in unverbrüchlicher Solidarität mit allen Opfern des Nazi-Terrors und der staatlichen Repression zu kämpfen.

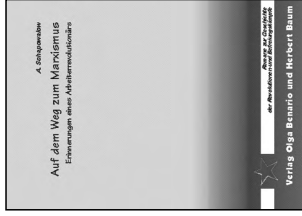
Aus dem Inhalt:

I. Tatsachen – Chronologie der rassistischen Überfälle, Pogrome und Morde: Hoyerswerda: gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter (September 1991), Mannheim-Schönau: gegen Asylsuchende (Mai / Juni 1992), Rostock: gegen Roma und Vietnamesinnen und Vietnamesen (August 1992), Mölln und Solingen: gegen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei (November 1992 und Mai 1993), Magdeburg: gegen afrikanische Flüchtlinge (Mai 1994), Lübeck: gegen afrikanische Flüchtlinge (Januar 1996), Lübeck und Düsseldorf: gegen die jüdische Bevölkerung (März 1994, Mai 1995 und Juli 2000).

II. Nazis, Staat und Medien – von subtiler Hetze bis offenem Terror: Verständnis für Pogrome, Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand. Die Opfer werden zu Tätern gemacht. Antisemitismus.  
III. Aktionen gegen die Nazis – Widerstand der Opfer, Solidarität und Entlarvung.

222 Seiten, Offenbach 2000, 13 €, ISBN 978-3-932636-37-0

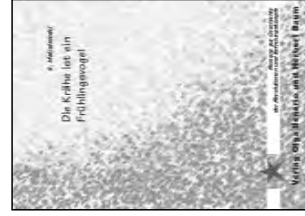
## Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe



A. Schapowalow  
**Auf dem Weg zum Marxismus**  
Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs

A. S. Schapowalow (1871 – 1942) war einer der ersten Arbeiterrevolutionäre, die den Weg zum wissenschaftlichen Kommunismus fanden. Schapowalow schildert in diesem autobiographischen Roman seine Erfahrungen des revolutionären Kampfs im zaristischen Rußland, wie er über den Bruch mit der Religion und seiner vorübergehenden Sympathie für die „Volkstümmler“, die die Taktik des individuellen Terrors eingeschlagen hatten, sich schließlich im Kampf gegen den aufkommenden Opportunismus der „Ökonomen“ 1901 den Bolschewiki unter Lenins Führung anschloß.

337 Seiten, Offenbach 1997, 15 €  
ISBN 978-3-932636-29-5



S. Mstislawski  
**Die Krähe ist ein Frühlingsvogel**

Nikolai Baumann mit Decknamen Krähe, ein enger Mitkämpfer Lenins, reist 1902 illegal nach Rußland. Anhand der Schilderung seiner Parteilarbeit bekommt man ein Bild der damals anstehenden Aufgaben der kommunistischen Kräfte Rußlands sowie des ideologischen Kampfs der Bolschewiki gegen die Menschewiki bis zum Beginn der Revolution von 1905.

404 Seiten, Offenbach 1997, 15 €  
ISBN 978-3-932636-17-2



I. Popow  
**Als die Nacht verging**

Nach der Niederlage der Revolution von 1905 herrscht in Rußland tiefste Reaktion. Der Roman handelt vom Kampf der Bolschewiki für die Reorganisation der kommunistischen Partei und um die Erneuerung der Verbindungen zur Arbeiterklasse, vom Kampf gegen Resignation und Defätismus, gegen die Menschewiki und Liquidatoren der kommunistischen Partei.

593 Seiten, Offenbach 1997, 20 €  
ISBN 978-3-932636-30-1

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

**Leninismus – Lesehefte für Schulungen und Selbstunterricht**  
Zusammengestellt aus den Werken von Marx, Engels, Lenin, Stalin, der KPdSU(B) und der Kommunistischen Internationale (1935)

Was ist Leninismus? • Die Theorie der proletarischen Revolution • Die Diktatur des Proletariats • Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus • Die Agrar- und Bauernfrage • Die nationale und koloniale Frage • Strategie und Taktik der proletarischen Revolution  
500 Seiten, Offenbach 2004, 30 €, ISBN 978-3-932636-90-5

**Die Kommunistische Internationale in Revolutionen und Beschlüssen**

Die Resolutionen und Beschlüsse der Kommunistischen Internationale lassen ein beeindruckendes Bild vom ideologischen, politischen und bewaffneten Kampf der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen entstehen.

**Band 1: 1919 – 1924**

416 Seiten, Offenbach 1998  
30 € ISBN 978-3-932636-27-1  
Hardcover: Offenbach 1998  
55 € ISBN 978-3-932636-60-8

**Band 2: 1925 – 1943**

452 Seiten, Offenbach 1998  
35 € ISBN 978-3-932636-28-8  
Hardcover: Offenbach 1998  
60 € ISBN 978-3-932636-61-5



**Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Revolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK**

**Teil 1: 1898 – 1917**

282 Seiten, Offenbach 2004, 22 € ISBN 978-3-932636-76-9  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 € ISBN 978-3-932636-77-6

**Teil 2: 1917 – 1924**

290 Seiten, Offenbach 2004, 22 € ISBN 978-3-932636-82-0  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 € ISBN 978-3-932636-83-7

**Teil 3: 1924 – 1927**

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 € ISBN 978-3-932636-84-4  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 € ISBN 978-3-932636-85-1

**Teil 4: 1927 – 1932**

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 € ISBN 978-3-932636-86-8  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 € ISBN 978-3-932636-87-5

**Teil 5: 1932 – 1953**

340 Seiten, Offenbach 2004, 22 € ISBN 978-3-932636-88-2  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 € ISBN 978-3-932636-89-9

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

### Zur internationalen Lage 1919 – 1952

Dokumente der kommunistischen Weltbewegung  
Lenin - Stalin - Komintern - Kominform - KPdSU(B)

359 Seiten, Offenbach 2003, 25 € ISBN 978-3-932636-71-4  
Hardcover: Offenbach 2003, 50 € ISBN 978-3-932636-78-3

### Dokumente der Internationalen Roten Hilfe (IRH) und der Roten Hilfe Deutschlands (RHD)

„5 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1928) • „10 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1932) • „15 Jahre weißer Terror“ (1935) • „1. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1925) • „2. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1927)

593 Seiten, Offenbach 2003, 35 € ISBN 978-3-932636-66-0  
Hardcover: Offenbach 2003, 60 € ISBN 978-3-932636-81-3



### Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

Erklärungen und Artikel der kommunistischen Bewegung Palästinas • Dokumente und Artikel der Kommunistischen Internationale

Anhang:

Programm der KP Israels (1952) • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €  
ISBN 978-3-932636-32-5

Hardcover: Offenbach 1997, 35 €  
ISBN 978-3-932636-59-2

### Dokumente zum Studium des Spanischen Bürgerkriegs (1936 – 1939)

Resolutionen und Aufrufe des ZK der KP Spaniens • Artikel von José Diaz, Vorsitzender der KP Spaniens • Dokumente der Kommunistischen Internationale • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Geschichte Spaniens“, Berlin 1955 • ZK der KP Spaniens (Hrsg.): „Der Weg zum Sieg“, Madrid 1937 • MINKLOS (Internationales Agrarinstitut Moskau): „Spaniens Bauern im Kampf um Boden und Freiheit“, Moskau 1937

680 Seiten, Offenbach 1997, 30 € ISBN 978-3-932636-31-8  
Hardcover: Offenbach 1997, 55 € ISBN 978-3-932636-58-5

### Indien und die Revolution in Indien

Materialien und Dokumente der kommunistischen Weltbewegung vom Beginn der Kolonialisierung bis 1935:

Marx - Engels - Lenin - Stalin - Komintern

288 Seiten, Offenbach 2005, 20 € ISBN 978-3-86589-039-9  
Hardcover: Offenbach 2005, 45 € ISBN 978-3-86589-040-5

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

### Dokumente des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

#### Teil I: 1956 – 1963

346 Seiten, Offenbach 2002, 28 € ISBN 978-3-932636-44-8  
Hardcover: Offenbach 2002, 53 € ISBN 978-3-932636-62-2

#### Teil II:

#### Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

330 Seiten, Offenbach 2002, 28 € ISBN 978-3-932636-45-5  
Hardcover: Offenbach 2002, 53 € ISBN 978-3-932636-63-9

#### Teil III: 1963 – 1966

320 Seiten, Offenbach 2002, 25 € ISBN 978-3-932636-46-2  
Hardcover: Offenbach 2002, 50 € ISBN 978-3-932636-64-6

### Dokumente des Kampfes der Partei der Arbeit Albaniens gegen den modernen Revisionismus 1955 – 1966

#### Teil I: 1955 – 1962

418 Seiten, Offenbach 2003, 30 € ISBN 978-3-932636-68-4  
Hardcover: Offenbach 2003, 55 € ISBN 978-3-932636-79-0

#### Teil II: 1963 – 1966

422 Seiten, Offenbach 2003, 30 € ISBN 978-3-932636-69-1  
Hardcover: Offenbach 2003, 55 € ISBN 978-3-932636-80-6



### Dokumente des ZK der KPD 1933 – 1945

505 Seiten, Offenbach 2001, 35 € ISBN 978-3-932636-41-7  
Hardcover: Offenbach 2001, 50 € ISBN 978-3-932636-57-8

### Materialien zur Gründung der SED (1945/46):

#### Band 1: Berichte und Protokolle

Der 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946  
Der 40. Parteitag der SPD am 19. und 20. April 1946  
Der Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946  
Anhang: Der Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945

319 Seiten, Offenbach 2001, 25 € ISBN 978-3-932636-40-0  
Hardcover: Offenbach 2001, 50 € ISBN 978-3-932636-53-0

#### Band 2: Vortragsdispositionen (1945 – 1946)

Materialien für politische Schulungstage,  
herausgegeben vom ZK der KPD

250 Seiten, Offenbach 2001, 20 € ISBN 978-3-932636-39-4  
Hardcover: Offenbach 2001, 45 € ISBN 978-3-932636-54-7

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

### Band 3: Einheit (1946)

Einheit – Monatsschrift zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei (Februar – April 1946) • Einheit – Theoretische Monatsschrift für Sozialismus (April – Dezember 1946) • Anhang: Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik (1946)

380 Seiten, Offenbach 2002, 28 € ISBN 978-3-932636-42-4  
Hardcover: Offenbach 2002, 53 € ISBN 978-3-932636-55-4

### Band 4:

Alexander Abusch: **Der Irrweg einer Nation** (1946)

Georg Rehberg: **Hitler und die NSDAP in Wort und Tat** (1946)

Walter Ulbricht: **Die Legende vom „deutschen Sozialismus“** (1945)  
Paul Merker: **Das dritte Reich und sein Ende** (1945)

540 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-43-1  
Hardcover: Offenbach 2002, 60 € ISBN 978-3-932636-56-1

### Band 5: Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946

Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz: „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neufbau Deutschlands“ • Reaktionen aus der Öffentlichkeit auf den Resolutionsentwurf • Referat: „Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“ • Anhang: Zunehmende Kompromisse mit den sogenannten „kleinen“ Nazis – Auszug aus: „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)“

160 Seiten, Offenbach 2004, 10 € ISBN 978-3-86589-003-0  
Hardcover: Offenbach 2004, 35 € ISBN 978-3-86589-008-5

### Band 6: Wichtige Artikel aus der „Täglichen Rundschau“ und der „Deutschen Volkszeitung“ (1945/46)

ca. 40 Seiten, Offenbach 2006, ca. 5 € ISBN 978-3-86589-054-2



### Rote Hefte – zu historischen und aktuellen Fragen der kommunistischen Weltbewegung

20 – 52 Seiten pro Heft, ISBN 978-3-86589-038-2,  
Mindestbestellmenge: 10 Hefte – 10 €

